



THE
MARTIN P. CATHERWOOD
LIBRARY
OF THE
NEW YORK STATE SCHOOL
OF
INDUSTRIAL AND LABOR
RELATIONS



AT
CORNELL UNIVERSITY

THE LIBRARY
OF THE
NEW YORK STATE SCHOOL
OF
INDUSTRIAL AND LABOR
RELATIONS



AT
CORNELL UNIVERSITY



Cornell University
Library

The original of this book is in
the Cornell University Library.

There are no known copyright restrictions in
the United States on the use of the text.

Die

Organisation des Arbeitsnachweises

in Deutschland.

Von der Universität Straßburg preisgekrönte Arbeit.

Von
Carl Conrad,
Evang. Pfarrer zu Bischweiler i. Els.

Motto: «Ein Mann, der gern arbeiten möchte und keine Arbeit findet, ist vielleicht der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glücks unter der Sonne sehen läßt.»

(Th. Carlyle: Arbeiten und nicht verzweifeln.)



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1904.

Die

Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland.

Die Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland.

Von der Universität Straßburg preisgekrönte Arbeit.

Von
Carl Conrad,
Evang. Pfarrer zu Bischweiler i. Els.

Motto: «Ein Mann, der gern arbeiten möchte und keine Arbeit findet, ist vielleicht der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glücks unter der Sonne sehen läßt.»

(Th. Carlyle: Arbeiten und nicht verzweifeln.)



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.

1904.
V.

Alle Rechte vorbehalten.

Dem Andenken meines Kindes

René Conrad

(1896—1903)

8

gewidmet.

Vorwort.

Von dem Senat der Universität Straßburg, als der Verwaltungskommission der Lamey-Stiftung, war für die Jahre 1902 und 1903 folgende Preisaufgabe zur allgemeinen Bewerbung gestellt:

„Kritische Darstellung der Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland und Schilderung des von den grossstädtischen Verwaltungen auf diesem Gebiet bisher Geleisteten“.

Das Ergebnis jener Preisausschreibung ist mit auch die hier in die Öffentlichkeit tretende Arbeit gewesen. Sie ist nach Form und Inhalt im wesentlichen so zum Abdruck gekommen, wie sie am 31. Dezember 1903 der Preiskommission vorgelegt worden ist. Dabei war die Einteilung der ganzen Untersuchung bereits durch die Fassung des Themas an die Hand gegeben. In je einem Buche hatte die kritische Darstellung der Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland und die Schilderung des von den grossstädtischen Verwaltungen bisher Geleisteten zu erfolgen. An die Spitze des Ganzen ist in einem ersten Buch eine Theorie vom Arbeitsnachweis gestellt, die erst für den Aufbau des zweiten und dritten Buches die prinzipielle Unterlage zu schaffen hatte.

Die bei der Abfassung dieser Arbeit gelesenen, benützten und zitierten Bücher, Aufsätze und Quellen (Jahresberichte) kommen im folgenden zur Anführung.

Es sei endlich an dieser Stätte allen denjenigen, besonders auch den Herren Verwaltern der öffentlichen Arbeitsnachweise, aufrichtig gedankt, die mit ihrer grossen Dienstwilligkeit dem Verfasser erst die Hinausführung seines Unternehmens ermöglicht haben.

Inhaltsübersicht.

Erstes Buch.

Theorie vom Arbeitsnachweis.

Einleitung	Seite 3
A. Der Arbeitsnachweis als Arbeits- bzw. Arbeitervermittlung .	7
B. Der Arbeitsnachweis als Arbeits- bzw. Arbeiterbeschaffung .	14

Zweites Buch.

Kritische Darstellung der Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland.

Vorbemerkung	23
------------------------	----

Hauptgruppe A.

Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschließlich in Händen der Interessenten liegen.

I. Abteilung. Die einseitig von Arbeitnehmern organisierten Arbeitsnachweise.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel. Darstellung der die Organisation der einseitigen Arbeitnehmernachweise beherrschenden Prinzipien	26
a) der gewerkschaftliche Standpunkt: Der Arbeitsnachweis ein Lohnkampfmittel	27
b) Die Arbeitnehmernachweise, für die der Arbeitsnachweis Selbstzweck ist.	30
2. Kapitel. Darstellung der Organisation der Arbeitnehmernachweise	32
a) Die gewerkschaftliche Organisation des Arbeitsnachweises	32
b) Die Organisation des Arbeitsnachweises bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen	35
c) Die Organisation des Arbeitsnachweises des deutschen Werkmeisterverbandes	37

2. Kritischer Abschnitt.

Vorbemerkung	39
Kritik des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises	39
a) Kritik der für den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis maßgebenden Grundsätze und deren Anwendung	40
b) Kritik der gewerkschaftlichen Organisation des Arbeitsnachweises als solcher	46
Kritik der gewerkvereinlichen Organisation des Arbeitsnachweises	50
Kritik der Organisation des Werkmeister-Arbeitsnachweises	51
Schluszbemerkung	53

II. Abteilung. Die einseitig von Arbeitgebern organisierten Arbeitsnachweise.

Vorbemerkung	54
A. Die einseitigen industriellen, hezw. gewerblichen Unternehmernachweise	54
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Geschichtliches und Prinzipielles	54
2. Kapitel. Darstellung der Organisation der industriellen und gewerblichen Arbeitgebernachweise	60
a) Die Organisation der industriellen Arbeitgebernachweise	60
b) Die Organisation des gewerblichen Arbeitsnachweises (Innungsnachweise).	68
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik des Arbeitsnachweises der Großunternehmer	71
a) Kritik der für den Unternehmernachweis maßgebenden Grundsätze und deren Anwendung	71
b) Kritik der Organisation des Unternehmernachweises als solcher	87
Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises durch die Innungen	91
B. Der landwirtschaftliche Unternehmernachweis	92
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Das Problem	92
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitgebernachweises	96
a) Die Organisation des Arbeitsnachweises für einheimisches Personal, vor allem für Gesinde	99
b) Die Organisation der Beschaffung von fremdländischen Saisonarbeitern	102

2. Kritischer Abschnitt.	Seite
Kritik des landwirtschaftlichen Unternehmernachweises	105
a) Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises für Ge- sinde und selbstschaftliche Arbeiter.	106
b) Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises für fremde Saison- und Wanderarbeiter	112
c) Kritik der Organisation des landwirtschaftlichen Arbeit- gebernachweises als solcher	115
 III. Abteilung. Die gemeinschaftlich von Arbeitgebern und -nehmern errichteten und verwalteten Arbeitsnachweise.	
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Das Problem	117
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des paritätischen Ar- beitsnachweises im Buchdruckergewerbe	120
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik der paritätischen Berufsarbeitsnachweise	124
 Der kaufmännische Arbeitsnachweis.	
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Die für die Organisation des kaufmännischen Arbeits- nachweises maßgebenden Grundsätze.	134
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises	136
a) Die Organisation des Ausgleichs von Arbeitsangebot und -nachfrage	136
b) Die Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises in Hinsicht auf die Begünstigung zweckmäßiger Ar- beitsverträge	141
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik des kaufmännischen Arbeitsnachweises	142
 Hauptgruppe B.	
 Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschließlich von Nichtinteressenten geleitet werden.	
 I. Abteilung. Der gewerbsmäßige Arbeitsnachweis.	
Vorbemerkung	150
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Das Problem	150
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises	153

	Seite
a) Die Fernhaltung ungeeigneter Persönlichkeiten vom Arbeitsnachweisgewerbe	158
b) Die Verhütung unerlaubter Ausbeutung des Publikums durch den gewerbsmäßigen Betrieb der Stellenvermittlung	155
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik der Organisation des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises	159
II. Abteilung. Der Arbeitsnachweis gemeinnütziger fürsorglicher Vereine.	
Vorbemerkung	165
Der von gemeinnütziger Seite zwecks bestmöglichster Arbeitsvermittlung organisierte Arbeitsnachweis.	
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Das Problem	166
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des gemeinnützigen Arbeitsnachweises	168
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik des gemeinnützigen Arbeitsnachweises.	170
Der rein fürsorgliche Arbeitsnachweis.	
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Das Problem	175
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des fürsorglichen Arbeitsnachweises	176
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik des fürsorglichen Arbeitsnachweises	177
Hauptgruppe C.	
Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die von Nichtinteressenten zusammen mit Interessenten verwaltet werden.	
Vorbemerkung	178
Die paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweis-Organisationen.	
1. Darstellender Abschnitt.	
1. Kapitel. Darstellung der Geschichte und des Problems des paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweises	180

— XIII —

	Seite
2. Kapitel. Darstellung der Organisation des paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweises.	193
Vorbemerkung	193
I. Darstellung der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises	193
a) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereichs.	195
§ 1. Die Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises.	195
§ 2. Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein allgemeiner, örtlich-zentralisierter.	198
§ 3. Die kostenlose Tätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises.	199
§ 4. Die Propagandamittel des öffentlichen Arbeitsnachweises.	200
b) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung einer zweckentsprechendsten Vermittlertätigkeit	203
§ 1. Das Personal	203
§ 2. Bureaueinrichtung	204
§ 3. Das eigentliche Geschäftsverfahren	205
c) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf möglichste Beseitigung der lokalen Arbeitslosigkeit	212
§ 1. Die Organisation der indirekten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Ergreifen vorbeugender Masseregeln	212
§ 2. Die Organisation der direkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung	212
d) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf sozialpolitische Einrichtungen, die mit dem Arbeitsnachweis in loserem Zusammenhang stehen	213
§ 1. Auskunftstelle für Arbeiterangelegenheiten	213
§ 2. Wohnungsnachweis.	214
II. Darstellung der interlokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.	215
Vorbemerkung	215
a) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereichs	216

	Seite
1. Die einzelne öffentliche Nachweisstelle als Zentrale für ihre Umgebung organisiert	216
2. Die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten innerhalb eines größeren staatlichen, bzw. wirtschaftlichen Ganzen in Verbänden organisiert.	218
3. Die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten des gesamten deutschen Reichs organisiert im Verband deutscher Arbeitsnachweise.	220
b) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erzielung zweckmässigster Vermittlungstätigkeit	221
1. Die von der Einzelzentrale ausgehende interlokale Tätigkeit	221
§ 1. Die Einzelzentrale und deren nächste Umgebung	221
§ 2. Die Einzelzentrale und deren Filialen	222
§ 3. Die Einzelzentrale und die ihr angeschlossenen selbständigen Arbeitsnachweisstellen	223
2. Die von den Arbeitsnachweisverbänden ausgehende interlokale Tätigkeit.	225
3. Die vom Verband deutscher Arbeitsnachweise ausgehende interlokale Tätigkeit	228
c) Die Arbeitsmarkt-Berichterstattung	229
1. Die Organisation der Statistik bei den einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten	229
2. Die Organisation der Arbeitsnachweisstatistik durch die öffentlichen Arbeitsnachweisverbände	232
3. Die Organisation der Arbeitsmarkt-Berichterstattung durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise, bzw. das kais. statistische Amt	238
2. Kritischer Abschnitt.	
Kritik des öffentlichen Arbeitsnachweises	239
Vorbemerkung	239
I. Auf welche Titel können Kommune und Staat ihre Anwartschaft darauf begründen, Träger des Arbeitsnachweises zu sein?	240
II. Kritik der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises	248
A. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises	249
1. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereiches	249

a) Die Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises	249
§ 1. Zusammensetzung der Verwaltungskommission	249
§ 2. Öffentlicher Arbeitsnachweis und Streiks; — die Streikklausel	258
b) Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein allgemeiner-zentralisierter	264
§ 1. Der „allgemeine“ öffentliche Arbeitsnachweis	264
§ 2. Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein „zentralisierter“	269
c) Der öffentliche Nachweis als unentgeltlicher	271
2. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Einrichtung eines möglichst zweckmäfsigen Betriebs	275
a) Personal und Lokalitäten des öffentlichen Arbeitsnachweises	275
b) Das eigentliche Geschäftsverfahren	280
c) Der Arbeitsnachweis als Arbeitsbeschaffung	282
B. Kritik der interlokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.	283
C. Kritik der öffentlichen Arbeitsnachweis-Statistik und Arbeitsmarkt-Berichterstattung	292
III. Inwieweit bedeutet die Organisation des Arbeitsnachweises von Öffentlichkeitswegen eine Lösung des Arbeitsnachweisproblems.	302
Schlussbetrachtung	319

Drittes Buch.

Darstellung des von den grofsstädtischen Verwaltungen auf dem Gebiet der Organisation des Arbeitsnachweises Geleisteten.

Vorbemerkung	335
I. Die Grofsstädte mit rein kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisen	337
Elberfeld	337
Krefeld.	338
Stuttgart	340
München	350
Straßburg i. Els.	362

	Seite
Frankfurt a. M.	369
Breslau	376
Dortmund	378
Magdeburg	381
Stettin	383
Chemnitz	386
Braunschweig.	390
Königsberg	394
Posen	395
II. Die Grofsstädte mit öffentlichen Vereins-, aber von den kommunalen Verwaltungen weitgehendst unterstützten Ar- beitsnachweisen	396
Köln	396
Berlin	407
Karlsruhe.	422
Hamburg	431
Mannheim	438
Halle a. S.	444
Aachen	445
Leipzig.	449
Barmen.	455
Register	460

Druckfehlerberichtigung.

- Seite 61, Zeile 23 lies Arheitermaterial, statt Arbeitsmaterial.
" 76, " 26 " Vielmehr, statt Vielleicht.
" 134, " 28 " hinter „kaufmännische“ das Wort „Ar-
beitsnachweis.
" 135, " 28 " den, statt dem.
" 148, " 18 hinter „Einrichtung“ ist einzuschalten: zu stellen-
den Anforderungen.
" 230, " 10 hinter „direkt“ ist einzuschalten: von dort aus
oder indirekt.
-

Literatur.

Werke allgemeineren Charakters.

- v. Reitenstein: Der Arbeitsnachweis (Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Bd. XI).
Derselbe: Der Arbeitsnachweis und seine Weiterentwicklung (ebenda Bd. X).
- Sozialpolitisches Zentralblatt
Soziale Praxis
Der Arbeitsmarkt } sämtliche Jahrgänge.
- R. Calwer: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.
Dr. R. Freund: Der Arbeitsnachweis.
- v. Wiese: Die neuere Entwicklung des Arb.-Nachw. in Deutschland (Schmollers Jahrbuch 1900).
J. Corvey: im „Arbeiterfreund“, Jahrg. 1894 u. 1897.
Evert: Der Arbeitsnachweis (Schmollers Jahrbuch 1888, S. 1103 ff.).
- v. Stormann: Arbeitsnachweis u. Arbeitsvermittlung (Deutsche Revue 1896).
Dr. Zahn: Die Arbeitsvermittlung in Bayern (Zeitschrift des bayr. statist. Bureaus 1896).
Oldenberg: Kritische Betrachtungen über die Arbeitsnachweisfrage (Schmollers Jahrbuch XIX, S. 634 ff.).
H. Eckert: Über die beste Organisation des Arbeitsnachweises.
- v. Meyerink: Praktische Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Dr. Hirschberg: Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit.
Dr. Förster: Die Arbeitslosigkeit und die moderne Wirtschaftsentwicklung.
Dr. Vikt. Böhmert: Die Arbeitslosigkeit und ihre Abwehr (Arbeiterfreund 1895, 1 u. 2).
Georg Adler: Aufgaben des Staates gegenüber der Arbeitslosigkeit.
Buschmann: Arbeitslosigkeit und Berufsvereine.

Hans v. Nostitz: Die Arbeitslosigkeit im Lichte der engl. Erfahrungen (Schmollers Jahrbuch XX, S. 1293).

Arbeitnehmer-Nachweise.

Kulemann: Die Gewerkschaftsbewegung.

Protokoll der Verhandlungen des 2. und 3. Gewerkschaftskongresses.

Dr. Hirsch: Was bezwecken die Gewerkvereine?

Handbuch und Statuten des deutschen Werkmeister-Verbandes 1901 und 1902.

Jahresberichte desselben, 1899—1900.

Leitfaden für die Lokalverwaltungen der Gauvorstände des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, 1900.

Arbeitgeber-Nachweise.

Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig, 1898; Magdeburg, 1901; Nürnberg, 1902.

v. Reiswitz: Die deutsche Industrie und der Arbeitsnachweis.

Deutsche Arbeitgeber-Zeitung: 1. u. 2. Jahrgang 1902/04.

Der deutsche Arbeitgeber-Bund für das Baugewerbe: Vorstellung betr. Errichtung von Arbeitsnachweisen an den Bundesrat.

Derselbe: an die Vorstände der deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Bericht der Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller, 1899 ff.

Satzungen für den Bund der Arbeitgeber Berlins.

Jahresberichte der Metall-Industriellen in Chemnitz.

Jahresberichte des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona, 1901/02.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zu Halle a. S. und ihre Institute.

Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat, Jahrgang I, Nr. 4: Die Organisation des ländlichen Arbeitsnachweises.

Jahresberichte der Landwirtschaftskammer Pommern.

"	"	"	Posen.
"	"	"	Brandenburg.
"	"	"	Schlesien.

Gemeinschaftlich von Arbeitgebern und -nehmern errichtete Nachweise.

Deutscher Buchdruckertarif nebst Kommentar, 1902.

Geschäftsbericht des Tarifamtes 1901/02.

Dr. Zahn: Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckergewerbe, in Schriften des Vereins für Socialpolitik, 1890, S. 446 ff.

- Dr. Silbermann: Der Arbeitsnachweis im Handelsgewerbe (Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 1899, S. 513 ff.).
Th. Vernet: Der Arbeitsnachweis im Kaufmannsstand (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1895, S. 343 ff.).
Der Arbeitsnachweis im Handelsgewerbe.
Jahresberichte des kaufmännischen Vereins zu Frankfurt a. M.
Jahresberichte, Satzungen, Vorschriften für die Bewerber um kaufmännische Stellen des Vereins für Handlungskommiss in Hamburg.
Jahresberichte des kaufmännischen Vereins München.
Jahresberichte des Verbands deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig.
Satzungen des Stellenvermittlungs-Bundes kaufmännischer Vereine.

Erwerbsmäßiger Arbeitsnachweis.

- Prof. Schanz: Die Regelung des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises (Annalen des deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1903).

Gemeinnütziger-fürsorglicher Arbeitsnachweis.

- Jahresberichte (1888—1902) der Mülhauser Anstalt für Arbeitsnachweis.
" (1896—1900) des Arbeitsnachweis-Vereins Essen.
" (1900—1901) der Zentralstelle für Arbeitsnachweis zu Hannover.
Jahresberichte des Vereins für Arbeitsnachweis in Düsseldorf.

Öffentlicher Arbeitsnachweis.

- Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Heft I—IV.
Bericht über den vom Freien Deutschen Hochstift veranstalteten sozialen Kongress.
Dr. Jastrow: Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft.
Derselbe: Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen und Arb.-Nachw.-Verbänden.
Derselbe: Der öffentliche Arbeitsnachweis in der Mark Brandenburg.
Schneider: Der Ausbau der Arbeitsvermittlung in Württemberg.
Hartmann: Die gemeindliche Arbeitsvermittlung in Bayern.
Dr. Menzinger: Bericht über die seitherige Tätigkeit des städtischen Arbeitsamts München usw.
Derselbe: Die Arbeitsvermittlung für weibliche Personen und Dienstboten.
Prof. Schanz: Dritter Beitrag zur Frage der Arbeitslosenversicherung, S. 297: Der Arbeitsnachweis.
Dr. Jastrow: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland (Jahrb. für Nat.-Ökon. 1898).

- Dr. Zahn: Über städt. Arbeits-Vermittlungsanstalten (Blätter für administr. Praxis 1896).
- Dr. Brückner: Die Arbeitsvermittlung mit besonderer Beziehung auf Frankfurt a. M. (Berichte d. Deutsch. Hochstifts 1891).
- Dr. Mataja: Städt. Sozialpolitik (Zeitschr. für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1894).
- Schmölder: Der Arbeitsmarkt (Preuss. Jahrbücher 1896).
- Dr. Möller: Zentralisation des gew. Arbeitsnachweises im Deutschen Reich (Schmollers Jahrbuch 1894).
- Dr. Singer: Zur Organisation des Arbeitsnachweises in Wien (Zeitschr. für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1895).
- Prof. Platter: Schweiz. Blätter für Volkswirtschaft und Sozialpolitik 1894.
- Petermann: Die öffentl. Arbeitsnachweisbureaus der Schweiz (Zeitschr. für schweiz. Statistik).
-

Erstes Buch.

Theorie vom Arbeitsnachweis.

Einleitung.

Das zur Behandlung ausgesetzte Thema verlangt eine kritische Darstellung der Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland. Hierfür dürfte erstes Erfordernis die Gewinnung eines Maßstabes sein, an dem die vorhandenen Arbeitsnachweiseinrichtungen sich messen und werten lassen. Ein derartiger Maßstab fände sich an einer Organisation, die man als Normal-Arbeitsnachweis bezeichnen könnte, weil sie allen an einen Arbeitsnachweis zu erhebenden Anforderungen in idealster Weise entspräche. Zwar bietet die Wirklichkeit das Gesuchte nirgends dar. Indes möchte dem Versuche wenigstens nichts im Wege stehen, theoretisch den denkbar vollkommensten Arbeitsnachweis zu konstruieren. Je näher dann dieser allerdings nur imaginären Größe irgendwelche tatsächlich bestehende Organisation des Arbeitsnachweises käme, um so höher wäre dieselbe einzuschätzen.

Wie nun aber zu dem geplanten Normal-Arbeitsnachweis gelangen? Die beste Methode dürfte wohl die sein, die sich über ihren theoretischen Aufstellungen in beständiger Fühlung mit den Erscheinungen und Bedürfnissen des praktischen Lebens zu halten wünsche. Solches ist nichts Unmögliches. Geht man von den mancherlei Übelständen aus, die bei der üblichen Arbeitsvermittlung zutage treten und die zu verschwinden berufen sind, so gelangt man auf diesem Wege zu einer Reihe bestimmter, einen Normal-Arbeitsnachweis charakterisierender Merkmale. Daneben werden aus dem Begriff „Arbeitsnachweis“ selber weitere, das Wesen

eines vorbildlichen Arbeitsnachweises ausmachende Bestimmungen zu entnehmen sein.

Bei einer Produktionsweise, wie sie etwa in vergangenen Zeiten zum grossen Teil auf Kleinhandwerk und Kleinbetrieb beruhte, genügten oft die eigenen Arbeitskräfte der Inhaber einer Arbeitsstätte zur Bewältigung der sich daselbst einstellenden Arbeitsgelegenheiten. Und auch da, wo der Meister fremder Gesellen bedurfte, fanden diese doch vielfach im Hause ihres Brotherrn Kost und Unterkunft: so entwickelten sich persönliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, patriarchalische Verhältnisse, das Gefühl beiderseitiger Zusammengehörigkeit.

Diese Zustände haben in der Gegenwart dadurch eine grundstürzende Umänderung erfahren, dass die Grossindustrie das Handwerk, der Grossbetrieb den Kleinbetrieb immer völliger verdrängt. In dem Mass als der Grossproduzent seinen Geschäftsbetrieb erweitert, ist er auch darauf angewiesen, Arbeitskräfte in stetig gröfserer Zahl für seinen Dienst anzuwerben. Von Anknüpfung persönlicher Beziehungen ist jetzt keine Rede mehr. Die strenge Scheidung zwischen arbeitgebender und arbeitnehmender Gesellschaftsklasse steht dem schon im Wege. Vielfach kennt der Unternehmer die Leute, die bei ihm in Beschäftigung stehen, kaum dem Namen nach. Er hat sie durch Vermittlung seiner Untergebenen einstellen lassen; er verkehrt mit ihnen durch Mittelpersonen und entlässt sie auch wieder aus seinem Dienst auf dieselbe Weise. Ihm ist es nur zu tun um diese oder jene Arbeitsleistung. Wer die verrichtet, ob dieser oder jener, ist ihm gleichgültig.

Auf der anderen Seite hat sich die Zahl derer ins Enorme vermehrt, die sich, weil ihnen die Mittel und Fähigkeiten zur Gründung einer selbständigen Existenz abgehen, ihren und der Ihrigen Unterhalt nur noch so zu sichern vermögen, dass sie ihre Arbeitskraft an Herren feilbieten und vermieten, für die sie ein weiteres Interesse nicht haben, als dass sie bei denselben ihre Ware an den Mann bringen

können. So steht sich, infolge der besonderen Gestaltung des heutigen Erwerbslebens, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr fremd, wenn nicht feindselig gegenüber, vergleichbar den Käufern und Verkäufern auf einem Markt. Auch sie sind zu solchen geworden. Die Ware, um die da gehandelt wird, besteht in Arbeitskraft. Die Verkäufer derselben sind die Arbeiter; die Käufer sind die Unternehmer.

Je unbeständiger nun aber, bei den grossen und plötzlichen Schwankungen moderner Produktionsweise, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ist; je weniger auch unter den doch voneinander abhängenden Käufern und Verkäufern einer um den anderen weiß, um so mehr benötigen beide Teile einer Einrichtung, des Arbeitsnachweises, welche den einen dem anderen nahebringt und damit die Möglichkeit eines Geschäftsabschlusses, hier eines Arbeitsvertrags zwischen beiden vermittelt.

Bei solcher Vermittlung allein aber darf es sein Bedenken nicht haben. Es kann, wie auf jedem Markt, so auch auf dem Arbeitsmarkt die Lage eintreten, dass Angebot und Nachfrage in grossem Missverhältnis zueinander stehen, oder dass das eine, bzw. die andere völlig ausbleibt. Damit wäre der vermittelnden Tätigkeit des Arbeitsnachweises zunächst ein Riegel vorgeschoben. Indes wird sich der Arbeitsnachweis mit der Feststellung dieser Tatsache nicht zufrieden geben. Er wird vielmehr von den gewerblichen Geschäftsvermittlern lernen, die bei flauem Markt erst recht sich bemühen, sei es die fehlende Ware zu beschaffen, sei es die mangelnde Kauflust zu wecken. Ähnlich wird auch der Arbeitsnachweis sich nicht auf die einfache Kaufs- oder Verkaufsvermittlung beschränken, sondern für den Fall, dass keine Käufer oder Verkäufer zur Stelle sind, wird er suchen, solche aufzubringen. Der Arbeitsnachweis wird also nicht nur Arbeitsvermittlung, sondern auch Arbeitsbeschaffung sein.

Die vorstehenden Erörterungen dürften folgende Definition des Begriffs: „Normal-Arbeitsnachweis“ rechtfertigen:
Unter einem Normal-Arbeitsnachweis ist

eine solche Einrichtung zu verstehen, die in vorzüglichster Weise nicht nur vorhandene Arbeitswilligkeit und zur Hand liegende Arbeitsgelegenheiten, die sich suchen, zueinander in Beziehung setzt behufs Erzielung eines Arbeitsvertrags, sondern auch, bei einseitig bestehenden Angeboten, bzw. Nachfragen, das zur Vertragsschließung noch mangelnde Material an Arbeitskräften, bzw. offenen Stellen zu beschaffen versteht.

Nach diesen zwei Gesichtspunkten, einmal der Arbeits- bzw. der Arbeitervermittlung, sodann der Arbeits- bzw. der Arbeiterbeschaffung, hätte jede Organisation des Arbeitsnachweises zu erfolgen.

A. Der Arbeitsnachweis als Arbeits- bzw. Arbeitervermittlung.

1. Aus der vorerwähnten Definition erhellt zur Genüge, dass dem Arbeitsnachweis gegenüber die Träger der unbeschäftigte Arbeitskräfte, wie die Ausbieter freier Stellen als gleichwertige und -berechtigte Faktoren erscheinen werden. Er ist ja doch zur Ausübung seiner Vermittlungstätigkeit auf die einen wie die anderen angewiesen, und von diesen wieder kann der eine Teil nicht ohne oder gegen den Willen des anderen zu seinem Zwecke kommen.

Abweichend von der oft beliebten Tendenz, den Arbeitsnachweis zu einem Kampfmittel gegen den wirtschaftlichen Gegner zu machen, müfste ein Normal-Arbeitsnachweis in seiner Organisation den Gedanken zum Ausdruck bringen, wie er die widerstreitenden Interessen der Käufer und Verkäufer auf dem Arbeitsmarkt möglichst verbinden wolle, indem er, unparteiisch über den feindlichen Lagern stehend, beiden Teilen gleich gewissenhaft zu dienen sich bemühe. Zugleich wird er mit Absicht jedwede Bestrebungen von sich fern halten, die nicht wirtschaftlicher Natur wären und nicht ausschliesslich auf die Zustandekommen von Arbeitsverträgen abzielten; er wird als Arbeitsnachweis Selbstzweck sein und bleiben wollen. Auf diese Weise könnte jede Partei unter den Marktgängern Vertrauen zu ihm fassen.

2. Ein Arbeitsnachweis wird damit noch nicht zu einem

vollkommenen, dass er den Willen hat, den Interessenten in vertrauenswürdiger Neutralität zur Hand zu gehen. Es wird auch die Art, wie er solches tut, der landläufigen überlegen sein müssen. Man wird dabei drei Forderungen an einen vorbildlich organisierten Arbeitsnachweis stellen können: dass er seine Vermittlungstätigkeit in möglichst rascher, billiger und zuverlässiger Weise ausübe.

a) Bei einer noch gar nicht oder nur ungenügend organisierten Arbeitsvermittlung, wie sie z. B. bei der sog. Umschau zutage tritt, bleibt das Zustandekommen eines Arbeitsvertrags mehr oder weniger Sache des Zufalls. Käufer und Verkäufer, die aufeinander angewiesen sind, wissen nicht, wohin sich wenden, um die Befriedigung ihrer Wünsche zu finden. Hier klopft vielleicht der Arbeitslose über seinem planlosen Wandern vergeblich um Beschäftigung an, während nebenan ein Betrieb aus Mangel an Arbeitern lahmgelegt ist. Klagt der Arbeitgeber, dass er von Arbeitsuchenden überlaufen, belästigt und an kostbarer Zeit geschädigt wird, so „wird es gerade von den besseren und intelligenteren und daher empfindsameren Arbeitern als unwürdige Härte empfunden“ — so drückt sich ein Arbeitervertreter auf dem Frankfurter sozialen Kongress aus — „von Fabrikator zu Fabrikator um Arbeit betteln zu müssen“; worüber der Arbeitslose nicht nur um Zeit und Geld und Kraft gebracht, sondern auch gedehmütigt und demoralisiert werde. Solchem Unwesen wird allein damit gesteuert werden, dass Arbeitgeber wie -nehmer an dem Arbeitsnachweis gleichsam einen festen Punkt haben, an dem sie, unter Zuhilfenahme moderner Verkehrsmittel, jederzeit in der raschesten und mühelosesten Weise und unter ungeschmälter Wahrung ihrer persönlichen Würde einander treffen und sich gegenseitig verständigen können.

b) Jede Befriedigung eines Angebots, bezw. einer Nachfrage durch den Arbeitsnachweis ist eine Dienstleistung, die, wie jede gewährte Dienstleistung, Anspruch auf Entschädigung hat. Es will darum zunächst scheinen, als ob prinzipiell der Erhebung von Gebühren für geschehene Arbeits-

vermittlung nichts widerspräche. Nur darf die zufordernde Bezahlung zu der tatsächlichen Mühewaltung in keinem unerträglichen Missverhältnis stehen; es darf eine an sich billige Remuneration nicht in unbillige Ausbeutung ausarten, wie dies von seiten der berufsmäfsigen Vermittler nur zu oft geschieht.

Immerhin wird diejenige Organisation des Arbeitsnachweises vor anderen den Vorzug verdienen, die, in Rücksichtnahme auf die oft sehr beschränkten Mittel der Arbeitssuchenden, diesen möglichst geringe Opfer nur auferlegt. Ja, wo sich eine absolut kostenlose Arbeitsvermittlung erzielen ließe, möchte solcher Zustand als der vollkommenste zu empfehlen sein. Um so mehr, als eine derartige Gebührenfreiheit auch auf die für alle Arbeitsvermittlung unentbehrliche Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber nur förderlich einwirken kann.

Dabei ist dann freilich wieder zu bedenken, dass auch für die Einrichtung eines Arbeitsnachweises das nötige Geld erstes Erfordernis ist. Fallen die Einnahmen aus den Gebühren infolge Einführung unentgeltlicher Arbeitsvermittlung weg, womit sollen die Betriebsunkosten bestritten werden? Ehe diese Frage in befriedigender Weise gelöst ist, kann ein Arbeitsnachweis nur ein höchst ungewisses Dasein führen. So wird denn derjenige Arbeitsnachweis der zweckmäfsigste sein, der, bei aller Kostenlosigkeit seines Verfahrens, in seinem finanziellen Bestand doch jeder Eventualität gegenüber gesichert ist.

c) Für die gedeihliche Entwicklung eines Arbeitsnachweises ist, mehr noch als die Schleunigkeit und Wohlfeilheit der Vermittlung, die Zuverlässigkeit derselben von Bedeutung. Gerade daran fehlt es oft den gewerbsmäfsigen Vermittlern z. B. Da diese von ihrem Geschäft leben, haben sie ein Interesse daran, dass die durch ihre Bemühungen zustande gekommenen Arbeitsverträge nur von kurzer Dauer seien und damit die Aussicht auf baldige erneute Aufträge gewähren. Ihren Zweck zu erreichen, lassen sich diese Vermittler vielfach daran genügen, Arbeit-

suchende und Arbeitgebende aneinander zu bringen, unbekümmert darum, ob nun auch der Arbeiter zu seinem Brot-herrn passe oder umgekehrt, die verlangte Arbeit den Fähigkeiten des Arbeiters entspreche. Darum auch leidet der gewerbsmässige Arbeitsnachweis an so grosser Unzuverlässigkeit.

Einem idealen Arbeitsnachweis, dem es nicht um Geldgewinn, sondern um die bestmögliche Befriedigung seiner Auftraggeber zu tun ist, kann mit einer übertriebenen Unstätigkeit in den von ihm in die Wege geleiteten Arbeitsverträgen nicht gedient sein. Vielmehr muss und will er auf Schaffung möglichst andauernder und damit für Arbeitgeber wie -nehmer gleich vorteilhafter Verhältnisse abzielen. Dazu wird von seiner Seite eine vorsichtige Auswahl der Personen nötig sein, unter jedesmaliger gewissenhafter Berücksichtigung der Eigentümlichkeit der Arbeitsbranche und der Eigenart des Arbeitsuchenden. M. a. W.: ein wirklich vorbildlich organisierter Arbeitsnachweis wird aus Prinzip darauf ausgehen, jeweils den rechten Mann an die rechte Stelle zu bringen. Bei solchem Geschäftsverfahren dürfte er dann mit Recht auf das Zutrauen und den Zulauf der Kundschaft zählen.

3. Die Möglichkeit einer schleunigen und zuverlässigen Befriedigung der an ihn ergehenden Gesuche wird für einen Arbeitsnachweis in demselben Masse zunehmen, als er über ein reichliches Warenmaterial verfügt, oder anders gesagt, als er den Arbeitsmarkt vollständig in Händen hat. Eine solche Beherrschung des Marktes durch einen Arbeitsnachweis setzt selber wieder voraus, dass sich das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage zunächst nur an einem Orte und in einem bestimmten Gewerbe, dann aber auch für räumlich weiter ausgedehnte Kreise und möglichst verschiedene Erwerbszweige bei der Arbeitsnachweisstelle konzentriere. Örtlich wie sachlich wird der Arbeitsnachweis zentralisiert sein müssen.

a) Wo immer die Zentralisation des Arbeitsnachweises an einer Stelle noch fehlt, dagegen — wie das in der Wirklichkeit durchweg noch der Fall ist — verschiedene Träger

des Arbeitsnachweises nebeneinander auf demselben Arbeitsmarkt in gegenseitiger Konkurrenz sich betätigen, kann solches nur zum Schaden der Interessenten sein. Zweierlei ist dabei möglich. Entweder es stehen sich die in Frage kommenden Organisationen feindselig gegenüber. Man denke etwa an sich bekämpfende Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmer-nachweise in ein und demselben Gewerbe. Damit verbietet sich deren gleichzeitige Benutzung von selbst, und die Folge ist für die Vertragswilligen eine Minderung an Vertragsgelegenheiten in demselben Grad, als der Widerpart über solche verfügt. Oder aber, es sind sämtliche vorhandene Arbeitsnachweise zugänglich, wie dies bei den geschäftsmässig betriebenen und gemeinnützigen Arbeitsnachweisen der Fall sein mag. Dann wird die Inanspruchnahme der verschiedenensten Stellen fast wieder zur Umschau werden, jedenfalls aber mit Zeit- und Geldverlusten verbunden sein.

Bedenklicher noch ist der Umstand, dass die miteinander konkurrierenden Anstalten über einen sachlich und örtlich viel zu geringen Bruchteil des Arbeitsmarkts gebieten, als dass durch sie eine angemessene Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte auf die dargebotenen Arbeitsgelegenheiten und umgekehrt könnte sicher gestellt werden. Dieses Missverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Anforderungen müsste vor allem dann sich in empfindlicher Weise geltend machen, wenn wirtschaftliche Verschiebungen und Rückgänge die Aufgabe jener Ausgleichung noch erweiterten¹.

Einer derartigen, die Vermittlungstätigkeit für ein bestimmtes Gewerbe erschwerenden Zersplitterung des Arbeitsnachweises hat eine Normalorganisation durch Zusammenfassung des örtlichen Angebots und der Nachfrage in einer Hand, durch örtliche Zentralisation abzuheften.

b) Der örtlichen wird die sachliche Zentralisierung zur Seite gehen müssen. Zwar möchte es scheinen, als ob im Prinzip dem nichts widersprüche, dass der Arbeitsnachweis für jede Berufsart gesondert organisiert werde. Doch schon

¹ v. Reitzenstein, Der Arbeitsnachweis, S. 3.

aus Zweckmässigkeitsgründen dürfte der Grundsatz vorzuziehen sein: Ein Ort, ein Arbeitsnachweis ohne Unterschied für alle Interessenten, für männliche und weibliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für gelernte und ungelernte Arbeitskräfte, für gewerbliche wie landwirtschaftliche oder höhere Erwerbszweige. Durch solche Vereinheitlichung des Arbeitsnachweises dürften sich jedenfalls zunächst die Unkosten, die aus der Beschaffung der für die Vermittlung erforderlichen Räume, des Personals und von Anderem erwachsen, erheblich vermindern. Noch mehr ins Gewicht fallen wird eine weitere Erwägung. Laufen unterschiedslos sämtliche Angebote und Nachfragen eines Ortes an einem und demselben Mittelpunkt zusammen, so ist damit die Möglichkeit gewonnen, dem Arbeitsuchenden, dem in seinem ursprünglichen Beruf vielleicht keine Arbeit nachgewiesen werden kann, in einem anderen Gewerbe eine passende Stelle zu vermitteln. Solcher Übergang von einem Erwerbszweig zu einem anderen lässt sich zurzeit um so leichter bewerkstelligen, als demselben heutzutage weit geringere technische Schwierigkeiten entgegenstehen als früher. Evert bemerkt hierüber in seinem Aufsatz „Der Arbeitsnachweis“: „Wer heute in seinem gelernten Beruf nicht mehr lohnende Beschäftigung findet und sich einem anderen zuwenden will, braucht dazu nicht, wie zur Zeit der Alleinherrschaft des Handwerks, überall eine Lehrzeit von mehreren Jahren; er kann nicht nur leicht als Handlanger in verschiedenen Gewerben Unterkunft finden, sondern er vermag sich auch in manchen Fabriken in wenigen Wochen hinreichende Kenntnis und Fähigkeit zu verschaffen, um mit einer Maschine zu arbeiten oder wenigstens dieselbe zu beaufsichtigen“¹.

Ähnlichen Spielraum für die Befriedigung seiner Wünsche gewährt der sachlich und örtlich zentralisierte Arbeitsnachweis auch dem Arbeitgeber. Man nehme z. B. einen Wirt, der bei beschränktem Angebot von Dienstmädchen für die

¹ Evert, Der Arbeitsnachweis; in Schmollers Jahrbuch 1888, S. 1103 ff.

gröberen Arbeiten in seinem Geschäft keine weibliche Kraft finden kann. So wird der zentralisierte Arbeitsnachweis durch Vermittlung überschüssiger männlicher Arbeitswilliger unschwer aus der Verlegenheit zu helfen wissen.

Ein derartiger örtlicher Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage wird stets den Vorteil einer Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises durch die Gesamtheit der Interessenten ausmachen. Einem idealen Arbeitsnachweise muß darum das Merkmal eines sachlich zentralisierten oder eines allgemeinen eignen.

4. Auch dem bestorganisierten örtlichen Arbeitsnachweis wird es nie gelingen, allen an ihn gestellten Anforderungen zu genügen. Es wird stets ein mehr oder minder großer Bruchteil an Arbeitskräften zurückbleiben, für den passende Arbeitsgelegenheit sich in der Gemeinde nicht findet; es werden auch immer Arbeitsstellen mangels geeigneter Bewerber offen stehen. Vor dieser neuen Schwierigkeit wird ein Normal-Arbeitsnachweis nicht Halt machen. Er wird von der Erwägung ausgehen, daß das Material, das am eigenen Ort fehlt, von anderwärts bezogen werden könne; wie umgekehrt für den eigenen Überfluss jenseits der Grenzen des betreffenden Bezirkes Unterkunft zu finden sein dürfte. So liegt es für den örtlich zentralisierten Arbeitsnachweis in der Natur der Sache, Fühlung zu suchen mit möglichst vielen ähnlichen Einrichtungen aus der näheren oder entfernteren Umgebung. Zwischen Ort und Ort, zwischen Stadt und Land wird sich ein zielbewußter Verkehr auftun. Wo bisher ganze Schwärme von Arbeitslosen bei der Suche nach Arbeit sich planlos auf den Landstraßen umhertrieben, wird durch den ideal organisierten Arbeitsnachweis jedem Arbeitswilligen eine Marschroute in die Hand gegeben, die ihn zu erwünschter Beschäftigung und damit zu gesicherter Lebensstellung führen soll. Wo bisher die Arbeitgeber in entlegenen Gegenden oder in unbedeutenden Ortschaften Tag um Tag vergeblich ausschauten, ob nicht ein Arbeitnehmer bei ihnen anklopfen und sich mit ihnen in die gehäufte Arbeitslast teilen möchte, wird eine näher oder ferner

liegende Arbeitsnachweisstelle aus dem Schatz der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in Kürze jenen Wünschen gerecht werden. Und dies um so mehr und rascher, je mehr gerade bei dem Ausgleich von Ort zu Ort alle modernen Verkehrserleichterungsmittel vom Arbeitsnachweis in Dienst genommen werden.

Der Zusammenschluss der über einen grösseren Gebiets teil zerstreuten Arbeitsnachweisanstalten zu einem gemeinschaftlich arbeitenden Ganzen oder Verband — eine interlokale Zentralisation — bildet ein neues unentbehrliches Glied in der Organisation eines vorbildlichen Arbeitsnachweises.

5. Ein interlokal zentralisierter Arbeitsnachweis wird zur höchstgesteigerten Leistungsfähigkeit erst dann gelangen, wenn jede einzelne zum Zentralverband gehörende Stelle allzeit einen zutreffenden Einblick in die Lage des für sie in Betracht kommenden Arbeitsmarktes besitzt. Dies zu ermöglichen ist Saché einer bestorientierenden und raschesten Berichterstattung über alle den Arbeitsmarkt berührenden Momente, insbesondere über das jeweilige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage innerhalb des Verbandsgebietes.

B. Der Arbeitsnachweis als Arbeits- bzw. Arbeiterbeschaffung.

Ein Arbeitsnachweis sei noch so ideal organisiert, er arbeite in noch so vollkommener Weise, so wird doch der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nie restlos aufgehen, weil heides sich nie mathematisch genau deckt. Es wird also stets eine Anzahl Auftraggeber übrig bleiben, denen der Arbeitsnachweis, sei es infolge mangelnder Arbeitsgelegenheit, sei es infolge unaufreibbarer Arbeitskräfte in absehbarer Zeit nicht genügen kann. Wird mit der Feststellung dieser Tatsache das Interesse eines Normal-Arbeits-

nachweises an solchen Aussichtslosen sein Ende finden? Kaum, wenn die Anforderungen zutreffen, die in der Einleitung¹ als für die Vermittler auf jedem Markt, also auch auf dem Arbeitsmarkt geltende bezeichnet sind. Außerdem dürften die bei der Vermittlung zunächst leer Ausgegangenen um der schwierigen Lage willen, die ihnen aus dem Versagen des Arbeitsnachweises erwachsen müfste, der weiteren Fürsorge dieses in besonderer Weise würdig erscheinen. Worauf aber wird solche Fürsorge abzielen? Bei einem Arbeitsnachweis doch auf nichts anderes als eben auf die Herbeischaffung der benötigten, aber bisher noch ausstehenden Arbeitsgelegenheiten, bzw. Arbeitskräfte.

1. Hierbei möchte nun zunächst einem Mangel an Arbeitskräften noch am leichtesten abzuhelfen sein. Schlimmstenfalls bietet sich bei Frauen und Kindern, oder auch bei den anspruchslosen, sich rasch vermehrenden, in kultureller Hinsicht niedriger stehenden Volksstämmen und Rassen ein auch das höchstgesteigerte Bedürfnis stets noch überbietendes Arbeitermaterial. Die zu bewältigende Schwierigkeit würde hier also in letzter Linie zu einer Transportfrage zusammenschrumpfen.

Aber auch ohne zur Einfuhr ausländischer Arbeiter zu greifen — wogegen Gründe sprechen möchten, welche die Arbeitervermittlung als solche zunächst nicht berühren — wird die Neubeschaffung von Arbeitskräften für einen entsprechend organisierten Nachweis keine Unmöglichkeit bilden. Je vollständiger nämlich ein solcher den Arbeitsmarkt beherrscht, um so mehr wird es ihm gelingen, den Überfluss an Arbeitslosen in dem einen Gewerbe zum Besten eines anderen Gewerbes, das Bedarf an Arbeitern hat, zu verwerten. So wird z. B. aus der Zahl der beschäftigungslosen industriellen oder auch ungelernten Arbeiter in den Städten durch Vermittlung des Arbeitsnachweises mancher Arm der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, der

¹ Oben S. 5 Z. 28 ff.

ohne den Arbeitsnachweis für dieselbe nie vorhanden gewesen wäre.

2. Schwieriger liegen die Dinge für den Arbeitsnachweis angesichts der Arbeitslosigkeit, die „immer mehr eine chronische Erscheinung“¹ wird. Gerade dieser „wirtschaftlichen Krankheit“ gegenüber hat man in der jüngsten Gegenwart einen zweckmäßig organisierten Arbeitsnachweis als wirksamstes Abwehrmittel empfohlen. „Der Arbeitsnachweis nimmt vor allen anderen Mitteln gegen Arbeitslosigkeit den Vortritt“ — sagt Evert in dem schon zitierten Artikel². In der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung liest man in einem Aufsatz von R. Singer: „Zur Organisation des Arbeitsnachweises in Wien“ den Satz: „Unter den Maßregeln, die das Gespenst der modernen Volkswirtschaft, die Arbeitslosigkeit, durch Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten zu verscheuchen suchen, steht der Arbeitsnachweis an erster Stelle“³. Ähnliche Äußerungen sind fast in allen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu finden.

Daneben fehlt es freilich auch nicht an gegenteiligen Stimmen. Gelegentlich der dritten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise in Berlin, im Jahre 1902, spricht ein Arbeitervertreter sich aus praktischer Erfahrung heraus dahin aus: „Wenn wir uns die Frage vor Augen führen, ob wir Zustände schaffen können, daß durch Arbeitsvermittlung der Arbeitsnot ein Ende bereitet oder sie doch wenigstens gemildert werden kann, so ist dies . . . kaum anzunehmen“. . . . „Alle Arbeitsnachweise sind eigentlich auf den Umfang der Arbeitslosenvermittlung bedeutungslos“⁴. Aber auch wissenschaftliche Vertreter der Volkswirtschaft

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise I, 26.

² Evert, Der Arbeitsnachweis, Schmollers Jahrb. XII, 1003.

³ R. Singer, Zur Organisation des A.-N. in Wien. Zeitschr. f. Volkswirtschaft etc. 1895, 304.

⁴ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise IV, 77.

warnen vor einer Überschätzung der Bedeutung des Arbeitsnachweises für die Hebung der Arbeitslosigkeit. So sagt Corvey im „Arbeiterfreund“ . . . „Jedenfalls wird die einsichtsvolle Umgestaltung der Arbeitsvermittlung nicht gänzlich ohne günstige Rückwirkung auf das Heer der Arbeitslosen bleiben. Man soll sich jedoch hüten, diesen Erfolg besonders hoch zu veranschlagen“¹. — Begründet aber wird diese Mahnung zur Vorsicht durchweg mit dem Hinweis darauf, dass „die beste Arbeitsvermittlungs-Organisation keine Arbeit wird nachweisen können, wenn in Zeiten schlechten Geschäftsgangs keine vorhanden ist“². Und v. Wiese in Schmollers Jahrbuch meint: „Der Arbeitsnachweis . . . wird, seiner Natur entsprechend, nur soweit für die Arbeitslosigkeit in Betracht kommen, als sie nicht auf wirklichem Fehlen an Arbeitsgelegenheit beruht. Er kann nichts Neues schaffen, sondern nur Vorhandenes zueinander in Beziehung setzen“³. Noch kategorischer redet v. Reitzenstein: „es beruht auf einer Überschätzung der Leistungen der Arbeitsvermittlung, wenn, wie dies neuerdings mannigfach geschieht, von ihrer Ausbildung eine völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwartet wird, welche grosstenteils nicht darauf beruht, dass Gelegenheit zu produktiver Verwendung von Arbeitskräften nicht nachweisbar, sondern darauf, dass solche nicht vorhanden ist“⁴.

Gerade daraufhin aber, was der Arbeitsnachweis zur gründlichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, wollen dann wieder Andere ausschliesslich die ganze jüngste Arbeitsnachweisbewegung gewertet wissen. Wir finden diese Anschauung z. B. gelegentlich des Frankfurter sozialen Kongresses von 1893 von einem berufenen Arbeitervertreter in

¹ J. Corvey, Arbeiterfreund, 1897, 385.

² J. Corvey a. a. O.

³ v. Wiese, Die neuere Entwicklung d. Arb.-Nachw. Schmollers Jahrb. 1900, S. 1136.

⁴ v. Reitzenstein, Der Arb.-Nachw. und seine Weiterentwicklung. Schr. d. Zentralstelle für Arb.-Wohlf.-Einrichtungen X, 5.

die Worte gekleidet: „Ich bin der Meinung, dass der ganze Arbeitsnachweis . . . absolut keinen Zweck hat, so lange nicht gleichzeitig auch Arbeit geschaffen wird“¹.

Was ist nun von den einander so scharf widersprechenden Meinungen, soweit der Arbeitsnachweis als arbeitsbeschaffend dabei in Frage kommt, zu urteilen? Zunächst ist zuzugeben, dass ein Arbeitsnachweis auch bei denkbar bester Organisation ein jeweilig zur Verfügung stehendes, bestimmtes Quantum vakanter Stellen nicht beliebig zu vermehren imstande ist. Was er vermag, ist dies: die vorhandenen Stellen an die zu deren Besetzung erforderlichen Arbeiter möglichst schnell und wohlfeil gelangen zu lassen. Damit würde dann wenigstens für diese Arbeitsuchenden die Dauer der Arbeitslosigkeit tunlichst herabgesetzt. Nun ist aber weiter zu bedenken, dass ohne die Tätigkeit des Arbeitsnachweises eine ganze Reihe unter den vorgenannten Stellen den Arbeitslosen nicht nur kürzere oder längere Zeit vorbehalten, sondern am Ende ganz verborgen bleiben, d. h. verloren gehen würde. Denn bei dem starken Wachsen der Bevölkerung, besonders bei der grossen Dichtigkeit des Zusammenwohnens in den grösseren Städten, sind zurzeit die Produktionsverhältnisse, zumal für den einzelnen, immer unübersichtlicher geworden. Vermittelt nun der Arbeitsnachweis auch die den Arbeitslosen unbekannten und darum für sie so gut wie nicht vorhandenen Arbeitsgelegenheiten in deren Hände, so hat er damit dem Buchstaben nach allerdings keine neue Arbeit geschaffen; er hat diese ja nur aufgespürt und an den Mann gebracht. Tatsächlich ist dies aber für die Arbeitslosen so gut, als wenn Arbeitsgelegenheit neu für sie ins Dasein gerufen worden wäre.

Abgesehen davon, dass ein Normal-Arbeitsnachweis „die Möglichkeit der Besetzung vakanter Stellen aufs höchste steigert und schon damit in eminenter Weise zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient“, ist derselbe auch befähigt, im

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachw. I, 111.

eigentlichen Sinn des Wortes Arbeit zu schaffen. Man wird kaum etwas einwenden können gegen das, was Dr. Freund in seinem Schriftchen „Der Arbeitsnachweis“ ausführt. „Manche Ausdehnung eines Betriebes“, heißt es da, „manche Neueinrichtung eines Betriebes scheitert an der Schwierigkeit in der Beschaffung von Arbeitern: mit der Übersicht über die verfügbaren freien Arbeitskräfte wächst demnach die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsgelegenheit“¹. Ein in vollkommener Weise funktionierender Arbeitsnachweis fördert Unternehmungslust und -geist. Wenn es nun auch — besonders in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten — wie Dr. Zahn meint — „nur wenige Fälle sind, wo eine sonst unterlassene Arbeit bei Kenntnis von geeigneten Kräften nun doch unternommen wird“², so kommt diesem Wenigen doch eine um so grösere Bedeutung zu, „je mehr die statistischen Untersuchungen der letzten Jahre der Behauptung Recht gegeben haben . . . , dass es sich bei den Arbeitslosen nicht um unübersehbare Massen Elender und Armer handelt“³. Beschränkt sich aber die Arbeitslosigkeit auch zur Zeit großer Krisen auf eine messbare Zahl, so erhellt, dass auch eine verhältnismäßig geringe Aufbringung neuer Arbeitsgelegenheit einen für die Heilung oder doch Linderung jener Krankheit schätzenswerten Faktor ausmacht.

Dazu kommt, dass ein Normal-Arbeitsnachweis auf Grund seiner unausgesetzten Beobachtung der Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und seiner Berichterstattung darüber die staatlichen und kommunalen Behörden dahin beeinflussen kann, dass diese „teils in ihrer Eigenschaft als Selbstproduzenten, teils als gesetzgebende oder verwaltende öffentliche Organe allerlei Massregeln treffen . . . ihren Staats- oder Gemeindeangehörigen entweder direkt Arbeit zu verschaffen

¹ Dr. R. Freund, Der Arbeitsnachweis, S. 7.

² Dr. Zahn, Über städtische Arbeits-Vermittlungsanstalten, S. 109.

³ v. Wiese a. a. O. 1135.

oder ihnen die Herstellung und den Absatz von Gütern zu erleichtern“¹.

Insofern solche Arbeitsbeschaffung vor allem auf Veranlassung des Arbeitsnachweises geschieht, gebührt ihm auch sein Teil Verdienst daran.

¹ Dr. Böhmert, Die Arbeitslosigkeit u. ihre Abwehr. Arbeiterfreund 1895, 1 f.

Zweites Buch.

Kritische Darstellung der
Organisation des Arbeitsnachweises
in Deutschland.

Vorbemerkung.

Die aus den Untersuchungen des ersten Buches gewonnenen und für das Wesen eines Normal-Arbeitsnachweises maßgebenden Grundsätze sollen in einem zweiten Buch zur Wertung der in Deutschland tatsächlich bestehenden Arbeitsnachweis-Organisationen Verwendung finden. Betrachtet man dieselben von dem Gesichtspunkt aus — und zur Unterscheidung der verschiedenen Arbeitsnachwestypen dürfte sich dieser am besten eignen —, welcher Art die Träger der Arbeitsvermittlung seien, so lassen sich die vorhandenen Organisationen in drei große Hauptgruppen sondern, in:

- A. Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschließlich in Händen der Interessenten liegen;
- B. Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschließlich von Nichtinteressenten geleitet werden;
- C. Arbeitsnachweis-Organisationen, die von Nichtinteressenten zusammen mit Interessenten verwaltet werden.

Die Organisationen unter A zerfallen dann wieder in drei Abteilungen, in:

- I. Einseitig von Arbeitnehmern organisierte Arbeitsnachweise;
- II. Einseitig von Arbeitgebern organisierte Arbeitsnachweise;
- III. Arbeitsnachweise, die gemeinschaftlich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern errichtet und verwaltet werden.

Innerhalb der zur Gruppe B gehörigen Organisationen lassen sich unterscheiden:

- I. Die Organisation des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises;
- II. Die Organisation des gemeinnützig-fürsorglichen Arbeitsnachweises.

Die Gruppe C endlich wird

I. die paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweise umfassen.

Die Besprechung der vorstehend gekennzeichneten Typen von Organisationen des Arbeitsnachweises soll in je zwei Abschnitten erfolgen. Ein erster darstellender Abschnitt wird zunächst ein Kapitel 1 bringen mit einer Beschreibung der Prinzipien, von denen aus die Konstruktion der besonderen Arbeitsnachweis-Organisation erfolgt ist, bzw. er wird das Problem zu fixieren haben, auf dessen Lösung hin der betr. Arbeitsnachweis jeweils konstruiert worden ist. Ein Kapitel 2 wird diese Organisation selber zu schildern haben.

Dem zweiten, kritischen Abschnitt soll die Aufgabe zufallen, unter Berücksichtigung der Darlegungen des vorhergehenden ersten Abschnittes, ein Urteil über Wert oder Unwert der in Frage stehenden Arbeitsnachweis-Organisation zu begründen.

Dabei wird es wohl weniger darauf ankommen, in erschöpfender Weise sämtliche existierende Arbeitsnachweise im einzelnen nach Namen, Ort und Umfang darzustellen und für einen jeden eine ins kleinste gehende Erörterung seiner Einrichtungen zu bringen. Es würde solches mehr oder minder auf eine Wiederholung dessen hinauslaufen, was v. Reitzenstein in seinem grossen Werk: „Der Arbeitsnachweis“ in einer Weise erledigt hat, die mit der Zeit vielleicht eine Ergänzung, aber kaum je eine Überbietung zulassen wird. Eine Erforschung, Darlegung und Beurteilung des jedem Arbeitsnachweistypus Gemeinsamen und Charakteristischen möchte zur Lösung der gestellten Aufgabe das Zweckdienlichere sein. — Ein Wort der Rechtfertigung dürfte

ausserdem die Behandlung der darstellenden und kritischen Parteien in zwei voneinander gesonderten Abschnitten verlangen. Bei der gewählten Methode ist die Gefahr nicht zu umgehen gewesen, dass die kritischen Bemerkungen zu irgendwelchem Punkt in der Organisation eines Arbeitsnachweises von jenem räumlich mehr oder weniger entfernt zu liegen kommen und damit die in Beziehung-Setzung der einen zum andern in etwas erschweren, bezw. knappe Zurückweisungen auf bereits Besprochenes nötig machen. — Immerhin schien dieser Übelstand von geringerer Bedeutung im Vergleich zu dem Vorzug, der in einer einheitlichen, zusammenhängenden Darstellung des jeweils in Betracht kommenden Gegenstandes liegen möchte.

Hauptgruppe A.

Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschließlich in Händen der Interessenten liegen.

I. Abteilung.

Die einseitig von Arbeitnehmern organisierten Arbeitsnachweise.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Darstellung der die Organisation der einseitigen Arbeitnehmer-Nachweise beherrschenden Prinzipien.

Unter den für die Organisation der einseitigen Arbeitnehmer-Nachweise maßgebenden Gesichtspunkten lassen sich zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Nach der einen soll der Arbeitsnachweis Mittel zum Zweck, nach der anderen soll er Selbstzweck sein. Die Vertreter der ersten Anschauungsweise sind vor allem unter den in Gewerkschaften organisierten Arbeitern zu finden. In ihren Händen soll der Arbeitsnachweis zur Erringung und Sicherung günstiger Arbeitsbedingungen im Kampfe mit dem Unternehmertum und „zu einem Mittel der Propaganda“ unter den aufserhalb der gewerkschaftlichen Organisation stehenden Arbeitern dienen. Sie wollen die Aufgabe des Arbeitsnachweises nicht darin sehen, „dass überhaupt Arbeit

gegeben wird . . . , sondern ihnen kommt's auf die Arbeitsbedingungen an"¹.

Den Anhängern der an zweiter Stelle genannten Auffassung ist es ausschließlich um bestmögliche Regelung der Arbeitsvermittlung zu tun.

a) Der gewerkschaftliche Standpunkt: Der Arbeitsnachweis ein Lohnkampfmittel.

Genau genommen, dürfte man in Sachen des Arbeitsnachweises nicht von einem gewerkschaftlichen Standpunkt reden. Denn eingestandenermaßen „sind die Meinungen über die Arbeitsvermittlung in Gewerkschaftskreisen äußerst getrennt“. Es lassen sich hauptsächlich zwei Strömungen unterscheiden, deren „Vereinigung“, wie ein berufener Arbeitervertreter auf dem 3. Gewerkschaftskongress ausdrücklich betont, „nicht möglich ist“².

Eine radikalere Partei geht von der Anschauung aus, dass bei der Arbeitsvermittlung der Arbeiter als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft auftrete. So wenig nun aber ein Verkäufer anderer Waren sich Vorschriften wird machen lassen über die Art und Weise, wie er seine Ware an den Mann bringen will, so wenig wird der Verkäufer der Ware Arbeitskraft, der Arbeiter, den Käufern, d. h. den Arbeitgebern, das Recht einräumen, bei dem Verkaufe mitzuwirken³. Der Gewerkschaftler erhebt vielmehr den Anspruch, seine Arbeitskraft loszuschlagen, „aber zu den Löhnen, die wir — die Arbeiter — diktieren“⁴.

Diese Ansprüche durchzusetzen, braucht es freilich der dazu nötigen Macht. Die Gewerkschaften erwarten dieselbe davon, dass der Arbeitsnachweis in ihre Hand allein gelegt sei. Auf dem 3. Gewerkschaftskongress lässt sich ein Wort-

¹ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, S. 127.

² A. a. O., S. 144.

³ Legien, Vorsitzender der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, in Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachw. I, 84.

⁴ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, S. 134.

führer dementsprechend dahin vernehmen: „Im ökonomischen Sinne handelt es sich nur um die Macht. Wer die Macht hat, hat das Recht, und weil durch das in eigener Hand- Behalten der Arbeitsvermittlung auch die Macht der Gewerkschaften vergrößert wird, kommen wir zu dem Standpunkt, dass sie in ihre Hand gehört.“ „Sie“, die Arbeitsvermittlung in der Hand der Gewerkschaften, „ist Lebensbedingung für unsere Organisationen“¹.

Die unbedingt ablehnende Haltung der gewerkschaftlichen Kreise gegen jedes Zusammensehen mit Nichtarbeitern in Sachen der Arbeitsvermittlung hat auf dem 2. Gewerkschaftskongress ihren schärfsten Ausdruck in der Resolution gefunden: „Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber . . .“ „Die Arbeitsnachweise den Gewerkschaften!“²

Die bisher gekennzeichnete Stellungnahme dem Arbeitsnachweis gegenüber hat ihre überzeugten Vertreter namentlich unter der organisierten Arbeiterschaft Norddeutschlands bis zur Stunde. Auch auf dem 3. Gewerkschaftskongress von 1899, der sich des eingehenden mit der Frage der Arbeitsvermittlung beschäftigt hat, hat dieselbe rückhaltlose Zustimmung bei einem Teil wenigstens der Anwesenden gefunden.

Immerhin ist im grossen und ganzen doch auch die radikale Richtung, besonders unter dem Druck der wachsenden Bewegung zugunsten paritätischer kommunaler Arbeitsnachweise, von ihrer ursprünglichen Schroffheit abgegangen. Zwar an dem Prinzip, dass die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gewerkschaften gehöre, wird, als an „einem allgemein auch auf den internationalen Kongressen anerkannten gewerkschaftlichen Grundsatz“, auch vom 3. Gewerkschaftskongress festgehalten. Dabei wird zugegeben, dass die Ein-

¹ Ebenda S. 106.

² Bericht über den 2. Gewerkschaftskongress, S. 124.

führung und der noch zu erstrebende weitere Ausbau der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften „als unbedingte Ergänzung derselben einen Arbeitsnachweis erfordere“¹.

Dennoch verschließt man sich der Einsicht nicht, dass die strenge Einhaltung des gewerkschaftlichen Prinzips in Einzelfällen undurchführbar sein könne. Und, statt der anfänglichen grundsätzlichen Zurückweisung auch nur jedweder Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam von Arbeitgebern und -nehmern geführten Arbeitsvermittlung, versteht man sich zu „dem im gewerkschaftlichen Kampf nicht zu vermeidenden Kompromiss“², dass „paritätische Arbeitsnachweise nicht grundsätzlich zu verwerfen seien“³. Namentlich könnte man sich im „demokratischeren“ Süddeutschland, wo die Arbeiter einen bestimmenden Einfluss auf die kommunale Vertretung haben, wohl gefallen lassen, was in dem „rückständigeren“ Preussen, in dem „die Arbeitgeber in den Kommunen den entscheidenden Einfluss ausüben und die Arbeiter gar nichts zu sagen haben“, zurückgewiesen werden müsse⁴.

Immerhin bleibt es aber dabei, dass, wo Gewerkschaften im Besitz eines gut funktionierenden Arbeitsnachweises sind, derselbe aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen, nicht aber zugunsten kommunaler oder paritätischer Arbeitsnachweise aufzugeben sei.

Neben der Richtung, die vorstehend als die radikalere gekennzeichnet worden ist, geht innerhalb der Gewerkschaften eine zweite, die man die opportunistische nennen dürfte. Diese will an Stelle der „Versteinerung“ des radikalen Standpunkts die „Bewegungsfreiheit der einzelnen Organisationen setzen, sich mit den Verhältnissen so vorteilhaft wie möglich abzufinden“⁵. Darüber ist es zu nichts geringeren

¹ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress 146.

² Ebenda 148.

³ Ebenda 148.

⁴ Ebenda 136, 139.

⁵ Ebenda 141.

als zur grundsätzlichen Verzichtleistung auf die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung vom Alleinrecht auf den Arbeitsnachweis gekommen. „Nicht dem Arbeiter“, heifst es jetzt, „nicht dem Unternehmer gehört der Arbeitsnachweis, sondern der Gesamtheit“¹. Folgerichtig wird „in paritätischen, bzw. kommunalen Arbeitsnachweisen eine ähnliche fortschrittliche Einrichtung wie in dem seinerzeit von Arbeiterseite viel bekämpften Gewerbegericht“², und in dem Aufgehen in jene, oder wenigstens in dem Anschluß an sie „die einzige Hilfe für die Arbeiter“³ erblickt.

Bei der Besprechung der den gemeindlichen Arbeitsnachweisanstalten angegliederten paritätischen Fach-Arbeitsnachweise wird auf dies jüngste Stadium in der gewerkschaftlichen Entwicklung zurückzukommen und weiter einzugehen sein.

b) Die Arbeitnehmer-Nachweise, für die der Arbeitsnachweis Selbstzweck ist.

Den Arbeitsnachweis als Selbstzweck wollen vorerst die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betreiben. Für sie bildet die Arbeitsvermittlung vor allem eine notwendige Ergänzung der organisierten Arbeitslosenunterstützung. Sie beanspruchen den Arbeitsnachweis für die freiwillige Tätigkeit der Berufsorganisationen unter Ablehnung der kommunalen Arbeitsnachweise⁴. Wie wenig aber bei alledem der Arbeitsnachweis für sie ein Mittel zur aussichtsvolleren Führung des Lohnkampfes ist, erhellt schon daraus, dass sie bestrebt sind, unter Aufrechterhaltung eines freundlichen Verhältnisses zu den Arbeitgebern ihre Arbeitsnachweis-Einrichtungen zu betreiben. „Wir wünschen und erstreben“, — so kennzeichnet der Anwalt der Gewerkvereine Dr. Hirsch den

¹ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress 142.

² Calwer, Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachw., S. 8.

³ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, 206.

⁴ Soziale Praxis 1895, 914.

Standpunkt dieser in der Arbeitsnachweisfrage — „dass beim Arbeitsnachweis beide Teile Hand in Hand gehen“¹.

Nach v. Reitzenstein gibt es zahlreiche Arbeitnehmerverbindungen, die sich mit Arbeitsvermittlung befassen, aber außer der Arbeiterbewegung stehen. Dahin gehören die konfessionell beeinflussten Organisationen: die katholischen Arbeiter- und Gesellen- und die evangelischen Arbeitervereine. Von ihnen urteilt v. Reitzenstein, dass „sie gegenüber der Frage des Arbeitsnachweises zu einer Stellungnahme bisher nicht gelangt sind“. Wo dies doch der Fall, haben sich die konfessionellen Arbeitervereinigungen zum größten Teil den städtischen oder den mit städtischer Unterstützung fungierenden gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsanstalten angeschlossen.

Es sei endlich an dieser Stelle auch solcher Arbeitnehmergruppen Erwähnung getan, die „sich durch die Art ihrer Stellung und den Grad ihrer Bildung von den nur physisch Arbeitenden unterscheiden“ und sich dementsprechend einer höheren gesellschaftlichen Klasse zurechnen. Immerhin sind auch sie, nicht anders als die „physisch Arbeitenden“, für ihre wirtschaftliche Existenz darauf angewiesen, bei Arbeitgebern die Verwendung für ihre Arbeitskraft zu finden. Dementsprechend macht eine zweckmäßige Arbeitsvermittlung auch bei den Arbeitervereinigungen höherer Art — wie z. B. bei dem Verband deutscher Werkmeister — einen wesentlichen Teil ihrer Bestrebungen aus².

Für die Stellung dieser Sorte von Arbeitnehmerverbindungen den Arbeitgebern gegenüber ist schon bezeichnend, dass z. B. der deutsche Werkmeisterverband sich und seinen Unterorganen ausdrücklich jede Beschäftigung mit öffentlichen, politischen oder religiösen Angelegenheiten untersagt, um sich lediglich der Förderung der Wohlfahrtsinter-

¹ Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen X, S. 27.

² Cf. § 2 des Statuts des deutschen Werkmeisterverbandes.

essen seiner Mitglieder zu widmen. Daneben ist die Möglichkeit vorgesehen, Personen, welche sich durch freiwillige Zuwendungen oder sonst durch materielle oder intellektuelle Unterstützung verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern mit beratender Stimme bei den Vereinsversammlungen zu ernennen. Es dürfte in der Natur der Sache gelegen sein, dass vor allem auch die Arbeitgeber für solche Ehrenmitgliedschaft in Betracht kommen werden, und mag dieser Umstand zur Genüge dartun, wie bei den Vereinsbestrebungen, also auch bei dem Vereins-Arbeitsnachweis, auf ein möglichstes Hand in Hand gehen mit dem Unternehmertum gesehen wird.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation der Arbeitnehmer-Nachweise.

a) Die gewerkschaftliche Organisation des Arbeitsnachweises.

Das Charakteristische in der Organisation des Arbeitsnachweises durch die Gewerkschaften besteht darin, dass die Arbeitsvermittlung für jedes einzelne Gewerbe gesondert gehandhabt wird. Die in großen Verbänden zusammengeschlossenen Arbeiter ein und desselben Erwerbszweiges haben ihre Unterorgane in Gestalt von Vertrauensmännern, Zahlstellen, Filialen, Ortsvereinen überall, wo sich eine gewisse Anzahl Verbandsmitglieder in einer Gemeinde findet. Diesen lokalen Organisationen fällt, neben anderem, auch die durchweg unentgeltliche Arbeitsvermittlung zunächst innerhalb des Ortsbereichs zu. Ist der Verkehr beim Arbeitsnachweis ein bedeutender, so wird — wie z. B. bei dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis der Metallarbeiter in Berlin — ein besoldeter Beamter für die Bewältigung der Geschäfte angestellt. Derselbe hat den Auftraggebern tagsüber zu bestimmten Stunden zur Verfügung zu stehen. An kleineren Orten oder da, wo der gewerkschaftliche Nachweis noch wenig entwickelt ist, ist die Organisation in den meisten Fällen eine sehr primitive. In

der Regel wird, wie z. B. bei den Holzarbeitern, „eine aus sieben Mitgliedern bestehende Arbeitsnachweiskommission gewählt, von welcher jeden Abend ein Mitglied im Vereinslokal, das gewöhnlich auch als Nachweislokal dient, anwesend ist, um die Arbeitsuchenden abzufertigen. Die freien Stellen werden teilweise von den Arbeitgebern direkt, teilweise aber von den Werkstattkollegen angemeldet“¹. Dabei beschränkt sich das Geschäftsverfahren darauf, dass ein arbeitsloser Gewerkschaftler zur Bewerbung um die betreffende Arbeitsgelegenheit von dem Arbeitsnachweis veranlasst wird. Ist kein organisierter Arbeiter vorgemerkt, so kann die Stelle auch einem nichtorganisierten überwiesen werden.

Wo an einem Ort Angebot und Nachfrage stark genug ist, dass es der Mühe lohnt, werden, wie z. B. bei den Bildhauern, den Hutmachern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmergesuche beim Arbeitsnachweis in Bücher eingetragen, und auf Grund solcher Verzeichnisse wird die Arbeitsvermittlung geübt.

Die Benutzung des Arbeitsnachweises ist, unter persönlicher Meldung, für die Verbandsmitglieder obligatorisch. Nach der deutschen Metallarbeiterzeitung wird jede Umgehung des gewerkschaftlichen Nachweises mit dem Verlust der Unterstützungsberechtigung geahndet. Ähnliche Bestimmungen gelten bei den Hutmachern und anderen. Umschau und Annoncieren in den Zeitungen ist verboten. In der Regel wird der an erster Stelle in den Listen Notierte auch zuerst in Arbeit gewiesen. „Doch kommt auch die Art der freien Stelle und die Qualifikation des Arbeitsuchenden bei der Vergebung der Arbeit in Betracht“². Gemässregelte oder streikende Genossen haben außerdem vor anderen den Vorrang; ebenso Stellenlose vor noch in Arbeit Stehenden. Findet ein Mitglied unter der Hand Beschäftigung, so hat

¹ Aus einem Handschreiben des Vorsitzenden des deutschen Holzarbeiterverbandes: Leipart-Stuttgart.

² Leipart-Stuttgart, Handschreiben a. a. O.
Conrad, Organisation d. Arbeitsnachweises.

es davon dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen. Bei den Vergoldern — aber auch bei anderen Verbänden — wird die Versäumnis solcher Meldung mit 1 Mark bestraft.

Eine gewisse örtliche Zentralisation des Arbeitsnachweises wird damit zu erreichen versucht, dass der Arbeitsnachweis für die verschiedenen Industriezweige in demselben Lokal, und zwar tunlichst im Anschluss an Zentralherbergen geführt wird. So weiss v. Wiese von einem derartigen örtlich zentralisierten Arbeitsnachweis in Leipzig zu melden, der die Arbeitsvermittlung für 22 Gewerkschaften übernommen hat. Ähnlich suche man in Berlin wenigstens den schwächeren gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen durch Unterbringung derselben in dem Gewerkschaftshause eine eventl. sich gegenseitig ergänzende Tätigkeit zu ermöglichen¹.

Ist eine örtliche Arbeitsnachweisstelle nicht imstande, den an sie ergehenden Gesuchen um Arbeitsgelegenheit, bezw. Arbeitskräfte in kürzester Frist — meist von drei Tagen — zu genügen, so sind diese Gesuche für den Fall, dass eine solche Einrichtung besteht, an die Verbandszentrale zu befördern. Diese hat keine direkte Vermittlung zu üben, sondern die Stellenvermittlung einheitlich zu regeln und den Ausgleich von Ort zu Ort in die Wege zu leiten. Eine Ausnahme bildet die Organisation der Graveure und Ziseleure sowie auch die der Notensteinstecher. In beiden genannten Gewerben wird der Arbeitsnachweis, unter Ausschaltung der lokalen Vermittlung, ausschliesslich von der Zentrale in Berlin, bezw. Leipzig besorgt. Die den Verbandsmitgliedern direkt oder aus Zeitungsannoncen bekannt werdenden offenen Stellen sind ausnahmslos bei der Zentrale anzumelden. Diese teilt an jeden bei ihr um Stellung Nachsuchenden eine Anweisung auf Arbeit aus. Antritt oder Nichtantritt derselben ist dem Vermittler anzuzeigen. Auch die Prinzipale haben sich der Zentrale zu bedienen und können bei den Notensteinstechern, die den Arbeitsmarkt ganz in ihren Händen haben,

¹ v. Wiese a. a. O. 1148.

mit einem Arbeitnehmenden direkt nicht in Verbindung treten¹.

Im allgemeinen ist, wie schon angedeutet, die Tätigkeit der Zentralstelle eine beschränktere. Sie besteht darin, daß sie die als durch den örtlichen Arbeitsnachweis unbesetzbar angemeldeten Stellen den jeneu Stellen benachbarten Orten kundgibt behufs Absendung ihrer freien Kräfte dorthin. Umgekehrt, stehen freie Kräfte bei ihr zur Verfügung, so weist sie dieselben nach den sich eröffnenden Arbeitsgelegenheiten hin. Bei den Handschuhmachern werden zudem die unerledigten Gesuche auf Veranlassung der Zentrale regelmäßig im Fachorgan veröffentlicht.

Den Weisungen der Zentrale hat sich jeder Arbeitslose unbedingt zu fügen, wenn er nicht der Unterstützungsberichtigung auf kürzere oder längere Zeit verlustig gehen will. Nur unter Beibringung ganz triftiger Gründe darf eine von der Zentrale bezeichnete Stelle ausgeschlagen werden.

Eine derart unter Zuhilfenahme von Zwangsvorschriften organisierte interlokale Vermittlung wird dadurch ermöglicht, daß dieselbe in engste Verbindung gebracht ist mit der von allen Verbänden gewährten Reiseunterstützung. Auch Umzugsgelder werden, z. B. bei den organisierten Schuhmachern, gewährt. Die Bildhauer und andere erstatten auf Wunsch die Unkosten für Eisenbahnfahrten den in Arbeit Tretenden zurück.

b) Die Organisation des Arbeitsnachweises bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen.

Der gewerkschaftlichen Organisation des Arbeitsnachweises ist diejenige der Gewerkvereine nahe verwandt. Auch hier ist die Arbeitsvermittlung für jeden Beruf gesondert eingerichtet. An jedem Ort, an welchem Gessinnungsgenossen zur Gründung eines Gewerkvereins geschritten sind, haben dieselben auch einen Arbeitsnachweis eingerichtet. Derselbe wird für Vereinsmitglieder unent-

¹ Der Arbeitsmarkt. Jahrgang I, S. 60, 62.

geltlich geführt. Nichtmitgliedern steht er zwar auch zur Verfügung, doch werden in diesem Fall öfters Einschreibungsbühren erhoben.

Dabei wird nicht nur den Interessen der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber möglichst Rechnung zu tragen gesucht, indem den letzteren nur solche Kräfte zugewiesen werden, von denen angenommen wird, dass sie für die vakante Stelle passen.

Die Arbeitsvermittlung selber wird in ihrer einfachsten Art von den Sekretären, bezw. Kassierern der Ortsvereine besorgt. Diese sind verpflichtet, für die arbeitslosen Mitglieder in erster Reihe auf lokalem Boden Arbeitsgelegenheit zu suchen. Den Eifer dieser Beamten anzuspornen, wird denselben für jede erfolgreiche Vermittlung aus der Ortsvereinskasse eine Prämie gutgeheissen. An gröfseren Orten sind auch selbständige Arbeitsnachweisstellen vorgesehen. Nach Corveys Mitteilungen werden die mit der Arbeitsvermittlung betrauten Vereinssekretäre durch die übrigen Mitglieder nach Kräften unterstützt dadurch, dass bei jeder Ortsversammlung die Anwesenden die zu ihrer Kenntnis gekommenen offenen Stellen anmelden, und zwar auch solche, die den Mitgliedern eines anderen der am Orte bestehenden Gewerkvereine zugute kommen könnten. Die Vereinssekretäre teilen sich dann die derart kundgewordenen Stellen gegenseitig mit¹.

Die solcherweise, allerdings in bescheidenen Grenzen sich betätigende örtliche Zentralisation des Arbeitsnachweises ist in den Hauptorten weiter ausgebaut, indem die einzelnen Gewerkvereine sich daselbst zu Ortsverbänden zusammengetan haben, mit auch zu dem Zweck, dass verwandte Berufe sich in Sachen der Arbeitsvermittlung gegenseitig aus helfen.

Für den interlokalen Verkehr innerhalb eines kleineren oder gröfseren Umkreises recht zweckdienlich hat sich die Übung erwiesen, wie sie bei dem Gewerkverein der Buch-

¹ J. Corvey a. a. O. 30.

drucker in Brauch ist. Aus den verschiedensten Orten eines Bezirkes melden die Gehilfen etwaige offene Stellen dem nächstwohnenden Reisekassenverwalter. Dieser weist dann die um das Reisegeld bei ihm vorsprechenden wandernden Gehilfen, die am Ort keine Beschäftigung finden, nach jenen auswärtigen Stellen.

Ist keine Aussicht vorhanden, einem arbeitslosen Mitglied am Ort oder in der Umgebung Arbeit zu verschaffen, so ist an den Vorort des Gewerkvereins für das betreffende Gewerbe, der die Zentraleitung besorgt, zu berichten. Der Generalsekretär des Vororts hat sodann, unter möglichst beschleunigter Korrespondenz, Umfrage bei den Ortssekretären zu halten, in deren Bezirk mit einiger Wahrscheinlichkeit auf das Vorhandensein offener Stellen gerechnet werden kann. Durch Gewährung von Reiseunterstützung, durch Aufbringung von Umzugskosten für ganze Familien, ist es ermöglicht, jederzeit vorhandene Arbeitslose auch zu den entferntest liegenden Arbeitsplätzen hinzudirigieren.

c) Organisation des Arbeitsnachweises des deutschen Werkmeisterverbandes.

Der Stellennachweis bei den Werkmeistern Deutschlands wurde bis zum Jahre 1902 ausschließlich von Düsseldorf aus geübt, wo die Zentrale des Verbandes sich befindet. Es ist außerdem die Einrichtung getroffen, dass jeder Bezirksverein einen Vertrauensmann wählt, der die Aufgabe hat, den Verkehr zwischen dem Stellennachweisbureau des Verbandes und dem arbeitsuchenden Mitglied zu vermitteln. Für den Geschäftsverkehr ist vom Verband ein in Form eines Fragebogens ausgestelltes Formular zu benutzen und nach richtiger Ausfüllung desselben vom Vertrauensmann vorschriftsmässig zu beglaubigen — widrigenfalls die Eingabe an das Stellennachweisbureau unberücksichtigt bleibt. — Geht nun bei der Zentrale von seiten einer Firma eine Anfrage nach einem Werkmeister ein, so schickt jene aus der Zahl der ihr vorliegenden Offerten die ihr für den Fall passend scheinenden Formulare dem Arbeitgeber zu. Dieser

wählt sich einen ihm zusagenden Bewerber aus und tritt mit demselben direkt oder durch Vermittlung des Arbeitsnachweisbureaus in Verbindung. Kommt es zur Einstellung, so hat das Verbandsmitglied seinem Vertrauensmann sofort davon Mitteilung zu machen. Die von der Firma nicht berücksichtigten Formulare kehren wieder nach Düsseldorf zurück.

Ist die Zentrale nicht in der Lage, dem Auftrag einer Firma auf Grund der zur Hand liegenden Arbeitsgesuche sofort zu genügen — häufig kommt solches bei offenen Stellen für Spezialisten vor —, so steht ihr als weiteres Hilfsmittel die Bekanntmachung der freien Arbeitsgelegenheit im Verbandsorgan, der Werkmeisterzeitung, zur Verfügung. Ein auf irgendwelche derart veröffentlichte Stelle Reflektierender hat sofort ausführliches Gesuch mit Zeugnisabschriften einzureichen.

Zur Publikation von Stellegesuchen darf die Werkmeisterzeitung nicht benutzt werden. Dagegen besorgen die Vertrauensmänner diesbezügliche Arbeitnehmergesuche an geeignete Fachorgane oder andere Zeitungen. Mit einer grossen Anzahl solcher hat der Zentralvorstand die Gewährung von weitgehendstem Rabatt an inserierende Mitglieder vereinbart. Die für Anzeigen zu entrichtenden Gebühren hat das betreffende Mitglied selber zu tragen, soweit der Bezirksverein solche nicht auf sein Konto nimmt oder in Form gewährter Unterstützung erledigt.

Mit der nackten Tatsache der Arbeitsvermittlung begnügt sich der Arbeitsnachweis des Werkmeisterverbandes nicht. Er sucht auch auf die Natur des durch seine Beihilfe event. zustandekommenden Arbeitsvertrags einzuwirken. Und dies insofern, als möglichst alle als unzuverlässig oder wortbrüchig bekannten Mitglieder vom Stellennachweis und auch deren Offertebriefe von jeder Weiterbeförderung ausgeschlossen werden. Den Stellesuchenden ihrerseits weiss das Nachweisbureau durch Gewährung genauer und gewissenhafter Auskunft beratend zur Seite zu stehen. Diese Auskunft, die von den Vertrauensmännern der jeweiligen Bezirksvereine

erteilt wird, erstreckt sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Verhältnisse an den in Frage kommenden Arbeitsorten, sondern vor allem auch auf die in dem betreffenden Betrieb herrschenden Zustände.

Mit dem Jahre 1902 ist von dem Verband der Versuch gemacht, die bisher durchaus zentralistisch betriebene Arbeitsvermittlung zu dezentralisieren. Es ist — nach Angabe eines vorliegenden Handschreibens —, unter der Voraussetzung allerdings, dass diese mit der Zentrale in Düsseldorf enge Fühlung unterhalten, eine Reihe von örtlichen Nachweisstellen errichtet worden: in Stuttgart, Nürnberg, Chemnitz, Hannover, Bromberg, Berlin und Breslau. Den-selben ist die Arbeitsvermittlung innerhalb des Bereiches der Provinz, bezw. des Bundesstaates, zu dem sie gehören, übertragen. Wie bisher mit der Zentrale, so verkehren die Vertrauensmänner jetzt mit diesen örtlichen Nachweisstellen, indem sie alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Vakanzen dort anmelden, von wo aus dann wieder geeignete Vorschläge gemeldeter Bewerber gemacht werden. Die Zentrale in Düsseldorf selber benachrichtigt die Vertrauensmänner aller Vereine, welche mehr als 150 Mitglieder umfassen, von allen Vakanzen aller Branchen, welche innerhalb des Reiches zu verzeichnen sind. Diese Vakanzenliste steht jedem Stelle-suchenden am Sonnabend zur Verfügung.

Je nach den mit diesem Versuche gemachten Erfah-rungen soll der Arbeitsnachweis später weiter ausgebaut werden.

2. Kritischer Abschnitt.

Vorbemerkung.

Die aus den Untersuchungen des ersten darstellenden Abschnitts gewonnenen Ergebnisse sind in einem zweiten Abschnitt kritisch zu beleuchten. Dabei wird von einem zwiefachen Gesichtspunkte auszugehen sein. Einmal werden die Grundsätze, die für die Organisation der jeweils in Be-tracht kommenden Arbeitsnachweise maßgebend gewesen,

auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen und des weiteren wird zu erforschen sein, inwiefern die Organisationen selber den angestrebten Zwecken entsprechen.

Sodann wird zu betrachten sein, ob und inwieweit die jeweils zur Besprechung stehende Arbeitsnachweis-Organisation sich mit dem im 1. Buch dieser Arbeit konstruierten Normal-Arbeitsnachweis deckt.

Kritik des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises.

a) Kritik der für den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis maßgebenden Grundsätze und deren Anwendung.

Der in Gewerkschaften organisierte Teil der deutschen Arbeiterschaft verlangt für sich die Alleinherrschaft über den Arbeitsnachweis. Zur Begründung dieser Forderung wird der Satz aufgestellt: dem Arbeiter als dem Besitzer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft stehe das unverkürzbare Recht zu, seine Ware an die Käufer und zu den Bedingungen loszuschlagen, die ihm zusagen.

Abstrakt betrachtet, wird sich gegen solchen Anspruch kaum etwas einwenden lassen. Bin ich der Inhaber eines Besitzes, so steht mir allein die Entscheidung darüber zu, ob und wann, an wen und zu welchem Preis ich mich des selben entäußern will. Das gilt auch für den Besitzer von Arbeitskraft, also für den Arbeiter.

Dieses theoretisch unanfechtbare Recht findet freilich eine Beschränkung in dem theoretisch ebenso unbestreitbaren Recht des Käufers, seinen Bedarf nur zu den Bedingungen und bei den Käufern zu decken, die ihm genehm sind. Ein beiderseitiges starres Festhalten an dem eigenen Recht würde notwendigerweise auf die Unmöglichmachung jeglichen Marktverkehrs hinauslaufen. In der Tat kann ein solcher nur auf Grund entweder gütlicher Vereinbarung zwischen Angebot und Nachfrage oder der Vergewaltigung des einen durch das andere erfolgen. Eine gütliche Verein-

barung zwischen Angebot und Nachfrage setzt voraus, daß jede der beiden marktfähigen Parteien einen mehr oder weniger grossen Bruchteil ihrer Ansprüche zwecks Erlangung des praktisch für sie Erreichbaren preisgibt. Gerade von solcher Nachgiebigkeit will der gewerkschaftliche Standpunkt nichts wissen. Es kommt daher für ihn nur die andere Möglichkeit in Betracht, auf Zwangswegen die andere Partei, also hier die Arbeitgeber, zur bedingungslosen Annahme seiner Forderungen zu bringen. Für diesen Fall hält der Verkäufer mit seiner Ware so lange zurück, bis der mürbe gewordene Käufer jeden weiteren Widerstand aufgibt und sich dem Widerpart mit gebundenen Händen unterwirft. Zur siegreichen Durchführung solch kriegerischen Unternehmens ist für den Verkäufer freilich ein Dreifaches erforderlich. Einmal darf er in seiner wirtschaftlichen Existenz nicht abhängig sein von dem jeweiligen Verkauf oder Nichtverkauf seiner Ware. Zum zweiten wird er in der Lage sein müssen, das Angebot derart unter Verschluss zu halten, daß der Nachfrage jegliche Aussicht auf anderweitige Befriedigung abgeschnitten ist. Endlich muß das Interesse des Käufers an der Erlangung der benötigten Ware so groß sein, daß, im Verhältnis hierzu, eine Verzichtleistung auf das Mitbestimmungsrecht bei der Preisfestsetzung als das kleinere Opfer erscheint.

Es wird sich nun fragen, ob diese Voraussetzungen ohne weiteres auf den Arbeiter, den Verkäufer der Ware Arbeitskraft, zutreffen. Doch kaum! Gerade der Arbeiter ist mehr und häufiger als jeder andere Verkäufer für seinen und der Seinigen Lebensunterhalt auf die unverzügliche Verwertung seines Warenbesitzes, seiner Arbeitskraft, angewiesen. Er kann nicht warten, bis seine Ware den von ihm gewünschten Preis gilt. Um so schwerer aber dürfte es ihm fallen, sich den Käufer, den Arbeitgeber, durch Sperrung des Marktes gefügig zu machen, als dieser, weil wirtschaftlich der stärkere, die mit solcher Sperre für beide Teile verknüpften Nachteile ungleich länger und leichter ertragen wird, als der wirtschaftlich schwächere Arbeiter.

Indessen, gesetzt auch den Fall, die Arbeiterschaft eines bestimmten Gewerbes sei in der Lage, dank eigener Hilfsmittel oder der Unterstützung anderer Berufsgenossen, mit dem Verkauf zurückzuhalten — dazu gerade soll ja auch die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften dienen — so ist es ihr bis heute doch nur in den seltensten Fällen gelungen, auch das Gesamtangebot in ihren Händen zu vereinen. Ob solches in Zukunft eher der Fall sein wird, kann erst die Erfahrung lehren. Jedenfalls steht dem Unternehmertum in der grofsen Masse der ungelernten Arbeiter ein fast unerschöpfliches Arbeitermaterial zur Verfügung, dessen Verwendung sich oft ohne besondere Mühe für die in Frage kommende Arbeit ermöglichen lässt. Zudem ist es nichts Seltenes mehr, dass die Arbeitgeber bei mangelnder Kaufgelegenheit in der Heimat ihren Bedarf auf fremdländischen Märkten zu decken wissen.

Endlich wird es auch der denkbar bestorganisierten Arbeiterschaft nur so lange gelingen, ihre Bedingungen den Arbeitgebern aufzunötigen, als auch diese doch immer noch ihren Vorteil dabei finden. Beim Eintritt wirtschaftlich ungünstiger Zeiten aber, und je länger eine solche wirtschaftliche Krisis dauert, um so mehr, wird der Arbeitgeber in Wahrung seiner Interessen auf jede Neueinstellung von Arbeitskräften verzichten, ja er wird eine grösere oder geringere Zahl der bisher von ihm beschäftigten entlassen. Und ähnlich werden sämtliche Unternehmer in der bedrohten Branche tun. Dass in solchem Falle, wo der Markt von der Menge der angebotenen Waren überschwemmt wird, die Käufer aber keinen Bedarf dafür haben, von einer einseitigen Festsetzung des Preises durch die Verkäufer nicht mehr die Rede sein kann, braucht nicht erst noch näher ausgeführt zu werden. Der Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft wird sich, wie jeder andere Verkäufer auch, dem wirtschaftlichen Gesetz nicht zu entziehen vermögen, demzufolge das gegenseitige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, nicht aber irgendwelche willkürliche Bestimmung, über die Marktlage und damit auch über die Marktpreise entscheidet.

Das Gesagte dürfte zur Genüge die Unhaltbarkeit des Grundprinzips dartun, von dem aus man von gewerkschaftlicher Seite an die Organisation des Arbeitsnachweises herangetreten ist. Der Arbeitsnachweis als Lohnkampfmittel in Händen der Arbeitnehmer zur Unterwerfung des Unternehmertums wird so lange ein Unding bleiben, als zum Abschluß eines Kaufvertrages es der Mitbetätigung eines Käufers so gut wie eines Verkäufers bedarf.

Es liegt in den vorstehenden Ausführungen begründet, daß die einseitigen Arbeitnehmernachweise es bis zur Stunde zu einer wirklich nennenswerten Bedeutung — zahlenmäßige Angaben fehlen durchweg — nicht gebracht haben. Schon darum nicht, weil nach der Berufszählung von 1895 kaum erst gegen 14% der berufstätigen Arbeiterschaft Deutschlands organisiert sind; nach den Angaben des 3. Gewerkschaftskongresses von 1899 sind gar erst nur 6 $\frac{1}{10}$ % in Gewerkschaften vereinigt¹. Dementsprechend kann denn auch von einer Beherrschung des gesamten Warenmaterials durch die Gewerkschaften nicht im entferntesten die Rede sein. Nur diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen, die einen größeren Bruchteil der Berufsangehörigen als Mitglieder an sich gezogen haben, so die Bildhauer mit 70%, die Kupferschmiede mit 54%, die Handschuhmacher mit 51% sämtlicher Berufsgenossen, sind auch im Besitz eines entwickelteren Arbeitsnachweises². Oder da, wo der Bereich des in Frage kommenden Gewerbes, wie bei den Notensteinern, ein so begrenzter ist, daß im Jahre 1897 im ganzen nur zehn Stellen zur Vermittlung kamen, ist allerdings die Möglichkeit einer einseitigen Regelung der Arbeitsmarktverhältnisse durch die Gehilfenschaft insofern gegeben, als die Neuanlernung von Kräften und damit die Versorgung des Marktes mit frischer Ware lediglich dem Ermessen der Arbeiterschaft anheimgestellt ist.

¹ Bericht über den 3. Gew.-Kongress, S. 142.

² Soziale Praxis 1902, S. 1106.

Aber selbst in dem Fall, daß die gesamte Arbeiterschaft eines Gewerbes organisiert wäre, ließe sich doch eine hermetische Verschließung des Materials an Arbeitskräften nicht erreichen, weil „dabei doch auch die moralische Qualifikation der Arbeiter“ in Frage komme: „wenn ein Arbeiter z. B. auch während eines Streiks Arbeit nehmen will, so können wir ihn nicht hindern, auch wenn er in unserem eigenen Arbeitsnachweis ist“¹.

Wie aber stellt sich nun in der Wirklichkeit das Unternehmertum zum gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis? Da müssen die Gewerkschaften selber zugeben, daß ihre Arbeitsnachweise vom größten Teil der Arbeitgeber einfach links liegen gelassen werden. Bezeichnend dürfte nach dieser Richtung die Äußerung eines Arbeitervertreters aus Stuttgart gelegentlich des Frankfurter sozialen Kongresses sein, wonach in seiner Stadt zwar eine Stelle war, die Arbeit nachzuweisen bereit war, wo sich Arbeitsuchende meldeten; „aber wir konnten keine Arbeit nachweisen, weil die Fabrikanten uns absolut übergingen“. — Typischer noch sind die Ausführungen eines der Arbeitsnachweis-Referenten auf dem 3. Gewerkschaftskongress, der aus eigener Erfahrung, wie aus allgemeinen Wahrnehmungen heraus konstatiert, „dass es meistens gerade die Bruchbuden sind, welche das gauze Jahr und überall Arbeiter suchen, welche auch dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis die zweifelhafte Ehre antun, ihn zu benutzen. Die besseren Stellen werden fast sämtlich anderweitig vermittelt. Höchstens, dass auswärtige Arbeitgeber von Landorten, wo kein Arbeiter hin mag, sich auch an uns wandten“².

Vor allem versagen diese Arbeitsnachweise vollständig in wirtschaftlich schlechten Zeiten, in welchen es gerade am meisten darauf ankäme, für den stellenlosen Arbeiter neue Arbeitsgelegenheit aufzufinden. Die Arbeitgeber, vom Zwang der Verhältnisse befreit, melden keine offenen Stellen

¹ Bericht über den 3. Gew.-Kongress, S. 132.

² Ebenda S. 118.

mehr an, und damit ruht notwendigerweise jegliche vermittelnde Tätigkeit der Arbeitnehmer-Nachweise. Der schon erwähnte Gewerkschaftskongress-Referent bietet auch hierfür die Bestätigung, wenn er sagt: „in dieser (Krisen-)Zeit werden unsere gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise ganz ohnmächtig sein“¹.

Wenn der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis als Lohnkampfmittel weder theoretisch zu rechtfertigen noch praktisch verwertbar ist, so bleibt im weiteren nun noch zu untersuchen, inwiefern er sich als Mittel zur Propaganda für die gewerkschaftlichen Bestrebungen bewährt. Es will in der Tat scheinen, als ob nach dieser Richtung die Erfolge nicht völlig fehlten, wenn zutrifft, was der Grossindustrielle Dr. Möller-Brackwede, offenbar aus eigener Erfahrung, schreibt: „War in eine Fabrik ein Sozialdemokrat hineingebracht, so hatte man an ihm auch einen Agenten der Gewerkschaft, der dieser von jeder eintretenden Vakanz oder Neubeschaffung von Arbeitsstellen sofort Nachricht gab, meist ehe sie noch eingetreten war Diese grossen Vorteile bei der Erlangung von Arbeitsstellen veranlaßte natürlich auch viele Nichtsozialisten, sich ihrer Einrichtung zu bedienen, und wenn die Parteigenossen versorgt waren, verschaffte man auch diesen Arbeit in der zweifellos richtigen Voraussetzung, daß Dankbarkeit und Interesse sie zu Parteigenossen machen würde“². Diese Auffassung Dr. Möllers findet ihre Bestätigung z. B. in dem „Leitfaden für die Lokalverwaltungen und Gauvorstände des deutschen Holzarbeiterverbandes von 1900“. In dem Kapitel: Errichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisen wird mit besonderen Worten darauf gedrungen, „den nichtorganisierten Kollegen sollte in bezug auf Arbeitsnachweis dasselbe Entgegenkommen gezeigt werden wie den Verbandsmitgliedern, da-

¹ Bericht über den 3. Gew.-Kongress, S. 123.

² Dr. Möller, Zentralisation des gewerbl. Arb.-Nachw. im Deutsch. Reich: Schmollers Jahrbuch 1894, 353.

mit dieselben auf diese Weise zur Organisation herangezogen werden“¹.

Immerhin wird die werbende Kraft der Gewerkschaftsnachweise so lange eine begrenzte sein, als die sich ibnen darbietenden Vermittlungsglegenheiten aus gesagten Gründen nur in beschränkter Zahl auftreten.

b) Kritik der gewerkschaftlichen Organisation des Arbeitsnachweises als solcher.

Das Bemerkenswerteste an der Organisation des Arbeitsnachweises, wie dieselbe von einem Teil der gewerkschaftlichen Verbände vorgenommen worden ist, dürfte in der auf Grundlage örtlicher Arbeitsvermittlung eingerichteten Zentralisierung des Arbeitsnachweises für je ein bestimmtes Gewerbe bestehen. Je völliger eine solche zur Durchführung gekommen ist, um so mehr auch wird damit ein allzeit richtiger Einblick in die Lage des Arbeitsmarktes und in demselben Maß der erwünschte Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bis zum Höchstpunkt ermöglicht.

Dass die Benutzung des Arbeitsnachweises obligatorisch und die Befolgung der Anordnungen der Arbeitsvermittlungsstelle im allgemeinen für die Verbandsmitglieder unumgänglich ist, mag nur dazu beitragen, die Vorteile der beruflichen Zentralisation zu desto tatsächlicheren zu machen.

Daneben kann es für die Qualität der durch die gewerkschaftliche Arbeitsnachweis-Zentrale vermittelten Arbeitsverträge nur ersprießlich sein, wenn die Vermittlung in Händen von Leuten liegt, die einerseits den Arbeiter, seine Bedürfnisse und Fähigkeiten am besten kennen und anderseits auf Grund eigener Erfahrungen jederzeit in der Lage sind zu beurteilen, in welcher Weise den berechtigten Anforderungen eines bestimmten Betriebes am zweckmäßigsten entsprochen werde.

Von Seiten des Unternehmertums wird nun freilich den

¹ A. a. O. S. 26.

gewerkschaftlichen Nachweisen gerade diese Fähigkeit abgesprochen, auf die Schließung zweckdienlicher Arbeitsverträge einwirken zu können. Sei doch die Verteilung der Stellen an die Arbeitsuchenden nach der Reihenfolge der Anmeldungen nur ein Mittel in der Hand der Gewerkschaften, ihre „untauglichen“ Arbeiter zu plazieren. Dem Arbeitgeber aber sei jede Möglichkeit genommen, sich solcher unbrauchbaren Elementen zu erwehren. Denn notwendigerweise rückten gerade die vom Arbeitsnachweis nicht unterzubringenden, weil ungenügend qualifizierten Arbeitskräfte an die erste Stelle auf der gewerkschaftlichen Vormerkliste. Und da dieselben im Besitze ihrer Nummer verblieben, auch wenn sie ein erstes und zweites Mal und noch mehr von Arbeitgebern zurückgewiesen worden seien, und auch ihre nächstfolgenden Hintermänner von gleich schlechter Art zu sein pflegten, so gäbe es für den Arbeitgeber keinen anderen Ausweg, als sich in sein Schicksal zu finden und nach ein paar Tagen die eben erst eingestellten Leute wieder fortzuschicken in der Hoffnung, das nächste Mal besser bedient zu werden¹.

Die im vorstehenden enthaltene Kritik der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis-Organisation dürfte indessen viel von ihrer Stichhaltigkeit einbüßen, wenn die gewerkschaftlichen Nachweise wirklich, wie ihre Vertreter betonen, bei der Vergabe von Arbeit sich nicht lediglich an die Nummernfolge halten, sondern sowohl auf die Qualifikation des Arbeiters für die betreffende Stelle, als auch auf die event. Wünsche der Arbeitgeber Rücksicht nehmen.

Bedenklicher dürfte eine andere schwache Seite bei einer streng beruflich zentralisierten Arbeitsvermittlung sein. Dass damit nämlich die wünschenswerte Unterbringung überschüssiger Arbeitskräfte des einen Gewerbes in einem verwandten erschwert oder ganz unmöglich gemacht werden könnte. Diesem Übelstand würde jedoch durch Verallgemeinerung der bereits vereinzelt durchgeföhrten örtlichen Zen-

¹ Arbeitgeberzeitung v. 1. Febr. 1903.

tralisation zum grossen Teil wieder abgeholfen. Mit der Unterbringung der verschiedensten örtlichen Arbeitsnachweissstellen in demselben Lokal müfste sich eine Überweisung Arbeitsloser von Gewerbe zu Gewerbe von selbst machen.

Es beweist nicht viel gegeu das Empfehlenswerte solcher beruflich zentralisierten Arbeitsnachweise, dass der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Frankfurter sozialen Kongress die Erklärung hat abgeben müssen: „die Versuche, die in einzelnen Gewerkschaftsorganisationen gemacht worden sind, die Arbeitsvermittlung zu zentralisieren, sind ganz minimale geblieben und haben sehr wenig Erfolg gehabt“. Diese Erfolglosigkeit liegt eben an dem Grundübel, das den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis überhaupt zu keiner rechten Lebensfähigkeit kommen lässt, an dem einseitigen Kampfcharakter desselben. Auch die vielfach unter der Arbeiterschaft bestehenden Spaltungen nach politischen oder konfessionellen Parteien bieten natürlich der einheitlichen Regelung des Arbeitsnachweises für ein und dasselbe Gewerbe nicht geringe Schwierigkeit. So ist gerade an dieser Zwie-spältigkeit innerhalb der Berufsgenossen ein für das Ziegler- und Töpfergewerbe geplanter Zentralarbeitsnachweis noch in jüngster Zeit gescheitert¹.

Immerhin hat sich gerade bei den bedeutenderen gewerkschaftlichen Organisationen, die auch über leistungsfähige örtliche Arbeitsnachweise verfügen — so der Zentralverein der Bildhauer mit dem Sitz in Berlin; der Verband deutscher Hutmacher mit seiner Zentrale in Altenburg —, die Errichtung einer Arbeitsnachweiszentrale als Krönung der Gesamtorganisation des Arbeitsnachweises als unerlässlich erwiesen. Das gleiche ist aus dem bereits erwähnten Handschreiben des Vorsitzenden des deutschen Holzarbeiterverbandes (Mitgliederzahl 1902: 67341) zu entnehmen, demzufolge eine zweckmäfsige Regelung der Arbeitsvermittlung innerhalb des Verbandes erst von einem im April 1904 zu

¹ Arbeitsmarkt I, 74.

organisierenden „zentralisierten Arbeitsnachweis“ erwartet wird.

Den Arbeitsnachweis und besonders den zentralisierten Arbeitsnachweis seiner höchsten Leistungsfähigkeit zuzuführen, haben die Gewerkschaften — und das ist der zweite beachtenswerte Punkt an der gewerkschaftlichen Organisation — denselben mit ihrem Unterstützungswe sen in enge Verbindung gebracht. In der Tat ist erst dann ein Ausgleich von Ort zu Ort und die unbedingte Verpflichtung der arbeitslosen Gewerkschaftsgenossen zur Benutzung des Arbeitsnachweises durchzuführen, wenn dem oft mittellosen Arbeitsuchenden das zur Erreichung einer entfernter liegenden Arbeitsgelegenheit erforderliche Geld zur Verfügung gestellt werden mag. Mit ihren Reiseunterstützungen haben es die Gewerkschaften in der Hand, ihren unverheirateten Mitgliedern — um solche handelt es sich meist — über ganz Deutschland hin jede offene Stelle zugänglich zu machen. Ja selbst ganzen Familien wissen solche Verbände, deren Kasse leistungsfähig genug ist, die Übersiedelung von einem Ort zum anderen durch Gewährung von Umzugs- oder Fahrtgeldern zu erleichtern.

Dem Bedenken, dass die Reiseunterstützungen die Arbeitsscheu und die ziellose Umschau fördern könnten, wird durch eine scharfe und genau geführte Kontrolle der Reisenden an den einzelnen Zahlstellen die Spitze abgebrochen.

Stichhaltiger erscheint der Einwand gegen die gewerkschaftliche Arbeitsnachweis-Organisation, dass die Bestimmung betreffs obligatorischer Benutzung des Arbeitsnachweises mehr auf dem Papier stehe, als in Wirklichkeit befolgt werde. Dies kann bei dem gegenwärtigen Stand, in dem die gewerkschaftlichen Nachweise sich befinden, auch gar nicht anders sein. Wenn, besonders in geschäftlich flauen Zeiten, die Arbeitgeber den gewerkschaftlichen Nachweis grundsätzlich meiden, „so hätten wir uns selber geschädigt und ins eigene Fleisch geschnitten, hätten wir jemals unsere Mitglieder verpflichten wollen, nur durch unseren

Nachweis eine Stelle anzunehmen“¹ — so gesteht der Vertreter des Holzarbeiterverbands auf dem 3. Gewerkschaftskongress bezeichnend genug.

Auch gegen die Art des Geschäftsbetriebes, besonders bei den Zahlstellen, die nicht bedeutend genug sind, einen eigenen Beamten für die Besorgung der Arbeitsvermittlung zu besolden, wird aus den Kreisen der Interessenten selber geklagt, dass derselbe gar zu primitiv geübt wird und man sich meist damit begnügt, „zu erledigen, was vorliegt“. Sogar in großen Städten scheint man sich von seiten der Arbeitsnachweisleitung nicht dazu verstehen zu wollen, dass man „sucht Stellen zu bekommen und nicht wartet, bis der Arbeitgeber gezwungen ist, zu kommen“².

Endlich bleibt bei einem beruflich geregelten Arbeitsnachweis notwendigerweise der überaus größte Teil der Arbeiterschaft, die sog. ungelernte Arbeiterschaft, völlig unberücksichtigt, und wäre es schon darum ausgeschlossen, dass auch der bestfunktionsierende gewerkschaftliche Arbeitsnachweis je als eine endgültige Lösung der Arbeitsnachweisfrage angesehen werden könnte.

Kritik der gewerkvereinlichen Organisation des Arbeitsnachweises.

Die kritische Betrachtung der Organisation des Arbeitsnachweises durch die Gewerkvereine soll von der Charakterisierung derselben ausgehen, die in der Schrift des Verbandsanwalts Dr. Hirsch: Was bezwecken die Gewerkvereine? zu lesen ist. Es heißt daselbst: „Die Erleichterung, die der Gewerkverein schon jetzt gewähren kann, besteht in dem Arbeitsnachweis über ganz Deutschland, ja noch darüber hinaus, gestützt auf eine regelmäßige und schnelle Arbeitsstatistik und gefördert durch angemessene Reiseunterstützung. Hierdurch wird es jedem Mitglied ermöglicht, so lange es irgendwo noch eine passende Arbeit gibt, dieselbe zu be-

¹ Bericht über den 3. Gew.-Kongress, S. 118.

² Ebenda S. 131.

kommen, selbst wenn hundert Meilen dazwischen liegen. Der Arbeiter wird dadurch von der Scholle befreit und gegen Maßregelung geschützt; dem Arbeitgeber aber, der Arbeitskräfte sucht, nicht minder gedient; der bisher so mangelhafte Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in hohem Grade vervollkommen“¹.

Soweit es, nach diesen Worten, die prinzipielle Geneigtheit der Gewerkvereine angeht, ihren Arbeitsnachweis den Interessen der Arbeitgeber nicht weniger als denen der Arbeitnehmer dienen zu lassen, kann dieselbe nur gebilligt werden. Die Frage bleibt indessen die, ob sich die Arbeitgeber mit dieser Art sich dienen zu lassen einverstanden zeigen werden. Da gibt dann gleich das Geständnis aus dem Munde desselben Verbandsanwaltes hinlänglichen Grund zu Bedenken, wenn er sagt: „Leider haben wir bei einem grossen Teil der Unternehmer nicht das Entgegenkommen gefunden, welches wir erwarten konnten, und das hat wesentlich unsere Arbeitsnachweise gelähmt und die Erfolge gemindert“².

Im übrigen treffen die kritischen Bemerkungen, die zur Organisation der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise gemacht worden sind, mutatis mutandis auch auf die der gewerkschaftlichen ähnliche Organisation der Gewerkvereine zu. Nur dass bei der noch nicht das erste Hunderttausend erreichenden Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der Gewerkvereine die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Arbeitsnachweises hier hinter derjenigen des gewerkschaftlichen Nachweises noch um ein Bedeutendes zurückbleiben wird.

Kritik der Organisation des Werkmeister-Arbeitsnachweises.

Wenn der Werkmeisterverband im allgemeinen „eine steigende Würdigung seitens der Prinzipalität“, die sich in

¹ A. a. O.

² Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Bd. X, 21.

namhaften Zuwendungen an die Unterstützungskassen und auch in sonstiger Förderung der Verbandssache kund tut, feststellen kann, so tritt diese günstige Situation auch in der Benutzung des Stellennachweises durch die Arbeitgeber in die Erscheinung. Trotzdem ist von einer wirklichen Beherrschung des Angebotes und der Nachfrage durch die Organisation nicht die Rede. Da bei einer Mitgliederzahl von 39 192 Personen im Jahre 1900 und — soweit dies zur Kenntnis des Verbandes gekommen ist — bei einem Stellenwechsel, bei dem 2255 Meister beteiligt waren, der Arbeitsnachweis nur in 661 Fällen in Anspruch genommen worden ist, so bleibt für eine befriedigendere Entwicklung des Arbeitsnachweises noch genügend Raum.

Die Erklärung für die nur mässig erfolgreiche Tätigkeit des Arbeitsnachweises des Werkmeisterverbandes wird in der Art der Organisation desselben zu finden sein.

Die an sich empfehlenswerte Zentralisation des Arbeitsnachweises ist in ihrer Leistungsfähigkeit durch die mangelnde Organisation der örtlichen Arbeitsvermittlung gelähmt. Die Vertrauensmänner, die mit der Anmeldung der Gesuche bei der Düsseldorfer Zentrale statutengemäss beauftragt sind, lassen es, scheint's, mit „verschwindenden“ Ausnahmen an der erforderlichen Mitwirkung fehlen. Bezeichnend genug in dieser Hinsicht mag es sein, dass der Geschäftsbericht für 1900 „dem alten Freund des Stellennachweises in Penig, dem sich seit zwei Jahren in eifriger Mitarbeit ein Stuttgarter Kollege zugesellt hat“, seinen ausdrücklichen Dank übermitteln zu sollen meint.

Auch die mangelnde Verpflichtung für die Mitglieder, bei Stellenwechsel sich ausschliesslich des Arbeitsnachweises zu bedienen, ist auf die wenig befriedigenden Resultate der Stellenvermittlung von Einfluss. Besonders „unterlassen es die Spezialitäten fast stets, den Stellennachweis in Anspruch zu nehmen, so dass dieser in solchen Fällen meist gezwungen ist, die suchende Firma einige Zeit zu vertrösten“.

Mit Recht ist darum die Notwendigkeit einer gewissen Dezentralisation vom Verbande erkannt worden. Dieselbe

soll in dem Sinn erfolgen, dass die Arbeitsvermittlung zunächst den zu errichtenden örtlichen Nachweissstellen zufalle, und der Zentrale die Fürsorge für die am Orte nicht zu erledigenden Gesuche vorbehalten bleibe.

Schlusremarkung.

Als Endergebnis der vorstehenden Untersuchungen dürfte sich folgendes feststellen lassen:

Ein in ausgesprochenem Gegensatz zum Unternehmertum von der Arbeiterschaft einseitig organisierter Arbeitsnachweis wird es nie zu rechter Lebensfähigkeit bringen, besonders aber in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten in der Regel völlig wirkungslos bleiben.

Immerhin aber will es scheinen, als ob der gewerkschaftliche Versuch einer beruflichen Zentralisation der Arbeitsvermittlung, wenigstens soweit es sich dabei um die gelernten Arbeiter handelt, alle Beachtung verdiene. Denn einmal dürfte solche Organisation in schnellster und zutreffendster Weise die Übersicht über die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts ermöglichen. Sodann möchte wohl ein beruflicher Arbeitsnachweis den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern die meiste Gewähr für die zweckmäßigste Befriedigung ihrer Wünsche bieten. Doch müfste sich eine berufliche Zentralisierung, soll sie zur größtmöglichen Leistungsfähigkeit gefördert werden, auf einer entsprechenden örtlich zentralisierten Organisation des Arbeitsnachweises auerbauen, die vor allem auch die nötige Überweisung der überschüssigen Arbeitskräfte des einen verwandten Berufes zum anderen erlaubte.

Endlich hat sich die Einführung der Gebührenfreiheit, die obligatorische Benutzung der Arbeitsnachweis-Einrichtung und die Gewährung von Reise- und Umzugsentschädigungen an die Stellesuchenden als unerlässliche Ergänzung für eine, den gesamten Arbeitsmarkt in einem Gewerbe beherrschende und regulierende Organisation erwiesen.

II. Abteilung.

Die einseitig von Arbeitgebern organisierten Arbeitsnachweise.

Vorbemerkung.

Die einseitigen Arbeitgebernachweise zerfallen in industrielle, bzw. gewerbliche und in landwirtschaftliche Arbeitsnachweise, die, entsprechend ihrer durchaus von einander verschiedenen Natur und Organisation, getrennt zu behandeln sein werden.

A. Die einseitigen industriellen, bzw. gewerblichen Unternehmernachweise.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Geschichtliches und Prinzipielles.

Unter dem Druck der Gefahr, die dem Unternehmertum von einer Beherrschung des Arbeitsmarkts durch die Arbeitnehmerorganisationen drohte, ist dieses zur Ergreifung von Gegenmaßregeln vorgeschritten. Besonders seit den grossen Lohn- und Streikbewegungen zu Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat sich unter den Arbeitgebern die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses sowohl lokaler Natur, als auch nach Berufsklassen immer weiter verbreitet. In einem solchen sollte der industrielle, der gewerbliche und kaufmännische Unternehmer, gleichviel ob Grossmacht oder Kleinbetrieb, einbegriffen werden; „die Gesamtorganisation Berlins und Hamburgs so gut wie die bayerischen Industriellen und das sächsische Handwerk sich gegen den gemeinsamen Feind die Hand reichen“¹. Und was die „Arbeitgeber-Zeitung“, das Organ

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 9. Nov. 1902.

des einseitigen Arbeitgeberstandpunktes bei Beginn ihres Erscheinens (1902) als erstrebenswertestes Ziel bezeichnet, daß nämlich mit Hamburg, Berlin, München das grosse Dreieck geschlossen werde, das die Macht des Unternehmertums gegen jeden Angriff unverwundbar sicher stellen wird, scheint mit dem Monat Mai 1904 Tat und Wahrheit geworden zu sein. Jedenfalls verkündet die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit froher Genugtuung, daß, dank einer auf den 17. Mai nach Berlin berufenen Versammlung sämtlicher industriellen Vereinigungen, die Schwierigkeiten, die sich bisher dem Zusammenschluß des deutschen Unternehmertums entgegen zu stellen schienen, als entgültig beseitigt zu betrachten seien¹.

„Als besonders wirksames Mittel“ in dem Kampf der Interessen wird ein ausschließlich von den Arbeitgebern zu errichtender und zu führender Arbeitsnachweis empfohlen und angewandt. Es ist besonders der Verband der Eisenindustrie Hamburgs — „wo die Arbeitgeber wohl am meisten unter der Tyrannei der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu leiden hatten“² — der nach dieser Richtung bahnbrechend vorangegangen ist und auch jetzt noch an der Spitze der Bewegung für Einrichtung von Unternehmernachweisen steht. Der von ihm unterhaltene Arbeitsnachweis wird von seiten der Partei „als die ausgebildetste Form des Arbeitgebernachweises“ gerühmt.

Dem Hamburger Führer sind in rascher Folge vor allem die größten industriellen Verbände Deutschlands nachgekommen: der Zentralverband deutscher Industrieller, der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der Bund der Industriellen. Dieselben haben ihre Vertreter in allen bedeutenden Industriezentren.

Die Innungen sind zu großem Teil nicht zurückgeblieben und haben es als für ihre Zwecke fördersam angesehen, die Arbeitsvermittlung in die Hände der Arbeit-

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 22. Mai 1904.

² Ebenda, v. 1. Febr. 1903.

geberverbände zu legen. Nur an Orten, an welchen solche nicht vorhanden, sind sie zur Gründung selbständiger Innungsnachweise übergegangen¹. So hat das Baugewerbe seine Organisation über ganz Deutschland zu erfolgreichem Abschluß gebracht.

Nun hat zwar der preußische Handelsminister den Innungen als solchen das Recht des Eintritts in einen Arbeitgeberverband mit der Begründung abgesprochen, daß die Arbeitgeberverbände in erster Linie der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen dienen, den Innungen dagegen die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Geselle zustehe². Diese ministerielle Entscheidung hat aber einen grossen Teil der Innungen an der Errichtung von einseitigen Kampfarbeitsnachweisen so wenig gehindert wie der Gesetzesparagraph, demzufolge der Gesellenausschuss „bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen zu beteiligen ist, für welche Gesellen Beiträge entrichten oder eine besondere Mühewaltung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind.“

Eine Reihe von Innungen hat demnach besonders dort, wo sie im Kampf mit sozialdemokratischer Gesellschaft lebt, den besagten Paragraphen damit illusorisch zu machen und den Gesellenausschuss von der Verwaltung des Innungsnachweises fern zu halten gewußt, daß sie sich darauf berief, ihr Nachweis sei allein aus der Initiative der Innungsmeister hervorgegangen und werde aus ihren Mitteln allein unterhalten³.

Endlich sind es auch, teilweise wenigstens, die kleinen, im übrigen unorganisierten Meister, welche die Kampfarbeitsnachweise der grossen Arbeitgeber vielfach benützen. Durch weitgehendes Entgegenkommen von seiten der Arbeit-

¹ Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an die Vorstände und Korporationen im Baugewerbe, die Errichtung von Arbeitsnachw. betreffend.

² Arbeitgeberzeitung v. 8. März 1903.

³ Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweiskonferenz zu Magdeburg 1901, S. 23 ff.

geberverbände hat man namentlich in Berlin viele Kleinmeister für ein Hand-in-Hand-gehen mit den Großbetrieben gewonnen¹.

Um der Bewegung zu Gunsten der Errichtung von Arbeitgeber-Nachweisen einen neuen Impuls zu geben, ist im Jahre 1898 von dem „wegen seiner Schneidigkeit hervorragend bekannten“ Arbeitgeberverband Hamburg-Altona eine große über ganz Deutschland ausgedehnte Aktion in die Wege geleitet worden. In Leipzig wurde eine von mehr als 70 Verbänden aus mehr als 30 Städten besuchte Arbeitsnachweis-Konferenz veranstaltet, auf der die für die Arbeitgebernachweise in Betracht kommenden leitenden Ideen und die damit erstrebten Ziele seitens des Unternehmertums zu besonders präzisem Ausdruck gelangt sind. Was auf der ersten Konferenz begonnen, ist auf einer zweiten zu Magdeburg 1901 und einer dritten zu Nürnberg 1902 weiter fortgeführt worden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass das Unternehmertum von seinen Arbeitsnachweisen zunächst die Förderung des Zuzugs erforderlicher Arbeitskräfte und damit die rascheste Befriedigung des Bedürfnisses an passenden Arbeitskräften für vorhandene Arbeitsgelegenheit erwartet. Dabei solle der tüchtige, fleißige Arbeiter nach Möglichkeit bevorzugt werden, weil für das Gedeihen von Industrie und Gewerbe . . . „besonders auch eine gut ausgebildete, tüchtige, so wenig als möglich dem Wechsel unterworfenen Arbeiterschaft ein unabweisbares Bedürfnis“ sei².

Neben solcher positiven Aufgabe fällt den Arbeitgeber-nachweisen noch eine zweite zu, die man als negative bezeichnen möchte. Es sind dieselben nämlich auch dazu bestimmt, eine Kontrolle über die Arbeiter auszuüben. Namentlich haben sie zu verhindern, dass Kontraktbrüchige,

¹ Bericht über die Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig, 51.

² Bericht über die Arbeitsnachweis-Konferenz zu Magdeburg 1901, S. 16.

Trunkenbolde, Faulenzer zu Stellen in den Verbandsbetrieben gelangen. Im besonderen aber sollen durch die Arbeitsnachweise „die sozialdemokratischen Hetzer fern gehalten“¹ werden. „Der Unbrauchbare, der jede Gelegenheit zur Besserung ausschlägt, der gewerbsmäfsige Agitator, der nur Unfrieden in die Betriebe hineinragen will, derjenige, der mit gefälschten Papieren oder durch Bestechungen Arbeit zu erhalten sucht, mußt zu den Feinden des Arbeitsnachweises gerechnet und ausgeschlossen werden“².

Auf diese Weise hofft man „der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben“³, sich der unberechtigten Streiks zu erwehren und gegen den Mifsbrauch des Koalitionsrechts sich sicher zu stellen⁴.

Dass es über der Verfolgung dieser Ziele zum Kampf zwischen Arbeitgebern und -nehmern kommen muß, sieht das Unternehmertum voraus. Sein Arbeitsnachweis soll ein Kampf-Arbeitsnachweis sein. Er soll dem Arbeitgeber die nötige „Macht verleihen, den Arbeiter zu dem zu zwingen, was die Arbeitsnachweisstelle als im beiderseitigen Interesse für notwendig erachtet“⁵. Eine Waffe soll er bilden, „welcher . . . kein Arbeiter auf die Dauer widerstehen kann“⁶. „Die Arbeitnehmer sind dahin zu bringen, dass sie sich sagen: „Jetzt müssen wir“⁷.

Ein von derartigen Gesichtspunkten aus zu organisierender Arbeitsnachweis hat für eine Mitbetätigung der Arbeitnehmer bei Verwaltung und Leitung desselben „weder Raum noch Recht“. Daher denn auch die auf der Leipziger Konferenz abgegebene prinzipielle Erklärung, dass „von unserm“ — dem Arbeitgeber — „Standpunkt der Arbeits-

¹ Soziale Praxis 1899, 75.

² Bericht über die Arbeitsnachweis-Konf. zu Leipzig 1898, S. 27.

³ v. Reiswitz, Die deutsche Industrie und der Arbeitsnachweis, S. 26.

⁴ Soziale Praxis 1898. 387.

• ⁵ Bericht über die Arbeitsnachweis-Konf. zu Leipzig, S. 37.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda, S. 77.

nachweis lediglich und allein von den Arbeitgebern zu organisieren und in die Hand zu nehmen sei“¹; daher auch die für diese Arbeitsnachweise von ihren Schöpfern gebrauchte Bezeichnung: „unparitätische Arbeitsnachweise“².

Zur Begründung der vom Unternehmertum beliebten Ausschließlichkeit beruft sich dieses darauf, „dafs der Arbeitgeber Herr in seinem Betrieb sein und bleiben müsse. Ein Ausfluss dieses Rechtes aber sei unbedingt das Recht des Arbeitgebers, seine Arbeiter lediglich nach seinem Ermessen auszuwählen und einzustellen.“ „Ein weiterer Ausfluss dieses Rechtes der Arbeitgeber seien ihre Arbeitsnachweise“³, „und jede Einmischung, von wo sie auch kommen möge, sei es von den Arbeitern, von seiten der Behörden oder von seiten der sogenannten Unparteiischen müsse man entschieden zurückweisen“⁴.

Auch deshalb stünde der Arbeitsnachweis allein den Unternehmern zu, „weil sie die Kosten doch allein tragen müfsten und weil, wenn sie einzelne Arbeiter hinzuziehen wollten, diese kein rechtes Interesse daran haben würden, solange die Sozialdemokraten die Sache nicht in die Hand nähmen; sobald diese aber die Angelegenheit in die Hände bekommen, sei jedenfalls das Ganze gestört“⁵.

Des weitern spräche die Wahrung der geschäftlichen Interessen des Unternehmers für die Errichtung unparitätischer Arbeitsnachweise. Der Arbeitgeber könne nur durch Beherrschung der Arbeitsvermittlung bei seinen Arbeitern zu einem festen, langandauernden Arbeitsverhältnis gelangen, ohne welches einem Betriebsunternehmer immer die Sicherheit fehlt, einen übernommenen Auftrag auch ausführen, eine Fertigstellungsfrist auch einhalten zu können⁶.

¹ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Leipzig, S. 79.

² Soziale Praxis 1895, 1240.

³ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Magdeburg 1901, S. 18.

⁴ Desgl. zu Leipzig, S. 21.

⁵ Ebenda, S. 63.

⁶ Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an den Bundesrat.

Wie seinem geschäftlichen Vorteil will endlich das Unternehmertum den Arbeitsnachweis auch seinen pekuniären Interessen dienstbar machen und sich gegen Forderungen höheren Arbeitslohnes sichern. Durch einseitige Verwaltung der Arbeitsnachweise von seiten der Arbeitgeber soll nämlich verhütet werden, dass die Arbeiterschaft an den beim Arbeitsnachweis sichtbar werdenden Schwankungen in Angebot und Nachfrage ein Barometer habe, an welchem sich leicht der aussichtsvollste Termin zu einer Lohn- und Ausstandsbewegung ablesen lasse¹.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation der industriellen und gewerblichen Arbeitgebernachweise.

a) Die Organisation der industriellen Arbeitgebernachweise.

Die Form der hier in Frage kommenden Organisationen ist eine sehr verschiedene. Teils sind die selbständigen Betriebe ein und desselben Industriezweiges zu Arbeitsnachweisverbindungen von oft recht erheblichem Umfang zusammengetreten. So hat der Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands seine Nachweisstellen in mehr als 30 über das ganze Reich zerstreuten Industriezentren. Teils auch haben sich die Arbeitgeber der verschiedensten Gewerbe in ein und derselben Stadt oder eines grösseren örtlichen Gebietes zu einem Arbeitsnachweisverband zusammengetan. In dieser Hinsicht nimmt Hamburg-Altona die führende Stelle ein. Für wichtige Gewerbe, vor allem für das ganze grosse Schiffahrtsgewerbe wird der Arbeitsmarkt von dem Hamburg-Altonaer Verbandsarbeitsnachweis vollständig beherrscht.

Des weiteren ist die Organisation des Arbeitsnachweises für gewisse Verbände einheitlich geregelt. Bei anderen, wie z. B. bei dem deutschen Arbeitgeberbund für das Bau- gewerbe, bleibt es zunächst den einzelnen Arbeitsnachweis-

¹ Arbeitsmarkt III, 320.

stellen überlassen, sich den örtlichen Verhältnissen entsprechend einzurichten. Die einheitliche Gestaltung der Organisation auf Grund der erst noch zu machenden Erfahrungen ist einer späteren Zeit vorbehalten.

Sämtliche Unternehmer-Nachweise haben den unparteiischen Charakter miteinander gemein. An ihrer Spitze steht eine ausschließlich von Arbeitgebern gebildete Kommission, der die Überwachung und Oberleitung der gesamten Tätigkeit des Arbeitsnachweises zugehört. Ein besoldeter Beamter, „im alleinigen Dienst der Arbeitgeber stehend und auf ihr Interesse verpflichtet“, besorgt die eigentlichen Geschäfte. Die durch den Betrieb verursachten Kosten werden teils von den Verbänden, teils dadurch aufgebracht, dass, wie beim Verband der Textilindustriellen, für jede Vermittlung vom Arbeitgeber eine kleine Summe — 0,40 Mk. für eine männliche, 0,30 Mk. für eine weibliche Arbeitskraft — erhoben wird. Reichen die eingegangenen Gebühren zur völligen Deckung der Unkosten nicht aus, so steht die Verbandskasse dafür ein. Für die Arbeitsuchenden erfolgt der Arbeitsnachweis durchweg kostenlos.

Den Zielen entsprechend, auf die hin die Arbeitgeber-Nachweise errichtet sind, haben letztere zunächst ein brauchbares Arbeitsmaterial zu vermitteln. Dazu wird unter den als aufnahmefähig erkannten Arbeitern eine besondere Klassifikation vorgenommen, um die für jeden Betrieb und jede freie Stelle bestgeeigneten Bewerber herauszufinden. So ist dem Hamburg-Altonaer-Verband nachgesagt, dass daselbst das Prinzip der Auswahl der an Fleiss und Geschick Tüchtigsten streng durchgeführt werde. Die minderwertigen Kräfte werden als Hilfsarbeiter verwendet und ihnen damit Gelegenheit gegeben, ihre Fähigkeiten weiter auszubilden. Dabei wird die Übung innegehalten, dass die vorhandene passende Arbeit unter diese letztgenannten Elemente möglichst gleichmäßig zur Verteilung kommt, um denselben die Existenzmöglichkeit nicht zu rauben. Wo dennoch solche Minderqualifizierte ohne Beschäftigung ausgehen, darf ihnen

der Leiter des Arbeitsnachweises auf Kosten des Verbandes kleine Unterstützungen geben, um die Betreffenden vor der Armenpflege zu bewahren¹.

Neben der Aufgabe der Versorgung der Arbeitgeber mit möglichst brauchbarem Arbeiternmaterial haben die Unternehmer-Nachweise noch eine zweite, für ihre Schöpfer noch wichtigere zu lösen. Dieselbe besteht darin, durch den Ausschluss aller missliebigen Arbeiterelemente aus den Betrieben den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bestrebungen einen Damm zu setzen.

Diesem Zweck muss schon die Einrichtung der für den Arbeitsnachweis bestimmten Lokalitäten dienen. Durchwegs ist bei den Arbeitgeber-Nachweisen auf die sonst beliebten Warteräume für Arbeitsuchende verzichtet. Da in solchen Räumen erfahrungsgemäß grösere Ansammlungen von Arbeitslosen sich bilden, so werde damit vielfach der Agitation zu Gunsten der Arbeiterbestrebungen willkommene Gelegenheit bereitet. Als praktischer, im Sinne der Arbeitgeber, hat sich das Verfahren herausgestellt, die Arbeitsuchenden zu mehrmaligem Anfragen beim Arbeitsnachweis im Laufe des Tages zu veranlassen.

Zu besonders wirksamer Bekämpfung der organisierten Arbeiterschaft ist das Bureau als Kontrollstelle ausgestaltet und zwar in der Weise, dass kein Arbeiter in den Betrieben des betr. Verbands neu eingestellt werden kann, er sei denn zuvor genügend über seine persönlichen Verhältnisse kontrolliert.

Im einzelnen wird bei der Kontrolle etwa folgendermassen verfahren. Bei persönlicher, im Notfall schriftlicher Meldung des Arbeitnehmers hat derselbe die erforderlichen Ausweispapiere einzureichen. Als solche dienen: Militärpapiere, Quittungskarten, Arbeitsbuch; vor allem aber ist ein Entlassungsschein von der letzten Arbeitsstelle einzubringen. Auf Grund dieser Akten soll der Beamte des Arbeitsnachweises dahin kommen, sich ein einigermaßen

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 1. Febr. 1908.

sicheres Urteil darüber zu bilden, ob der Betreffende würdig sei, einer vorhandenen Arbeitsgelegenheit zugewiesen zu werden. Von der Vermittlung sind also von vornherein schon alle diejenigen ausgeschlossen, welche derartige Ausweispapiere entweder nicht besitzen oder doch zur Kontrollierung derselben nicht vorlegen wollen.

Um die Nachweisbeamten bei ihrer kontrollierenden Tätigkeit ihrer Sache noch sicherer zu machen, tragen die Entlassungsscheine vielfach nur den Eingeweihen erkennbare Zeichen, die über Leistungen und Führung des Inhabers Auskunft geben, ihn gegebenen Falls bei jeder Arbeitsnachweissstelle in Verruf erklären¹. Indem die Entlassungsscheine die Möglichkeit gewähren, die aus Streikorten zu ziehenden Arbeitsuchenden zu erkennen, helfen sie mit, die Streikenden zu bestrafen und ihnen die Auffindung neuer Arbeit zu erschweren, bzw. ganz unmöglich zu machen. Immerhin bedarf es zum endgültigen Ausschluß eines Verdächtigen aus allen Verbandsbetrieben einer ausdrücklichen Deliberation der Vertrauenskommission, die auch allein über eine etwaige Aufhebung der über einen Arbeiter verhängten Sperre entscheidet.

Hat ein Arbeitsuchender die vorhin erwähnten Ausweispapiere in Ordnung, so ist er damit doch noch nicht überall einstellungsfähig. Weiteren Bedingungen noch hat er oft zu genügen. Bei dem Norddeutschen Lloyd z. B., bei den Schmieden und Schlossern Hamburgs, bei den Schuhmachern Berlins muß jeder Arbeitsuchende nachweisen, bzw. durch Unterzeichnung eines Reverses bekräftigen, daß er nicht Mitglied einer Arbeiterorganisation sei. Beim Arbeitgeberverband für das Baugewerbe muß der Bewerber um eine offene Stelle über eine von ihm durchgemachte, ordnungsmäßige Lehrzeit Aufschluß geben. In der Metallindustrie wird nur solchen neue Beschäftigung zugewiesen, die in den letzten sechs Monaten mehr gearbeitet als gefeiert haben.

Hat ein Stellesuchender vor dem kontrollierenden Be-

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise I, 127.

amten zur Genüge bestanden, so wird sein Name in die im Bureau aufliegende Liste eingetragen und ihm ein durch Stempelaufdruck und Unterschrift des Geschäftsführers beglaubigter Ausweiszettel oder Nachweisschein eingehändigt. Damit wird dem Betreffenden noch keineswegs auch Beschäftigung nachgewiesen. Genannter Zettel verleiht seinem Besitzer zunächst nur die Befugnis, sich nach eigenem Ermessen bei einem Mitglied des Verbandes Arbeit zu suchen, bzw. der Nachweisschein empfiehlt die Einstellung des Inhabers als eines Nichtverdächtigen.

Nehmen solche den Arbeitsnachweis zur Erlangung einer Stelle in Anspruch und sind daselbst gerade freie Arbeitsgelegenheiten vorgemerkt, so sucht der Beamte die ihm passend erscheinenden Bewerber aus und schickt sie zu dem auftraggebenden Unternehmer. Gewöhnlich wird eine grösere Anzahl Arbeitsloser zur Vorstellung veranlaßt, um dem Betriebsleiter eine Auswahl zu ermöglichen.

Hat ein Arbeiter eine ihm zugewiesene Stelle angenommen, findet sich aber nicht zur verabredeten Zeit zur Arbeit ein, so wird derselbe, falls nicht triftige Gründe ihn entschuldigen, für eine gewisse Zeit vom Arbeitsnachweise ausgeschlossen.

Mit der Organisation des Arbeitsnachweises als eines Kontrollbüros hat man sich auf Seiten der Unternehmer nicht überall zufrieden gegeben. Gerade der in der Nachweisfrage bahnbrechende Verband der Eisenindustriellen in Hamburg-Altona ist in der Ausgestaltung des Arbeitsnachweises weiter vorangegangen. Seither ist ihm darin eine grösere Anzahl von Arbeitgebernachweisen gefolgt. Die Neuerung besteht darin, dass man den einstellungsfähigen Arbeitern das Aufsuchen der Arbeit und dem Arbeitgeber die Mühe der Auswahl damit zu ersparen sucht, dass die Arbeit am Sitz des Arbeitsnachweises selber vergeben wird. Hierzu war nötig, einen gelernten Fachmann der betreffenden Branche an die Spitze des Arbeitsnachweises zu stellen und eine noch schärfere Kontrolle, als dies bei den anders-

artigen Arbeitgebernachweisen schon üblich ist, über die Qualitäten der Arbeiter einzuführen. Das Erstere machte keine Schwierigkeit. Das Zweite ist gelungen durch die Anlegung von Personalkarten für die Arbeiter. Es ist für jeden Arbeiter, welcher sich im Nachweis meldet, eine Karte angeschafft, die auf vorgedrucktem Schema seine Personalien und die Firmen, bei welchen er beschäftigt gewesen, enthält. Diese Karten werden laufend fortgeführt und nach Maßgabe der neu sich meldenden Arbeiter ergänzt. Das Archiv des Arbeitsnachweises enthält deren zurzeit über 60 000. Unter Zuhilfenahme dieser Personalkarten können sich der Leiter des Nachweises und seine Untergebenen eine umfassende Personalkenntnis erwerben, so dass sie jederzeit die richtige Auswahl zu treffen imstande sind. Die Sicherheit, mit welcher der Arbeitsnachweis arbeitet, wird als so gross bezeichnet, dass die Arbeiter tatsächlich durch ihn Arbeit erhalten, und die nachfolgende Annahme bei dem betr. Arbeitgeber in der Regel nur die Erfüllung einer Formalität bedeutet¹.

Der grossen Macht, welche die geschilderte Organisation des Hamburger Arbeitsnachweises dem Verwalter desselben in die Hände legt, dient als Gegengewicht eine Beschwerdeinstanz, die, zum Schutz der Arbeiter bestellt, von einem früheren Verbandsmitglied verkörpert wird. Da dasselbe von den Geschäften zurückgezogen ist und darum an etwaigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern kein unmittelbares Interesse mehr hat, hält man seitens der Unternehmer die erforderliche Unparteilichkeit in genügender Weise gewährleistet.

So stramm die Arbeitsnachweis-Organisationen der Arbeitgeber den Stellesuchenden gegenüber funktionieren, so fest ist das Unternehmertum selber an die unbedingte Benutzung des Arbeitsnachweises als die unumgängliche Vorbedingung für eine erspriessliche Wirksamkeit desselben gebunden.

¹ Arbeitgeberzeitung v. 1 Febr. 1903.

Conrad, Organisation d. Arbeitsnachweises.

Im allgemeinen gilt der Satz, daß der Arbeitsnachweis bei keiner Arbeitseinstellung umgangen werden darf. Nur diejenigen Arbeitnehmer, die sich mit einem Nachweisschein legitimieren können, sollen von den Betrieben angenommen werden. In solchem Falle ist der Nachweisschein des Arbeiters, mit diesbezüglicher Bemerkung und Unterschrift der einstellenden Firma versehen, an die Nachweisstelle zurückzufertigen. Bei Ablehnung eines zugewiesenen Arbeiters geht der Schein ebenfalls an den Arbeitsnachweis zurück, nachdem der Firmenstempel auf eine bestimmte Stelle des Scheins gedrückt worden ist. Hieraus ersieht der Arbeitsnachweis, daß der in Betracht kommende Arbeiter sich wirklich gemeldet hatte.

Geschieht es, daß ein Verbandsmitglied seinen Bedarf an Arbeitskräften ohne die direkte Vermittlung durch den Arbeitsnachweis zu decken wünscht, so hat dasselbe doch die Ermächtigung dazu bei der Arbeitsnachweisstelle zuvor einzuholen. Der in Frage stehende Arbeiter hat sich auf der Nachweisstelle zu melden unter Vorzeigung eines vom Arbeitgeber ausgefertigten sog. Handzettels, der den Vermerk trägt: „Ohne uns zunächst dem Überbringer dieses, dem N. N. gegenüber in irgend einer Weise zu binden, teilen wir mit, daß derselbe in unserem Betrieb eingestellt werden soll, sofern gegen diese Einstellung seitens des Verbandes nichts einzuwenden ist“. Der Arbeiter hat nun dieselbe Kontrolle über sich ergehen zu lassen wie jeder andere, der den Arbeitsnachweis in Anspruch nimmt. Ist das Ergebnis günstig, so wird der Handzettel mit einem Nummernvermerk versehen und unterstempelt. Wird der Arbeiter abgewiesen, so muß ihn der Arbeitgeber bei Strafe bis zu 100 Mark im Weigerungsfalle freigeben.

Eine direkte Einstellung ist den Verbandsmitgliedern nur dann gestattet, wenn der Arbeitsnachweis keine Arbeitskräfte zu vermitteln hat, oder wenn die Not drängt. Aber auch so sind die Eingestellten sofort bei dem Arbeitsnachweis unter genauer Angabe ihres Nationale anzumelden

und, sofern der Verband etwas gegen den Arbeiter einzuwenden hat, sofort zu entlassen. Diese sofortige Entlassung kann, da in den Anordnungen für die dem Verbande angehörenden Firmen eine Kündigungsfrist prinzipiell ausgeschlossen ist, stets und ohne Umstände erfolgen.

Wie rücksichtslos die vorerwähnten Bestimmungen durchgeführt werden, mag folgendes Vorkommnis beleuchten:

Im Februar 1900 hatte eine Maschinenfabrik bei Berlin aus Magdeburg einige dort in Ausstand getretene Kesselschmiede angeworben und mit dem Ausweisschein auf das Nachweisbureau der Metallindustriellen geschickt. Dort wurde den Arbeitern eröffnet, daß sie, als Streikende, weder in Berlin noch überhaupt in Deutschland Arbeit erhalten könnten, und Firma wie Arbeiter — diese noch unter Verlust des Reisegeldes — mußten sich dem Spruche fügen¹.

Immerhin ist mit derartigen Inverruferklärungen in dringenden Fällen dem einstellenden Arbeitgeber so wenig gedient wie den ausgeschlossenen Arbeitern. Solch fruchtblose Annahmen von Arbeitskräften und die damit zusammenhängenden Unannehmlichkeiten den Unternehmern zu ersparen, ist die Einrichtung getroffen, daß diejenigen Betriebe, aus denen streikende Arbeiter ausgetreten sind, alle Verbandsfirmen davon in Kenntnis setzen. Da diese Benachrichtigung aber gewöhnlich weder schnell noch vollständig genug geschehen kann, hat die Arbeitgeberzeitung, das Organ des Unternehmertums, durch ständige Veröffentlichung einer ganz Deutschland umfassenden Streikstatistik diesem Missstand abzuhelfen gesucht.

Mit der auf Grund der schwarzen Listen ermöglichten Aussperrung der streikenden Arbeiter aus sämtlichen Verbandsbetrieben ist erst der eine Teil ihrer Aufgabe für die Arbeitgebernachweise gelöst. Sie haben des weiteren nun auch den vom Streik betroffenen Firmen die erforderlichen Arbeitskräfte zu besorgen. Ein auf seine eigenen Mittel

¹ Arbeitsmarkt III, 287.

allein angewiesener Arbeitsnachweis wäre dazu nicht imstande. So hat man auf eine gewisse Zentralisation in der Organisation der Arbeitsvermittlung Bedacht genommen, um auf diesem Wege eine schleunige Überweisung von Ort zu Ort zu erreichen.

Diesem Zweck dient bei dem Verband Berliner Metallindustrieller die Übung, bei Lohn- und Streikbewegungen zuerst den Vakanzen in den Firmen, in welchen Differenzen bestehen, zu genügen. Weigert sich in solchem Fall ein Arbeiter, die ihm übertragene Stelle anzunehmen, so wird er vom Arbeitsnachweis als Streikender angesehen und danach behandelt.

Besonders aber wird auf die Überweisung von einem Arbeitsnachweis zum anderen auf Grund bewährter Regeln grosse Sorgfalt verwandt. Zunächst wird Vorsorge getroffen, dass es an dem für den Arbeitertransport erforderlichen Reisegeld nicht fehlt. Der jeweils um Hilfe angegangene Arbeitsnachweis legt dasselbe aus und verlangt von den Arbeitswilligen als Gegenleistung die kontraktliche Verpflichtung zu mindestens dreimonatlicher Arbeit oder zur Rückzahlung des Reisegeldes. Mit dem Vorschuss wird den zu expedierenden Leuten auf dem Bahnhof die Fahrkarte gelöst, der Rest ihnen als Zehrpfennig eingehändigt.

Um eine gewisse Sicherheit zu haben, dass die Angeworbenen nun auch an ihrem Bestimmungsort eintreffen, werden ihnen ihre Papiere abgefordert und diese per Post an die Adresse des neuen Arbeitgebers gesandt. Bei gröfseren Transporten und bei Streiks wird den Leuten noch ein Transportführer mitgegeben. Schliesslich wird per Telephon dem Auftraggeber Tag und Stunde der Ankunft der Reisenden angezeigt, damit rechtzeitige Massregeln getroffen werden können für Abholung, Unterkunft und Versorgung derselben.

b) Die Organisation der gewerblichen Arbeitgebernachweise (Innungsnachweise).

Soweit der Arbeitsnachweis der Innungen und Innungsverbände selbständig und nicht in Anlehnung an gröfsere

industrielle Verbände betrieben wird, hat die Darstellung seiner Organisation unter der Rubrik der Arbeitgebernachweise zu erfolgen. Denn mit verschwindenden Ausnahmen liegt die Ausübung der Arbeitsvermittlung ausschließlich in den Händen der Innungsmeister auch da, wo der Arbeitsnachweis weniger in den Dienst von Sonderinteressen, als vielmehr eines zweckmässigen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage gestellt ist.

Die Ausgestaltung des Arbeitsnachweiswesens durch die Innungen in jüngster Zeit kann auf das Innungsgesetz von 1881 zurückgeführt werden, das die Arbeitsvermittlung in den Aufgabenkreis der Innungen einbezogen hat. Ein auf Grund dieses Gesetzes vom Reichsamt des Innern entworfenes Innungsstatut mit Normativbestimmungen sollte dazu dienen, die Organisation des Arbeitsnachweises durch die Innungen günstig zu beeinflussen. Nach diesem Statut hat jeder zywandernde Geselle, welcher bei Innungsmeistern Beschäftigung suchen will, sich auf der Innungsherberge zu melden und erhält, unter der Voraussetzung, daß er sich vorschriftsmässig legitimiere und erkläre, sich den Ordnungen der Innung zu unterwerfen, eine Bescheinigung. Die zur Legitimation eines Gesellen erforderlichen Ausweise werden durch Innungsbeschluß festgestellt.

Die Mitglieder einer Innung, die Gesellen suchen, haben dies beim Ausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen anzumelden. Annehmen dürfen sie nur solche Gesellen, welche die erwähnte Bescheinigung beibringen. Dementsprechend sind solche Arbeitslose, die direkt bei Innungsmeistern um Beschäftigung vorsprechen, von diesen nach der Herberge zur Erfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten zu weisen. Stellt ein Innungsmeister unter Nichtachtung vorerwähnter Vorschriften einen Gesellen direkt ein, so hat er diesen in kürzester Frist bei dem Ausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen wenigstens anzumelden. Jede Verletzung der Bestimmungen des Statuts soll mit Auferlegung einer Ordnungsstrafe geahndet werden.

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände

hat, auf Grund vorstehend gekennzeichneten Normalstatuts, den Arbeitsnachweis im einzelnen weiter auszugestalten versucht. Insbesondere fordert er die verschiedenen Innungen jeden Ortes auf, die Errichtung und Erhaltung einer, auch der Arbeitsvermittlung dienenden, gemeinschaftlichen Herberge durch gemeinsame Kostentragung zu ermöglichen. Für gröfsere und leistungsfähigere Innungen, zumal an gröfseren Orten, wird als normale Einrichtung die Anstellung eines Innungsmitgliedes als Meldemeister empfohlen, von dem dann die Vermittlung ausschliesslich zu betätigen sei.

Den erwähnten Normativbestimmungen und Empfehlungen des Zentralausschusses ist bis zur Stunde von seiten der Innungen noch wenig entsprochen worden. Zu einer gleichförmigen Regelung des Arbeitsnachweises ist es bei keinem Gewerbe gekommen. Die vorgeschlagenen Zentralisierungsherbergen bestehen nur vereinzelt. Meist hat die Herberge zur Heimat diese Rolle übernommen mit mehr oder weniger primitiver Einrichtung des Arbeitsnachweises. Vielfach begnügt man sich damit, die offenen Stellen auf eine dazu bestimmte Tafel auszuschreiben, bezw. sie an gewissen Stunden des Tages auszurufen.

Zweckentsprechender ist die Arbeitsvermittlung da geordnet, wo dieselbe, wie bei Bäckern, Fleischern, Barbieren, Friseuren, in die Hände eines sog. Sprechmeisters hat gelegt werden können. Derselbe ist oft ein besoldeter Innungsbeamter, der unter der Aufsicht des Ausschusses für das Sprechwesen verpflichtet ist, zu bestimmten Stunden im Tag, aber auch sonst so viel wie möglich den auftraggebenden Meistern und Gesellen zur Verfügung zu stehen.

Die überwiegende Mehrzahl der Innungsnachweise beschränkt ihre Tätigkeit auf den Kreis der Ortsgemeinde. Nur von den Verbänden der Barbiere und Buchdrucker wird gemeldet, dass sie für einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den verschiedenen lokalen Arbeitsnachweistellen Vorsorge getroffen haben. Eine durchwegs erfolgende interlokale Regelung des Arbeitsnachweises ist den schwäche-

ren Innungen und Innungsverbänden schon dadurch erschwert, dass sich dieser nicht an ein für die einzelnen Gewerbe einheitlich organisiertes Unterstützungswesen anschliesst.

Die Handhabung der Arbeitsvermittlung zeugt von bunter Mannigfaltigkeit. Vielfach erfolgt dieselbe unentgeltlich. Teilweise werden auch von den Meistern, anderweitig von den Gesellen, Gebühren erhoben. — Hier bleibt die Benutzung des Arbeitsnachweises dem Belieben des Meisters überlassen. Anderwärts ist sie streng obligatorisch, besonders da, wo eine Innung ihren Nachweis demjenigen eines grossen Unternehmerverbandes angegliedert hat. So dürfen bei einer bestimmten Bäckerinnung nur vom Arbeitsnachweis überwiesene Gesellen angenommen werden. Gehilfen, die nicht statutengemäß zur Einstellung gekommen sind, müssen vom Arbeitgeber unter Bezahlung einer Busse von 20 Mark sofort entlassen werden¹. Bei manchen Innungen haben die vorschriftsmässig legitimierten Gesellen bei der Arbeitsnachweisung ein Vortrittsrecht vor denen, die nicht mit Legitimationspapieren versehen sind. Dagegen machen, besonders in dringenden Fällen, Innungsmeister auch wieder keinen Unterschied zwischen den genannten zwei Gesellenkategorien; während wiederum, wie bei der Meissener Zwangsinnung der Sattler, ein bei einem Innungsmitglied aus der Arbeit tretender Geselle von einem anderen Innungsmeister innerhalb vier Monate nicht eingestellt werden kann, es sei denn, dass eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen den beiden Meistern erfolgt sei².

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des Arbeitsnachweises der Grossunternehmer.

- a) Kritik der für den Unternehmernachweis maßgebenden Grundsätze und deren Anwendung.

„Wir stehen auf dem Standpunkt, dass nur der in Händen der Arbeitgeber befindliche Branchennachweis Er-

¹ Soziale Praxis 1899, 1178.

² Ebenda 1900, 93.

spriesliches zu leisten vermag“¹, und „die Beibehaltung des einseitigen Arbeitgebernachweises ist eine Existenzfrage der Industrie“² — in diesen zwei Sätzen ist die Stellungnahme des Grossunternehmertums in der Arbeitsnachweisfrage so kurz als klar zum Ausdruck gebracht. Wie die organisierte Arbeiterschaft, so will also auch die organisierte Arbeitgeberschaft ausschliesliche Herrin über den Arbeitsnachweis sein. Zur Begründung ihrer Ansprüche reden die Arbeitgeber von einem „Fundamentalrecht“, wonach ihnen, als den Vergebern von Arbeit, die unbeschränkte Verfügung darüber zustehe, wen und zu welchen Bedingungen sie jemand in ihre Dienste nehmen wollen.

Es wird solche Unternehmeranschauung auf ihre Stichhaltigkeit hin zu untersuchen sein.

Zunächst ist auch hier zuzugeben, dass in abstracto sich kaum etwas gegen das Begehrn der Arbeitgeber wird erinnern lassen, als Käufer der Ware Arbeitskraft von sich allein aus darüber zu entscheiden, welche Kräfte und zu welchen Preisen sie zu kaufen gedenken. Aber im wirtschaftlichen Leben handelt es sich nicht um theoretische Abstraktionen. Sondern es gilt, den tatsächlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Und da zeigt es sich, dass auf dem Boden der Wirklichkeit dem Recht der Arbeitgeber das gleichwertige Fundamentalrecht der Arbeitnehmer gegenübersteht, ihre Arbeitskraft nach ihrem Ermessen zu vergeben. Nur wäre ein beiderseitiges Beharren auf dem eigenen Recht gleichbedeutend mit einer Verhinderung jeglichen Arbeitsvertrages. Möglich wird ein solcher erst dadurch, dass jeder Teil sich in seinem Verhalten gegen den anderen von der Erkenntnis bestimmen lässt, wie beide aufeinander angewiesen, einander unentbehrlich seien. Der Arbeiter bringt seine Muskelkraft und Geschicklichkeit und der Unternehmer als Gegenleistung Produktionsmittel und Geld. Damit steht angesichts eines zu schliessenden Arbeitsvertrags

¹ Bericht der Chemnitzer Metallindustriellen.

² Bericht der Hamburger Handelskammer.

jede Partei als der anderen gleichwertig und mit ihr gleichberechtigt da.

Doch gerade gegen die Anerkennung solcher Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Sachen des Arbeitsvertrages legen die Unternehmer Protest ein. Wohl habe der Arbeiter „in der Politik und vor dem Gesetz in unserem Vaterland die volle Gleichberechtigung; in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung aber sei er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen, denn auf diesen Gebieten trete unter anderem die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und der Arbeiter ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentliche Grundlage für den Bestand derselben zu betrachten sind“. Als eines dieser Rechte beanspruche der Arbeitgeber, Herr in seinem Betriebe zu sein und zu bleiben; „denn nur er ist für das Gedeihen des Betriebes verantwortlich. Im Interesse der Gesamtheit ist es unmöglich, ihn von dieser Verantwortlichkeit zu befreien; widersinnig aber würde es sein, sie ihm zu belassen und anderen, unverantwortlichen Personen das Recht der Mitbestimmung gleichzeitig zu gewähren“¹.

Nun ist eines ja selbstverständlich. Wenn von einer Gleichberechtigung von Arbeitgeber und -nehmer die Rede ist, so ist, so kann damit nicht gemeint sein, dass sich Unternehmer und Arbeiter in die Leitung einer Fabrik teilen, etwa abwechselnd befehlen und gehorchen sollten. Der Arbeitgeber wird vielmehr als das verantwortliche Haupt eines Ganzen von seinen Angestellten die Disziplin und den Gehorsam verlangen dürfen und müssen, ohne die ein erspriessliches Zusammenarbeiten nicht möglich ist. Daran kann und soll auch eine Anerkennung der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und -nehmer nichts ändern. Die Frage, um die es sich handelt, ist eine ganz andere. Nämlich die: kann man billigerweise an den Arbeitgeber die Zumutung stellen, dass er, bei aller Wahrung der ihm gebührenden

¹ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Magdeburg, S. 16/17.

Stellung, den Arbeiter, wenn auch nicht als mit dem Arbeitgeber identisch, so doch als ihm ebenbürtig behandelt; daß er z. B. die von den Arbeitern zur Förderung ihrer Interessen errichteten Organisationen anerkenne, mit diesen verhandle und dabei diejenigen Formen der Achtung und Rücksichtnahme beobachte, die zwischen Menschen, die aufeinander angewiesen sind, die Voraussetzung jedes fruchtbringenden Geschäftsverkehrs ist.

Es dürfte dem Unternehmertum nicht leicht fallen, solches Verlangen mit sachlichen Gründen als eine Beeinträchtigung des ihm zustehenden „Naturrechtes“ darzutun. Es wird dasselbe vielmehr, bei allem Festhalten an dem eigenen Recht, noch lernen müssen, soweit es solches noch nicht gelernt hat, das Streben der Arbeiterschaft nach möglichster Aufbesserung ihrer Verhältnisse unter demselben Gesichtswinkel zu betrachten wie die eigenen Bemühungen um vermehrten Absatz und Gewinn.

Eine derartige Verpflichtung kann den Arbeitgebern auch der Umstand nicht ersparen, daß sie doch die „Herren in ihrem Hause“ seien und als solche von niemandem Vorschriften darüber anzunehmen brauchten, wen sie in ihrem Betrieb und zu welchen Bedingungen sie ihn dulden wollen.

Es fragt sich: Ist der Unternehmer wirklich in dem Sinne Herr im Hause, daß ihm über die Menschen, die bei ihm arbeiten, bezw. zu arbeiten begehren, gewissermaßen ein unbeschränktes Bestimmungsrecht zustehe? Die tatsächliche Wirklichkeit verneint diese Frage. Der Unternehmer darf z. B. trotz seines „Herrenrechtes“ in seinem Haus Nacht-, Sonntags-, Frauen-, Kinder-Arbeit nur unter Bedingungen verrichten lassen, die nicht er, sondern ein anderer, der Staat, festsetzt. Woher aber nimmt der Staat die Befugnis zu solchem beschränkenden Eingreifen in die Rechte „des Herren im Hause“?

In einem Aufsatz in der „Sozialen Praxis“, in welchem eben die vorstehenden Fragen aufgeworfen werden, gibt Kulemann die folgende Antwort: „Für die Staatsgewalt ist das Verhältnis des Arbeitgebers zu seinen Arbeitern nicht

lediglich ein privatrechtliches, sondern zugleich ein volkswirtschaftliches. Daraus leitet sie ihre Befugnis her, in dasselbe einzugreifen und andere Interessen als das freie Verfügungsrecht des Arbeitgebers zur Geltung zu bringen. Die Staatsgewalt, d. h. die berufene Vertreterin und Hüterin der Interessen der Gesamtheit kann und darf nicht Betriebe, in denen Hunderte oder Tausende von Menschen beschäftigt sind, Menschen, die allein auf diese Beschäftigung angewiesen sind, um mit ihren Familien leben zu können, Betriebe, die deshalb mit dem Ganzen unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf das engste verknüpft sind, einfach mit einem Privathaushalt auf dieselbe Stufe stellen“, dessen Interna sie nichts angehen.

Aber, sagen die Unternehmer von ihrem Standpunkt als „Herren im Haus“ aus, wir zwingen ja niemand bei uns einzutreten, „es steht vielmehr in des Arbeiters freiem Ermessen, die Arbeitsstelle zu suchen oder sie zu verlassen“¹. Und gerade darum, weil jeder in voller Freiheit handeln kann und in voller Freiheit die von uns vorgelegten Bedingungen annimmt oder verwirft, haben wir das Recht unsere Bedingungen einzurichten, so wie es uns . . . und uns allein beliebt.

Auch diese Argumentation, so logisch richtig sie zunächst scheinen könnte, lässt sich als unhaltbar dartun. In Wirklichkeit steht nämlich dem Arbeitnehmer gar nicht die freie Wahl zu, Arbeit zu nehmen oder zu lassen. Zur Erhaltung seiner und der Seinigen Existenz ist er eben auf die andauernde Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesen. Allem theoretischen Recht der Freiheit, seine Arbeit zu nehmen, wo und wie sie ihm gefällt, macht der Hunger ein Ende, der den Arbeitslosen zwingt, Arbeit und Verdienst zu nehmen, wo solche zu haben sind. Aher noch mehr. Auch deshalb ist der Arbeiter nicht frei in der Wahl seiner Arbeitsstätte, weil es zur Ausnützung seiner Arbeitskraft noch etwas mehr braucht als guten Willen seinerseits

¹ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Magdeburg, S. 18.

und gesunde Glieder. Und zwar etwas, was gerade der Arbeiter, als der Mittellose, gewöhnlich von sich aus nicht hat und nicht haben kann: die zur Verwendung seiner Arbeitskraft erforderlichen Rohstoffe und Arbeitsgerätschaften, die Arbeitsmittel also. Da solche nicht ohne weiteres jedem Arbeitswilligen zur Verfügung stehen, sondern in Händen einer beschränkten Anzahl Privilegierter, der Arbeitgeber, sind, lässt sich in Wahrheit nicht davon reden, als stünde dem Arbeitslosen die freie Entscheidung darüber zu, wo und zu welchen Bedingungen er in Stellung treten wolle.

Daran, erklären die Unternehmer, lasse sich nun freilich nichts ändern. Es mag vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus vielleicht beklagenswert sein, dass die Arbeitsmittel sich im alleinigen Besitz der Arbeitgeber befinden. Aber so lange das Privateigentum Anspruch auf Unverletzbarkeit habe, bleibe eben auch das ausschließliche Verfügungsrecht darüber den Inhabern desselben unbenommen.

Wenn Kulemann in dem bereits erwähnten Aufsatz Recht hat, dürfte es ihm gelungen sein, auch in das letzte Bollwerk zum Schutz der Arbeitgeberanschauung, die Berufung auf die Unantastbarkeit des Privatbesitzes, Bresche zu legen. Kulemann unterzieht zu dem Zweck den Begriff des Privateigentums einer kritischen Untersuchung und kommt darüber zu dem Ergebnis, dass dasselbe garnicht etwas sei, das „als von der Natur gegeben hingenommen werden müsse“¹. Vielleicht sei dasselbe lediglich eine Nützlichkeitseinrichtung; es beruhe auf Gesetzen, die der Staat, d. h. die Gesamtheit gegeben habe. Daraus folge, dass dieselbe Gesamtheit auch das zweifellose natürliche Recht habe, das von ihr geschaffene Eigentum soweit einzuschränken, wie es nötig ist, um einer Schädigung anderer vorzubeugen; ja sie müsse es tun, wenn sie nicht ein sittliches und kulturelles Unrecht begehen wolle.

„Der individuelle Eigentumsbegriff“, — so lautet das Facit des Kulemannschen Aufsatzes — „den wir

¹ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Magdeburg, S. 18.

im ältesten römischen Recht fast ohne jede Beschränkung finden, und der auch heute noch den Ausgangspunkt der Gesetzgebung bildet, ist grundsätzlich falsch; der geläuterten und insbesondere gerade auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Bildung geklärten Anschauung der Gegenwart entspricht lediglich ein sozialer Eigentumsbegriff, d. h. ein Eigentum, das seinem Inhaber nicht das Recht verleiht zu schalten und zu walten, wie es ihm beliebt, sondern dessen Inhalt und Befugnisse bestimmt werden durch die Interessen der Gesamtheit Die soziale Pflicht ist an sich in das Gewissen des einzelnen gestellt, aber das schliesst nicht aus, dass ein gewisses Mindestmaß sozialer Gesinnung, oder wenigstens deren äussere Beobachtung, auch durch staatliches Eingreifen erzwungen wird“¹.

So wenig wie der einseitige Arbeitnehmer-, so wenig dürfte sich der einseitige Arbeitgeberstandpunkt in Sachen des Arbeitsnachweises mit sachlich unanfechtbaren Gründen aufrecht erhalten lassen.

Dieser Erkenntnis hat sich eine Minorität wenigstens innerhalb des organisierten Unternehmertums nicht entziehen können. Gerade aus den Kreisen der Metallindustriellen, d. i. aus demjenigen Gewerbe im gesamten deutschen Industrieleben, in welchem die einseitigen Arbeitgeberinteressen am schroffsten zur Geltung gebracht werden, haben berufene Stimmen gegen den Missbrauch des Arbeitsnachweises zur Vergewaltigung des wirtschaftlichen Gegners protestiert. So O. Weigert in seiner Schrift: Arbeitsnachweis und Schutz der Arbeitswilligen.

Aber auch aus der Mitte anderer Gewerbe wird ein maßvolleres Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber empfohlen. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe will zwar an den unparitätschen Arbeitsnachweisen nicht rütteln lassen; aber er dringt auf eine unparteiische Handhabung der Arbeitsvermittlung. Vor allem rät er — schon

¹ Soziale Praxis 1902, 1070 ff.

aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung — von der Einführung der berüchtigten schwarzen Listen ab, weil er es „für ungerecht halte, einzelne mitschuldige Personen, die sich vielleicht im unüberlegten Augenblick oder durch Aufreizung der Agitatoren zu nicht zu billigenden Schritten haben hinreissen lassen, auf längere oder kürzere Zeit brotlos zu machen“¹.

Noch energischer tritt der Obmann der Schuhfabrikanten Berlins gelegentlich der Leipziger Arbeitgeber-Konferenz geradezu für die Anerkennung der Arbeitnehmer als gleichberechtigter Faktoren ein, womit „der Verband der Berliner Schuhfabrikanten ganz brillante Erfahrungen gemacht habe“².

Und die „Soziale Prazis“ weiss aus Plauen i. V. zu berichten, dass der dortige Verein der Stickerei- und Spitzefabrikanten den von ihm errichteten Arbeitsnachweis unter Anlehnung an die städtischen paritätischen Arbeitsnachweisorganisationen dem Gewerbegericht unterstellt habe³.

Immerhin bleiben alle diese von Arbeitgeberseite aus erfolgenden Bestrebungen, den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in billiger Weise Rechnung zu tragen, so vereinzelte, dass sie der radikalen Einseitigkeit der Mehrzahl der Grofsunternehmer gegenüber kaum beachtenswert sind. Der Arbeitsnachweis ist und bleibt, soweit die organisierte Arbeitgeberschaft in Betracht kommt, eine, wenn auch nicht rechtlich zu begründende, so doch unter Zuhilfenahme der zur Verfügung stehenden Macht tatsächlich funktionierende Kampforganisation.

Es wird nun im folgenden zu untersuchen sein, inwieweit diese Kampforganisation sich als solche ihrer Aufgabe gewachsen zeigt, und wie die zur Lösung

¹ Der deutsche Arbeitgeberbund etc. an die Vorstände der Arbeitgeberverbände.

² Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Leipzig, S. 53.

³ Soziale Praxis, 1896, 414.

der Aufgabe angewandten Mittel zu beurteilen sind.

Die Aufgabe, auf die hin die Arbeitgeber-Nachweise ins Leben gerufen worden sind, ist eine dreifache:

1. sollen alle, den Arbeitgebern aus welchen Gründen auch immer missliebigen Arbeiter von den Betrieben fern gehalten werden;

2. soll den Lohn- und Streikbewegungen innerhalb der auf den Verbandswerkstätten beschäftigten Arbeiterschaft vorgebeugt werden;

3. sollen den Arbeitgebern Arbeitskräfte in einer allen Wünschen entsprechenden Qualität und Quantität zur Verfügung gestellt werden.

1. Zum Zweck des Ausschlusses aller missliebigen Arbeiter von jeglicher Arbeit nicht nur am Wohnort, sondern in ganz Deutschland sind die Arbeitgeber-Nachweise als Kontrollanstalten eingerichtet. Durch ausnahmslose Einforderung eines Entlassungsscheines von der letzten Arbeitsstelle, unter Zuhilfenahme der schwarzen Listen und der Einführung der Ausweiszettel, endlich dank der umfassenden Personalkenntnis der Verwalter gelingt es in der Tat, den Eintritt von „Verdächtigen“ in eine Arbeitsstelle bei den Verbandsbetrieben so gut wie unmöglich zu machen. Ja, es scheinen die schwarzen Listen in Einzelfällen wie wahre Verbannungsdekrete gewirkt und den gezeichneten Arbeiter geradezu zur Auswanderung nach Amerika genötigt zu haben.

Es ist unter solchen Umständen wohl begreiflich, daß von seiten der Arbeitnehmer gegen die obligatorischen Legitimationspapiere, besonders aber gegen den sog. Entlassungsschein, der dazu dient, die schwarzen Listen erst recht wirksam zu machen, als „etwas des freien Arbeiters Unwürdiges“ protestiert wird. „Durch die Kontrolle beim Arbeitsnachweis werde der Arbeiter dem Gesinde gleichgestellt und sinke in der Achtung seiner Mitmenschen“¹.

¹ Arbeitgeberzeitung.

Aber auch in nicht so unmittelbar interessierten Kreisen fehlt es nicht an scharfer Kritik der Kontrolltätigkeit der Arbeitgeber-Nachweise. Vom nationalliberalen „Leipziger Tageblatt“ z. B., das nach der „Sozialen Praxis“ für gewöhnlich den Unternehmerstandpunkt verteidigt, wird die Kontrolle als eine „terroristische Maßregel“ gebrandmarkt¹. Der Hamburger Rat Dr. Naumann hält von einer Durchführung der Pläne des organisierten Unternehmertums, „sie würde einen dauernden Druck auf die Lage der arbeitenden Klasse ausüben und damit die Konsumtionskraft der Nation schwächen“². Nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ erwarte der arbeiterfreundliche Teil der bürgerlichen Presse von einer Durchführung der Bestrebungen des Unternehmertums geradezu das Hereinbrechen eines Bürgerkrieges, da die Gewerkschaften natürlich nicht geneigt sein werden, dem Vorgehen des Unternehmertums tatenlos zuzusehen³.

Besonders zutreffend aber scheint die Würdigung, welche die Organisation des Unternehmer-Nachweises als Kontrollbureau durch den seinerzeit hochangesehenen Brauereidirektor und Reichstagsabgeordneten Roesicke erfahren hat. Derselbe hat sich auf dem Frankfurter „Sozialen Kongress“ folgendermaßen geäußert: „Durch die Arbeitgeber ist mit verblüffender Offenherzigkeit als wesentlicher Zweck des Arbeitsnachweises hingestellt nicht die Vermittlung von Arbeit, sondern der Ausschluß gewisser missliebiger Arbeiter. Man empfiehlt die Einrichtung von Kontrollen über die Arbeiter, nicht etwa um zu wissen, ob dieser oder jener Arbeiter leistungsfähig ist, ob er seine Arbeit schlecht verrichtet oder in gewerblicher Beziehung Anlaß zu Tadel gegeben hat, nein, die Kontrolle soll dazu dienen, festzustellen, wer höhere Löhne zu erzielen trachtet, wer kürzere Arbeitszeiten erstrebt, oder sich sonst irgendwie eine bessere Lebenshaltung zu beschaffen bemüht. Was Arbeitgeber für

¹ Soziale Praxis 1898, 1348.

² Ebenda, 1898, 724.

³ Arbeitgeberzeitung v. 10. April 1904.

sich als unzweifelhaftes Recht in Anspruch nehmen, nämlich ihre materielle Lage fortgesetzt zu verbessern, ihre soziale Stellung zu heben, was Gesetz und Zivilisation auch den Arbeitern als unveräußerliches Recht zuerkannt haben, das wird ihnen mit Hilfe dieser Arbeitsnachweise durch Bedrohung ihrer Existenz zu nehmen versucht. Das geht nicht nur aus den Grundsätzen hervor, die bei der Begründung solcher Einrichtungen als maßgebend erachtet werden, das geht insbesondere auch aus den Strafmitteln hervor, die man mit Hilfe dieser Arbeitsnachweise in Anwendung zu bringen empfiehlt. Vornehmlich wurde als ein solches Strafmittel die Sperre gepriesen, die, je nachdem sie kürzere oder längere Zeit auferlegt wird, in ihrer Konsequenz zur Arbeitslosigkeit innerhalb des Vereinsgebietes führt. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, dass, wenn solche Grundsätze, solche Maßnahmen allgemein eingeführt, wenn die Arbeitgeber das erreichen würden, was sie zu erreichen beabsichtigen, eine Verbindung möglichst aller Gewerbetreibenden Deutschlands zu gleichem Zwecke, dann nicht nur die Koalitionsfreiheit, sondern die persönliche Freiheit der Arbeiter im allgemeinen in Frage gestellt wäre, dass diese geradezu zur Hörigkeit herabgedrückt würden, nur mit dem Unterschied, dass die Unternehmer die Sorge für die derart brotlos gemachten Arbeiter der Kommune und dem Staat überlassen¹.

Immerhin ist auch, soweit es die kontrollierende Tätigkeit der Unternehmer-Nachweise angeht, dafür gesorgt, dass „die Bäume nicht in den Himmel wachsen“. Vor allem schon wird diese Kontrolle in ihrer Leistungsfähigkeit bedingt durch die mehr oder minder streng durchgeföhrte Anordnung zu ausschließlicher Benutzung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber. Gerade hieran scheint es aber oft zu fehlen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ meint, von ihrem Standpunkt aus wohl mit Recht, es beklagen zu

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Heft III, S. 138.

müssen, „dass ein Teil der Arbeitgeber von der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin“ in völliger Verkennung der Wichtigkeit des Arbeitsnachweises oder um geschäftliche Verluste zu vermeiden, es mit der Befolgung der bezüglich des Nachweises gefassten Beschlüsse nicht genau genug nahm und dadurch die gemeinsame Sache geschädigt hat“.

Ähnlich wissen die Berichte des Chemnitzer Bezirksverbands deutscher Metallindustrieller zu melden, dass Mitglieder wiederholt von sich aus Arbeiter in Dienst genommen hätten, ohne dies satzungsgemäss zuvor dem Arbeitsnachweis anzuzeigen, bzw. sich bei demselben der Genehmigung zur Einstellung vergewissert zu haben. Von der Verhängung einer Geldbusse in Höhe von 20—50 Mk. über die unbotmässigen Firmen erhofft der Verband die Abstellung des gerügten Missbrauchs.

Wie in diesen einzelnen bekannt gewordenen Fällen wird es sich aber auch im allgemeinen verhalten: in Zeiten, in denen die Arbeit drängt und die Arbeiter rar sind, wird der Unternehmer-Nachweis, mag ihm solches lieb sein oder nicht, von allzu straffer Kontrolle absehen müssen.

2. Die zweite Aufgabe, welcher der Arbeitgeber-Nachweis genügen soll, besteht in der Verhinderung von Lohn- und Streikbewegungen in den Verbandswerkstätten.

Wenn die Ausführungen des Generalsekretärs des Bundes der Arbeitgeberverbände in der „Arbeitgeber-Zeitung“ zutreffend sind, so genügen die Unternehmer-Nachweise in der Tat der zweiten an sie gestellten Anforderung. „In unseren Werkstätten“, heisst es in dem angezogenen Artikel, „ist die Ruhe eingekehrt; die Bereitwilligkeit, den Agitatoren Folge zu leisten, hat aufgehört, die lediglich, um Kämpfe herbeizuführen und die Arbeitgeber ihre Macht fühlen zu lassen, oft genug ganz geringfügige Anlässe benutzt, um die missleiteten Arbeiter in Ausstände zu hetzen. In unsern

Betrieben hat sich, mit der immer mehr umfassenden Wirkung unserer Arbeitsnachweisstellen, das Verhältnis zu unsfern Arbeitern besser und friedlicher gestaltet; die vielberufenen Angriffstreiks haben anscheinlich gänzlich aufgehört“¹.

Derselbe Artikel verrät auch, der Handhabung welcher Mittel solch erwünschte Resultate zu verdanken seien. Er schreibt dieselben „der erzieherischen Einwirkung auf die Arbeiter“ zu, die der Arbeitsnachweis in der Lage ist, durch Anwendung von Verwarnungen, von Ausschließung auf kürzere oder längere Zeit von jeder Arbeitsvermittlung auszuüben. Auf diese Weise werde allem dem mit Erfolg vorgebeugt, „was im Verhalten der Arbeiter geeignet ist, den regelmäfsigen Betrieb der Werke zu stören.“

Die „Soziale Praxis“ freilich erblickt in solchem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft nichts anderes, „als die Proklamierung einer gewerblichen Feudalität, die die gesetzliche Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter im Arbeitsvertrag in der Praxis rückhaltlos verwirft“².

Jedenfalls dürfte die auf Zwangswegen erreichte und so gerühmte „Ruhe“ in den Betrieben nichts sein, auf dessen Dauer sich die Unternehmer verlassen können. Die Arbeiterschaft wird sich, so lange sie muss, wohl unterwerfen. Doch wird der geheime Groll über die erfahrene Behandlung in der Stille wirken und, je rücksichtsloser der Unternehmerterrorismus gehandhabt wird, um so früher zu einer Gegenaktion von seiten der Arbeiter und damit zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen führen.

Ebenso trügerisch dürfte sich die Hoffnung erweisen, durch Ausschluss der Arbeitnehmer von jeder Mitwirkung beim Arbeitsnachweis, diesen den Einblick in die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes vorzuenthalten und sie damit über die für eine etwaige Lohn- oder Streikbewegung günstigsten Verhältnisse im Unklaren zu lassen. Mit Recht wohl darf

¹ Arbeitgeberzeitung v. 23. Nov. 1902.

² Soziale Praxis 1898, 387.

solchen Plänen gegenüber darauf hingewiesen werden, daß gerade eine derart beliebte Verschleierung der Situation auf dem Arbeitsmarkt nur eine Vermehrung leichtfertiger Streiks zur Folge haben werde, während eine allzeitige Offenlegung derselben unüberlegte Ausstände vermindern müfste¹.

3. Es bleibt an 3. Stelle zu untersuchen, inwiefern es dem Unternehmer-Nachweis gelingt, dem Bedarf an Arbeitskräften sowohl in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht gerecht zu werden.

Nun wird zuzugeben sein, daß die Kontrolle der Arbeitsnachweise über die Arbeitsuchenden neben allem, was daran zu tadeln ist, doch auch die günstige Wirkung haben kann, solche „Arbeitsuchende, die wegen ungenügender Befähigung, wegen Trunksucht und anderer Mängel nicht genug qualifiziert sind“, von einer Einstellung, mit welcher berechtigten Interessen der Arbeitgeber wenig gedient wäre, fernzuhalten. Doch setzt eine solche Sichtung der sich meldenden Arbeiter nach ihren Fähigkeiten wieder voraus, daß das beim Arbeitsnachweis zur Auswahl stehende Material an Arbeitskräften die Menge der zu besetzenden Stellen um ein Beträchtliches überbiete. Wo ein fühlbarer Mangel an Arbeitern sich geltend macht, würde auch der schärfstens kontrollierende Arbeitsnachweis auf's nächste sehen und sich eventuell auch mit weniger empfehlenswerten Kräften begnügen müssen. Es begreift sich daher vom Standpunkt der Arbeitgeber aus, daß ihr Bestreben vor allem auf die Erzielung eines dauernden Überangebots von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt geht. Sie erreichen tatsächlich dieses Ziel auch damit, daß sie möglichst viele auswärtige Arbeiter, besonders aus dem Kreis der ländlichen Bevölkerung, aber auch bis aus Italien und den ost-europäischen Ländern heranzuziehen verstehen. Nachfolgende Tabelle, in welcher für den Monat April 1904

¹ Arbeitsmarkt III, 320.

und für die wichtigsten Arbeitgeber-Nachweise Deutschlands die Zahl der Arbeitsuchenden und der Einstellungen nebeneinander verzeichnet stehen, wird ein Urteil darüber erlauben, aus welcher reichen Fülle freier Arbeitskräfte die Unternehmer-Nachweise für den Bedarf ihrer Auftraggeber zu schöpfen in der Lage sind. Zugleich dürften diese Zahlen auch insofern von Wert sein, als sie ein Bild gewähren von dem bei diesen Anstalten sich vollziehenden Geschäftsverkehr und damit von der Bedeutung dieser Arbeitsnachweise selber.

Im April 1904 sind notiert an Arbeitsuchenden und Einstellungen bei dem Arbeitgeber:

	Arbeitsuchende	Einstellungen
Nachweis in Dresden	828	442
" " Hamburg (Eisenindustrie)	3694	1430
" " Hannover	1095	467
" " Harburg a. E.	1686	1149
" " Leipzig	789	664
" " Lübeck	845	102
" " Magdeburg	1681	875
" " Berlin	2312	979
Zusammen	<hr/> 12930	<hr/> 6108 ¹

Solche Zahlen machen es wohl erklärlich, dass der Chemnitzer Bezirksverband deutscher Metallindustrieller die Errichtung eines paritätischen kommunalen Arbeitsnachweises mit dem Hinweis darauf als überflüssig hat erklären können, dass durch den eigenen Nachweis „der Bedarf völlig gedeckt“ werde².

Dass freilich durch die von den Unternehmerorganisationen begünstigte Überfüllung des Arbeitsmarkts, so erfreulich dieselbe vom Arbeitgeberinteresse aus sein möge, die Arbeitslosigkeit am betreffenden Ort und der Arbeitermangel auf dem Land gesteigert und zugleich die Lohn-

¹ Arbeitgeberzeitung v. 15. Mai 1904.

² Jahresbericht pro 1897.

verhältnisse unter das für Arbeitnehmer erträgliche Mindestmaß herabgedrückt werde, vergessen die Wortführer der Arbeitgebersache durchweg zu erwähnen.

Ihre Feuerprobe hatte die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber-Nachweise mit dem Tage zu bestehen, wo es galt, die Versorgung auch solcher Betriebe mit Arbeitskräften möglich zu machen, über welche von Arbeiterseite aus die Sperre verhängt worden war. Der Jahresbericht des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs pro 1902 hebt es rühmend hervor, daß gerade in Streikfällen der Verbands-Arbeitsnachweis sich besonders bewährt habe, „indem die Zuweisung von Arbeitswilligen fast ausschließlich durch den Verbands-Arbeitsnachweis geschah.“ Und um dem Verdacht vorzubeugen, als möchten diese Resultate auf unreelle Weise erreicht worden sein, betont der Bericht nachdrücklich, „daß den Arbeitswilligen mitgeteilt wurde, daß sie als Ersatz für Streikende eintreten sollten und unter welchen Bedingungen dies zu geschehen habe.“

Wenn man dann freilich wieder erwägt, was eine Verweigerung solcher Streikarbeit für einen Arbeitslosen an Folgen nach sich ziehen würde — zum mindesten die Einschreibung in die schwarze Liste und damit den Ausschluß von sämtlichen Verbandswerkstätten — so will einem nicht übertrieben klingen, was Dr. Forster aus der Feder eines Hamburger Grofskaufmanns mitteilt: . . . „die Arbeiter wären verloren, wenn der Arbeitsnachweis in Händen der Arbeitgeber dem zum Arbeitgeberverbande gehörigen Trust alle Arbeitslosen zuschickte und diese so den Trust unterstützen“¹. Dann allerdings hätte wohl die Stunde geschlagen, an welcher, nach der Äußerung eines Optimisten auf der Nürnberger Arbeitsnachweis-Konferenz, die Arbeitgeberlosung: „wir dürfen keinen Streik mehr verlieren“ in die Siegesparole sich wandeln würde: „wir verlieren keinen Streik mehr.“

¹ Dr. Forster, Die Arbeitslosigkeit und die moderne Wirtschaftsentwicklung, S. 41.

b) Kritik der Organisation des Unternehmer-Nachweises als solcher.

Der gewichtigste Vorwurf, welcher der Organisation der Unternehmer-Nachweise gemacht werden kann, ist der, dass dieselben weniger zum Zweck der Arbeitsvermittlung als zur Förderung von Interessen errichtet sind, die einer Arbeitsnachweisanstalt fern liegen. In der Tat ist denn auch bei zahlreichen Arbeitgeber-Nachweisen die vermittelnde Tätigkeit im Vergleich zur kontrollierenden eine geradezu verschwindende. „Der Arbeitsmarkt“ weist auf Grund des Jahresberichts pro 1898 des Verbandes Berliner Metallindustrieller nach, dass von den im ganzen 86 722 Arbeitern, welche das Kontrollbureau in dem Berichtsjahr passierten und von denen 38,4 % Arbeit erhielten, nur 4,1 % durch Vermittlung des Arbeitsnachweises zu Stellung kamen. Den übrigen 34,3 % hatte das Arbeitsnachweisbureau lediglich einen Nachweisschein, d. h. ein Legitimationspapier ausgehändigt und die Auffindung von Arbeit ihrem eigenen Bemühen überlassen¹. Nach dem Bericht für 1899 sind die Verhältniszahlen noch ungünstigere. Von den 95 593 Arbeitssuchenden dieses Jahres fanden bei Verbandsfirmen wohl 37,1 % Arbeit; aber davon nur 3,5 % durch direkte Vermittlung der Nachweisstelle.

Dass eine derartig wirkende Organisation im Grunde auf eine Züchtung der Umschau samt deren verderblichen Begleiterscheinungen im grossen Stil hinausliefe, dürfte sich angesichts der genannten Zahlen kaum bestreiten lassen.

Indessen trifft diese Beanstandung der Unternehmer-Organisationen nicht die Gesamtheit derselben. Wie gelegentlich der Darstellung der Organisation erwähnt, ist der Verband der Arbeitgeber Hamburgs mit einer Reorganisation des Arbeitsnachweises vorangegangen nach der Richtung hin, dass das bisherige Kontrollbureau in ein tatsächliches Arbeitsausgabebureau umgewandelt worden ist. Infolge-

¹ Arbeitsmarkt II, 181.

dessen haben die Unternehmer - Nachweise, die nach dem Hamburger System arbeiten, ganz andere Vermittlungsziffern zu vermerken als die vorstehend mitgeteilten. So sind z. B. — und nach der Arbeitgeberzeitung geschieht ähnliches „in allen Teilen des Reichs“¹ — von dem Verband der Eisenindustrie Hamburgs im Jahre 1901 von den gemeldeten 25 136 Arbeitsuchenden durch den Arbeitsnachweis 14 751 in Stellung gebracht worden. Für 1902 lauten die Zahlen: 21 985, bezw. 9780. Der Hamburger Gesamt - Arbeitgeberverband aber meldet für 1901 nicht weniger als 114 048 durch Vermittlung der Verbands - Arbeitsnachweise perfekt gewordene Arbeitsverträge. Es dürfte, im Hinblick auf solche Erfolge, denn auch hier, eher als bei den Kontrollbureaus, die von den Unternehmern ihren Nachweisen nachgerühmte Unterdrückung der Umschau den Tatsachen entsprechen.

Wie die Arbeitgeber - Nachweise, teilweise wenigstens, dem regellosen Aufsuchen von Arbeitsgelegenheiten steuern, so dürfen sie auch das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, solchen unberufenen Mittelpersonen das Handwerk zu legen, denen von anderer Seite vielleicht weniger leicht beizukommen wäre. Es ist z. B. nicht zu bestreiten, dass die Gründung einer Arbeitsnachweisstelle durch die Bremer Reeder einen Fortschritt bedeutet angesichts der Auswüchse, welche gerade bei dem Heuerwesen in die Erscheinung treten, und welcher man bisher an diesem Hafenplatz auf anderem Wege nicht Herr zu werden vermocht hatte.

Endlich auch ist es den Arbeitgeber-Nachweisen gut zu schreiben, dass sie den Missständen abzuhelfen gewusst haben, die mit der von Fabrik-Werkmeistern ausgeübten Nachweistätigkeit nur zu oft verbunden waren².

Wenn nun zum Schluss festgestellt werden sollte, was sich aus der Untersuchung der Arbeitgeber-Nachweise an verwertbarem Material für eine zweckmässigste Organisation

¹ Arbeitgeberzeitung v. 8. Mai 1904.

² Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Leipzig, S. 28.

des Arbeitsnachweises ergeben könnte, so wird man zu ähnlichen Resultaten wie bei der kritischen Betrachtung der Arbeitnehmer-Nachweise gelangen. Nach dem Urteil der Interessenten selber wird nur eine als Branche-arbeitsnachweis organisierte und auch beruflich zentralisierte Art der Vermittlung sich praktisch bewähren¹. Doch soll auch einer gegen teiligen, aber vereinzelt gebliebenen Auffassung, soweit es wenigstens den Wert beruflicher Zentralisation des Arbeitsnachweises angeht, hier Erwähnung getan werden. Dieselbe wurde auf der Leipziger Arbeitsnachweis-Konferenz von einem süddeutschen Vertreter des Unternehmertums getadelt, als eine Art von Anzapfung des lieben Nachbars, die man vor nimmt, wenn man selbst einmal das Bedürfnis nach einer Blutauffrischung habe. Jede Fabrik solle vielmehr für ihren Bedarf durch Erziehung geeigneten Nachwuchses sorgen . . . Das gegenseitige Arbeiteraustauschen sei ganz verderblich. Nur der Sozialdemokratie werde damit Vorschub geleistet².

Des weiteren steht bei den Arbeitgeber- wie bei den Arbeitnehmer - Nachweisen die Leistungsfähigkeit derselben im direkten Verhältnis zu der strikten Durchführung der obligatorischen Benutzung des Arbeitsnachweises durch Arbeitgeber wie -nehmer. Es scheint nicht unzutreffend, was ein Praktiker auf der schon erwähnten Leipziger Konferenz ausgeführt hat: „Als Hauptbedingung für die Lebensfähigkeit und Nützlichkeit eines Arbeitsnachweises muss aufgestellt werden, dass die Benutzung des Arbeitsnachweises eine obligatorische wird. Ja, ich behaupte sogar, dass eine Einrichtung, welche nach anderen Prinzipien Arbeitsnachweisung führen will, keinen Nutzen stiften kann und derselben die Berechtigung abzusprechen ist, sich überhaupt Arbeitsnachweis zu nennen. Denn wird nicht jeder bezügliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber verpflichtet, nur durch den Nach-

¹ Bericht über die Arbeitsnachw.-Konf. zu Leipzig, S. 66.

² Ebenda, S. 74.

weis seine Arbeiter zu beziehen, resp. seine Arbeit zu suchen, so hat man es mit einem Zwitterding zu tun, dem jede Existenzberechtigung fehlt, welches sowohl die Interessen der Arbeitgeber als Arbeitnehmer schädigt. Der Arbeitsnachweis muss den Arbeitsmarkt übersehen können, weil nur dann Angebot und Nachfrage für die Beteiligten reguliert werden kann. Dies kann aber nur der obligatorische Arbeitsnachweis“¹.

Immerhin hat auch bei den Arbeitgeber-Nachweisen die Starrheit des Prinzips unter dem Druck der Verhältnisse sich insofern eine Milderung gefallen lassen müssen, als den Verbandsmitgliedern in dringenden Fällen das eigenmächtige Einstellen von Arbeitskräften eingeräumt wird unter der Bedingung nachträglicher Meldung beim Arbeitsnachweis und der Genehmigung desselben durch diesen².

Gerade hier dürfte denn auch der schwächste Punkt in der Organisation des Arbeitgeber - Nachweises in die Erscheinung treten. Wenn schon nicht in dem Maße wie die einseitigen Arbeitnehmer - Nachweise, wird eben doch auch der Unternehmer - Nachweis nur unter den für seinen Betrieb günstigsten Umständen gut funktionieren. Dagegen wird er gerade dann, wenn der Arbeitgeber seiner Dienste am meisten bedürfte — hier also in Zeiten ausbleibenden Angebots — mehr oder minder versagen.

Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises durch die Innungen.

Prof. Adler fasst in Conrads Wörterbuch der Staatswissenschaften sein Urteil über die Arbeitsnachweis-Organisation durch die Innungen in die bezeichnenden Worte zusammen: „die ganze Einrichtung funktioniert meist nur unregelmäßig und so ist, alles in allein genommen, das Re-

¹ Leipziger Arbeitsnachw.-Konf., S. 25.

² Ebenda, S. 64.

sultat nur ein dürftiges“¹. Und v. Reitzenstein sekundiert dieser Anschauung mit seinem Gutachten: „die durch den Apparat der Innungen gewährte Sicherstellung eines Arbeitsnachweises wird als eine mindestens sehr lückenhafte bezeichnet werden müssen“².

Der begründetste Vorwurf, welcher der Organisation des Innungsnachweises gemacht werden dürfte, besteht darin, dass es, trotz verschiedener Anläufe dazu, in keinem Gewerbe zu einer auch nur annähernd gleichförmigen Regelung des Arbeitsnachweises gekommen ist. So leidet der Innungsnachweis an einer, wie es scheint, unheilbaren Zerfahrenheit. Es ist der Versuch, im ganzen genommen, durchaus erfolglos geblieben, durch Empfehlung von Zentral-Innungsherbergen den Arbeitsnachweis zu vereinheitlichen. Da man sich meist begnügt, die Dienste der Herbergen zur Heimat in Anspruch zu nehmen, ist schon damit der Zusammenhang des Arbeitsnachweises mit der Verwaltung der Innung ein, gelinde gesagt, loser geworden. Noch bedenklicher aber ist es um die Arbeitsvermittlung da bestellt, wo den gewöhnlichen Herbergsvätern von einer Innung der Arbeitsnachweis übertragen ist, oder wo gar der Herbergsvater auf eigene Faust ein Arbeitsnachweisbureau unterhält. Wie es in diesen Herbergsnachweisen zugehen kann, illustriert Dr. Böhmer in der Zeitschrift des königlich-sächsischen statistischen Bureaus folgendermassen: „Als ein schwerer Übelstand wird es mehrfach, namentlich in Arbeiterkreisen, beklagt, dass einzelne Herbergswirte besonders gute Stellen nicht an die Tafel ausschreiben, sondern nur solchen Gästen vermitteln, welche bei ihnen genügend hoch in der Kreide stehen“. Aber selbst da, wo solche Missbräuche nicht bestehen, bleibt doch die Verbindung des Arbeitsnachweises mit einer Herberge auch für solche Elemente unter den Wanderern, die, dem Trunk und Spiel abgeneigt, ernstlich

¹ A. a. O.

² v. Reitzenstein, in den Schriften des Vereins für Armenpflege 1887, S. 35 ff.

auf Arbeit ausgehen, geradezu eine Nötigung zur Einkehr in die Schenkstätte¹.

Dazu kommt, daß der so oft mit der Arbeitsvermittlung betraute Herbergsvater für eine solche Tätigkeit nur selten genügend qualifiziert ist; während anderseits viele Innungsmeister, besonders wenn die Not drängt, sich an die Verpflichtung der ausschließlichen Benutzung des Innungsnachweises für Einstellung neuer Kräfte wenig kehren, auch es mit der zu fordern den vorschriftsmäßigen Legitimation der Gesellen so genau nicht nehmen. Aus allen diesen Umständen mag zur Genüge erhellen, daß in der Tat der Arbeitsnachweis der Innungen lückenhaft und mangelhaft genug organisiert ist und dementsprechend auch nur unvollkommen funktioniert.

Nur da, wo Berufsgenossen in der Person von Meldemeistern oder auch Altgesellen mit der Arbeitsvermittlung beauftragt sind, lassen sich infolge einer sachverständigen und mit den örtlichen Verhältnissen in der Regel wohlvertrauten Geschäftsführung günstigere Ergebnisse verzeichnen.

Doch kann man wohl, ohne fürchten zu müssen, den von Innungen errichteten Organisationen Unrecht zu tun, behaupten, daß sich dieselben als für die Arbeitsvermittlung besonders geeignet nicht erweisen. Es läfst sich dementsprechend denn auch in Innungskreisen eine Bewegung erkennen, die auf den Verzicht selbständiger Innungsnachweise und auf Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise unter Anschluß an die kommunalen Anstalten abzielt.

B. Der landwirtschaftliche Unternehmer-Nachweis.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Das Problem.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte vollzieht sich vielfach, im Süden und Westen Deutschlands fast

¹ A. a. O. 1894, S. 167.

durchaus, auf dem Wege der Umschau und des sich Unter-der-Hand-Verdingens. Teilweise, besonders in Bayern, kommt auch der kommunale Arbeitsnachweis sehr in Betracht. Im Osten und Norden des Reiches ist der dort vorherrschende Grossgrundbesitz unter dem Druck der Verhältnisse dahin gelangt, die Organisation des Arbeitsnachweises von sich aus in die Wege zu leiten. Immerhin haben diese ländlichen Arbeitgeber-Nachweise mit den industriellen Unternehmer-Nachweisen so wenig gemein, dass eine gesonderte Betrachtung derselben am Platze sein dürfte. Während die Organisation des Arbeitgeber-Nachweises in Industrie und Gewerbe vor allem darauf hin zugeschnitten ist, dem Unternehmertum im Kampf mit der Arbeiterschaft die Übermacht zu sichern, liegen die Schwierigkeiten, denen der landwirtschaftliche Arbeitsnachweis gerecht werden soll, auf ganz anderem Gebiet. Hier soll die Organisation des Arbeitsnachweises Remedur schaffen gegen die Arbeiternot, die sich zu einer wahren Kalamität ausgewachsen zu haben scheint.

Der erwähnte grosse und allgemeine Mangel an Arbeitskräften, dessen Ursachen hier füglich nicht untersucht zu werden brauchen, macht sich für den Grossgrundbesitzer nach zweifacher Richtung hin geltend. Einmal fällt es diesem stets schwerer, das für den ständigen Dienst in Haus, Stallung und Scheune erforderliche Gesinde zu gewinnen. Vor allem kehren die Klagen immer wieder, „dass Mägde fast nicht mehr zu haben seien“. Aber auch da, wo die nötigen Kräfte vorhanden seien, stehe der landwirtschaftliche Arbeitgeber „den unberechtigten Forderungen“ und „der zunehmenden Unbotmäßigkeit“ der Leute fast machtlos gegenüber. Diese wissen eben, wie sehr der Arbeitgeber auf sie angewiesen ist und dass „die Entlassung der Arbeiter nicht mehr eine Bestrafung derselben, sondern lediglich eine eigene Schädigung des Arbeitgebers bedeutet“. Auch liegt in der Gewissheit, jederzeit eine neue Stelle zu finden, für die Lente ein steter Antrieb, trotz kontraktlicher Verpflichtungen, um der nichtigsten Ursachen willen „fortzulaufen“. Dabei werden

die so wie so schon unzuverlässigen Arbeiterelemente noch von gewerbsmäfsigen Stellenvermittlern systematisch zum Kontraktbruch verleitet. Liegt es doch im Interesse dieser Vermittler, von Arbeitgebern wie Arbeitern möglichst oft in Anspruch genommen zu werden.

Neben dem zu ständiger Dienstleistung angeworbenen Personal ist der Grofsgrundbesitzer für die in bestimmten sommerlichen Zeitperioden sich häufenden Feldarbeiten auf sog. Saisonarbeiter angewiesen. Gerade die hier in Betracht kominenden Leute wandern aber, jedes Jahr mehr, massenhaft aus dem Osten nach dem Westen, und sind infolgedessen ganze Provinzen von ihrer arbeitskräftigen Bevölkerung entblöfst. „Dem Landwirt bleiben nur noch die ganz jugendlichen Arbeiter und dann solche, welche schwächlich oder verkrüppelt sind; doch auch diese halten sich nicht für eine längere Zeit“¹.

Wie verhängnisvoll die Missstände in dieser Hinsicht für die Landwirtschaft sein müssen, mag aus folgender Stelle aus dem Jahresbericht pro 1899 der Landwirtschaftskammer Stettin ersehen werden: „Der Landwirt kann eher einmal eine Missernte oder wenig günstige Preise wirtschaftlich aushalten als den ständigen, immer mehr zunehmenden Arbeitermangel, der mit der Zeit eine sorgfältige Bestellung der Felder sowie ein rechtzeitiges Bergen der Ernte unmöglich macht, wie dies in Klagen aus Vorpommern bei den beiden letzten Ernten schon vielfach gemeldet wird“².

Die Arbeitskräfte, die der Grofsgrundbesitz im eigenen Land nicht mehr finden kann, muß er versuchen von auswärts zu beschaffen, d. h. im vorliegenden Fall, er muß fremdländische Saisonarbeiter einstellen. Dabei ist er erneut auf die Mitwirkung gewerbsmäfsiger Stellenvermittler verwiesen. Aber auch hier, noch mehr als bei der Vermittlung des häuslichen Gesindes, leiden Arbeitgeber wie -nehmer unter der unerträglichen Ausbeutung durch die Agenten.

¹ Jahresbericht der Landwirtschaftskammer, Posen, 1897, S. 8.

² A. a. O., S. 23, 24.

In dem Jahresbericht 1898 der Landwirtschaftskammer zu Breslau wird auf Grund eines tatsächlichen Vorkommnisses ausgerechnet, daß der betr. Agent an jedem vermittelten fremden Feldarbeiter 100 Mark verdient habe, so daß in einzelnen Fällen der Jahresgewinn solcher Vermittler an die Hunderttausende heranreiche¹. So wird die Arbeiternot, an der die landwirtschaftlichen Arbeitgeber schon schwer zu tragen haben, noch komplizierter durch das Auftreten einer „Agentennot“.

Gegen beide Übel sich zu wehren, hat der Großgrundbesitz in letzter Zeit zur Selbsthilfe gegriffen. Was der 1898er Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen schreibt, trifft auf alle unter ähnlichen Verhältnissen stehende Gebietsteile zu: „Zu der Erkenntnis ist nachgerade ein jeder gelangt, daß die Herbeiführung gesunder Verhältnisse auf dem Gebiet des ländlichen Vermittlungswesens die Vorbedingung ist für die Gesundung der Landarbeiterverhältnisse überhaupt, und auch darüber gab es in der Provinz nur eine Stimme, daß die Leuteverhältnisse immer unerträglicher geworden sind und eine Abhilfe dringend erforderlich ist, wenn nicht eine dauernde schwere Schädigung der Landwirtschaft, die zum Ruin vieler Existenzen führen muß, eintreten soll. Die Arbeiterfrage ist auch für die Provinz Posen die brennendste, allerdings auch schwierigste Tagesfrage geworden. Dieselbe einer glücklichen Lösung näherzubringen, war der Zweck der Errichtung eines — Zentral-Arbeitsnachweises“².

Als Hauptforderungen, die an die landwirtschaftliche Arbeitsnachweis-Organisation gestellt werden, sind von Interessentenseite die folgenden bezeichnet: „Die Vermittlung hat darauf Bedacht zu nehmen, daß der Stellensuchende möglichst lange auf der für ihn ermittelten Arbeitsstelle bleibt, also auf die Vermeidung eines häufigen Stellenwechsels, und daß die Erhaltung der ländlichen Arbeits-

¹ A. a. O., S. 12.

² A. a. O., S. 16.

kraft für das Land gefördert, mithin dem Abströmen der Landbevölkerung in gewerbliche Berufe, in die Grossstädte und Industriezentren nicht Vorschub geleistet werde“¹. Daneben wird als gleichwertige Aufgabe dem Arbeitsnachweis die Herbeischaffung der nötigen fremden Feldarbeiter unter möglichster Unschädlichmachung des unlauteren Agententums obliegen.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Nachweises.

In Preussen, das für die Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Nachweises vornehmlich in Betracht kommt, ist der „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse in der Provinz Sachsen“ im Jahre 1891 mit der Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle vorgegangen. Außer der Provinz Sachsen umfasst der Verbandsarbeitsnachweis auch Anhalt, Braunschweig, Hannover und die sächsischen und thüringischen Staaten mit Ausnahme des Großherzogtums Sachsen-Weimar. Mit dem Jahr 1896 erfuhr die Sache des ländlichen Arbeitsnachweises eine bedeutsame Förderung, als der deutsche Landwirtschaftsrat es als seine Aufgabe erkannt hatte, „die Entwicklung des ländlichen Arbeitsnachweises in gesunde Bahnen zu lenken.“ Eine Folge der diesbezüglichen Bemühungen dürften die in dem Jahr 1898 von den Landwirtschaftskammern der östlichen Provinzen, vielfach unter Nachahmung der sächsischen Organisation, ins Leben gerufenen Arbeitsnachweise sein.

So ist für die Provinz Posen der bereits erwähnte Zentral-Arbeitsnachweis errichtet worden; in Pommern ist es ein „Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Beamten und Arbeiter, sowie für ländliches Gesinde.“ Einer Anregung des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien folgend, hat diese ebenfalls im Jahre 1898 die

¹ Nachrichten vom deutschen Landwirtschaftsrat. 1. Aug. 1896.

Gründung eines landwirtschaftlichen Nachweises unter Berücksichtigung auch der Arbeitsvermittlung für entlassene Reservisten beschlossen. Am 2. Januar 1899 endlich hat das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg seinen Geschäftsverkehr eröffnet.

Im Königreich Sachsen besteht als Zentrale für Arbeitsnachweis die landwirtschaftliche Arbeiter- und Dienstboten-Vermittlungsgesellschaft, welche von landwirtschaftlichen Vereinen geschaffen worden ist und in Sachsen dieselben Ziele verfolgt wie die Kammer-Arbeitsnachweise in Preußen.

Die preußischen landwirtschaftlichen Nachweisstellen haben durchweg ihren Sitz in der Hauptstadt der Provinz, für welche die Landwirtschaftskammer errichtet ist. In Breslau wenigstens ist außerdem noch darauf gesehen worden, das Nachweisbüro in unmittelbarer Nähe des Bahnhofgebäudes zu installieren. Als Geschäftsführer sind mit Vorliebe frühere Landwirte angestellt. Der Arbeitsnachweis für Pommern hat die in seinen Dienst genommene Persönlichkeit zwecks technischer Ausbildung für 2 Monate bei dem Arbeitsnachweis der sächsischen Landwirtschaftskammer untergebracht. Auch für die Geschäftsordnung und die Betriebsweise ist der sächsische Arbeitsnachweis vielfach vorbildlich gewesen für den Rest der landwirtschaftlichen Nachweise. Besonders erwähnenswert scheint die nach einer Äußerung eines Vertreters der sächsischen Landwirtschaftskammer beim dortigen Arbeitsnachweis eingeführte und strengstens eingehaltene Praxis, „dass der Vorsteher des Arbeitsnachweises alle eingehenden Aufträge daraufhin prüft, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen derart sind, dass der betr. Auftrag ausgeführt werden kann. Befinden sich die Lohnverhältnisse in einem auffallenden Gegensatz zu den sonst üblichen, so wird der Arbeitgeber darauf aufmerksam gemacht mit dem Bedeuten, dass der Auftrag erst dann ausgeführt wird, wenn die Arbeitsbedingungen günstiger gestaltet werden. Dies auf der einen Seite. Auf der anderen Seite kommt es vor, dass Arbeitnehmer sich melden und ungewöhnliche Lohnforderungen stellen; solche Ansprüche

werden von dem sachkundigen Leiter sofort unter Belehrung überzeugend zurückgewiesen. So entspringen aus dem Umstand, daß sachkundige und fachmännische Vorsteher den Arbeitsnachweis leiten, Vorteile mannigfacher Art“¹.

In Pommern wird zu möglichster Fruchtbarmachung des Betriebes von den Arbeitgebern, die sich des Arbeitsnachweises bedienen, verlangt, daß sie denselben in jedem Bedarfsfall in Anspruch nehmen, was einer obligatorischen Benützung gleichkommt. Ferner wird auf rechtzeitige Aufgabe der Bestellungen gedrungen, sowie auf möglichst prompte Erledigung der Korrespondenz durch den Auftraggeber. Endlich wird zur Ermöglichung einer erfolgreichsten Vermittlungstätigkeit die sofortige Abmeldung eines Auftrags als unerlässlich bezeichnet, sobald derselbe irgendwie anderweitig zur Erledigung gekommen ist.

Um das in den meisten Provinzen, besonders in Arbeitnehmerkreisen noch unbekannte Arbeitsnachweis-Unternehmen in weitestgehender Weise zu empfehlen, wird in Presse und Vorträgen auf die Ausbeutung der Interessenten durch die Agenten und auf die Vorteile des Kammerarbeitsnachweises hingewiesen. Durch Reklameplakate an den Bahnhöfen sucht man in Pommern das reisende Arbeiterpublikum dem Arbeitsnachweis zuzuführen. Auch von der Gebührenfreiheit in der Vermittlung, soweit es Stelle suchende angeht, hofft man, daß sie zu Gunsten der Kammer nachweise wirken wird. Für die Arbeitgeber ist die Kostenfrage dahin geregelt, daß die Vermittlung einheimischen Personals auf Grund bestimmter Tarife vor sich geht; für die Beschaffung fremdländischer Saisonarbeiter dagegen richten sich die Gebühren nach den Spesen, die den auswärtigen Agenten gezahlt werden müssen.

Da der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen den später errichteten Kammernachweisen als Muster gedient hat, wird es gut sein, der ferneren Dar-

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise I, 37, 39.

stellung der Organisation des ländlichen Arbeitsnachweises eben jene sächsische Form zu Grunde zu legen.

Der Kammerarbeitsnachweis in Sachsen ist, dem Objekt entsprechend, auf das seine Tätigkeit sich erstreckt, in zwei gesonderte Abteilungen organisiert. Der „Zentralstelle“ ist die Vermittlung einheimischen Personals, dem sog. „Verbandsbureau“ die Besorgung fremdländischer Saisonarbeiter übertragen. Es wird dieser Einteilung entsprechend die weitere Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises von den zwei genannten Gesichtspunkten aus zu betrachten sein.

a) Die Organisation des Arbeitsnachweises für einheimisches Personal, vor allem für Gesinde.

Am Sitz der einzelnen Landwirtschaftskammern — für die Provinz Sachsen in Halle a. S. — ist auch deren Zentrale für den Arbeitsnachweis untergebracht. Nach Aussage des bereits genannten Vertreters der sächsischen Landwirtschaftskammer hat die dortige Zentrale „die Aufgabe, im weiteren Maßstabe Angebot und Nachfrage mit einander in Einklang zu bringen und sich fortlaufend einen Überblick zu bewahren über die Arbeiterverhältnisse innerhalb ihres Bezirkes.“ Vor allem aber hat sie dem örtlichen Bedürfnis an Gesinde und einheimischen Arbeitern zu genügen. Da dieser Auftrag bei dem mangelnden Angebot von Arbeitskräften für sie oft unausführbar bleibt, sieht sich die Arbeitsnachweiszentrale schon hier auf die Zuhilfenahme gewerbsmäßiger Stellenvermittler angewiesen. Zwar betont der sächsische Nachweis, dass von ihm die Anlehnung an gewerbsmäßige Vermittler abgeschafft worden sei, da solche erfahrungsgemäß nur die Firma des Kammer-Arbeitsnachweises benützen, um für sich Geschäfte zu machen, der Arbeitsnachweis aber geradezu darauf hinziele, dem Agententum immer mehr Feld abzugraben. In anderen Kammerbezirken ist es freilich bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit den sächsischen Bestrebungen wider die

Gesindevermieter noch nicht gelungen, sich von diesen unabhängig zu machen.

Da die erwähnten Zentralen im grossen und ganzen nur für die örtliche Vermittlung in Betracht kommen, so hat sich, trotz mannigfacher entgegenstehender Bedenken, die Errichtung eines Netzes von Nebenstellen, Filialen, die wiederum innerhalb ihres Ortsbereiches den Stellenaustausch besorgen, nicht umgehen lassen.

Sachsen ist auch hier den andern Kammer-Nachweisen vorangegangen, indem es 8 Filialen schuf, die alle selbständig Aufträge entgegennehmen und erledigen. Brandenburg hat deren gar 21, denen neben der lokalen Vermittlung noch die Aufgabe obliegt, den Abzug der landwirtschaftlichen Bevölkerung nach den grossen Städten und Industriezentren nach Möglichkeit zu verhindern. Von Breslau aus ist über die 3 Regierungsbezirke Schlesiens „ein Netz“ solcher Nebenstellen verbreitet. Und die Provinz Posen meldet, dass „in allen geeigneten Orten entsprechende Nebenstellen zu finden sind.“

Dem Einwurf, dass solche Nebenstellen die Heranziehung von Arbeitern aus Gegenden, welche noch verhältnismässig bessere Arbeiterverhältnisse haben, also die weitere Heranziehung der Arbeitermassen vom Osten nach dem Westen begünstigten, wird in Schlesien damit zu begegnen gesucht, dass die Tätigkeit dieser Stellen nach Möglichkeit auf den betr. Kreis beschränkt bleibt. Mit solcher Dezentralisation in der Organisation des Arbeitsnachweises hofft man der Forderung auf Kostenersparnis und zugleich der Bequemlichkeit der Arbeitgeber und -nehmer zu genügen.

Zwischen den Nebenstellen und der Zentrale wird die nötige Verbindung auf die Weise erhalten, dass — wie in Sachsen — „die Filialen allmonatlich, unter Umständen auch in kürzeren Zwischenräumen, auf bestimmten Formularen an die Hauptstelle darüber berichten, was erledigt ist und welche Stellen offen sind, worauf dann event. die Zentrale eingreift und einen Ausgleich innerhalb der Provinz nach Möglichkeit bewirkt.“

Eine für die Leistungsfähigkeit der Nebenstellen wichtige Frage ist die der Gewinnung geeigneter Verwalter. Dieselben rekrutieren sich in der Regel aus den Kreisen früherer Landwirte oder auch solcher Kaufleute, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen und auf Empfehlung landwirtschaftlicher Vereine angestellt werden. Da die Vorsteher der Filialen als Entschädigung für ihre Mühwaltung auf die verhältnismässig geringen Provisionen angewiesen sind, ist die Auswahl für die zu vergebenden Posten nirgends eine grosse.

Neben der örtlichen Vermittlung und einem event. Ausgleich zwischen den zum Bezirk gehörenden Stellen liegt der Zentrale die, nach Angabe der Breslauer Berichte, namentlich für mittlere und kleinere Landwirte hochbedeutsame Heranziehung von solchen auswärtigen Kräften ob, welche sich zu dauerndem Gesinde- und freiem Arbeitsdienst am Orte sesshaft machen würden.

Die verschiedensten Versuche sind nach dieser Richtung unternommen worden. So hat man, in Schlesien besonders, Fühlung mit den Armeekommandos gesucht, um die zur Entlassung kommenden Reserven dem landwirtschaftlichen Stellenangebot zugänglich zu machen. Auf Antrag des Schlesischen Kammer-Nachweises haben sich die Truppenteile mit der Breslauer Arbeitsnachweisanstalt unmittelbar in Verbindung gesetzt und zwar dergestalt, dass sie ihrerseits durch Nachfrage und unter Hinweis auf den Kammer-nachweis die Leute zu ermitteln suchen, welche geneigt sind, nach ihrer Entlassung in ländliche Dienste zu treten.

Andere Kammernachweise, so der für die Provinz Posen, haben sich in Verhandlungen mit den Vereinen zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Korrigenden eingelassen behufs Unterbringung brauchbarer Schützlinge in landwirtschaftlichen Betrieben.

Vor allem erwähnenswert aber sind die Bestrebungen, die Arbeitslosen aus grossen Städten und den Industriezentren des Westens wieder nach dem Osten und zur landwirtschaftlichen Tätigkeit zurückzuführen.

Brandenburg hat dabei, seiner geographischen Lage entsprechend, sein Augenmerk besonders auf die überschüssigen Arbeitskräfte Berlins und seiner Vororte gerichtet. Durch fortlaufende diesbezügliche Inserate im vielgelesenen „Berliner Lokal-Anzeiger“, sowie durch Hand-in-Hand gehen mit dem Verein „Arbeitsstätte für arbeitslose Familienväter zu Berlin“, sucht der Brandenburger Kammer nachweis Familien und Ledige für die Arbeit auf dem Land zu gewinnen.

Von der Landwirtschaftskammer in Königsberg besonders ist dann der Anstoß ausgegangen zu den Versuchen, aus den Gruben- und Industriedistrikten des Westens die früher dorthin ausgewanderten Arbeiterfamilien wieder nach der alten östlichen Heimat zu bringen. Auch Brandenburg und Pommern haben das gleiche unternommen. Pommern hat sich dazu mit dem Magistrat in Essen in Verbindung gesetzt. Trotz zunächst wenig ermutigender Resultate soll mit den Bemühungen in dieser Richtung fortgefahrene werden.

b) Die Organisation der Beschaffung von fremdländischen Saisonarbeitern.

Für die Beschaffung fremdländischer Saisonarbeiter ist von manchen Kammer-Arbeitsnachweisen eine eigene Abteilung — für Sachsen ist es das sog. Verkehrsbureau in Halle a. S. — eingerichtet. Die Organisation hat hier einer doppelten Aufgabe gerecht zu werden. Zunächst ist die Anwerbung und der Transport der Leute zu bewerkstelligen; sodann muß Fürsorge getroffen werden, daß die einmal an Ort und Stelle in Arbeit Gebrachten auch in derselben bis zum Ablauf der kontraktmäßig festgesetzten Dienstzeit verharren.

Zur Anwerbung ausländischer Arbeiter aus Galizien, Mähren, Ungarn, Russland hat sich ein Zusammenwirken mit gewerbsmäßigen Agenten als unumgänglich herausgestellt. Das Brandenburger Arbeitsamt hat wohl den Versuch gewagt, durch Aussendung von eigenen Beamten in die betr. Gegenden das erforderliche Arbeitermaterial zu be-

sorgen; aber das Unternehmen hat völlig fehlgeschlagen. Auch ein Zusammenarbeiten mit einheimischen Vermittlern, wie solches anfänglich in Breslau in Brauch war, hat sich als untunlich ergeben. So ist man bei allen Kammer-nachweisen dahin gekommen, sich der Mitwirkung solcher Agenten zu versichern, die in den auswärtigen Landesteilen wohnhaft sind und über deren Vertrauenswürdigkeit man sich zuvor möglichst genaue Nachricht verschafft hat. Durch Festsetzung hoher Konventionalstrafen — bis zu 200 Mk. — will man sich zudem in Sachsen gegen event. Unzuverlässigkeit dieser Vermittler schützen; während man in Schlesien wegen der geringen Betriebsmittel dieser Leute von ähnlichen Abmachungen abgesehen hat.

Sind durch Vermittlung der Agenten die erforderlichen Arbeitskräfte gewonnen, so bietet der sichere Transport derselben nach dem Bestimmungsort eine neue Schwierigkeit. Denn auf den Bahnhöfen der größeren Städte warten, während der Zugzeit der fremden Arbeiter, einheimische Agenten, auch Inspektoren und Aufseher aus einheimischen landwirtschaftlichen Betrieben, die alle darauf ausgehen, die ankommenden fremden Arbeiter „wegzukapern.“ In Stettin, heißt es, „wimmle“ der Bahnhof geradezu von Leuten mit derartigen unreellen Absichten. Diesem Unwesen hat man in Pommern damit zu steuern gewusst, dass man die Arbeitertrupps, die ohne für das Ganze verantwortliche Vorschnitter reisen, durch Transporteure bei den Agenten abholen lässt. Noch weiter ist man in Brandenburg gegangen. Um die gewerbsmäßigen Vermittler von den für dorthin verpflichteten Arbeitern fern zu halten, hat der Arbeitsnachweis in der Nähe seines Bureaus für eine Herberge gesorgt, in der die Unterbringung und Verpflegung der Neuangekommenen dem Boten des Arbeitsnachweises übertragen ist.

Mit der Übermittlung der bestellten Arbeitskräfte an die landwirtschaftlichen Arbeitgeber ist die Aufgabe der Kammer-nachweise erst teilweise gelöst. Es bleibt noch, auf die Einhaltung des Vertragsverhältnisses durch

die Arbeitnehmer hinzuwirken. Über alle Massen groß scheint nämlich unter diesen bunt zusammengewürfelten fremden Arbeiterscharen die Neigung zum Kontraktbruch zu sein. Daneben lassen es gewerbsmäßige Vermittler, ja sogar auch Arbeitgeber, die unter der Leutenot zu leiden haben, nicht daran fehlen, jene natürliche Neigung zum unerlaubten Stellenwechsel durch lockende Versprechungen zu steigern.

In Voraussicht der Möglichkeit derartiger Schädigung wird von dem schlesischen Kammer-Arbeitsnachweis schon bei der Abfassung der Kontrakte Vorsorge zu treffen gesucht. Es wird ausgemacht, „dafs die Leute die ersten 2 Monate überhaupt keinen Lohn erhalten und auch nach Ablauf von 2 Monaten nur für einen Monat Lohn und immer so weiter. So bleibe die ganze Hälfte des Barlohnes bis zur Schlussrechnung stehen.“ Auch das nahe Verhältnis, in dem sich z. B. die galizischen Arbeiter zu ihren Agenten befinden, hat man der Vorbeugung gegen den Kontraktbruch dienlich zu machen verstanden. Bei drohenden Streitigkeiten wird der Agent als Mittelperson nach dem in Frage kommenden Dominium zur Beruhigung der Leute und Beilegung der Schwierigkeiten berufen. In der Provinz Sachsen wieder hat man die Erwirkung steter Arbeiterverhältnisse damit zu ermöglichen gedacht, dass jedes Verbandsmitglied sich durch schriftliche Erklärung verpflichtet, bei Strafe bis zu 300 Mk., von jeglicher Einstellung eines Arbeiters abzusehen, der bei einem andern Verbandsmitglied ohne ordnungsmäßige Entlassung die Arbeit aufgegeben hat und von diesem zurückverlangt wird.

Bei trotz alledem vorkommenden Fällen von Kontraktbruch steht der Kammernachweis den Geschädigten insofern bei, als er den Arbeitgebern auf ihre Anzeige hin die Mittel und Wege zu einer energischen Verfolgung der Schuldigen zeigt und sie im Verlauf derselben mit Rat und Tat unterstützt. Zu diesem Zweck sind Anzeigeformulare, welche alle zu einer erschöpfenden rechtlichen Beurteilung des Falles erforderlichen Punkte enthalten, ausgearbeitet worden. Es werden sodann den Arbeitgebern fertige Strafanzeigen

zur Unterschrift zugesandt; nach dem Aufenthalt der kontraktbrüchigen Leute wird durch Anfragen bei Polizeibehörden geforscht; an die einzuhaltenden Fristen und Termine werden die Klageführenden erinnert; zwischen den alten und neuen Arbeitgebern des abtrünnigen Arbeitnehmers tritt der Kammerausschuss für Arbeiterfragen, der zugleich der Vorstand des Arbeitsnachweises ist, vermittelnd ein, oder er sucht durch Ermahnung und Hinweis auf die Interessengemeinschaft aller Arbeitgeber die Entlassung der zu Unrecht angenommenen Leute zu erwirken.

In Brandenburg hat man außerdem noch zu dem Mittel seine Zuflucht genommen, die Namen der kontraktbrüchig gewordenen Arbeiter durch die Kreisblätter zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Und in Pommern gar wird diese Brandmarkung auch auf diejenigen Arbeitgeber ausgedehnt, die kontraktbrüchige Leute in Dienst genommen haben und sich weigern, dieselben zu entlassen, bezw. dem ersten Dienstherrn die Kosten zu ersetzen. Um diese Maßregel besonders wirksam zu machen, sollen die solcherweise für Pommern gekennzeichneten Arbeiter und Arbeitgeber auch den Landwirtschaftskammern von Westpreußen, Brandenburg, Posen, sowie dem patriotischen Verein in Mecklenburg namhaft gemacht werden mit der Bitte, ein gleiches Vorgehen in den dortigen Bezirken in die Wege zu leiten.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des landwirtschaftlichen Unternehmer-Nachweises.

Gelegentlich der 1. Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise hat der Vertreter der Landwirtschaftskammer für Sachsen an die Mitteilung von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung von landwirtschaftlichen Arbeitsnachweisen in sämtlichen preußischen Provinzen die Erwartung angeschlossen, es werde dann „um die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitern um vieles besser bestellt sein als gegenwärtig“¹. Eine kritische Betrachtung der

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise I, 41.

Organisation des landwirtschaftlichen Nachweises wird dementsprechend zunächst zu untersuchen haben, inwiefern vorstehend geäußerte Hoffnung durch die Kamernachweise erfüllt wird, einmal, soweit es das Gesinde und die selshaften Arbeiter angeht, sodann, insofern die Saison- und Wanderarbeiter in Betracht kommen.

a) Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises für Gesinde und selshaften Arbeiter.

Den unerträglichen Missständen gegenüber, welche im Gefolge der bisher üblichen Arbeitsvermittlung durch gewerbsmässige Agenten auf Arbeitgeber und -nehmer zu lasten kamen, hat die Organisation des Arbeitsnachweises durch landwirtschaftliche Arbeitgebervereinigungen das Prinzip der Selbsthilfe zur Durchführung bringen wollen. Unter Ausschluss aller Nichtinteressierten sollen die Kamernachweise aus eigenem Vermögen für die Beschaffung des benötigten Gesindes und der selshaften Arbeiter und Arbeiterfamilien aufkommen.

In Wirklichkeit hat sich bis heute die Organisation des Arbeitsnachweises durch die Landwirtschaftskammern dieser Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Einmal schon infolge des überaus großen Mangels an einheimischen Arbeitskräften jeder Art. Es hat z. B. im Jahre 1899 bei dem Brandenburger Arbeitsnachweis einer Nachfrage nach 96 Knechten, 89 Mädchen und 52 Familien ein Angebot von nur 14 Knechten, 3 Familien und gar 0 Mädchen gegenübergestanden.

Angesichts solchen Missverhältnisses hat es für den Arbeitsnachweis zunächst keine andere Möglichkeit gegeben, als den weitaus größten Teil der Arbeitgeberaufträge unerledigt liegen zu lassen. Das von solcher Praxis aber zu erwartende Resultat ist nicht ausgeblieben: auch mit dem Angebot von Arbeitskräften ist es beim Arbeitsnachweis sofort und unaufhaltbar abwärts gegangen. Wollte der Nachweis nicht an Lebensunfähigkeit enden, so musste er, auf welche Weise auch immer, zu einer größeren Ver-

mittlungstätigkeit kommen. Da aber das Material, das allein solche vermehrte Tätigkeit ermöglicht hätte, fortfuhr am Platze zu mangeln, so blieb nichts übrig, als die Herbeischaffung desselben von entfernter liegenden Gegenden mit günstigeren Arbeiterverhältnissen oder von wo überall sonst her selbständig in die Hand zu nehmen.

Brandenburg macht zu dem Zweck den Versuch, einen seiner Beamten als Werber an die russische Grenze zu schicken. „Nach 23 Tagen bringt derselbe nur einige Knechte und Mägde mit, welche nur widerwillig zum Dienstantritt zu bewegen waren“¹. Die den Arbeitsnachweisbeamten naturgemäß mangelnde Kenntnis der Arbeiter- und andern Verhältnisse in fremden Gegenden machen es begreiflich, dass die derartig organisierte Beschaffung „ständiger Arbeitskräfte mit großen Schwierigkeiten und ziemlich hohen Verlusten verbunden war.“

Nicht besser bewährte sich die Organisation der Rückbeförderung vordem aus dem Osten ausgewanderter und später arbeitslos gewordener Familien aus den Industriebezirken des Westens. Pommern muss gestehen, dass „ein greifbares Resultat nicht erzielt worden ist“². Brandenburg kann von keinen ermutigenden Erfolgen sagen. „Zwei Drittel der Herangezogenen sind unbrauchbar, widersetzungslöslich, Trinker. Das andere Drittel anspruchsvoll, anmaßend, nicht auf die Dauer zu gebrauchen.“ Da zu allem dem die Umzugskosten, für die der Arbeitsnachweis, bezw. dessen Auftraggeber aufkommen müssen, unverhältnismäßig grosse sind, ist auch dieser Versuch der Arbeiterbeschaffung als gescheitert zu betrachten. Brandenburg „nimmt in Zukunft von der Vermittlung solcher Familien Abstand“, während Pommern „nichts destoweniger fortfahren will . . . den arbeitswilligen Rückwandernden die Hand zu bieten, aber dabei die nötige Vorsicht nicht außer acht zu lassen.“

Nun gibt es noch eine reiche Quelle, aus der die fehlenden Arbeitskräfte möglicherweise durch Vermittlung des

¹ Berichte der Landwirtschaftskammer Brandenburg, 1899, S. 4.

² Berichte der Landwirtschaftskammer Pommern, 1901, S. 87.

Arbeitsnachweises an die leeren Stellen hätten geleitet werden können. In den grossen Städten liegt erfahrungsgemäfs zu allen Zeiten, besonders aber während wirtschaftlicher Krisen ein grosses Arbeitermaterial brach. Bis zu dem Gedanken, dasselbe für die Landwirtschaft zu verwerten, ist kein weiter Schritt. Aber auch hier ist es nur zu Enttäuschungen gekommen. Nach Angabe des Brandenburger Arbeitsamtes melden sich, vom Hunger getrieben, nur „arbeitsscheue Subjekte, Gelegenheitsarbeiter, auch einige Fabrikarbeiter und Handwerker“, die, „wenn sie sich auf dem Land ordentlich satt gegessen haben, recht bald wieder in die Stadt zurückkehren.“ Von 291 arbeitsfähigen Leuten, die vom Brandenburger Arbeitsnachweis im Jahre 1901 in landwirtschaftliche Arbeit gebracht worden sind, waren am Ende des Jahres nur noch 40 % auf der ersten Arbeitsstelle; „aber auch von diesen 40 % wird nur ein kleiner Rest vorläufig auf dem Lande bleiben, bis es in der Industrie wieder besser geht.“

Das Brandenburger Arbeitsamt fasst die aus seinen Erfahrungen entnommene Lehre in die Worte zusammen: „Einmal in der Grossstadt gewesene Leute sind für das Land unbrauchbar.“ Trotzdem — wohl weil ein besserer Ausweg unauffindbar ist — soll „mit der Herausziehung von Arbeitskräften aus den Städten fortgefahren werden.“ Es bleibt eine Frage, welche die Zukunft erst beantworten wird, ob die vom Brandenburger Arbeitsamt ausgesprochene Erwartung sich bestätigen wird: „die Leute werden sich ja nach und nach wieder an die landwirtschaftlichen Verhältnisse gewöhnen und zu der Erkenntnis kommen, dass nicht Unbotmässigkeit, sondern Fleiss und Gehorsam die Vorbedingungen eines guten Verhältnisses zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und -nehmern sind. Ist diese Erkenntnis, die jetzt meistens noch fehlt, erst vorhanden, dann wird es nicht mehr schwer fallen, solche Leute dauernd an das Land zu fesseln“¹.

¹ Brandenburger Jahresbericht 1901, S. 5.

Je mehr sich die Schwierigkeiten für die Kammer-nachweise häuften, den erforderlichen Bedarf an Arbeits-kräften aufzubringen, um so mehr musste es mit jedem Mittel zu deren Bewältigung probiert werden. In den Reservisten-Entlassungen jeden Jahres hätte sich ein solches bieten können. Jeden Herbst wird infolge der Beendigung ihrer Militärzeit eine sehr bedeutende Zahl brauchbarer Arbeitskräfte frei. Da dieselben ihrer Mehrheit nach aus ländlichen Kreisen stammen, hätte man rechnen sollen, es werde hier der Landwirtschaft ein erwünschter Ersatz erwachsen. Die Kammernachweise haben auch in ihrer Organisation dieser Möglichkeit vielfach Rechnung getragen. Der Erfolg blieb gleich Null. Es zeigte sich, dass das Soldatenleben auch bei den Reservisten aus ländlichen Gegenden die Abneigung gegen eine Rückkehr in die früheren Verhältnisse fast unüberwindlich und damit eine Hoffnung des landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises auf einen Ausweg für die ländliche Leutенot mehr zu Schanden gemacht hat. Von der verschwindenden Zahl von im ganzen 60 Reservisten, die sich 1898 im schlesischen Landwirtschaftskammerbezirk beim Arbeitsnachweis gemeldet hatten, hat nicht einer eingestellt werden können. Brandenburg vermerkt für 1900 zwei Meldungen und 0 Vermittlungen. Mit einem gewissen Galgenhumor kündet der Bericht für 1901, „dass bei der Reservistenvermittlung in diesem Jahr schon von Erfolg gesprochen werden könne; denn es wurde eine Person vermittelt.“

Als Endergebnis der bisherigen Erörterungen wird festgestellt werden müssen, dass der Versuch der Selbsthilfe, soweit die Besorgung von Gesinde, seßhaften Arbeitern und Arbeiterfamilien durch den organisierten ländlichen Arbeitgebernachweis in Betracht kommt, als gescheitert zu bezeichnen ist.

Es ist den Landwirtschaftskammern als Trägern der Arbeitervermittlung am Ende nichts übrig geblieben, als ihren Nachweis unter Zuhilfenahme des gewerbsmäfsigen Agententums zu organisieren. Die anfangs

geplante grundsätzliche Kaltstellung desselben muss sich auf eine Auswahl und beständige Überwachung der empfehlenswerteren Elemente beschränken. Immerhin hat sich, wie es scheint, eine günstige Beeinflussung der gesamten gewerbsmässigen Vermittler erreichen lassen. Wenigstens betont der Brandenburger Jahresbericht pro 1901, dass seit dem dreijährigen Bestehen des Kammernachweises „schon vieles besser geworden sei auf diesem Gebiet.“ „Vor allem ist das jetzt schon sehr bescheiden gewordene Verhalten der Agenten, welches in wohltuendem Gegensatz zu den maflosen Forderungen derselben vor einigen Jahren steht, auf die Tätigkeit des Arbeitsnachweises der Landwirtschaftskammer zurückzuführen; ebenso die Reduzierung der Beschaffungskosten für ausländische Arbeiter von durchschnittlich 25 auf 5 Mk. pro Kopf.“

Die Hauptsache freilich für die an Arbeiternot leidenden Arbeitgeber musste der Umstand sein, dass mit der Verbindung der Arbeitsnachweise mit dem Agententum sofort auch deren Leistungsfähigkeit um ein bedeutendes stieg. Und das nicht nur in dem Sinn, dass die Anwerbung von Arbeitswilligen aus ferner gelegenen Gebieten glatter vor sich ging, sondern auch der Besuch der Arbeitsnachweisanstalt von seiten des einheimischen Arbeiterpersonals nahm in bemerkenswerter Weise zu. Die nachfolgenden Zahlen reden in dieser Hinsicht die deutlichste Sprache. Während der Brandenburger Kammernachweis, auf sich allein angewiesen, wie schon erwähnt, im Jahr 1899 ganze 17 Vermittlungen einheimischer Leute und auch von auswärts die Anwerbung weniger und schlechter Arbeitskräfte nur zu verzeichnen hatte, stieg noch im selben Jahr, infolge der Mitwirkung der Agenten, die Zahl der Vermittlungen auf 393 bei 934 Stellenangeboten, um zwei Jahre später die Höhe von 1187 zu erreichen bei 1880 Arbeitergesuchten. Unter den 393 Einstellungen von 1899 finden sich bereits 167 von einheimischen Leuten; 1901 sind es deren gar 669.

Mit noch glänzenderen Zahlen kann der sächsische Kammernachweis dienen. Für 1900 meldet derselbe 8000

Vermittlungen, wobei nur nicht gesagt ist, ob die 8000 Ein-
gestellten ausschliesslich ständiges Personal ausmachen, oder
nicht auch die Saisonarbeiter — was wahrscheinlicher —
dazu zu zählen sind.

Leider haben diese verhältnismässig günstigen Resultate
gleich auch wieder eine weniger gute Kehrseite. Was die
Gewinnung sesshafter Arbeiter aus fernerliegenden Gegen-
den angeht, so ist dieselbe nur so möglich geworden, dass
die westlicheren Provinzen, wie Sachsen und Brandenburg,
auf Kosten der östlicheren, wie Pommern, Posen, Schlesien,
sich an Arbeitskräften bereicherten. Dementsprechend sind
die im Osten erzielten Vermittlungsresultate auch bei weitem
weniger befriedigende. Wenn Brandenburg 80 und 83 % der
Arbeitgebergesuche erledigen kann, bringt es Schlesien 1898
nur auf 50 %, während Posen für 1902 ohne nähere Zahlen-
angaben nur die alte Klage wiederholt, dass die Beschaffung
ständigen Dienstpersonals, bezw. die Gewinnung von Mägden
und Familien zu wünschen übrig lasse. Der Kampf um die
Erlangung von Arbeitskräften hat eben unter den ver-
schiedenen Kamernachweisen eine skrupellose Konkurrenz
gezeitigt, die wenig nach der vom Landwirtschaftsrat emp-
fohlenen gegenseitigen Verbindung zu fragen scheint. Ja
selbst innerhalb ein und derselben Provinz wirkt der organi-
sierte Arbeitsnachweis oft entvölkernd auf bestimmte Ge-
bietsteile zu Gunsten der wirtschaftlich besser gestellten.
Der Jahresbericht des schlesischen Kamernachweises für
1898 gesteht unumwunden: „es wird noch Schwierigkeiten
bereiten, unsren Nachweis von dem Vorwurf zu reinigen,
er wäre selbst ein Werkzeug, eine allmähliche Verschiebung
unserer Arbeiter von Ober- und Mittelschlesien nach Nieder-
schlesien, also nach dem Westen herbeizuführen“¹.

Es liegt auf der Hand, dass sich ein derart wirkender
Mangel an einheitlicher Organisation einer wirklichen Ge-
sundung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse nur
hemmend in die Wege stellen wird.

¹ A. a. O. 1898, S. 21.

Das Tätigkeitsbild, das die Zentralen jeweils am Sitze der Landwirtschaftskammern geben, findet sich, nur in kleinerem Maßstab, bei den in den Provinzen zerstreuten Nebenstellen reproduziert. Diese leiden an denselben Missständen und bekämpfen sie mit denselben Mitteln wie die Hauptstellen. Brandenburg bezeichnet die Leistungen seiner Filialen im Jahre 1900 als recht erfreuliche; auch 1901 ist von „gutem Erfolge“ die Rede. Posen erwartet erst günstige Resultate, wenn das Netz von Nebenstellen einmal ausgebaut sein wird¹. Von einem merkbaren Erfolg aber in der Zurückhaltung der einheimischen Arbeiter lässt sich auch im Jahr 1901 noch nichts feststellen. Natürlich. Was der größere Arbeitsnachweis nicht kann, wird auch der schwächere nicht können: der überlegenen Konkurrenz der besser bezahlenden westlichen Arbeitgeber Trotz bieten. Ja, Schlesien trägt sogar gegen die Errichtung von Filialen aus dem Grund Bedenken, dass durch sie nur „der Zug nach den höher gelohnten Gebieten des Westens gefördert werden könnte“².

b) Kritik der Organisation des Arbeitsnachweises für fremde Saison- und Wanderarbeiter.

Mehr noch als für die Anwerbung von Gesinde und sesshaften Leuten hat sich für die Beschaffung fremder Saisonarbeiter die Verbindung des Kammernachweises mit Agenten und zwar solchen aus den in Anspruch genommenen Gegenden als unerlässlich erwiesen. Infolge einer derart gemeinsam organisierten Tätigkeit zeigen sich die Arbeitsnachweise den an sie gestellten Anforderungen durchaus gewachsen. Die Landwirte bedienen sich „gern des Nachweises, schon weil sie durch denselben der Mühe enthoben werden, sich selber um die Heranziehung der fremden Leute kümmern zu müssen.“ Dann aber auch, weil sie hoffen, „in Anwendung des genossenschaftlichen Prinzips durch eine

¹ Posener Jahresbericht 1898, S. 15.

² Breslauer Jahresbericht 1898, S. 22.

Sammlung der Stellenangebote in einer Hand die Interessen der Arbeitgeber gegenüber den Agenten besser vertreten zu sehen, als im Wege der Einzelbesorgung“¹.

Tatsächlich ist es z. B. dem schlesischen Arbeitsnachweis auch gelungen, infolge seines Zusammenarbeitens mit den empfehlenswerteren Elementen unter den gewerbsmäfsigen Vermittlern, „gewissen, bislang mit Erfolg durchgeföhrten Ausbeutungsversuchen namentlich galizischer Agenten hindernd in den Weg zu treten“².

Was dann die Beschaffung der benötigten Leute betrifft, so wissen die Berichte sämtlicher Kammernachweise nur von günstigen Resultaten zu melden. Pommern hat 1899 96 % der Aufträge, 1900 gar 100 % befriedigen können. Posen zeigt für 1900 an, dass fast allen Anforderungen hat genügt werden können; 1901 sind sämtliche 5000 bestellte Arbeiter aufgebracht worden. Für Brandenburg sind 1901 von 2964 Aufträgen 2821 prompt zur Erledigung gekommen. Ja, es hätte der dortige Arbeitsnachweis noch mehr Leute, als bestellt worden, beschaffen können, da „das Angebot der russisch-polnischen Wanderarbeiter zu Beginn der Saison so grofs war, dass nicht alle über die Grenze gekommenen Leute Arbeit fanden“³.

Nicht so durchaus befriedigend sind die Versuche ausgefallen, die einmal angeworbenen Leute in voller Zahl an Ort und Stelle zu bringen, und sie bis zum Ende der kontraktlich festgesetzten Dienstzeit festzuhalten.

Gut bewährt hat sich die von dem Brandenburger Arbeitsnachweis eingeföhrte Unterbringung der auf dem Transport befindlichen Arbeiter in einer vom Nachweis eingerichteten Herberge. „Die Leute wurden infolgedessen weniger von unlauteren Vermittlern und Schleppern belästigt; auch ist die Verweigerung des Dienstantrittes seltener geworden; dazu hat der Betrieb der Herberge schon im

¹ Breslauer Jahresbericht 1898, S. 19.

² Ebenda.

³ Brandenburger Bericht 1901, S. 6.

ersten Jahr einen kleinen Überschufs abgeworfen“¹. Auch die beim Posener Arbeitsnachweis gepflogene Übung, sich von den Transportunternehmern oder den Aufsehern, bezw. Vorarbeitern der verpflichteten Leute schon beim Vertragschluss eine angemessene Bürgschaft hinterlegen zu lassen, hat sich als praktisch herausgestellt. Es wird damit, scheints, der Unsitten wirksam gesteuert, daß die Arbeiter, „sobald ihnen von anderer Seite, sei es nun tatsächlich oder auch nur scheinbar, vorteilhaftere Anerbieten gemacht worden waren, ihrer eingegangenen Verpflichtung, die Arbeit zu dem bestimmten Termin aufzunehmen, nicht nachkamen“². In Schlesien freilich hat sich die Forderung einer Kautionsstellung nicht durchführen lassen; schon auch deshalb, weil die Bürgschaften, wenn sie den Arbeitsnachweis gegen jeden Schaden gänzlich sichern sollten, eine außerordentliche Höhe erreichen müßten, solche Summen aber von den betr. Personen nicht aufzubringen waren. Als ebenso unausführbar hat sich die andere Massregel erfinden lassen, wonach der Arbeitsnachweis von den Agenten für den Fall der Kontraktbrüchigkeit gelieferter Leute Ersatz beanspruchte. Denn „entweder kann die so eingegangene Verpflichtung von den Agenten nicht gehalten werden, oder sie verdienen bei der Vermittlung der erstgedungenen Leute so viel, daß es ihnen auf die durch den Ersatz entstehenden Kosten nicht ankommt“³. In beiden Fällen bleibt der Arbeitsnachweis, bezw. der Arbeitgeber der Genasführte.

Sämtliche Kammernachweise haben die nötige Sicherung gegen die Unzuverlässigkeit der angeworbenen Leute durch gerichtliche Verfolgung des Kontraktbruchs zu erreichen versucht. Bis zur Stunde sind die diesbezüglichen Bemühungen vergebliche geblieben. Von 176 im Jahre 1900 dem Brandenburger Nachweis bekannt gewordenen Kontraktbrüchen ist nur für 17 eine gerichtliche Bestrafung zu

¹ Brandenburger Bericht 1900, S. 5.

² Posener Jahresbericht 1898, S. 18.

³ Breslauer Jahresbericht 1899, S. 13.

erreichen gewesen. Die Schuld an solcher Erfolglosigkeit wird dem „mangelnden Interesse der Arbeitgeber“ zugeschrieben; aber auch dem wenig energischen Eingreifen der Polizeibehörden.

c) Kritik der Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitgebernachweises als solcher.

Das Merkmal der Einseitigkeit tragen die landwirtschaftlichen wie alle Arbeitgebernachweise damit an sich, dass bei deren Verwaltung jede Mitwirkung von Arbeitnehmerseite ausgeschlossen ist. Die „Soziale Praxis“ macht hierzu die Bemerkung: „Wenn die Ausbeutung durch gewerbsmässige Vermittler nur deshalb bekämpft werden soll, damit der Arbeitsnachweis ausschließlich in die Hände der Landwirtschaftskammern, d. h. der ländlichen Großunternehmer kommt, so wird man gut tun, diesem Vorgehen mit dem größten Misstrauen gegenüberzustehen“¹.

Dies Misstrauen sucht der Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in einer allgemein gültigen Weise damit als unbegründet hinzustellen, dass er ausführt: „In unserer Organisation ist den Arbeitnehmern noch keine Mitwirkung eingeräumt. Trotzdem sind bisher noch keine Missstände bekannt geworden, die darauf zurückzuführen wären, dass die Arbeitnehmer nicht vertreten sind. Auch muss man hier berücksichtigen, dass die Verhältnisse beim ländlichen Gewerbe anders liegen als bei den übrigen Gewerben. Es bestehen nicht diese Gefahren, die sonst wohl befürchtet werden, wenn der Arbeitsnachweis sich lediglich in den Händen von Arbeitgebern befindet. Bei uns kommt in Betracht, dass der Arbeitsnachweis in der Landwirtschaftskammer einen behördlichen Rückhalt hat, der schon im wesentlichen gegen Missdeutungen sichert . . . Die Landwirtschaft hat zu wenig Arbeiter und schon dadurch wird der Grund, den man immer hervorhebt zur Motivierung der Notwendigkeit der Zuziehung von Arbeitnehmern, dass sonst

¹ Soz. Praxis 1896, 1359.

leicht den Arbeitgebern mißliebige Personen unterdrückt und nicht berücksichtigt würden, beim ländlichen Arbeitsnachweis von vornherein durch die Lage der Verhältnisse hinfällig“¹.

Es wird nun allerdings nicht bestritten werden können, dass es möglicherweise den landwirtschaftlichen Arbeitgeber-nachweisen gelingen mag, den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer so gut wie denen der Arbeitgeber zu genügen. Trotzdem spricht gegen solche Einseitigkeit schon das Prinzip, dem zufolge bei der Organisation und Verwaltung einer Anstalt mit dem Zweck der Indiewegeleitung zahlreichster Arbeitsverträge beide Kontrahenten als gleichwertige und gleichberechtigte Parteien zu beteiligen seien. Dieser Grundsatz bekommt auch bei dem in Frage kommenden Fall gleich eine praktische Bedeutung. Wenn man erwägt, dass die Landwirtschaftskammern, also die Trägerinnen des landwirtschaftlichen organisierten Arbeitsnachweises, unter die Zahl ihrer Aufgaben ausdrücklich „die Bekämpfung der Sozialdemokratie“, „die Verhütung eines Vordringens der sozialdemokratischen Irrlehren auf dem Lande“ rechnet, und dass durch die Herbeiziehung und öftere Selbstmachung fremdländischer Arbeiter bevölkerungspolitische Fragen mit ins Spiel kommen, ist leicht einzusehen, wie nahe die Versuchung für einen einseitigen Arbeitsnachweis liegen kann, die Arbeitsvermittlung nach anderen als lediglich sachlichen Gesichtspunkten erfolgen zu lassen. Fast möchte einem bedünken, als gäben solche Erwägungen dem Urteil der Kammernachweise über das bessere Drittel der vom Westen herbeizogenen Leute: sie seien „anmaßend, anspruchsvoll, auf die Dauer nicht zu gebrauchen“², einen eigenartigen Beigeschmack.

Im übrigen dürfte der einzige vom ländlichen Unternehmernachweis gemachte Versuch der Dienstbarmachung des gewerbsmäßigen Agententums zur Erzielung einer zweck-

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. I, 37 ff.

² Vgl. S. 165.

mässigen und billigen Arbeitsvermittlung sowie zur Unschädlichmachung der ausbeuterischen Elemente innerhalb der Gesindevermieter und Arbeitsvermittler der Beachtung wert sein.

III. Abteilung.

Die gemeinschaftlich von Arbeitgebern und -nehmern errichteten und verwalteten Arbeitsnachweise.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Das Problem.

Es hat die Untersuchung der einseitigen Arbeitnehmer wie der Unternehmernachweise ergeben, dass weder die einen noch die anderen den Anforderungen zu genügen vermögen, die an eine zweckentsprechende Organisation des Arbeitsnachweises gestellt werden müssen. Schon deshalb nicht, weil beide, auf dem Prinzip der Vergewaltigung des Widerparts auerbaut, damit bekunden, dass sie ihre Aufgabe mehr in der Unschädlichmachung des wirtschaftlichen Gegners als in der Herbeiführung von Arbeitsverträgen erblicken, die den Interessen beider Teile gleicherweise dienen würden.

Was Oldenberg in seinen „kritischen Betrachtungen über die Arbeitsnachweisfrage“ als hypothetische Missstände an einseitigen Arbeitsnachweis-Organisationen aufzählt, das hat die Erfahrung bereits als den Tatsachen entsprechend erwiesen und würde es, bei endgültiger Überlegenheit der einen oder der anderen beim Arbeitsnachweis in Betracht kommenden Parteien, nur immer mehr erweisen. Je ausschließlicher die Herrschaft des Unternehmertums über die

Arbeitsvermittlung werden sollte, um so mehr würde dieses „nicht nur willkürlich einzelne Arbeiter existenzlos machen, sondern ganze Arbeitergruppen und -parteien in Verruf erklären, mit seinem Arbeitgeberverständ das geistige Leben der Arbeiterschaft beherrschen und die Arbeitsbedingungen diktieren“ wollen. Aber nicht minder bedenkliche Folgen brächte die Allgewalt der Arbeiterschaft über den Arbeitsnachweis mit sich. „Erstens würden die Arbeiter in ihrem eigenen Kreise die schroffste Disziplin ausüben; missliebigen und eigenwilligen Individuen die Beförderung versagen oder sie schikanieren; sie würden zweitens gegenüber den Arbeitgebern eine zensorische Gewalt üben, einzelne Arbeitgeber zurücksetzen, die Entlassung ihnen missliebiger Werkmeister und Arbeitsgenossen fordern, politische Konzessionen ertrotzen; sie würden drittens, solange die Konkurrenz zwischen den Arbeitgebern noch nicht erloschen ist, über die Verteilung des Arbeitsertrags zwischen Arbeitern und Unternehmern dekretieren, über die Dauer der Arbeit und die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses überhaupt bestimmen können. Sie würden ungünstige Arbeitsstellen einfach unbesetzt lassen und im Streikfall den Zuzug fern halten“¹.

Es liegt in der Natur der Sache, dass jeder Teil den vom anderen ausgehenden Druck schmerzlich empfinden und nur solange ertragen wird, als es ihm an der nötigen Macht fehlt, denselben abzuschütteln, um dann seinerseits dem Gegenpart Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Und da die Machtverhältnisse im wirtschaftlichen Leben häufigen und plötzlichen Schwankungen unterworfen zu sein pflegen, ist weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer vor einer Verwertung des Arbeitsnachweises zu seinen Ungunsten gesichert.

Es hat nicht ausbleiben können, dass man bei Unternehmern wie bei Arbeitern auf den Gedanken kam, den Nachteilen, welche aus einer einseitigen Organisation des Arbeitsnachweises für beide Teile erwuchsen, durch gemein-

¹ Oldenberg: Schmollers Jahrbuch XIX, S. 634.

schaftliche Ausübung der Arbeitsvermittlung abzuhelfen. Die Erkenntnis wusste sich in beiden wirtschaftlichen Lagern Bahn zu schaffen, dass zur Ermöglichung wirklich zweckdienlicher, die Interessen beider Kontrahenten wahrender Arbeitsverträge Arbeitgeber wie -nehmer sich als gleichwertige Faktoren ansehen und behandeln müfsten.

Von einer unverkürzten Durchsetzung der Wünsche der einen Partei auf alleinige Kosten der anderen kann in solchem Fall nicht mehr die Rede sein. Vielmehr ist zwischen den zwei Teilen ein Kompromiss anzustreben unter beiderseitiger Verzichtleistung auf allerlei Begehrungen und Negation von allerhand Rechten, um auf dem Wege gemeinsamen Beratens und Beschlusses den Streit und die Reibungen zu vermindern und das beiden Teilen Heilsame im ganzen zu erreichen.

Sichtbar in die Erscheinung getreten ist die von der Leipziger Arbeitgeber-Konferenz als „Wahn“ verhöhte Gleichberechtigung der Arbeitgeber und -nehmer in den, zunächst allerdings noch wenig zahlreichen, paritätisch organisierten Arbeitsnachweisen.

Ziel und Zweck derselben geht, wie einem Rundschreiben des Vorstandes der Töpferinnung zu Berlin, oder auch dem „Kommentar zum Buchdruckertarif“ zu entnehmen ist, über eine unparteiische Arbeitsvermittlung noch hinaus.

Die Berliner Töpfer wollen an ihrem Arbeitsnachweis zugleich eine Zentralstelle haben zur Kontrollierung der Innehaltung der gegenseitigen Vereinbarungen. Insbesondere erwarten sie von dem Arbeitsnachweis eine Förderung „der Erhaltung und des Gedeihens ihres Gewerbes dadurch, dass die Leitung des Arbeitsnachweises auf Erzielung geeigneter Arbeitskräfte, bezw. tadelloser Arbeitsleistungen hinwirke“¹.

Die Buchdrucker „setzen auf die Errichtung der paritätischen Arbeitsnachweise die Hoffnung, dass dieselben sich nicht nur für ihren eigentlichen Zweck brauchbar erweisen werden, sondern dass dadurch die gemeinsamen Beziehungen

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 24. Mai 1903.

zwischen Prinzipalen und Gehilfen auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes noch weiter gefördert, die Ein- und Durchführung des Tarifs mehr beschleunigt und Arbeitsangebot und -nachfrage in wünschenswerter Weise ausgeglichen werden“¹.

Da der von den Buchdruckern errichtete paritätische Arbeitsnachweis, sowohl was die Bedeutung des Gewerbes angeht, für welches er gilt, als auch was die Vollkommenheit in der Organisation anlangt, an erster Stelle steht, so soll es im folgenden bei der Darstellung der Buchdrucker-Organisation als der für alle verwandten vorbildlichen sein Bewenden haben.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des paritätischen Arbeitsnachweises im Buchdruckergewerbe.

Am 1. Januar 1902 ist zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Buchdruckergewerbe für die Dauer von fünf Jahren die Neuerrichtung einer Tarifgemeinschaft vereinbart worden. Dieselbe fasst in sich nicht weniger als 3464 Firmen, 36527 Gehilfen und 10171 Lehrlinge. Sie hat ihre Vertreter an 1043 Orten Deutschlands. Zu den Aufgaben der Tarifgemeinschaft gehört auch die Regelung der Arbeitsvermittlung im Buchdruckergewerbe.

Mit dem 1. Januar 1902 ist diese einer Reorganisation unterzogen worden. Bis dahin waren die 62 dem Zweck der Arbeitsvermittlung dienenden Arbeitsnachweise, mit Ausnahme von zweien, in erster Linie Arbeitsnachweise der beruflichen Prinzipals- oder Gehilfenorganisationen und erst in zweiter Linie Arbeitsnachweise der Tariforganisationen. Hierin ist nun insofern eine Änderung eingetreten, als die bisherigen Arbeitsnachweise aufgelöst und an deren Stelle, zunächst an den Vororten der neun Tarifkreise, in die ganz Deutschland eingeteilt ist, sodann auch an sonstigen größeren

¹ Kommentar zum Tarif d. Buchdrucker, S. 167.

Druckorten, gemeinsam von Prinzipalen und Gehilfen zu verwaltende, also paritätische Arbeitsnachweise errichtet worden sind. Zurzeit gibt es deren 32.

Der Kommentar zum Buchdruckertarif hebt als wesentliche Momente in der Neuorganisation des Arbeitsnachweises die folgenden hervor: 1. die gemeinsame Verwaltung desselben; 2. die Vermittlung von Arbeitskräften, ohne Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zu einer Organisation; und 3. das Tarifamt als Zentralstelle für Arbeitsvermittlung.

Die gemeinsame Verwaltung des Arbeitsnachweises und die Vermittlung von Arbeitskräften ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation ist bestimmt, dem Arbeitsnachweis einen streng unparteiischen Charakter zu geben. Jeglicher Bevorzugung oder Benachteiligung eines Tarifmitgliedes durch die Vermittlungsstelle soll damit ein Riegel vorgeschoben werden, „dass die Aufsicht über die Führung des Nachweises einer gemeinsamen und zu jeder Zeit zulässigen Kontrolle der beiden damit beauftragten Personen, eines Prinzipals und eines Gehilfen, am Sitze des Arbeitsnachweises unterliegt“. Bestimmungsgemäß hat sich die Arbeitsvermittlung auf den Kreis der zur Tarifgemeinschaft gehörenden Interessenten zu beschränken, d. h. auf solche Prinzipale, welche den Tarif beim Tarifamt schriftlich anerkannt haben und auf solche Gehilfen, welche nachweislich aus einer tariftreuen Druckerei kommen. Dabei soll von der Erhebung besonderer Gebühren tunlichst Abstand genommen werden.

Im einzelnen vollzieht sich die Stellenvermittlung in der nachfolgenden Weise. Die auf normalem Wege arbeitslos gewordenen Gehilfen haben sich persönlich und direkt beim Verwalter des Nachweises zu melden. Dieser hat die Eintragung der Gesuche in das Arbeitslosenbuch der Reihenfolge nach zu bewirken und die Vermittlung offener Stellen nach demselben Modus eintreten zu lassen. Eine Aufsetzung der Nummernfolge soll nur hinsichtlich der sog. Spezialisten gestattet sein und wenn der nach der Liste

zunächst Unterzubringende den gestellten Anforderungen nachweislich nicht gerecht werden kann. Die Hinleitung eines Stellenlosen zu einer freien Arbeitsgelegenheit erfolgt unter Benutzung einer sog. Arbeitskarte, auf welcher vom Arbeitsnachweis die Zusendung eines Gehilfen an den in Betracht kommenden Prinzipal vermerkt wird, und die im Einstellungsfall vom Arbeitgeber unterschrieben an den Nachweis zurückzufertigen ist. Hat ein Gehilfe ohne Zutun des Arbeitsnachweises Kondition erhalten, so ist dies sofort beim Verwalter anzumelden, auf dass diesem der richtige Überblick über den Stand des Arbeitsmarktes am Orte und damit die Möglichkeit pünktlicher Befriedigung von Angebot und Nachfrage gewahrt bleibt. Die tariftreuen Firmen haben, soweit sich das Stellenangebot nicht auf telephonischem Wege vollzieht, bei Bedarf an Arbeitskräften eine Bestellkarte zu verwenden, auf welcher sich Raum für genaue Angabe der jeweiligen Wünsche findet.

Der Ausgleich zwischen offenen Stellen und freien Arbeitskräften unter den einzelnen Arbeitsnachweisen fällt dem Tarifamt als der Zentralarbeitsnachweissstelle zu. Allwöchentlich am Samstag sind an diese von sämtlichen Arbeitsnachweisen sog. Kontrollkarten einzusenden. Dieselben haben Aufschluss zu geben über die Zahl der noch vorgemerkt Arbeitslosen, der zur Arbeitsnachweisung vorgemerkt Gemafsregelten, der freien Stellen und der im Laufe der letzten Woche erfolgten Vermittlungen und sollen dem Tarifamt eine gewisse Orientierung über die Lage jedes örtlichen und des Gesamtarbeitsmarkts und damit die schleunigste Befriedigung der noch unerledigten Gesuche ermöglichen. Hierzu setzt sich die Zentrale mit den verschiedenen lokalen Nachweisen ins Benehmen; doch wird bei der Vermittlung einer etwaigen durch Familienverhältnisse bedingten örtlichen Gebundenheit so gut wie dem Recht auf Freizügigkeit auf seiten der Arbeitslosen gebührend Rechnung getragen. Anderseits werden aber auch die Interessen der tariftreuen Firmen besonders in kleineren Orten, die vielfach unter der Antipathie der Gehilfen gegen Pro-

vinzkonditionen zu leiden haben, gewahrt, indem von den Nachweisen gegen unbegründete Verweigerung der Annahme einer auswärtigen Stelle mit „Gegenmafsregeln“ vorgegangen wird.

Die Tarifarbeitsnachweise sollen außer ihrem eigentlichen Zweck, der Arbeitsvermittlung nämlich, eingestandenermaßen noch einer möglichst schleunigen Ein- und Durchführung des Tarifs dienen. In Ansehung dessen ist in der Organisation des Arbeitsnachweises auf solche Gehilfen besondere Rücksicht genommen, die wegen ihres Eintretens für die Tarifsache arbeitslos geworden. Bis Ende 1901 sind derer nicht weniger als 900 gezählt worden. Diesen Gemäfsregelten steht der Anspruch zu, sich zunächst durch die Arbeitsnachweise des betreffenden Tarifkreises außer der Reihe und in erster Linie unterbringen zu lassen. Um aber das Bemühen um eine Neueinstellung für die von Arbeitgebern gesperrten Gehilfen möglichst aussichtsvoll zu machen, ist die Anordnung getroffen, dass diese, unter Vorweis einer als Legitimation dienenden Ausweiskarte, bei sämtlichen Tarifarbeitsnachweisen die ebenerwähnten Vorrechte beanspruchen können. Aber auch an der einfachen Tatsache der Unterbringung gemäfsregelter Gehilfen lässt sich der Arbeitsnachweis noch nicht genügen. Sollte die zugewiesene Beschäftigung nicht länger als vier Wochen dauern, so darf der erneut konditionslos Gewordene an den Platz in der Reihenfolge zurücktreten, den er zuvor inne hatte, und erst nach einer zweiten Einstellung tritt auch für ihn die allgemein gültige Ordnung wieder in Kraft.

Soll die vorstehend gezeichnete Sicherstellung etwaig von Arbeitgeberseite aus angefeindeter Gehilfen der Agitation für den Tarif zugute kommen, so haben andere Anordnungen mehr der Durchführung der Tarifbestimmungen förderlich zu sein. So muss bei tariflichen Differenzen auf gemeinsame Anweisung der beiden Kreisvertreter, bezw. des Tarifamtes die Vermittlung durch den Arbeitsnachweis für die betr. Offizinen eingestellt werden, und zwar bis zum ordnungsmäfsigen Austrag des Streitfalls. Zur Wirksam-

machung der derart verhängten Sperrmaßregel haben die tariftreuen Firmen das Ihre damit beizutragen, daß sie sich jeder Überlassung von Arbeitskräften an die in Verruf erklärte Kollegin und jeder Übernahme von Arbeiten für dieselbe enthalten. Hinwiederum dürfen solche Gehilfen, welche bei Konflikten wegen Ein- oder Durchführung des Tarifs in den im Streit liegenden Druckereien in Arbeit treten, für die Dauer von mindestens einem Jahr in die Listen des Arbeitsnachweises behufs Arbeitsvermittlung nicht mehr aufgenommen werden. Die Personalien der also zu Maßregelnden sind durch Bemühung der Gehilfen-Kreisvertreter und des Tarifamtes sämtlichen Nachweisen mitzuteilen. Auch wird es den tariftreuen Firmen zur Pflicht gemacht, bei Einstellung von Gehilfen, die ohne Zutun des Arbeitsnachweises erfolgen soll, sich jederzeit zuvor der Tariftreue der Betreffenden zu vergewissern.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik der paritätischen Berufsnachweise.

Die von Arbeitgebern und -nehmern gemeinsam errichteten und verwalteten Arbeitsnachweise haben einander widersprechende Beurteilungen erfahren. Oldenberg in seinen „kritischen Betrachtungen über die Arbeitsnachweisfrage“ redet davon, wie es nur selten und seines Wissens „ohne bleibenden Erfolg“ lediglich zu Anläufen einer gemeinsamen Verwaltung des Arbeitsnachweises gekommen sei. Dagegen bezeichnen der Vorsitzende des Arbeitsnachweises und der Obermeister der Töpferinnung zu Dresden, unter Datum vom 14. Juni 1894, dem Rat der Stadt den im dortigen Töpfergewerbe bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis als eine Einrichtung, die allen anderen Gewerben nur zu empfehlen sei. Und die „Soziale Praxis“ läßt sich wenigstens zu dem Zugeständnisse herbei, daß, „wo kommunale Arbeitsämter zur Regelung des Arbeitsmarkts nicht möglich oder doch nicht vorhanden sind, der paritätische Facharbeitsnach-

weis die wünschenswerteste Form der Regelung von Arbeitsangebot und -nachfrage sei¹.

Diesen verschiedenartigen Anschauungen wird man zunächst gut tun, die mit der zu besprechenden Arbeitsnachweis-Organisation erzielten Erfolge oder Nichterfolge gegenüberzustellen. Dabei sind wohl die bei den paritätischen Organisationen direkt Interessierten die beweiskräftigsten Zeugen. So höre man zunächst die bereits erwähnten Vertreter des gemeinschaftlichen Töpfernachweises in Dresden. Sie sagen ihrem Arbeitsnachweis nach, dass er sich nicht nur gut eingeführt, sondern dass er auch sehr segensreich gewirkt habe, besonders da der Arbeitsnachweis-Ausschuss auch beaufsichtigend und streitschlichtend wirke. Der Einrichtung des Arbeitsnachweises dankten sie mit die bisher in ihrem Gewerbe eingetretene Beruhigung². — Von dem paritätischen Buchdrucker-Nachweis röhmt die „Soziale Praxis“: „Vielen Tausenden von Arbeitern wird dadurch ständige und gesicherte Beschäftigung unter verhältnismässig günstigen Bedingungen erhalten, und die grosse Mehrzahl der Prinzipale ist in der Lage, ihren Betrieb ohne Besorgnis vor plötzlichen Störungen zu führen“³. Und nach dem Tarifkommentar der Buchdrucker vom Jahre 1902 gebührt das Verdienst mit auch dem Tarifarbeitsnachweis, dass „die gegenseitigen Forderungen aus dem Arbeitsvertrag auf dem Wege friedlichen Übereinkommens geregelt und dadurch eine Zerklüftung der zusammengehörigen vertragschließenden Parteien vermieden worden“ ist.

Das alles ist denn doch schon mehr als „Anläufe ohne bleibenden Erfolg“, von denen Oldenberg redet. Es ist auch nicht zu ersehen, warum eine von zwei aufeinander angewiesenen Parteien gemeinsam errichtete und dem gemeinsamen Interesse zubestimmte Einrichtung, wie ein paritätischer Arbeitsnachweis eine solche ist, für die Zugehörigen zu ein

¹ Soziale Praxis 1900, 97.

² Dr. Böhmert, Zeitschrift des königl. sächs. stat. Bureaus, 1894, S. 173.

³ Soziale Praxis, 1900, 59.

und demselben Gewerbe nicht in bester Weise ihren Zweck erfüllen sollte.

Freilich erfordert es dazu der Erfüllung einer Reihe von Vorbedingungen. Zunächst ist die Vereinbarung eines für Arbeitgeber und -nehmer gemeinsamen Nachweises nur lebensfähig, wenn zwei Organisationen von annähernd gleicher Stärke miteinander von Macht zu Macht verhandeln. Nur so ist eine Gewähr gegeben, daß nicht die eine Partei sich den gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis lediglich so lange gefallen läßt, als sie desselben benötigt, aber sobald die Marktlage für sie günstiger geworden ist, der eingegangenen Verpflichtungen sich entschlägt. Für solche Fälle müßte eben die andere Partei in ihrer starken Organisation die Mittel haben, allen gegenteiligen Anwandlungen zum Trotz den Widerpart zur Haltung der Vertragstreue zu veranlassen.

Es ist darum nichts Zufälliges, daß gerade in dem aufs vollkommenste organisierten Buchdruckergewerbe der beste Beleg für vorstehende Behauptung zu finden ist. Während der Vorsitzende des deutschen Buchdruckerbandes einen von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam geleiteten Arbeitsnachweis noch auf dem Frankfurter sozialen Kongress von 1893 ein Unding schelten konnte, sieht man denselben Vorsitzenden zum energischen Verteidiger solch paritätischer Einrichtung werden, sobald erst der Buchdruckerband auf Grund einer vorzüglich geordneten Arbeitslosenunterstützung und eines gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises zu einer so angesehenen und einflußreichen Stellung sich heraufgearbeitet hatte, daß die Arbeitgeber sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung entschließen mußten und dieser Anerkennung unter anderem in der Errichtung gemeinschaftlicher Arbeitsnachweise den entsprechenden Ausdruck gaben. Jetzt stehen die Unternehmer mit ihren Arbeitern zusammen gegen diejenigen Prinzipale, welche die von der Arbeiterschaft festgestellte Lebenshaltung herabdrücken wollen. Aber man beachte: die Institution des Tarifarbeitsnachweises ist die letzte Blüte einer langen organischen Entwicklung; sie ist vor allem die Blüte einer machtvollen Organisation der

Arbeiter, die eben durch diese Organisation zu besonnenen und reifen Menschen gemacht wurden¹.

Umgekehrt beweisen die Vorgänge innerhalb des paritätischen Töpfernachweises zu Berlin, wie da, wo der eine der Vertragskontrahenten an Machtbesitz dem anderen weit überlegen ist, ein gemeinschaftlich von beiden Parteien zu betreibendes Unternehmen den Todeskeim von vornherein in sich trägt. Es hat dort offenbar am Mangel an der erforderlichen Macht auf Seiten der Arbeitgeber gelegen, dass diese, den Übergriffen des Gesellenvertreters gegenüber, die Innehaltung der gemeinsam für den Betrieb des Arbeitsnachweises festgesetzten Bestimmungen nicht durchzusetzen vermochten, sondern einseitig dekretieren lassen mussten, welchem Arbeitgeber der Arbeitsnachweis entzogen werden würde, da doch ein diesbezüglicher Beschluss ordnungsgemäß der Entscheidung des aus Arbeitgebern und -nehmern bestehenden Kuratoriums hätte vorbehalten bleiben müssen. Das unvermeidliche Endergebnis solcher unhaltbaren Zustände hat denn auch nicht lange auf sich warten lassen. Nachdem der Arbeitsnachweis sich für einen Teil der Interessenten zu einer „Zuchtrute“ herausgebildet hatte, fiel er der Auflösung anheim².

Eine zweite Vorbedingung für die Lebensfähigkeit eines paritätischen Arbeitsnachweises wird darin bestehen, dass man einen solchen nicht leisten machen will, was er nicht leisten kann. Prof. Platter in den „Schweizerischen Blättern für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ urteilt in dieser Hinsicht: „alle Art von Sozialpolitik, die bei der Organisation des Arbeitsnachweises über das alleinige Ziel zweckmäßigster Arbeitsvermittlung hinauswill, muss unbedingt ferngehalten werden, und mit solchen Phrasen, wie „Ausgleichung der Gegensätze“ sollte man unbedingt fern bleiben“. Damit würde dem vereint zu betreibenden Werk von vornherein ein Ferment gegenseitigen Misstrauens eingepflanzt,

¹ Dr. Förster a. a. O. S. 39.

² Arbeitgeber-Zeitung v. 24. Mai 1903.

infolgedessen die gemeinschaftliche Leitung und Verwaltung zum vollen Gegensatz der Gemeinschaftlichkeit führen müfste¹.

Man wird vielmehr gut tun, auch bei dem gemeinschaftlich geführten Arbeitsnachweis die „Klassengegensätze“ weder wegzuleugnen noch zu beschönigen und darum auch mit Calwer darauf verzichten, diesen Gegensatz irgendwie aus der Welt schaffen zu wollen. „Wohl aber wird man darauf ausgehen können, unter Anerkennung dieses Gegensatzes, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt so zu regeln und zu gestalten, dass der Gegensatz in einer geordneten Form ausgetragen wird, dass Konflikte, die beiden Teilen nicht nützen, möglichst selten werden“². Gerade zur Erreichung des letztgenannten Zweckes dürfte eine gemeinsam betriebene Arbeitsvermittlung sich als besonders geeignet empfehlen; um so mehr, als eben bei voller Anerkennung der bestehenden Unvereinbarkeiten doch auch wiederum just bei der Arbeitsvermittlung die Interessen der Arbeitgeber und -nehmer manchmal direkt zusammenlaufen können, wie z. B. bei der Abwehr der Schmutzkonkurrenz oder — man nehme das Buchdruckergewerbe — bei gemeinsamer Bekämpfung der Tarifgegner³.

Prinzipiell dürfte sich wider eine gemeinschaftlich von Arbeitgebern und -nehmern in die Wege geleitete Organisation des Arbeitsnachweises Stichhaltiges kaum einwenden lassen. Es wird nun zu prüfen sein, inwieweit die tatsächlich bestehenden paritätischen Organisationen ihrem Zweck entsprechen.

Von vornherein werden auch dem paritätisch beruflichen Arbeitsnachweis die jeder beruflichen Organisation der Arbeitsvermittlung anhaftenden Vorteile zugute kommen. Der Vorzug, den Buschmann in seiner Schrift: „Arbeitslosigkeit und Berufsvereine“ den Berufsvereinen im allgemeinen zuerkennt, dürfte in besonderer Weise den von Arbeitgebern

¹ A. a. O. 1894, S. 24.

² Calwer a. a. O. S. 11.

³ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, S. 110.

und -nehmern desselben Gewerbes gemeinsam errichteten Organisationen eignen: „sie vermögen mit Rücksicht auf die weitgehende Spezialisierung der Gewerbe und auf ihre Verzweigung über ganz Deutschland mit bedeutend grösserem Erfolg als die Städte die Leitung des Arbeitsnachweises in die Hand zu nehmen“¹. In der Tat werden die paritätischen Berufs-Arbeitsnachweise nicht nur örtlich den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot in einem Gewerbe in der befriedigendsten Weise vornehmen können; auch für die interlokale Vermittlung werden sie sich besonders geschickt zeigen, da die Zentralisation der Arbeitsvermittlung sich für ein bestimmtes Gewerbe ungleich leichter durchführen lassen wird, als bei jeder anderen Art der Organisation des Arbeitsnachweises.

Angesichts solcher Tugenden will die Beanstandung wenig bedeuten, dass die paritätischen Arbeitsnachweis-Organisationen den Dienst versagen bei jedem Übertritt von einem Erwerbszweig zum anderen². Denn einmal schon ist solcher Wechsel im Beruf für die gelernte Arbeiterschaft weder das Normale noch Wünschenswerte. Und gerade eine gemeinschaftlich von Arbeitgebern und -nehmern besorgte Arbeitsvermittlung wird die Notwendigkeit solchen Berufswechsels durch Ausnutzung jeder sich bietenden Arbeitsgelegenheit für die Angehörigen ihres Gewerbes möglichst reduzieren wollen und können. Anderseits wird auch eine berufliche Organisation des paritätischen Arbeitsnachweises dem nicht im Wege stehen, mit verwandten Organisationen Fühlung zu unterhalten zwecks event. Unterbringung der nicht benötigten Kräfte des einen Erwerbszweiges bei dem anderen.

Ebensowenig Verlegenheit dürfte die Beantwortung der Frage bereiten, die Petermann in der Zeitschrift für schweizerische Statistik aufwirft: Was würde bei einer beruflichen Organisation des Arbeitsnachweises aus den ungelernten Ar-

¹ A. a. O. 106.

² Schmölder, Der Arbeitsmarkt in: Preuß. Jahrb. 1896, 154.
Conrad, Organisation d. Arbeitsnachweises.

beitern? Sie müßten den gewerkschaftlichen, bzw. partitatischen Berufsarbeitsnachweis benutzen¹! — Denn wie auch die Organisation des Arbeitsnachweises vollzogen werden mag, so wird doch stets die Vermittlung der gelernten und die der ungelernten Arbeiter gesondert zu geschehen haben. Es würde darum die Frage der Arbeitsvermittlung für ungelernte Arbeitsuchende durch die Errichtung von partitatischen Berufsorganisationen weder positiv noch negativ berührt.

Soll nun auch die beim Buchdrucker-Nachweis in Übung stehende Geschäftsordnung einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden, so kommen dabei zwei Punkte vor allem in Betracht: zunächst die Befriedigung der Gesuche nach der Reihenfolge ihrer Einschreibung; so dann die Verpflichtung der Mitglieder der Tarifgemeinschaft zur Benutzung des Arbeitsnachweises.

„Das Unterbringen der beim Arbeitsnachweis Angemeldeten der Reihe nach“ wird vielfach beanstandet, weil Arbeitgeber wie -nehmer davon Schädigung hätten. Den Arbeitgebern werde auf diese Weise unbrauchbares Arbeitermaterial aufgenötigt. So haben die Meister der Töpferrinnung in Berlin gerade auch davon Anlaß genommen, den partitatischen Arbeitsnachweis zu kündigen, daß ihnen vielfach ungeübte, jahrelang in dem Gewerbe nicht mehr tätig gewesene Gehilfen, ja sogar ihren Meistern entlaufene Lehrlinge durch den Arbeitsnachweis-Verwalter zugewiesen worden seien². Und gewisse Buchdruckerkirnen erwidern auf eine Aufforderung zu eifriger Benutzung des Arbeitsnachweises, „daß die vom Arbeitsnachweis vermittelten Arbeitskräfte vielfach nicht zu brauchen wären³“.

Freilich unterläßt es das Tarifamt, als oberste Vertretung des Arbeitsnachweises, nicht, jedem Versuch der

¹ A. a. O. 1887, 307.

² Arbeitgeber-Zeitung v. 24. Mai 1903.

³ Geschäftsbericht des Tarifamtes 1901/2.

Verallgemeinerung solchen Vorwurfs auf das bestimmteste entgegenzutreten. Anderseits dürfte den berechtigten Interessen der Arbeitgeber schon damit genügend Rechnung getragen sein, dass, bei allem prinzipiellen Festhalten an dem System der Nummernfolge, doch von einer mechanischen Handhabung desselben nicht die Rede ist, sondern auf die speziellen Bedürfnisse der Arbeitgeber, wie auf die Fähigkeiten der Arbeitnehmer gebührend Rücksicht genommen wird. Der Kommentar zum Buchdruckertarif erklärt es für selbstverständlich, dass z. B. „einer Firma, die einen Accidensetzer verlangt, nicht ein Zeitungssetzer, oder statt eines Illustrationsdruckers ein Durchschnittsdrucker geschickt werden wird, nur weil der betreffende der zunächst Vorgemerke sei“. Dazu kommt, dass, wenn der Grundsatz der Reihenfolge auch auf die Stellen anmeldenden Arbeitgeber angewandt wird, die Interessen auch der kleineren oder kleinstädtischen Firmen gewahrt und Durchsteckereien jeder Art verhütet werden können.

Anderseits mag es erklärlich sein, dass die besseren und jüngeren Arbeitskräfte, die sicher sind, sofort und überall Einstellung zu finden, nur ungern warten, bis die Reihe beim Arbeitsnachweis auch an sie kommt. Doch wird wiederum durch die Nummerneinstellung der Druck der Arbeitslosigkeit gleichmässiger verteilt und die gerade den älteren, verheirateten, schwächeren Berufsgenossen unentbehrliche Fürsorge des Arbeitsnachweises nicht gemindert.

Das Prinzip der Unterbringung der Reihenfolge der Anmeldungen nach verliert vollends jede unerträgliche Härte, wenn, wie bei den Buchdruckern, von einer strikt-obligatorischen Benutzung des Arbeitsnachweises durch die tariftreuen Mitglieder Abstand genommen wird. Es will scheinen, als hätten die Buchdrucker über der Organisation ihres Arbeitsnachweises die richtige Mitte einzuhalten gewusst zwischen der für die Lebensfähigkeit eines beruflichen Nachweises unentbehrlichen Gebundenheit der einzelnen Mitglieder und der für sie doch auch wieder wünschenswerten Bewegungsfreiheit der Benutzung des Arbeitsnachweises gegen-

über. Einmal allerdings betont der Bericht des Tarifamtes an die Kreisvertreter für das Jahr 1902/1903, in Übereinstimmung mit dem Tarifkommentar, dass schon „das Gefühl der Zusammengehörigkeit der in der Tarifgemeinschaft vereinigten Prinzipale und Gehilfen, wie auch deren eigenes Interesse erfordere, sich möglichst ausschließlich auf den Arbeitsnachweis für verpflichtet zu halten“, damit es nicht wiederum zu einer allgemeinen Verlotterung der tariflichen Zustände und damit zu neuen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und -nehmern komme. Anderseits aber wird auch nur der Versuch einer Änderung in den altgewohnten Verhältnissen zurückgewiesen, denen zufolge der Gehilfe bei besserem Geschäftsgang wieder an seine frühere, nur ungern verlassene Arbeitsstätte zurückkehren könne, oder der Prinzipal die bereits einmal beschäftigten und als brauchbar erfundenen Gehilfen auf direktem Wege wieder zu erlangen suche.

Zum Schluss wird die Stellungnahme des Tarifarbeitsnachweises tarifuntreuen Prinzipalen, bzw. Gehilfen gegenüber zu bewerten sein. Wie bereits erwähnt, sucht man der Elemente, die sich weigern in die Tarifgemeinschaft einzutreten oder die den tariflichen Vereinbarungen nicht nachkommen, durch Versagung des Arbeitsnachweises Herr zu werden. Es haben die Tarif-Arbeitsnachweise die Einrichtung der besonders bei den Arbeitgeber-Nachweisen so berüchtigt gewordenen schwarzen Listen übernommen. Ob dieselben dem Zweck, dem sie dienen sollen, wirklich genügen, mag dahingestellt bleiben. Wenigstens den Arbeitgebern gegenüber könnten zu Zweifel Anlass geben schon die vielen vom Tarifamt als berechtigt anerkannten Klagen seitens der Gehilfenschaft, dass auch von tariftreuen Firmen der Arbeitsnachweis kaum für die Deckung eines Drittels des Bedarfs an Arbeitskräften in Anspruch genommen werde. Wie dem nun auch sei, so wird jedenfalls die Art und Weise der Verwendung der schwarzen Listen durch die Tarif-Arbeitsnachweise im Vergleich zu dem anderwärts von den-

selben gemachten Gebrauch eine grundsätzlich verschiedene Beurteilung zu erfahren haben. Es soll hier zur Wiederholung kommen, was über die augenblicklich zur Besprechung stehenden Fragen in Kulemanns Buch „Die Gewerkschaftsbewegung“ zu lesen ist. Es heißt da: „Man entzieht nicht nur den tarifuntreuen Prinzipalen die Gehilfen, sondern auch den tarifuntreuen Gehilfen die Arbeit. Man bringt also die viel angefochtenen schwarzen Listen gegen die Gehilfen in Anwendung, aber nicht, wie sonst, um Arbeiterforderungen abzuweisen, sondern um ihnen Geltung zu verschaffen; die blak legs, d. h. in diesem Sinne die Arbeiter, die sich weigern, an dem Kampf für die Arbeiterforderungen teilzunehmen, werden seitens der Prinzipale selbst von der Beschäftigung ausgeschlossen. Ebenso wird der Boykott gegen Prinzipale zur Erzwingung von Arbeiterforderungen von ihren eigenen Kollegen in Anwendung gebracht. Es ist also die übliche Gegenüberstellung: hie Arbeiter, hie Unternehmer völlig beseitigt und an ihre Stelle die andere getreten: auf der einen Seite Unternehmer und Arbeiter, die das gemeinsame Interesse im Auge haben und insbesondere bestrebt sind, die Arbeitsbedingungen in einer dem sozialen Fortschritt entsprechen Weise zu verbessern — auf der anderen Seite diejenigen Unternehmer, die dies große Ziel gegen kleinliche Sonderinteressen zurückstellen und diejenigen Arbeiter, die so wenig Verständnis besitzen, daß sie ihnen hierbei ihre Unterstützung leihen. Natürlich muß die gesteigerte Arbeitsvergütung auch auf die Erhöhung der Preise zurückwirken, die der Unternehmer den Konsumenten gegenüber fordern muß; aber das ist gerade die Absicht, es soll die gerechtere Anteilnahme der Arbeiterschaft an den technischen Errungenschaften nicht auf Kosten des Unternehmers durchgeführt, sondern auf die Gesamtheit abgewälzt werden. Dahinaus liegt die Zukunft beherrschende Bedeutung des Arbeitsnachweises. Durch die von Unternehmern und Arbeitern geschaffenen und gemeinsam geführten und für alle zuständigen Arbeiter und Arbeitgeber derselben Branche gemeinsamen und zentralisierten Arbeitsnachweise

können die Fragen über Erhöhung des Lohnes usw. geregelt werden, weil alle zum gleichen Fach Gehörenden auf denselben Tarif verpflichtet und durch den Arbeitsnachweis gebunden sind; auf diese Weise kann der Arbeitsnachweis geradezu Arbeit schaffen. Es können durch tarifmässige Abmachungen die Arbeitszeiten geregelt, vermindert werden (bei dementsprechender Erhöhung des Stundenlohnes, also dass der Arbeiter keinen Verlust hat) und die so frei werdenden Arbeitsstunden an diejenigen Arbeiter übertragen werden, die noch arbeitslos sind. Der Arbeitgeber aber kann die erhöhten Arbeitskosten dadurch, dass alle Arbeitgeber durch den Arbeitsnachweis zu gleichen Löhnen arbeiten, auf die Arbeitsprodukte schlagen und die Konsumenten die Lasten tragen lassen, die aus der Arbeitseinstellung der Arbeitslosen erwachsen“¹.

Es will scheinen, als ob in diesen Worten dem beruflich-paritätisch organisierten Arbeitsnachweis ein Zeugnis der Mustergültigkeit ausgestellt sei, das mit stichhaltigen Gründen schwer zu entkräften sein sollte.

Der kaufmännische Arbeitsnachweis.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Die für die Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises maßgebenden Grundsätze.

Unter den von Arbeitgebern und -nehmern gemeinsam errichteten Arbeitsnachweisen und überhaupt unter den verschiedenen Organisationsarten auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung nimmt der kaufmännische eine so eigenartige Stellung ein, dass für ihn eine gesonderte Behandlung am Platz sein dürfte.

Oberster Grundsatz ist bei sämtlichen grossen kaufmännischen Vereinen, die sich mit Arbeitsvermittlung be-

¹ A. a. O., S. 640.

fassen, dass den Prinzipalen so gut wie den Gehilfen gedient werden solle durch möglichst rasche und billige Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage. Doch hat es bei einer rein mechanischen Hinleitung irgendwelcher freien Kräfte an irgendwelche freie Stellen sein Bewenden nicht. Höheren Zielen will der kaufmännische Arbeitsnachweis zustreben. Er stellt sich die ungleich schwierigere Aufgabe noch: „die denkende, ratende, sorgende Vermittlung nämlich von Persönlichkeiten mit ihren besonderen Anlagen, Fähigkeiten und Wünschen“. Bei der Entgegennahme von Vakanzen wie von Arbeitsgesuchen und bei den laufenden Verhandlungen, immerfort soll das Bureau prüfend, überwachend, wehrend und fördernd einwirken, um am Ende den Anzustellenden in das ihn persönlich am ehesten befriedigende Wirkungsfeld zu bringen, dem Geschäftsinhaber aber diejenigen Mitarbeiter zuzuführen, welche seiner Eigenart und derjenigen des Geschäftes am besten entsprechen. M. a. W.: Der kaufmännische Arbeitsnachweis setzt als Objekt seiner Tätigkeit in jedem einzelnen Fall die Anbahnung und Verwirklichung eines die Interessen der zwei kontrahierenden Teile in höchstem Mafse wahrnehmenden Arbeitsvertrags.

Mittelbar will die kaufmännische Stellenvermittlung dann auch noch den im kaufmännischen Gewerbe besonders grässierenden Missständen aus der gewerbsmäfsigen Stellenvermittlung wehren, sowie die längere Ertragung der mit dem Inseratenwesen für Arbeitgeber wie -nehmer verbundenen Unzuträglichkeiten überflüssig machen.

Nur vereinzelt suchen kaufmännische Vereine dem Arbeitsnachweis Bestrebungen dienstbar zu machen, die der Arbeitsnachweisung ferner stehen. Es sind das kaufmännische Arbeitnehmervereine, die sich der gewerkschaftlichen Bewegung angeschlossen haben und auch mit dem Mittel des Arbeitsnachweises, vielfach in ausgesprochenem Gegensatz zur Arbeitgeberschaft, auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Handlungsgehilfen hinzuwirken sich bemühen. Der Natur der Sache entsprechend ist bei den Arbeitsnachweisen mit gewerkschaftlichem Charakter von einer

Beteiligung der Prinzipale an der Verwaltung derselben abgesehen, und sind darum diese Organisationen bei einer Befprechung paritätischer Arbeitsnachweise, um die es sich hier handelt, auszuschalten.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises.

Die Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises wird, dem doppelten Zweck entsprechend, dem derselbe dienen soll, einmal dem raschen und billigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, sodann der bestmöglichen Anpassung der freien, bezw. geforderten Arbeitskräfte an die gesuchte, bezw. offene Arbeitsgelegenheit gerecht zu werden haben.

a) Die Organisation des Ausgleichs von Arbeitsangebot und -nachfrage.

Mit Ausnahme derjenigen kaufmännischen Arbeitsnachweise, die mehr oder weniger den Charakter von Lohnkampforganisationen an sich tragen, ist eine gleichmäßige Beteiligung der Arbeitgeber und -nehmer an der den Arbeitsnachweis beaufsichtigenden und leitenden Kommission allgemein. Es pflegen die Kommissionsmitglieder aus der Zahl verdienter Vereinsangehöriger, die als Vertrauensmänner beider Stände gelten können, genommen zu werden.

Große Sorgfalt legen besonders die bedeutenderen unter den kaufmännischen Vereinen auf die Auswahl ihrer geschäftsführenden Beamten. Als solche werden ohne Ausnahme nur Angehörige des Kaufmannsstaates angenommen. Auf diese Weise sucht man sich solcher Mitarbeiter zu versichern, die, mit dem Wesen und den Bedürfnissen des Berufes aus eigener Erfahrung wohl vertraut, die nötige Gewähr für eine richtige und verständnisvolle Leitung der ihnen unterstellten Anstalt bieten. Die Leistungsfähigkeit der Beamten nach dieser Richtung auf ihren Höchspunkt zu steigern, ist z. B. bei dem Hamburger Verein für Hand-

lungskommis die Anordnung getroffen, dass die nach Art und Ort der gewünschten Beschäftigung sortierten Bewerbungsschreiben zur Bearbeitung denjenigen Angestellten zugewiesen werden, die in dem betreffenden Gebiete die meiste Erfahrung haben.

Die Gebührenfrage ist bei den verschiedenen kaufmännischen Vereinen verschieden geregelt. Die einen vermitteln kostenlos. Andere haben bestimmte Taxen für je ein befriedigtes Gesuch. Noch andere verlangen eine geringe Summe als Einschreibegebühr und einen gewissen Prozentsatz vom Verdienst des ersten Jahres als Gegenleistung für eine durch Beihilfe des Arbeitsnachweises erlangte Stellung. Hier und da muss der Stellesuchende für den Fall der Nachweisung einer solchen die Verpflichtung übernehmen, dem vermittelnden Verein für die Dauer von ein oder zwei Jahren als Mitglied beizutreten, wobei dann manchmal ein gewisser Teil der außerdem verlangten Einschreibegebühr als Beitrag mitangerechnet wird. Wiederum auch kommt es vor, dass die Benutzung des Arbeitsnachweises für die Vereinsmitglieder unentgeltlich ist, von Nichtmitgliedern dagegen Gebühren erhoben werden.

Es gibt eine ganze Reihe kaufmännischer Vereine, die einen ausgeprägt lokalen Charakter haben, so dass die Gesamtzahl ihrer Mitglieder an einem und demselben Orte wohnt. Dieser Art ist der Verein junger Kaufleute von Berlin und andere. Bei dem von solchen Vereinen organisierten Arbeitsnachweis liegt die Beschränkung der Tätigkeit desselben auf den engen örtlichen Kreis in der Natur der Sache.

Andere, besonders die grossen Vereine, „der Hamburger Verein für Handlungskommis“, „der kaufmännische Verein in Frankfurt a. M.“, „der Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig“, die ihre Mitglieder über das ganze Reich zerstreut haben, besitzen zunächst gleichfalls einen örtlich organisierten Arbeitsnachweis am jeweiligen Sitz des Vereins. Doch erstreckt sich ihre Nachweisarbeit auch auf den übrigen

Teil des Reiches; ja, selbst über die Grenzen des Reichs hinaus werden Beziehungen zu Firmen an den wichtigeren Plätzen des Auslandes unterhalten, bezw. neue Verbindungen angeknüpft. Es nimmt das Nachweisbureau damit die Stelle einer Arbeitsnachweiszentrale für sämtliche zum Hauptverein gehörenden Bezirksvereine ein.

Immerhin hat sich im Interesse einer zweckdienlichen Vermittlung die Notwendigkeit einer gewissen Dezentralisation herausgestellt, die gerade von den genannten großen Vereinen damit ins Werk gesetzt worden ist, daß sie in größeren Städten des Reichs Filialstellen errichtet haben. Diese fungieren dann für ihren Ort als lokale Arbeitsnachweise und stehen für den Überschuss an Arbeitsstellen oder Arbeitskräften, für den sie nicht aufkommen können, mit der Zentrale in Verbindung.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich den verschiedenen kaufmännischen Vereinen, die nebeneinander, ja vielfach in gegenseitiger Konkurrenz der Stellenvermittlung obliegen, der Gedanke an die Vorteile eines gemeinsam zu organisierenden Arbeitsnachweises aufdrängte. Immerhin hat man von einem Versuch zur Zentralisation des gesamten kaufmännischen Arbeitsnachweises Abstand genommen. Man hat vorgezogen, die erwünschte Vereinheitlichung durch die Verbindung einzelner Vereine zu einem Kartell zu erreichen. So nämlich, daß ohne oder gegen ein gewisses Entgelt die Mitglieder des einen Vereins den Stellennachweis des ihnen befreundeten Kartellvereins in Anspruch nehmen können. Dementsprechend ist im Jahr 1890 innerhalb des „Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine“ ein „Stellenvermittlungsbund kaufmännischer Vereine“ gegründet worden mit dem ausgesprochenen Zweck, einerseits stelle-suchenden Angehörigen von Bundesvereinen durch gleichzeitige Anmeldung bei mehreren solcher Vereine billiger und schneller zu einem Unterkommen zu verhelfen, andernteils den vermittelnden Bundesvereinen bei Besetzung der angemeldeten offenen Stellen eine größere Anzahl geeigneter Bewerber zuzuführen, als dies bei Vereinzelung der Ver-

mittlung möglich ist. Nicht weniger als 48 Vereine haben 1902 die von dem „Bund“ gebotenen Vorteile sich zueigen gemacht.

Neben dem genannten „Stellenvermittlungsbund“, der, wie gesagt, eine Kartellbildung darstellt, sind andere Vereine in gegenseitige Beziehungen getreten zum Zweck einer Zentralisation ihres Arbeitsnachweises. Dies gilt z. B. für das schlesische Zentralbureau für stellesuchende Handelsgehilfen in Breslau, oder für das Zentral-Stellenbureau der verbündeten kaufmännischen Vereine Badens und der Pfalz unter Leitung des kaufmännischen Vereins in Mannheim.

Die Arbeitsvermittlung vollzieht sich für die Arbeitnehmer fast ausschließlich auf dem Korrespondenzwege. Das Nachweisbureau verlangt von jedem Stellesuchenden zweierlei Bewerbungspapiere, nämlich Bewerbungsformulare und Bewerbungsschreiben nebst Zeugnisschriften, die derart auszufüllen, bezw. abzufassen sind, dass sie ein möglichst vollständiges Urteil gestatten 1. über die kaufmännischen Fähigkeiten und Kenntnisse, 2. über die speziellen Wünsche des Bewerbers.

Die Bewerbungsformulare, die den Stellesuchenden vom Vermittlungsbureau zur Verfügung gestellt werden, sollen dem Arbeitsnachweis selber einen Anhalt zur Beurteilung des jeweiligen Falles und Bewerbers bieten. Sie weisen darum eine Reihe von Fragen auf, was Personalien, Sprach- und Branchekenntnisse, Referenzen, Vereinszugehörigkeit, Wünsche hinsichtlich der Art der gesuchten Stellung, des verlangten Gehalts und dergl. angeht. Die Bewerber haben sämtliche Punkte „kurz und bestimmt“ zu beantworten.

Die Bewerbungsschreiben, die gleich in mehreren Exemplaren möglichst zusammen mit der Photographie des Betreffenden beim Arbeitsnachweis einzureichen sind, haben die Bestimmung, den auftraggebenden Prinzipalen vorgelegt zu werden. Es sollen diese Offerten möglichst „kurz und übersichtlich“ abgefasst sein und eine Beschreibung der bisherigen Laufbahn mit Nennung der bisher innegehabten

Stellungen und Kennzeichnung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten enthalten.

Die Zuweisung der Stellesuchenden nach freien Plätzen geschieht völlig unparteiisch, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitgliedschaft oder die Dauer ihrer Bewerbung. Lediglich die Empfehlungswürdigkeit eines Kandidaten und die Erwägung, für welche der angemeldeten Stellen er sich eigne, ist für die Berücksichtigung maßgebend. Versuche, die Unparteilichkeit aufzuheben, ziehen die sofortige Ausschließung aus der Bewerberliste, unter Umständen auch aus dem Verein nach sich. — Die Gültigkeitsdauer eines Angebots von Arbeitskraft beträgt drei Monate, nach Ablauf derer das Gesuch zu erneuern ist. Wird einem Bewerber vom Arbeitsnachweis eine passende Stelle bezeichnet, so hat derselbe dem Bureau baldigst mitzuteilen, ob er sich tatsächlich um die Erlangung der Arbeitsgelegenheit bemüht hat. Ebenso ist nach persönlicher Vorstellung beim Arbeitgeber die Nachweistelle über den Ausfall derselben zu benachrichtigen. Zu widerhandlungen gegen obige Bestimmungen werden so geahndet, dass der Arbeitsnachweis seine Bemühungen für den Unbotmäßigen einstellt. — Bei Erlangung einer Stelle durch Vermittlung des Arbeitsnachweises endlich ist dieser brieflich davon in Kenntnis zu setzen unter Nennung der vertragschließenden Firma und klarer Angabe, dass die Stelle durch Bemühung des Arbeitsnachweises gefunden worden ist.

Die Arbeitgeber melden ihre offenen Plätze dem Bureau teils mündlich, teils schriftlich. Die Vorschläge, die ihnen hierauf von seiten der Vermittlungsstelle zugehen, können auf zweierlei Weise erfolgen. Entweder durch Einreichung von Bewerbungsschreiben oder durch unmittelbare Verweisung eines passenden Bewerbers an die freie Stelle. In den meisten Fällen gibt der auftragerteilende Prinzipal der ersten Art den Vorzug, indem er sich zunächst Dienstofferter zusenden lässt. Unter diesen trifft er eine Auswahl; dann erfolgt die persönliche Vorstellung des bevorzugten Bewerbers. Die zweite Art, bei der eine sofortige, unmittelbare, per-

söhnliche oder schriftliche Bewerbung gewünscht wird, kommt seltener vor. In diesem Fall werden die passenden Arbeitssuchenden ohne weiteres vom Bureau an den Auftraggeber verwiesen.

Kann ein Arbeitsnachweis für eine angemeldete Stelle mit geeigneten Kräften nicht aufwarten, so sucht er solche auf dem Wege zweckmäfsiger Bekanntmachung zu erlangen. Aber auch sonst werden die freien Arbeitsgelegenheiten vielfach in dem Geschäftshause des Vereins durch Anschlag, auch durch Veröffentlichung in der Vereins- und anderen Zeitungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Auf diese Weise will man etwa noch nicht als Bewerber vorgemerkte Mitglieder auf die offenen Stellen aufmerksam machen und damit gleicherweise den Interessen dieser, wie auch der Arbeitgeber dienen.

b) Die Organisation des kaufmännischen Arbeitsnachweises in Hinsicht auf die Begünstigung zweckmäfsigster Arbeitsverträge.

Dem Zweck, möglichst nur den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, dient das bei den kaufmännischen Arbeitsnachweisen allgemein übliche und vielseitig ausgebildete Informationswesen. Da die von den Stelle suchenden einzureichenden Zeugnisabschriften aus verschiedenen Gründen nicht immer ein richtiges Urteil über die Bewerber ermöglichen, werden von den Arbeitsnachweisen noch besondere Erkundigungen über dieselben bei deren früheren Vorgesetzten oder bei sonstigen Bekannten eingezogen. Die erhaltenen Auskünfte werden dann den auftraggebenden Firmen teils unaufgefordert, teils nur auf ausdrückliches Begehr, teils überhaupt nur im Auszug vor gelegt. Bei allen Bureaus unterbleibt die Vermittlung solcher Kandidaten, über deren Befähigung oder Moralität durchaus unbefriedigende Informationen eingelaufen sind. Doch werden letztere stets zuvor auf ihre Zuverlässigkeit gewissenhaft geprüft.

Die Einholung von Erkundigungen über Arbeitgeber lehnen die kaufmännischen Vereine ab. Doch wird die Benutzung des Arbeitsnachweises unreellen Firmen oder solchen, die den Gehilfenstand schädigende Bedingungen, wie etwa die Konkurrenzklause, in den Arbeitsvertrag aufnehmen wollen, meist versagt. Im übrigen bleibt es den Stelle-suchenden anheimgegeben, sich durch Vermittlung ver-trauenswürdiger Auskunfteien die gewünschten Nachrichten zugänglich zu machen.

Ebenfalls dem Zweck der Schaffung möglichst andauern-der und beide Teile befriedigender Arbeitsverhältnisse dient der von vielen Arbeitsnachweisen geübte Brauch, durch güt-lisches Zureden auf die übertriebenen Forderungen der Ge-hilfen oder die ungenügenden Anerbietungen kräftesuchender Firmen regulierend einzuwirken.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des kaufmännischen Arbeitsnachweises.

Die erste von der Kritik aufzuwerfende Frage wird die sein: in welchem Maße ist es den kaufmännischen Nach-weisen gelungen, der ihnen zufallenden Aufgabe gerecht zu werden?

Da scheinen denn schon die Zahlen der durch die Arbeitsnachweise bewirkten Stellenbesetzungen auf befriedigende Resultate hinzudeuten. Um nur die drei bedeutendsten kauf-männischen Vereine zu nehmen, so hat es der „Hamburger Verein für Handlungskommis“ vom ersten Tausend erfolg-reicher Stellenvermittlungen im Jahre 1868 bis Ende 1896 zu 60 000 solcher Vermittlungen gebracht. — Der „kauf-männische Verein zu Frankfurt a. M.“ — gegründet 1864 — kann bis September 1895 von 33 000 Vermittlungen melden. Der 1881 entstandene „Verband deutscher Handelsgehilfen in Leipzig“ berechnet die Summe der von ihm bis heute er-zielten Stellenbesetzungen auf 19 025.

Diese zunächst hohen Ziffern erhalten jedoch ihre tat-sächliche Bedeutung erst aus einer Vergleichung derselben

mit den in einem Jahr zur Bewerbung kommenden Arbeitsgelegenheiten. Der „Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband“ schätzt diese auf 108000 und gibt damit dieselbe Zahl, die auch Dr. Silbermann in seinem Aufsatz in dem Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik für wahrscheinlich erklärt. Von diesen 108000 jährlich offenen Stellen sind bei den grossen vermittelnden Vereinen, dem Hamburger, dem Frankfurter, dem Leipziger Verband, im Jahre 1901 einschliesslich der Lehrlingsstellen nur $14\,573 + 10\,713 + 5\,946 = 31\,232$ — also etwa ein Drittel — angemeldet worden. Und von diesem Drittel aller offenen Stellen können sie wiederum nicht viel mehr als nur ein Drittel — im Jahre 1901 12278 — mit Vereinsmitgliedern besetzen. M. a. W.: die drei größten kaufmännischen Vereine haben im Jahre 1901 von 108000 offenen Stellen rund 11% mit Arbeitskräften versorgt; 89% = 95722 der offenen Stellen aber haben ihre Befriedigung ohne die Beihilfe der drei Vereine suchen müssen,

Wenn nun auch zuzugeben ist, dass noch einer gewissen Anzahl von Aufträgen durch die Arbeitsnachweise der weniger bedeutenden kaufmännischen Vereine jährlich genügt wird, so ändert dies doch kaum etwas an der Tatsache, dass für die Besetzung der weitüberwiegenden Mehrheit freier Plätze der kaufmännische Arbeitsnachweis gar nicht in Betracht kommt. Damit erhält die örtliche Vermittlungstätigkeit des an erster Stelle stehenden Hamburger Arbeitsnachweises mit 2317 Vermittlungen im Jahre 1901, die der Jahresbericht des Vereins als einen „Erfolg, so voll und gross, wie ihn wohl niemand vorher erwartet hatte“¹, charakterisieren will, eine Bedeutung von sehr bedingtem Wert. Der gerühmte Erfolg schrumpft, bei Lichte besehen, zu einem Scheinerfolg zusammen. Wenn dann im weiteren die Behauptung Dr. Silbermanns das Rechte trifft, dass die Rolle, welche die Zeitungsannonce und das private Stellenvermittlerwesen im kaufmännischen Gewerbe spielt, „eine immer unbedeutendere“ wird,

¹ A. a. O., S. 7.

so würde die Annahme kaum zurückzuweisen sein, daß die Vermittlung unter der Hand und durch persönliches Bemühen des Arbeitslosen, d. h. durch Umschau, einen geradezu ungeheuren Raum einnimmt.

Für eine richtige Beurteilung des Wertes der kaufmännischen Organisation des Arbeitsnachweises wird die Kostenfrage nicht außer acht gelassen werden dürfen. Von einer unentgeltlichen Stellenvermittlung im eigentlichen Sinne des Wortes kann hier nicht gesprochen werden. Denn auch wo besondere Gebühren nicht eingefordert werden, bezahlt das Vereinsmitglied eben in Hinsicht auf eine eventuelle Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises seinen Jahresbeitrag. So hat z. B. derjenige, der während eines Zeitraumes von 10 Jahren zweimal durch Vermittlung des Hamburger Vereins eine Stellung erhalten hat, dafür — allerdings zugleich auch für eine Reihe weiterer Vergünstigungen — $10 \times 6 = 60$ Mk. entrichtet. Nach Dr. Silbermanns Berechnung kommt jede besetzte Stelle den Hamburger Verein pro 1896 auf 10,04 Mk., den kaufmännischen Verein Frankfurt a. M. pro 1897 auf 15,90 Mk., den kaufmännischen Verein zu Mannheim pro 1897/98 auf 11,20 Mk., den kaufmännischen Verein zu Stuttgart pro 1897/98 auf 15,40 Mk. zu stehen — Kosten, die natürlich in letzter Linie von den Vereinsmitgliedern zu tragen sind.

Trotz dieser verhältnismäßig großen Aufwendungen fällt ein Vergleich zwischen kaufmännischer und gewerbsmäßiger Stellenvermittlung immer noch zugunsten der ersteren aus, da letztere ungleich höhere Gebühren fordert und doch eine viel geringere Gewähr für eine Befriedigung der Wünsche ihrer Auftraggeber bietet.

Wenn nun nach erklärenden Gründen für den immerhin beschränkten Einfluß der Vereins-Arbeitsnachweise auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt gesucht werden soll, so wird auf solche hingewiesen werden müssen, die teilweise auch bei anderen Arbeitsnachweis-Organisationen wiederkehren.

Zunächst sind alle sog. höheren kaufmännischen Stellungen, anderseits auch die Stellen mit unerträglichen Arbeitsbedingungen dem Wirkungskreis des Arbeitsnachweises entnommen. Die ersten pflegen dem Arbeitsnachweis gar nicht zur Vermittlung angemeldet zu werden. Den zweiten wird von den Vereinen selber der Nachweis entzogen. Indessen darf man die Zahl dieser Ausnahmefälle nicht überschätzen.

Das Hauptübel, an dem der kaufmännische Arbeitsnachweis mit anderen zusammen krankt, besteht darin, dass auch von den normalen Stellen immer nur eine Minderheit bei dem Vermittlungsbureau zur Vermerkung kommt. Und wenn trotz des geringen Angebots diesem bei allem Überwiegen der Nachfrage nicht annähernd genügt werden kann, so führt dies von einem Umstand her, über den sämtliche kaufmännischen Arbeitsnachweise gleicherweise sich beschweren, dass es nämlich „in sehr vielen Fällen an geeigneten Bewerbern mangle“; dass „die Ansprüche betreffs Tätigkeit oder Gehalt bei vielen Bewerbern in starkem Missverhältnis zu ihren Leistungen stehen und die Fälle, in denen in der neuen Stelle sich sehr bald die völlige Unfähigkeit zur Erfüllung übernommener Verpflichtungen herausstellt, über das erlaubte Maß hinaus zahlreich sind“¹.

In der Organisation des Geschäftsverfahrens ist dem kaufmännischen Arbeitsnachweis der vielfach ausschließlich schriftliche Verkehr eigentümlich. Die dabei zur Verwendung kommenden Formulare zur Direktive des Vermittlungsbureau bringen von selbst den Nachteil einer gewissen Schablone mit sich; werden auch erfahrungsgemäß oft mit einer gewissen absichtlichen Ungenauigkeit und Unvollständigkeit ausgefüllt. Anderseits werden die für die Prinzipale bestimmten Bewerbungsschreiben mehr oder minder allgemein gehalten, damit sich dieselben zur Vorlage für möglichst viele Arbeitgeber eignen. Es ist unter solchen Umständen oft auch ein wohl geschultes Beamtenpersonal nur schwer

¹ Jahresbericht 1887, des kaufm. Vereins zu Frankfurt a. M.
Conrad, Organisation d. Arbeitsnachweises.

in der Lage, die geeignete Auswahl der für einen Posten vorzuschlagenden Bewerber zu treffen. Der genannte, mit der schriftlichen Offertenweise verbundene Mißstand findet denn auch in den Vermittlungsresultaten der Arbeitsnachweissstellen seinen zahlenmäfsigen Ausdruck. So kann der Hamburger Verein von den im Jahre 1902 von auswärtigen Firmen erteilten Aufträgen, über welche, der Natur der Sache entsprechend, nur schriftlich verhandelt wurde, bloß 35 % befriedigen. Der Prozentsatz der bei örtlichen Aufträgen bewirkten Vermittlungen dagegen, die es erlaubten, Arbeitgeber und -nehmer auch in gegenseitige persönliche Beziehung zu setzen, ist mehr als doppelt so groß. Anno 1902 ist derselbe bis auf 69 vom Hundert gestiegen.

Mit diesen Verhältniszahlen war den zunächst streng zentralistisch organisierten Arbeitsnachweisen der kaufmännischen Vereine der Weg zu einer unabweisbaren Reform gezeigt. Es mußte dezentralisiert werden. An wichtigen Plätzen mußten Filial-Nachweissstellen ins Leben gerufen werden. Indessen steht der Errichtung eines möglichst ganz Deutschland umfassenden Netzes von Zweiggeschäften wieder die Beschränktheit der Vereinsmittel hindernd im Wege. Nach einer vom „deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband“ vorgenommenen Berechnung „müßte ein nur einigermaßen vollkommener Betrieb sich auf 100 größere Städte Deutschlands und des Auslands erstrecken und für jede Stadt 10 000 Mark im Jahr durchschnittlich aufgewendet werden können. Das ergäbe eine Ausgabe von einer Million Mark jährlich!“

Bei der Unmöglichkeit für die einzelnen Vereine, solche enormen Summen dem Arbeitsnachweis zu opfern, hat man die so nötige Dezentralisation auf dem Wege einer Kartellbildung zwischen verschiedenen kaufmännischen Verbänden zu erreichen gesucht. Tatsächlich wird damit für den Stellensuchenden der Kreis der örtlichen Arbeitsgelegenheiten um die Zahl aller derer erweitert, die bei den einzelnen Kartellvereinen angemeldet werden: die örtliche Stellenvermittlung also überhaupt gefördert.

Zweifellos liegt in dieser Einrichtung ein sehr gesunder und weiterer Entwicklung fähiger Gedanke. Nur haben bisher der gegenseitige Wettbewerb zwischen den einzelnen Vereinen und die hieraus entstehenden Eifersüchteleien es noch zu keinem geordneten Austausch der verfügbaren Kräfte, geschweige denn zu einem solchen von offenen Stellen kommen lassen. Kaum, dass dem auf dem Prinzip der Kartellierung auferbauten „Stellen - Vermittlungsbund kaufmännischer Vereine“ jährlich ein bis zwei Dutzend besetzter Stellen auf Rechnung geschrieben werden.

Die kaufmännischen Arbeitsnachweise auszeichnend ist, dass sie beim Aufsuchen von Arbeitsgelegenheiten, bezw.-kräften, bei den Unterhandlungen und dem Abschluss jedes einzelnen Arbeitsvertrages in besonderem Masse selber eingreifen. Die Unterlage für diese Tätigkeit gewinnen die kaufmännischen Vermittlungsinstitute aus ihrem hochentwickelten Informationswesen. Freilich wird es ihnen als ein Mangel an Unparteilichkeit ausgelegt, dass sich die Einholung von Erkundigungen nur auf Arbeitsuchende erstreckt. Für das Verhältnis wieder, in das der Arbeitgeber durch Einstellung eines Arbeitnehmers zu diesem tritt, von Bedeutung ist, dass der Principal von vornherein weiß, dass durchaus ungenügende Gehilfen durch den Arbeitsnachweis nicht vermittelt werden.

Für unreelle Arbeitgeber unterhalten die Arbeitsnachweise eine sog. schwarze Liste, mit deren Berücksichtigung es jedoch nicht allzu streng genommen zu werden scheint, wenn zutrifft, was die „deutsch-nationalen“ Handlungsgehilfen diesen Listen nachsagen: „dass sie angeblich vorhanden sein sollen, aber die Gehilfenmitglieder erfahren nichts davon; weder sei je eine solche veröffentlicht noch von einem Stellesuchenden je eingesehen worden. Auch dienten trotz schwarzer Listen die Arbeitsnachweise unbirrt solchen Firmen, in denen die Arbeitsbedingungen, was Lohn, Arbeitszeit, Kündigungsfrist und anderes angehe, weit unter das annehmbare Niveau zu liegen kämen“.

Immerhin wird eine gewisse Berechtigung den Gründen nicht abzuerkennen sein, die gegen eine Ausdehnung des Informationswesens auch auf Stellen anbietende Firmen vorgebracht werden. Der ganze ohnehin schon teure Betrieb würde dadurch noch kostspieliger werden; das Zutrauen mancher Auftraggeber wäre in Gefahr, gründlich erschüttert zu werden, und wenn je eine ungenaue Auskunft gegeben würde, könnte das Institut in böse Prozesse verwickelt werden¹.

So sind es lediglich die gewerkschaftlich bestimmten Arbeitsnachweise, deren Auskunftei sich auch die Prinzipalität zum Objekt nimmt, mit dem vorauszusehenden Erfolg freilich, daß der Arbeitsnachweis bei den Arbeitgebern unbeliebt, d. h. von ihnen auf der Seite liegen gelassen wird.

Auf Grund vorstehender Untersuchungen wird man von den paritätischen kaufmännischen Arbeitsnachweisen nicht behaupten dürfen, sie genügten allen an eine ideal organisierte und funktionierende Arbeitsnachweis-Einrichtung. Dem widersprächen schon die durchweg hohen Unkosten, mit denen die kaufmännische Stellenvermittlung belastet ist. Noch bedenklicher muß die im Verhältnis zu Angebot und Nachfrage geringe Zahl der beim organisierten Arbeitsnachweis zur Behandlung kommenden Fälle erscheinen. Es liegt darum viel Wahres in der Beurteilung, welche die paritätischen kaufmännischen Arbeitsnachweise von gewerkschaftlicher Seite erfahren haben: „Durch die laute Reklame, die von den alten Verbänden mit ihren Stellenvermittlungen gemacht wird, ist allmählich bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Handelsgehilfen das Empfinden grosgezogen worden, als ob nun auch die Stellenvermittlung eines kaufmännischen Vereins vollkommen genüge, um alle Ansprüche auf Erlangung einer neuen Stellung zu befriedigen. Die grosse Zahl der Bewerber, denen von den alten Verbänden keine

¹ Vernet, Der Arb.-Nachw. im Kaufmannstand in: Schweiz. Blätter für Wirtschaft und Sozialpolitik 1895, S 347.

Stelle nachgewiesen werden konnte, beweist ohne weiteres das Gegenteil“¹.

Trotz alledem liegt in der Organisationsart des kaufmännischen Nachweises eine Gewähr, daß demselben noch eine bessere Zukunft blühen kann. Denn einmal läßt sich dieser Arbeitsnachweis eine unparteiische Bedienung seiner Auftraggeber angelegen sein: den Arbeitsuchenden will er die bestmögliche Verwertung ihrer Arbeitskräfte garantieren; den Arbeitgebern aber in rascher und gewissehafter Weise Arbeitskräfte zuführen, die den gestellten Anforderungen genügen. In der erst in jüngerer Zeit eingeschlagenen Richtung auf eine Kartellierung aller Arbeit vermittelnden Vereine hin endlich dürfte für den kaufmännischen Nachweis der Punkt liegen, von wo aus ihm die Entwicklung zur höchsten Leistungsfähigkeit ermöglicht werden kann, sofern nämlich die von ihm bereits eingerichtete Zentralisation der Arbeitsvermittlung sich auf der unentbehrlichen Basis einer örtlich ausgebildeten Organisation auerbauen wird.

¹ Der Arb.-Nachw. im Handelsgewerbe, S. 22.

Hauptgruppe B.

Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die ausschliesslich von Nichtinteressenten geleitet werden.

Vorbemerkung.

Bei einer Organisation der Arbeitsvermittlung durch Nichtinteressenten werden sich die Träger des Arbeitsnachweises unterscheiden lassen in solche, die über ihrer vermittelnden Tätigkeit ihren persönlichen pekuniären Vorteil suchen — gewerbsmässige Vermittler — und solche, die den Arbeitsnachweis in den Dienst wohltätiger Zwecke stellen — gemeinnützig-fürsorgliche Arbeitsnachweise —.

I. Abteilung.

Der gewerbsmässige Arbeitsnachweis¹.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Das Problem.

Zur Charakterisierung der grossen Bedeutung, die auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung in Deutschland dem gewerbsmässigen Arbeitsnachweis zukommt, kann schon der in

¹ Die den gewerbsmässigen Arb.-Nachw. behandelnde Abteilung ist, besonders soweit es den darstellenden Abschnitt betrifft, unter Zugrundelegung der Schanz'schen Untersuchungen bearbeitet.

Zahlen ausgedrückte Gesamtverkehr bei demselben dienen. Nach v. Meyerink sind im Jahre 1895 bei im ganzen 5216 gewerbsmässigen Arbeitsnachweisbureaus zur Anmerkung gelangt: 535 020 Stellengesuche, 481 358 Stellenangebote, 381 206 Vermittlungen. Diese Ziffern führen eine um so beredtere Sprache, wenn man ihnen die Gesamtsumme aller Stellen gesuche (1 257 735), Stellenangebote (794 224), Vermittlungen (617 755) desselben Jahres gegenüberstellt. Darnach entfällt auf den gewerbsmässigen Nachweis mehr als die Hälfte sämtlicher Vermittlungen eines Jahres. Wenn man nun auch annehmen darf, dass die in jüngster Zeit aufgekommene Bewegung zugunsten öffentlicher Arbeitsnachweise den gewerbsmässigen Vermittlern Abbruch getan habe, so bleiben deren Erfolge doch vor wie nach noch unerreichte.

Trotz der umfassenden Tätigkeit des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises konnte bis zum Jahr 1900 von einer Organisation desselben im eigentlichen Sinne des Wortes nicht die Rede sein. Nachdem durch die Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 das Stellenvermittlungsgewerbe aus dem Kreise der konzessionspflichtigen in den der freien Gewerbe überführt worden, war die Arbeitsvermittlung einer fast unbegrenzten Willkür der Einzelnen ausgeliefert. Daran hat auch das Nachtragsgesetz zur Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 wenig geändert, das den Verwaltungsbehörden eine gewisse kontrollierende Zuständigkeit über die gewerbsmässigen Stellenvermittler einräumte.

Es hat der vielfach geradezu schreienden Missstände bedurft, die das gewerbsmässige Vermittlerwesen unter dem Schutz der gewerblichen Freiheit gezeitigt hat, bis es, nicht von seiten der Interessenten, wohl aber von seiten des Gesetzgebers zu einer Organisation und Neuregelung dieser Sonderart des Arbeitsnachweises gekommen ist.

Es sind drei verschiedene gesetzgeberische Organe, die ihren Bemühungen die Richtung auf das eine gleiche Ziel gegeben haben. Die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 bringt Verordnungen in betreff der gewerblichen Stellenvermittlung, die mit dem 1. Oktober 1900 für das gesamte Reichsgebiet

in Kraft getreten sind. Eine Ergänzung zu dem Reichsgesetz sind die von den einzelnen Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen, die ihrerseits wieder eine Vervollständigung erfahren haben durch die von den Ortspolizeibehörden, in Berücksichtigung der jeweils besonderen lokalen Verhältnisse, gegebenen Vorschriften.

Es ist nicht zu verwundern, dass bei der Verschiedenartigkeit der bei der Organisation des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises mitwirkenden Faktoren, an eine für das ganze Reich gleichförmige Regelung der Materie nicht gedacht werden kann. Immerhin ist das Problem, auf dessen Lösung Reichs-, Landes- und Ortsbehörden teils gemeinschaftlich, teils auf eigenen Wegen hinzielen, stets das eine selbe: eben die Abstellung der an dem gewerbsmässigen Arbeitsnachweis haftenden schweren Missbräuche. Zwei Punkte sind es, die dabei vor allem in Frage kommen. Einmal gilt es, allerhand zweifelhafte oder ungeeignete Existenz vom Arbeitsnachweisgewerbe fern zu halten. So lange nämlich die Ausübung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung jedermann zugänglich gewesen ist, hat sich eine grosse Menge sittlich anrüchiger oder auch geschäftlich unfähiger Persönlichkeiten dieses Erwerbszweiges, als eines bequemen Versorgungsmittels bemächtigt. Damit war von vornherein die Aussicht für die Auftraggeber auf eine zuverlässige und zweckmässige Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse eine mehr als fragliche geworden. Dazu kommt, dass es den gewerbsmässigen Vermittlern, eben weil sie aus dem Arbeitsnachweis ein Geschäft gemacht haben, stets um möglichst grossen pekuniären Profit zu tun ist, was vielfach wieder zu einer unerträglichen Ausbeutung des Publikums geführt hat. Zunächst schon pflegen übertriebene Gebühren in allen möglichen Formen erhoben zu werden. Sodann gehen viele Vermittler geradezu darauf aus, durch Vermittlung ungeeigneter Kräfte oder Stellen eine möglichst baldige Lösung des eben erst geschlossenen Arbeitsvertrags zu erzielen und damit sich einen neuen Auftrag zu sichern. Endlich wissen diese Vermittler mit schwindelhaften Reklamen,

mit täuschenden Versprechungen und verlockenden Anpreisungen ihrer Tätigkeit eine urteilslose Kundschaft anzulocken und zu betrügen. So musste denn bei einer Reglementierung des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises neben den dabei in Frage kommenden Personen auch deren Art des Geschäftsbetriebs ins Auge gefasst werden.

Es wird nun Sache des folgenden Kapitels sein, die zur Lösung der vorstehend gekennzeichneten Aufgaben seit 1900 ergangenen gesetzlichen Verfügungen zur Darstellung zu bringen, ohne dass deshalb eine erschöpfende Schilderung der in jedem einzelnen Bundesstaat, bezw. örtlichen Zentrum erfolgten Organisation des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises gebracht werden soll.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises.

a) Die Fernhaltung ungeeigneter Persönlichkeiten vom Arbeitsnachweis-Gewerbe.

Der Fernhaltung ungeeigneter Persönlichkeiten vom Arbeitsnachweis-Gewerbe soll der von der Gewerbenovelle von 1900 neueingeführte Konzessionszwang dienen. Darnach wird die Ausübung des Geschäftes eines Stellenvermittlers und Gesindevermieters von der Erlangung einer obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig gemacht. Zu versagen ist diese, sobald Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb dartun.

Zur größeren Wirksammachung dieser allgemein gültigen Verordnung sind derselben von den verschiedenen Landesbehörden weitere, ins einzelne gehende Bestimmungen beifügt worden. In der richtigen Erkenntnis, dass eine wirkliche Beeinflussung der Qualität der Vermittler nur möglich werde, wenn die zu erteilende Konzession nicht auf das zu eröffnende Geschäft, sondern auf die Person des jeweiligen Geschäftsinhabers zu übertragen sei, haben sämtliche Bundes-

staaten die Bestimmung getroffen, dass die Ausübung der Vermittlungstätigkeit durch den Besitzer des Bureaus persönlich zu erfolgen habe. Für eine event. nötige Einstellung von Hilfspersonal ist der Vermittler auf die Genehmigung derselben von zuständiger Seite aus angewiesen, und ist auch hier die Zuverlässigkeit der betreffenden Personen für die Erlangung der einzuholenden Erlaubnis erste Bedingung.

Aber mit der Auserwählung von nur empfehlenswerten Persönlichkeiten geben sich die Aufsichtsbehörden noch nicht zufrieden. Weiter noch erstreckt sich deren Vorsorge, indem sie die zu Konzessionierenden von solchen Nebenbetrieben fernzuhalten wissen, die erfahrungsgemäfs am leichtesten zu unlauteren Praktiken verleiten. Dahin gehört die Ausübung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, bezw. des sog. ambulanten Gewerbebetriebs, sowie die Verbindung des Vermittlerwesens mit dem Gast-, Schankwirtschafts- und Beherbergungsgewerbe. Was die Ausübung des Gewerbebetriebs im Umherziehen und den ambulanten Gewerbebetrieb betrifft, so ist die Stellungnahme der einzelnen Staaten eine verschiedene. Die einen, wie Preussen, Sachsen, Bayern, Würtemberg, haben jede im Umherziehen gepflogene Vermittlertätigkeit durchaus verboten. Andere, wie Hessen z. B., untersagen eine solche nur insoweit, als landwirtschaftliches Gesinde dabei in Betracht kommt. Baden bekämpft nur den sog. ambulanten Betrieb, d. h. das Aufsuchen von Arbeitskräften oder das Anbieten von offenen Stellen an öffentlichen Orten, als da sind: Schankstuben, Vergnügungslokale, öffentliche Läden, Bahnhöfe, Eisenbahnzüge, Lokale der öffentlichen Arbeitsnachweise usw.

Hinsichtlich des Verbots der Vereinigung der Vermittlungsbureaus mit Gast- und Schankwirtschaften herrscht grösere Übereinstimmung unter den von den Landesbehörden erlassenen Verordnungen. Insgemein wird die gleichzeitige Ausübung der beiden in Frage stehenden Gewerbe für unstatthaft erklärt. Nur Würtemberg stellt die Regelung dieser Angelegenheit dem jeweiligen Ermessen der Orts- oder Bezirksbehörden anheim. Das gleiche gilt für Württem-

berg auch hinsichtlich der Beherbergung von Stellesuchenden durch gewerbsmäßige Vermittler; während anderwärts — in Preußen, Sachsen, Baden — die Beherbergung und Beköstigung von arbeitsuchenden Personen den Gesindevermieter und Stellenvermittlern in beschränktem Umfang und in stets widerruflicher Weise zugestanden, in Bayern, Hessen und Hamburg durchaus untersagt wird.

b) Die Verhütung unerlaubter Ausbeutung des Publikums durch den gewerbsmäßigen Betrieb der Stellenvermittlung.

Eine solche Verhütung soll schon durch das Verbot der Beherbergung und Beköstigung Arbeitsloser da, wo solches in Kraft steht, erreicht werden, indem es damit den Vermittlern zur Unmöglichkeit gemacht wird, namentlich stellenlosen Dienstboten gegen hohe Vergütung ein Unterkommen zu gewähren und sie so lange auf einen Arbeitsplatz warten zu lassen, bis ihre ganze Habe draufgegangen sei.

Vornehmlich aber erheischte das Gebührenwesen eine eingehende Regelung, da gerade auf diesem Gebiete die wucherische Ausnutzung des Publikums durch die gewerbsmäßigen Vermittler ihre tollsten Blüten trieb.

Es sind zweierlei Gebührenarten, um die es sich dabei handelt: die sog. Einschreibee- und die eigentliche Vermittlungsgebühr. Da viele Vermittler sich damit einen unrechtmäßigen Gewinn zu verschaffen wissen, dass sie sich ihre Mitwirkung bei Abschluß eines Arbeitsvertrags von beiden Kontrahenten, dem Arbeitgeber und -nehmer bezahlen lassen, haben Bayern, Baden, Sachsen, Hessen vorgeschrieben, dass Gebühren nur von dem Auftrag gebenden Teile erhoben werden dürfen. Haben aber beide Vertragssteile den Vermittler mit ihrem Auftrag bedacht, so darf die gemeinsam von denselben zu entrichtende Summe die Höhe einer einmaligen Vermittlungsgebühr nicht übersteigen.

Was dann den Betrag der eigentlichen Vermittlungsgebühr angeht, so hat bereits die Novelle von 1900 hier die

unerlässlichsten Massregeln für das gesamte Reichsgebiet getroffen. Sie legt den Vermittlern die Verpflichtung auf, für ihre gewerblichen Leistungen eine Taxe aufzustellen, dieselbe der Ortspolizeibehörde mitzuteilen und sie im eigenen Bureau an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen. Diese Taxe bleibt so lange in Kraft, als nicht eine andere der Polizeibehörde angezeigt worden ist. Außerdem hat der Vermittler vor Abschluss eines Geschäftes dem jeweiligen Stellesuchenden die Höhe der event. auf ihn entfallenden Kosten mitzuteilen.

Von den einzelnen Bundesstaaten sind die Verordnungen der Reichsnovelle in gewissen Punkten noch genauer bestimmt und ist die Kontrolle über die Gebührentaxe verschärft worden. Bemerkenswert ist z. B. die Festsetzung, dass die Vermittlungsgebühr nur nach Zustandekommen eines gültigen Vertrags zahlbar sein soll.

Ausser der Vermittlungsgebühr pflegten viele gewerbsmässige Vermittler eine sog. Einschreibegebühr zu erheben. Eine derartige zwiefache Besteuerung des Auftraggebers ist nun in Preussen, Sachsen, Hessen, Hamburg untersagt. Dagegen erlaubt Baden eine solche, als Entschädigung für die Mühlwaltung, die dem Vermittler aus der Einschreibung des entgegengenommenen Auftrags in das Geschäftsbuch erwachse. Bayern und Württemberg gestatten die Erhebung solcher Gebühr bei erfolglosem Vermittlungsversuch; hingegen soll die vom Auftraggeber als Einschreibegebühr vorgeschosse Summe im Fall des Zustandekommens eines Arbeitsvertrags von der geschuldeten Vermittlungsgebühr in Abzug gebracht werden.

Endlich haben landesbehördliche Verordnungen auch den Missbräuchen zu steuern gesucht, die sich aus den Ansprüchen der gewerbsmässigen Vermittler auf Rückerstattung der ihnen durch ihre Tätigkeit verursachten Kosten und Auslagen ergaben. Fast von allen Bundesstaaten ist die Erlaubnis zu solcher Forderung auf einzelne, ganz bestimmte Fälle beschränkt worden.

Eine unerlaubte Ausbeutung des Publikums ist, wie im

1. Kapitel bereits erwähnt, in der Begünstigung innerlich fauler Arbeitsverträge durch die Vermittler zu erblicken.

Diesem Unfug haben sämtliche Bundesstaaten damit zu wehren gesucht, dass sie den Gesindevermieter und Stellenvermittlern die Einziehung sorgfältiger Erkundigungen über die Dienstverhältnisse bei beiden vertragschließenden Parteien zur Pflicht gemacht haben. Insbesondere haben sich die Vermittler zu vergewissern, ob die ihre Mitwirkung in Anspruch nehmenden Personen nicht durch ältere Verpflichtungen an dem Eingehen und der Erfüllung eines neuen Dienstvertrags gehindert sind. Am angelegentlichsten wird das Verbot einer Verleitung zum Kontraktbruch eingeschränkt und, wie z. B. in Elsass-Lothringen, jeder Nichtachtung solchen Verbots die nötige Sanktion gegeben durch Haftbarmachung des schuldigen Teiles für den der leidenden Partei verursachten Schaden.

Schließlich sind hier noch die Maßnahmen zu erwähnen, womit die Landesbehörden den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern eine Täuschung des Publikums über ihre wirkliche Leistungsfähigkeit zu erschweren, bzw. unmöglich zu machen suchen. Vor allen Dingen soll der *schwindelhaften Reklame* in Zeitungen dadurch vorgebeugt werden, dass auf öffentlichem Wege nur solche Stellen und Kräfte angeboten werden dürfen, für welche laut Geschäftsbüchern nachweisbare Aufträge vorliegen. Dabei ist Name, Stand und Wohnung des betreffenden Vermittlers in dem Inserat mitanzugeben. Auch hat dieser seinen Kunden jederzeit wahrheitsgetreue Auskunft in allen das in Aussicht genommene Arbeitsverhältnis interessierenden Dingen zu erteilen.

Die besprochenen Verordnungen würden indessen alle leere Buchstaben geblieben sein, hätten die Überwachungsbehörden nicht auch für deren Befolgung durch eine entsprechende polizeiliche Kontrolle Sorge getragen. Eine solche zu erleichtern, haben sämtliche Bundesstaaten Verfügungen betreffs Einrichtung und Führung der Geschäftsbücher in Händen der Vermittler erlassen. Für Arbeitgeber

und -nehmer ist mindestens je ein solches Buch zu halten. Bei jeder Neuanlegung eines Buches ist dasselbe der Behörde zur Beglaubigung und bei jeder Aufserdienstsetzung zur Bestätigung des Abschlusses einzureichen. Die einmal abgeschlossenen Bücher dürfen nicht mehr benutzt werden und sind während einer in den verschiedenen Staaten verschiedenen lang bemessenen Zeitdauer aufzubewahren. Im übrigen hat die Polizei das unbeschränkte Recht, sich durch persönlichen Einblick in die Geschäftsbücher von deren ordnungsgemäßen Führung zu überzeugen; auch alle anderen auf den Gewerbebetrieb bezüglichen Schriftstücke sowie mündliche Auskunft über den Betrieb kann die Behörde im Interesse einer wirksamen Kontrolle jederzeit von dem Vermittler beanspruchen.

Bei der inneren Einrichtung der Geschäftsbücher für Arbeitnehmer ist Vorsorge getroffen, daß in mehr oder minder zahlreichen Rubriken Eintragungen über die Personalien des Stellesuchenden und die aus dem event. abzuschließenden Arbeitsvertrag für Arbeitnehmer, Dienstberechtigte und Vermittler sich ergebenden gegenseitigen Verpflichtungen vorgenommen werden können. Zur Verhütung ausbeuterischer Versuche seitens der Vermittler haben die Bücher genaue Einzeichnungen über die vom Stellesuchenden bei erfolgreicher Nachweisung zu entrichtenden Gebühren zu bringen; auch die jeweils einzufordernden Auslagen sind zu vermerken. Der Einstellung kontraktbrüchiger Leute will man in Preussen und Sachsen damit wehren, daß von den Geschäftsbüchern Akten über die Art und Weise verlangt werden, in welcher Erkundigungen über die Dienstverhältnisse des Auftraggebers eingeholt worden sind. Durch präzise Bezeichnung der angebotenen Dienstleistung endlich soll dem Arbeitgeber ein Urteil über die Leistungsfähigkeit des Arbeitsuchenden ermöglicht werden. In Preussen und Sachsen gestattet die vom Vermittler zu buchende Adresse des letzten Dienstberechtigten dem neuen Dienstherrn eine etwa vor Abschluß des Vertrags erwünschte persönliche Erkundigung über den Stellesuchenden.

In ähnlicher Form sind auch die Bücher für die Arbeitgeber zu halten. Sie haben eingehende Personalien zu bieten; über Betrag und Bezahlung der Gebühren zu berichten; in Sachsen und Preusen sich über die eingezogenen Erkundigungen auszuweisen.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik der Organisation des gewerbsmäfsigen Arbeitsnachweises.

Von einer Erörterung über Vorteile und Nachteile des gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweises überhaupt wird an dieser Stelle abzusehen sein. Es handelt sich lediglich um eine Wertung dessen, was zu einer Organisation des gewerbsmäfsigen Vermittlertums ins Leben gerufen worden und im Vorstehenden zur Darstellung gekommen ist.

Was zunächst die Regelung der Personenfrage betrifft, so scheint durch Einführung des Konzessionszwangs jedenfalls eine Handhabe zur Fernhaltung notorisch ungeeigneter Individuen geschaffen. Freilich wird gerade nach besagter Richtung hin von zuständiger Seite die praktische Tragweite der in Betracht kommenden Gesetzesbestimmung nicht besonders hoch bemessen. Der Vorsitzende der Landeszentrale württembergischer Arbeitsämter formuliert seine Ansicht dahin: „Durch die Konzessionspflicht werde der Behörde auch nicht mehr Recht eingeräumt als bei der (früher gültigen) Anzeigepflicht“¹. Von ähnlicher Anschauung ist das Urteil bestimmt, das, bei einer Besprechung der Gesetzesnovelle von 1900 durch die württembergischen Arbeitsnachweis-Verwalter, den folgenden Ausdruck fand: „Bisher konnte auf die erlangene Anzeige hin die Erlaubnis zur Gesindevermietung versagt werden, wenn bestimmte Gründe vorlagen; wenn nun unter den neuen Bestimmungen um Erlaubnis zum Ge-

¹ Protokoll über die Verhandlungen der Verwaltungsbeamten württemb. A.-Ämter, 1900, S. 9.

schäftsbetrieb der Stellenvermittlung nachgesucht wird, so kann diese jedenfalls auch nur mit der gleichen Begründung wie bisher versagt werden, und meiner Ansicht nach können nur diese Gesichtspunkte, von denen bisher ausgegangen wurde, bei der Versagung der Erlaubnis in Betracht kommen“¹.

Und in der Tat, es lässt sich kaum ersehen, auf welche Weise die konzessionierende Behörde sich soll über die Würdigkeit oder Unwürdigkeit eines Petenten vergewissern können, sofern derselbe mit der Polizei oder dem Strafgesetzbuch noch nicht in Konflikt gekommen ist. Dafs aber solche immerhin mehr negative Tugend schon eine genügende Bürgschaft für eine untadelige Geschäftsführung begründe, wird sich nicht behaupten lassen.

Es bleibt nun freilich für den Fall einer ungerechtfertigten Erlaubniserteilung der Behörde jederzeit der Ausweg einer Wiederentziehung derselben. Indessen scheint es auch hier nicht immer gerade leicht, die nötige Handhabe zur Vornahme einer solchen Massregelung zu finden. Bei der Art und Weise der Geschäftsführung unreeller Vermittler ist es in Fällen missbräuchlicher Ausnutzung stellenloser Personen meist nahezu unmöglich, jene so zu überführen, dass sie strafrechtlich belangt werden können². Auch leidet die Mehrzahl der Geschädigten an einer oft unüberwindlichen Abneigung gegen das Betreten des Klageweges. Daran liegt es dann, dass die Polizeibehörde bei weitem nicht so einschreiten kann, wie solches im Interesse der Sache zu wünschen wäre. Von urteilsfähiger Seite, wie z. B. von Vorständen und Verwaltern öffentlicher Arbeitsnachweise, aber auch von v. Reitzenstein wird darum die Meinung vertreten, als liesse sich der Konzessionszwang erst recht wirkungsfähig gestalten, wenn er in dem von jedem Bewerber einzufordernden Bedürfnis- und auch Befähigungsnachweis die nötige Ergänzung finden würde.

¹ Protokoll über die Verhandlungen der Verwaltungsbeamten württemb. A.-Ämter 1900, S. 8.

² Ebenda, S. 8.

Mag nun gleich die richtige Auswahl unter den jeweiligen Bewerbern durch die Novelle von 1900 nicht in jedem Falle gewährleistet werden, so verdient doch die Bestimmung alle Anerkennung, nach der Personen aus dem Schank- und Gastwirtschaftsgewerbe von vornherein von der Ausübung der Gesindevermietung und Stellenvermittlung ausgeschlossen sind. Damit sind gerade die Elemente ferngehalten, von denen erfahrungsgemäfs der Arbeitsnachweis am gewissenlosesten gemisbraucht zu werden pflegt.

Die Schwierigkeit für eine zweckmässige Entscheidung in der Frage, ob auch die das Beherbergungsgewerbe Betreibenden von der Ausübung der Stellenvermittlung auszuscheiden seien, tritt auch in der verschiedenartigen Regelung zutage, die diese Sache behördlicherseits erfahren hat. Gegen eine Verbindung beider Gewerbe spricht der Umstand, dass damit vielfach der Ausbeutung und Unsittlichkeit Vorschub geleistet wird. Hinwiederum wird auch wieder, nicht mit Unrecht, geltend gemacht, dass besonders in kleineren Orten das Unterkommen bei einem soliden Stellenvermittler besonders für weibliche Dienstboten demjenigen in einer Gastwirtschaft vorzuziehen sei.

Erfreuliche Resultate dürften sich, bei strikter Durchführung, mit der Untersagung eines Zusammenarbeitens der konzessionierten Vermittler mit irgendwelchen beliebigen Schleppern und Unteragenten erzielen lassen. Rekrutieren sich doch gerade diese Leute zumeist aus mehr als verdächtigen Kreisen.

Der Ausbeutung des Publikums in pekuniärer Hinsicht soll die neuerfolgte Reglementierung des Geschäftsbetriebs der gewerbsmässigen Vermittler steuern. Viel scheint sich der Gesetzgeber davon zu versprechen, dass der Vermittler durch Aufstellung einer Taxe die von ihm zu beanspruchenden Gebühren in beglaublicher und für alle gleichmässig geltender Form zur Kenntnis der Benutzer zu bringen hat. Dem Übel an die Wurzel greift diese Maßregel jedenfalls nicht. Denn vor wie nach bleibt die Festsetzung der Höhe

der Gebühren dem individuellen Belieben des Vermittlers überlassen. Nur von der Einführung eines gesetzlich festzustellenden Maximaltarifs ließe sich nach v. Reitzenstein ein wirklicher Erfolg in der berührten Frage erhoffen.

Wirksamer als die Verpflichtung zur Einhaltung einer selbstgewählten Taxe möchte die Bestimmung sein, derzufolge der Vermittler erst nach erfolgreicher Bemühung seinerseits einen Anspruch auf Gebühren erwirbt. Damit dürfte in der Tat dem vielgeübten Missbrauch abgeholfen werden, dass unreelle Agenten sich für Mühwaltungen entschädigen ließen, denen sie sich gar nicht unterzogen hatten. Auch die Verfügung, wonach außer den in dem aufzustellenden Gebührenverzeichnis bestimmten Vergütungen für besondere Leistungen weitergehende Forderungen nicht mehr erlaubt sind, kann nur zum Besten des Publikums gereichen.

Ist dank den Vorschriften in betreff der Gebührentaxe eine Quelle unerlaubter Gewinnerzielung verstopft, so weiss das ausbeuterische Agententum aus einer anderen um so anstandsloser zu schöpfen. Gedacht ist hier an die Erhebung der sog. Einschreibegebühr, die nur in einigen Bundesstaaten gesetzlich abgeschafft ist. Das Wesen dieser Gebühr kennzeichnet die Konferenz württembergischer Arbeitsnachweis-Verwalter dahin, dass hier in unserem gesamten Erwerbsleben der einzige Fall nachzuweisen sei, in dem einer aufgenötigten Ausgabe keinerlei Gegenleistung gegenüberstehe¹.

Wenn in den von Baden zur Novelle von 1900 gegebenen Ausführungsbestimmungen die Erhebung einer Einschreibegebühr damit motiviert wird, dass dieselbe als eine Entschädigung für die Eintragung des betreffenden Gesuches ins Geschäftsbuch anzusehen sei, für eine Handlung also, deren Vornahme weder an sich eine so enorme Vergütung rechtfertigt, noch auch für den jeweiligen Auftraggeber den geringsten Wert hat, sobald ihr nicht andere folgen, so ist damit nur eine der anstößigsten Ausnutzungen des Publi-

¹ A. a. O.

kums durch die gewerbsmässigen Vermittler noch gesetzlich sanktioniert.

Es bedeuten demgegenüber die Bestimmungen keine Verbesserung, die in Bayern und Württemberg in Kraft stehen. Hiernach darf nur nach erfolglos bleibender Mühevaltung des Vermittlers von diesem eine Einschreibungsgebühr als Entschädigung für seine Arbeit eingezogen werden. Im Grund wird durch solche Übung auf die Nichtberücksichtigung eines Auftrags durch den Vermittler geradezu eine Prämie gesetzt. Tatsächlich steht denn auch die Höhe der in gewerbsmässiger Vermittlertätigkeit erzielten Erfolge in umgekehrtem Verhältnis zu der Höhe der erhobenen Einschreibengebühren. Von dem Würzburger Arbeitsamt z. B. sind gerade bei den gewerbsmässigen Bureaus mit gesteigerter Einschreibengebühr (bis 2 Mk.) auffallend wenig Vermittlungen beobachtet worden. Bei 832 Angeboten und 932 Nachfragen hat eines dieser Bureaus nur 27 Stellengesuche befriedigt, während der Durchschnitt der von den gewerbsmässigen Agenten Bayerns erzielten Vermittlungen immerhin bis 40 % reicht¹.

Nur eine rücksichtslose Abschaffung der durch keinerlei fruchtbare Leistung gerechtfertigten Einschreibengebühr würde das zahlende Publikum gegen weitere Ausplünderung sicher stellen.

Der praktischen Wirkbarmachung der Neureglementierung des gewerbsmässigen Vermittlertums soll die Anordnung einer fortgesetzten Kontrolle über den Geschäftsbetrieb der Agenten dienen. Vor allem will die Polizei ein scharfes Auge auf die Buchführung der Vermittler haben.

Es fragt sich nur, ob gerade die Ortspolizeibehörde und deren Organe durchwegs eine so ausreichende technische Befähigung zu eigen haben werden, dass eine ausschliesslich von ihnen gehandhabte Kontrolle als eine dem Zweck genügende bezeichnet werden darf. v. Reitzenstein ist geneigt, diese Frage in Berücksichtigung der in Paris z. B. mit einer

¹ Der Arbeitsmarkt, VI, 24.

polizeilichen Beaufsichtigung der Vermittlungsbureaus gemachten Erfahrungen zu verneinen. Er fordert im Interesse einer intensiven und wirksamen Kontrollierung die Wahrnehmung derselben durch sachverständige Organe und erblickt solche in den Gewerbeinspektoren.

Indessen wäre auch im Fall der Übertragung der Kontrolle an ein sachverständiges Personal die Wirksamkeit dieser Maßregel noch keineswegs verbürgt. Wohl ist ja den Vermittlern vorgeschrieben, alsbald bei jeder Inanspruchnahme durch Arbeitgeber oder -nehmer die in den Geschäftsbüchern vorgesehenen Rubriken auszufüllen und die erhobenen Gebühren einzutragen. Aber wer will auf Grund solcher Bestimmungen herausfinden, ob auch sämtliche vom Vermittler behandelte Fälle wirklich sofort und der Tatsächlichkeit gemäß vermerkt seien? Es kommt zweifellos der Meinungsausserung des mit der Visitation der Buchführung gewerbsmässiger Vermittler in Ulm beauftragten Verwalters des städtischen Arbeitsamtes eine allgemein gültige Bedeutung zu, wenn derselbe, als Zeuge vor Gericht, in fünf Fällen auf die Frage, ob ihm die Versäumnis der Eintragung in die Bücher nicht auch bekannt sei, stets die Antwort hat geben müssen: „außer in jenen Fällen, die er durch Zufall herausbringen konnte, könne er dies nicht nachweisen, da eine Kontrollmaßregel nicht gegeben sei“¹.

Das einzig zweckmässige Mittel zur Erzielung einer den Anforderungen genügenden Kontrolle will der genannte Beamte darin erblicken, „dass jeder Anmeldung eines Dienstboten bei der Polizei ein Coupon müsste beigelegt werden, der enthalten würde: den Namen der Dienstherrschaft, den Namen und die letzte Stelle oder die Wohnung des Dienstboten, den Namen des Gesindevermieters, den Betrag der durch den letzteren vom Arbeitgeber, bzw. Arbeitnehmer erhobenen Gebühren“².

¹ Protokoll der Verhandlungen württemb. Arbeitsamtsverwalter, 1901, S. 20.

² Ebenda.

Trotz aller Lücken, welche die Neuregelung des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises von Reichs-, Landes und Polizei wegen noch aufweist und trotz aller Bedenken, die man gegen den praktischen Wert dieser oder jener Verordnung haben kann, wird man doch annehmen dürfen, dass ein energischer Vollzug der neuen gesetzlichen Bestimmungen den schlimmsten moralischen und wirtschaftlichen Gefahren, die von dem gewerbsmässigen Stellenvermittlerwesen her besonders den Arbeitsuchenden drohen, erfolgreicher wird begegnen können, als dies vorher möglich war.

II. Abteilung.

Der Arbeitsnachweis gemeinnütziger-fürsorglicher Vereine.

Vorbemerkung.

Die Organisation des gemeinnütziger-fürsorglichen Arbeitsnachweises ist von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus erfolgt. Einmal sollte den Mängeln gegenüber, die der gewerbsmässigen und der einseitig-beruflichen Arbeitsvermittlung anhaften, eine zweckmässigere Art des Arbeitsnachweises geschaffen werden. Sodann sollte die Wohltat der Arbeitsvermittlung solchen Arbeitnehmerkategorien zugewandt werden, die voraussichtlich ohne eine derartige Fürsorge in wirtschaftlicher, bezw. moralischer Hinsicht es zu keiner befriedigenden Existenz bringen würden. Gedacht ist hier an beschäftigungslose Arme, entlassene Sträflinge, arbeitslose Wanderer und dergleichen. Je nachdem nun eine Organisation die eine oder andere Aufgabe zum überwiegenden Objekt ihrer Tätigkeit sich erwählt, wird auch ihr ganzer Aufbau verschiedenen Charakter tragen. Dementsprechend sollen die beiden Organisationsarten im folgenden je einer besonderen Betrachtung unterzogen werden.

Der von gemeinnütziger Seite zwecks bestmöglichster Arbeitsvermittlung organisierte Arbeitsnachweis.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Das Problem.

v. Reitzenstein zählt noch in seinem „Arbeitsnachweis“ eine ganze Reihe gemeinnütziger Vereine auf, die für den hier zu behandelnden Gegenstand in Betracht kämen. Doch ist, was er selber schon andeutet, seither in ungleich fühlbarerer Weise zutage getreten. Unter dem Einfluß nämlich der auf Errichtung paritätisch-kommunaler Arbeitsnachweise abzielenden Bewegung haben sich auch die gemeinnützigen Vereinsnachweise, was Tendenz und Organisation anlangt, mehr und mehr den öffentlichen Arbeitsnachweisen genähert. Vor allem auch sind sie infolge weitgehender Unterstützung durch die Kommune oft in sehr intime Beziehung zu den städtischen Verwaltungen getreten. Endlich auch bringt der Umstand, daß die meisten gemeinnützigen Vereinsnachweise Mitglieder von Landesverbänden für Arbeitsnachweis sowie des allgemeinen Verbands deutscher Arbeitsnachweise sind, es mit sich, daß sie sich den hier für Organisation und Geschäftsbetrieb massgebenden Grundsätzen anbequemen. Das Gesagte dürfte es genügend rechtfertigen, wenn im grossen und ganzen der gemeinnützige Vereinsnachweis in Verbindung mit dem paritätisch-öffentlichen Arbeitsnachweis zur Besprechung kommen wird.

Als typischer Repräsentant des Vereinsnachweises mit ungeschmälert gemeinnützigem Charakter kann der „Verein für Arbeitsnachweis sowie für Beschäftigung und Verpflegung von Arbeitsuchenden in Düsseldorf“ gelten. Schon aus vorstehendem Namen läßt sich die auch bei anderen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen fast unvermeidliche Erweiterung ihrer Aufgabe nach der Richtung auf die Fürsorge für Bedürftige hin ersehen. So wird denn auch als

Ziel der Tätigkeit der Arbeitsnachweisstelle ins Auge gefaßt: 1. Arbeitsgelegenheit aller Art zu ermitteln; 2. jedem Arbeitsuchenden, ohne Unterschied der Religion, des Geschlechts und Alters passende Arbeit und „zuverlässiges Unterkommen“ nachzuweisen.

Der ganzen Tendenz dieser Organisationsart des Arbeitsnachweises entspricht es, daß man sich hier nicht an der Arbeitsvermittlung allein genügen läßt, sondern auch auf möglichste Arbeitsbeschaffung sein Augenmerk gerichtet hat.

Unter der Herrschaft ähnlicher Grundsätze und in Verfolgung gleichartiger Bestrebungen ist z. B. auch die Errichtung der Zentralstelle für Arbeitsnachweis zu Hannover, ebenso des Vereinsarbeitsnachweises für den Stadt- und Landkreis Essen erfolgt.

Es sind nicht immer vollständig ausgebildete Vereine, die den gemeinnützigen Arbeitsnachweis betreiben. Es kommt auch vor, daß sich auf einen ähnlichen Zweck hin ein bloßes Komitee aus einigen, dem Gemeinwohl gewogenen Persönlichkeiten bildet. Ein solches ist z. B. in Mülhausen i. Els. tätig. Der Umschau und den daraus erwachsenden sittlichen Gefahren sowie Verlusten an Zeit und Geld zu wehren, ist dort von gemeinnützig gesinnten Männern ein Arbeitsnachweis ins Leben gerufen worden mit dem Programm: jedem arbeitslosen, aber arbeitswilligen Arbeiter den für seine Kräfte und Fähigkeiten passendsten Posten in kürzester Zeit auszuwählen und dem Arbeitgeber so rasch als möglich den ihm nötigen Arbeiter, Angestellten oder Lehrling zuzuweisen¹. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Betonung der vollkommenen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit gelegt, die dem Unternehmen nach allen Seiten hin eigne².

Auch die Mülhauser Anstalt hat nicht völlig jeden fürsorglichen Anstrich von sich ferngehalten. Sie steht in Verbindung mit einer sog. „Arbeiterhütte“, einer wohltätigen

¹ Mülhauser Jahresbericht 1900.

² Ebenda, 1895/96.

Veranstaltung zu vorübergehender Beschäftigung Arbeitsloser, bei der die vom Arbeitsnachweis Empfohlenen mit Vorliebe Aufnahme finden¹.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des gemeinnützigen Arbeitsnachweises.

Mit der Oberleitung des von gemeinnütziger Seite aus errichteten Arbeitsnachweises pflegt, wie in Düsseldorf, Hannover, Essen, ein von dem betr. Verein gewählter Ausschuss beauftragt zu sein. In Mülhausen ist es das gründende Komitee, das auch die Aufsicht führt. Arbeitnehmer sind in der Regel zur Mitverwaltung nicht hinzugezogen. In Essen könnten wenigstens die für das Jahr 1900 im Vorstand sitzenden zwei Berginvaliden als Vertreter der Arbeiterschaft angesehen werden. Zur Bewältigung der eigentlichen Geschäfte werden besoldete Beamte in Dienst genommen. Oft hat der Arbeitsnachweis seinen Sitz im selben Haus, in welchem fürsorgliche Veranstaltungen anderer Art noch untergebracht sind. So wohnen in Mülhausen Arbeitsnachweis und Herberge zur Heimat unter einem Dach. In Düsseldorf besitzt der Verein für Arbeitsnachweis mit dem Verein für Beherbergung obdachloser Wanderer und für Beschäftigung derselben ein gemeinschaftliches Heim.

Die Vermittlungstätigkeit erstreckt sich auf Arbeitsgelegenheiten und Arbeitskräfte jeder Art. Neben dem Arbeitsnachweis für männliche Arbeiter sind überall Versuche wenigstens mit weiblicher Arbeitsvermittlung gemacht worden. Die Vermittlung selber geschieht bald kostenlos für jedermann, bald ist sie nur für Arbeitnehmer unentgeltlich; so in Düsseldorf, in Mülhausen; bald auch werden, wie in Hannover, von Arbeitnehmern und -gebäرن Gebühren erhoben. Die zur Erhaltung der Arbeitsnachweisanstalt erforderlichen Gelder werden teilweise auf dem Wege der Einsammlung

¹ Mülhauser Jahresbericht 1892.

freiwilliger Spenden — Mülhausen — aufgebracht. Anderwärts sind es die Vereins-Mitgliederbeiträge, manchmal ergänzt durch städtische Subventionen, aus welchen die Unkosten des Arbeitsnachweises bestritten werden. In Hannover bilden die aus den Vermittlungsgebühren geschöpften Einnahmen einen wesentlichen Teil des jährlichen Einnahmeatats.

An der Art des Geschäftsbetriebes der gemeinnützigen Arbeitsnachweise dürfte zunächst dies bemerkenswert sein, dass die Anstalten sich nicht begnügen, Angebot und Nachfrage an sich herankommen zu lassen. Vielmehr sind sie auf die verschiedenste Weise bemüht, ihre Tätigkeit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, ja auch selber auf die Suche nach offenen Arbeitsgelegenheiten und freien Kräften zu geben. So machen die Nachweisstellen durch diesbezügliche Notizen in Zeitungen, auch durch Anbringung von Plakaten in Wirtschaften, an Bahnhöfen und ähnlichen Orten für sich Reklame. Mülhausen lässt das ganze Jahr, Düsseldorf wenigstens den Sommer hindurch bei den verschiedenen Betrieben im Ortsbezirk durch einen speziell damit beauftragten Beamten nach offenen Stellen fragen. Düsseldorf verfolgt außerdem eifrigst die Inserate der Ortszeitungen und bietet jeweils sofort per Telephon die bei der Anstalt gemeldeten Arbeitskräfte an. Bei chiffrierten Annoncen werden schriftliche Offerten gemacht.

Um bei Zuweisung von Arbeitsuchenden an offene Stellen möglichst wenig Fehlgriffe zu tun, herrscht in Düsseldorf der Brauch, die bisherige Beschäftigung der Stellenlosen genau zu erkunden und nur die mit ausreichenden Papieren versehenen in die Liste der Arbeitnehmer einzutragen. Wenn möglich, werden die Zeugnisabschriften zurückbehalten, um solche gegebenenfalls dem vorsprechenden Arbeitgeber sofort vorlegen zu können. Leute, für die keine passende Arbeit in Aussicht steht, werden beim Arbeitsnachweis nicht vorgemerkt. Dagegen kann Mittellosen, die weiter ziehen wollen, von der Anstalt eine Geldunterstützung gewährt werden.

Den Bereich ihrer Tätigkeit möglichst zu erweitern, finden sich bei manchen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen

Ansätze wenigstens zu einer örtlichen, bzw. auch interlokalen Zentralisation. Zwar Mülhausen weist im Interesse „einer wertvollen, auch schon erprobten Unabhängigkeit“ den Gedanken an eine Verbindung mit anderen Nachweisanstalten zurück¹. Doch scheint dieser Grundsatz auch hier nicht rücksichtslos beachtet zu werden. Jedenfalls wird mit dem badischen Arbeitsnachweis-Verband zwecks Unterbringung der in Mülhausen entlassenen Reservisten eine gewisse Fühlung unterhalten. Dagegen hat der Düsseldorfer gemeinnützige Arbeitsnachweis unbedenklich seine Mitwirkung bei der Errichtung einer Arbeitsnachweiszentrale für Düsseldorf und Umgegend zugesagt und ist zugleich, wie auch Essen, Mitglied des Verbandes zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf geworden. Die Bestrebungen der hannoverschen Zentralstelle dagegen auf Zentralisierung des Arbeitsnachweises in der eigenen Stadt sind an der Abneigung der Sondernachweise gegen eine Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung gescheitert. Auch Essen meldet von einem ähnlichen vergeblichen Versuch².

Da die gemeinnützigen Arbeitsnachweise ihre Bemühungen auch nach der Seite der Arbeitsbeschaffung hin richten, finden sich bei denselben mancherlei Veranstaltungen hiezu. Düsseldorf hat im Vereinshaus eine Anlage für Holzzerkleinerung und eine Teppichklopfarei. Daneben unterhält Düsseldorf, wie auch Hannover, eine Schreibstube für arbeitslose Schreiber und Kaufleute.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des gemeinnützigen Arbeitsnachweises.

Wenn in den Jahresberichten der verschiedenen gemeinnützigen Arbeitsnachweise wieder und wieder die erzielten Resultate als überaus günstige bezeichnet werden, so lässt sich dies wohl leicht erklären. Es spielt da eben, auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, das so menschliche Wohl-

¹ Mülhauser Jahresbericht 1894.

² Essener Jahresbericht 1899/1900.

gefallen des Vaters an seinem Kinde seine Rolle. Wird aber zum Beweis für die so anerkennenswerten Leistungen der gemeinnützigen Anstalten auf das von denselben veröffentlichte Zahlenmaterial hingewiesen, so kommt für den absoluten Wert solcher Zahlen doch recht viel darauf an, mit was für Augen man sie bemisst. Gewifs ist es ein Erfolg, wenn die Mülhauser Anstalt z. B. es von c. 1000 Vermittlungen im Eröffnungsjahr 1889 bis auf ihrer 4008 im Jahre 1902 gebracht hat. Immerhin bleibt dieser Erfolg doch ein sehr relativer für den, welcher vorstehende Zahlen in Vergleich bringt zu der Gesamtsumme der im Verlauf eines Jahres in einer Fabrikstadt wie Mülhausen zum Abschluß kommenden Arbeitsverträge. Dafs die dortige private gemeinnützige Arbeitsnachweis-Anstalt in der Tat den Bedürfnissen nicht genügt, dürfte schon die 1903 erfolgte Eröffnung eines allgemeinen kommunalen Arbeitsnachweises andeuten.

Aber auch bei den anderen bereits genannten gemeinnützigen Nachweisen sind die Vermittlungszahlen keine glänzenden. Essen meldet nach fünfjährigem Bestehen der Anstalt für 1900: 2260 Stellenbesetzungen. In Hannover sind sich, seit Gründung der Arbeitsnachweisstelle, die jährlichen Vermittlungsresultate ziemlich gleich geblieben. Während für 1894 3438 Vermittlungen verzeichnet wurden, gibt es deren für 1901/02 noch 3282. Für Düsseldorf beträgt die Höchstzahl jährlicher Stellenbesetzungen 2228.

Zur Erklärung solcher im Grund wenig befriedigender Ergebnisse muß auf einen doppelten Umstand hingewiesen werden. Einmal besteht die Arbeiterkundschaft der meisten gemeinnützigen Arbeitsnachweise überwiegend aus ungelehrten Leuten, Handlangern und Taglöhnnern, für deren Unterbringung die gemeldeten offenen Stellen bei weitem nicht ausreichen. So sind in Düsseldorf im Jahre 1895 an derartigen Stellengesuchen 13125 eingegangen. Denselben standen aber nur 2266 Stellenangebote gegenüber. Im Jahr 1896 waren es deren gar nur 2155. Aber selbst von diesen 2155 mußte die Anstalt trotz des ungeheuren Andrangs von

Arbeitsuchenden noch 847 unbefriedigt lassen, weil sich zu deren Besetzung die geeigneten Kräfte nicht fanden. Es ist denn auch — und das ist der zweite Grund zur Erklärung der geringen zahlenmässigen Erfolge — eine bei allen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen gleicherweise wiederkehrende Klage, daß das Arbeitermaterial so viel zu wünschen übrig lasse.

Es scheint demnach den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen nicht minder an offenen Stellen wie an tauglichen Kräften zu mangeln. Die Arbeitgeber bleiben dem Nachweis fern, weil sie eben die richtigen Leute dort nicht zu finden glauben. Die Arbeiter aber, soweit es nicht geringwertige Elemente sind, haben oft kein rechtes Zutrauen in einen Nachweis, bei dessen Verwaltung ihnen jede Mithetätigung versagt ist. Bei aller Betonung seiner Unparteilichkeit läßt sich aus den Berichten des Mülhauser Nachweises wohl ersehen, wie sich derselbe in dieser Hinsicht mancherlei Vorwürfe — ob berechtigter oder unberechtigterweise, das steht dahin — hat gefallen lassen müssen¹. Es heißt aber solche Vorwürfe geradezu herausfordern und der besseren Arbeiterschaft die Benutzung des Arbeitsnachweises verleiden, wenn der Essener gemeinnützige Arbeitsnachweis dem dortigen Gewerkschaftskartell die nachgesuchte Beteiligung an der Leitung desselben rundweg abschlägt².

Verschieden scheinen sich die Erfolge bei den einzelnen Arbeitsnachweisen in der Vermittlung weiblicher Arbeitsuchender gestaltet zu haben. Der von der Mülhauser Anstalt zuerst gepflegte Arbeitsnachweis für Dienstboten und Fabrikarbeiterinnen scheint wieder eingeschlafen zu sein. Wenigstens geben die Geschäftsberichte der letzten Jahre keine Nachrichten mehr über ihn. Auch in Hannover steht es um die weibliche Vermittlung wenig erfreulich. 1900/01 sind gar keine, 1901/02 13 weibliche Personen durch den Nachweis in Stellung gebracht worden. Erfolgreicher hat

¹ Mülhauser Jahresberichte 1894/95; 1896.

² Essener Jahresbericht 1895/96.

sich der Verkehr bei der weiblichen Abteilung der Düsseldorfer Anstalt entwickelt, obgleich auch hier noch im Jahr 1900 beklagt wird, dass es nicht glücken wolle, die beiderseitigen Ansprüche in erwünschtem Maß auszugleichen; nur erst ein Drittel der Gesuche habe erledigt werden können.

Lässt die oft ausbleibende rege Beteiligung der Interessierten den gemeinnützigen Arbeitsnachweis schwer zur Entfaltung einer ausgedehnteren Tätigkeit kommen, so hat er einen zweiten wunden Punkt in der Unsicherheit seiner finanziellen Unterlage. In der Tat könnte die pekuniäre Unterstützung, die der gemeinnützige Arbeitsnachweis bei Freunden und Göntern findet, sich von einem Jahre aufs andere leicht in einem Mafse verringern, dass ihm dadurch die Fortführung seiner Tätigkeit wenn nicht unmöglich, so doch recht schwer gemacht würde. Ein drastisches Beispiel nach dieser Richtung erzählt Dr. Zahn in den Blättern für administrative Praxis. In Wien sei im Jahre 1891 der dortigen Vermittlungsanstalt ein Beitrag von 500 Fl. von dem Komitee des Industriellenballs zugewiesen worden. Im folgenden Jahr aber hätten die Industriellen nicht mehr für die Arbeitsvermittlung getanzt. Damit sei auch der Beitrag von 500 Fl., der 11 % der gesamten Einnahmen der Arbeitsnachweisanstalt ausgemacht, ausgefallen¹. In ihrer Wirkung ähnlich sind die Vorgänge, von denen die Essener Berichte künden. Dort war der Stand der Arbeitsnachweiskasse ein recht erfreulicher, solange die Stadt die erforderlichen Räume in einem städtischen Gebäude stellte. Als aber infolge der Erweiterung seiner Tätigkeit der Arbeitsnachweis nach einem zweckmässigeren Lokal verlegt werden musste und die Stadt ein solches zu überlassen nicht in der Lage war, erheischten die neu entstehenden Kosten gleich einen dringenden Rekurs an eine vermehrte pekuniäre Hilfeleistung durch Behörden und Private². Überhaupt bildet

¹ Dr. Zahn, Über städtische Arb.-Verm.-Anstalten a. a. O. 1896, S. 91.

² Essener Jahresbericht 1899/1900.

die Bitte um möglichst grosse Zuschüsse einen ebenso ständigen wie unerlässlichen Abschnitt in den Jahresberichten der gemeinnützigen Arbeitsnachweise.

In der richtigen Erkenntnis, dass zu einer fruchtbringenden Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweis der Zersplitterung, unter der er vielfach leidet, entnommen und einheitlich organisiert werden müsse, finden sich bei vielen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen diesbezügliche Bestrebungen. Aber gerade die gemeinnützige Form des Arbeitsnachweises scheint für Erfolge auf diesem Gebiet wenig geeignet. Wohl ist es, wie bereits erwähnt, teilweise zu gröfseren Zentralorganisationen gekommen. Aber Resultate in Vermittlungen sind so gut wie keine zu verzeichnen. Essen berichtet, dass seine Zugehörigkeit zum „Verband zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf“ für die Jahre 1898/99 und 1899/1900 ganz ohne Bedeutung gewesen sei. Der Versuch aber, den Arbeitsnachweis durch eine Vereinigung aller an einem Ort befindlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise lokal zu zentralisieren, wenn er auch in Düsseldorf geglückt ist, wird an der Rivalität der einzelnen Vereine und der Verschiedenartigkeit der von diesen verfolgten Ziele stets ein schwer zu überwindendes Hindernis finden. Hannover und Essen geben hierfür einen deutlichen Beleg.

Bei aller Anerkennung der vielfach segensreichen Leistungen des gemeinnützigen Arbeitsnachweises wird es bei dem Endurteil bleiben müssen, das die Verwaltung des Düsseldorfer, also eben eines gemeinnützigen Arbeitsnachweises über ihr eigen Werk dahin abgegeben hat: „Wir verschließen uns nicht der Einsicht, dass unser Arbeitsnachweis nach Maßgabe unserer Einrichtung und Mittel nicht allen Anforderungen zu genügen vermag, die an einen öffentlichen, auf breiter Grundlage errichteten Nachweis gestellt werden können. Wir würden es deshalb mit Freuden begrüßen, wenn seitens unserer Stadtverwaltung die Frage der Errich-

tung eines städtischen, sämtliche Fach-Nachweise umfassenden Arbeitsnachweises weiter verfolgt würde Unser Verein würde seine Genugtuung darin finden, in emsiger und opferwilliger Arbeit auch nach dieser Seite hin Pionierdienste getan zu haben.“

Der rein fürsorgliche Arbeitsnachweis.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Das Problem.

Die rein fürsorglichen Arbeitsnachweise beschränken ihre Tätigkeit auf einen bestimmt umgrenzten Teil der arbeitenden Bevölkerung. Es sind wirtschaftlich schwächere oder moralisch minderwertige Personen, denen in der richtigen Erkenntnis, dass regelmässige Arbeit für sie das beste Heilmittel sei, zu lohnender Beschäftigung und damit zu einer gesicherten Existenz verholfen werden soll. So haben längst Armenverwaltungen jeder Art im wohlverstandenen Interesse der Unbemittelten den Nachweis von Arbeit der Darreichung von Almosen vorgezogen und sind darüber zu einer mehr oder weniger entwickelten Organisation des Arbeitsnachweises gekommen. Sie mussten um so gröfseres Gewicht auf einen solchen legen, als sie damit das einzig verlässliche Mittel gewinnen konnten, den arbeitswilligen Notleidenden vom berufsmässigen Bettler zu unterscheiden.

Von ähnlichen Voraussetzungen ausgegangen und gleiche Ziele verfolgend sind die von den Herbergen zur Heimat und den Naturalverpflegungsstationen eingerichteten Arbeitsnachweise. Sie sind auf mehr oder weniger mittellose Arbeitnehmer berechnet, die auf dem Weg der Wanderschaft zu neuer Arbeitsgelegenheit zu gelangen suchen.

Die Rücksicht auf die wirtschaftlich schwächeren Arbeiterpersonen weiblichen Geschlechts hat eine Reihe von Veranstaltungen für Arbeitsnachweis ins Leben gerufen mit dem Zweck, weiblichen Arbeitslosen teils in der Verwertung

ihrer Kräfte behilflich zu sein, teils gegen sittliche Gefahren einen Halt zu bieten.

Auch die Arbeitsnachweise für entlassene Reservisten können hier Erwähnung finden. Ist doch auch diese, oft mittellose Arbeitnehmerkategorie von sich aus nicht immer in der Lage, sich von einem Tag auf den anderen eine Erwerbsquelle und damit das nötige Brot zu beschaffen. Um so angezeigter erscheint hier das Eingreifen fürsorglicher Arbeitsnachweise, als gerade die herbstliche Zeit, in der die Entlassung vom Militär sich zu vollziehen pflegt, meist schon weniger günstige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt aufweist.

Endlich haben die Arbeitsnachweise der Arbeiterkolonien und diejenigen der Schutzvereine für entlassene Sträflinge es mit solchen Arbeiterelementen zu tun, die es aus eigener Kraft kaum noch zu ehrlicher Beschäftigung und einem besseren Lebenswandel bringen würden. So ist die Ermittlung von geeigneten Arbeitsstellen vornehmster Tätigkeitsgegenstand der mit der Schutzhilfe für Leute der genannten Art sich befassenden fürsorglichen Vereine.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des fürsorglichen Arbeitsnachweises.

Die Organisation des Arbeitsnachweises bei den verschiedenen fürsorglichen Vereinen ist eine höchst mannigfaltige. Oft sehr primitiver Art, ist sie vereinzelt, wie z. B. bei dem Dresdener Verein gegen Armennot und Bettelei eine sehr ausgebildete.

Der Natur der Sache entsprechend, ist von einer Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Verwaltung oder von Erhebung von Gebühren von seiten der Arbeitslosen nirgends die Rede. Der Geschäftsbetrieb, der bei manchen kleinen Herbergen zur Heimat sich auf die Ausschreibung von Stellenangeboten an der schwarzen Tafel beschränkt, ist bei

andern Anstalten mit grossem Verkehr in technisch entwickelterer Weise eingerichtet. Vielfach, so bei den Arbeiterkolonien, den Vereinen zum Besten entlassener Gefangener hängt die Auffindung offener Stellen von den persönlichen Beziehungen ab, welche die Anstaltsleiter mit Arbeitgebern unterhalten. Auch börsenmäßig gestaltet sich da und dort der Verkehr, indem die Arbeitgeber selber in dem Arbeitsnachweis erscheinen, ihren Bedarf unter den dort anwesenden Arbeitslosen zu decken. Bei den meisten fürsorglichen Arbeitsnachweisen ist von einer Verbindung mit anderen, gleiche Zwecke verfolgenden Unternehmungen nichts zu bemerken. Erst in neuester Zeit haben sich, wenigstens auf Seiten der Naturalverpflegungsstationen, Bestrebungen auf ein geregeltes Zusammenwirken hin zwischen den Stationen eines grösseren Gebietsteiles geltend gemacht.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des fürsorglichen Arbeitsnachweises.

Es ist keine Frage, dass der fürsorgliche Arbeitsnachweis für die Menschenklassen, für die er bestimmt ist, überaus segensreich wirken kann. Er würde dies noch in einem weit höheren Maß, als es tatsächlich geschieht, wenn er nicht gerade am Nötigsten, an Aufträgen seitens der Arbeitgeber, so sehr Mangel litte. Aber wer unter den Arbeitgebern mehr auf Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit seiner Gehilfen, denn auf geringen Lohnsatz sieht, wird das fürsorgliche Arbeitsnachweisbüro lieber nicht in Anspruch nehmen. Der Jahresbericht des Vereins gegen Armennot und Bettelei zu Dresden pro 1889 gesteht es unumwunden ein, dass auch die dortige Vermittlungsstelle, was die männlichen Arbeiter angeht, noch sehr unter dem Vorurteil vieler Arbeitgeber leidet, als bekäme man vom Arbeitsnachweis nur Bettler, Unbekannte oder mangelhafte Arbeitskräfte zugewiesen. Und trotz aller Bemühungen, durch strenge Kontrolle über die in Arbeit zu bringenden Personen den Anforderungen der Arbeitgeber zu genügen, scheint es bis zur Stunde dem

Verein noch nicht gelungen zu sein, sich und seiner Arbeitsvermittlung einen günstigeren Ruf zu erwerben. Nur in den von Arbeitskräften entblößten Kleinstädten und Dörfern zeigt sich die Arbeitgeberschaft den Schützlingen der fürsorglichen Vereine entgegenkommender und gelingt es, einen beachtenswerten Teil der Stellenlosen in Arbeit zu bringen.

Schon das Gesagte dürfte zur Genüge erkennen lassen, dass der fürsorgliche Arbeitsnachweis für eine Lösung der volkswirtschaftlichen Frage vom Arbeitsnachweis kaum in Betracht kommen kann. Zwar hat v. Reitzenstein gelegentlich der Magdeburger Versammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit von 1887 der Hoffnung Ausdruck gegeben: es werde den Veranstaltungen der Wohltätigkeitsvereine noch gelingen, sich immer mehr auszudehnen und sich harmonisch aneinander anzuschliessen, dann die anderweitigen, dem Eigennutz und agitatorischen Zwecken dienenden Nachweise zurückzudrängen und so den Arbeitsmarkt vollkommen zu beherrschen. Aber die tatsächliche Wirklichkeit hat die v. Reitzenstein'sche Ansicht längst widerlegt. Statt sich bis zu einer Beherrschung des gesamten Arbeitsmarkts zu entwickeln, geht die fürsorgliche Arbeitsnachweis-Organisation eher rückwärts. Zwei der bedeutendsten wohltätigen Arbeitsnachweisanstalten, die von der Armenverwaltung in Leipzig und die vom Verein gegen Verarmung und Bettelei in Dortmund unterhaltenen, sind durch Organisationen anderer Art ersetzt worden. In Dortmund hat ein städtischer Arbeitsnachweis, in Leipzig ein von gemeinnützigen Vereinen unter weitgehender Unterstützung durch die Stadt ins Leben gerufener Arbeitsnachweis den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage in die Hand genommen.

Im übrigen beschränkt der fürsorgliche, wohltätige Arbeitsnachweis seine Tätigkeit auf einen zu kleinen Kreis und leidet er selber an unheilbarer Zersplitterung viel zu sehr, als dass von ihm eine umfassende Hilfeleistung für die Gesamtheit der arbeitenden Klassen erwartet werden könnte.

Hauptgruppe C.

Die Arbeitsnachweis-Organisationen, die von Nichtinteressenten zusammen mit Interessenten verwaltet werden.

Vorbemerkung.

Weder die ausschliesslich von den Interessenten selber noch die lediglich von nicht beteiligter Seite aus organisierte Arbeitsvermittlung kann den an einen idealen Arbeitsnachweis zu stellenden Anforderungen genügen. Neben verschiedenen anerkennenswerten Eigenschaften tragen jene beiden Hauptarten von Arbeitsnachweis-Organisationen auch schwere Mängel an sich. Es lag darum nahe, nach einer Form zu suchen, welche die guten Seiten an den nichtbefriedigenden Organisationen in höchster Potenz in sich vereinige und ausscheide, was an diesen zur Kritik Anlass gibt. Indem man den Arbeitsnachweis direkt zu einem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung mache oder ihm wenigstens weitgehendste kommunale, bezw. staatliche Unterstützung zuteil werden lies, hoffte man, das Richtige gefunden zu haben.

An der Hand einer Geschichte der auf Einführung einer Arbeitsvermittlung von öffentlichkeitswegen abzielenden Bewegung dürften sich am besten auch die diese Bewegung beherrschenden Grundsätze zur Darstellung bringen lassen.

I. Abteilung.

Die paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweis-Organisationen.

1. Darstellender Abschnitt.

1. Kapitel.

Darstellung der Geschichte und des Problems des paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweises.

Die ersten Versuche aus jüngster Zeit, die öffentlichen Gewalten mit der Organisation des Arbeitsnachweises zu betrauen, datieren bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinauf. Schon 1884 nämlich ist aus Arbeiterkreisen dem deutschen Reichstag eine Petition mit einem Gesetzentwurf zugegangen, worin auf eine Regelung der Arbeitsvermittlung durch das Reich angetragen ward. In der Kommissionsverhandlung über die genannte Petition teilten die Regierungskommissare mit den Volksvertretern die gleiche Ansicht über die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Organisation des Arbeitsnachweises. „Fast einstimmig“ ward infolgedessen beschlossen, die Petition dem Reichskanzler als Material für die gesetzliche Lösung der Arbeitsnachweisfrage zu übermitteln. Aber nach diesem vielversprechenden Ansatz ist die deutsche Gesetzgebungsmaschine wieder ins Stocken geraten¹.

Nicht erfolgreicher sollten die im selben Jahr 1884 von seiten des preußischen Handelsministers ausgehenden Bemühungen auf Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise hin ausfallen. Nachdem die von verschiedenen Interessenten, z. B. vom Zentralvorstand deutscher Industrieller, eingeholten Gutachten grosse Meinungsverschiedenheit in den betreffenden Kreisen ergeben hatten, unterblieb auch hier jeder weitere Fortgang in der Sache².

¹ Schmölder, Der Arbeitsmarkt, Preuß. Jahrbücher 1896, S. 158.

² Schmollers Jahrbuch XIX, S. 293.

Erst mit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die Arbeitsnachweisfrage angefangen, die weitesten Kreise der Öffentlichkeit zu beschäftigen. Als bereits im Jahre 1892 die Stuttgarter Gewerkschaften einen vom Gewerbegerichtspräsidenten zu leitenden kommunalen Arbeitsnachweis gefordert hatten, sollte es das Verdienst des damaligen Vorsitzenden des Stuttgarter Gewerbegerichts, Lautenschlager, werden, den entscheidenden Anstoß zur Verwirklichung jener Arbeiterforderung gegeben zu haben. In einer 1893 der Stuttgarter Stadtverwaltung eingereichten ausführlichen Denkschrift weist Lautenschlager die Gemeinde als die berufene Trägerin lokaler Arbeitsvermittlung darzustellen. Gerade die Kommune als solche will ihm besonders befähigt erscheinen, im Unterschied zu den bisher gebräuchlichen Organisationsformen den Arbeitsnachweis durch unparteiische Verwaltung desselben dem Klassenkampf zu entziehen; denselben durch Einführung unentgeltlicher Vermittlung aus einem Mittel zur Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren, das er bisher oft gewesen, recht eigentlich in eine Wohlfahrtsmafsregel umzugestalten; endlich gebiete ein städtischer Arbeitsnachweis über einen weit umfangreicheren Markt als je sonst ein anderer Arbeitsnachweis und gewähre damit eine ungleich gröfsere Möglichkeit der Befriedigung sowohl des Angebots als der Nachfrage.

Wenn nun auch das Lautenschlagersche Projekt nicht sofort mit seinem Erscheinen zur Verwirklichung gekommen ist, so hat sich doch eine endgültige und im groszen und ganzen zustimmende Stellungnahme der Stuttgarter städtischen Verwaltung für die allernächste Zeit voraussehen lassen.

Es sollte noch ein neuer, nicht nur für die eine württembergische, sondern für sämtliche Gemeinden des Reichs geradezu zwingender Umstand der Kommunalisierung des Arbeitsnachweises das Wort reden. Gedacht ist hier an den Druck, den die damals herrschende wirtschaftliche Krise und die davon bedingte übermäfsige Arbeitslosigkeit auf die Gemeinwesen ausübten. Mehr und mehr erschlossen sich einsichtige Städteverwaltungen der Erkenntnis, daß es im

eigenen Interesse handeln heisse, wenn es durch städtisch organisierte Arbeitsvermittlung gelingen würde, „die Armenverwaltung zu entlasten, die Steuerkraft der Arbeiter und Arbeitgeber zu heben, der Stadtverwaltung Klarheit über die Armen- und Arbeiterverhältnisse innerhalb des Ortsbezirks zu verschaffen, vor allem aber durch möglichste Arbeitsbeschaffung der Gefahr, die jede Ansammlung gröfserer Massen Arbeitsloser für eine Kommune bedeute, die Spitze abzubrechen.“

Unter solchen Verhältnissen durfte in der Tat der Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweis hoffen, den von ihm erstrebten Zweck zu erreichen, als er im April 1892 seinen Geschäftsbericht, der eine eingehende Darstellung der Einrichtungen des Vereins enthielt, an sämtliche gröfsere Städte Deutschlands mit der Bitte sandte, die Errichtung von Arbeitsnachweisen in Erwägung zu ziehen. Der mit diesem Schritt erzielte Erfolg war ein so bedeutender, dass der Berliner Zentralverein in seinem Vorgehen den Hauptanstoss für den im Herbst 1893 vom „Freien deutschen Hochstift“ nach Frankfurt a. M. berufenen sozialen Kongress erblicken zu sollen meint¹. Wie dem nun auch sei, jedenfalls ist schon der Gegenstand, über den zu Frankfurt verhandelt worden ist: „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung“, sodann aber auch dieses für die neuanhobende Arbeitsnachweis-Bewegung von höchster Bedeutung gewesen, dass sich auf dem Kongress Männer aus entgegengesetzten wirtschaftlichen Lagern, sozialdemokratische Gewerkschaftler und Grofsunternehmer, Vertreter der Wissenschaft, wie der Praxis zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden.

Es war das Lautenschlager'sche Projekt, das, neben anderem, zu eingebenden Erörterungen Anlafs gab und im Prinzip allseitige Anerkennung fand. v. Reitzenstein erklärt, dass die Haltung des Kongresses, auch ohne dass eine eigentliche Abstimmung stattfand, als eine nahezu einhellig zustimmende bezeichnet werden kann².

¹ Der Arbeitsmarkt I, S. 102.

² v. Reitzenstein, Der Arb.-Nachw. a. a. O. S. 316.

In unmittelbarer Folge der Frankfurter Beratungen machte sich in allen grösseren Städten Deutschlands ein so lebendiges Interesse für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise geltend, dass man schon den Ausgangspunkt für diese ganze Bewegung geradezu in jenen Oktober 1893 verlegt hat¹.

Im Oktober 1894 einigt man sich in Stuttgart über die Errichtung einer kommunalen Arbeitsnachweisanstalt, nachdem Esslingen und Erfurt bereits mit dem guten Beispiel den Anfang gemacht hatten. Und nun nimmt die Zahl ähnlicher Anstalten in Deutschland überraschend schnell zu.

Fingen nur erst vereinzelte Kommunen an, sich auf ihre Aufgaben in Sachen der Arbeitsvermittlung zu besinnen und deren Lösung in Angriff zu nehmen, so konnten die staatlichen Verwaltungen gross und klein nicht länger umhin, zu der Frage ebenfalls Stellung zu nehmen. Mufste ja doch der zweckmässigste Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, schon im Hinblick auf die dabei in Betracht kommende Zahl der Interessenten, für die Regierung eines Landes noch bedeutungsvoller sein als für den Vorstand einer einzelnen Gemeinde. So haben denn auch in der Tat die verschiedensten deutschen Regierungen zur eigenen Orientierung in der Angelegenheit zunächst umfassende Erhebungen über die Arbeitsnachweis-Verhältnisse in ihrem Lande veranlaßt.

Es ist wiederum Süddeutschland und speziell Württemberg, das im Jahre 1894 hiermit den Anfang macht und, wie sich das „Sozialpolitische Zentralblatt“ ausdrückt, „der bürokratischen Langsamkeit mafsgebender Staaten in Norddeutschland auf dem Gebiet der Sozialpolitik ein gut Stück vorausseilt“².

Immerhin hat es nicht allzulang gewährt, bis man auch im Norden, in Preußen, dem württemberger Beispiel es nach-

¹ Jahresbericht des Zentralvereins für Arb.-Nachw. zu Berlin 1895, S. 72.

² A. a. O. 1894 v. 10. Sept.

getan hat. Nicht nur läfst das zuständige Ministerium eine eingehende Ermittlung über die Lage der Arbeitsvermittlung in Preussen veranstalten, deren Ergebnisse im Jahrgang 1896 der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus niedergelegt sind; auch direkt scheint der preussische Handelsminister in die Neuregelung des Arbeitsnachweises eingreifen zu wollen, indem er, Ende 1894, in einem Erlaß an die untergeordneten Behörden und in Anlehnung an wesentliche Punkte des Lautenschlager'schen Projekts die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise wenigstens in allen Städten von mehr als 10 000 Einwohnern für wünschenswert erklärt.

Im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ wird der genannten ministeriellen Verfügung der Vorwurf gemacht, sie zeige zwar viel guten Willen, aber geringe tatsächliche Orientierung; sei bezüglich der Ernennung der Leiter des Arbeitsnachweises zu bürokratisch; wisse nichts von möglicher Staatshilfe für die organische Verbindung der einzelnen Arbeitsnachweise; scheine noch von der Organisation des Arbeitsnachweises eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten, während es sich dabei doch nur um eine geregeltere Besetzung der vorhandenen Arbeitsstellen handeln könne. Trotz aller Mängel sei der Erlaß doch ein erfreulicher Lichtblick in der sozialpolitischen Tätigkeit der preussischen Gewerbezentralstelle¹.

In Wirklichkeit hat man denn auch von einem praktischen Erfolg, der auf die preussisch-ministerielle Anregung zurückgeführt werden könnte, zunächst wenig verspürt. Zwar läfst sich eine ganze Reihe von Gemeindeverwaltungen im Lande zur Errichtung bürokratisch geleiteter öffentlicher Arbeitsnachweise bereit finden. So wies — um nur dies eine Beispiel anzuführen — der Regierungsbezirk Potsdam in einem gegebenen Augenblick ihrer mehr als zehn auf. Aber nach kurzer Existenz sind dieselben wieder spurlos verschwunden aus dem guten Grund, daß die wohl-

¹ A. a. O., S. 17.

wollende Absicht oder kategorische Verfügung eines Ministers oder eines städtischen Kollegiums einen Arbeitsnachweis noch nicht lebensfähig machen wird, es sei denn, daß diesem durch entsprechende Beteiligung der zunächst Interessierten, der Arbeiter und Arbeitgeber, an der Verwaltung auch eine eifrige Inanspruchnahme gesichert werde.

Erst ein erneuter Ministerialerlaß, unter Datum vom 8. März 1898, hat eine Besserung gebracht, indem derselbe, im Gegensatz zu den Arbeitsnachweisen mit bürokratischem Charakter, solche mit kollegialer Verwaltung unter gleichmäßiger Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern empfiehlt. Nachdem die meisten preußischen Großstädte dieser Anregung gefolgt sind, haben neuerdings die zuständigen Minister durch einen gemeinsamen Erlaß an die Regierungspräsidenten vom 18. Nov. 1902 und in Anerkennung der vom Verband deutscher Arbeitsnachweise vertretenen Grundsätze auf die Notwendigkeit von Arbeitsnachweisen in Städten mit 10—20 000 Einwohnern hingewiesen.

Gleichzeitig mit Preußen hat das Königreich Sachsen eine Ermittlung in Sachen des Arbeitsnachweises in die Wege geleitet. Die Resultate derselben sind in der Zeitschrift des königlich-sächsischen statistischen Bureaus zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Doch kann man nicht davon reden, daß im weiteren von der sächsischen Regierung irgendwelcher tatsächliche Anstoß zu einer Neuregelung des Arbeitsnachweises im Königreich ausgegangen sei. Bis zur Stunde ist es, mit Ausnahme von Chemnitz, noch in keiner bedeutenderen Stadt Sachsens zur Errichtung einer kommunalen Arbeitsnachweisanstalt gekommen.

Und doch hat sich die Unerlässlichkeit regierungsseitiger Unterstützung der Arbeitsnachweis-Bewegung um so deutlicher herausgestellt, je mehr sich auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Erkenntnis Bahn brach, daß weder ein zweckentsprechender Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, noch eine zuverlässige Beobachtung des Arbeitsmarkts bei einer Beschränkung der Arbeitsvermittlung auf den engen

Bezirk der einzelnen Gemeinde zu erreichen sein würde. Der einmal lokal organisierte öffentliche Arbeitsnachweis drängte mit Notwendigkeit zu einem interlokalen Verkehr sowohl, wie einer umfassenden Orientierung über die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse und damit zu einer interlokalen Organisation. Wer aber sollte für die solcherweise neu erwachsenden Arbeiten und Kosten aufkommen? Niemand anders war dazu berufen als zunächst die einzelne Landesregierung, bezw. die obrigkeitliche Behörde eines größeren Gebietsteiles, etwa einer preußischen Provinz oder eines Regierungsbezirks. Am Sitz solcher Regierung ist der natürliche Punkt, an dem die lokal nicht zu befriedigenden Gesuche zusammenlaufen, und von wo aus wieder der Ausgleich für den gesamten Gebietsumfang bewerkstelligt werden würde. Anderseits konnten erst an solcher Zentralstelle die von den einzelnen Anstalten gemachten Beobachtungen über den örtlichen Stand des Arbeitsmarkts gesammelt, miteinander verglichen und zu einer für das Land, bezw. den Landesteil brauchbaren Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage eines beliebig begrenzten Zeitabschnitts verarbeitet werden.

Es ist erneuterweise Württemberg gewesen, dessen Regierung nach der gesagten Richtung hin die Führerrolle übernommen hat. Nachdem zu den bereits vorhandenen bis Ende 1895 noch in mehreren Städten Arbeitsämter nach Stuttgarter Muster ins Leben getreten waren und die Gründung noch anderer unmittelbar bevorstand, hat die württembergische Regierung mittels dreier vom 17. Dez. 1895 datierter Erlasse den bisher lokal organisierten öffentlichen Arbeitsnachweis zu einem interlokalen erweitert und das Arbeitsamt Stuttgart zur Landeszentrale gemacht. Zugleich übernimmt der Staat sämtliche aus der Zentralisation des Arbeitsnachweises erwachsende Kosten auf eigene Rechnung.

Kräftiger noch ist der Anstoß und die Förderung, welche die Arbeitsnachweisbewegung von seiten der Regierung in Bayern erhalten hat. Hier ist das Ministerium des Innern recht eigentlich die das Ganze belebende Seele. Nachdem

auch hier eine staatlich angeordnete Enquête über die Arbeitsnachweis-Verhältnisse in Bayern vorgenommen worden, hat eine ministerielle Entschließung vom 30. Juli 1894 die Errichtung kommunaler Arbeitsämter zunächst für die größeren Städte mit stark entwickelter industrieller und gewerblicher Bevölkerung angeregt. Von nun an läßt die Regierung die Befolgung ihrer Ratschläge durch die Kommunen nicht mehr aus den Augen. Mit der Verfügung vom 1. Mai 1898, welche die Zentralisierung des Arbeitsnachweises in Bayern auf Staatskosten zur Durchführung bringt, kann das Werk der einheitlichen Organisation der Arbeitsvermittlung auf öffentlicher Grundlage in musterhafter Weise für abgeschlossen gelten.

Wenn in Baden auch von einer so energischen Iu-angriffnahme der Arbeitsnachweisfrage, wie in Württemberg, noch mehr in Bayern, nicht geredet werden kann, so hat doch auch hier die Landesbehörde dieser Angelegenheit nicht teilnahmslos gegenübergestanden. Vertreter der Regierung haben, nach dem „Sozialpolitischen Zentralblatt“, bereits im Jahre 1892 den Karlsruher Gewerbeverein veranlaßt, zusammen mit zwölf gemeinnützigen Vereinen, die Errichtung einer Anstalt für Arbeitsnachweis in Angriff zu nehmen¹. Im weiteren ist die Regelung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Baden zwar den einzelnen Gemeinden, bezw. gemeinnützigen Vereinen anheimgestellt geblieben; doch hat die Landesregierung ihr Interesse an der Sache durch Be-willigung eines reichlich bemessenen jährlichen Geldzuschusses sowohl an die örtlichen Anstalten wie an den Gesamtverband, auch durch Gewährung anderweitiger Vergünstigungen zur Genüge dokumentiert.

In Elsaß-Lothringen hat es bis zum Jahre 1903 gedauert, bis der öffentliche Arbeitsnachweis eine nennenswerte Rolle im Lande zu spielen begann. Wohl besitzt Straßburg seit Nov. 1895 eine kommunale Arbeitsvermittlungsstelle; was sonst aber noch an öffentlichen Nachweis-

¹ A. a. O., 5. Dez. 1892.

anstalten genannt wurde, führte lediglich ein Scheinleben. Erst in jüngster Zeit scheint dem anders werden zu sollen. Dem zielbewussten Eingreifen des Ministeriums ist nicht nur die Anregung zur Errichtung von Nachweisstellen in allen bedeutenderen Ortschaften, sondern auch die Zentralisation des Arbeitsnachweises in Elsass-Lothringen zu verdanken.

In den preussischen Regierungsbezirken Düsseldorf und Liegnitz ist es die Initiative der Regierungspräsidenten gewesen, die belebend und fördernd auf die Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises in den ihrer Verwaltung unterstehenden Gebietsteilen eingewirkt hat.

Ist die offizielle Inangriffnahme der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises durch städtische und Landesbehörden für die Regelung dieser Frage hochbedeutsam gewesen, so kommt den Bemühungen von privater Seite nicht geringeres Verdienst zu. Seit Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat die zweckmäsigste Einrichtung des Arbeitsnachweises den Gegenstand vielseitiger literarischer Behandlung gebildet. Ein Blick auf das zu Beginn dieser Schrift gegebene Verzeichnis der veröffentlichten Arbeiten kann eine Vorstellung geben von dem Eifer, mit welchem Theoretiker und Verwaltungsmänner sich der Sache angenommen haben. Dabei sind die wissenschaftlichen Erörterungen nicht ohne nachweisbaren Einfluss auf die Richtung geblieben, nach der hin sich die Arbeitsnachweisbewegung in jüngster Zeit entwickelt hat.

Freilich sind dann doch wieder von den Vertretern der Praxis die fruchtbarsten Anregungen ausgegangen; namentlich ist es der Gedanke, unter den verschiedenen Anstalten eine Verbindung herzustellen, der auch in privaten Kreisen mehr und mehr in den Vordergrund des Interesses tritt. In dieser Hinsicht bildet einen Markstein in der Geschichte des öffentlichen Arbeitsnachweises die am 13. Sept. 1897 in Karlsruhe tagende, von Abgeordneten fast aller größeren Arbeitsnachweisanstalten besuchte **A r b e i t s n a c h w e i s - K o n f e r e n z**. Ursprünglich als eine zwanglose Besprechung

im kleinen Kreis geplant, so schreibt ihr Berichterstatter, ist sie tatsächlich eine Zusammenkunft grossen Umfangs geworden, in welcher zum ersten Male in geordneten Formen die schwelbenden Fragen der Organisation des Arbeitsnachweises erörtert, besonders auch über eine mehr einheitliche Ausgestaltung desselben verhandelt worden ist¹.

Für die Fortentwicklung der Arbeitsnachweisbewegung von grosser Wichtigkeit musste es sein, dass man sich zu Karlsruhe auch der Bedeutung einer den gesamten deutschen Arbeitsmarkt umfassenden Berichterstattung bewusst ward. Man kam infolgedessen darin überein, in einer vom Einberufer der Karlsruher Konferenz, dem Privatdozenten Dr. Jastrow, herauszugebenden Zeitschrift: „Der Arbeitsmarkt“ gleichsam eine Beobachtungsstelle für alle die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse interessierenden Momente zu errichten.

Als weiteres praktisches Ergebnis der Konferenz ist der im Jahr 1898 aus privater Initiative hervorgegangene Verband der öffentlichen Arbeitsnachweise in der Rhein- und Maingegend zu erwähnen. 1901 folgt die Mark Brandenburg mit der Gründung eines „Verbandes märkischer Arbeitsnachweise“.

Um dieselbe Zeit, da in Karlsruhe die erste Arbeitsnachweis-Konferenz tagte, entstand unabhängig davon im Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweis der Gedanke, die im Königreich Preussen bestehenden öffentlichen Nachweisanstalten in einem Verband zu vereinen. Nachdem aber in Karlsruhe das Bedürfnis nach einem Zusammenschluss sämtlicher Arbeitsnachweise Deutschlands zutage getreten war, nahm man von der Bildung eines preussischen Verbandes Abstand, um dafür die Gründung eines „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ in die Wege zu leiten. Der Zweck, den man dabei verfolgte, war zunächst der, einen für die gemeinsamen Bestrebungen und Ziele des

¹ Dr. Jastrow, Die Einrichtung von Arb.-Nachw. u. Arb.-Nachw.-Verbänden, Einleitung, S. III.

öffentlichen Nachweises und der kleineren Arbeitsnachweisverbände noch fehlenden Mittelpunkt zu schaffen. Von hieraus soll dann bei den einzelnen Verbandsmitgliedern auf eine einheitliche Geschäftsführung und damit auf die Ermöglichung einer zuverlässigen Statistik hingewirkt, ferner die Errichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen, wie auch von kleineren Verbänden angeregt, endlich der gegenseitige Austausch der von den einzelnen Stationen über die Arbeitsvermittlung gemachten Erfahrungen zum allgemeinen Besten gefördert werden¹.

Unter Datum vom 4. Febr. 1898 ist der geplante Verband mit dem Sitz in Berlin, mit dem Präsidenten des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis, Dr. Freund, als Vorsitzenden und der Jastrowschen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ als Verbandsorgan konstituiert worden. Durch Einrichtung eines Archivs für die Formulare, Statuten, Geschäftsberichte sämtlicher zum Verband gehörenden Arbeitsnachweise und durch Anschaffung einer die Fachliteratur umfassenden Bibliothek soll dem Studium und der Förderung der Arbeitsnachweissache auch auf diesem Wege möglichst Vorschub geleistet werden. Mit 26 Mitgliedern beginnend, hat es der Verband deutscher Arbeitsnachweise noch im Gründungsjahr auf ihrer 68 gebracht. Bis Ende 1902 ist die Zahl der Verbandsangehörigen auf 128 gestiegen, und „sind damit im Verbande alle irgendwie bedeutenden Arbeitsnachweise vertreten“².

Mit der am 27. Sept. 1898 in München erfolgten Eröffnung seiner ersten, von 159 Teilnehmern besuchten Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz ist der junge Verband zum ersten Male in die Öffentlichkeit hinausgetreten. „Ein Markstein in der sozialpolitischen Geschichte Deutschlands“ sollte, nach den Vorsitzenden Worten, diese Versammlung werden.

Folgende Fragen sind zu München zur Verhandlung ge-

¹ Der Arbeitsmarkt I, S. 102 ff.

² Schriften des Verbands deutscher Arb.-Nachw. Nr. 4, S. 3.

kommen: 1. Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen? 2. Arbeitsnachweisstatistik. 3. Empfiehlt sich die Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittlung?

Der ersten Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz folgte in der Zeit vom 23. bis 26. Sept. 1900 eine zweite in Köln. Die Tagesordnung der Verbandsversammlung war hier folgende: 1. Arbeitsvermittlung für weibliche Personen und Dienstboten. 2. Errichtung von Arbeitsnachweisen an kleineren Orten und ländliche Arbeitsvermittlung. 3. Erhebung von Gebühren bei den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen. 4. Subvention für Arbeitsnachweise. 5. Anstellungsbedingungen der Arbeitsnachweis-Beamten.

In der Arbeitsnachweis-Konferenz kam die Organisation der Facharbeitsnachweise und deren Anschluß an die allgemeinen Arbeitsnachweise zur Besprechung.

Berlin endlich sollte, am 9., 10. und 11. Oktober 1902, die dritte Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz, die von 171 Personen besucht war, begrüßen dürfen. Dieselbe stand ganz unter dem Eindruck der damals herrschenden wirtschaftlichen Krisis, die ihr Spiegelbild in den zur Verhandlung gestellten Themen fand. Es waren dies die zwei folgenden: 1. Welche Erfahrungen haben die Arbeitsnachweise bei der letzten Krisis auf dem Arbeitsmarkt gemacht? und 2. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis.

Mit dem Augenblick, wo der Arbeitsnachweis als eine Sache des öffentlichen Interesses behandelt und seine Einrichtung von städtischen Verwaltungen, wie auch von den Regierungen einzelner Bundesstaaten in die Hand genommen wurde, konnte der Versuch nicht ausbleiben, zwecks möglichst vollkommener und umfassender Organisation des Arbeitsnachweises an die Hilfe des Reichs und der Reichsbehörden zu appellieren. Gerade das war die Bedeutung des von den Reichstagsabgeordneten Pachnicke und Roessicke seit Jahren wiederholt eingebrochenen Initiativantrages

auf reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Da der genannte Antrag indessen vor dem Reichstag nie zur Erledigung kam, haben ihn dessen Väter in der Legislaturperiode 1901|02 in eine Resolution umgewandelt, um auf diese Weise eine Besprechung bei der Lesung des Etats durchzusetzen. Der Wortlaut der Resolution war folgender: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitsnachweisen vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, dass auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl beteiligter Arbeitgeber und -nehmer Gemeinden, bzw. weitere Kommunalverbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, welche den Vorschriften des zu erlassenden Gesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landeszentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können; durch welchen ferner bestimmt wird, dass an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu beteiligen sind.“

Die Resolution Pachnicke-Roesicke wurde in der Debatte im Reichstag von einer konservativ-sozialdemokratischen Majorität abgelehnt.

Und doch hatte das Problem vom öffentlichen Arbeitsnachweis mit der Zeit eine solche Bedeutung angenommen, dass ein vollständiges Ignorieren desselben für die Reichsbehörde zur Unmöglichkeit geworden war. Diese hat sich denn auch wenigstens einer, und nicht der mindest wichtigen Seite jenes Problems, der Berichterstattung nämlich über den Arbeitsmarkt in Deutschland, angenommen. In dem seit 1. April 1903 vom kais. statistischen Amt herausgegebenen Reichs-Arbeitsblatt kommen Monat für Monat und in einer, privaten Kräften unerreichbaren, Vollständigkeit neben anderem auch alle die Momente zur Darstellung, die auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt einen Einfluss haben können.

2. Kapitel.

Darstellung der Organisation des paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweises.

Vorbemerkung.

Es soll im folgenden keine Darstellung der Organisation jeder einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweisanstalt, bezw. jedes einzelnen Verbandes öffentlicher Nachweisanstalten gebracht werden. Es ginge dies nicht ab ohne unaufhörliche Wiederholungen; auch dürfte das Erforderliche im dritten Buch, gelegentlich der Darstellung des von den Großstädten auf dem Gebiet der Organisation der Arbeitsvermittlung Geleisteten, zur Sprache kommen. Hier soll nur das allen öffentlichen Nachweisanstalten, bezw. Verbänden Gemeinsame, sowie wiederum das etwa einer einzelnen Anstalt, bezw. einem besonderen Verband Eigentümliche Erwähnung finden.

Das Material für die Herstellung des Kapitels ist aus den Jahresberichten der verschiedenen öffentlichen Nachweistellen, die so ziemlich vollständig vorliegen, gewonnen, und sei hier ein für allemal darauf verwiesen. Besonders sei aber auch hier des hochbedeutsamen Jastrow'schen Werkes, „Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft“, Erwähnung getan.

Die Darstellung der Organisation wird sich in eine Darstellung der lokalen und in eine solche der interlokalen Organisation des Arbeitsnachweises gliedern.

I.

Darstellung der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Die lokalen öffentlichen Arbeitsnachweise sind teils von städtischen Verwaltungen, teils von gemeinnützigen Vereinen und Vereinsverbänden unter weitgehender Unterstützung, vielfach auch unter Oberleitung der betreffenden Ortsgemeinde errichtet. Unter 130 öffentlichen Arbeitsnachweisen, die sich bis September 1903 dem „Verband deutscher

Arbeitsnachweise“ angeschlossen haben, finden sich 72 kommunale und 58 Vereinsanstalten.

Der enge Zusammenhang zwischen öffentlichem Arbeitsnachweis und Kommune tritt äußerlich schon daran in die Erscheinung, daß der Arbeitsnachweis entweder in einem städtischen Gebäude oder doch in einem mit kommunaler Hilfe erbauten, bezw. gemieteten Hause untergebracht zu sein pflegt.

Die Darstellung der örtlichen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises soll nach folgenden Gesichtspunkten geschehen:

- a) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen örtlichen Tätigkeitsbereichs.

Hierbei wird für die Besprechung in Betracht kommen:

- § 1. Die Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises;
- § 2. sein Charakter als allgemeiner, örtlich zentralisierter Arbeitsnachweis;
- § 3. die kostenlose Tätigkeit;
- § 4. die Propagandamittel des öffentlichen Arbeitsnachweises.

- b) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erzielung zweckentsprechender Vermittlertätigkeit,

wobei es sich vor allem um die verschiedenen Formen des vom öffentlichen Arbeitsnachweis ausgebildeten Geschäftsverfahrens handeln wird.

- c) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf eine möglichste Beseitigung der Arbeitslosigkeit.
- d) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Einrichtungen, die mit dem Arbeitsnachweis in loserem Zusammenhang stehen.

a) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen örtlichen Tätigkeitsbereiches.

§ 1. a) Die Unparteilichkeit in der Verfassung des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Der unparteiische Charakter des öffentlichen Arbeitsnachweises soll schon durch die Art der Zusammensetzung des den Arbeitsnachweis leitenden und überwachenden Organs verbürgt werden.

Das Lautenschlager'sche Projekt geht darauf aus, den Arbeitsnachweis dem Streit der Parteien damit zu entnehmen, dass es an die Spitze jeder öffentlichen Anstalt eine Kommission stellt, die, mit dem Gewerbegerichtspräsidenten als Vorsitzenden, zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und -nehmern bestehen und von den Beisitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt werden soll. In der praktischen Ausführung ist von dem ursprünglichen Vorschlag vielfach abgewichen worden. Durchweg kann man auf Seiten der städtischen Obrigkeit das Bestreben erkennen, an Stelle der unbeschränkten Selbständigkeit, die das Lautenschlager'sche System der Arbeitsnachweis-Kommission gewährt, der Stadtverwaltung die Oberaufsicht über die Geschicke und die Entwicklung ihrer Arbeitsnachweisanstalt zu sichern. Hingegen hat die von Lautenschlager empfohlene gleichmässige Beteiligung von Vertretern aus beiden wirtschaftlichen Lagern an der Arbeitsnachweis-Kommission und deren Arbeiten allgemeinere Anerkennung gefunden.

Im einzelnen wird man die Arbeitsnachweis-Kommissionen von dem Gesichtspunkt aus unterscheiden können, ob sie, in Anlehnung an das Lautenschlager'sche Projekt, eine Beziehung zum Gewerbegericht festgehalten haben oder nicht.

Zwar ist man mit verschwindend wenig Ausnahmen davon zurückgekommen, den Gewerbegerichtspräsidenten mit dem Vorsitz in der Nachweis-Kommission zu betrauen. Krefeld ist einer der seltenen Orte, die in diesem Punkt dem

Lautenschlager'schen System treu geblieben sind. Von demselben abweichend dagegen ist die dort geltende Bestimmung, wonach die Wahl sämtlicher Kommissionsmitglieder den Stadtverordneten zusteht. Im allgemeinen haben die städtischen Behörden das Recht der Berufung des Kommissionspräsidenten für sich in Anspruch genommen. Die Kommissionsmitglieder dagegen werden noch mehrfach, in Stuttgart z. B., nach dem Rat Lautenschlagers von den jeweils zuständigen Beisitzern des Gewerbegerichts gewählt.

Eine noch weitergehende Abschwächung des Lautenschlager'schen Systems bieten diejenigen Arbeitsnachweise, die, etwa nach dem Muster Münchens, nur die Arbeitnehmermitglieder ihrer Kommission durch das Gewerbegericht bestimmen lassen, während die städtischen Behörden die Ernennung der Arbeitgebermitglieder ausüben — ein Wahlmodus, den Dr. Zahn in den Blättern für administrative Praxis befürwortet¹. In Frankfurt a. M. z. B. geht außerdem, im Fall die Arbeitgeberbeisitzer des Gewerbegerichts von der ihnen zustehenden Befugnis keinen Gebrauch machen wollen, dieselbe ebenfalls an den Magistrat über.

Wiederum von den bisher genannten verschieden ist die Kombination, die z. B. Stettin bevorzugt und die von v. Wiese in Schmollers Jahrbuch empfohlen wird². Dort ist bei der Kreierung der Arbeitsnachweis-Kommission ein bestimmter Bruchteil der Arbeitgeber und -nehmer-Mitglieder von den Beisitzern des Gewerbegerichts und ein anderer Bruchteil von der Stadtverordnetenversammlung berufen worden.

Die Einhaltung strenger Parität in der Zusammensetzung der Kommission hat Chemnitz preisgegeben. Dort werden von acht Mitgliedern nur zwei aus dem Kreis der Arbeiterschaft entnommen, während sich Stadtrat, Stadtverordnete und Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts gleichmäßig in die sechs übrigen Sitze teilen.

¹ A. a. O. 1896, S. 95.

² A. a. O., S. 1179.

Am weitesten vom Lautenschlager'schen Projekt hat Straßburg i. E. sich entfernt. Nur den paritätischen Charakter hat es seiner Kommission gewahrt. Im übrigen werden, bei einer Gesamtzahl von 20 Mitgliedern, ihrer 10 vom Gemeinderat aufgestellt; die Bezeichnung der übrigen 10 Mitglieder bleibt je zur Hälfte dem Gewerkschafts- bzw. dem Handwerkerkartell überlassen. Eine möglichste Vernehrung der Kommissionsmitglieder, die in Straßburg allerdings lediglich in Rücksicht auf Gewinnung weitester Interessentenkreise für die Arbeitsnachweissache geschehen ist, hat die Autorität v. Reitzensteins für sich.

β) Die Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises bei Ausstandsbewegungen, bzw. Arbeiteraussperrungen.

Für den unparteiischen Charakter des öffentlichen Arbeitsnachweises hat es die Bedeutung einer Probe aufs Exempel, sobald sich derselbe zur Stellungnahme zwischen den zwei sich bekämpfenden wirtschaftlichen Lagern veranlaßt sieht. Dieser Fall tritt ein bei jeder ausbrechenden Ausstandsbewegung, bzw. bei jeder Verhängung einer Sperre über Arbeiter. Es ist natürlich, dass auch in der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises solchen Vorkommnissen Rechnung getragen ist.

Zwar eine ganze Reihe öffentlicher Arbeitsnachweis-Anstalten hat es vorgezogen, in ihren Statuten und Geschäftsordnungen von einer schriftlichen Fixierung für ihr Verhalten Streikenden oder Gesperrten gegenüber abzusehen. Andere dagegen haben genaue Bestimmungen erlassen. Selten nur sind diejenigen, die im Fall eines Streiks und für die Dauer desselben die Vermittlung für das betreffende Gewerbe im Namen der Unparteilichkeit bedingungslos einstellen. So tut die Anstalt in Barmen z. B. Die größere Zahl der Arbeitsnachweise hält sich an die Ordnung, die bei einem Streik in Betracht kommenden Betriebe den Arbeitsuchenden durch Anschlag an den Tafeln in den Anstaltsräumen und durch Mitteilung des Bureaupersonals bekannt zu geben. Im übrigen aber wird die Vermittlung ohne weitere Rück-

sichtnahme auf die Lohnbewegung fortgeführt. Vereinzelt ist der Arbeitsnachweis-Kommission bei Ausständen die Einleitung von Einigungsversuchen vor dem Gewerbegericht zur Pflicht und die Entscheidung über die Einstellung oder Nichteinstellung der Nachweistätigkeit vom Verhalten der Parteien dem Schiedsspruch gegenüber abhängig gemacht (Trier z. B.).

§ 2. Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein allgemeiner, örtlich zentralisierter.

Dem Wesen eines öffentlichen Arbeitsnachweises entspricht es, daß derselbe seine Dienste Arbeitssuchenden und Arbeitgebern jeder Art zur Verfügung stellt. Wenn sich seine Kundschaft mancherorts auch überwiegend aus sog. ungelernten Arbeitern zusammensetzt, so ist nicht minder Vorsorge getroffen für eine Unterbringung beruflich ausgebildeter Arbeitsloser, wie auch für die Befriedigung entsprechender offener Stellen. Nicht zu vergessen sind die Bemühungen des öffentlichen Arbeitsnachweises, sich die ländlichen Interessentenkreise zu verpflichten. Gerade in Verfolgung dieses Zweckes wird der Unterbringung entlassener Reservisten besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Selbst auf die Vermittlung nicht vollwertiger Arbeitskräfte sind die öffentlichen Arbeitsnachweise eingerichtet. Wohl sämtliche haben einen Lehrlingsnachweis organisiert. Mehrfach ist zu hören — von Straßburg i. Els., von Karlsruhe und anderswoher — wie man sich die Placierung entlassener Gefangener angelegen sein läßt. Der Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweis hat gar eine eigene Abteilung zum Besten genesender, aber noch schwächlicher Arbeitnehmer.

Neben der Vermittlung männlichen Personals ist allgemein auch diejenige weiblicher Arbeitskräfte organisiert. Im besonderen ist es dann wieder der Dienstbotennachweis, der mit Sorgfalt gepflegt wird. Mancherorts (Freiburg, Konstanz u. a.) findet die Dienstmädchen-Vermittlung in der Unterhaltung eines Heims für weibliche Stellenlose erwünschte Ergänzung und Förderung; oder auch man weiß denselben

Erfolg durch Anschluß an privat-fürsorgliche Mägdeherbergen und dergl. zu erreichen.

Wie der öffentliche Arbeitsnachweis als allgemeiner auf die Vermittlung von Arbeit und Arbeitern jeglicher Art eingerichtet ist, so ist er als örtlich zentralisierter zur Beherrschung des gesamten lokalen Arbeitsmarkts und damit zur Verdrängung aller Konkurrenz-Arbeitsnachweise bestimmt. Zu diesem Zweck werden die gewerbsmäßigen Vermittler in ihrem Geschäftsbetrieb einer scharfen Kontrolle unterzogen und die zur Kenntnis gekommenen Missbräuche an zuständiger Stelle zur Anzeige gebracht. Des Wettbewerbs der an einem Ort vorhandenen Arbeitgeber- oder -nehmer-Nachweise sucht sich der öffentliche Arbeitsnachweis so zu entledigen, dass er dieselben in sich absorbiert und deren Geschäfte übernimmt. Wo dies nicht zu ermöglichen ist, weil die bestehenden Berufsnachweise auf ihre Selbstständigkeit zugunsten einer öffentlichen Zentralstelle nicht verzichten wollen, ist die angestrebte Zusammenfassung des Angebots und der Nachfrage in einer Hand auf die folgende Art organisiert: entweder hat die öffentliche Zentrale — wie in Düsseldorf — durch Einführung eines Listen austausches zwischen sämtlichen örtlichen Sonder nachweisen eine Art von Zentralisation des Marktverkehrs erreicht; oder aber — und dieser Form der Organisation der örtlichen Zentralisation begegnet man besonders in den Großstädten, wie Berlin, München, Stuttgart u. a. m. — es sind die existierenden beruflichen Nachweise unter Hinzuziehung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und von einem Unparteiischen in die Leitung derselben als selbständige paritätische Facharbeitsnachweise organisiert und der Hauptstelle angegliedert worden.

§ 3. Die kostenlose Tätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Im Interesse sowohl einer möglichst allgemeinen Benutzung wie auch in Rücksichtnahme auf die geringen Barmittel der Arbeitslosen, endlich auch im Hinblick auf eine

wirksame Bekämpfung der gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsvermittlung ist der unentgeltliche Nachweis für Arbeitssuchende bei sämtlichen städtischen Arbeitsnachweisanstalten zur Einführung gekommen. Wo die von gemeinnütziger Seite aus errichteten öffentlichen Nachweisstellen anfangs für ihre Existenz auf Gebührenerhebung angewiesen waren, haben die meist reichlich bemessenen Zuschüsse von Stadt und Staat auch hier die Abstellung des ursprünglichen Zustandes erlaubt. Eine Ausnahme macht der Berliner Centralverein für Arbeitsnachweis, der immer noch auf der Einforderung einer Einschreibegebühr von 0,20 Mk. verharrt.

Wie für die Arbeitnehmer, ist die Benutzung des Arbeitsnachweises auch für die Arbeitgeber in der Regel kostenlos. Hier und da, z. B. in Straßburg i. Els., wird von Herrschaften, welche die Übermittlung von Dienstboten wünschen, im voraus eine Gebühr von 1 Mk. begehrts, die jedoch erst mit der Zuweisung eines passenden Arbeitnehmers verfällt.

§ 4. Die Propagandamittel des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Wenn der öffentliche Arbeitsnachweis der ihm eignenden Unparteilichkeit, seiner Allgemeinheit, seiner Kostenlosigkeit eine werbende Kraft auf die für ihn in Betracht kommenden Kreise wohl zuschreiben darf, so hat er doch auch erkannt, dass er im Interesse seiner Sache sich daran nicht genügen lassen kann, seinen Charakter für sich reden zu lassen. Schon die gewaltige Konkurrenz, gegen die er anzukämpfen hat, hat ihm die Notwendigkeit der Organisation einer besonderen Propaganda für seine Bestrebungen nahelegen müssen. Auch die vielfach noch mangelhafte Benutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises durch Arbeitgeber und -nehmer hat diesbezügliche Bemühungen erfordert. So ist denn versucht worden, durch fortgesetzte Versendung von Rundschreiben an einzelne Arbeitgeber sowohl, wie an Vereinigungen von Gewerbetreibenden — Handels-, Gewerbe-, Wirtsvereine, Innungen — die Sympathie dieser Kreise dem öffentlichen Arbeitsnachweis zuzuwenden. (Köln, Braun-

schweig, Leipzig, Hamburg u. a.) Energischer noch erfolgt die Beeinflussung des Unternehmertums von den Anstalten in Berlin und Karlsruhe aus. Dieselben lassen durch eigene Agitationsbeamte die Arbeitsstätten regelmässig nach freien Stellen absuchen. München ersetzt die persönliche Umfrage durch eine telephonische.

Daneben ist eine beständige Reklame den Arbeitern gegenüber nicht minder notwendig. Dabei wird dem Anschlag von Plakaten, die zum Teil — München, Hamburg — in künstlerischer Darstellung die Arbeitsvermittlung versinnbildlichen und die Blicke so auf sich ziehen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. An allen verkehrsreichen Orten, an öffentlichen Gebäuden, in vielbesuchten Restaurationen, an Stadttoren (Braunschweig), in Trambahnwagen, an Plakatsäulen kann man Reklameschilder oder -bogen des öffentlichen Arbeitsnachweises angebracht sehen.

Natürlich ist auch das Bekanntmachungsmittel par excellence, die Presse, nicht außer acht gelassen. Sei es in Inseraten, sei es in längeren Zeitungsartikeln, sei es durch Publikation monatlicher Geschäftsübersichten in den Lokalblättern, unermüdlich wird auf das Bestehen und die Tätigkeit der öffentlichen Vermittlungsstellen hingewiesen. Auch sonst noch wird das geschriebene oder gesprochene Wort zu Hilfe gerufen. Mannheim verteilt belehrende Flugblätter über Wesen und Erfolge des öffentlichen Nachweises; von Straßburg hört man, daß dort von Arbeitsnachweiswegen Vorträge über den gleichen Gegenstand in gewerkschaftlichen Versammlungen gehalten worden sind (1903). München wieder weiß die dem Arbeitsamt noch fern bleibenden Arbeiter durch öffentlichen Anschlag der durch das Amt nicht besetzbaren Stellen zu erreichen. In Leipzig kommen diese in den Räumen der Ortskrankenkasse, in der Herberge zur Heimat zum Aushang. In Ravensburg werden gemeldete Vakanzen und Stellengesuche regelmässig im Inseratenteil der dortigen Lokalpresse veröffentlicht. Noch anderwärts, in Köln, in Hamburg, in Stuttgart wird vom Arbeitsnachweis grosse Sorgfalt auf das Studium der Arbeits- bzw.

Arbeitergesuche in den Zeitungen verwandt. Ist die Stelle in der Lage, einem Angebot oder einer Nachfrage zu genügen, so wird unverzüglich dem Interessenten per Postkarte eine Offerte auf kostenfreie Bedienung gemacht.

Es sind dann vor allem auch solche Arbeiterkategorien, die sich entweder besonders schwer rekrutieren lassen, oder die besonderes Interesse erwecken, deren Versorgung sich der öffentliche Arbeitsnachweis angelegen sein lässt. Zu den ersten zählen die Lehrlinge, zu den letzteren die entlassenen Reservisten. Um eine gewisse Einwirkung auf die der Schule entwachsende Jugend ausüben zu können, setzen sich verschiedene Anstalten jeweils vor der neubevorstehenden Entlassung einer Jahrestasse mit der Schulverwaltung in Verbindung. Barmen z. B. richtet an die Rektoren und Lehrer ein Zirkular mit der Bitte, die freiwerdenden Schüler, bzw. deren Eltern auf die Vorteile der Erlernung eines Handwerks und die Wichtigkeit einer guten Ausbildung in demselben aufmerksam zu machen. Ähnlich verfahren auch andere Nachweisstellen. — Von einem zweckmässigen Zusammenarbeiten mit dem Gemeinde-Waisenamt erhofft Straßburg noch besondere Erfolge auf dem fraglichen Gebiet. Die nötigen offenen Stellen aber weiß es sich durch Vermittlung des Handwerkerkartells zu sichern, indem der Verwalter ständige persönliche Beziehungen zu dem Aufsichtsbeamten der Handwerkerkammer unterhält.

Auf die zur Entlassung kommenden Rekruten hat der öffentliche Arbeitsnachweis seine Tätigkeit in der Weise auszudehnen gesucht, dass er sich direkt um die diesbezügliche Unterstützung der Generalkommandos bemüht, oder auch, wie in Baden, durch ein Hand-in-Hand - gehen mit Militär- bzw. Kriegervereinsverbänden die ausgedienten Soldaten heranzuziehen bestrebt ist.

Ganz besonderen Fleiss kehrt der öffentliche Arbeitsnachweis an die Interessierung der weiblichen Arbeitskräfte. Neben den bereits genannten Propagandamitteln hat Köln ein weiteres in der Nutzbarmachung der Bahnhofmission für seine Zwecke gefunden. Durch Vermittlung der an den

Bahnhöfen stationierten Angestellten jenes fürsorglichen Unternehmens lässt die Kölner Anstalt an die neuankommenden weiblichen Arbeitsuchenden Reklamekarten mit einem Wegweiser nach der öffentlichen Nachweisanstalt verteilen. Anderwärts — in Leipzig u. a. — ist Vorsorge getroffen, dass von den ausfertigenden Behörden in jedes neue Dienstbuch ein Zettel mit einer Hindeutung auf den unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis eingeklebt wird.

b) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung einer zweckentsprechendsten Vermittlertätigkeit.

§ 1. Das Personal.

Für die eigentlichen Vermittlungsgeschäfte ist von allen größeren Arbeitsnachweisen ein besonderer besoldeter Beamter — der Verwalter, Inspektor — angestellt, dem je nach Bedürfnis weitere Unterbeamte beigegeben werden. Der weiblichen Abteilung pflegt eine weibliche Leiterin vorgesetzt zu sein, die jedoch dem männlichen Verwalter untergeordnet ist. Wo sich keine eigene Leiterin für die weibliche Partie findet, ist wenigstens dem männlichen Verwalter eine weibliche Hilfskraft beigegeben (Kannstadt, Fürth, Mannheim u. a. m.), es sei denn, dass eine Anstalt von der Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte überhaupt absieht (Trier, Bamberg z. B.). Lässt sich eine vertrauenswürdige, ehemalige gewerbsmäßige Vermittlerin für den Posten einer Vorsteherin der weiblichen Abteilung gewinnen, so wird dies für besonders vorteilhaft angesehen.

Die Besoldung der Verwalter, die bei einigen Anstalten (Köln, Frankfurt a. M., Hamburg) eine angemessene genannt werden kann, ist bei anderen — und nicht den kleinsten — höchst bescheidener Art¹, während die Remuneration des Unterpersonals, wie die „Soziale Praxis“ meint, alle Ver-

¹ Die Jahresbesoldungen schwanken zwischen 2700—4800 (Köln) und 400 Mk. (Reutlingen). Schr. d. Verb. d. Arb.-Nachw. II, S. 63 ff.

schiedenheiten und Kärglichkeiten dieser Angestelltenklasse in der Verwaltung überhaupt bis herab zur Besoldung nach Tagegeldern (Kannstadt), ja sogar nach Stundenlohn (Köln) zeigt¹.

Für die Sicherstellung der Zukunft der Arbeitsnachweis-Beamten ist von manchen — den württembergischen z. B. — Anstalten in der Weise gesorgt, dass jene wie pensionsberechtigte städtische Angestellte behandelt werden, oder dass ihnen durch Einkauf bei einer Versicherungsgesellschaft eine Altersrente in Aussicht steht.

§ 2. Bureaueinrichtung.

Die Einrichtung des Geschäftsbetriebs, der auf Grund einer Geschäftsordnung geregelt zu sein pflegt, ist bei den verschiedenen Arbeitsnachweis-Anstalten mannigfach von-einander abweichend. Durchweg sind bestimmte Tageszeiten für den lokalen Dienst festgesetzt, wobei man den jeweiligen örtlichen Bedingungen und Bedürfnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen weifs. So halten Berlin und Hamburg wegen des grossen Verkehrs ihre Bureaus den ganzen Tag ohne Mittagsunterbrechung offen; an anderen Orten ist in Rücksichtnahme auf die arbeitende Bevölkerung Sonntagsdienst eingeführt.

Wohl allenthalben hat man die Notwendigkeit einer räumlichen Trennung der männlichen von den weiblichen Vermittlungslokalen erkannt und durchgeführt. Ja, bei den bedeutenderen Anstalten (München, Berlin) hat sich im Interesse einer schnellen und zweckmässigen Geschäftsausbildung sogar das Bedürfnis gezeigt, für verschiedene grössere Gruppen innerhalb der männlichen wie der weiblichen Abteilung wieder separate Räume zur Verfügung zu haben.

Zur Erleichterung des Verkehrs sind die Nachweistellen an das Telephonnetz angeschlossen. Für mündliche Auftragerteilung sind in den Anstalten zwischen Bureau- und Kundenschaftsräumen Drahtgitterverschläge mit Schaltern

¹ A. a. O. 1897, S. 1006.

angebracht, an denen die betreffenden Wünsche entgegenommen oder die erforderlichen Mitteilungen gemacht werden. Soweit die Anstalten bei ihrer Tätigkeit auf den Weg der Korrespondenz angewiesen sind, verallgemeinert sich der Gebrauch der mit zweckdienlichen Vermerken versehenen Postkarten, auch solcher mit Rückantwort, immer mehr.

In dem Geschäftszimmer liegt mancherorts ein Beschwerdebuch auf, in das Wünsche, bezw. Reklamationen der Auftraggeber eingetragen werden können, worüber dann vom Verwalter in kürzester Frist an den Vorsitzenden der Kommission zu berichten ist. Auch für genügende Bekanntgabe der Geschäftsordnung, etwa durch Anschlag derselben in den Warteräumen, wird Sorge getragen. Ähnlich geschieht es mit der Hausordnung bei den besonders stark besuchten Anstalten.

§ 3. Das eigentliche Geschäftsverfahren.

Das eigentliche Vermittlungsgeschäft vollzieht sich auf Grund entweder des sog. Listen- oder des Kartensystems.

Die Vermittlung nach dem Listen system ist zurzeit noch die gebräuchlichste. Hiernach werden die mündlich, schriftlich oder telephonisch beim Arbeitsnachweis eingebrachten Arbeitgeber- bezw. Arbeitnehmergesuche in Listen nach verschiedenen Berufsarten getrennt eingetragen. Bei manchen Arbeitsnachweisen sind diese Berufsarten, besonders für die männliche Abteilung, sehr detailliert; bis 30 und 40 verschiedene Klassen werden gezählt und dementsprechend ebensoviele Listen geführt. Bei der weiblichen Abteilung sind es solcher Klassen weniger. München z. B. hat ihrer 10.

Bei gewissen Nachweisstellen (Straßburg i. Els.) macht sich das Bestreben nach einer Vereinfachung insofern geltend, als mehrere verwandte Berufsarten in eine Gruppe vereinigt und damit die Zahl der erforderlichen Listen um ein bedeutendes vermindert werden soll. Freiburg hält es für vorteilhaft, für die in Baden gebräuchlichen 40 männlichen Berufsgruppen nicht 40 einzelne Listen, sondern nur etwa

drei Hauptbücher zu verwenden und auf einem freien Rand die Aufschriften der betreffenden Gruppen registerartig einschneiden zu lassen¹.

Der Einschreibung in die Listen muß für Arbeitnehmer die Ausfüllung eines Anmeldezettels vorausgehen, auf welchem genaue Auskunft über die Personalien, die Wünsche und Fähigkeiten des betreffenden Auftraggebers zu erteilen ist. Mancherorts (Köln, Leipzig) sind noch Legitimationspapiere beizufügen.

Von den Arbeitsherren werden ähnliche Angaben wie von den Arbeitern verlangt.

Unter Vorweisung des Anmeldezettels und auf Grund desselben wird der Arbeitsuchende von einem Schalterbeamten in die zuständige Liste eingetragen und erhält einen auf den Namen lautenden, auf den Tag des Gesuchs datierten und entsprechend numerierten Vormerkzettel. Vielfach ist auf der Rückseite desselben kurz vermerkt, wie sich der Arbeitsuchende bei einem etwaigen Vermittlungsgeschäft zu benehmen hat.

Der Vormerkzettel behält bei den verschiedenen Arbeitsnachweisen seine Gültigkeit während einer verschieden lang bemessenen Zeitdauer (sie schwankt zwischen 1 und 90 Tagen), nach deren Ablauf die Erneuerung der Einschreibung veranlaßt werden muß, wenn sie nicht, als durch Fristablauf erledigt, gestrichen werden soll. Das Bestreben scheint indessen mehr und mehr dahin zu gehen, für die Vormerkungsfrist weder eine zu kurze noch zu lange Periode zu wählen. Bei den meisten Arbeitsnachweisen beträgt denn auch ihre Dauer von zwei bis zu vier Wochen. Auf Betreiben des kaiserl. stat. Amtes soll die Vormerkungsfrist für ganz Deutschland vereinheitlicht und auf einen Monat festgesetzt werden.

Der Vormerkzettel (auch Bescheinigungskarte genannt) dient in Berlin z. B. als Legitimation für den Eintritt in

¹ Eckert, Über die beste Organisation des Arb.-Nachw., S. 38.

die Warteräume und zur Benutzung der etwa vom Arbeitsnachweis im Interesse seiner Arbeitslosenkundschaft unterhaltenen besonderen Einrichtungen, wie Bibliothek, Kantine, Nähsschule. Anderwärts dagegen wird der Zugang zu den verschiedenen Lokalen der Anstalt möglichst freigegeben (Frankfurt a. M.).

Mehr und mehr ist der Brauch aufgekommen, so bei den badischen Anstalten, in Straßburg, in Köln u. a., durchreisende Arbeitsuchende, sog. Passanten, nur dann in die Listen aufzunehmen, wenn ihnen sofort eine freie Stelle zugewiesen werden kann. Im andern Fall wird ihre Anfrage nur angestrichen und später gesondert gezählt. Auf Verlangen wird den Passanten eine Bescheinigung ausgestellt, dass sie an dem und dem Tag vergeblich bei der Nachweisanstalt um Arbeit nachgesucht haben.

Kommen offene Stellen beim Arbeitsamt zur Anmeldung, so wird der Nachweis derselben mancherorts sofort schriftlich ausgefertigt und nach der Reihenfolge der Arbeitsgesuche den Interessenten ausgehändigt¹. Damit dies Verfahren ohne Verzögerung stattfinden kann, sind die Arbeitslosen angehalten, entweder dauernd auf dem Arbeitsnachweis sich aufzuhalten oder mehrmals im Tage vorzusprechen. Erforderlichenfalls wird ein für einen Posten geeigneter, aber im Augenblick abwesender Arbeiter per Postkarte zu schleunigem Erscheinen aufgefordert.

Anderwärts, besonders bei den stark besuchten Nachweisanstalten (Berlin, München), werden die einlaufenden Stellenangebote unverzüglich in den Warteräumen ausgerufen. In Leipzig geschieht der Ausruf dreimal im Tag. Unter den sich Meldenden wählt der Beamte die passendsten aus, wobei — ein Brauch, der sich verallgemeinert hat — unter sonst gleichen Verhältnissen die Verheirateten, die bereits längere Zeit Eingeschriebenen, die Einheimischen vor anderen den Vorzug erhalten. Daneben wird aber auch auf

¹ Braunschweig, Stettin, Magdeburg.

die speziellen Wünsche der Arbeitgeber wie auf Fähigkeiten und besondere Bedürfnisse der Arbeitnehmer tunliche Rücksicht genommen. In Köln werden die freien Stellen nach Branchen spezialisiert und mit kurzen Angaben über das Alter des gesuchten Arbeiters sowie über die Höhe des angebotenen Lohns in den Warteräumen auf großen Plakaten kenntlich gemacht, und kann jeder Arbeitslose von sich aus eine zusagende Arbeitsgelegenheit auswählen.

Der vom Arbeitsnachweis für eine offene Stelle Vorgesehene hat sich unter Vorweisung einer von der Anstalt ausgestellten Legitimation in Postkartenformat bei dem Arbeitgeber zu melden. Dieser wieder ist verpflichtet, auf der von ihm zu unterzeichnenden genannten Karte die event. Einstellung des Überbringers zu vermerken, oder, im Nichteinstellungsfall, anzugeben, ob weitere Zuweisung erwünscht oder ob und durch wen der Platz besetzt sei. Durch Vermittlung des Arbeiters oder der Post soll die Karte wieder zum Arbeitsnachweis zurückkehren, der nun das betreffende Angebot, bzw. die Nachfrage als durch Einstellung erledigt in der Liste streicht, oder, wenn sich die Stelle als bereits besetzt erwies, das Gesuch nach Arbeitskraft als zurückgezogen tilgt.

Die Listen, in denen der sich vorbereitende Arbeitsvertrag in allen Stadien bis zu seinem Zustandekommen oder zu seinem Scheitern verfolgt wird, bilden die Unterlage für die am Ende jeden Monats und dann jeden Jahres aufzustellenden statistischen Tabellen.

Anders, einfacher gestalten sich die Dinge bei dem sog. Kartensystem. Dasselbe ist erst bei wenigen Arbeitsnachweisen zur Einführung gelangt. Von den größeren Anstalten arbeiten damit die in Berlin, Leipzig, Braunschweig; auch Hamburg, das daneben auch noch die Listeführung hat. Bei den genannten Nachweisstellen erhält jeder Arbeitsuchende eine auf seinen Namen lautende Karte mit laufender Nummer als Bescheinigung über die auf den und den Tag erfolgte Eintragung. Zugleich wird ein an dieser Karte befindlicher, mit derselben Nummer versehener

Coupon, auf welchem Datum der Einschreibung, Personalien und sonstige den Auftraggeber berührende Bemerkungen verzeichnet werden, abgetrennt und alphabetisch nach Gruppen geordnet vom Arbeitsnachweis aufbewahrt. Ähnlich wird für die Arbeitgeber verfahren.

Findet sich nun eine passende Stelle für einen Arbeitssuchenden, so hat derselbe seine „Bescheinigungs“-Karte am Schalter gegen ein auf seinen Namen lautendes Formular einzutauschen, mit dem er sich zu dem in Betracht kommenden Arbeitgeber zu verfügen hat. Wird der Arbeitsvertrag nicht perfekt, so muß die „Bescheinigung“ innerhalb kürzester Frist (24 Stunden) vom Bureau zurückverlangt werden, widrigenfalls dieselbe ihre Gültigkeit verliert.

Die in Händen des Arbeitsnachweises verbleibenden „Bescheinigungen“ erhalten, ebenso wie die Formulare der Arbeitgebermeldungen, einen Vermerk über die Besetzung der betreffenden Stellen und werden sodann in Verwahrung genommen. Da der bereits bei der Einschreibung vom Arbeitsnachweis zurückbehaltene Coupon dieselbe Nummer trägt wie die zugehörige „Bescheinigung“, so kann mit Leichtigkeit die Vereinigung dieser beiden Urkunden erfolgen, welche zusammen das vollständige Material für den betreffenden Fall bilden. Aus ihnen läfst sich am Ende eines Jahres leicht ersehen, wieviele Male dieselbe Person im Laufe dieser Zeit arbeitslos geworden und durch die Anstalt in Stellung gebracht worden ist; auch wieviel Frist in jedem einzelnen Fall zwischen der Meldung und der Zuweisung in Arbeit verstrichen ist. Die im Bureau vorhandenen Coupons, zu denen die „Bescheinigung“ sich nicht gesellt hat, geben die Zahl der nicht untergebrachten Stellenlosen, während aus den mit zugehörigen „Bescheinigungen“ vereinigten Coupons die Summe aller erfolgten Vermittlungen ersichtlich wird. Auf Grund aller dieser Angaben läfst sich ein zuverlässiges Bild von der Tätigkeit der Anstalt, auch von der Lage des Arbeitsmarktes gewinnen.

Neben dem genannten, immerhin umständlicheren Geschäftsverfahren steht auch der ungleich primitivere börsen-

mäßige Verkehr wohl bei allen Arbeitsnachweisen in Brauch. Besonders da, wo es sich um sofortige Einstellung größerer Trupps von Gelegenheitsarbeitern handelt, wie das in typischer Weise bei der Hamburger Vermittlungsstelle beobachtet werden kann, erscheint der Arbeitgeber oder dessen Bevollmächtigter persönlich im Bureau und trifft nach eigenem Ermessen seine Wahl. Ist dann die gewöhnlich nur sehr kurze Zeit, Stunden nur, oder einen Tag in Anspruch nehmende Arbeit getan, so kehren die arbeitslos Gewordenen wieder zur Nachweisanstalt zurück und warten, bis das vorige Spiel von neuem anfängt.

Aber auch in Fällen, in denen es sich nur um die Einstellung einzelner Arbeiter und für dauernde Arbeit handelt, kommt es immer vor, dass Arbeitgeber, die auf direkte Unterhandlung mit den Arbeitsuchenden an Ort und Stelle Gewicht legen, sich persönlich zum Arbeitsnachweis bemühen und die benötigten Arbeitskräfte sich holen. In Posen, in Mainz hat man zur Erleichterung solchen Verkehrs zwischen Arbeitgebern und -nehmern in der Dienstbotenvermittlung, bei der erfahrungsgemäfs persönliche Wünsche eine mafsgebende Rolle spielen, bestimmte Stunden, sog. Treffstunden, festgesetzt, zu welchen Herrschaften und Dienstpersonal direkt miteinander in Unterhandlung treten können¹.

Einer möglichsten Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises zu dienen, ist das vielerorts — genannt sei nur Frankfurt a. M., Straßburg i. Els. — gebräuchliche Verfahren bestimmt, demzufolge dem Verwalter das Recht und die Aufgabe zugeteilt ist, im Interesse des guten Rufes und zweckmässiger Tätigkeit der Anstalt, offenkundig arbeitsscheuen oder liederlichen Arbeitern, aber auch unreellen Arbeitgebern die Benutzung des Arbeitsnachweises zu versagen. Um jedoch die Interessenten gegen eine event. ungerechtfertigte Anwendung dieser Maß-

¹ Arbeitsmarkt I, 35.

regel sicher zu stellen, ist die Möglichkeit gegeben, gegen solch ein Ausschließungsverfahren beim Vorsitzenden der Arbeitsnachweis-Kommission Beschwerde zu erheben.

Die Organisation des Geschäftsbetriebs in der weiblichen Abteilung.

Der Geschäftsbetrieb in der weiblichen Abteilung weicht von dem in der männlichen üblichen in manchen Stücken ab, besonders soweit das Privat- und Wirtschaftspersonal dabei in Betracht kommt. Zur Förderung einer zweckentsprechenden Vermittlertätigkeit vermerkt sich in München die Verwalterin auf dem Anmeldezettel einer Arbeitsuchenden stenographische Notizen über Aussehen, Benehmen, Zeugnisse derselben. In Köln wieder werden von weiblichen Dienstboten nur solche mit ordnungsmässigen Papieren angenommen; außerdem lässt sich die dortige Anstalt von Arbeitsuchenden, die im Besitz guter Zeugnisse sind, Abschriften davon geben. Diese werden von der Anstalt aufbewahrt und gegebenenfalls den Dienstherrschaften zur Einsicht vorgelegt.

Den stellenlosen Mädchen werden in München jeweils gleich drei bis vier geeignet erscheinende offene Plätze namhaft gemacht, um ihnen ein mehrfaches Hin- und Herlaufen zu ersparen und möglichst rasch zur Arbeit zu verhelfen. Um sich dabei gegen das unlautere Gebaren der gewerbsmässigen Stellenvermittlerinnen zu sichern, die vielfach darauf ausgehen, weibliche Arbeitskräfte dem öffentlichen Arbeitsnachweis wegzufangen, werden in Worms z. B. die Dienstmädchen bei ihren Gängen zu Herrschaften von einer Angestellten der Nachweisanstalt begleitet. — Die Vermittlung von weiblichen Gesuchen für höhere Berufsarten geschieht zum größten Teil auf schriftlichem Weg, da der Arbeitsmarkt am Orte gewöhnlich ein beschränkter ist und für das gerade hier unverhältnismässig grosse Angebot die erforderliche Nachfrage auswärts, oft bis im Ausland gesucht werden muss.

c) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf möglichste Be seitigung der lokalen Arbeitslosigkeit.

§ 1. Die Organisation der indirekten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Ergreifen vorbengender Maßregeln.

Einem das Maß vorhandener Arbeitsgelegenheiten weit übersteigenden Angebot von Arbeitskräften und damit einer planlosen Vermehrung der Arbeitslosen am eigenen Ort zu begegnen, pflegt das Stuttgarter Arbeitsamt an die Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, auf das selbständige Ausschreiben offener Stellen mit Umgehung des Arbeitsnachweises zu verzichten, da erfahrungsgemäß durch solches Ausschreiben gerade in arbeitsarmen Zeiten der Zuzug von auswärts nach größeren Städten unverhältnismäßig gesteigert werde. Der Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. sieht, in Verfolgung ähnlichen Zwecks, selber von jeder öffentlichen Bekanntgabe der angemeldeten Stellen ab.

Gleicherweise wird von manchen Nachweisanstalten auch auf die Arbeitnehmer einzuwirken gesucht. Besonders von den badischen Anstalten wird durch Aushang von großbedruckten Plakaten regelmäßig darauf aufmerksam gemacht, in welchen Gewerben die Aussicht auf Erlangung von Arbeit besonders gering sei, und werden die Angehörigen solcher Gewerbe ermahnt, auch unter ungünstigen Bedingungen weiter zu arbeiten oder aber, falls bereits Stellenlosigkeit eingetreten, jede sich bietende Arbeitsgelegenheit vorübergehend anzunehmen.

§ 2. Die Organisation der direkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung.

Im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit steht eine Anzahl der bedeutenderen Arbeitsnachweise in Fühlung mit der städtischen Verwaltung des betr. Ortes in der Art, dass sie dieselbe über die Schwankungen des Arbeitsmarktes auf dem laufenden erhält und bei sich kündendem größeren Arbeitsmangel auf rechtzeitige

Vorbereitung von sog. Notstandsarbeiten hinwirkt. Mancherorts, so in Straßburg i. Els. z. B., werden diese Arbeiten direkt durch den Arbeitsnachweis an die Arbeitslosen vergeben.

Aber auch aus eigener Kraft suchen manche Arbeitsnachweise es zur Beschaffung von Arbeit zu bringen. Hamburg, Aachen und andere mehr haben zu dem Zwecke Schreibstuben für stellenlose Kaufleute und Schreiber eingerichtet, in welchen sie aufgetragene Schreibarbeiten in eigener Regie vornehmen lassen. Hamburg hat außerdem den Versuch gemacht, seinen Arbeitslosen die vorgeschriftenen Schnee- und Eisarbeiten vor den Häusern zuzuwenden. Die Arbeitsnachweistelle hat darum einen Unternehmer veranlaßt, mit zahlreichen Hausbesitzern einen Vertrag abzuschließen, durch den ihm die genannten winterlichen Reinigungsarbeiten anheimgegeben wurden. Der Arbeitsnachweiskommission selber gegenüber mußte sich der Unternehmer verpflichten, die nötigen Arbeiter ausschließlich durch Vermittlung des Nachweisbüros zu beziehen und sie zu einem bestimmten Minimalsatz zu lohnen. Ähnlich ist auch Trier vorgegangen. In München-Gladbach ist mit dem Arbeitsnachweis eine Holzzerkleinerungsanstalt verbunden, zu der in Elberfeld sich noch eine Teppichklopferei gesellt. Die Karlsruher Anstalt hat einmal eine größere Arbeitsleistung für eine Konstanzer Zeltfabrik auf eigene Rechnung übernommen und damit mehr als 100 weiblichen Arbeitslosen lohnende Beschäftigung zugeteilt.

d) Die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf sozialpolitische Einrichtungen, die mit dem Arbeitsnachweis in loserem Zusammenhang stehen.

§ 1. Zwar zu der Arbeitsvermittlung unmittelbar nicht in Beziehung stehend, aber der Arbeiterbevölkerung in hohem Maße dienlich ist eine mehr oder weniger enge Verbindung

des Arbeitsnachweises mit einer Auskunftstelle für Arbeiterangelegenheiten, wie man solches in Frankfurt a. M. z. B. trifft. In Frankfurt ist dem Arbeitsnachweis die Beaufsichtigung der Auskunftstelle in der Weise übertragen, dass der Vorsitzende der Arbeitsnachweis-Kommission sich über die Tätigkeit jener auf dem laufenden erhält, und dass ihm von den Beamten der Auskunftei Mitteilungen über besondere Vorkommnisse, schwierige Rechtsfragen u. dergl. gemacht werden, Mitteilungen, die der Vorsitzende alsdann in der Sitzung der Kommission zur Sprache bringt.

§ 2. Vorbildlich für zahlreiche andere Anstalten geworden ist die Kölner Vermittlungsstelle in der Angliederung eines unentgeltlichen Wohnungsnachweises an den Arbeitsnachweis. Die Wahrnehmung der Interessen des ersteren liegt in den Händen des Vorsitzenden auch des Arbeitsnachweises.

Der Kölner Wohnungsnachweis zeichnet sich durch besonders zweckmäßig eingerichtetes Geschäftsverfahren aus. Alle bei ihm angemeldeten Wohnungen werden von dem Nachweisbeamten persönlich in Augenschein genommen. Dabei macht sich derselbe über die Lage der Lokalitäten, deren Gröfse, Höhe u. dergl. eine einfache Skizze. Auf Grund des von dem Vermieter ausgefüllten Anmeldescheines, der die meisten beim Mieten üblichen Fragen kurz beantwortet und auf Grund der von dem Beamten erläuterten Zeichnung erfährt der Wohnungssuchende bereits im Geschäftsbureau des Nachweises alles Wissenswerte; er ist schon hier in der Lage, sich von der Wohnung ein Bild zu machen und zu erwägen, ob sie seinen Wünschen entspricht.

Der Vermittler anderseits erhält nur solche Suchende zugeschickt, die über seine Forderungen bereits unterrichtet sind; er wird nicht überlaufen und braucht nicht zwecklos Rede zu stehen.

II.

Darstellung der interlokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Vorbermerkung.

Die Darstellung der interlokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises soll, ähnlich wie die der lokalen Organisation, von folgenden Gesichtspunkten aus versucht werden:

- a) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereichs.
 1. Die einzelne öffentliche Arbeitsnachweisstelle als Zentrale für ihre Umgebung organisiert;
 2. die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten innerhalb eines größeren staatlichen, bzw. wirtschaftlichen Ganzen in Verbänden organisiert;
 3. die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten innerhalb des gesamten Reiches organisiert im Verband deutscher Arbeitsnachweise.
- b) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erzielung zweckmässigster Vermittlungstätigkeit.
 1. Die von der Einzelnachweis-Zentrale ausgehende interlokale Tätigkeit.
 - α) Die Einzelzentrale und deren nächste Umgebung;
 - β) die Einzelzentrale und deren Filialen;
 - γ) die Einzelzentrale und die ihr angeschlossenen selbständigen Arbeitsnachweisstellen.
 2. Die von den Arbeitsnachweisverbänden ausgehende interlokale Tätigkeit.
 3. Die von dem Verband deutscher Arbeitsnachweise ausgehende interlokale Tätigkeit.

a) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereiches.

1. Die einzelne öffentliche Nachweisstelle als Zentrale für ihre Umgebung organisiert.

Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in ihrer einfachsten Gestalt ist in der Weise durchgeführt, daß eine grösere Arbeitsnachweisstelle als Zentrale fungiert für die ihr zunächst gelegene Umgebung. Im einzelnen gibt es dann auch hier wieder untereinander verschiedene Formen.

Am primitivsten dürfte die interlokale Organisation — wenn überhaupt von Organisation geredet werden kann — da sein, wo in dem betreffenden Bereich überhaupt nur eine Nachweisstelle sich findet, der von selber dann die Rolle einer Zentrale zufällt, indem die nächstliegenden Gemeinden sich für ihren Bedarf an Arbeitskräften, bezw. Arbeitsgelegenheiten erfahrungsgemäfs dem grösseren Arbeitsmarkt zuzuwenden pflegen. So weiß z. B. die Mannheimer Anstalt davon zu reden, wie sie für mehr als 200 in einem Umkreis von nicht über 20 km im Durchmesser liegenden Ortschaften den auswärtigen Verkehr bewirkt. Ähnliches lässt sich in mehr oder minder entwickelter Weise bei jeder grösseren Arbeitsnachweisstelle konstatieren.

Aber auch an solchen Nachweisen fehlt es nicht ganz, die von vornherein darauf angelegt sind, einen Zentralarbeitsmarkt für eine grösere Umgebung zu bilden. Dieser Art ist die für den Kreis Hörde errichtete „Zentralarbeitsnachweis-Anstalt“. Für die Stadt Hörde an sich allein ohne grossen Wert, erhält die dortige Nachweisstelle ihre Bedeutung erst dadurch, daß sie für weitere drei Städte und 27 Landgemeinden des Kreises die Arbeits- und Arbeitervermittlung besorgt.

Eine entwickeltere Stufe in der Organisation des inter-

lokalen Arbeitsnachweises findet sich da, wo sich auf Bemühen einer Zentralnachweisstelle in deren Umgebung ein mehr oder minder enges Netz von Filialstellen ausbreitet, die in einem gewissen abhängigen Verhältnis und in lebhaften Beziehungen zu der Hauptstelle stehen. Eine solche interlokale Organisation ist seinerzeit von Karlsruhe aus ins Leben gerufen worden, bis sie in jüngsten Tagen wieder eingegangen ist. Noch in Kraft ist eine ähnliche Organisation bei den größeren Nachweiszentralen in der Rhein- und Maingegend, wo z. B. Mainz in mehr als 20 Landorten aus der Nähe die Gründung von Sammellestellen angestrebt hat. Ebenso Worms, Darmstadt, Wiesbaden.

In anderer Weise hat man dasselbe Ziel in Bielefeld, in Konstanz zu erreichen gewußt. Hier ist die Zentrale in Verbindung mit benachbarten Naturalverpflegungsstationen getreten und haben diese der Hauptstelle gegenüber die Rolle von Nebenstellen übernommen. Bielefeld hat eine solche Organisation für einen Bezirk von 4330 qkm mit rund 590 000 in Städten, Städtchen und Landgemeinden verteilten Einwohnern eingerichtet und hat der Hauptstelle als Hilfsstellen zwölf Verpflegungsstationen und eine Arbeiterkolonie angegliedert. Von Konstanz aus sind im Kreis Konstanz zwölf und im Kreis Villingen zwölf Verpflegungsstationen für den Dienst von Arbeitsnachweisfilialen gewonnen worden. Nach Konstanzer Berichten ist man auch in Norddeutschland dabei, die Zentralisation des Arbeitsnachweises in ähnlicher Weise zu organisieren. Jedenfalls ist Konstanz schon zu verschiedenen Malen um Erteilung von Rat auf Grund seiner Erfahrungen von zuständiger Seite angegangen worden.

Auch landwirtschaftliche Vereine und ähnliche Körperschaften stehen vielfach zur Hauptnachweisstelle ihres Sprengels in dem Verhältnis von Nebenstellen zu ihrer Zentrale.

Das Vollendetste in der im Augenblick zur Besprechung kommenden Organisationsform dürfte Bayern auf-

zuweisen haben. Dort übt die Hauptnachweisstelle jedes Regierungsbezirks die Funktion einer Zentrale aus für eine ganze Reihe selbständig und zweckmäßigst organisierter lokaler Arbeitsnachweise, ganz abgesehen noch davon, daß auch in den Orten, wo solche fehlen, auf dem Gemeindehause für einen Arbeitsnachweis in rudimentärer Form wenigstens und für die Verbindung desselben mit der Hauptstelle des Bezirkes Fürsorge getroffen ist.

2. Die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten innerhalb eines größeren staatlichen, bzw. wirtschaftlichen Ganzen in Verbänden organisiert.

Mehrere örtliche Zentralstellen nebst deren Filialen und Nebenstellen sind, soweit sie zu einem und demselben staatlichen, bzw. wirtschaftlichen Ganzen gehören, in größeren Verbänden zusammengeschlossen. Diese umfassen die selbständigen Arbeitsnachweise entweder eines Landes, wie solches für den bayrischen, den württembergischen, den badischen, den elsäss-lothringischen Verband der Fall ist; oder auch es sind die Arbeitsnachweise innerhalb größerer Gebietsteile eines Staates miteinander geschäftlich verbunden. Solches trifft zu für den Verband im Regierungsbezirk Düsseldorf, für den märkischen Verband, für den Verband im Regierungsbezirk Liegnitz. Unter allen ist der Verband der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen der Rhein- und Maingegend der einzige, der, unbekümmert um die politische Zugehörigkeit der einzelnen Anstalten, die Arbeitsnachweise eines einheitlichen wirtschaftlichen Gebietes als ein Ganzes umfaßt.

An der Spitze jeden Verbandes steht ein Vorort oder eine Landeszentrale. Bei den Landes- und Provinzialverbänden ist die Funktion einer solchen der Landes- bzw. Provinzialhauptstadt übertragen. Bei dem Rhein-Main-Verband wird jedes Jahr ein anderer Verbandsort zum Verbandsvorort bestimmt.

Im speziellen zeigen sich merkliche Unterschiede in der Organisation der einzelnen Verbände. Während z. B. der

bayrische Verband und ihm gleich, wenn auch in weniger energischer Weise, der württembergische, der Rhein-Main-, der Düsseldorfer Verband, darauf abzielt, möglichst viele Arbeitsnachweisstellen innerhalb seines Territoriums ins Leben zu rufen und in sich zu vereinigen, ja sein Bestreben sogar dahin geht, jede Gemeinde zum Sitz eines, wenn auch noch so primitiv eingerichteten öffentlichen Nachweises zu machen, begnügt sich der badische Verband z. B. damit, eine Verbindung zwischen den bedeutenderen örtlichen Stellen seines Bezirks zu bewerkstelligen. Dagegen arbeitet er einer Gründung solcher Anstalten in kleineren Orten, als doch nicht lebensfähiger, mit Absicht entgegen.

Die Organisation der Einzelverbände ist nicht so zu denken, daß jeder Verband als ein abgeschlossenes Ganzes seine Grenzen gegen die übrigen verwandten Organisationen absperrte. Im Gegenteil. Nicht nur kommt es da, wo die geographische, bezw. wirtschaftliche Lage es von selbst mit sich bringt, vor, daß Mitglieder des einen Verbandes zu gleicher Zeit auch Mitglieder des Nachbarverbandes sind; so gehört Pforzheim z. B. zum badischen und württembergischen Landesverband, Mannheim zum badischen und zum Rhein-Main-Verband; auch die Gesamtverbände, besonders soweit sie aneinander grenzen, unterhalten beständige Beziehungen zueinander.

Den Bereich ihrer Tätigkeit möglichst umfassend zu gestalten, begnügen sich einzelne Verbände — man nehme den badischen — nicht mit der Einbeziehung sämtlicher Arbeitsnachweisstellen ihres Territoriums in einen Verband. Sie suchen auch Berührungen mit allen solchen Verwaltungskörpern, die selber irgendwie bei der Arbeitsvermittlung interessiert sind; wie sie auch diejenigen Kreise zu erreichen bemüht sind, die sich, wie die landwirtschaftliche Bevölkerung und die weiblichen Dienstboten, erfahrungsgemäß dem öffentlichen Arbeitsnachweis gegenüber noch mehr oder weniger spröde zeigen. So hat der badische Verband die Reservistenvermittlung unter seine Aufgaben aufgenommen und setzt sich zu dem Zweck jedes Jahr neu mit den zu-

ständigen Instanzen ins Benehmen. Mit den Verwaltungen der Strafanstalten, der Arbeiterkolonien, den Anstalten für Zwangserziehung unterhält er Fühlung, um Strafentlassene jeden Geschlechts durch seine Verwendung in Arbeit zu bringen.

Für die Gewinnung der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat sich der badische Verband (Ähnliches tut auch der württembergische und bayrische) durch Vermittlung der großherzoglichen Regierung der Unterstützung der Bezirksämter zu versichern gewusst. Den weiblichen Dienstboten sucht er auf die Weise nahezukommen, daß er durch die Einzelnachweise bei Pfarrern, Lehrern, Ortsbehörden auf eine bezügliche belehrende Einwirkung auf junge Mädchen anträgt, auch auf ein Zusammenarbeiten mit konfessionellen Dienstbotenheimen Bedacht nimmt.

3. Die öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten des gesamten deutschen Reichs organisiert im Verband deutscher Arbeitsnachweise.

Der organische Aufbau der öffentlichen Arbeitsvermittlung in Deutschland, der sein Fundament in der einzelnen lokalen Arbeitsnachweiszentrale besitzt, von denen ihrer mehrere zusammen wieder das Substrat für die Errichtung der territorialen Verbände abgegeben haben, hat mit der Gründung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise seinen harmonischen Abschluß gefunden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes besteht in der Hinwirkung auf möglichste Vermehrung örtlicher Arbeitsnachweise, sei es durch die direkte Beeinflussung der hierfür in Betracht kommenden Körperschaften, sei es unter Zuhilfenahme der werbenden Kraft, die den vom Verband zum Zweck des Erfahrungsaustausches einzuberufenden öffentlichen Versammlungen und Arbeitsnachweis-Konferenzen eignen dürfte. Außerdem fällt das Erstreben einer gleichmäßigen Arbeitsmarktstatistik in den Kompetenzbereich des Verbandes.

b) Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf die Erziehung zweckmäßigster Vermittlungstätigkeit.

1. Die von der Einzelnachweis-Zentrale ausgehende interlokale Tätigkeit.

§ 1. Die Einzelzentrale und deren nächste Umgebung.

Der Geschäftsbetrieb zwischen der Einzelzentrale und ihrer nächsten Umgebung ist, soweit sich keine weiteren Nachweisstellen daselbst finden, kaum anders gestaltet, als dies für den Verkehr der Anstalt mit den Ortsansässigen der Fall ist. Die auswärtigen Gesuchsteller bringen ihre Wünsche direkt bei der Zentrale an, und diese wieder setzt sich im richtigen Augenblick direkt zu ihren Auftraggebern in Beziehung.

Der Natur der Sache entsprechend nimmt hier der Verkehr per Postkarte, auch per Telephon einen ungleich gröfseren Raum ein als bei der lokalen Vermittlung. Im Fall schriftlicher Auftragserteilung wird von den Interessenten möglichst genaue Bekanntgabe ihrer Wünsche und Bedürfnisse, bezw. ihrer Fähigkeiten verlangt, um sich nicht dem bei nichtpersönlichem Verkehr leicht eintretenden Übelstand auszusetzen, ungeeignete Kräfte nach ungeeigneten Arbeitsgelegenheiten zu verweisen. Auch wird im Interesse einer geordneten Geschäftsführung noch mehr als im lokalen Dienst darauf gedrungen, dass jede Befriedigung eines Gesuchstellers von diesem ungesäumt an den Arbeitsnachweis gemeldet werde. Eine Aufserachtlassung dieser Vorschrift kann durch Versagung der Bemühungen des Arbeitsnachweises geahndet werden.

In Hörde vollzieht sich, abweichend von dem gemeinüblichen Brauch, die Geschäftsführung derart, dass die Vermittlung offener Stellen lediglich auf dem Wege der Bekanntmachung derselben im Nachweislokal oder in den gröfseren Herbergen des Kreises, auch in den lokalen und Fachzeitungen geschieht. Da wo die Zentrale über einen

größeren lokalen Markt verfügt, wie in Berlin, München, Köln usw., werden im Interesse des flachen Landes auswärtige Arbeitsuchende gleich bei ihrer Meldung per Postkarte darauf aufmerksam gemacht (Köln), dass sie auf Berücksichtigung nur insoweit zählen können, als einheimische Kräfte nicht vorhanden sind. Ähnlich verfährt München, indem es in der Regel landwirtschaftliche Arbeiter nur wieder in landwirtschaftliche Stellen vermittelt.

Den auswärtigen Arbeitgebern wird, wenn die Zentrale sich für sie bemühen soll, die Verpflichtung auferlegt, für die Reiseunkosten zugewiesener Bewerber aufzukommen, deren Einstellung durch den betreffenden Arbeitgeber aus irgendwelchen Gründen verweigert wird. — Die Einführung und Beachtung genannter Vorsichtsmassregeln den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gegenüber ist im Verkehr der städtischen Arbeitsnachweise mit dem Land ganz allgemein geworden.

§ 2. Die Einzelzentrale und deren Filialen.

Hier dürfte vor allem der Organisation des Verkehrs zwischen der Zentralstelle und den als Filialstellen fungierenden Naturalverpflegungsstationen, bezw. Herbergen zur Heimat gedacht werden. Bielefeld und Konstanz können dabei als Muster dienen.

In Bielefeld wird die interlokale Vermittlung in der Weise betrieben, dass regelmäßig am Samstag jeder Woche die angebotenen und gesuchten Arbeitskräfte sämtlichen der Zentrale angeschlossenen Nebenstellen mitgeteilt werden. Angestrebt wird noch das Weitere, dass auch die Nebenstellen ihre überschüssigen Arbeitskräfte, bezw. Arbeitsgelegenheiten der Zentrale anzeigen und diese damit in die Lage setzen, eine ungleich reichhaltigere Liste als bisher für jede Woche aufzustellen.

Zwischen Konstanz und seinen 24 Filialstellen ist der Geschäftsverkehr derart geregelt, dass die Stationen an die Zentrale alle diejenigen bei ihnen zur Anzeige gebrachten offenen Stellen melden, von denen sie voraussetzen können,

dass sie dieselben entweder nicht selbst zu besetzen imstande sein werden, oder von denen sie annehmen, dass sie von anderer Seite aus rascher zur Erledigung kommen können. — Umgekehrt versendet die Zentrale regelmässig jeden Mittwoch und Samstag eine Liste der offenen Stellen in doppelter Ausfertigung an sämtliche Filialen. Das eine Listenexemplar ist für den Aushang im Anweisungsraum, das andere für das Verpflegungslokal bestimmt.

Das interlokale Vermittlungsgeschäft geschieht unter Benutzung von eigens zu dem Zwecke gedruckten Karten und Formularen. Stellen, von denen erwartet werden kann, dass die Zentrale für deren Befriedigung aufkommen werde, werden nach auswärts nicht vermeldet. Alle Kosten für Portis, für Drucksachen, für Entschädigungen an die Verwalter werden von der Kasse der Zentralanstalt getragen. Durch wiederholte Visitation der Filialen durch den Verwalter der Hauptstelle soll das geschäftliche Zusammenarbeiten zwischen Zentrale und Stationen gefördert werden.

§ 3. Die Einzelzentrale und die ihr angeschlossenen selbständigen Arbeitsnachweissstellen.

Ein Musterbild solcher Organisation bietet die Art und Weise, wie der interlokale geschäftliche Verkehr zwischen der Zentrale und den ihr angeschlossenen selbständigen Arbeitsnachweisen innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke Bayerns eingerichtet ist. Im Regierungsbezirk Oberbayern mit der Zentrale München verläuft dieser Verkehr z. B. in folgender Form. Die auswärtigen Arbeitgeber wenden sich bei Bedarf direkt an die ihnen zunächstliegende Nachweisanstalt oder auch gleich an die Regierungsbezirks-Zentrale. Die Gesuche, die von den einzelnen örtlichen Nachweissstellen nicht in kürzester Frist befriedigt werden können, werden ebenfalls schriftlich oder telephonisch und unter genauer Bezeichnung der vom Arbeitgeber gemachten Bedingungen, bezw. geäußerten Wünsche an die Zentrale übermittelt. Kann diese dem so erteilten Auftrag nicht innerhalb 24 Stunden gerecht werden, so hat sie, im Fall,

dass ihr später geeignete Arbeitskräfte zur Hand sind, vor jeder Zuweisung bei dem betr. Arbeitgeber schriftlich oder telephonisch anzufragen, ob die Stelle noch offen sei. Zentrale und auswärtige Anstalt verständigen sich regelmäßig von jeder Besetzung von Stellen, die gleichzeitig bei ihnen beiden zur Anmeldung gekommen waren.

Eine etwas abweichende Behandlung erfahren die Gesuche auswärtiger Arbeitnehmer. Letztere können, soweit sie nicht am Sitze eines öffentlichen Arbeitsnachweises wohnen, mit der Zentrale und den ihnen zunächst gelegenen Nachweisstellen nur verkehren durch Vermittlung der Gemeindebehörde ihres Aufenthaltsortes und auf Grund eines von dieser auszustellenden Anmeldeformulars. Doch sollen, um dem Zuströmen der Arbeitsuchenden nach den Großstädten vorzubeugen, die Gesuche auswärtiger Arbeitsloser nur in einzelnen speziellen Fällen nach der Zentrale befördert werden.

Das eigentliche Vermittlungsgeschäft vollzieht sich in der Weise, dass die Zentrale einem geeigneten Arbeitssuchenden entweder persönlich oder per Post und unter Zuhilfenahme seiner Gemeindebehörde eine sog. Zuweisungskarte verabfolgt. Die Arbeitgeber werden von der Zuweisung benachrichtigt mit dem Ersuchen um Mitteilung über Eintreffen und Ein- bzw. Nichteinstellung des Arbeitnehmers.

Zur Förderung des interlokalen Verkehrs lässt die Münchener Zentrale seit 1898 jeden Donnerstag abend ein Verzeichnis der offenen Stellen an 36 Gemeinden ihres Bezirkes, außerdem an sämtliche rechtsrheinische bayrische Zentralen und an vier württembergische Arbeitsämter zur Bekanntgabe durch öffentlichen Anschlag versenden. Aus den angeschlagenen Listen können und sollen die Arbeitsuchenden ersehen, dass sie sich behufs Erlangung einer Stelle an die Gemeindeverwaltung ihres Orts zu wenden haben; besonders aber sollen diese Listen auch für die auswärtswohnenden und durchreisenden Arbeiter eine Orientierung über die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts der Zentralstadt geben.

und sie vor einem planlosen Wandern nach derselben abhalten.

Speziell der interlokalen landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung zu dienen, sind die bayrischen Bezirks-Zentralen — aber ähnliche Verhältnisse bestehen auch in Württemberg — zu landwirtschaftlichen Vertretungen und Körperschaften in engere Fühlung getreten. Infolge einer Übereinkunft mit diesen hat die Zentrale München im Jahre 1901 an sämtliche Gemeindeverwaltungen Oberbayerns je 50 Stück Formulare von Gesuchen um Zuweisung von Arbeitskräften, bezw. Arbeit übermittelt und die Gemeindebehörden zur strikten Ausführung der ihnen durch ministerielle Entschließung vom 1. Mai 1898 zugewiesenen Aufgabe angehalten, derzufolge sie verpflichtet sind, jedes Gesuch um Arbeit an die nächste Arbeitsnachweissstelle, bezw. die betreffende Zentrale weiterzubefördern.

2. Die von den Arbeitsnachweis-Verbänden ausgehende interlokale Tätigkeit.

Einer möglichst fruchtbaren Arbeitsvermittlung wollen die Arbeitsnachweis-Verbände durch Organisation eines zweckmässigen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage innerhalb ihres Territoriums dienen. Für das hierfür eingerichtete Geschäftsverfahren zwischen Verbandsvorort und einzelnen Verbandsorten gibt es eine entwickeltere und eine einfacher Art. Diese letztere wird von dem badischen Verband vor allem befolgt, während für die erstere der württembergische und die ihm wahlverwandten Verbände eintreten. Auch darin lässt sich eine Verschiedenheit in der Organisation erblicken, dass der Verband im Regierungsbezirk Düsseldorf neben dem Düsseldorfer lokalen Arbeitsnachweisbureau ein vollkommen selbständiges Zentralbureau eingerichtet hat, das selber keine Arbeitsvermittlung betreibt, sondern sich darauf beschränkt, den Ausgleich unter den verschiedenen Verbandsnachweisen zu bewirken. Bei allen übrigen Verbänden übt der Verbandsvorort selber auch praktisch Arbeitsnachweis aus.

Alle Verbände haben auf möglichste Ausbildung telephonischen Verkehrs zwischen den einzelnen Verbandsnachweisen untereinander sowohl, wie zwischen Landeszentrale und Verbandsmitgliedern grosses Gewicht gelegt.

Die kompliziertere Form des interlokalen Geschäftsbetriebs, wie ihn der württembergische Verband und ihm nach, wenn auch mit mannigfachen Verschiedenheiten im einzelnen, die in der Organisation ihm verwandten Verbände aufweisen, besteht in dem Austausch der Vakanzenlisten. Seit 1898 stellt jedes württembergische Arbeitsamt in der Zeit von März bis November dreimal, in den übrigen Monaten zweimal wöchentlich und unter Benutzung eines vorgeschriebenen Formulars Nachweisungen darüber auf, wie viele Nachfragen nach Arbeitskräften in den einzelnen Berufsarten von dem Amt nicht befriedigt worden sind. Offene Stellen, die voraussichtlich am Tag ihrer Anmeldung oder am folgenden Tag innerhalb der Stadtgemeinde gedeckt werden können, sind nicht aufzunehmen. Die Nachweisungen werden je am Dienstag, Donnerstag, Samstag, bzw. Dienstag und Freitag ausgefertigt und von den auswärtigen Arbeitsämtern so frühzeitig zur Post gegeben, dass sie sich an denselben Wochentagen, abends 6 Uhr, in der Hand der Landeszentrale Stuttgart befinden. Diese überträgt den Inhalt der genannten Nachweisungen sofort in eine gemeinsame Liste, sorgt für deren Vervielfältigung und übersendet die Abdrücke noch in derselben Nacht an sämtliche Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und an solche kleinere Gemeinden, für welche dies besonders gewünscht wird. Aber auch über den Verbandsrayon hinaus gelangt die Vakanzenliste, durch Bemühungen der Landeszentrale, zu Arbeitsnachweisen benachbarter Distrikte. Auf Grund der genannten Verbandsliste erhält jeder einzelne Arbeitsnachweis Kenntnis von sämtlichen bei den anderen Arbeitsämtern nicht besetzten Stellen und tritt, je nach Bedürfnis, zu demjenigen Amt in telefonische Verbindung, bei dem die gesuchte Arbeitsgelegenheit frei ist.

Einfacher ist die Frage nach den Grundsätzen für

den gegenseitigen Verkehr unter den Verbandsmitgliedern in Baden geregelt. Hier gibt man im interlokalen Verkehr den Vorzug dem Gebrauch der Postkartenformulare mit Rückantwort, obgleich auch das Telephon nicht unbenutzt bleibt. — Von einer durch die Landeszentrale regelmässig aufzustellenden Vakanzenliste und dem Anschlag derselben in den einzelnen Nachweisanstalten und Gemeinden ist in Baden abgesehen worden. Es bleibt hier den verschiedenen Nachweisstellen überlassen, in freier Betätigung den gegenseitigen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt zu betreiben. Besonderes Gewicht legt der badische Verband im Interesse des interlokalen Verkehrs auf eine weitgehende Benutzung der Presse. Dementsprechend sind die Verbandsanstalten angewiesen, regelmässig in Zwischenräumen von acht zu acht Tagen in den zu ihrem Gebiet gehörenden Amtsverkündigungsblättern, aber auch in sonstigen, in ihrem Bezirk vielgelesenen Zeitungen genaue Mitteilungen über den Stand von Nachfrage und Angebot erscheinen zu lassen. Diese Stellenanzeiger werden dann von den einander benachbarten Verbandsnachweisen gegenseitig ausgetauscht; aber auch in Baden beschränkt man sich dabei nicht auf die eigenen Verbardsverwandten, sondern sucht Fühlung auch mit nahegelegenen Nichtverbandsanstalten, selbst wenn diese jenseits der Reichsgrenze (Schweiz) zu liegen kommen sollten.

Im einzelnen sind die Listen derart gehalten, dass auf denselben zuerst die männlichen gewerblichen, sodann die ungelernten, zuletzt die weiblichen Berufe alphabetisch verzeichnet sind. Ein blauer Strich unter einem Berufsnamen bedeutet, dass in der betr. Branche Arbeiter gesucht werden; ein roter Strich, dass Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. —

Bei allen Verbänden hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen von der Notwendigkeit einer möglichsten Gleichmässigkeit in der Geschäftsführung zur Erreichung eines befriedigenden interlokalen Verkehrs. In Bayern ist denn auch von Regierungswegen sämtlichen Arbeitsämtern sowohl, wie den einzelnen Bürgermeistereien der Gebrauch der Münchener Formulare nahegelegt worden. Aber auch

in Baden, Württemberg, in der Rhein-Main-Gegend, im Regierungsbezirk Düsseldorf geht das Bestreben auf eine Vereinheitlichung des Geschäftsverfahrens. —

Die Frage der Organisation der interlokalen Vermittlung bliebe stets nur zur Hälfte gelöst, wenn neben der Einrichtung zweckmäsigsten Geschäftsbetriebs nicht auch auf die Beförderung der Arbeitsuchenden auf weitere Entfernungen hin Bedacht genommen wäre. Da bietet, nach dieser Richtung hin, die auf Betreiben der verschiedenen süd- und westdeutschen Verbände von den zuständigen Eisenbahnverwaltungen gewährten Fahrt preisermässigungen erwünschte Förderung, indem nämlich, auf Grund eines von öffentlicher Nachweisstelle verabfolgten Ausweises, jedem Arbeitsuchenden, der sich nach einer mehr als 25 km entfernten Stelle zu verpflichten bereit ist, eine Fahrtkarte dritter Klasse zur Hälfte des gewöhnlichen Preises verabreicht wird. Ihre grösstmögliche Wirksamkeit erreichte diese Maßregel dann, als, nach Vereinbarung zwischen den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen, die genannte Vergünstigung für das gesamte Bahnnetz Bayerns, Württembergs, Badens, Elsafs-Lothringens Geltung erhielt.

3. Die von dem Verband deutscher Arbeitsnachweise ausgehende interlokale Tätigkeit.

Eine direkte Einwirkung auf das Vermittlungsgeschäft innerhalb Deutschlands kommt dem Verband deutscher Arbeitsnachweise in dem Sinne nicht zu, daß er am Sitz des Verbandes lokalen Arbeitsnachweis trieb oder den interlokalen Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen des Reichs besorgte. Trotzdem ist sein Einfluß auf einen möglichst fruchtbar zu gestaltenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Einmal sind es die auf Betreiben des Verbandes zugleich mit den Verbandsversammlungen wiederkehrenden grossen Arbeitsnachweis-Konferenzen, die mit ihren Beratungen und dem Erfahrungsaustausch zwischen praktisch in der Nachweis-

arbeit stehenden Männern recht eigentlich einem stetig zu vervollkommenden Betrieb des Arbeitsnachweises dienen. Sodann aber ist der Verband, bezw. der Herausgeber des literarischen Verbandsorgans: „Der Arbeitsmarkt“ bis zum April 1903, wo er vom kais. statistischen Amt darin abgelöst worden ist, mit der regelmässigen Berichterstattung über die Lage des deutschen Arbeitsmarkts beauftragt gewesen, einer Aufgabe, deren Lösung als ein ganz wesentliches Moment für die Einrichtung einer zweckdienlichen Vermittlungstätigkeit angesehen wird.

c) Die Arbeitsmarkt-Berichterstattung.

Die Arbeitsmarkt-Berichterstattung, wie sie vorerst in dem Jastrow'schen „Arbeitsmarkt“ monatlich zur Veröffentlichung kam, jetzt im „Reichs-Arbeitsblatt“ von seiten des kais. statistischen Amtes zur Veröffentlichung kommt, ist auferbaut auf den entsprechenden statistischen Aufstellungen zunächst der einzelnen Vermittlungsanstalten, sodann auch der Landes- und Provinzialverbände. Es sollen darum an folgender Stelle Methode und Ausführung der lokalen, der Verbands- und der Reichs-Arbeitsnachweisstatistik zur Darstellung gelangen.

1. Die Organisation der Statistik bei den einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten.

Die lokale Arbeitsnachweisstatistik teilt sich in eine Monats- und eine Jahresstatistik. Die erstere erwächst aus den täglich vorgenommenen Eintragungen in die Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerlisten, oder auch sie erfolgt da, wo das Kartensystem in Gebrauch ist, unter Benutzung der Personalkarten. Im Interesse eines möglichst raschen und mühelosen Monatsabschlusses werden von verschiedenen Arbeitsnachweisen (den Rhein-Main-Anstalten) Tagesausweise geführt, so dass am Ende des Monats lediglich die Anmerkungen des letzten Tages zu der bereits vorhandenen Gesamtsumme aller anderen Tage hinzuzurechnen sind, um das monatliche Tätigkeitsergebnis zu erhalten.

Die Monatsstatistik wird unter Benutzung besonderer Formulare für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmergesuche getrennt geführt; ebenso werden die männlichen von den weiblichen gesondert verzeichnet. Wo die Verhältnisse es nahelegen, wird eine besondere Statistik für die örtliche landwirtschaftliche (Hamburg, München), für die Lehrlings- und die Reservistenvermittlung, desgleichen für den auswärtigen Verkehr der betr. Anstalt geführt (München, Stuttgart, Frankfurt a. M. u. and.). Stuttgart vermerkt zudem noch, ob direkt unter Zuhilfenahme einer anderen Nachweisstelle das Geschäft nach auswärts perfekt geworden ist. Bei den badischen Anstalten und in Straßburg wird bei den Arbeitsuchenden unterschieden zwischen eingetragenen und nichteingetragenen, den sog. Passanten.

Im einzelnen wird von sämtlichen Nachweisen gezählt: 1. die Zahl der gemeldeten offenen Stellen; 2. die Zahl der gemeldeten freien Arbeitskräfte; 3. die Zahl der erfolgten Vermittlungen. Als Vermittlungen werden jetzt allgemein nur noch solche anerkannt, über deren Tatsächlichkeit die Nachweisstelle sich zuvor entweder auf Grund der zu ihr zurückgelangten Anweisungsscheine oder direkt eingeholter Erkundigung versichert hat, nachdem früher vielfach jede Zuweisung auch schon als erfolgreiche Vermittlung behandelt wurde, und man damit geradezu zu abenteuerlichen Resultaten gelangte.

Von allen bedeutenderen Anstalten wird, im weiteren, jeder erteilte Auftrag bis zu dem Augenblick statistisch verfolgt, wo derselbe für den Arbeitsnachweis, sei es durch Befriedigung, sei es durch Zurücknahme, sei es durch Fristablauf gegenstandslos geworden ist.

Die Berliner lokale Statistik, die durch besonders sorgfältigen Ausbau sich kennzeichnet, bringt monatlich bemerkenswerte statistische Berechnungen darüber, wie viele Anmeldungen von Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen kommen, wie viel Prozent der offenen Stellen besetzt worden, wie viele von 100 Arbeitsuchenden in Stellung gebracht worden sind, und wie lange die Wartezeit dabei gedauert

hat. Frankfurt führt dabei noch eine Unterscheidung der Arbeitsuchenden in gelernte und ungelernte durch.

Als Ergänzung zur Geschäftsstatistik bemühen sich die bedeutenderen Anstalten um eine genaue Personalstatistik. So geben Berlin, Stuttgart, Frankfurt a. M., die bayrischen Anstalten regelmäßig Aufschluß über Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit ihrer Arbeitnehmer. München erforscht auch den derzeitigen Aufenthaltsort des um Beschäftigung Vorsprechenden. An den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer stellenlosen Auftraggeber interessieren sich Stuttgart, Frankfurt, Berlin u. and. und bringen Nachweise über die Dauer der Arbeitslosigkeit sowohl bei den in Arbeit, als den nicht in Arbeit Gebrachten. Einzigartig sind die vom Berliner öffentlichen Arbeitsnachweis für die verschiedenen Berufe im Prozent gegebenen Wochen- bzw. Monatslohnsätze.

Da die statistischen Angaben ihren höchsten Wert erst dann erreichen, wenn sie mit den Resultaten des entsprechenden Zeitabschnittes des Vorjahres oder, noch besser, mehrerer Jahre verglichen werden können, stellen alle sorgfältig gehaltenen Arbeitsnachweisstatistiken neben die Zahlen des laufenden die korrespondierenden Zahlen des zunächst vorhergehenden Berichtes.

Unter Zugrundelegung der Monatsstatistik wird am Schluss eines Jahres die Jahresstatistik aufgestellt. Sie bringt für die zwölf Monate dieselben Angaben, welche die Monatsstatistik für je einen Monat bietet. Daneben freilich auch vereinzelte Nachrichten, die erst am Ende eines Jahres erreichbar und von Wert sind. Derart sind die Berliner Berichte über die Zahl der im Lauf eines Jahres von derselben Person eingereichten Stellengesuche, sowie der ihr zugewiesenen Arbeitsgelegenheiten. München z. B. bringt in seinem Jahresbericht unter den drei Rubriken: „angebotene, gesuchte, besetzte Stellen“ Nachrichten über den lokalen, den auswärtigen, den Gesamtverkehr bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Nachweisen, bei den Nachweisaanstalten

caritativer Vereine und bei etwa 70 gewerbsmässigen Agenturen. Durch Addierung dieser verschiedenen Posten zu den Resultaten des städtischen Arbeitsamtes gewinnt München eine Übersicht über den lokalen Arbeitsmarkt, wie er in solcher Vollständigkeit kaum anderswo erreicht, geschweige denn übertroffen werden dürfte.

Ähnliches hat Berlin angestrebt und, seit 1901, teilweise wenigstens erreicht. Zwar versagen die Arbeitgeber-Nachweise noch zum grossen Teil ihre Mitwirkung zur Erreichung einer örtlich zentralisierten Arbeitsmarktberichterstattung. Dagegen ist seitens der Arbeitnehmer, besonders seitens der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise die Beteiligung eine um so regere. Organisiert ist die Berliner Statistik so, dass monatlich auf besonderen vom Zentralverein für Arbeitsnachweis ausgegebenen Formularen Angaben über die Zahl der Neumeldungen arbeitsuchender Personen, der verlangten Arbeitskräfte und der besetzten Stellen sowie über die Höhe der gezahlten Löhne an den Zentralverein eingesandt werden, der die ihm so gewordenen Nachrichten zu einer allgemeinen Übersicht verarbeitet.

2. Die Organisation der Arbeitsnachweisstatistik durch die öffentlichen Arbeitsnachweisverbände.

Für die Organisation der Arbeitsnachweis-Berichterstattung sind die öffentlichen Arbeitsnachweisverbände schon in dem Sinn maßgebend, als sie zur Erreichung einer brauchbaren Statistik des Arbeitsmarkts auf die Aufstellung und Befolgung einheitlicher statistischer Grundsätze innerhalb ihres Gebiets hinwirken. So hat der bayrische Verband ein für sämtliche ihm angeschlossenen Einzelanstalten gleichmässiges Formular entworfen und zur Einführung gebracht, welches für die einzelnen Berufsgruppen eine Anzahl Rubriken bringt, die von den Verbandsnachweisen für jeden Monat auszufüllen und an die Landeszentrale zu übermitteln sind. Folgenderweise stellt sich das Schema für die an die bayrische Zentrale München

bis spätestens am 6. des folgenden Monats von den Verbandsanstalten einzusendende Monatsübersicht dar.

Orte-(Lokal)-Verkehr.															
Von Arbeitgebern gemeldete offene Stellen.								Gesuche von Arbeitnehmern.							
Unerledigt aus dem Vor- monat übernommen		Im Lauf des Monats neu gemeldete offene Stellen		Zusammen		erledigt durch		Unerledigt aus dem Vor- monat übernommen		Im Lauf des Monats neu eingeschriebenes Arbeits- gesuch		Zusammen		erledigt durch	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

In gleicher Anordnung wie Rubrik 1—14 folgen die Angaben über den interlokalen Verkehr (Rubrik 15—28) und den Gesamtverkehr (Rubrik 29—42). Rubrik 45 ist für Zählung der Passanten vorbehalten.

Die zum Rhein-Main-Verband gehörigen Anstalten senden seit 1898, jeweils am Schluss eines Monats, die von ihnen nach vereinbartem Schema abgefassten kurzen statistischen Berichte an das Frankfurter statistische Amt, welches als Verbandsorgan die Herstellung von zusammenfassenden Monatsübersichten besorgt und diese jeweils am zweiten oder dritten Tag nach dem Berichtsmonat den betr. Verwaltungen und sonstigen Interessenten zuzufertigen in der Lage ist. Aufserdem werden, auf Grund der eingereichten Monatsausweise und sonstigen von den Einzelanstalten zur Verfügung gestellten handschriftlichen oder gedruckten Materials, jährlich kurze statistische Jahresberichte von Verbandswegen abgefasst.

Der Rhein-Main-Verband hat sowohl für die Monatsausweise der einzelnen Arbeitsnachweisstellen, als auch für die vom Verband zu verfertigende Jahresübersicht über die

Gesamttätigkeit sämtlicher Verbandsanstalten ein Schema im Gebrauch, das sich völlig mit dem bayrischen Schema für die Monatsausweisungen deckt. Für die jährlich von Verbandswegen für jede Verbandsanstalt aufzustellenden Berufsnachweisungen beschränkt sich der Rhein-Main-Verband auf die Angabe der offenen Stellen, der Stellengesuche, der besetzten Stellen. Des weiteren rechnet die Verbandsstatistik jährlich für jede einzelne Anstalt, und zwar für deren männliche und weibliche Abteilung aus:

1. wie viele besetzte Stellen auf 100 offene Stellen kommen,
wie viele besetzte Stellen auf 100 Arbeitsgesuche kommen,
wie viele Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen kommen;
2. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 offene Stellen kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 offene Stellen kommen,
wie viele am Ort zu besetzende auf 100 offene Stellen kommen,
wie viele auswärts zu besetzende auf 100 offene Stellen kommen;
3. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche kommen,
wie viele ortssässige Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche kommen,
wie viele erst zugereiste Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche kommen;
4. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 offene Stellen am Orte selbst kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 offene Stellen am Orte selbst kommen;
5. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 auswärtige offene Stellen kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 auswärtige offene Stellen kommen;

6. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche
ortsansässiger Arbeiter kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche
ortsansässiger Arbeiter kommen;
7. wie viele gelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche
zugereister Arbeiter kommen,
wie viele ungelernte Arbeiter auf 100 Arbeitsgesuche
zugereister Arbeiter kommen.

Für die einzelnen Monate wird unter Zugrundelegung der Zahlen für den Gesamtverkehr innerhalb des Verbandes erkundet:

1. wie viele besetzte Stellen auf je 100 offene Stellen
und je 100 Arbeitsgesuche kommen;
2. wie viele Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen
kommen;
3. in Prozenten ausgedrückt: um wie viel die Tagesfrequenz sowohl hinsichtlich der offenen Stellen, als der Arbeitsgesuche, als der besetzten Stellen die Tagesfrequenz (diese = 100 gesetzt) entweder überschreitet oder hinter derselben zurückbleibt.

Von sämtlichen württembergischen Verbandsanstalten haben die statistischen Aufzeichnungen unter Benutzung eines Formulars zu erfolgen, wie solches, nach den von den Verwaltungen der württembergischen Arbeitsämter aufgestellten Grundsätzen, von der Stuttgarter Zentrale im Verein mit dem königl. statistischen Landesamt entworfen und von dem Ministerium des Innern genehmigt worden ist.

Der württembergische Verband gibt in seiner Verbandsstatistik eine Jahresübersicht über die Tätigkeit sämtlicher württembergischer Arbeitsämter.

- a) zusammengestellt nach Arbeits- } und gesondert für
ämtern } männliche und weib-
- b) zusammengestellt nach Monaten } liche Personen;
- c) zusammengestellt nach Berufskategorien;

a und b sind auf Grund nachfolgenden Schemas verfertigt:

Stellenangebote.												Stellengesuche.												
	vermittelt						vermittelt						direkt		indirekt		direkt		indirekt		direkt		indirekt	
	von		von		zusammen		von		von		zusammen		von		von		von		von		zusammen			
hier	unverledigt vom vorigen Monat	auswärts	hier	auswärts	neangemeldete Stellen	zusammen	hier	auswärts	hier	auswärts	zusammen	hier	unverledigt vom vorigen Monat	auswärts	hier	auswärts	hier	auswärts	hier	auswärts	hier	auswärts	zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21				

Wieviel gerade ein Arbeitsnachweisverband für zweckmässige Einrichtung der Statistik bei den ihm zugeordneten Anstalten zu erreichen in der Lage ist, dafür bietet der badische Verband ein lehrreiches Exempel. Vor Gründung desselben herrschte in statistischer Hinsicht die reine Willkür, also dass der Versuch, eine Arbeitsmarkt-Berichterstattung für das ganze Land auf Grund der statistischen Nachweisungen der badischen öffentlichen Arbeitsnachweise herzustellen, höchst mangelhafte Resultate zutage fertigte. Seit aber mit dem 1. Januar 1898, auf Anregung des Verbandes, eine einheitliche Buchführung in Baden zur Annahme gekommen ist und dementsprechend für die Statistik ausschliesslich die von dem großherzogl. statistischen Bureau entworfenen Formulare in Gebrauch genommen werden, wird gerade auch der badischen Statistik Zuverlässigkeit sowohl wie Einfachheit nachgesagt.

Der badische Verband gibt als solcher statistische Jahresübersichten über:

1. die Vermittlungstätigkeit des Verbandes im ganzen nach Monaten;
2. nach Berufen (40 männl. und 7 weibl.);
3. nach Anstalten;
4. jeder einzelnen Anstalt nach Monaten.

Dabei wird durchweg das folgende Schema benutzt:

Arbeitssuchende	Von den eingetragenen Arbeitsuchenden waren											
	Zur Zeit des Gesuchs arbeitslos						Nach Staatsangehörigkeit					
Eingestellte	hierunter						Reichsangehörige					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
im ganzen												
in 0% der ein- getragenen Ar- beitsuchenden												
Arbeitssuchende?												
auf 100 verfängte Arbeits- suchende kommen Arbeit habende?												
verlängerte Arbeitsstrafe												
überhaupt												
davon												
einigermaßen nicht												
einigermaße												
vorher												

Der Verband der Arbeitsnachweise im Regierungsbezirk Düsseldorf verwendet für die von ihm auszufertigenden Monatsausweise folgendes Schema:

Bezeichnung u. Nummer der Klasseen	Von den Unter- gebrachten waren												Stellung fanden					
	zugeteilt						verheiratet						auswärts	Ortsansässig	Zu- sässige gereiste			
Bestand vom Monat	vorher	unverheiratet	Arbeit	Zuwachsung von zusammen	Arbeitsuchende	Neuanmeldete	Arbeitsuchende von zusammen	Arbeitsuchende nach Fristablauf	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende	Arbeitsuchende
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

Für die Düsseldorfer Verbandsstatistik ist, soweit die Berufsarten dabei in Frage kommen, charakteristisch, dass sie für Arbeitgeber- wie -nehmergeesuche drei Rubriken führt, je eine für Großindustrie, eine für Kleingewerbe und Handwerk und eine für ungelernte Arbeiter.

d) Die Organisation der Arbeitsmarkt-Berichterstattung durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise, bzw. das kais. statistische Amt.

Die Arbeitsmarkt-Berichterstattung, wie sie im Auftrag des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise bis 1903 von Dr. Jastrow zur Veröffentlichung kam, ist aufgebaut auf der am letzten jeden Monats von sämtlichen Verbandsnachweissstellen, bzw. Landes- und Provinzialverbänden an die Redaktion des Verbandsorgans: „Der Arbeismarkt“ einzusendenden summarischen Geschäftsstatistik nach dem Schema: männliches und weibliches Gesamt-Stellenangebot; männliche und weibliche Stellengesuche insgesamt; männliche und weibliche Stellenbesetzungen insgesamt. Auf Grund dieser Angaben berechnete Jastrow, wie viele Arbeitsuchende in jedem Monat und an jedem Ort auf 100 offene Stellen kamen. Indem er nun diese gewonnenen Verhältniszahlen in Vergleich bringt zu den korrespondierenden Zahlen des Vorjahres, zieht er aus den durch solchen Vergleich sichtbar werdenden Schwankungen Schlüsse zunächst über den jeweiligen Stand eines örtlichen Arbeitsmarkts. Tritt nun innerhalb eines größeren Gebietsteils oder des ganzen Reichs bei den meisten der in einem bestimmten Augenblick nach obiger Methode eingeschätzten Arbeitsplätze eine übereinstimmende Konstellation zutage, so ist damit ein für die Beurteilung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation in jenem Gebietsteil, bzw. im ganzen Reich maßgebendes Moment gewonnen.

Ausgehend von dem Grundsatz, dass die Verfolgung der Lage des Arbeitsmarkts für den Staat von eminenter Wichtig-

keit sei, hat das Reich mit dem 1. April 1903 die Veröffentlichung einer monatlich wiederkehrenden amtlichen Arbeitsmarkt-Berichterstattung in die eigene Hand genommen und dem kais. statistischen Amt übertragen. Zur Lösung der ihm gewordenen Aufgabe hat sich dieses, neben anderem, auch um die Erlangung der statistischen Aufzeichnungen von seiten möglichst vieler Arbeitsnachweise im Reich bemüht. Von 350 solcher Anstalten, mit denen das kais. statistische Amt in Verbindung getreten ist, haben für die Herstellung der ersten Nummer des Reichs-Arbeitsblattes (21. April 1903) 280 aus 155 Orten ihre Berichte eingesandt. Zur Vervollständigung derselben wurden Formulare verwendet, die in gegenseitiger Verständigung von dem Verband deutscher Arbeitsnachweise und dem kais. statistischen Amt entworfen worden sind. Für 24 Berufsgruppen sind danach folgende Fragen tabellarisch zu beantworten:

Zahl der Arbeitsuchenden				Zahl der offenen Stellen				Zahl der im Berichtsmonat besetzten Stellen			
Rest des Vor-monats		Neue Arbeit-suchende		Rest des Vor-monate		Neue Meldungen					
M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.

Bis zum 10. jeden Monats sollen diese Angaben jeweils entweder von den einzelnen Arbeitsnachweisen direkt oder durch Vermittlung der Landes- bzw. Provinzialzentralen, die erst die Angaben der zugehörigen Einzelnachweise in der rechten Weise zu verarbeiten hätten (Baden, Bayern), an das kais. statistische Amt gelangen.

2. Kritischer Abschnitt.

Kritik des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Vorbemerkung.

Die Kritik des öffentlichen Arbeitsnachweises soll von dreifachem Gesichtspunkt aus erfolgen. Zuvörderst sollen

die Titel geprüft werden, auf welche die öffentlichen Gewalten, Kommune und Staat, ihre Anwartschaft darauf gründen, Träger des Arbeitsnachweises zu sein. Sodann mag die besondere Form zur Debatte gestellt werden, welche der Organisation des Arbeitsnachweises von Kommune und Staat gegeben worden ist. Zuletzt wird ein Urteil darüber versucht werden müssen, inwieweit die öffentliche Arbeitsnachweis-Organisation eine Lösung des Problems bedeute oder nicht.

I.

Auf welche Titel können Kommune und Staat ihre Anwartschaft darauf begründen, Träger des Arbeitsnachweises zu sein?

Hat die Gemeinde zunächst, der Staat sodann Recht und Pflicht, die Arbeitsvermittlung selbständig in die Hand zu nehmen? — Zu einer sachgemäßen Beantwortung dieser Frage wird es gut tun, sich kurz die Arbeitsvermittlungs-Verhältnisse zu vergegenwärtigen, wie diese vor dem Eingreifen der öffentlichen Gewalten lagen. Einmal herrschte, infolge der vielen miteinander konkurrierenden Anstalten, auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung eine solche Zersplitterung, dass bei dem geringen Angebot und der beschränkten Nachfrage, die sich bei der einzelnen Nachweisstelle gegenüberstanden, weder dem einen noch der andern in befriedigender Weise genügt werden konnte. Besonders bedenklich musste dieses Missverhältnis zwischen Anforderungen und Leistungsfähigkeit in Zeiten wirtschaftlicher Höhe- oder Tiefpunkte werden. In letzterem Fall war die unausbleibliche Folge der mangelhaften Organisation des Arbeitsnachweises ein Überschwemmtwerden des Arbeitsmarkts von einer ungemesenen Flut Unbeschäftigter. Dabei ist erst noch nicht einmal erwähnt, dass die peinliche Lage vieler unter diesen arbeitslosen, also auch verdienstlosen Menschen durch skrupellose Ausbeutung seitens unreeller Vermittler bis zu einer verzweifelten oft verschlimmert wird.

Auf einem anderen Gebiet treten nicht minder verderbliche Schäden zutage. Da nämlich, wo der Gesichtspunkt der Klassengegensätze in die Organisation des Arbeitsnachweises hineingetragen wurde und damit diejenige Institution, die in Verfolgung zweckmäsigster Arbeitsverträge den Interessen beider Parteien gleicherweise dienen sollte und könnte, zu einem Mittel machte, den wildesten Klassenkampf und -haß zu züchten.

Keinem der genannten Missstände kann eine Kommune, kann der Staat gleichgültig gegenüberstehen. Es kann für sie beide nicht gleichgültig sein, ob die Zahl verarmter Arbeitsloser in ihrer Mitte zu einer Höhe anschwelle, die zu einer Gefahr für das Ganze werden muß. Vielmehr haben Kommune und Staat selber alles Interesse daran, durch Einrichtung einer geregelten Arbeitsvermittlung dahin zu wirken, daß dem Einzelnen, dessen wirtschaftliche Existenz von der ungeschmälerten Verwertung seiner Kraft abhängt, die Möglichkeit einer solchen Verwertung erhalten, bezw. neugewährt werde. Damit werden dann in gleichem Maß die Verpflichtungen der kommunalen und staatlichen Armenverwaltungen gemindert, die Steuerkraft der Gemeinde- und der Staatsmitglieder gehoben, den Stadtverwaltungen ein klarer Einblick in die Armen- und Arbeiterverhältnisse vergönnt.

Wie im eigenen Interesse, so haben Kommune und Staat auch aus Interesse an jedem einzelnen ihrer Angehörigen auf die Sicherstellung von deren Existenz, sei es durch Arbeitsvermittlung, sei es durch Arbeitsbeschaffung (städtische Notstandsarbeiten) bedacht zu sein.

Zwar hat man gegen solche Forderung den Einwand erhoben, es sei dieselbe gleichbedeutend mit einer Anerkennung des „Rechts auf Arbeit“, oder es möchte die Übernahme des Arbeitsnachweises durch die Gemeinde wenigstens bei den Arbeitenden leicht die Meinung wecken, man könne die Sorge um lohnende Arbeit ruhig der Kommune überlassen und von ihr unter allen Umständen Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst erwarten. So ist gerade unter Be-

rufung auf solche Bedenken in Görlitz, in Leipzig¹ von der Stadtverwaltung die Errichtung einer städtischen Arbeitsnachweisstelle abgelehnt worden.

Darauf ist zu erwidern, dass ein „Recht auf Arbeit“ im absoluten Sinn dieses Wortes auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung keinen Platz hat. Doch ist auch, wie Dr. Zahn sagt, das „laisser aller, laisser faire“ heutzutage nur noch da angebracht, wo Selbsthilfe möglich ist². Wo dies nicht ist, da wird es keinem billig Denkenden, noch weniger aber dem gemeinen Mann in den Sinn wollen, dass die öffentliche Gewalt, die zu ihrer Unterhaltung doch auch von ihm allerlei Steuern und andere Leistungen fordert, keinerlei Beruf dazu haben solle, ihn nötigenfalls auch unmittelbar und mit gewissen Opfern an Geld und Mühe in dem Bestreben zu unterstützen, durch ehrliche Arbeit den eigenen und der Angehörigen Unterhalt zu erwerben³. Im übrigen haben eine Reihe von städtischen Arbeitsnachweisen sich gegen jede übertriebenen Ansprüche auf Seiten Arbeitsloser damit sicher zu stellen gewusst, dass sie in ihren Satzungen ausdrücklich eine Verpflichtung zum Arbeitsnachweis nur insoweit anerkennen, als offene Stellen angeboten worden seien.

Kaum stichhaltiger als jener erste ist der zweite Einwand gegen die Übernahme des Arbeitsnachweises durch die Kommune, als würde damit der Zuzug von auswärtigen Arbeitslosen nach den Arbeit vermittelnden Städten ins unerträgliche gesteigert; oder auch, es würde der allen offenstehende öffentliche Arbeitsnachweis den Geist der Unbeständigkeit, die Sucht „sich zu verändern“ auf solche Personen übertragen, die in ihrem eigenen wie im öffentlichen Interesse besser täten, wenn sie auf ihrem Posten blieben⁴.

¹ Nach einem Handschreiben des Leipziger Magistrats.

² Zahn, Über städtische Arbeits-Vermittlungsanstalten. Blätter für administrative Praxis 1896, S. 108.

³ Evert, Der Arbeitsnachweis a. a. O. S. 1103.

⁴ Mülbauser Jahresberichte 1900, 1. Semester.

Diesen beiden Bedenken gegenüber ist darauf aufmerksam zu machen, dass sich dieselben erst in der Erfahrung als begründet oder unbegründet herausstellen können; dass sie a priori also nichts gegen die Zweckmässigkeit öffentlicher Arbeitsvermittlung beweisen, und dass sich Mittel finden lassen dürfen, den gefürchteten Übelständen wirksam zu begegnen. München-Gladbach z. B., aber auch andere Nachweise machen die Arbeitsuchenden auf die nachteiligen Folgen häufigen Wechsels in der Arbeitsstelle und die mannigfach damit verbundenen Enttäuschungen in wohlwollender Weise aufmerksam. Speziell München-Gladbach kann denn auch, aus mehrjähriger Erfahrung heraus, die dort ebenfalls gehegten Befürchtungen, als werde der öffentliche Arbeitsnachweis ein unerwünschtes Hin- und Herziehen der Arbeiterbevölkerung mit sich bringen, als „gänzlich unbegründet“ bezeichnen¹.

So wenig Kommune und Staat einer leistungsfähigen Einrichtung der Arbeitsvermittlung gleichgültig gegenüberstehen können, so wenig dürfen sie die üblen Folgen auf sich beruhen lassen, die der Arbeitsnachweis als Waffe im wirtschaftlichen Kampf mit sich bringt. Kommune und Staat haben nicht das Recht zuzugeben, dass über der Frage der Arbeitsvermittlung Hafs und Krieg zwischen zwei Parteien wüte, an deren beiderseitigem Wohlergehen sie gleicherweise interessiert sind.

In der Tat hängt das Gedeihen von Kommune und Staat ebenso sehr von der Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der zu ihnen gehörenden Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber ab. Sie können darum weder diese auf Kosten jener, noch jene auf Kosten dieser übermäßig werden lassen, sondern müssen auf die Erhaltung eines gesunden Gleichgewichts zwischen beiden Lagern hinstreben. Zur Erreichung dieses Ziels müfste es überaus förderlich sein, könnte die Arbeitsvermittlung den Interessenkämpfen entzogen und aus einer Privatsache zu einer Sache der Allgemeinheit gemacht werden.

¹ München-Gladbacher Geschäftsbericht 1896—1901, S. 6.

Das kann geschehen, wenn Kommune und Staat die Angelegenheit in die Hand nehmen. Damit wird es auch dieser beiden Recht und Pflicht. Zutreffend ist in dieser Hinsicht eine Bemerkung Rösickes: „Wie es der Staat für seine Aufgabe hält, Straßen, Kanäle, Eisenbahnen usw. zu bauen und zu erhalten, um den Güterverkehr im Inland zu fördern, wie er dem Handel im Ausland Schutz gewährt, um den internationalen Gütertausch zu fördern, so muß es auch seine Aufgabe sein, die Arbeitsvermittlung in friedliche Bahnen zu lenken und vor allem der rücksichtslosen Vertretung einseitiger Interessen vorzubeugen“¹.

Bei der Ausführung dieser Aufgabe werden sich Kommune und Staat in der Weise in die Arbeit und den Kostenaufwand zu teilen haben, daß die Einzelgemeinde die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises innerhalb ihres Ortsbereichs übernimmt, während der Staat für den interlokalen Ausgleich von Angebot und Nachfrage aufzukommen hat. Damit wäre jedem der zwei Beteiligten die ihm zustehende Kompetenzsphäre gewahrt.

Als Resultat der bisherigen Untersuchungen dürfte die Regelung des Arbeitsnachweises durch Kommune, bzw. Staat als sozialpolitische Aufgabe dieser beiden festzustellen sein. Es stimmte dies Resultat dann mit dem überein, was Münsterberg von den sozialpolitischen Aufgaben der Stadtgemeinden überhaupt hält, wenn er schreibt: „Es gibt eine Reihe von Tätigkeiten, die an und für sich privatwirtschaftlichen Charakter tragen, d. h. solche, bei denen das wirtschaftliche Produkt der Tätigkeit in ganz ähnlicher Weise auch durch privatwirtschaftliche Unternehmungen erzeugt werden kann. Hier handelt es sich um eine soziale Aufgabe der Gemeinde dann, wenn sie die Unternehmungen aus ihrer eng begrenzten Monopolstellung weniger Bevorzugter herausnimmt, oder ihre Auslieferung an Monopolisten verhütet und die Unternehmungen zum Besten der Gesamtheit selbst betreibt“².

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. III, S. 115.

² Soziale Praxis 1898, S. 163.

Es ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung, in welcher Weise die Kommune die Lösung des ihr vorliegenden Arbeitsnachweis-Problems in die Hand nimmt; ob sie den Arbeitsnachweis direkt zu einem Gegenstand der kommunalen Verwaltung macht und so selber zur Trägerin desselben wird; oder ob sie die Besorgung der Arbeitsvermittlung einem leistungs- und entwicklungsähigen Vereins-Arbeitsnachweis am Orte überlässt und sich damit begnügt, demselben weitgehende Unterstützung durch Geldzuschüsse, kostenlose Stellung der erforderlichen Lokalitäten usw. zu gewähren, sich selber aber irgendwelchen Einfluß auf Leitung und Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises vorzubehalten. Je nachdem eine Kommune sich für die eine oder andere Möglichkeit entscheidet, wird der öffentliche Arbeitsnachweis die Form eines städtischen oder eines von der Kommune patronisierten Vereins-Arbeitsnachweises annehmen. Als typischer Repräsentant der ersten Sorte dürfte das kommunale Arbeitsamt in München, der letzteren Sorte das Institut des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin gelten.

Welchem von den zwei existierenden Systemen gebührt nun der Vorzug?

Für die Organisation des Arbeitsnachweises direkt durch die Ortsgemeinde spricht schon alles, was zu Beginn des kritischen Abschnitts ausgeführt worden ist. Dazu kommt noch die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune, die den Arbeitsnachweis in seiner materiellen Existenz sicher stellt und ihm eine für die Interessenten kostenlose Tätigkeit erlaubt.

Zugunsten des öffentlichen Vereins-Arbeitsnachweises wird angeführt, daß derselbe vor dem kommunalen den Vorteil größerer Beweglichkeit und Entwicklungsfähigkeit habe¹. Bei einem öffentlichen Vereins-Arbeitsnachweis also würde z. B. nicht vorkommen, was in Frankfurt a. M., das einen städtischen Nachweis unterhält, möglich gewesen. Dort hatte die Arbeitsnachweis-Kommission die Angliederung

¹ Jahresbericht des Berliner Zentralvereins 1895, S. 73.

eines Wohnungsnachweises an die Arbeitsvermittlungsstelle für zweckmäßig gehalten und dementsprechenden Antrag bei der Stadtverwaltung gestellt. Zwar der Magistrat gab zu dem Vorschlag seine Zustimmung; aber die Stadtverordnetenversammlung lehnte ihn ab¹. Wäre dagegen die Kommission eines Vereins-Arbeitsnachweises von der Nützlichkeit einer solchen Einrichtung überzeugt gewesen, so würde diese letztere ihrer Durchführung haben gewifs sein können. Mutatis mutandis würde jede städtische Arbeitsnachweistelle ähnliche Erfahrungen vorbringen können.

Immerhin ist doch auch nicht zu übersehen, dass die regulierende Tätigkeit der städtischen Verwaltungskörper auf etwaige übereilte Beschlüsse einer Nachweiskommission gegebenenfalls auch ihre gute Seite haben dürfte.

Im ferneren wird den öffentlichen Vereins-Arbeitsnachweisen als Empfehlung nachgesagt, es komme bei ihnen die Mitwirkung der Interessenten und Sachverständigen mehr zur Geltung, wodurch wieder die Möglichkeit individueller Behandlung jedes einzelnen Falls gesteigert werde, während ein städtischer Arbeitsnachweis, in seiner Eigenschaft als Organ der Kommune, zwar grössere Autorität haben mag, aber auch leicht der Gefahr burokratischen Schablonisierens unterliege. Was nun gerade die letztere Behauptung betrifft, so wird sie durch die Erfahrung stets völliger widerlegt. Gerade bei den kommunalen Arbeitsnachweisen mehrt sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Vermittlungen sog. gelernter Arbeiter, also gerade solcher Arbeiter, für deren Unterbringung das sog. Individualisieren eine Rolle spielt. Dazu kommt, dass auch ein von der Kommune reichlich subventionierter Vereinsnachweis, eben wegen seiner materiellen Abhängigkeit von der Stadtverwaltung, den Eingriffen eines städtischen Bureaucratismus kaum weniger zugänglich sein dürfte, als ein rein kommunaler Nachweis².

¹ Frankfurter Jahresber. 1899, S. 8.

² Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen X, S. 26.

Nach Corvey¹ soll der Vereinsarbeitsnachweis mehr auf den sozialen Frieden hinwirken können, als der städtische. Schon auch deshalb, weil ihm von den Interessenten mit mehr Vertrauen begegnet werde, als dem kommunalen Nachweis². Jede Richtung sei in der Kommission eines Vereinsnachweises vertreten und könne zu Wort kommen. — Demgegenüber muß wieder betont werden, daß Vereinsnachweise besonders leicht inneren Zerwürfnissen ausgesetzt sind, die sich aus einem Zusammenwirken politisch oder konfessionell verschiedener Körperschaften zu ergeben pflegen. Man braucht nur einmal die Berichte größerer öffentlicher Vereinsnachweise (Köln, Karlsruhe u. a. m.) darauf hin anzusehen, um alle Jahre demselben Schauspiel beizuwohnen, wie dieser oder jener Verein sich aus Gründen, die mit der Arbeitsvermittlung nur wenig zu tun haben, vom gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis zurückzieht, um einem andern Platz zu machen, der womöglich aus dem entgegengesetzten Lager herkommt. —

Schließlich röhmt man in Elberfeld dem dortigen Vereinsnachweis sein sparsames Wirtschaften nach. Die Sparsamkeit hat aber auch ihre Kehrseite, wenn nämlich aus Sparsamkeitsrücksichten, d. h. aus Mangel an den erforderlichen Geldmitteln, was ja erfahrungsgemäß der wundeste Punkt an diesen Nachweis-Organisationen ist, oft das Nötigste in der Einrichtung des Lokals, in der Besoldung der Beamten versäumt werden muß. Es zeichnen sich denn auch vielfach die Vereins-Arbeitsnachweise durch die beschämend niedrige Entschädigung, die sie ihren Angestellten zahlen, unvorteilhaft aus, sodaß auch nach dieser Hinsicht nicht ganz unzutreffend sein dürfte, was Dr. Quark im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ von „der Misère der Gemeinnützigkeit“ sagt³.

Zu alledem wird von Arbeiterseite aus die pekuniäre Unterstützung durch die Kommune, ohne die ein öffentlicher

¹ Arbeiterfreund 1894, S. 39 ff.

² Berliner Jahresbericht 1894, S. 47.

³ A. a. O. 1895, S. 594/5.

Vereins-Arbeitsnachweis nicht lebensfähig ist, als eine ungerechte Bevorzugung der nicht beruflichen Arbeitsnachweis-Organisationen auf Kosten der berufsgenossenschaftlichen beanstandet¹.

Alles in allem betrachtet, dürfte es schwer fallen, ein unangreifbares Urteil, sei es zu Gunsten der kommunalen, sei es zu Gunsten der vereinsmäfsigen Form des Arbeitsnachweises abzugeben. Es wird bei dem Schluss bleiben müssen, zu dem der Jahresbericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin für 1895 kommt: „wo entwicklungs-fähige Vereinsnachweise vorhanden sind, ist deren Ersetzung durch kommunale nicht erforderlich.“ Zu gleichem Resultat kommt auch der Wortführer des städtischen Arbeitsnachweises, Dr. Jastrow. Er hält es im allgemeinen für den einfacheren Weg, den öffentlichen Arbeitsnachweis als einen kommunalen einzurichten. Wo sich dem aber Hindernisse entgegenstellen, kann dasselbe Ziel im wesentlichen auch mit einem angemessen organisierten Verein erreicht werden, sofern nur die Verwaltung paritätisch und der Gemeinde eine gewisse Beteiligung gesichert ist. Denn tatsächlich steht dann, besonders auch noch durch die von der Kommune gewährte pekuniäre Beihilfe der öffentliche Vereins-Arbeitsnachweis in so weitgehenden Beziehungen zur Gemeinde, daß der Unterschied zwischen ihm und einem rein städtischen Institut kein nennenswerter mehr ist².

In jedem Fall ist in Deutschland die Form der kommunalen Einrichtung im Vordringen begriffen³.

II.

Kritik der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Erweisen sich die öffentlichen Gewalten als berechtigt, die Träger des Arbeitsnachweises zu werden, so bleibt doch

¹ Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen X, S. 26.

² Arbeitsmarkt VI, S. 189.

³ Jastrow, D. öffentliche Arb.-Nachw. in der Mark Brandenburg, S. 15.

noch die Frage: sind sie dazu auch befähigt? Die Art, wie Kommune und Staat den Arbeitsnachweis organisiert haben, muss die beste Antwort hierauf sein.

A. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

1. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rücksicht auf Erzielung eines möglichst umfangreichen Tätigkeitsbereiches.

Dem öffentlichen Arbeitsnachweis muss es über seiner Organisation vor allem andern um Gewinnung einer möglichst grossen Kundschaft unter Arbeitgebern sowohl, wie -nehmern zu tun sein. Eine solche ist in der Tat die unerlässliche Vorbedingung für die Erreichung der Ziele, die sich der öffentliche Arbeitsnachweis gesteckt hat. In seiner Eigenschaft als unparteiischer, allgemeiner-zentralisierter und unentgeltlicher Nachweis hofft er auf die weitestgehende Inanspruchnahme von seiten der Interessenten zählen zu können. Es wird zu prüfen sein, inwiefern es dem öffentlichen Nachweis gelungen ist, seiner Organisation die drei vorstehend genannten Charaktermerkmale zu verleihen und welchen Vorteil er davon für seine Bestrebungen gehabt hat.

a) Die Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Seine Unparteilichkeit will der öffentliche Arbeitsnachweis mit der Art der Zusammensetzung seiner Verwaltungskommission und mit seiner Stellungnahme ausbrechenden wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber beweisen und macht er auf Grund von beidem auf das Vertrauen der vertragsschliessenden Parteien Anspruch.

§ 1. Die Zusammensetzung der Verwaltungskommission.

Von einer paritätisch gebildeten Arbeitsnachweiskommission mit einem Unparteiischen an ihrer Spitze, der weder

dem Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerstand angehört, meint der öffentliche Arbeitsnachweis eine vertrauenswürdige Unparteilichkeit in Verwaltung und Geschäftsführung allen Interessenten versprechen zu können.

Indessen sieht er sich zunächst in seiner Erwartung auf allseitige Anerkennung und Unterstützung seiner Bestrebungen schwer getäuscht. Besonders das Großunternehmertum weigert sich, dem öffentlichen Arbeitsnachweis die Tugend der Unparteilichkeit zuzugestehen. Es erklärt dieselbe für eine „blosse Phrase“¹, für „ein bestrickendes Schlagwort für den Laien, in Wirklichkeit aber für ein Unding“²; für „eine schöne Idee, wenn sie nur durchführbar wäre“³. „Wer im wirtschaftlichen Leben steht, wer die ganze soziale Frage verfolgt hat, wird sich einfach sagen, eine Unparteilichkeit bei der Beurteilung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und -nehmern gibt es nicht; nach der einen oder andern Seite wird jeder hinneigen“⁴. — Wohin aber eine paritätische Arbeitsnachweiskommission hinneigen werde, darüber, meint das Unternehmertum, bestehe kein Zweifel: „aus Ruhebedürfnis, Popularitätshascherei und humanitärem Interesse wird sich dieselbe immer auf Seiten der Arbeiter stellen“⁵. Dafür sprächen schon die mit den paritätischen Gewerbegerichten gemachten Erfahrungen zur Genüge⁶.

Dafs an der Spitze der Kommission ein Unbeteiligter stehe, besage wenig. Denn auch wenn dieser tatsächlich unparteiisch zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmermitgliedern der Kommission schiedsrichten wollte, würde er es bald nicht mehr können. So wie die Dinge schon liegen, hätten die Sozialdemokraten auch unter den kleineren Arbeitgebern bereits starke Verbreitung gefunden. Infolgedessen hätten bei nicht wenigen Gewerbegerichten die Sozialdemo-

¹ Soziale Praxis 1899, S. 75.

² Bericht über die Arb.-Nachw.-Konferenz zu Leipzig, S. 19.

³ Arbeitgeberzeitung v. 5. Okt. 1902.

⁴ Ebenda.

⁵ Soziale Praxis 1899, S. 75.

⁶ Arbeitsmarkt IV, S. 435.

kraten auch die Sitze der Arbeitgeber inne. Würden nun diese in die Arbeitsnachweiskommission als Vertreter der Arbeitgeber gewählt — und dass sie gewählt würden, dafür würden die Genossen schon sorgen — so würde damit die schiedsrichterliche Instanz des Vorsitzenden und der unparteiische Charakter der ganzen Institution hinfällig¹. Darum auch müsse das Unternehmertum von jeder Beteiligung an den sog. paritätischen Arbeitsnachweisen sich fern halten, wenn Industrie und Handwerk nicht dem Untergang entgegengehen wollen². Auch spreche gegen die Berechtigung solchen ablehnenden Verhaltens der Umstand nicht, dass in Süddeutschland die paritätischen Nachweise zur Zufriedenheit der Arbeitgeber und -nehmer fungieren. Dies liege lediglich daran, dass die Verbitterung zwischen beiden wirtschaftlichen Lagern dort noch nicht so unheilbar geworden als im Norden. Man lasse nur erst die Sozialdemokraten auch im Süden Oberwasser gewinnen, und es werde auch hier mit der Unparteilichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises zu Ende sein.

Nach allem dem wird man nicht sagen können, dass es dem öffentlichen Arbeitsnachweis gelungen sei, das Vertrauen der Arbeitgeberschaft zu erobern und das darum, weil eben das Unternehmertum sich noch immer dagegen versteift, gerade den Grundsatz von der Gemeinsamkeit der Interessen für Arbeitgeber wie -nehmer, von dem die ganze öffentliche Arbeitsnachweisbewegung ihren Ausgang genommen hat, als berechtigt anzuerkennen. Und doch ist diese Gemeinsamkeit der Interessen unleugbar selbst dann noch vorhanden, wenn in einem gegebenen Augenblick auch der eine Teil für die Befriedigung seiner Bedürfnisse keine Schwierigkeit findet und damit leicht zur Ansicht neigt, jeder Rücksichtnahme auf den andern Teil enthoben zu sein. Es hat auch in Zeiten, in denen Arbeitskräfte zu Hauf auf dem Markt liegen, der Arbeitgeber über den eigenen Bedarf hinaus einen Vorteil davon, wenn die Unbeschäftigte Arbeit finden,

¹ Arb.-Nachw.-Konferenz zu Leipzig, S. 19.

² Arbeitgeberzeitung v. 5. Okt. 1902.

weil eben eine, bei anhaltender Arbeitslosigkeit schwer zu vermeidende Verarmung und Verrohung eines Teils der Arbeiterschaft auf die Dauer dem ganzen Gewerbe und damit auch dem Arbeitgeber zu Schaden gereichen wird. Wie umgekehrt eine moralisch und wirtschaftlich auf höherem Niveau stehende Arbeiterschaft um der ihr eignenden größeren Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit willen in letzter Linie auch für den Arbeitgeber einen Nutzen bedeutet. Da nun gerade der öffentliche Arbeitsnachweis es sich zum Ziel gesetzt hat, beidem, der Verhütung der Verarmung sowohl, wie der wirtschaftlichen und sittlichen Stärkung der Arbeiterschaft und damit dem wohlverstandenen Interesse auch des Unternehmertums zu dienen, sollte man hoffen dürfen, letzteres werde erkennen, daß es mit einem grundsätzlichen Fernbleiben von einem öffentlichen und paritätisch geleiteten Arbeitsnachweis vor allem auch sich selber schädige.

Weniger ablehnend als das Unternehmertum zeigt sich die organisierte Arbeiterschaft dem öffentlichen Arbeitsnachweis gegenüber. Zwar hat auch hier, besonders zu Beginn der öffentlichen Arbeitsnachweisbewegung, scharfer Widerspruch und offenes Misstrauen nicht gefehlt. Noch auf dem 3. Gewerkschaftskongress von 1899 hat sich der radikalere Flügel der Gewerkschaften in verneinendem Sinne ausgesprochen. „Einer allgemeinen Einführung öffentlicher Arbeitsnachweise kann nicht das Wort geredet werden, weil irgend welche ausreichende Gewähr für vollständige Unparteilichkeit in der Leitung desselben nicht gegeben werden könne“¹. „Der sog. unparteiische Vorsitzende kann aus seiner kapitalistischen Haut nicht heraus; da werden also die Arbeiter immer den kürzeren ziehen“². Eine eingehende Rechtfertigung läßt Dr. Förster dem kritisch negativen Arbeiterstandpunkt zu Teil werden. Er sieht in der Übertragung des Arbeitsnachweises an ein gemeinwirtschaftliches

¹ Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress S. 149.

² Ebenda S. 119.

Organ, die Gemeinde oder den Staat, einen Rückschritt statt eines Fortschritts. Prinzipiell zwar braucht, nach Förster, der Arbeiter keine Abneigung gegen gemeinwirtschaftliche Organe zu haben. Aber der heutige Staat und die heutige Gemeinde seien eben keine gemeinwirtschaftlichen Organe, sondern Klassenorgane. Sie können gemeinwirtschaftlich werden, wenn die unterdrückte Klasse durch die geistige und soziale Erziehung, wie durch die wirtschaftliche Bedeutung ihrer solidarischen Organisation ein gleichberechtigter Teil des Staates wird. Überträgt man aber gerade die Aufgaben, welche die Haupthebel dieser sozialen Emporhebungen sind, — dazu zählt gerade auch die Organisation des Arbeitsnachweises — den Klassenorganen des Gegenwartsstaates, so stärkt man eben nur das Wachstum der Klassenorgane und unterdrückt die Zellen wahrhaft gemeinwirtschaftlicher Organe, wie sie aus dem Zusammenwirken freier Bürger eines freien Gemeinwesens hervorgehen würden¹.

Kommen Dr. Förster und die Radikalen unter den Gewerkschaften von ihrem Standpunkt aus zur Verwerfung des öffentlichen Arbeitsnachweises, so gelangt der gemäfsigtere Teil innerhalb der Arbeiterpartei zu einer geradezu entgegengesetzten Stellungnahme. Gerade weil der paritätische öffentliche Arbeitsnachweis die bisher sozial gedrückte Klasse als gleichberechtigt mit der Arbeitgeberklasse behandelt, glauben die „Gemäfsigten“ zugreifen zu sollen, um von hier aus ihre „soziale Emporhebung“ weiter zu fördern. Dementsprechend wird von dieser Seite auf dem 3. Gewerkschaftskongress die Lösung laut: „Wo immer von einer Gemeinde ein städtisches Arbeitsamt gegründet werden soll, da müssen wir von vornherein dabei sein“²; und es wird tatsächlich diese Lösung auch immer mehr befolgt. In allen größeren Städten des „demokratischen“ Südens sind die

¹ Dr. Förster a. a. O., S. 38.

² Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, S. 119; Ähnliches empfiehlt sogar der Vorwärts bereits im Jahre 1898; vgl. Arbeitsmarkt I, S. 75.

kommunalen Arbeitsnachweise entweder geradezu auf das Betreiben der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufen worden, oder es beteiligt sich dieselbe wenigstens mit Eifer an der Leitung und Verwaltung derselben. Dabei wird keineswegs immer die Endabsicht, die verfolgt wird, verborgen. Man denkt nämlich durch Einführung der Parität in die Leitung des Arbeitsnachweises diese mit der Zeit ganz in die Hände zu bekommen und auf diese Weise auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt beeinflussen zu können¹.

Dass derart, wenngleich auf einem Umweg, der öffentliche Arbeitsnachweis doch wieder nur zu einer Waffe im Klassenkampfe werden würde, konnte der zuständigen Seite nicht verborgen bleiben. Die Folge war, dass die Frage von der gleichmässigen Vertretung der Arbeitgeber und -nehmer in der Arbeitsnachweis-Kommission literarisch wie praktisch einer Revision unterzogen wurde. Besonders ward die Lautenschlager'sche Idee, die Arbeitsnachweis-Kommission aus dem Gewerbegerichts-Kollegium hervorgehen zu lassen, in kritischem Sinn untersucht.

Zwar das v. Reitzenstein'sche juristische Bedenken, als begrenzt das Gewerbegerichtsgesetz die Befugnisse des Gewerbegerichts aufs bestimmteste und enthalte keinerlei Vorschrift, welche einer lokalen Erweiterung seiner Zuständigkeit durch Angliederung des Arbeitsamtes die Grundlage geben könnte, hat sich im Lauf der über diesen Punkt geführten Debatte als nicht stichhaltig erwiesen.

Es ist, wie Dr. Zahn in den Blättern für soziale Praxis ausgeführt hat, klar, dass durch eine Wahl der Arbeitsnachweis-Kommission aus der Zahl der Mitglieder des Gewerbegerichts-Kollegiums die Zuständigkeit des Gewerbegerichts in keiner Weise erweitert werden soll. Es wird lediglich auf das Institut des Gewerbegerichts zurückgegriffen, um im Wege der Personalunion geeignete Personen für die Leitung des Arbeitsnachweises zu erhalten. Eine Inkompa-

¹ Arbeitgeberzeitung v. 21. Dez. 1902 u. 3. Gew.-Kongress, S. 119.

tibilitätsvorschrift des Inhalts, daß die Eigenschaft eines Vor- und Beisitzenden am Gewerbegericht die Mitgliedschaft bei einer Kommission des Arbeitsamtes ausschließe, besteht nirgends¹.

Im übrigen ist die fragliche Angelegenheit in Stuttgart auch durch landgerichtliche Entscheidung in zustimmendem Sinne entschieden worden².

Deutliche Spuren haben in der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises die Einwendungen hinterlassen, die vom praktischen Standpunkt aus gegen eine Verbindung des Arbeitsnachweises mit dem Gewerbegericht erhoben worden sind.

Was zunächst die Bezeichnung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts zum Präsidenten der Arbeitsnachweis-Kommission angeht, so führt v. Reitzenstein dagegen die Erwürdigung ins Feld, es sei zu besorgen, daß der Gewerberichter die durch seinen Beruf bedingte Gewohnheit, die Dinge vom Gesichtspunkte eines Widerstreits der Interessen aufzufassen, auch auf die Behandlung des Arbeitsnachweises übertrage, wodurch bei der Entscheidung über die Fragen der Arbeitsvermittlung in häufigen Fällen weniger allgemeine wirtschaftliche Gesichtspunkte als das Verhältnis in Betracht käme, in welchem die betr. Fragen zu den besonderen Interessen der Arbeitgeber und -nehmer ständen.

Es müssen derartige Erwägungen in hohem Maß durch die Erfahrungen der Praxis bestätigt worden sein, weil man in der Tat immer allgemeiner den Vorsitz der Arbeitsnachweis-Kommission von demjenigen des Gewerbegerichts loslässt. Ausschlaggebend dafür mag außerdem auf Seiten der städtischen Verwaltungen das Verlangen gewesen sein, der Stadtbehörde als Äquivalent für die zugunsten des Arbeitsnachweises gebrachten Opfer einen angemessenen Einfluß auf die Leitung des Instituts zu sichern. Am einfachsten hat sich dies dann

¹ A. a. O. 1894, Nr. 58.

² Dr. Mataja, Städtische Sozialpolitik; Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1894, S. 556.

damit erreichen lassen, dass der Präsidentenstuhl in der Arbeitsnachweis-Kommission dem Vertreter der Gemeinde vorbehalten wurde. —

Es bleibt noch die Bestimmung des Lautenschlager'schen Projekts, derzufolge die Mitglieder der Nachweis-Kommission aus der Zahl der Gewerbegerichtsbesitzer zu entnehmen seien. v. Reitzenstein hält wohl mit Recht eine nach diesem Modus gewählte Kommission für unparteiisch schon deshalb nicht, weil, wie bereits erwähnt, auch auf der Bank der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts ein gut Teil Sozialdemokraten sich finden. In die Arbeitsnachweis-Kommission gewählt, würden diese grundsätzlich mit den sozialdemokratischen Arbeitnehmermitgliedern stimmen: die Unparteilichkeit in der Leitung des Ganzen würde damit zu einem Traum. Im weiteren würde eine Beschränkung der Wahlberechtigung auf die gewerblichen Kreise der Arbeitnehmer praktisch auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine Privilegierung der organisierten Arbeiterschaft auf Kosten der doch viel zahlreicheren sog. ungelernten Arbeiter. Auch nach dieser Seite würde also von einer strikten Unparteilichkeit in der Vertretung der verschiedenen Interessentengruppen nicht die Rede sein können.

Welche Missstände aber von einer derartigen, durch nichts gerechtfertigten Bevorzugung der organisierten Arbeiterschaft zu befürchten seien, dafür kann Frankfurt und Karlsruhe zur Beleuchtung dienen. In Frankfurt a. M. sollen, nach einer Erklärung des städtischen Vertreters in der Arbeitsnachweis-Kommission, die sozialdemokratischen Gewerbegerichtsbesitzer von der Leitung ihrer Partei so vollständig eingeschüchtert worden sein, dass sie sich nicht getraut, die Wahlen für die Verwaltungskommission des Arbeitsnachweises vorzunehmen¹. In Karlsruhe habe der von Berlin ausgehende Rat, der Sache fern zu bleiben, genügt, um die anfängliche Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Fachvereine zur Beteiligung an der Leitung des

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachw. III, S. 122.

öffentlichen Arbeitsnachweises ins Gegenteil zu verkehren¹. Was können diese Vorgänge anders beweisen, als dass, bei genauer Befolgung des Lautenschlager'schen Organisationsentwurfs, das Zustandekommen und Gedeihen eines öffentlichen Arbeitsnachweises gerade durch diejenigen vereitelt zu werden vermag, die ordnungsmässig zu dessen Förderung berufen wären.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen wird man wohl Bedenken tragen, mit der „Sozialen Praxis“ in dem Umstand, dass mit der Zeit eine Lockerung in den Beziehungen der städtischen Arbeitsnachweise zum Gewerbege richt eingetreten ist, ohne weiteres einen sozialpolitischen Mangel statt einer Verbesserung zu erblicken². Deshalb braucht man aber doch auch nicht zu übersehen, dass manches wieder für die Anlehnung des Arbeitsnachweises an das Gewerbege richt spricht. Schon dessen eingehende Kenntnis der gewerblichen Verhältnisse am Ort; besonders auch die aussichtsvollere Möglichkeit eines Eingreifens des städtischen Einigungsamtes in Streitfällen zwischen Arbeitgebern und -nehmern, bei denen regelmässig auch der Arbeitsnachweis in Mitleidenschaft gezogen wird.

Endlich aber sind gerade die organisierten Arbeiter und auch die Arbeitgeber geneigt, nur diejenigen als ihre berufenen Vertreter anzuerkennen, welche — wie dies eben beim Gewerbege richt geschieht — als solche aus der freien Wahl beider Teile hervorgegangen sind³, und es wird der Münchener Fall nicht der einzige in seiner Art sein, als die dortigen Arbeitgeber eine unerlaubte Parteilichkeit in dem Umstand erblickten, dass statutengemäss ihnen die freie und direkte Wahl ihrer Vertrauensleute entzogen wurde, die den Arbeitern erhalten blieb⁴.

Nichtsdestoweniger wird sich die folgende Behauptung vertreten lassen:

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. III, S. 181.

² Soziale Praxis 1897, S. 572.

³ Soz. polit. Zentralblatt 1894, S. 329.

⁴ Soziale Praxis 1895, S. 839.

Solange nur von dem Grundsatz nicht abgewichen wird, Arbeitgeber und -nehmer in gleicher Zahl und mit ganz gleichen Rechten an der Leitung des Arbeitsnachweises zu beteiligen, und solange besonders den Arbeitern bei der Vornahme der Wahl des den Nachweis leitenden Organs die Ausübung eines, wenn auch nicht alleinbestimmenden, Einflusses gegönnt wird, so lange dürfte auch die Frage nach dem Modus der Berufung der Kommission von untergeordneter Bedeutung bleiben. Eine Kommission, wie die in Köln, die aus den gewählten Vertretern der Interessenten: Innungen, Gewerkschaften, sonstige Verbände zusammengesetzt ist, wird sich kaum einer geringeren Autorität erfreuen, als die in Anlehnung an das Lautenschlager'sche System gebildete Kommission des Stuttgarter Arbeitsamts.

Dagegen lässt sich der einstige Protest der Nürnberger organisierten Arbeiterschaft gegen den Beschluss des dortigen Magistrats und Gemeindekollegiums wohl begreifen, die nicht nur die Bezeichnung sämtlicher Kommissionsmitglieder ihrer ausschließlichen Kompetenz vorbehalten wollten, sondern auch durch Entsendung von fünf Vertretern der städtischen Behörden in die im übrigen aus je vier Arbeitgebern und -nehmern bestehende Kommission jederzeit die Möglichkeit einer Verschiebung des paritätischen Verhältnisses zugunsten der Arbeitgeberpartei in der Hand hatten¹. Oder auch, es lässt sich kaum etwas gegen eine arbeiterseitige Weigerung, sich am öffentlichen Arbeitsnachweis zu beteiligen, erinnern, wenn, wie in Erfurt, die bürgerlichen Stadtverordneten allein die Arbeitervertreter in die Nachweiskommission wählen, oder wenn gar, wie in Gera, neben zwei Ratsherren und zwei Stadtverordneten und einem Unternehmer ein ganzer Arbeiter sitzt².

§ 2. Öffentlicher Arbeitsnachweis und Streiks; — die Streikklausel.

Die Unparteilichkeitsfrage muss für den öffentlichen Arbeitsnachweis zu einer brennenden werden, so oft der-

¹ Soziale Praxis 1895, S. 678.

² Bericht über den 3. Gewerkschaftskongress, S. 135.

selbe bei ausgebrochenem Konflikt zwischen Arbeitgebern und -nehmern sich zur Stellungnahme veranlaßt sieht. Wie soll er es in solchem Fall mit seiner Vermittlungstätigkeit halten? Soll er sie für die in Betracht kommenden Parteien einstellen; bei Streiks also den Arbeitgebern keine Arbeiter, bei Aussperrungen den Gesperrten keine Stellen vermitteln? — Dann wird allemal diejenige Partei, die durch den Streik, bezw. die Aussperrung von der Widerpartei gemäfsregelt werden soll, in dem Verhalten des Arbeitsnachweises eine parteiische Begünstigung der Streikenden, bezw. der Ausperrenden erblicken. Umgekehrt, fährt der Arbeitsnachweis fort, trotz Streik oder Sperre auch für die betr. Branche, bezw. die betr. Betriebe seine Geschäfte zu führen, so werden die Ausständigen dem Arbeitsnachweis eine Beeinträchtigung ihres Koalitionsrechts¹, die ausschliessenden Arbeitgeber ihm eine von Parteirücksichten geleitete Indifferenz ihren Interessen gegenüber vorwerfen.

Theoretisch — das beweisen auch die unter sich so verschiedenenartigen diesbezüglichen Bestimmungen in den Statuten der einzelnen öffentlichen Nachweise — läßt sich die Aufgabe überhaupt nicht in befriedigender Weise lösen. Und die Art, wie Prof. Platter in den „Schweizerischen Blättern für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die Schwierigkeit aus der Welt schaffen will, widersteht einer genaueren Prüfung nicht. Er meint, „wenn die Schweiz in Friedenszeiten regelmäßig an Deutschland und Frankreich Schießpulver verkauft, und es bräche nun ein Krieg zwischen diesen beiden Mächten aus, wobei Deutschland auf irgend eine Weise verhindert wäre, ferner noch Pulver aus der Schweiz zu beziehen: würde die unparteiische, neutrale Stellung der Schweiz dann erfordern, daß sie nach wie vor den Franzosen Pulver lieferte“²? — Die einzige richtige Antwort wäre hier ein Nein. Wenn nun aber Prof. Platter, in Analogie zu dem gewählten Beispiel, vom Arbeitsnach-

¹ Soziale Praxis 1895, S. 359.

² A. a. O. 1894, S. 24.

weis in Streikfällen die Einstellung seiner Vermittlungstätigkeit aus Gründen der Unparteilichkeit fordern will, so beruht dies auf einer Verkennung der Rolle, die dem Arbeitsnachweis tatsächlich zukommt. Der Arbeitsnachweis ist nicht der Lieferant einer Ware an zwei verschiedene Parteien, die beide Käufer derselben Ware sind; er ist vielmehr nur derjenige, der den Verkäufer und den Käufer einer Ware zueinander in Beziehung setzt. Die Frage hätte also so gestellt werden müssen: Wenn Deutschland in Friedenszeiten durch Vermittlung der Schweiz Pulver an Frankreich verkauft, bei ausbrechendem Krieg mit Frankreich aber nicht mehr verkaufen will und darum auch die Vermittlung der Schweiz nicht mehr in Anspruch nimmt, hat dann die Schweiz dem Frankreich, das sich ihrer Vermittlung noch bedienen möchte, die Ausführung seiner Aufträge im Namen der Unparteilichkeit zu verweigern? Jetzt wird die Antwort nicht ohne weiteres ein Nein sein können. Denn wenn die Schweiz durch Einstellung ihrer Vermittlertätigkeit Frankreich die Möglichkeit nimmt, sich mit Pulver zu proviantieren, so begünstigt es damit offenbar die andere kriegsführende Partei, die kein Pulver zu kaufen braucht. Allerdings könnte aber auch Deutschland in dem Umstand, dass die Schweiz durch Fortführung ihrer Vermittlungstätigkeit Frankreich zur Erlangung des erforderlichen Kriegsmaterials verhülfe, einen Akt internationaler Unfreundlichkeit erblicken.

Vor wie nach bleibt es also dabei: ob der Arbeitsnachweis bei Streiks und Aussperrungen seine Bemühungen unterbricht oder weiter erfolgen lässt; stets wird er sich, wenn nicht von dieser, so von jener Seite den Vorwurf der Parteidurchgreifung zuziehen und sich den einen der bisherigen Auftraggeber entfremden.

Tatsächlich haben denn auch Großunternehmer und kleine Meister da, wo der Arbeitsnachweis eine sog. Streikklausel in seinen Statuten führt, ihr Fernbleiben vom Arbeitsnachweis damit begründet, dass ihnen das Zutrauen zu einer vermittelnden Stelle fehle, die, bei eintretenden Diffe-

renzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern, durch Einstellung ihrer Tätigkeit diese auf Kosten jener begünstige.

Umgekehrt ist an der Versagung einer Streikklausel in Frankfurt z. B. die Beteiligung der dortigen organisierten Arbeiterschaft bis zur Stunde gescheitert. Anderwärts, z. B. in Braunschweig, ist die Errichtung einer städtischen Arbeitsnachweisanstalt gerade um der Meinungsverschiedenheiten willen in betreff der Streikklausel um Jahre verzögert worden.

Ein grosser Teil der städtischen Arbeitsnachweise hat die Schwierigkeit damit zu umgehen versucht, dass jede Rücksichtnahme auf Streiks oder Sperren in den betreffenden Statuten vermieden ist. Nach Dr. Freund-Berlin, dem Vorkämpfer der öffentlichen Arbeitsnachweisbewegung, soll diese Auslassung so viel bedeuten wie: „der Arbeitsnachweis wird sich in Arbeitseinstellungen nicht hineinmengen“¹. Das ist auch der Standpunkt Freunds selber, sowie derjenige v. Reitzensteins und des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise; ein Standpunkt, der auf der 3. Verbandsversammlung so knapp als klar dahin formuliert worden ist: „Aussperrungen und Streiks, beides existiert nicht für uns“².

Praktische Gründe sollen diesen in den Augen mancher Arbeiter immerhin parteiischen Standpunkt rechtfertigen. Freund und Genossen behaupten, dass streikende Arbeiter erfahrungsgemäss keinen Nachteil davon hätten, wenn der Arbeitsnachweis weiter funktioniere. Denn bei Ausbruch eines Streiks sei die gesamte Arbeiterschaft bald davon benachrichtigt, und seien nur unter ihr keine Streikbrecher, so werde der Arbeitsnachweis von den Arbeitern nicht in Anspruch genommen werden und dieser nicht in die Lage kommen, den in Verruf erklärten Arbeitgebern dienen zu können. Anderseits könne ein Arbeitgeber, auch wenn der Nachweis seine Tätigkeit in Streikfällen einstelle, durch Inserate und direktes Engagement jederzeit die benötigten Arbeitskräfte finden.

¹ Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen X, S. 44.

² Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. IV, S. 97.

Die Stichhaltigkeit dieser von der Praxis bestätigten Gründe wird auch von Arbeiterseite nicht geleugnet, und mag sich gerade hieraus eine in jüngster Zeit bei der Arbeiterschaft bemerkbare Indifferenz der Streikklausel gegenüber erklären.

Trotzdem wird sich die Freund'sche Methode völliger Ignorierung eines Streiks oder einer Aussperrung weder empfehlen noch strikte beobachten lassen. Freund selber hat die Einschränkung gelten lassen, dass der Arbeitsnachweis keine Arbeiter von auswärts heranziehen dürfe; das wäre eine parteiische Einmischung¹.

Es lässt sich aber kaum einsehen, weshalb eine Vermittlung von Arbeitern aus Charlottenburg z. B. durch den Berliner Arbeitsnachweis an eine mit Streik belegte Firma der Stadt eine parteiische Einmischung in eine Lohnbewegung bedeuten solle und eine Vermittlung von Berliner Arbeitern an dieselbe Firma nicht. — Noch unhaltbarer aber würde der Freund'sche Standpunkt werden, wenn erst die auf völlige Zentralisation der Arbeitsvermittlung gehenden Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise verwirklicht sein würden. Wenn bei einer vollständigen Beherrschung des Berliner Arbeitsmarkts z. B. durch den dortigen Zentralverein für Arbeitsnachweis dieser grundsätzlich jeden Streik ignorieren würde, würde er damit praktisch etwas anderes sein als ein Streikbrecherbureau?

Daran ändert auch dies nichts, dass Freund meint: wer von den Arbeitern den streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen wolle, werde es auch nicht tun, wenn der Arbeitsnachweis weiter funktioniert. Gerade in einer Weltstadt wie Berlin, bei einem täglich nach Hundertenzählenden Zuzug von auswärts wird es immer eine grosse Zahl Arbeitsuchender geben, die, weil sie von einem Streik in der und jener Firma gar nichts wissen, nach Lage der Dinge nichts wissen können, sich zu Streikbrecherdiensten durch den Arbeitsnachweis werden vermitteln lassen.

¹ Schriften der Zentralstelle für Arb.-Wohlf.-Einricht. X, S. 44.

Durch ein völliges Ignorieren von Differenzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern wird der unparteiische Charakter demnach in bedenklicher Weise modifiziert.

Es handeln darum die Arbeitsnachweisanstalten zweifellos sozialpolitisch korrekter, die durch ihre Statuten zu einer Rücksichtnahme auf ausbrechende Ausstände oder verhängte Sperren verpflichtet sind.

Soll eine Beeinträchtigung der Arbeitgeberinteressen durch Einstellung der Vermittlungstätigkeit vermieden und doch auch die Unparteilichkeit den Arbeitern gegenüber gewahrt werden, so muß von einem neuen Gesichtspunkt an die Frage herangetreten werden. Der öffentliche Arbeitsnachweis, der als Organ der öffentlichen Verwaltung dem allgemeinen Wohl zu dienen hat, hat seine Aufgabe mit einem mechanischen Aneinanderbringen von Angebot und Nachfrage noch nicht in befriedigender Weise gelöst. Er hat, wie jeder reelle Vermittler, im eigenen Interesse, wie auch in dem seiner Klienten, auf solche Umstände sein Augenmerk zu richten, die für das von ihm einzuleitende Arbeitsverhältnis von entscheidender Bedeutung sein müssen. Mit einem Ignorieren solcher Umstände würde im gegebenen Fall keiner Partei gedient sein. Das gilt auch hinsichtlich bestehender Differenzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern. „Es läge weder im Interesse des Arbeitnehmers noch des Arbeitgebers, sondern würde geradezu eine Unredlichkeit in sich schließen, einen Arbeitsuchenden ohne weiteres in eine Stelle zu bringen, die durch Streik frei geworden; denn, sobald er dies erfährt, wird er möglicherweise, aus Rücksicht auf seine Kollegen, sofort wieder austreten und den Arbeitgeber in neue Verlegenheit bringen. Den Schaden hiervon würde aber der Arbeitsnachweis zu tragen haben, da Arbeitgeber wie -nehmer einen derart unzuverlässigen Vermittler künftig wohl meiden dürften.“

Um solcher Erwägungen und Erfahrungen willen haben eine Reihe von Arbeitsnachweisen die Übung eingeführt, bei Streiks, bezw. Sperren ihre Tätigkeit fortzusetzen, aber jeden Auftraggeber über die zurzeit in dem betr. Gewerbe be-

stehenden anormalen Verhältnisse aufzuklären. Auf diese Weise ist jedem Arbeiter die Möglichkeit gesichert, sich in voller Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ohne dass die Arbeitgeber gegen eine parteiische Benachteiligung zu klagen berechtigt sind.

Im Interesse der Wahrung ihres unparteiischen Charakters noch einen weiteren Schritt haben diejenigen Anstalten getan, die in Streitfällen zwischen Arbeitgebern und -nehmern ihre Vermittlungstätigkeit von einem einzuholenden richterlichen Schiedsspruch abhängig machen. Würden sich bei solcher Gelegenheit die Arbeiter dem Schiedsspruch nicht unterwerfen, was ihr gutes Recht bleibt, so fiele die Verantwortung dafür, dass der Arbeitsnachweis ohne Rücksicht auf ihren Streik weiter funktioniert, ihnen zu. Unterwürfen sich die Arbeitgeber nicht, was ebenfalls ihr gutes Recht, so hätten sie sichs nur selber zuzuschreiben, wenn das Bureau die Vermittlung für ihre Firma einstellte. Träte die dritte Möglichkeit ein, dass beide Teile sich um den Schiedsspruch nicht kümmerten, so könnte die Anstalt beide Teile vom Arbeitsnachweis ausschliessen. Jedenfalls aber hätte bei solchem Vorgehen der Arbeitsnachweis für sein Verhalten den moralischen und tatsächlichen Rückhalt, den ein gerichtlicher Spruch bietet, und könnte er unter Berufung auf denselben jeden Vorwurf willkürlicher Begünstigung des einen oder andern Teils siegreich zurückweisen. Nach dieser Richtung dürfte darum allein eine in sich selbst gerechtfertigte Lösung der für das Ansehen und die Wirksamkeit des öffentlichen Nachweises wichtigen und vorstehend behandelten Frage liegen.

b) Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein allgemeiner-zentralisierter.

§ 1. Der „allgemeine“ öffentliche Arbeitsnachweis.

Gegen die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises als eines „allgemeinen“ hat es an Kritik von den verschiedensten Seiten her nicht gefehlt. Namentlich das Grossunternehmertum will es vielfach noch immer nicht gelten

lassen, daß ein von öffentlichen Körperschaften eingerichteter Arbeitsnachweis sich auch für die Vermittlung sog. gelernter Arbeiter eigne. Für ungelernte Gelegenheitsarbeiter wohl; aber „was speziell die Industriearbeiter betrifft, bei denen ein gewisses Maß geeigneter Veranlagung sowohl wie von technischer Vorbildung eine unerlässliche Vorbedingung für ihre Verwendbarkeit ist, erscheint es nach Lage der Dinge ganz ausgeschlossen, daß ihre — der öffentlichen Arbeitsnachweise — Mitwirkung eine segensreiche sei.“ So äußert sich im Jahr 1902 hoch im Norden Deutschlands der Arbeitgeberverband in Hamburg-Altona¹. Ihm sekundiert im Süden von der Rednertribüne der badischen Landesvertretung herab die gleiche Anschauung: „Ein paar ungelernte Arbeiter, Dienstboten und Handwerksgesellen seien es, welche die Arbeitsnachweisanstalten besuchen“².

In der Wirklichkeit halten diese Unternehmerangriffe einer unparteiischen Prüfung gegenüber nicht stand. Wohl mag die Kundschaft der öffentlichen Nachweisanstalten vor 15, 10 Jahren sich zum größten Teil aus der Zahl der „Ungelernten“ rekrutiert haben³; wohl mögen die öffentlichen Nachweise im Norden des Reichs, der sehr bedeutende Berliner, wie auch der Hamburger, gegen die große Zahl und Macht der Unternehmernachweise nicht aufkommen und ihre Kundschaft vorwiegend unter den Gelegenheitsarbeitern finden. Dagegen haben sich im Süden, in München, in Stuttgart, in Baden, allüberall die öffentlichen Nachweise längst und billiger Weise den Namen von „allgemeinen“ verdient, indem die Mehrheit ihrer Vermittlungen auf die „gelernte“ Arbeiterschaft entfällt.

Lehrreich sind nach dieser Hinsicht die vom Rhein-Main-Verband veröffentlichten Zahlen für das Jahr 1901. Danach kommen auf je 100 offene Stellen solche für gelernte Arbeiter:

¹ Soziale Praxis 1902, S. 442.

² Mannheimer Jahresbericht 1901, S. 7.

³ Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswiss., S. 162.

in Frankfurt	54,4	in Wiesbaden	56,6
in Darmstadt	49,4	in Mannheim	59,6
in Mainz	62,1	in Worms	60,4 ¹ .

Auf Grund der Jahresberichte der öffentlichen Arbeitsnachweise für 1901 gelangt der „Arbeitsmarkt“ zu ähnlicher Feststellung: „die Vermittlung gelernter Arbeiter macht fortgesetzte Fortschritte.“ Düsseldorf weist unter 2162 Untergebrachten bereits 918 Handwerker; Flensburg unter 1982 ihrer sogar 1285; Braunschweig hat von vornherein den größten Teil seines Zuspruchs aus den Kreisen der „Gelernten“ gehabt. In Baden gibt schon das für den Arbeitsnachweis festgestellte statistische Formular in 40 alphabetisch geordneten Berufsgattungen einen Beweis von der Mannigfaltigkeit der gelernten Berufe, die dort in Betracht kommen. In Bayern ist dies in noch höherm Maß der Fall². München kann z. B. für 1900 melden, dass „der verhältnismäßig größte Teil der Tätigkeit des Arbeitsamtes auf gewerbliche Arbeiter entfallen ist. Der Anteil der ungelernten Arbeiter ist im allgemeinen im Rückgang begriffen“. 1901 sind von 100 Vermittlungen nur 37 den „Ungelernten“ zu gut zu schreiben³.

Nach alledem dürfte die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises zugleich für gelernte und ungelernte Arbeiter durch den erzielten Erfolg als gerechtfertigt erwiesen sein. Dagegen scheint sich gerade die von Arbeitgeberseite ihm empfohlene Beschränkung der Tätigkeit allein auf ungelernte Arbeiter und Gesinde nicht bewährt zu haben. In Charlottenburg ist erst von der Zeit an, mit welcher dem dortigen städtischen Arbeitsnachweis die Vermittlung von Arbeit jeder Art übertragen worden ist, von einer nennenswerten Geschäftsentwicklung etwas zu verspüren⁴.

Ähnlich wie auf Seiten industrieller Unternehmer ist

¹ Mannheimer Jahresbericht 1901, S. 7.

² Arbeitsmarkt IV, S. 288.

³ Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungsw., S. 162.

⁴ Jastrow, Der Arb.-Nachw. in der Mark Brandenburg, S. 37 ff.

man auch auf seiten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber-schaft dem öffentlichen Nachweis skeptisch, ja feindlich gegenübergetreten. Die Einwendung ist hier wie dort die gleiche: der öffentliche Arbeitsnachweis eigne sich nicht für die in Betracht kommende Branche, für die Landwirtschaft vor allem auch darum nicht, weil der städtische Nachweis in erster Linie den städtischen und gewerblichen Interessen und nur nebenher den landwirtschaftlichen Bedürfnissen zu entsprechen suche¹. Auch hier hat der tatsächliche Erfolg die beste Widerlegung solcher Behauptungen erbracht. Nachdem man, besonders infolge der Münchener Verbandsver-sammlung deutscher Arbeitsnachweise von 1898, allgemein gegen Ende der neunziger Jahre dem landwirtschaftlichen Arbeitsnachweis Aufmerksamkeit und Fürsorge zugewandt hat, ist es bereits im Lauf des Jahres 1900 zu 10—12000 landwirtschaftlichen Stellenvermittlungen gekommen. Im Jahre 1902 sind dieselben auf 22998 gestiegen², und wenn ihre Zahl nicht noch bedeutend höher geworden ist, so liegt es nicht an der Unfähigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise auf diesem Gebiet, sondern an dem bekannten Mangel an geeigneten Arbeitskräften und an dem Zug von dem Lande nach der Stadt, gegen den kein Arbeitsnachweis, mochte er organisiert sein, wie und von wem er wollte, bislang noch ein Mittel gefunden hat. Jedenfalls ist es für den allge-meinen öffentlichen Nachweis ein gutes Zeugnis, wenn der Wormser Jahresbericht schreiben darf: „es kommen die-jenigen Arbeitgeber vom Lande, welchen wir einmal Arbeits-kräfte zugeführt haben, immer wieder auf unsren Arbeits-nachweis zurück³. Und auch das ist bezeichnend, dass vereinzelte Landwirtschaftskammern wenigstens städtischen Arbeitsnachweisen die Arbeitsvermittlung für die Landwirt-schaft in ihrem Bezirk offiziell übertragen haben⁴.

¹ Protokoll d. Verhandlungen württemberg. Verwaltungsbeamten 1900, S. 11.

² Arbeitsmarkt VI, S. 336.

³ Arbeitsmarkt III, S. 255.

⁴ Schanz, Dritter Beitrag usw., S. 323, 324.

Im übrigen fällt auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Vermittlung der Löwenanteil am erzielten Erfolg dem Süden, Bayern voran, zu¹.

Auf die Frage: hat der öffentliche Arbeitsnachweis auch die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte in seinen Aufgabenkreis miteinzubeziehen, gibt wohl die Gesamtheit der öffentlichen Arbeitsnachweise gleichmäßig eine bejahende Antwort.

Es dürfte, mit verschwindenden Ausnahmen, überall, wo eine öffentliche Nachweisanstalt eingerichtet ist, auch eine weibliche Abteilung nicht lange auf sich haben warten lassen. Schon aus prinzipiellen Gründen rechtfertigt sich der Arbeitsnachweis für weibliche Personen. „Dem weiblichen Personal und zwar allen Arbeiterkategorien desselben darf die Wohltat nicht vorenthalten werden, welche durch den öffentlichen Arbeitsnachweis dem männlichen Personal aller Branchen gewährt wird. Was zugunsten der Errichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen überhaupt geltend gemacht werden kann . . . gilt hier zum mindesten in gleichem Maß“².

Dabei braucht man nicht zu übersehen, daß gerade die weibliche Vermittlung, vor allem diejenige des häuslichen Dienstpersonals, „wegen der dabei in Betracht kommenden persönlichen Eigenschaften des weiblichen Gesindes besonders schwierig ist“³, während anderseits das private Agententum noch immer vor den öffentlichen Anstalten seitens der weiblichen Arbeitgeber wie -nehmer den Vorzug erhält. Der öffentliche Arbeitsnachweis hat darum gut getan, sich nach Bundesgenossen für seine Bestrebungen umzusehen. Als sehr empfehlenswert hat sich die Bildung von Frauenkomitees für die weibliche Abteilung erwiesen, von deren Bemühungen vielfach ein recht fühlbarer Einfluß auf die regere Benützung der Anstalt durch Dienstherrschaften ausgegangen ist. Ebenso fördersam für die speziellen Arbeitszwecke muß die Unter-

¹ Schanz, Dritter Beitrag usw. S. 322.

² Menzinger, Der Arb.-Nachw. für weibl. Personen usw., S. 4.

³ Freiburger Jahresber. 1896, S. 7.

haltung von Mädchenheimen durch den Arbeitsnachweis wohl sein, wenn 1896 in Freiburg der dritte Teil aller Stellenangebote für weibliches Personal aus den Gästen der dortigen Mägdeherberge hat gedeckt werden können¹. In Köln ist, nach dem Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten, wenigstens eine Eindämmung der bisher üppig betriebenen Ausbeutung der weiblichen Stellesuchenden durch das Vorgehen des öffentlichen Arbeitsnachweises erreicht worden. Fast alle berufsmäßigen Stellenvermittler verzichten jetzt auf die Erhebung von Einschreibebühren; andre bieten ganz kostenfreie Vermittlung, sowie unentgeltliche Beherbergung bis zur Erlangung einer Stelle an. Ähnliches berichtet auch der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Hessen I².

§ 2. Der öffentliche Arbeitsnachweis als ein „zentralisierter“.

Es wird sich nicht leugnen lassen, dass das Ideal eines öffentlichen Zentral-Arbeitsnachweises noch nirgends verwirklicht zu sehen ist . . . und kaum je zu sehen sein wird. Schon aus dem Grund, dass stets Arbeitsstellen in grosser Zahl auf dem Weg unmittelbarer Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, besonders in kleineren Orten, werden zur Besetzung kommen. An sich wird sich gegen die Arbeitsvermittlung „unter der Hand“ kaum viel einwenden lassen, es sei denn das eine, dass damit der Überblick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts erschwert wird. Aber noch mehr. Ohne gesetzgeberisches Eingreifen werden auch die gewerbsmäßigen Agenturen nie ganz verschwinden. Nur zurückdrängen kann sie der öffentliche Arbeitsnachweis, wie z. B. München Jahr um Jahr ein stetiges Abnehmen der Zahl der dortigen Vermittlungsbureaus feststellen kann. In Mainz haben sich dieselben von 34 auf 20 vermindert³. — Es scheint sogar, als ob man auch auf Seiten der Vertreter der öffentlichen Arbeitsnachweise die

¹ Freiburger Jahresbericht 1896, S. 7.

² Soz. Praxis 1900, S. 376.

³ Mainzer Jahresbericht 1901/02, S. 1.

Undurchführbarkeit des vielfach eingenommenen radikalen Standpunkts erkenne. Wenn der Führer der öffentlichen Arbeitsnachweis-Bewegung, Dr. Freund, in öffentlicher Verbandsversammlung den gewerbsmässigen Arbeitsnachweis als den Feind bezeichnet hat, gegen den der Kampf bis zur Vernichtung geführt werden müsse, so sticht dagegen merkwürdig ab eine Äusserung, die dem elsässischen zuständigen Unterstaatssekretär, gelegentlich einer von Regierungs wegen im Juli 1903 abgehaltenen Besprechung über Organisation des öffentlichen Nachweises in Elsafs-Lothringen, in den Mund gelegt wird. „Die Konkurrenz, die man den privaten Vermittlern machen wolle, sei wohl mehr theoretisch. Wenn die öffentlichen Stellen ihre Schuldigkeit tun, so werden sie die Auswüchse der Privatvermittlung beseitigen und weniger fühlbar machen. Tüchtige Privatanstalten sollen nicht bekämpft werden. Heute, wo die Arbeiter immer in Bewegung sind, können nicht genug Gelegenheiten (wohl zur Unterbringung derselben in Arbeit) geschaffen werden“¹.

Als nicht minder undurchführbar hat sich bis jetzt der Gedanke erwiesen, die bestehenden einseitigen Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmer-Nachweise durch die öffentlichen Anstalten absorbieren zu lassen. Zwar haben vereinzelt berufliche Arbeitsnachweise sich zugunsten des kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises aufgelöst. Namentlich in München vergeht kein Jahr, in dem das Arbeitsamt nicht eine Übertragung der Arbeitsvermittlung durch eine Innung an dasselbe zu melden hätte². In Stuttgart hat der Vorstand der organisierten Arbeiterschaft sogar gegen eine geplante Errichtung von Arbeiternachweisen und für die Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises entschieden Partei ergriffen. Trotzdem haben im Ganzen des Reiches diejenigen einseitigen beruflichen Nachweise, die sich lebensfähig fühlen, wenig Neigung gezeigt, ihre Existenz zum Besten der öffentlichen Organisationen zu opfern.

¹ Freie Presse, Straßburg, Nr. v. 15. Juli 1903.

² Jastrow, Sozialpolit. u. Verwaltungsw. S. 162.

Aber selbst den Fall gesetzt, es wäre einem öffentlichen Nachweis gelungen, das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage in seiner Hand zu vereinigen, so bleibt es immer noch eine Frage, ob mit solcher Zentralisation unter allen Umständen der Anstalt sowohl wie deren Klienten gedient wäre. In einer Gross- oder gar Weltstadt, wie Berlin, München, wo für zahlreiche Gewerbe ein besonders großer Arbeitsmarkt vorhanden ist, wo auch die örtlichen Entfernungen zwischen Arbeitsnachweisanstalt, Arbeitsstelle und Arbeitskraft so bedeutende sind, wäre die Aufgabe, die einer Zentralstelle zufiele, eine rein nicht zu bewältigende. Das Bedürfnis nach einer gewissen Dezentralisation würde sich unabsehbar einstellen, wie sich ein solches tatsächlich bei dem größten der bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise, demjenigen in München, eingestellt hat.

Es verdient darum alle Anerkennung und ist für die fruchtbringende Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises wohl von fundamentaler Bedeutung, dass man unter dem Druck der Verhältnisse die wünschenswerte Zentralisation auf dem Wege loserer Angliederung vorhandener Arbeitsnachweise an den öffentlichen Hauptarbeitsnachweis zu erreichen gesucht hat. Wenn auf diesem Wege weiter geschritten wird, so dürfte mit der Zeit zunächst schon ein umfassender Überblick über die jeweilige Lage des örtlichen Arbeitsmarkts ermöglicht werden. Besonders aber würde der Anschluss beruflicher, nach dem Muster der Zentrale organisierter Facharbeitsnachweise nicht nur innerhalb des betr. Berufs eine sachgemäße Arbeitsvermittlung verbürgen, sondern auch, unter Zuhilfenahme der Zentrale, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen verwandten Berufen in fühlbarer Weise erleichtern.

c) Der öffentliche Nachweis als unentgeltlicher.

Die Frage, soll der öffentliche Arbeitsnachweis Gebühren als Gegenleistung für seine Bemühungen erheben oder nicht, ist zu Beginn der Arbeitsnachweisbewegung eine viel erörterte gewesen. Vor allem ist das Für und Wider in er-

schöpfender Weise gelegentlich der zweiten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise zur Sprache gekommen. Heute ist die Frage eine gelöste und zwar in dem Sinne, dass sich die kostenlose Vermittlung allgemeine Anerkennung erworben hat. Schon aus dem alle gegenteiligen Bedenken verdrängenden praktischen Grund, dass die Einführung der Unentgeltlichkeit erfahrungsgemäss auf die Steigerung des Verkehrs beim Arbeitsnachweis in überaus fühlbarer Weise einwirkt¹. Auch mag es für die Selbständigkeit und Autorität eines öffentlichen Arbeitsnachweises immerhin von Vorteil sein, wenn er in seinem Bestand von den pekuniären Entrichtungen weder der einen noch der andern wirtschaftlichen Partei abhängig ist. Endlich dürfte die kostenfreie Vermittlung gerade für diejenige Klientenkategorie, welcher der öffentliche Arbeitsnachweis besonders dienen will, für die arbeitslosen Arbeiter, ein wahrer Segen sein, da selbst eine geringe Gebühr für solche Leute oft ein unerschwingliches Opfer bedeutet. Immerhin setzt eine Verzichtleistung auf Gebührenerhebung voraus, dass der Arbeitsnachweis für die erwachsenen Unkosten von anderswoher die nötige Deckung finde. Bei den städtischen Nachweisen ist diese Frage geregelt. Die Kommune übernimmt alle Lasten. Nicht so einfach liegen die Dinge bei den öffentlichen Vereinsarbeitsnachweisen. Hier — und das ist ja immer das berechtigte Bedenken gegen diese Organisationsform — kann es vorkommen, dass der von der Kommune gewährte Zuschuss nicht zur Bestreitung des Gesamtaufwands genügt. Dann sieht sich der Arbeitsnachweis, wie in Elberfeld, zur Forderung von Gebühren wohl oder übel gezwungen. Auch die Berliner rechtfertigen ihre Gebührenerhebung mit finanziellen Gründen und betonen, wie sie zur Begleichung ihrer Ausgaben gerade auch auf die aus den Einschreibegebühren stammenden Einnahmen nicht verzichten könnten. Mehr als $\frac{1}{8}$ des jährlichen Ausgabeetats lasse sich mit jenen Einnahmen decken. Dabei wird von der Erhebung von 0,20 Mk.

¹ Jastrow, Sozialpolitik usw., S. 152.

als von einem für den Arbeiter wenig empfindlichen Opfer geredet. In Wirklichkeit wird diese Einrichtung von den prinzipiellen Gegnern des öffentlichen Arbeitsnachweises zur Diskreditierung der öffentlichen Nachweissache gern benutzt. Gerade die Unternehmerblätter drucken unter Beifügung entsprechender Kommentare eine Beschreibung der Berliner Methode mit Behagen ab, die in der „Frankfurter Zeitung“ in einem keineswegs für die Berliner anerkennenswerten Sinn gehalten ist. Kuriositätshalber sei ein Passus daraus hier wiedergegeben. Es heifst: . . . „es ist halb neun Uhr morgens, da steht ein Mann vor dem Schalter und blickt unsicher durch die kleine Fensteröffnung in den abgeteilten Raum. Der Beamte legt die Zeitung weg, in der er liest. — Na, was suchen Sie? — Arbeit! — Arbeit? . . . Hier ist bloß die Einschreibung; dafür zahlen Sie 20 Pfg. Arbeit bekommen Sie, wenn sich welche findet.“ — Die Schlussfolgerung aber, welche die „Arbeitgeber-Zeitung“ aus vorstehendem zieht, ist diese: wer kein Geld hat, erhält beim öffentlichen Arbeitsnachweis auch keine Arbeit¹.

Angesichts solcher Beurteilung, zu der die Erhebung auch weniger Pfennige nur Anlafs gibt, dürfte sich in der Frage der Gebührenerhebung jedenfalls das Zünglein der Wage eher nach der Seite des „Wider“ denn des „Für“ hinneigen.

Weniger zur Kritik fordern die geschäftstechnischen Gründe heraus, mit denen die Belastung der Arbeitsuchenden mit Einschreibebühren befürwortet wird. Da es erfahrungsgemäß allen Nachweisstellen überaus schwer fällt, von seiten der an eine Stelle gewiesenen Arbeiter eine Nachricht über Einstellung oder Nichteinstellung zu erhalten, haben einzelne Anstalten, teils für sämtliche Arbeitsuchende, teils nur für weibliche eine sog. Kontrollgebühr eingeführt; d. h. es wird bei Entgegennahme des Auftrags vom Arbeitsnachweis eine geringe Einschreibebühr beansprucht, die nach Zurückbringung der unterschriebenen Zuweisungskarte wieder ganz

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 8. Febr 1903.

Conrad, Organisation d. Arbeitsnachweises.

oder zur Hälfte zurückerstattet wird (Mannheim, Kaiserslautern).

Zutreffend dürfte die Bemerkung des „Arbeitsmarkts“ zur vorstehend skizzierten Einrichtung sein: „Der Zweck, der mit diesen Anordnungen verfolgt wird, ist durchaus zu billigen; aber im allgemeinen wird ein Arbeitsnachweis Massregeln, wie die obigen, nur wagen können, wenn er bereits einigermaßen festen Fuß gefasst hat“¹. Andernfalls hätte er zu gewärtigen, daß die Kontrollgebühr, so gut sie auch gemeint sei, den unerwünschten Erfolg haben werde, die Kundschaft fern zu halten oder sich dieselbe wieder zu entfremden. Auch wird es immer noch fraglich bleiben, ob ein Stellenloser, der durch den Arbeitsnachweis eine Kondition gefunden hat, um der so minimalen Summe von 0,20, bzw. 0,10 Mk. wieder habhaft zu werden, einen möglicherweise weiten Gang zum Nachweisbureau tun wird. Viel eher ist anzunehmen, er wird die 0,20, bzw. 0,10 Mk. preisgeben, die, nun er wieder Arbeit hat, ja kaum noch von Belang für ihn sind.

2. Kritik der lokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit Rück- sicht auf die Einrichtung eines möglichst zweck- mäßigen Betriebs.

Ist es die Aufgabe eines Arbeitsnachweises, nicht nur möglichst viele, sondern auch innerlich gesunde, den Interessen beider Parteien entsprechende Verträge zu vermitteln, so haben für die Lösung dieser Aufgabe die verwaltungstechnischen Fragen so viel, wenn nicht mehr Bedeutung als die prinzipiellen. Wohl wird z. B. die Unparteilichkeit der das Ganze leitenden Kommission auch in der Führung der Geschäfte zur Geltung kommen. Indessen, je weiter eine Arbeitsnachweisanstalt in ihrem äußeren Wachstum und ihrer inneren Entwicklung gelangt sein wird, um so mehr wird die Führung der Einzelgeschäfte dem Gesichtskreis

¹ Arbeitsmarkt IV, S. 241.

der Oberleitung entschwinden. Diese wird sich mit der Aufstellung einer Direktive begnügen, derzufolge die Anstalts-tätigkeit zu betreiben sein wird. Einem anderen Organ, dem Verwaltungspersonal, aber bleibt die praktische Anwendung der von der Kommission gutgeheissenen Ideen und Grundsätze vorbehalten.

a) Personal und Lokalitäten des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Wie sehr die Tätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises in ihren Erfolgen von der Tüchtigkeit ihres Verwalters bedingt wird, dafür kann Straßburg i. Els. als typisches Beispiel dienen. Dort besteht seit 1895 eine städtische Nachweisstelle, die in ihrer Organisation im großen und ganzen mit sämtlichen bekannteren kommunalen Anstalten übereinstimmt. Aber während viele Orte mit geringerer Bevölkerungszahl, als Straßburg sie aufweist, in ihren Vermittlungsergebnissen stetige Fortschritte zu verzeichnen haben, sind die in Straßburg erzielten Resultate so rasch abwärtsgegangen, dass anfangs dieses Jahrhunderts die Stadtverwaltung einem energischen Eingreifen nicht länger ausweichen konnte. Der Sitz des Übels wurde mit Recht in der Art der Besetzung des Verwalterpostens erkannt. Nachdem der bisherige Inhaber dieser Stelle einer anderen überaus rührigen und zwecktüchtigen Persönlichkeit Platz gemacht hatte, schnellte die Zahl der monatlichen Vermittlungen im Jahr 1903 auf das achtfache des Jahres 1891 hinauf.

Dies Beispiel dürfte genügen, um die Behauptung des ehemaligen Freiburger Arbeitsnachweis-Verwalters zu bestätigen: der Verwalter ist die Seele des Ganzen; von ihm hängt in erster Reihe ein praktischer Erfolg der Anstalt ab¹.

Es wird sich nun darum handeln, zu erfahren, über welche Eigenschaften ein Verwalter zu verfügen haben muss.

Vor allem wird es nötig sein, dass derselbe auf Grund seiner Charakterart sowohl wie seiner Intelligenz und seines

¹ Eckert, Die beste Organisation des Arb.-Nachw., S. 23.

sach- und menschenkundigen Blicks sich das Vertrauen der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu erwerben und zu erhalten wisse. Wie mit Recht schon gelegentlich der ersten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise betont worden ist: „Versteht der Verwalter mit den Leuten zu reden, ihre Wünsche auf das Erreichbare zu lenken, die Lebensbedingungen, die sie in den angebotenen Stellen finden, ihnen annehmbar zu machen, so wird er seine Aufgabe erfüllen; versteht er es nicht, so wird er sozialpolitisch überhaupt nicht wirken können“¹.

Das führt zu der weiteren Frage: in welchen Berufskreisen dürften sich derart qualifizierte Persönlichkeiten am ehesten finden lassen, in den Kreisen städtischer Verwaltungsbeamten oder des Handwerkerstandes? Es ist begreiflich, dass von Arbeitnehmerseite aus ausschließlich die Anstellung ehemaliger Fachgenossen als allein oder doch besonders sachverständiger Personen empfohlen wird. Nun möchte man in der Tat auf den ersten Anblick dafür halten, ein geschäftsführender Handwerker sei mehr in der Lage denn ein Beamter, an die Antragsteller zweckentsprechende Fragen zu richten, die berufsmäßige Brauchbarkeit eines Arbeiters festzustellen, sich ein Urteil über den Betrieb in dieser oder jener Werkstätte zu bilden². — Anderseits findet sich doch auch sogar in Arbeitermund das Zugeständnis, dass auch ein städtischer Beamter zur Geschäftsführung eines öffentlichen Arbeitsnachweises wohl befähigt sei, weil ein solcher, „der das ganze Jahr damit zu tun hat, bald soviel in den einzelnen Berufen Bescheid weiß, dass er die einzelnen Werkstätten ungefähr kennt“³. Daneben sprechen nun aber noch weitere Gründe zugunsten einer Bevorzugung der Berufsbeamten. Dieselben sind den Auftraggebern gegenüber unabhängiger und unparteiischer als derjenige, der dem

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. I, S. 62.

² Schneider, Der Ausbau der Arb.-Vermittlung in Würtemberg, S. 31.

³ Bericht über den 3. Gew.-Kongress, S. 114.

Stand, für den er vermitteln soll, angehört und sich gerade infolgedessen leicht von irgendwelchen persönlichen Rücksichten bestimmen lässt¹. Dazu kommt, wie der Verwalter Schneider in seinem „Ausbau“ mit Recht betont, dass die Organisation der Arbeitsvermittlung noch nirgends eine abgeschlossene, sondern in beständigem Werden begriffen ist. Zur Weiterfortbildung der Nachweiseinrichtung ist aber ein unausgesetztes Beobachten auf allen Gebieten unseres Erwerbslebens sowohl als unseres Staatslebens erforderlich; außerdem muss der Verwalter in der Lage sein, die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt mit richtigem Verständnis zu verfolgen — lauter Dinge, für deren zweckmässige Betreibung eine andere Vorbildung erforderlich ist, als sie der Handwerker in der Regel hat².

Der Vorteile beider für die Besetzung des Verwalterpostens in Betracht kommenden Möglichkeiten ohne deren Nachteile scheint man sich da versichert zu haben, wo — wie dies bei den grossen Anstalten München, Berlin, Stuttgart u. and. der Fall ist — an der Spitze der Verwaltung ein Berufsbeamter steht, während die Unterbeamtenstellen für Personen aus dem Handwerkerstand vorbehalten sind.

Herrscht darüber Klarheit, welcher Art die Eigenschaften sind, über welche der Verwalter eines öffentlichen Arbeitsnachweises müssen verfügen können, so gilt es nun, diese Talente auch in ausgiebigster Weise der Arbeitsvermittlung dienstbar zu machen.

Nun liegt es auf der Hand, dass derjenige Verwalter am leistungsfähigsten sein wird, der seine ganze Zeit und Kraft der Arbeitsvermittlung widmen kann, der m. a. W. sein Geschäft als Hauptamt betreibt. Für den Einwand, dass in kleineren Orten die Anstellung eines besonderen Beamten für die Arbeitsvermittlung in keinem Verhältnis zu der zu bewältigenden Aufgabe stehen würde, glaubt der Stuttgarter Verwalter die Widerlegung in der gesteigerten

¹ Soziale Praxis 1899, S. 989.

² Schneider a. a. O., S. 32.

Frequenz finden zu können, die z. B. bei den kleineren Arbeitsämtern in Ulm und Kannstadt seit der Übertragung der dortigen Geschäfte an einen besonderen Beamten als Hauptamt eingetreten ist¹.

Umgekehrt leisten manche Arbeitsämter das nicht, was sie leisten könnten, wenn sie überhaupt nur am Leben bleiben, gerade weil bei ihnen der Arbeitsnachweis im Nebenamt geführt wird. Mit Recht ist z. B. in der württembergischen Abgeordnetenkammer darauf hingewiesen worden, dass der weitere Ausbau des Arbeitsnachweises in einer Kommune just an dem die Arbeitsvermittlung im Nebenamt betreibenden städtischen Beamten, wenn nicht seinen offenen, so doch im geheimen seinen gefährlichsten Gegner hat. Für diesen Mann bedeutet eben jede Neuerung in der Organisation des Arbeitsnachweises eine Mehrbelastung, die ihm kaum entsprechend gelohnt wird. So fehlt ihm jedes Interesse an einer Steigerung des Verkehrs².

Es dürfte praktisch auch kaum von grossem Erfolg sein, wenn man von Elberfeld aus empfiehlt, den an sich mangelnden Eifer des Nachweisbeamten durch Zusicherung von Tantiemen im Verhältnis zu der Zahl der zum Abschluß gebrachten Vermittlungen anzuspornen³.

Alles in allem genommen, wird es bei der Forderung bleiben müssen: soll ein öffentlicher Arbeitsnachweis gedeihen, so ist er von einem Beamten im Hauptamt zu verwalten.

Freilich steht der Ausführung dieser Forderung gerade an kleineren Orten doch wieder der Kostenpunkt entgegen. Wo diese Schwierigkeit nicht zu überwinden sein sollte, unterbleibt die Einrichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises besser ganz, als dass an ein von vornherein verurteiltes Experiment Zeit und Geld verschwendet wird.

Neben der männlichen gibt es auch eine weibliche Per-

¹ Protokoll der Verhandlungen württemb. Verwaltungsbeamten 1900, S. 3.

² Schneider a. a. O., S. 14.

³ Elberfelder Jabresbericht 1901, S. 16.

sonenfrage, soweit es sich um die Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises handelt. Durchweg hat es sich als unentbehrlich herausgestellt, für die weibliche Abteilung eine Frau als Vorsteherin zu gewinnen. „Abgesehen von der größeren Redegewandtheit und Redefreudigkeit kennt die Frau die häuslichen Arbeiten von Jugend auf; kann also viel besser beurteilen als irgendwer, welche Eigenschaften für den einen oder anderen Posten notwendig sind, und ob die Stellesuchende gerade diese Eigenschaften besitzt. Sie findet auch naturgemäß größeres Vertrauen bei den beiden Parteien, die ihre Vermittlung wünschen. Ihr Rat und ihre Hilfe, event. auch bei der Berufswahl, findet geneigteres Ohr und willigeres Herz. Je vielseitiger ihre Bildung, je größer ihre Erfahrung, desto größer wird ihr Einfluß bei der Vermittlung sein. Und so ist es eigentlich selbstverständlich, daß sich bei allen Arbeitsnachweisen die Leitung der Vermittlung für weibliche Personen durch Frauen voll und ganz bewährt hat“¹.

Von wesentlicher Bedeutung für deren Geschäftsentwicklung ist die örtliche Lage einer Arbeitsnachweis-Anstalt. Je mehr diese in den Mittelpunkt des Ortsverkehrs zu liegen kommt, je leichter zugänglich ihre Räume sind, um so fleißiger auch wird sie von Arbeitgebern und -nehmern benutzt werden. Dabei wird, besonders soweit die weibliche Abteilung dabei interessiert ist, darauf gesehen werden müssen, daß die benachbarten Straßen und Gassen völlig einwandsfrei seien. Frankfurt a. M. hat in dieser Beziehung maßgebende Erfahrungen gemacht. So lange sich der Arbeitsnachweis für Frauen in einem übelberüchtigten Stadtteil befand, hielten sich nicht nur die Dienstherrschaften, sondern auch die empfehlenswerten Dienstmädchen demselben fortgesetzt fern. Mit der Verlegung der Anstalt in entsprechendere Gegend trat bald der gewünschte Umschwung im Verkehr ein.

¹ Menzinger, Die Arbeitsvermittlung für weibl. Pers. usw., S. 9.

b) Das eigentliche Geschäftsverfahren.

In der Organisation der Geschäftsführung beim öffentlichen Arbeitsnachweis dürften zwei Punkte vor allem Anlaß zu einer Besprechung bieten: 1. die Art der Zuteilung der Arbeitsuchenden, 2. die Buchführung.

Die Arbeitgeber werfen dem öffentlichen Arbeitsnachweis vor, daß er, um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, streng nach der Schablone arbeite. Von ihm würden die Arbeiter der Reihe nach, wie sie sich gemeldet hätten ohne Ansehen der Person den Arbeitgebern zugewiesen¹. Infolge aber solchen Geschäftsverfahrens bleibe derjenige Arbeiter, der die Nr. 1 habe, auch dann im Besitze derselben, wenn der betr. Arbeitgeber ihn nicht angenommen habe. Sei nun der Inhaber der Nr. 1 ein unbrauchbarer Arbeiter, so werde er natürlich auch bei weiterer Zuweisung von den Arbeitgebern abgewiesen. Und wenn sich dies auch noch so oft wiederhole, so schicke man ihn doch bei jeder freiwerdenden Arbeitsgelegenheit wieder zuerst vor. Es habe demgemäß nicht ausbleiben können, daß alsbald ein anderer unbrauchbarer Arbeiter sich im dauernden Besitz von Nr. 2 befand, und so gehe es fort, bis schließlich alle unbrauchbaren Arbeiter sich die ersten Nummern erobert hätten. Wenn ein Arbeitgeber nun mehrere Arbeiter haben wolle, so würden ihm jene zugeschickt; nähme er sie nicht an, so folge eine zweite Sendung ähnlicher Güte, und wenn sich dies noch zweimal wiederhole, so würden ihm überhaupt keine Arbeiter mehr zugeschickt². Eine solche Art aber bedeute für die Industrie den Ruin³.

Inwiefern sind nun diese Unternehmer-Vorwürfe begründet?

Tatsache ist, daß der öffentliche Arbeitsnachweis den Arbeitsuchenden anders gegenübersteht als etwa ein Unter-

¹ Magdeburger Arbeitgeber-Konferenz, S. 20.

² Arbeitgeber-Zeitung v. 1. Febr. 1903.

³ Leipziger Arb.-Nachw.-Konferenz, S. 19.

nehmernachweis. Dieser greift aus der Zahl der sich Melden-
den den Jüngsten, den Gesündesten, den Tüchtigsten heraus; die anderen überlässt er ihrem Schicksal. Der öffentliche Arbeitsnachweis als öffentliches Organ hat auch diesen anderen gegenüber Verpflichtungen; er wird sich auch für sie um eine Arbeitsgelegenheit bemühen. Wie dies aber erreichen, wenn er nicht schablonenmäßig jeden Arbeiter nach seiner Nummer in Arbeit weisen, sondern durch Auswahl der für einen Posten geeigneten Bewerber auch den berechtigten Interessen des Arbeitgebers dienen soll?

Am leichtesten dürfte es noch fallen, der Verlegenheit zu entgehen und den richtigen Mittelweg zwischen einer rein mechanischen und rein diskretionären Vermittlung zu finden, sobald es sich um ungelernte Arbeiter handelt, die im grossen und ganzen unterschiedslos für die entsprechenden Arbeiten zu gebrauchen sein möchten. Hier dürfte sich der vom städtischen Arbeitsamt in Stuttgart empfohlene Grundsatz wohl durchführen lassen, „dass der beschäftigungslose Arbeiter dem noch in Stellung befindlichen, der Wohnsteuer zahlende dem eben zugezogenen, der verheiratete dem unverheirateten, der mit Kindern dem ohne Kinder, der ohne Unterstützungs- oder Rentengenuss dem mit solcher Beihilfe vorgehen solle“¹.

Anders, schwieriger wird die Sache bei der Unterbringung der sog. gelernten Arbeiter. Wollte hier der öffentliche Arbeitsnachweis nach der vorstehend skizzierten Methode verfahren, würden ihm bald Arbeitgeber wie Arbeiter untreu werden. Es vollzieht sich denn auch die Einweisung der gelernten Arbeitsuchenden wesentlich nach dem Gesichtspunkt ihrer Tüchtigkeit. Die Reihenfolge der Nummern kommt erst dann in Betracht, wenn es sich um gleichwertige Leute handelt².

Bei solcher Methode wird nun allerdings dem Ver-

¹ Soz. Praxis 1896, S. 503.

² Konstanzer Jahresbericht 1901, S. 4 und Kölner Jahresbericht 1900/01, S. 8, 9.

waltungsbeamten eine außerordentliche Macht in die Hand gelegt, die derselbe gegebenenfalls missbrauchen oder verkehrt anwenden könnte. Indessen hat der öffentliche Arbeitsnachweis an seiner Kommission ein kontrollierendes Organ, das immer wieder nach dem Rechten zu sehen hat und damit, in einem gewissen Grad wenigstens, die Gewähr für eine sachgemäße Geschäftsführung gibt.

Wie sehr es aber dem öffentlichen Arbeitsnachweis um die Erzielung zweckentsprechender Arbeitsverträge und nicht bloß um die Unterbringung irgendwelcher beliebiger, sogar notorisch untauglicher Arbeiterelemente zu tun ist, dafür ist dies wohl der beste Beweis, dass gerade den nichtempfehlenswerten Klienten die Benutzung der Institution versagt wird.

Für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Nachweises von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die möglichste Vereinfachung und Übersichtlichkeit seiner Buchführung. Je umfangreicher der Verkehr, um so unerlässlicher ist die Vermeidung alles umständlichen Schreibwerks. In dieser Hinsicht ist darum die um sich greifende Bewegung für eine Ersetzung des zeitraubenden Listensystems durch das handlichere Kartensystem nur zu begrüßen. Aber auch das Kartensystem verlangt noch die Abwicklung der Geschäfte vielfach in unliebsamer Weise. Eine direkte Inbeziehungsetzung der Arbeitgeber und -nehmer in den Räumen der Arbeitsnachweisanstalt selber scheint sich als besonders zweckmäßig vielfach einzubürgern und damit die Umwandlung des Arbeitsnachweises in die Arbeitsbörse begünstigen zu wollen¹.

c) Der Arbeitsnachweis als Arbeitsbeschaffung.

Was der öffentliche Arbeitsnachweis nach der Seite der Arbeitsbeschaffung bis jetzt geleistet hat, bewegt sich wohl in bescheidenen Grenzen; und doch sind es Anfänge, die weitgehende Folgen haben können. Je mehr der öffentliche

¹ Arbeitsmarkt IV, S. 189.

Arbeitsnachweis sich als Organ der städtischen Verwaltung wird zur Geltung bringen, um so mehr wird er auf diese einzuwirken in der Lage sein, und die reichen Mittel, wie die grosse Autorität derselben für eine vorbeugende und tatsächliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fruchtbare zu machen wissen¹.

B. Kritik der interlokalen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises soll dem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Ort zu Ort, besonders von der Stadt auf das Land dienen. Es wird sich zunächst fragen, in welchem Maß solches möglich ist.

Einer Abschiebung städtischer Arbeitsloser nach auswärts steht ein doppeltes Hindernis im Weg. Einmal ist es die räumliche Distanz zwischen derzeitigem Aufenthaltsort und neuem Arbeitsort; sodann ist es die Art der Beschäftigung, die in ländlichen Gegenden vorwiegend in Betracht kommt, die sich der Vermittlung städtischer Arbeitsloser nach auswärts entgegenstellt.

In der Tat. So einleuchtend, theoretisch betrachtet, die Schlussfolgerung lauten mag: hier sind Arbeitskräfte überflüssig, da und dort fehlen solche, also weist man, was hier entbehrlich ist, dorthin, wo man es braucht — in der Praxis nehmen die Dinge ein andres Aussehen an. Vorerst bedarf es zur Versendung von Arbeitslosen auf weitere Entfernung hin grösserer Geldmittel, die, wenn es sich gar um den Transport ganzer Familien handelt, bald eine unerschwingliche Höhe annehmen müssen. Und nach erfolgter Reise braucht neuer Mittel, die wenigstens bis zum 1. Lohnstag forthelfen. Bei einem Arbeitslosen solche voraussetzen, wäre töricht. Stünden ihm dieselben zu Gebot, so würde er sie in der Regel lieber am bisherigen Ort verzehren und auf Arbeit warten, als sie für eine weite Reise verwenden.

¹ Vgl. Jastrow, Sozialpol. u. Verwaltungswiss., S. 230 ff.

Wäre dagegen ein Arbeitsloser ohne oder fast ohne jedes Bargeld — und in den meisten Fällen dürfte dem so sein — wer soll dann für die Umzugskosten aufkommen? Etwa der Arbeitsnachweis? In gröfserem Maassstabe wird solche Möglichkeit ganz ausgeschlossen sein.

Gegen eine Unterbringung Arbeitsloser in weitentfernte Arbeitsstellen spricht außer dem Kostenpunkt noch ein viel schwererwiegender Umstand. Mit Recht führt v. Reitzenstein aus: Es ist ein Nachteil in wirtschaftlicher Beziehung, wenn der Arbeiter die Stützpunkte, welche ihm verwandschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen an seinem bisherigen Wohnort auch in bezug auf seine wirtschaftliche Existenz gewährten, verliert und aus den bisherigen örtlichen Gewöhnungen, mit denen er zu rechnen verstand, in eine andre, ihm unbekannte Umgebung versetzt wird. Noch mehr fällt nicht selten auch die Einbusse an Anhalt ins Gewicht, welche ihm die bisherige Umgebung in sittlicher Hinsicht gewährte. Namentlich hinsichtlich der Angehörigen der arbeitenden Klassen trifft es zu, dass der Mensch sittlich am besten in den überkommenen Verhältnissen des Heimatortes gedeiht.

Auch die Art der auswärts zu findenden Arbeit dürfte einem Ausgleich von der Stadt nach dem Land hemmend entgegenstehen. Wohl klagt das Handwerk daselbst über Mangel an beruflich gebildeten Gesellen. Aber auch in den Städten ist kein Überfluss an solchen. Darin stimmen alle Arbeitsnachweise überein, dass es ein leichtes ist, einem Arbeiter, der seine Sache versteht, am Ort Stellung zu finden. Mit dem Ausschus aber ist den Meistern auf dem Land auch nicht gedient. Indessen, es ist vor allem die Landwirtschaft, die Verwendung für zahlreiche Arbeitskräfte hätte. Gerade aber für landwirtschaftliche Arbeit erweist sich erfahrungsgemäss der städtische Arbeiter als ganz ungeeignet. Nicht nur, dass ihm die immerhin auch hier erforderlichen Kenntnisse und Handgriffe abgehen; selbst an der nötigen physischen Kraft und Ausdauer fehlt es im Durchschnitt. Anderseits wieder sind es die oft mehr als

bescheidenen Lohn- und Verpflegungsverhältnisse, aber auch die ländlichen Zustände im allgemeinen, die vielmehr abstoßend als anziehend auf den städtischen Arbeitnehmer wirken.

Es sei über diese Frage nur das eine Urteil, aber dasjenige eines Kenners, des Kommissionsvorsitzenden Menzinger-München angeführt. Derselbe gibt unumwunden zu: „Arbeiter und Dienstboten, welche in der Stadt Beschäftigung gehabt und sich darin angesiedelt haben, werden einem Versuche, sie zur Rückkehr auf das Land zu bewegen, stets großen Widerstand entgegensezten. Ist der Arbeiter mit städtischen Verhältnissen einmal vertraut geworden, so sagen ihm die dort üblichen höheren Löhne und das ungebundene Städteleben nach der allgemeinen Erfahrung viel mehr zu als irgend eine Beschäftigung auf dem Land . . . und er bleibt dann gerne auch während der arbeitslosen Zeit in der Stadt, um auf eine städtische Arbeitsgelegenheit zu warten“¹.

Aus den vorstehend genannten Gründen dürfte die Verbringung überschüssiger Arbeitskräfte von der Stadt auf das Land für einen öffentlichen Arbeitsnachweis schwer genug sein. Diese Schwierigkeit wird gleich noch dadurch vergrößert, dass die Bedürfnisse der auswärtigen Arbeitgeber dem städtischen Arbeitsnachweis oft nicht einmal bekannt werden, während der unsere Zeit charakterisierende „Zug nach der Stadt“ fortgesetzt dem städtischen Arbeitsmarkt neue Scharen Arbeitswilliger zuführt, die vermöge ihrer geringeren Ansprüche bald eine der ihren entsprechende Zahl Einsässiger aus ihren Stellen verdrängen werden. Gerade hier auch liegt der Punkt, der für die Stellungnahme der ländlichen Arbeitgeber zum städtischen Arbeitsnachweis entscheidend ist. Sie meinen von demselben nur eine Begünstigung der Landflucht befürchten zu müssen, indem die Veröffentlichung der beim städtischen Arbeitsnachweis gemeldeten offenen Stellen auf die ländliche Arbeiterbevölkerung geradezu wie ein Lockmittel wirken müsse.

¹ Menzinger, Bericht über die Tätigkeit des städt. Arbeitsamts München 1901, S. 9.

Dieser Ansicht wird dann wieder von städtischer Seite entgegengehalten, dass der Stellenveröffentlichung der kommunalen Arbeitsnachweise mit Unrecht ein nennenswerter Einfluss auf den Zug nach der Stadt nachgesagt werde. „So wenig ein Arbeiter, der auf dem Lande eine befriedigende Arbeitsstelle hat, sich durch Zeitungsanzeigen zum Verlassen der Stelle bewegen lassen wird, so wenig wird er dies durch die Veröffentlichung der Arbeitsnachweise tun, bei welchen jede verlockende Bemerkung fehlt“¹. Wer vom Land in die Stadt zieht, hat eben dort keine genügende Existenzsicherheit und würde darum fortziehen, ob in der Stadt ein Arbeitsnachweis funktioniert oder nicht. —

Es wird nun im folgenden zu untersuchen sein, inwiefern die interlokale Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises der erwähnten Schwierigkeiten Herr zu werden, bez. die gegen sie erhobenen Einwendungen zu entkräften verstanden hat.

In der Natur der Sache liegt es begründet, wenn die Abwehr eines ungemessenen Zuzugs von auswärts jeder örtlichen Anstalt für sich anheimgestellt bleibt. Es dürfte nach dieser Richtung eine strenge Befolgung des Grundsatzes genügende Sicherheit bieten, auswärtige Arbeitskräfte nur in dem Maß in der Stadt in Stelle zu bringen, als geeignete einheimische fehlen. Der Landwirtschaft aber würde jeder Grund zu Beschwerden genommen und deren Interessen in billiger Weise gewahrt, wenn die in Bayern geltende Übung sich verallgemeinerte, derzufolge in der Ausschreibung offener Stellen fortgesetzt darauf aufmerksam gemacht wird, dass prinzipiell auswärtigen landwirtschaftlichen und Gelegenheits-Arbeitern, sowie Dienstboten nur wieder auf dem flachen Land zu Arbeit verholfen wird².

Es soll freilich nicht vergessen werden, dass gerade dies vorstehende Verfahren dem Münchener Nachweis von seiten

¹ Protokoll der Beratungen württemb. Verwaltungsbeamten usw. 1900, S. 12, 13.

² Menzinger a. a. O., S. 3.

der Arbeiterschaft den Vorwurf eingetragen hat, er stehe im Dienst agrarischer Interessen.

Immerhin braucht man eine unerträgliche Begünstigung der agrarischen Interessen von jener Maßregel bis heute noch nicht zu befürchten. Denn sie wird in ihrer Wirksamkeit doch bedingt von der mehr oder minder vollständigen Beherrschung des lokalen Arbeitsmarkts durch die jeweils in Betracht kommende Nachweisanstalt. Wo diese nur über einen Teil der Nachfrage gebietet — wie dies noch durchweg der Fall ist — wird sie sich vergeblich gegen den Zuzug von auswärts stemmen. Verweigert sie auch den vom Land kommenden Arbeitsuchenden ihre Unterstützung, so nehmen diese ihre Zuflucht zu gewerbsmäßigen Agenturen oder zur Umschau. In dem Maß dies geschieht, dürfte sich auch die Verantwortlichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises der an Arbeitskräften verarmenden Landwirtschaft gegenüber verringern. —

Für die Ableitung örtlichen Überangebots nach auswärts hat sich vor allem die Konzentration der Stellenangebote aus der nächsten Umgebung bei der städtischen Anstalt als ebenso unerlässlich wie vorteilhaft erwiesen. Doch ist auch der so erweiterte Arbeitsmarkt für einen ersprießlichen Ausgleich immer noch zu beschränkt. Weitere Gebiete muss der einzelne örtliche Nachweis in seinen Wirkungsbereich einbeziehen.

Man hat dies auf zwei verschiedene Weisen versucht. Zunächst, wie in Bayern, so, dass die Zone um die Zentrale mit einem möglichst dichten Netz örtlicher Nachweisstellen bedeckt wird, derart, dass im kleinsten Ort zum mindesten auf dem Bürgermeisteramt eine Meldestelle sich findet. Es frägt sich nur, ob die bayrische Form der Organisation praktisch wirklich alles hält, was sie theoretisch verspricht. Vorerst ist gegen die Errichtung möglichst vieler Nachweise an kleinen Orten im Interesse des interlokalen Verkehrs mit Recht wohl das Bedenken ins Feld geführt worden, dass solche Stellen, weil sie es zu keiner nennenswerten örtlichen Vermittlungstätigkeit bringen, auch für den interlokalen

Ausgleich ziemlich wertlos bleiben. Württemberg hat verschiedentlich die Erfahrung gemacht, dass derartige Anstalten nach kurzer Zeit wieder eingegangen, „tatsächlich eingeschlafen“ sind, im besten Fall „ist man nicht über eine sehr mäfsige und wenig erfolgreiche Tätigkeit hinausgekommen“¹. Auch Frankfurt a. M. bestätigt diese Wahrnehmung. Der Verkehr bei den Arbeitsnachweisen kleinerer Orte geht stetig zurück und zieht sich von selbst nach den grossen Anstalten hin². — Was dann gar die Errichtung von Sammelstellen bei den Bürgermeistereien betrifft, so sind die Klagen über das geringe Interesse, das der Arbeitsnachweissache gerade von seiten der ländlichen Ortsbehörden entgegengebracht wird, allgemein. „Die Ortsvorsteher scheinen in der ihnen neu übertragenen Funktion eine Last zu erblicken und auf dem Standpunkt zu stehen: wegen ein paar Handwerksburschen solche Geschichten machen!“ — so charakterisiert der Stuttgarter Verwalter z. B. das Verständnis, das die ländlichen Gemeindeverwaltungen für den öffentlichen Nachweis haben. Sogar verschiedentliche Anregungen seitens des Ministeriums vermögen nichts gegen die ländliche vis inertiae: „nur von einer kleinen Zahl von Gemeinden werden Meldeformulare verlangt und in sehr wenigen Fällen werden diese an die Zentrale eingesandt“³.

Dazu kommt, dass die Art des Geschäftsverfahrens bei der bayrischen interlokalen Organisation doch eine sehr umständliche ist, sowohl was den schriftlichen Verkehr der auswärtigen Interessenten mit der Zentrale, als auch was die von den auswärtigen Stellen an die Zentrale und von dieser an jene zu versendenden Vakanzenlisten angeht.

Trotzdem ist nicht zu leugnen, dass sich auch mit diesem komplizierteren Apparat Erfolge haben erzielen lassen. Konstanz, das sich, als die einzige Arbeitsnachweisanstalt in Baden, mit einer reichen Zahl von Filialstellen umgeben

¹ Schneider, Der Ausbau usw., S. 27. — Protokoll der Beratungen württemb. Verwaltungsbeamten 1900, S. 12.

² Frankfurter Jahresbericht 1900, S. 6.

³ Protokoll der Beratungen württemb. Verwaltungsb. 1900, S. 5.

hat, schreibt seine Erfolge, gerade auch in der interlokalen landwirtschaftlichen Vermittlung, seiner besondern Organisation zu¹. Aber auch Bayern weiss von immerhin annehmbaren Zahlen zu berichten. So hat die Münchener Zentrale in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit im ganzen 176 046 Stellenbesetzungen aufzuweisen. Davon entfallen auf die interlokale Vermittlung 20 464; freilich kommen hiervon wieder der Landwirtschaft zugut im ganzen nur 3960, für das einzelne Jahr also nur 792². —

Jedenfalls einfacher ist die z. B. in Baden beliebte Organisation, derzufolge der interlokale Ausgleich zwischen Zentrale und flachem Land auf dem Weg direkten Postkarten- oder Telephonverkehrs sich vollzieht.

Für den Bedarf, der innerhalb der gröfseren Bezirke nicht gedeckt werden kann, treten einzelne Zentralbereiche wieder unter einander in Geschäftsverbindung. Doch scheint mit zunehmender Entfernung die Möglichkeit der Unterbringung von Arbeitsuchenden in freie Stellen entsprechend abzunehmen. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, dass von 20 464 Stellenbesetzungen, die München, solange es Zentrale für die Kreise Oberbayern, Schwaben und Neuburg war, im interlokalen Verkehr bewirkt hat, 90 %, also etwas über 18 000 auf Oberbayern entfallen, während der Geschäftsverkehr nach den beiden andern Kreisen „wenn auch immerhin noch nennenswert, doch nicht ein besonders bedeutender genannt werden kann“³.

Die Organisation des interlokalen öffentlichen Arbeitsnachweises eines Bezirks auf ein staatliches oder wirtschaftliches Ganzes übertragen, hat zu Arbeitsnachweisverbänden geführt. Hier übernimmt, wie dort die Besirkzentrale für ihren Bezirk, so hier die Landeszentrale oder der Verbandsvorort für ein ganzes Land den interlokalen Ausgleich

¹ Arbeitsmarkt VI, S. 234.

² Menzinger a. a. O. S. 5.

³ Menzinger a. a. O., S. 3 u. 5.

zwischen Angebot und Nachfrage auf Grund des sogenannten Vakanzenlisten-Austausches.

Dieses System hat sich nach Stuttgarter Berichten „sehr gut bewährt“¹; Konstanz bezeichnet namentlich den württembergischen Zentralanzeiger als sehr praktisch.

Aber auch an gegenteiligen Beurteilungen fehlt es nicht. Worms² schreibt der regelmäßigen Versendung von Übersichten nur einen beschränkten Wert für den interlokalen Verkehr zu. Frankfurt a. M. gar hat völlig von dem Austausch der Vakanzenlisten, als für den Ausgleich von Ort zu Ort bedeutungslos, abgesehen. „Die Tatsache nämlich, die aus den Vakanzenlisten ersichtlich ist, — dafs bei der Arbeitsvermittlungsstelle einer bestimmten Stadt in einer bestimmten Woche mehr Gesellen eines bestimmten Handwerks um Arbeit anfragen, als Meister offene Stellen anzeigen — beweist nicht das Geringste dafür, ob in dem betr. Gewerbe tatsächlicher Überfluss oder Mangel an Arbeit und Nachfrage oder Bedarf an Arbeitern vorhanden war, und der Arbeiter, der im Verlaß auf solche Anzeigen eine solche Stelle in der betr. Zeit annähme, könnte schon in ganz kurzer Zeit sich wieder arbeitslos und zum Weiterwandern gezwungen finden“³.

Dem schriftlichen oder telephonischen Verkehr wird darum in Frankfurt, überhaupt in dem gesamten rheinmainischen-, wie auch in dem badischen Organisationsverband als dem einfachsten und praktisch erfolgreichsten der Vorzug gegeben.

Eine Entwicklung der interlokalen Organisation gerade nach dieser Richtung ist aber um so mehr möglich, als in verschiedenen Bundesstaaten der Staat bereits die Kosten für den Telephongebrauch im auswärtigen Verkehr übernommen hat.

¹ Protokoll der Verhandlungen württemb. Verwaltungsbeamten 1900, S. 5.

² Wormser Jahresbericht 1902/03, S. 1.

³ Frankfurter Jahresbericht 1899, S. 6.

Auch das weitere Hindernis, das einem Ausgleich von Ort zu Ort auf grössere Entfernungen hin, entgegenstand, die Mittellosigkeit der Arbeitslosen nämlich, kann durch die im Süden und Westen allgemein eingeführte Ermässigung der Fahrkartenpreise für nach auswärts Vermittelte als bedeutend verringert betrachtet werden. Durch diese Massregel „ist einerseits eine grosse Wohltat zum besten der Arbeiterschaft geschaffen, insofern, als es auch dem weniger bemittelten stellenlosen Arbeiter möglich gemacht wird, eine auswärtige Stelle zu erlangen; anderseits wird den berechtigten Interessen des Landes in anerkennenswerter Weise entsprochen, weil hierdurch manchem Arbeitgeber eine Arbeitskraft zugewiesen werden kann, die er ohne diese Einrichtung nicht bekommen hätte“¹.

Freilich wird es immer noch vorkommen, dass trotz dieser Vergünstigung Arbeiter die ihnen auswärts angebotene Arbeitsgelegenheit nicht ergreifen können, weil es an den dazu nötigen, wenn auch geringen Reisemitteln fehlt. Die von den Arbeitsnachweisen getroffene Massregel, dass die Arbeitgeber die Kosten vorschießen, wirkt oft lähmend auf das Interesse der Dienstherren am Arbeitsnachweis ein; anderseits reichen die den einzelnen Anstalten zur Verfügung stehenden Unterstützungsgelder bei weitem nicht an den wirklichen Bedarf heran. Ein Eingreifen des Staates wird auch hier als unerlässlich zur Vervollständigung der Organisation des interlokalen Verkehrs bezeichnet und gefordert².

Will man sich ein Urteil über den tatsächlichen Wert der Organisation des interlokalen öffentlichen Arbeitsnachweises machen, so wird solches noch am ehesten auf Grund zuverlässiger Zahlen möglich sein. Für das Jahr 1901 weisen 93 berichtende öffentliche Arbeitsnachweise an landwirtschaftlichen Vermittlungen auf: 16 660, an solchen nach aus-

¹ Protokoll der Beratungen usw. 1900, S. 18.

² Ebenda, S. 18.

wärts: 55 117, immerhin ein Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aber, und das spricht weiter zu gunsten der öffentlichen Organisationsform, mit vorstehenden Zahlen ist, was z. B. nur den landwirtschaftlichen Verkehr angeht, der insgesamt erfolgte Ausgleich von den Städten nach dem Land noch nicht einmal in erschöpfender Weise angegeben. Auch ohne direktes Zutun wirken die Arbeitsnachweise auf die Rückwanderung Arbeitsloser nach dem Lande ein. Nicht wenige Nachweise berichten bereits von einer Abnahme der Leutenot auf dem Lande, was nicht bloß der etwaigen schlechten wirtschaftlichen Lage in den Städten, sondern auch den tatsächlichen Bemühungen der Arbeitsnachweise zuzuschreiben ist¹.

Von wesentlich anderen Gesichtspunkten aus, als von dem des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage, ist die Tätigkeit des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise zu betrachten. Von einer Zentraleinrichtung für ganz Deutschland zur Vermittlung des Austausches von Arbeitskräften innerhalb des ganzen Reiches kann bei dem gegenwärtigen Stand der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises nicht die Rede sein, abgesehen davon, ob ein solcher über unbegrenzte Strecken hin erfolgender Ausgleich praktisch überhaupt ausführbar ist.

Dagegen ist die Einwirkung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise auf die Errichtung neuer öffentlicher Nachweise und Nachweisverbände so nötig, als sie vielerorts auch schon erfolgreich gewesen ist; wie anderseits eine das ganze Land interessierende Bewegung ohne Haupt und Führer der Zersplitterung, der Ohnmacht, am Ende der Auflösung verfallen würde.

C. Kritik der öffentlichen Arbeitsnachweis-Statistik und Arbeitsmarkt-Berichterstattung.

Die Führung der Arbeitsnachweis-Statistik bildet einen bedeutenden Teil der den einzelnen Nachweisanstalten, bezw.

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise IV, S. 107.

-verbänden zugeteilten Aufgabe. Fast könnte man den Eindruck haben, beim Anblick der vielseitigen und langen statistischen Tabellen, die jeder Anstaltsbericht bringt und bei Kenntnisnahme der täglich und monatlich von jeder Stelle vorzunehmenden statistischen Aufzeichnungen, als wäre der Statistik im Interessenkreis der Arbeitsnachweise eine ungebührliche Vorzugsstellung eingeräumt. Es dürfte von symptomatischer Bedeutung sein, dass aus der Mitte der Zunächstbeteiligten, der Arbeitsnachweisverwalter, es nicht an Klagen über die Überschwänglichkeit des geforderten statistischen Materials und nicht am Drängen auf eine möglichste Vereinfachung der lediglich statistischen Zwecken dienenden Arbeiten fehlt¹.

Man könnte, angesichts der ungemessenen statistischen Zahlen, die von den Nachweisen geliefert werden, um so leichter das Gefühl einer unnötigen Belastung der Arbeitsnachweise haben, als die Statistik für die eigentliche Vermittlungstätigkeit zunächst ohne sichtbaren Nutzen scheint. Die Menge der an einem Ort durch Vermittlung des öffentlichen Nachweises zum Abschluss gebrachten Arbeitsverträge hängt sehr wenig ab von der mehr oder weniger grossen Sorgfalt, mit der die Bewegungen am örtlichen Arbeitsmarkt statistisch verfolgt und verwertet werden. Das einzige, was damit erreicht werden kann, ist, dass man über das Mass der Tätigkeit und die vermehrte oder verminderte Inanspruchnahme einer Anstalt ziffernmässig genaue Auskunft erhält.

Trotzdem hat, wenn auch nicht in direkter Weise, eine möglichst ausgebildete Arbeitsnachweisstatistik und eine auf Grund derselben verfasste Arbeitsmarkt-Berichterstattung eine unbestreitbare Bedeutung eben auch hinsichtlich der örtlichen Arbeitsvermittlung, bezw. des interlokalen Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage. Gelegentlich der 3. Verbandsversammlung deutscher Nachweise ist diese Bedeutung, vielleicht etwas übertreibend, mit den Worten: „Eckstein am Bau des Wirtschaftslebens“ charakterisiert worden. Davon

¹ Protokoll der Verhandlungen usw. 1902, S. 15.

abgesehen, ist jedenfalls gewiss, dass die Arbeitsnachweisstatistik, indem sie eine Übersicht gewährt zunächst über den örtlichen, sodann über den allgemeinen Arbeitsmarkt, in jedem Augenblick erkennen lässt, wo und wie viele Arbeitslose, bezw. offene Stellen und in welchen Berufen sich solche finden. Damit erst ist dann die Möglichkeit gegeben, mit dem Überfluss an dem einen Ort dem Mangel an einem anderen abzuhelpfen.

Und noch in anderer Weise wird die Arbeitsnachweisstatistik auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung ihren Einfluss fühlbar machen können. Eine auf Grund statistischer Angaben zu gewinnende Orientierung über die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts wird in geschäftlich ungünstigen Zeiten von selbst regulierend auf das übermäßige Anschwellen des Angebots einwirken. Nicht nur wird der noch beschäftigte Arbeiter vor einem unbedachten Stellenwechsel, oder auch ganze Gruppen von Arbeitern vor dem Eintritt in eine unzeitige Lohn- und Ausstandsbewegung sich in acht nehmen; auch der Zuzug vom Land nach der Stadt wird sich verlangsamen, wenn die Interessenten, dank einer mit statistischen Zahlen dokumentierten Berichterstattung, über den Mangel an Arbeitsgelegenheit und die Aussichtslosigkeit eines Stellengesuches ins klare gesetzt sind.

Vor allein aber schätzenswert ist dies, dass eine statistisch belegte Darstellung der Arbeitsmarktverhältnisse in Zeiten großer Arbeitslosigkeit die unerlässliche Vorbedingung für die Möglichkeit einer vermehrten Arbeitsvermittlung auf Grund neuzubeschaffender Arbeitsgelegenheiten bildet, wie sie anderseits die öffentliche Meinung vor unbegründeten Befürchtungen und übereilter Ergreifung von Notstandsmaßregeln auf unkontrollierbare, oft tendenziöse Stimmungsmachereien hin bewahrt. Ohne das wirtschaftliche Barometer, das eine fortlaufende und zweckentsprechend geführte Arbeitsnachweisstatistik sein kann, lässt sich das Herannahen einer Krisis weder voraussehen noch den Gefahren einer solchen vorbeugen. Die hierfür in Betracht kommenden Organe werden von den mitslichen Zeitläuften

überrumpelt; die etwa angeordneten sog. Notstandsarbeiten kommen zu spät, sind den Bedürfnissen, denen sie abhelfen sollen, nicht angepaßt, und die großen Summen, die sie kosten, schaffen wenig Nutzen.

Gibt es dagegen Stellen, und die öffentlichen Nachweise sind als solche organisiert, von wo aus grundsätzlich und unangesetzt die Vorgänge, die zu Arbeitslosigkeit und Notstand führen, betrachtet werden, so sind die Wahrer der öffentlichen Wohlfahrt, im speziellen die Gemeindeverwaltungen, jederzeit in der Lage, den Ausbruch und die Schwere einer wirtschaftlichen Krise in richtiger Weise zu würdigen und ordnungsmäßig für geeignete Abhilfe durch Vornahme öffentlicher Arbeiten zu sorgen.

Es fragt sich nun, ob sich auf Grund der Arbeitsnachweisstatistik, wie sie von den öffentlichen Arbeitsnachweisen organisiert ist, die vorstehend gekennzeichneten Resultate erreichen lassen; m. a. W., es fragt sich, ob die statistischen Angaben, die von den öffentlichen Nachweistellen zu haben sind, 1. selber derart sind, daß man aus ihnen zu einem entsprechenden Bild von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes gelangen kann und 2., ob die Methode, nach der die ebenerwähnten statistischen Nachrichten zu einer Berichterstattung über den Arbeitsmarkt verarbeitet werden, auf Zuverlässigkeit Anspruch machen kann.

1. Was zunächst die Bedeutung der statistischen Angaben einer einzelnen Anstalt für eine richtige Beurteilung der Verhältnisse am örtlichen Arbeitsmarkt überhaupt, wie in den einzelnen am Ort vertretenen Berufen insbesondere angeht, so ist dieselbe nach Lage der Dinge nicht allzu hoch einzuschätzen. Der öffentliche Arbeitsnachweis beherrscht vor der Hand noch überall einen viel zu kleinen Bruchteil des örtlichen Arbeitsmarkts, als daß seinen statistischen Zahlen eine Beweiskraft zukäme, gar erst, wenn diese Zahlen durch Nachrichten über die einzelnen Berufe weitgehendst zersplittert würden. Nur da, wo der öffentliche Nachweis

sieh mit den sonst am Ort noch befindlichen Nachweisen in Verbindung gesetzt hat zum Zweck gemeinsamer statistischer Erhebungen, ist die Möglichkeit der Gewinnung eines den Tatsachen entsprechenden Bildes gegeben.

Dafs diese Möglichkeit aber auch verwirklicht würde, dazu wäre, aufer der Konzentration der statistischen Beobachtungen sämtlicher örtlicher Nachweise an einem Punkt, auch noch eine Änderung in der von den öffentlichen Einzelanstalten zumeist geübten Methode der Arbeitsmarkt-Berichterstattung erforderlich. Bisher hat man oft gemeint, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage damit richtig zu erfassen, dass man am Ende des Monats Stellengesuche und Stellenangebote summiert und zu den korrespondierenden Zahlen des Vormonats in Vergleich setzt. Je nach dem Ergebnis dieses Vergleichs wird dann die wirtschaftliche Konjunktur am Ort als in aufsteigender oder absteigender Linie sich entwickelnd angesehen. In Wirklichkeit leidet ein nach dieser Methode gewonnenes Urteil möglicherweise an schweren Irrtümern. Es sei zum Beweis dafür das Beispiel angeführt, das Dr. Naumann-Hamburg gelegentlich der Karlsruher Arbeitsnachweis-Konferenz von 1897 erbracht hat. „Man denke sich, in zwei verschiedenen Monaten verzeichne ein Arbeitsnachweis beide Male 1000 Arbeitsgesuche und 500 Stellenangebote. Man wird sagen: in beiden Malen lag der Arbeitsmarkt gleich. In Wirklichkeit war es folgendermafsen: Im ersten Monat meldeten sich am ersten Tag 1000 Arbeitsuchende. Diese blieben den ganzen Monat hindurch stellenlos und erst am letzten Tag gingen 500 Stellenangebote ein, wodurch die Hälfte der Arbeitsuchenden untergebracht werden konnte. Im zweiten Monat wurden am ersten Tag 500 offene Stellen gemeldet, es war aber kein Arbeiter da, und es stellte sich auch den ganzen Monat hindurch keiner ein. Erst am letzten Tag kamen 1000 Arbeitsuchende an, von denen die Hälfte Plätze fand. Offenbar war im ersten Fall ein enormes Überangebot von Arbeitskräften, im zweiten ein empfindlicher Arbeitermangel. In der Monatsstatistik erscheinen aber beide gleich. Wären

im ersten Fall am ersten Tage anstatt 1000 nur 600 Arbeitssuchende erschienen, so würde der erste Monat in der Statistik für die Arbeitssuchenden wesentlich günstiger erschienen sein als der zweite, während er in Wirklichkeit viel ungünstiger war“¹. Gegen die Folgerung, zu der Dr. Naumann auf Grund dieser Erwägungen kam, dürfte kaum etwas einzuwenden sein, dass nämlich ein richtiges Bild des örtlichen Arbeitsmarktes sich immer nur für einen Tag geben lasse, indem man Arbeitsgesuche und Vakanzen dieses Tages einander gegenüberstelle, auch beide mit denen des Tages vorher usw. vergleiche. Tatsächlich hat man der Naumannschen Methode überall da bereits Rechnung getragen, wo man das System der Tagesnachweise in die Geschäftsführung aufgenommen hat².

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage brauchbarer, schon von wegen der dabei auftretenden gröfseren Zahlenmassen, sind die von den Arbeitsnachweis-Verbänden auf Grund der Mitteilungen ihrer Einzelmitglieder gebotenen statistischen Beobachtungen. Der praktische Wert derselben für die interlokale Arbeitsvermittlung hängt freilich davon ab, dass sie zum wenigsten am Ende jeden Monats und nicht erst jeden Jahres erfolgen. Auch kommt ihnen eine wirkliche Zuverlässigkeit nur da zu, wo ein Verband bei seinen Mitgliedern die Befolgung gleichmässiger Grundsätze und den Gebrauch gleichmässiger Formulare für die statistischen Erhebungen durchgesetzt hat.

Im einzelnen gibt dann freilich die von den verschiedenen Verbänden nach verschiedener Methode geführte Statistik zu mancherlei Beanstandung Anlafs.

Dem württemberger System hält ein württembergischer Verwalter vor, „dass durch das ungeheure Zahlenmeer, das einem dabei vor die Augen gestellt wird, die Übersichtlichkeit und infolgedessen das Interesse verloren gehe“³.

¹ Jastrow, Die Einrichtung von öffentl. Arb.-Nachw. usw., S. 56.

² Arbeitsmarkt I, S. 44.

³ Protokoll der Verhandlungen usw. 1902, S. 13.

Die badische Statistik wird von demselben Sachverständigen als zu „ungenau“ charakterisiert; auch „zwecklos“ seien manche unter den statistischen Angaben. So wird, wohl mit Recht, nach dem „inneren Wert“ von Zahlen gefragt, die das Alter, die Staatsangehörigkeit und die Dauer der Arbeitslosigkeit „der eingeschriebenen Arbeitslosen“ wiedergeben; während solches alles bei der ungleich höheren Zahl der „Passanten“ aufser Beachtung bleibt. — Auch aus der Mitte badischer Verbandsangehöriger selber wird die Frage nach der Staatszugehörigkeit als mindestens neben-sächlich und dafür eine solche nach dem letzten Arbeitsort als ungleich bedeutsamer bezeichnet¹. Aber auch die Erkundigung nach der Dauer der Arbeitslosigkeit habe wenig Wert schon deshalb, weil erfahrungsgemäfs die von den Arbeitslosen gemachten Angaben den Tatsachen nicht entsprechen². Dagegen wird die Trennung der Arbeitsgesuche nach eingeschriebenen und nichteingetragenen und die Auseinanderhaltung von Stellennachweisung und -vermittlung gelobt; obwohl auch hier wieder nicht übersehen werden darf, dass gerade unter den Nichteingetragenen ein und dieselbe Person in ganz kurzen Zwischenräumen beim Arbeitsnachweis erscheinen kann und erfahrungsgemäfs auch oft erscheint, dabei vom Nachweis jedesmal als neue Person vermerkt wird, wodurch das Bild von dem tatsächlich vorhandenen Angebot, bezw. der Arbeitslosigkeit zum mindesten bedeutend verschoben werden muss.

Der „Rhein-Main“-Statistik wird vorgeworfen, dass ihre statistischen Berichte auf den Leser ermüdend wirkten; vor allem aber für den auswärtigen Unbeteiligten von ganz geringem Interesse seien.

Als besonders zweckmäßig wird allgemein die bayrische Art der statistischen Aufstellungen anerkannt. Sowohl ihre Einfachheit wie ihre Übersichtlichkeit wird gerühmt: „Mit einem Blick in die Liste lässt sich die Lage des Arbeits-

¹ Mannheimer Jahresbericht 1900, S. 10.

² Ebenda 1901, S. 9.

markts im ganzen sowohl wie in den einzelnen Branchen ersehen“¹.

Mag nun auch jedes System seine Mängel und Vorzüge haben, mögen die statistischen Zahlen, mit denen ein Verband die wirtschaftliche Lage innerhalb seines Wirkungsbereichs darzustellen versucht, anfechtbar sein und einen absoluten Maßstab für die Bemessung der tatsächlichen Arbeitsmarktverhältnisse nicht geben, immerhin wird aus den Schwankungen der statistischen Ziffern wenigstens die allgemeine Tendenz des Arbeitsmarktes jeweils herausgelesen werden können.

2. Das unmittelbar vorhergehend Gesagte gilt in noch völligerer Weise von den statistischen Monatsübersichten, die Dr. Jastrow, im Auftrag des Verbands deutscher Arbeitsnachweise, auf Grund des statistischen Materials veröffentlichte, das ihm von dem größten Teil der öffentlichen Nachweise, bzw. Nachweisverbände Deutschlands zur Verfügung gestellt wurde. Allerdings lassen sich Einwendungen mannigfacher Art gegen die Jastrow'sche Berichterstattung erheben, deren Berechtigung Jastrow selber unverhohlen zugibt². Schon dass die Statistik innerhalb der einzelnen Landesverbände nach verschiedenen Grundsätzen aufgestellt wird, ja sogar noch innerhalb dieser Verbände die einzelnen Nachweissstellen statistisch manchmal ihre eigenen Wege gehen, könnte eine gleichmäßige Verwertung der überwiesenen Zahlen als bedenklich erscheinen lassen. Auch die vielfach, besonders aus dem interlokalen Verkehr herrührenden Doppelzählungen, die Stuttgart auf ca. 20% der Arbeitsuchenden schätzt, fälschen in einem bedeutenden Maß die Angaben der örtlichen Nachweise, wie der Verbände. — Die wundeste Stelle an der Jastrow'schen Methode aber dürfte in folgendem zu suchen sein: Jastrow will die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts auf die Weise ermitteln, dass er berechnet, wie viele

¹ Protokoll der Verhandlungen usw. 1902, S. 15.

² Jastrow, Sozialpolitik u. Verwaltungsw., S. 112 ff.

Stellengesuche in einem gegebenen Moment auf 100 Stellenangebote kommen. Nun berichtet aber Mannheim unter Bezugnahme auf badische und andere Nachweise, dass mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur nicht — worauf doch gerade Jastrows Methode ausgeht — notwendig der Andrang der Stellesuchenden zunimmt; gerade das Gegenteil zeigt sich. Die Arbeitslosen, in der Gewissheit, doch beim Arbeitsnachweis keine Arbeit zu erhalten, sprechen, je länger die Krise währt und je schwerer sie ist, um so seltener und in um so kleinerer Zahl vor. Ja, an manchen Orten (Berlin, die badischen Anstalten) sucht man das Fernbleiben der Arbeitslosen absichtlich zu begünstigen, weil die Verwaltungen ohnedies der Meldungen kaum noch Herr werden können¹. Und wo doch ein stärkerer Zuzug von Arbeitslosen sich zeige, röhre er häufig nur davon her, dass ein aussichtsloses Gesuch mehrfach wiederholt und vermerkt werde². Die Folge dieser Erscheinungen soll nun, nach der Mannheimer Kritik, die sein, dass die Verhältniszahlen der Arbeitsuchenden zu den angebotenen Stellen der tatsächlichen Wirklichkeit um so weniger entsprechen, je schlimmer die Zeiten werden. Mannheim möchte dieser schwachen Seite an dem Jastrow'schen System damit zu Hilfe kommen, dass es den Arbeitsmarkt außer durch die Jastrow'schen Verhältniszahlen zwischen Angebot und Nachfrage noch durch die prozentuale Vermehrung oder Verminderung der offenen Stellen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu charakterisieren empfiehlt³.

Trotz aller Einwendungen, die man gegen sie erheben kann, bietet die Jastrow'sche Arbeitsnachweis-Statistik, vor allem schon, weil sie die einzige praktisch betriebene ist, zur Zeit den brauchbarsten Apparat zur Erfassung der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt. Mit Recht wohl geht Jastrow von der Anschauung aus, dass, je größer die Zahlenmassen, mit denen operiert wird, um so weniger wird das Fehler-

¹ Arbeitsmarkt IV, S. 148.

² Arbeitsmarkt VI, S. 261.

³ Ebenda.

hafte, das an einzelnen Beobachtungen haften mag, das Bild der gesamten Bewegung am Arbeitsmarkt beeinflussen.

Wie in der Tat mit der Jastrow'schen Methode zuverlässige und praktisch verwertbare Resultate erzielt werden können, dafür hat Jastrow selber auf dem 3. Verbandstag der deutschen Arbeitsnachweise den Beleg gebracht. Als im Verlauf des Jahres 1900 die bekannte wirtschaftliche Krise einsetzte, haben die nach Jastrow'schem System gemachten Beobachtungen bereits im April das Herannahen derselben erkennen lassen, während an der Berliner Börse z. B. der Umschwung erst im Juni zu Tage trat. Aber noch mehr. Während man bis Ende 1900, wieder an der Berliner Börse, darüber im Finstern tappte, ob die Krise eine bloß zufällige oder durch die ganze wirtschaftliche Lage bedingte sei, hat die Jastrow'sche Statistik von Anfang an nicht die geringste Ungewissheit über den wahren Charakter derselben zugelassen.

Mit Fug und Recht fasst Jastrow das Urteil über die Leistungsfähigkeit seiner Arbeitsmarktberichterstattung in die Worte: „Das will im wirtschaftlichen Leben etwas sehr Bedeutendes heissen, dass man einige Monate vorher die Krisis sieht“ . . . „und das zweite, wichtigere noch, ist, dass wir nicht nur die Krisis früher gesehen — als andere — sondern dass wir an diesem Symptom festgehalten, dass wir uns durch keine Augenblicks-Anwandlungen haben davon zurückbringen lassen“ ¹.

Seit dem 1. April 1903, mit dem Tag, an welchem die Arbeitsnachweisstatistik aus privaten in amtliche Hände übergegangen ist, kommen die statistischen Berechnungen Jastrows im „Arbeitsmarkt“ praktisch weniger in Betracht. Was dort mit Mühe angebahnt worden ist, setzt das kaiserliche statistische Amt im Reichs-Arbeitsblatt weiter fort, aber mit ganz anders ins Gewicht fallenden Zahlen, als sie einem privaten Unternehmen zugänglich waren. Damit ist

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. IV, S. 20.

von vornherein die Überlegenheit jenes über dieses gegeben. Als ein für die Korrektheit und Übersichtlichkeit der Berichterstattung überaus günstiges Moment muß es nach Jastrow bezeichnet werden, daß es dem kaiserlichen statistischen Amt gelungen ist, eine gewisse Vereinheitlichung in der Vormerkungsfrist herbeizuführen. Ein Ziel, das „Der Arbeitsmarkt“ und der Verband deutscher Arbeitsnachweise ebenfalls, aber vergebens angestrebt hatten. — Als sehr wichtig erklärt „Der Arbeitsmarkt“ die vom Reichs-Arbeitsblatt eingeführte Ordnung der Krankenkassen-Mitglieder nach Berufsgruppen und deren Heranziehung auch zur Erfassung der Arbeitsmarktlage. Hier liege der Einsatzpunkt, von dem aus der hauptsächliche Mangel der bisherigen Arbeitsmarktstatistik beseitigt werden kann, daß sie nämlich nur einen Überblick über die Lage im allgemeinen, aber nicht über die einzelnen Erwerbszweige gab¹.

Immerhin wird man auch damit, daß die Aufgabe der Arbeitsmarktsberichterstattung von amtlicher Seite in die Hand genommen ist, diese Aufgabe noch nicht als gelöst ansehen können. Nur erst ein Anfang ist gemacht; auf demselben wird weiterzubauen sein, bis am Ende, wie für andere Gebiete, so auch für das wirtschaftliche Leben eine Warte organisiert sein wird, von der aus die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt des ganzen Reichs bis in ihre Einzelheiten hinein fortlaufend beobachtet und registriert werden und täglich der Stand des Arbeitsmarkts in alle Orte und Industriezentren hinaus gemeldet werden kann.

III.

Inwieweit bedeutet die Organisation des Arbeitsnachweises von Öffentlichkeitswegen eine Lösung des Arbeitsnachweis-Problems?

Ein Verdienst wird dem Versuch, den Arbeitsnachweis auf öffentlicher Grundlage zu organisieren, jedenfalls nicht

¹ *Arbeitsmarkt VI*, S. 294 ff.

abgestritten werden können: Vor allem begegnet man hier zum ersten Mal und in gröfserem Maßstab dem ernsten Bestreben, den Arbeitsnachweis im Interesse der beiden beteiligten wirtschaftlichen Klassen dem Parteikampf zu entnehmen und ihn auf neutralen Boden zu stellen. „Damit hört der Stellesuchende auf, der Untergebene zu sein, der blindlings seine Haut zu Markte trägt, sondern er wird gewissermassen der Klient, der vertrauensvoll seine Sache dem Anwalt überlassen darf, ein Gefühl, dazu angetan, sein sittliches Selbstbewußtsein zu heben, ohne welches es in den unteren Berufsarten gerade wie bei den höheren keine Arbeitsfreudigkeit und Willigkeit gibt . . . Aber auch der Arbeitgeber hat seinen Vorteil von der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises und wäre es zunächst nur der, dass er vielen Belästigungen entzogen und für seinen Bedarf an Arbeitskräften jederzeit eine zuverlässige und billige Versorgungsquelle weiss¹.

Damit sind die Vorzüge, die der öffentlichen Organisation des Arbeitsnachweises eignen, noch nicht erschöpfend aufgezählt. Allen an einen idealen Arbeitsnachweis zu richtenden Anforderungen — den allgemeinen Charakter eines solchen, die unentgeltliche Vermittlung, die Sorge sodann für einen möglichsten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, sowohl lokal als interlokal, die Einrichtung einer zweckentsprechenden Arbeitsmarkt-Berichterstattung, nicht zum wenigsten endlich die Organisation der Arbeitsbeschaffung — der öffentliche Nachweis hat sich wenigstens bemüht, diesen Anforderungen gerecht zu werden und ist ihnen bis zu einem gewissen Grad auch gerecht geworden.

Dies alles rückhaltlos zugegeben, darf man mit dem gleichen Recht auf die schwachen Seiten an der öffentlichen Organisation des Arbeitsnachweises, so wie sich diese gegenwärtig darstellt, den Finger legen. Und da bleibt es eben doch immer ein bedenklicher Punkt, dass, soweit es die für

¹ Schanz, Dritter Beitrag zur Frage der Arbeitslosenversicherung, S. 331.

einen vollkommenen Ausbau der Arbeitsvermittlung unerlässliche Vereinigung des Gesamtangebots, bezw. der -nachfrage in einer Hand angeht, das erstrebte Ziel noch lange nicht erreicht worden ist und, wenn nicht alles trügt, noch lange nicht erreicht werden wird. Wohl hat sich mit den jüngsten Jahren die frühere Abneigung der Arbeiterbevölkerung gegen den öffentlichen Arbeitsnachweis vielfach in ihr Gegenteil verwandelt. Aber das Grossunternehmertum hat nur Verachtung und Haß gegen einen auf paritätischer Grundlage errichteten Arbeitsnachweis. Welchen Abbruch es diesem aber zu tun im stande ist, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß allein die Arbeitsnachweise des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona in einem Jahr 128 810 Vermittlungen bewirkt haben, während alle öffentlichen Arbeitsnachweise in Preussen es zusammen noch nie auf 200 000 gebracht haben¹. Fahren die Arbeitgeber aber fort, und sie tun dies zielbewusster denn je, grundsätzlich den öffentlichen Arbeitsnachweis zu meiden, so läßt sich nicht ersehen, wie es diesem gelingen sollte, einen namhaften Einfluß auf den Arbeitsmarkt in den großen industriellen Bezirken des Reichs zu gewinnen.

Vielleicht noch bedenklicher ist ein anderer Umstand. Dass nämlich bei den zuständigen Körperschaften der Eifer für Errichtung paritätischer öffentlicher Arbeitsnachweise, der in den ersten Jahren der diesbezüglichen Bewegung und unter dem Druck wirtschaftlich schwieriger Zeiten in rascher Folge eine große Zahl öffentlicher Nachweisstellen ins Leben gerufen hat, sich in jüngster Zeit bedeutend abgekühlzt zu haben scheint. Zahlen reden auch hier die deutlichste Sprache. Es hat sich z. B. die bis Juni 1901 erreichte Zahl von 124 öffentlichen Nachweisanstalten, über die „Der Arbeitsmarkt“ berichtet, bis Oktober 1903 nur um sechs Einheiten vermehrt. Dabei entfällt wiederum der Löwenanteil von diesen Ziffern auf den Süden und Westen

¹ Arbeitsnachw.-Konferenz zu Nürnberg, S. 11.

Deutschlands, während der Norden und Osten sich fortgesetzt spröde zeigt.

Nach dem Vorausgeschickten ist es dann nur natürlich, dass auch der gesamte Geschäftsverkehr, den die öffentlichen Arbeitsnachweise jährlich zu verzeichnen haben, im Vergleich zu der gesamten Bewegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch immer nicht den Platz einnimmt, den man ihm wünschen könnte. Wohl lassen sich bedeutende Fortschritte nicht leugnen, was eine Nebeneinanderstellung der von allen öffentlichen Nachweisen zusammen in den Jahren 1897 bis 1901 bewirkten Vermittlungen am besten illustrieren wird. Es wurden Stellen vermittelt:

1897	1898	1899	1900	1901
567 895	629 563	691 580	779 590	1 086 874 ¹

Immerhin bleibt noch ein ungeheuer großes Feld, das sich der Bearbeitung durch den öffentlichen Arbeitsnachweis bisher entzogen hat, wenn man z. B. mit Dr. Möller die Zahl der jährlich in Deutschland zum Abschluss kommenden Arbeitsverträge auf 5 000 000 schätzt.

Es wird sich auch nicht ohne weiteres behaupten lassen, dass mit den Jahren es dem öffentlichen Nachweis gelingen wird, die noch fernstehenden Kreise in seine Interessensphäre einzubeziehen. Will es doch scheinen, als ob gerade die bedeutendsten Arbeitsnachweisstellen, wie etwa München, der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach der Seite des Tätigkeitsumfanges ziemlich nahe gekommen sein dürften. Denn es wird gewiss nicht auf bloßem Zufall beruhen, dass bei den 10 größten Arbeitsnachweisen in Deutschland die Zahl der Vermittlungen in den drei letzten Jahren sich ungefähr auf der gleichen Höhe gehalten hat (1900: 206 845; 1901: 195 955; 1902: 202 422), also von einer stetig fortschreitenden Entwicklung sich nichts mehr merken lässt. Diese Tatsache aus der wirtschaftlichen Depression der drei letzten Jahre erklären zu wollen, dürfte kaum angehen, da die Krisis ja die drei Jahre hindurch in ungefähr gleicher

¹ Arbeitsmarkt VI, S. 391.

Weise aufgetreten ist, die Möglichkeit einer Verkehrserweiterung für das Jahr 1902 im Vergleich zu 1900 so gut vorhanden gewesen wäre, wie während dreier wirtschaftlich günstiger Jahre. Tatsächlich haben ja auch sowohl einzelne Arbeitsnachweise, wie die Gesamtheit aller öffentlichen Nachweise ihren Verkehr von 1900 bis 1902 um ein bedeutendes gesteigert. Wenn nun aber gerade die zehn größten Nachweise, und der allerbedeutendste, München, vorne dran keine Vermehrung ihrer Tätigkeit aufzuweisen haben, ja wenn München, das in der Beherrschung des örtlichen Arbeitsmarkts am weitesten vorangekommen ist, im Jahre der abnehmenden Krisis 1902 gegen die Vorjahre einen Rückgang in den Vermittlungen um rund 5000 zu verzeichnen hat, ob da wohl der Schluss, als lasse die Expansionskraft in ihrer Steigerungsfähigkeit nach, als allzuverwegen von vornherein abgewiesen werden darf?

Wenn dem nun wirklich so sein sollte, dass die Arbeitsnachweisbewegung im Süden und Westen Deutschlands sich ihrem Kulminationspunkt näherte, im Norden und Osten aber, bei der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, sich ihr vor der Hand keine neuen Aussichten eröffnen, so wäre es zum mindesten übereilt, von einer tatsächlichen Lösung des Arbeitsnachweis-Problems durch die Organisation des öffentlichen Nachweises, so wie sich diese heute darstellt, reden zu wollen.

So wenig ist diese Lösung bereits gegeben, dass mit Reformvorschlägen für eine erfolgreichere Organisation von zuständiger theoretischer und praktischer Seite noch immer nicht gespart wird. Es seien im folgenden die erwähnenswerteren unter diesen Vorschlägen kurz skizziert.

Man kann dieselben in drei Gruppen gliedern: 1. Reformen, die auf eine Organisation des Arbeitsnachweises auf gemeinnütziger oder genossenschaftlicher Grundlage abzielen; 2. Reformen auf staatsgesetzlicher Grundlage; 3. Reformen, die eine bewährte fremdländische Organisation des Arbeitsnachweises auf den deutschen Arbeitsmarkt zu übertragen suchen.

1. Schon Evert setzt sich in seinem Aufsatz: „Der Arbeitsnachweis“, aus dem Jahr 1888, mit der Frage des öffentlichen Arbeitsnachweises auseinander und kommt darüber zur Aufstellung und Empfehlung eines eigenen Systems.

Er möchte für Großstädte einer- und kleinere Städte, sowie das flache Land anderseits zwei verschiedene Organisationsarten. In Großstädten will er von der Zentralisierung des Arbeitsnachweises bei einer allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalt nichts wissen; vielmehr redet er der Verteilung der Hauptlast des Arbeitsnachweises auf die korporativen Verbände der Einzelgewerbe und sonstige besondere Veranstaltungen das Wort. Lediglich subsidiär als vermittelndes Glied zwischen jenen Einrichtungen und als Abzug für den Rest, der in die Einzelanstalten nicht hineingeht, würde Evert eine allgemeine Vereinsanstalt für wünschenswert erachten. Dieselbe würde mit den wichtigeren Spezialstellen dauernde Verbindung zu unterhalten haben.

Anders ist die Evert'sche Organisation für kleinere Städte und das Land gedacht. Für jene sei eine den gesamten örtlichen Arbeitsmarkt beherrschende Anstalt anzustreben, die am besten an vorhandene gemeinnützige Institute, wie Herbergen, Verpflegungsstationen, Armenanstalten anzugliedern wäre. Für die Organisation des Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Land sieht Evert kein Bedürfnis. Dagegen empfiehlt er den landwirtschaftlichen Vereinen, Fühlung mit den allgemeinen Nachweisbüros der Großstädte zu suchen, um die Rückschaffung und Unterbringung ländlicher Arbeiter, welche in der Stadt vergeblich Arbeit gesucht haben, in die Wege zu leiten.

Von seinem System, das die Behandlung der Arbeitsnachweisfrage auf korporativem Boden ermögliche, erwartet Evert, daß das Problem der Arbeitsvermittlung den Klassenkämpfen entzogen und in einer die Interessen beider Teile befriedigenden Weise gelöst werden könne¹.

In dem Evert'schen Organisationsvorschlag scheinen

¹ Evert, Schmollers Jahrbuch 1888: Der Arbeitsnachweis, S. 1128 ff.

zwei Punkte vor allem beachtenswert. Einmal die Notwendigkeit einer verschiedenen Organisation für Klein- und Großstädte. Sodann und insbesondere die Erkenntnis von der Undurchführbarkeit der Zentralisation des Arbeitsnachweises schlechthin bei einer allgemeinen Anstalt in den Großstädten. Evert will die beruflichen Arbeitsnachweise im Interesse einer zweckmässigen Arbeitsvermittlung erhalten, wenn auch unter Schaffung einer Wechselbeziehung zwischen ihnen und der allgemeinen Anstalt. Er hat damit das unleugbare Verdienst, zur Zeit, als von einer öffentlichen Organisation des Arbeitsnachweises noch nicht die Rede war, doch schon die Wege vorausgeschaut zu haben, auf welchen diese Organisation — wie die jüngste Erfahrung lehrt — sich entwickeln würde und allein auch könnte. Die schwache Seite an dem Evert'schen Plan ist die, dass derselbe noch nicht zu ahnen scheint, welche Bedeutung die Organisation des interlokalen Verkehrs für einen zweckmässigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hat.

v. Reitzenstein ist der überzeugte Vertreter einer Organisation des Arbeitsnachweises auf gemeinnütziger Grundlage. In Analogie zu der Regelung der Arbeitsvermittlung durch gemeinnützige Vereine, wie sie in Stuttgart das „Bureau in der Karlstraße“ und in Berlin der Zentralverein für Arbeitsnachweis vorgenommen hat, empfiehlt v. Reitzenstein in erster Linie Vereinstätigkeit mit Gebührenerhebung und, mangels einer solchen, das Eintreten der Gemeindeverwaltung. Von der allgemeinen Einrichtung solcher Bureaus erwartet er die Ermöglichung gegenseitigen Austausches, sowie die Gründung eines Zentralorgans, welches die gemeinsamen Angelegenheiten zu leiten, die Reformfrage zu studieren und in der örtlichen Organisation Anleitung zu gewähren hätte. Im Zusammenhang einer solchen Organisation würden selbständige berufsgenossenschaftliche Nachweise nur in der Weise zu dulden sein, dass dieselben mit den allgemeinen Nachweisbureaus in Wechselbeziehung zu treten hätten.

Für die Organisation des Arbeitsnachweises in kleineren Städten und auf dem Land empfiehlt, wie Evert, so auch v. Reitzenstein die Angliederung des Arbeitsnachweises an Naturalverpflegungsstationen und ähnliche Institute. Die tatsächliche Gestaltung denkt er sich mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der einzelnen Stationen so, dass in jedem Bezirk eine Hauptstation errichtet würde, welche ihrerseits Verbindung mit den grösseren Nachweisbureaus einerseits und den kleineren Stationen anderseits unterhielte¹. —

Wenn man absieht von der v. Reitzenstein'schen Betonung der Gemeinnützigkeit im Gegensatz zu der Kommunalisierung des Arbeitsnachweises — ein Moment übrigens, das an Bedeutung wesentlich verloren hat, seit auch die gemeinnützigen Vereins-Arbeitsnachweise in intime Beziehung zu den städtischen Verwaltungen getreten sind — wird es nicht verborgen bleiben können, wie sehr die v. Reitzenstein'schen Gedanken maßgebend auf die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in grösseren Städten eingewirkt haben, so wie dieselbe sich in der Gegenwart dartut. Nur die v. Reitzenstein'sche Vorliebe für einen Anschluss des Arbeitsnachweises in den kleineren Städten an Institute der Wohlfahrtspflege hat allgemeinen Anklang nicht gefunden, obgleich ihre praktische Durchführbarkeit in vereinzelten Fällen (Konstanz, Elberfeld) die Probe bestanden hat.

Auch Corvey im *Arbeiterfreund* (1897) tritt für das Eingreifen gemeinnütziger Organe in die Regelung der Arbeitsnachweissache ein. Er meint, die gemeinnützigen Vereine sollen zunächst durch Aufklärung die gegnerischen wirtschaftlichen Parteien zu Zugeständnissen willig machen. Sie sollen sodann unter städtischer und staatlicher Subvention als Entrepreneure von Arbeitsnachweisen auftreten, deren Verwaltung aber wenigstens teilweise den Arbeitgebern und -nehmern überlassen.

¹ Schriften der Zentralstelle für Arb.-Wohlfahrtseinrichtungen X, S. 10 ff.

Für den Aufbau der Arbeitsnachweis-Organisation auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage ist der Geheime Regierungsrat Dr. Zacher im Deutschen Wochenblatt Nr. 14, S. 892 eingetreten. Nach seinem Vorschlage wären den Innungen und Berufsgenossenschaften von Gesetzeswegen die Regelung der Arbeitsvermittlung innerhalb ihres Berufs als obligatorische Aufgabe zu übertragen. Dem naheliegenden Einwand, daß Berufsgenossenschaften bloße Unternehmer-Organisationen seien, wird durch den Zusatz vorgebeugt, daß Arbeiter in entsprechender Weise an der Organisation betätigt werden sollen. Die territoriale Gliederung würde bei den Berufsgenossenschaften durch Heranziehung von Sektionen und Vertrauensmännern, bei den Innungsverbänden mit Hilfe der örtlichen Innungen zu erreichen sein. Jedes Sektions- oder Innungsbureau hätte dann einen örtlichen Arbeitsnachweis einzurichten, Angebot und Nachfrage nach einheitlichem Schema einzutragen, die offenen Stellen nach bestimmter Ordnung zuzuweisen und periodisch eine ziffernmäßige Übersicht über alle geschäftlichen Vorgänge dem Zentralbureau der Berufsgenossenschaften oder des Innungsverbandes zuzufertigen.

Auf diesem Wege meint Zacher ohne nennenswerte Kosten einen genauen Überblick über den Arbeitsmarkt und damit die Möglichkeit zu gewinnen, durch praktische Verwertung der gewonnenen Statistik die vorhandenen Arbeitskräfte dem Bedarf entsprechend besser und schneller verteilen zu können. —

Für das Zacher'sche Projekt spräche zunächst alles, was einer beruflich organisierten Arbeitsvermittlung zur Empfehlung gereicht. Vor allem wäre hier die Frage der Gewinnung der Arbeitgeberschaft für einen immerhin mehr oder weniger paritätisch gedachten Arbeitsnachweis in einfachster Weise gelöst. Ungewiß bliebe nur die Stellungnahme der Arbeiter einer berufsgenossenschaftlichen Organisation gegenüber. Der Umstand allein, daß auch Arbeiter in entsprechender Weise an derselben betätigt werden sollen, würde wohl nicht genügen, jedes Misstrauen auf dieser Seite

zu unterdrücken. Besonders aber müfste dem Zacher'schen Entwurf als Schwäche angerechnet werden, dass er eine Berücksichtigung der ungelernten Arbeiter aufser acht lasse. Auch dem weiteren Bedenken, dass parallel einer berufsmässigen Zusammenfassung über grosse Territorien eine Zer-
splitterung des Arbeitsnachweises am einzelnen Ort gehen würde, ist in der Zacher'schen Organisation Rechnung nicht getragen.

Einen eigenen Weg zur Lösung des Arbeitsnachweisproblems schlägt Oldenberg in Schmollers Jahrbuch¹ ein, indem er von einer Reform der bei Schließung eines Arbeitsvertrags geltenden Übung in einfachster Weise eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung erwartet. Oldenbergs System ginge dahin, den individuellen Arbeitsvertrag durch einen Gruppenvertrag zu ersetzen, in dem der einzelne Arbeitgeber mit einer Arbeitergruppe kontrahiert, die gemeinsam ein Arbeitspensum übernimmt.

Den Vorteil dieser Organisation sieht Oldenberg darin, dass der einzelne Arbeiter, als Glied eines gröfseren Ganzen, nicht mehr der diskretionären Macht des Arbeitgebers wehrlos ausgeliefert wäre. Vor allem würde derselbe in arbeitsarmer Zeit gegen plötzliche Entlassung aus der Arbeit mehr als bisher gesichert sein. In der Tat, wo der Arbeitgeber bisher bei mangelnder Arbeit sich damit half, dass er einzelnen unter seinen Arbeitern kündigte, wäre ihm solches beim Gruppensystem nicht mehr möglich, und wird er jetzt den Ausweg wählen, dass er der Gruppe ein geringeres Arbeitspensum überträgt. Damit bleibt aber dann dem Einzelmitglied der Gruppe doch immer ein, wenn auch ein geringerer Verdienst erhalten. Will die Gruppe sich zu solcher Vereinbarung nicht hergeben, so kann sie auf die verringerte Arbeit verzichten und anderswo solche suchen, was ihr, als Gruppe, bei entsprechendem Renommee wieder

¹ A. a. O. 1896, S. 1393 ff.

leichter fallen dürfte als dem einzelnen Arbeitslosen, der allein auf sich selbst angewiesen dasteht.

Für die Arbeitgeber, meint Oldenberg, würde sich das Gruppensystem damit empfehlen, dass die Leute von vornherein miteinander eingearbeitet wären und ihre Leistungen gegenseitig kontrollieren würden. Auch wäre für den Arbeitgeber das Engagement vereinfacht. Wo ein einzelner Unternehmer keinen Bedarf für eine ganze Arbeitergruppe hätte, könnte er sich mit mehreren Berufsgenossen zusammentun und die eingestellten Arbeiter entsprechend verteilen.

Von einer Verwirklichung seiner Gedanken nimmt Oldenberg an, dass damit „die Regelung des Arbeitsnachweises technisch einfacher und sozial unwichtiger werden würde“. —

Zuzugeben ist, dass der Oldenberg'sche Vorschlag in Einzelfällen ausführbar ist, wie er tatsächlich schon ausgeführt worden ist und ausgeführt wird. In den östlichen Provinzen verhandeln die Grossgrundbesitzer vielfach mit gröfseren Arbeitertrupps als einem Ganzen, an dessen Spitze ein verantwortlicher Führer steht. Auch im Süden nehmen Unternehmer, besonders bei umfangreichen Erdarbeiten, ganze Gruppen von Arbeitern in Verpflichtung. Doch ist dabei nicht zu übersehen, dass diese Arbeitergruppen in der Regel ausländische Wanderarbeiter sind, die in der Fremde schon durch das Nationalitätsgefühl zusammengehalten werden. Ob dieser Zusammenhalt ohne weiteres auch bei den inländischen Arbeitergruppen auf längere Zeit hinaus zu erlangen sein würde, bleibt fraglich. Schliesslich aber — und das wird das wichtigste Bedenken sein, das der Oldenberg'sche Vorschlag wachrufen muss — ist die Zahl der Fälle, wo der Arbeitgeber nur einen oder zwei Arbeitnehmer benötigt, — man denke an die Dienstboten, die kleinen Handwerkerverhältnisse — so grofs, dass die Oldenberg'sche Gruppe sich doch gleich wieder ins einzelnste zersplittern müsste und damit nicht nur die ihr als Gruppe eignenden Vorzüge, sondern geradezu ihre Existenz einbüßen würde.

2. Von den bisher skizzierten Systemen grundsätzlich abweichend sind alle diejenigen, welche die öffentlichen Gewalten zu Trägern der Arbeitsvermittlung machen wollen.

In erster Linie ist hier das Dr. Möller'sche Projekt¹ zu erwähnen. Dr. Möller verlangt für alle gröfseren und mittleren — im ganzen für 200 — Städte, denen das jeweils benachbarte Land als Bezirk zuzuteilen wäre, die Errichtung von öffentlichen, aber innerlich selbständigen Arbeitsnachweisstellen. Wo eine Gemeinde trotz vorhandener Bedürfnisse die Errichtung eines öffentlichen Nachweises verweigern wollte, müfste sie von Regierungswegen dazu gezwungen werden können. Mit der Leitung der Anstalt soll ein von den verschiedenen Gewerben gewählter, aus selbständigen, vertrauenswürdigen Personen gebildeter Vorstand, an dessen Spitze ein Unparteiischer als Vorsitzender zu stellen wäre, beauftragt werden. In grofsen Städten müfste für jedes Fach ein Vorstandsmitglied vorhanden sein. Die eigentlichen Geschäfte würden von einem Bureauvorsteher, aus dem höheren Verwaltungsdienst entnommen, und von mehreren Unterbeamten, die der subalternen Laufbahn entstammen könnten, besorgt werden. Für jede Vermittlung hätten die Auftraggeber dem Arbeitsnachweis eine entsprechende Entschädigung zu bezahlen.

Mit dem Arbeitsnachweis wäre ein Auskunftsgebäude zu verbinden, das gegen besondere Gebühr über Fähigkeiten, Charakter, Ansprüche usw. der Arbeiter, bzw. der Arbeitgeber Aufschluss zu erteilen hätte. Nur die politische oder soziale Parteistellung einer Person sollte von solcher Informationserteilung ausgenommen bleiben. Dr. Möller erhofft, dank der genannten Einrichtung, die Zuverlässigkeit und damit die Leistungsfähigkeit des Arbeitsnachweises aufs möglichste zu steigern. — In Wirklichkeit dürfte die Möller'sche Auskunftei eher abschreckend als anziehend auf die Interessenten wirken. Denn derartige von einer Behörde, unter Siegel und Unterschrift ausgestellte Bescheide würden

¹ Schmollers Jahrbuch 1894.

als die wildeste Polizeiwillkür empfunden werden und tatsächlich auch ganze Reihen von Existenzien unverdientermaßen wirtschaftlich zugrunde richten¹.

Die Lebensfähigkeit seiner Organisation will Dr. Möller durch Zuhilfenahme gesetzlichen Zwanges sicherstellen, in der Weise nämlich, dass jeder Arbeitgeber, unter Androhung bestimmter, mit jedem Wiederholungsfall sich steigernder Strafen die bei ihm eintretenden Vakanzen, wie auch die erfolgten Stellenbesetzungen beim Arbeitsnachweis anzumelden habe. Obwohl weder Arbeitgeber noch -nehmer zur Benutzung des Arbeitsnachweises gezwungen wären, würden die Möller-schen Anstalten doch bald infolge ihres schnellen und sicheren Arbeitens den Arbeitsmarkt völlig beherrschen.

Dem Dr. Möller'schen staatlichen Zwang gegenüber erwidert Hirschberg in seinen „Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit“, dass derselbe ganz „undurchführbar“ sei. Der Staat könne die Arbeitsvermittlung nur erleichtern. Alles übrige aber müsse dem guten Willen der Beteiligten anheimgestellt bleiben. Wo dieser fehle, würde selbst ein Meldezwang bei Arbeitern wie Arbeitgebern gleich nutzlos sein². Ähnlich spricht sich auch Corvey im Arbeiterfreund aus.

Die eigentliche Geschäftsabwicklung denkt sich Dr. Möller so, dass die Lokal-Arbeitsnachweise versuchen, an Ort und Stelle Angebot und Nachfrage auszugleichen; auch könnten benachbarte Arbeitsnachweise miteinander in Verkehr treten. Für die lokal nicht zu erledigenden Gesuche stellt jede Nachweisanstalt alle acht Tage ein Verzeichnis auf und schickt dasselbe an die Reichs-Zentralstelle. Diese verarbeitet die verschiedenen Einzelberichte zu einem Gesamtbericht, der in einer eigenen Zeitung zur Veröffentlichung kommt, an sämtliche Arbeitsnachweise in Deutschland versandt wird und überall für 5 Pfg. käuflich zu haben ist. Auf Grund dieser Reichsliste wird sich dann der wünschenswerte Aus-

¹ Schmölder, Der Arbeitsmarkt; Preuss. Jahrb. 1896, S. 1166.

² A. a. O., S. 21.

gleich zwischen Angebot und Nachfrage in glattester Weise bewerkstelligen lassen.

Dr. Möller gibt selber zu, dass die Ausführung dieser von ihm empfohlenen Organisation einen erheblichen Aufwand von Bureauarbeit erfordere. Aber die nach seiner Ansicht erreichbaren Resultate werden auch derartig erhebliche sein, dass im Vergleich dazu die benötigten Opfer gering anzuschlagen seien. Corvey freilich schätzt die auf die Möller'sche Art zu erzielenden Erfolge viel bescheidener ein. Er meint, wer glaubt, es genüge, die offenen Stellen in eine Liste zu sammeln und den Arbeitslosen einfach die Adressen zu geben, der hat von dem Wesen einer wirklich berechtigten Ansprüchen genügenden Arbeitsvermittlung eine plumpe Vorstellung. Und Oldenberg verlangt von einem Arbeitsnachweis, dass er mehr sei als eine mechanische Vermittlerstelle. Dies zugegeben, bleibt für Dr. Möller doch das Verdienst, dass er die grosse Bedeutung einer interlokalen Organisation des Arbeitsnachweises für eine erfolgreiche Regelung der Nachweisfrage frühzeitig (1894) erkannt und ihr in seinem System Rechnung zu tragen versucht hat.

Dem Möller'schen Projekt in dessen Grundzügen verwandt ist das System, das Prof. Adler zum Vater hat. Adler auch ist für eine nötigenfalls zwangswise einzuführende Organisation des Arbeitsnachweises durch die öffentlichen Verwaltungsorgane und für die teilweise Aufbringung der nötigen Kosten durch Erhebung geringer Gebühren¹. Ebenso ist Dr. Jastrows Buch: Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft zum Teil auch darauf hin angelegt, die Organisation des Arbeitsnachweises zu einem Zweig der staatlichen Verwaltung als unvermeidlich darzutun.

3. Eine dritte Gruppe von Arbeitsnachweis-Reformen lässt sich von dem Bestreben leiten, eine bewährte fremd-

¹ Adler, Aufgaben des Staates angesichts der Arbeitslosigkeit, S. 30 ff.

ländische Organisation des Arbeitsnachweises auf den deutschen Arbeitsmarkt zu übertragen. Sie hat mit der zweiten, vorstehend gekennzeichneten Gruppe wesentliche Ähnlichkeit darin, daß auch sie sich an die öffentliche Verwaltung zur Durchführung ihrer Vorschläge wendet.

Es ist das Luxemburger System, das hier als Muster in Betracht kommt und das Schmölder in einem 1896 in den „Preußischen Jahrbüchern“ unter dem Titel: „Der Arbeitsmarkt“ erschienenen, von v. Reitzenstein als „geistvoll und beachtenswert“ bezeichneten Aufsatz deutschen Verhältnissen anzupassen sucht.

Schmölder geht davon aus, daß der Arbeitsmarkt auf einen Mittelpunkt zu beschränken sei, auf welchem sämtliche Arbeitgeber und -nehmer einander mit größter Leichtigkeit finden können. Die Verwaltung des Arbeitsmarkts soll der kais. Post- und Telegraphenbehörde unterordnet sein, als demjenigen Faktor, welcher von Amtswegen eine Verbindung auch zwischen den kleinsten Teilen des ganzen Reichs untereinander herzustellen hat — eine Verbindung, wie sie gerade für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung Voraussetzung ist.

Die Vermittlung soll auf Grund lokaler und allgemeiner, das ganze Reich umspannender Arbeitslisten vor sich gehen. Die lokalen Listen umfassen sämtliche Zweige des Erwerbslebens. Die allgemeinen Listen sind nach Berufszweigen zu spezialisieren. Sämtliche Listen führen zwei Abteilungen, je eine für die Arbeitgeber- und eine für die Arbeitnehmer gesuche. Die Eintragung in die Listen erfolgt auf Grund mündlicher, vorzüglich aber schriftlicher Anmeldungen, wofür Postkartenformulare bei jedem Postamt kostenlos zu haben sind. Ein eingetragenes Gesuch verfällt nach 14 Tagen. Am Schluss jeden Tages werden die ergänzten, bezw. berichtigten örtlichen Listen zum Aushang gebracht. — Für den interlokalen Verkehr wird in Berlin eine Zentralstelle errichtet. Derselben steht eine dreifache Aufgabe zu. Erstens hat sie die den Arbeitsmarkt betreffenden Instruktionen zu erlassen; sodann verwaltet sie die allgemeinen

Listen; endlich hat sie halbmonatlich sämtliche Arbeitslisten zu einer Übersicht über die Gesamtlage des Arbeitsmarktes zu verarbeiten und zu veröffentlichen. Aus dieser Übersicht kann sich jeder Interessent einen Einblick in die Lage des Arbeitsmarkts in anderweitigen Bezirken verschaffen und gegebenenfalls sich mit seinem Gesuche dorthin wenden.

Endlich geben jene Zentralberichte Staat und Gemeinden rechtzeitig Weisung über die bei eintretenden gröfseren Geschäftsstockungen erforderlichen Hilfsaktionen.

Die räumlichen Schwierigkeiten, welche sich einem Austausch der Arbeitskräfte auf weite Entfernungen hin entgegenstellen, will Schmölder so überwinden, dafs, auf diesbezügliche Bescheinigung der heimatlichen Postanstalt, Unbemittelten von Berlin aus eine Fahrpreisermäßigung, erforderlichenfalls auch von der Gemeindebehörde ein Umgangsvorschuss gewährt wird.

Die Kosten, welche die Schmölder'sche Organisation erheischen würde, kämen nach Schmölder kaum in Betracht und würden sich durch den vermehrten Postkartenverkehr mehr als bezahlt machen. —

An dem Schmölder'schen Projekt dürfte der Umstand vor allem zur Kritik Anlafs geben, dafs hier ohne weiteres eine Organisation, die sich in einem engbegrenzten Gebiet mit fast durchgängig einfachen Erwerbsverhältnissen, wie Luxemburg, bewährt haben mag, auf ein Reich von 56000000 Einwohnern übertragen wird. Die Listenverwaltung, die, bei der etwas über 200000 Seelen betragenden Luxemburger Bevölkerung, von den 50—60 dortigen Postanstalten bequem übernommen und durchgeführt werden kann, würde, wie v. Reitzenstein ausführt, eine solche Unmasse von Arbeit erfordern, dafs zur Bewältigung derselben am Ende doch eine besondere, wenn auch an die Reichspost anzugliedernde Verwaltung nötig würde — also gerade das, was Schmölder vermeiden wollte.

Aber auch aus inneren Gründen dürfte die Schmölder'sche Methode unausführbar sein. Besonders der interlokale Verkehr, auf Grund einer aus den Meldungen des ganzen

Reiches erwachsenden ungeheueren Liste, würde sich so unzuverlässig und schwerfällig gestalten, daß er den Zwecken, die Schmölder verfolgt, nicht entspräche.

Nach v. Reitzenstein ließe sich das Schmölder'sche System praktisch einzige in solchen Bezirken verwerten, die bei der Einfachheit der dort herrschenden Verhältnisse auf anderweitige befriedigende Organisation des Arbeitsnachweises wenig Aussicht hätten. Voraussetzung hiefür wäre aber, daß eine derartige mit der Post verbundene Einrichtung sich in den Gesamtaufbau der Organisation des Arbeitsnachweises einfügen ließe¹.

Gerade dieser v. Reitzenstein'schen Anregung hat der ehemalige Arbeitsnachweis - Verwalter von Ludwigsburg, Schneider, in einem von ihm veröffentlichten Organisationsentwurf Folge zu geben versucht. Schneider behält die bestehenden kommunalen Arbeitsämter bei. In allen Orten aber, wo die Errichtung solcher nicht in Frage kommen kann, sollen die Postanstalten dem Arbeitsnachweis dienstbar gemacht werden. So nämlich, daß bei denselben Formulare zur allgemeinen Benützung aufzulegen seien. Diese Formulare müssen unentgeltlich zur Verfügung stehen und portofrei an die nächste Arbeitsnachweisstelle befördert werden. Die Post wäre außerdem verpflichtet, in dringenden Fällen Anträge telegraphisch zu vermitteln oder eine unentgeltliche telephonische Verbindung mit dem gewünschten Arbeitsnachweis herbeizuführen.

Die in den Warteräumen der Postanstalten vorhandenen Vakanzenlisten der Arbeitsnachweis-Anstalten sollten dem interessierten Publikum die Möglichkeit persönlicher Information über den Stand des Arbeitsmarkts geben. „Auf diese Weise“, meint Schneider, „wäre die Arbeitsvermittlung über das ganze Land verbreitet“.

Die Krone der gesammten Organisation des Arbeitsnachweises würde ein von der Regierung zu schaffendes

¹ v. Reitzenstein, Der Arb.-Nachw., S. 359.

Arbeitsamt bilden, dem die Pflege der Arbeiterstatistik, die Beobachtung über die Arbeiterverhältnisse in ethischer, materieller und geistiger Beziehung zukämen und welches außerdem die Geschäfte einer Landeszentrale zu besorgen hätte. An dieses Arbeitsamt hätten sämtliche Arbeitsnachweise des Landes, sowohl die kommunalen, wie die fachgenossenschaftlichen, auch die gewerbsmäßigen allmonatlich ihre Bücher einzusenden, die von allen Nachweisen gleichmäßig nach einem vorgeschriebenen Muster zu halten wären. Auf Grund dieser monatlichen Angaben würde das Arbeitsamt die Statistik führen. Vervollständigt aber würde das statistische Material durch die monatlichen Anzeigen der Einwohnermeldeämter, die dem Arbeitsamt Aufschluß über die Zahl der bei ihnen zur Einschreibung gelangten Arbeiter zu geben hätten. „Auf diese Weise würden auch die Arbeitsverträge bekannt, die nicht durch einen Arbeitsnachweis, sondern durch Umschauen, Inserieren, Umfrage der Arbeiter unter sich u.s.w. zu stande gekommen sein würden.“

Schneider meint, dass „eine derartige Statistik Anspruch auf Vollständigkeit erheben und von ungeheuerem Wert sein dürfte“¹. —

Man sieht nichts, was prinzipiell der Ausführung des Schneider'schen Projekts im Wege stünde. Es hätte dasselbe das Verdienst, an die bereits vorhandene Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises angeknüpft zu haben und auf der Basis des Bestehenden weiter fortbauen zu wollen. Ob sich das Schneider'sche System praktisch bewähren und die Erwartung seines Urhebers: „dem Arbeitsnachweis gangbare Wege gewiesen zu haben“, bestätigen würde, das liegt auf einem andern Blatt, das erst auf Grund derzeit noch ausstehender Erfahrungen beschrieben werden könnte.

Schluszbetrachtung.

Am Schluss der im 2. Buch dieser Arbeit geführten Untersuchungen dürfte die Frage ihre Berechtigung haben:

¹ Schneider, Der Ausbau der Arb.-Vermittlung usw., S. 33 ff.

Welcher Form der Organisation des Arbeitsnachweises wird wohl die Zukunft gehören, und nach welcher Richtung hin wird eine Weiterfortbildung derselben — denn als vollkommen wird noch keine bezeichnet werden können — möglich sein?

Die Beantwortung dieser Fragen wird sich vor allem vor dem Fehler hüten müssen, an dem die Mehrzahl der vorstehend skizzierten Organisations- und Reformpläne leiden. In der Tat wird es sich nicht darum handeln, etwa zu den bereits bekannten praktischen oder theoretischen Organisationsversuchen ein weiteres Original-System hinzuzuentdecken. Möchte solches vielleicht interessant sein, so wäre es sicherlich praktisch wertlos. Das Problem der Organisation der Arbeitsvermittlung wird vielmehr allein auf die Weise der Lösung in etwas näher gebracht werden können, dass auf dem Untergrund irgend einer tatsächlich vorhandenen und dazu brauchbarsten Organisationsform fortgebaut wird, womöglich unter Verwendung desjenigen Materials aus andern Formen, das sich in der Praxis als benutzbar erwiesen hätte.

Da mag nun jemand von dem Eingreifen der öffentlichen Gewalten in die Regelung der Arbeitsvermittlung denken, wie er will, dasselbe bedauern als einen Schritt weiter in der Verstaatlichung des gesamten Gesellschaftslebens, als eine Schädigung der Selbständigkeit des Unternehmers in seinem Betrieb, als eine Vorwegnahme einer der wichtigsten im Interesse der Organisation der Arbeiterschaft zu pflegenden Aufgaben, — ungeschehen wird sich jenes Eingreifen nicht mehr machen lassen, der Einfluss der öffentlichen Verwaltungsorgane auf das Zustandekommen des Arbeitsvertrags sich nicht mehr hindern, der Arbeitsnachweis und dessen Organisation sich nicht mehr der städtischen und staatlichen Fürsorge entziehen lassen. — Die Tatsache bleibt bestehen: Kommune und Staat haben — hier mehr, dort weniger, im grossen und ganzen aber in sachgemässer und energischer Weise — die Regelung des Arbeitsnachweises durch Errichtung öffentlicher Nachweisanstalten in die Hand genommen; sie gehen, wie in jüngster Zeit die

Übertragung der Arbeitsmarktberichterstattung an ein amtliches Organ, das kaiserliche statistische Amt, beweist, auf dem eingeschlagenen Weg zielbewußt weiter. So wird das einzige Ersprielsliche darin bestehen, der fortschreitenden Bewegung zugunsten öffentlichen Nachweises Bahnen zu bereiten, auf welchen, unter Vermeidung etwaiger bisher betretener Abwege, einer idealen Organisation der Arbeitsvermittlung am nächsten zu kommen sein wird.

Nun will es bedünken, als ob, in Verfolgung einer zweckentsprechenden Organisation des Arbeitsnachweises, der Vermittlung von gelernten und ungelernten Arbeitern grundsätzlich eine verschiedene Behandlung zuteil werden sollte. Während die Unterbringung der ungelernten Arbeiter in Arbeit nämlich — vorausgesetzt, daß es an Arbeitsgelegenheiten nicht fehlt — besondere Schwierigkeiten nicht bietet, bezw. die Auswahl der für solche Arbeit geeigneten Personen an die Fähigkeiten des vermittelnden Organs keine besonderen Ansprüche stellt, ist dies bei den gelernten Arbeitern nicht also. Um hier den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, bedarf es auf seiten des Vermittlers einer ganz bedeutenden Ausrüstung an technischen Kenntnissen, an Vertrautheit mit den in Betracht kommenden Betrieben, an Takt und Urteilsfähigkeit, die ohne besondere Vorbildung kaum zu haben sein dürfte.

So möchte sich der kommunale-staatliche Arbeitsnachweis zunächst und vorzugsweise für die Vermittlung der ungelernten Arbeiterschaft eignen. Es kommt gleich noch hinzu, daß die ungelernten Arbeiter, und zu denselben darf man wohl die landwirtschaftlichen rechnen, ohne jede organische Verbindung und gemeinsame Interessenvertretung wie sie sind, für die Auffindung von Arbeitsgelegenheiten auf Umschau und gewerbsmäßiges Agententum, also just auf die unzweckmäßigen Wege, angewiesen sind. Da hat es denn geradezu die Bedeutung einer Wohltat für die Betreffenden, wenn Gemeinde und Staat, in Erkeuntnis ihrer Verpflichtungen der Gemeinsamkeit gegenüber, sich um die Organisation des Arbeitsnachweises für diejenigen Arbeitnehmer

kreise bemühen, die von sich aus zu solcher Organisation nie kommen würden. Die Gründung von öffentlichen Arbeitsnachweisen in allen Orten, an denen erfahrungsgemäß gröfsere Mengen ungelernter Arbeiter den Arbeitsmarkt füllen, ist eine Notwendigkeit. Die Aufgabe, die damit den Kommunen und dem Staat zufällt, ist eine um so bedeutsamere, als die ungelernten Arbeiter einen überwiegenden Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands ausmachen und, infolge des Niedergangs des Kleinhandwerks und der Überhandnahme der Grossindustrie, an Zahl stetig zunehmen.

Tatsächlich hat sich die Art und Weise, wie die öffentlichen Arbeitsnachweis-Anstalten in den gröfseren Städten die Vermittlung für die ungelernten Arbeiter bereits organisiert haben und betreiben, bewährt, was schon die eifrige Benützung derselben durch die Interessenten zur Genüge bestätigt.

Eine eigene Organisation des Arbeitsnachweises für Ungelernte in kleinen Orten und auf dem Land wäre an sich kaum von Nöten, da offene Arbeitsgelegenheiten und freie Arbeitskräfte an solchen Orten erfahrungsgemäß einander ohne Dazwischentreten einer Vermittlungsinstanz finden. Lediglich um des Ausgleichs von Ort zu Ort willen, besonders von der Stadt nach dem Land, ist eine interlokale Organisation auch für ungelernte Arbeiter nicht zu entbehren. Nur möchte es dazu keiner kostspieligen Einrichtungen bedürfen. Ganz wohl könnte der Arbeitsnachweis mit etwa vorhandenen Naturalverpflegungsstationen, Armenverwaltungen, Polizei- oder Gemeindeschreiberbüros in Verbindung gesetzt werden und besonders die in den Städten überschüssigen Arbeitskräfte den auswärtigen Arbeitgebern durch Listenaushang bekannt gemacht werden. — Um so eher dürfte vorstehender Modus sich zur Einführung eignen, als bei den ungelernten Tagelöhnern und Gelegenheitsarbeitern das Selbstgefühl nicht, wie etwa bei den gelernten Arbeitern, so entwickelt sein wird, daß sie an einer Vereinigung des Arbeitsnachweises mit einer Institution für Wohlfahrtspflege Anstoß nehmen werden. —

Wie aber nun soll es mit den gelernten Arbeitern und den korrespondierenden Arbeitgebern gehalten werden?

Dass hier ein beruflich organisierter Arbeitsnachweis, vorausgesetzt, dass er unparteiisch gehandhabt wird, infolge der gröfseren Sachkenntnis auf seiten seines Verwalters sowohl, als infolge des Interesses, den das ganze betr. Gewerbe an einem tadellosen Funktionieren seines Nachweises hat, einer öffentlichen Vermittlungsstelle mindestens gleichwertig, wohl gar überlegen sein dürfte, möchte nicht leicht zu bestreiten sein. Wenn nun dazu kommt, dass noch lange nicht alle Arbeiter, noch weniger aber alle Arbeitgeber ihre Abneigung gegen eine Übertragung der Arbeitsvermittlung an öffentliche Gewalten überwunden haben, sondern, wo überall lebensfähige einseitige Arbeiter- bzw. Arbeitgeber- oder auch gemeinschaftliche berufliche Arbeitsnachweise existieren, dieselben, trotz des Vorhandenseins kommunaler Anstalten, weiter betrieben werden, so muss es als ein für die Weiterentwicklung der Organisation des Arbeitsnachweises fruchtbarer Gedanke bezeichnet werden, wenn von den gröfsten städtischen Arbeitsnachweisen der Versuch gemacht wird, die beruflichen Arbeitsnachweise als solche bestehen zu lassen, ihnen aber den paritätischen Charakter zu verschaffen und sie dem allgemeinen Arbeitsnachweis anzugliedern. Dahinaus dürfte in der Tat die Zukunft des Arbeitsnachweises liegen.

Es müfste versucht werden, für jedes bedeutendere Gewerbe an einem Ort die Arbeitsvermittlung bei einem beruflichen, einem paritätischen Facharbeitsnachweis mit einem Unbeteiligten an der Spitze seiner Verwaltungskommission zu zentralisieren. Wo an einem Ort ein einzelnes Gewerbe zu schwach vertreten wäre, könnten sich mehrere verwandte Gewerbe zusammentun. Die eigentlichen Vermittlungs geschäfte wären von einem Berufsgenossen zu betreiben. Der nächst weitere Schritt wäre dann der, dass, etwa wie im Buchdruckergewerbe, die einzelnen örtlichen Nachweise derselben Branche direkt unter sich und mit einer als Gesamtzentrale

fungierenden Stelle in Wechselbeziehung träten. Die genannte Zentrale würde etwa an dem Orte in Deutschland zu errichten sein, an welchem das betr. Gewerbe in besonderer Weise vertreten sein, oder der aus irgend einem sonstigen Grund sich zum Vorort eignen würde. Bei der gewerkschaftlichen Organisation des Arbeitsnachweises findet man bereits dieses System in Kraft.

Der grosse Vorteil einer Organisation, wie der eben skizzierten, würde sich schon darin zeigen, dass sich, ganz anders als beim allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweis, dem ungemessenen Eindringen in einen Beruf von allerhand ungeeigneten Elementen von auswärts her vorbeugen lassen würde. Auch Lohn- und andere Fragen, die im Stadium ungeregelter Arbeitsmarktverhältnisse oft zu wirtschaftlichen Kämpfen führen, würden sich unter der Herrschaft einer für das ganze Gewerbe zentralisierten Arbeitsvermittlung leichter in friedlicher Weise zum Austrag bringen lassen. Endlich und vor allem würde eine derartige berufliche Organisation des Arbeitsnachweises für eine allzeit genaue Kenntnis der tatsächlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt, sowie etwaiger heranrückender Krisen geradezu unschätzbare Dienste leisten. — Wie für den lokalen, so würde der beruflich zentralisierte Arbeitsnachweis auch für den interlokalen Ausgleich von Angebot und Nachfrage die geeignetste Form sein und dieser Ausgleich sich ebenso glatt wie zweckgemäß vollziehen.

Doch wäre mit solcher Organisation noch nicht alles getan. Sie müfste nun im weiteren an den örtlich-allgemeinen Nachweis organisch angegliedert werden; so allein würden beide Organisationsformen ihr Höchstes leisten. Dieser Anschluss des beruflichen an den allgemeinen kommunalen Nachweis wäre schon aus pekuniären Rücksichten unerlässlich. Erst mit der unentgeltlichen Gewährung der nötigen Lokale durch die Gemeindeverwaltung, mit Übernahme der Betriebsunkosten auf Rechnung der städtischen- bzw. der Staatskasse wird ein paritätischer Facharbeitsnachweis für sich zu der nötigen Existenzsicherheit und, den Interessenten gegenüber, zu der nötigen Autorität kommen. — Vor allem

aber hat das Hinübergehen von einem Beruf in den andern — eine Möglichkeit, die einem beruflichen Arbeitsnachweis, der abseits von jedem Zusammenhang mit andern steht, fehlt und dessen Schwäche ausmacht — eine Konzentration des gesamten Arbeitsmarkts an einem Mittelpunkt, wenn auch in der loseren, vorstehend gezeichneten Form, zur Voraussetzung. —

Liegt so eine Verbindung der paritätischen Facharbeitsnachweise mit dem allgemeinen öffentlichen im Interesse des örtlichen Ausgleichs, so tritt dies Interesse noch mehr zu Tag, wo es sich um den interlokalen Verkehr handelt. Woran krankt doch z. B. der gewerkschaftlich organisierte Arbeitsnachweis? Gerade daran, daß ein interlokalen Verkehr im größeren Stil aus Mangel an den nötigen Geldmitteln nicht recht in Gang kommen will. Ist der paritätische Facharbeitsnachweis aber dem kommunalen geschlossen, so werden ihm damit auch alle die Vergünstigungen zuteil, die der Staat den öffentlichen Nachweisanstalten zugebilligt hat. Die Ermäßigung der Eisenbahnfahrtpreise um 50% wird den arbeitslosen Berufsgenossen den Antritt auch einer weitentlegenen Stelle ermöglichen; für eine Beschleunigung und damit Verbesserung des Vermittlungsverfahrens überhaupt aber wird das kostenfrei zur Verfügung gestellte Telephon von nicht hoch genug anzuschlagender Bedeutung sein.

Bleibt immer aber noch eine Frage, die über die ganze Zukunft des öffentlichen Arbeitsnachweises entscheiden wird, mag derselbe nun so oder so organisiert sein. Und diese Frage ist die: Wenn aber die Arbeiter und noch mehr die Arbeitgeber sich für einen paritätisch-öffentlichen oder auch für einen paritätischen Facharbeitsnachweis der vorstehend geschilderten Art nicht gewinnen lassen, was dann? — Dann hätte man mit viel Mühe und Kosten ein geräumiges Haus gebaut; aber die es bewohnen sollten, weigern sich, es zu beziehen.

Nun liest man ja in Abhandlungen und Jahresberichten und hört in Versammlungen den gleichen Trost: die unpar-

teiische und zweckmässige Geschäftsführung des öffentlichen Arbeitsnachweises werde diesem bei den noch ferne Gebliebenen soviel Vertrauen erwerben, daß diese freiwillig zu ihm kommen werden. Indessen wird solchem Optimismus jeder skeptisch gegenüberstehen, der aus der praktischen Lebenserfahrung heraus weiß, wie wenig man sich da, wo persönliches Interesse und Parteirücksichten im Spiele sind — und das ist bei den dem öffentlichen Arbeitsnachweis feindlich gesinnten Arbeitnehmern und -gebern in hohem Maß der Fall — auf eine vorurteilslose Betrachtung der Dinge Hoffnung machen darf. Es ist darum ein Satz von allgemeiner Tragweite, den der Vertreter der öffentlichen Nachweissache in Hamburg, Dr. Naumann, gelegentlich des zweiten Verbandstages deutscher Arbeitsnachweise ausgesprochen hat: „ich glaube nicht, daß die grossen Genossenschaften, die sich jetzt immer fester organisieren, sich freiwillig uns nähern werden.“

Die Rettung aus der Not — es konnte das gar nicht ausbleiben, sobald erst Kommune und Staat ihre Hand zur Einrichtung des öffentlichen Arbeitsnachweises geboten hatten — erhofft man von einem gesetzlichen Eingreifen des Staates.

Zweierlei Richtungen lassen sich unter den Anhängern „gesetzlichen Zwangs“ unterscheiden. Eine gemässigtere würde sich damit begnügen, daß der Regierung die gesetzliche Handhabe gegeben würde, für solche Gemeinden, die trotz vorhandenen Bedürfnisses die Einrichtung eines öffentlichen Nachweises verweigerten, diese Einrichtung obligatorisch zu machen. Das ist schon die Bedeutung des, jetzt vom Reichstag abgelehnten, Antrags Roesicke-Pachnicke gewesen. Ähnliche Forderungen stellt ein Gutachten über Errichtung von Arbeitsnachweisen, das, nach der „Sozialen Praxis“, 1900, p. 291, von 31 Beisitzern des Ausschusses des Berliner Gewerbege richts abgegeben worden ist.

Ein Aufsatz in der gewerkschaftlichen Zeitschrift „Glück auf“, Jahrgang 1901, erklärt es für die Entwicklung des Arbeitsnachweises als notwendig, daß die Reichsgesetzgebung

eingreife und damit die Bildung eines Netzes von örtlichen Arbeitsämtern in möglichst vielen Städten ermöglicht werde¹. Aber so nicht nur Gewerkschaftler und Sozialdemokraten. Auch aus der Mitte der bürgerlichen Kreise werden dieselben Wünsche laut. Auf der dritten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise spricht sich der Vertreter des Verbands württembergischer Arbeitsämter dahin aus, dass „erwägenswert sei ein Zwang zur Einrichtung öffentlicher Arbeitsämter für grössere Städte, wie ein solcher Zwang für die Errichtung von Gewerbegerichten bestehe“², und gelegentlich des württembergischen Verwaltungstags von 1902 gibt dieselbe Persönlichkeit der Zuversicht Ausdruck, dass „wir, wenn auch noch nicht in ganz kurzer Zeit, den obligatorischen Zentralarbeitsnachweis haben würden“³.

Eine radikalere Anschauung gibt sich mit der zwangsweisen Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen nicht zufrieden. Sie erkennt mit Recht, dass damit die Frage, um die es sich handelt, kaum berührt wird. Die Lebensfähigkeit des öffentlichen Nachweises steht und fällt mit der Benutzung desselben durch die Interessenten. In richtiger Würdigung dieser Alternative wird von Vorkämpfern des öffentlichen Arbeitsnachweises verlangt, dass durch eine gesetzliche Verpflichtung Arbeitgeber und -nehmer zur Benutzung der öffentlichen Nachweistellen gezwungen würden.

Schon gelegentlich des Frankfurter sozialen Kongresses stellt es der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften als unvermeidlich hin, „durch gesetzliche Massnahmen die ganze Arbeitsvermittlung auf die von den Städten eingerichteten Arbeitsvermittlungsbureaus zu konzentrieren“. — Auf dem Brandenburger Städtetag von 1895 kommt die These zur Verhandlung, dass „die Benutzung des Gemeinde-Arbeitsnachweises müsse obligatorisch sein“. — Auf der 2. Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise

¹ Schneider, Der Ausbau usw., S. 34.

² Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise IV, S. 43.

³ Protokoll der Verhandlungen usw. 1902, S. 6.

empfiehlt Dr. Naumann-Hamburg als für den angestrebten Zweck genügend, „dass ein Aufsichtsrecht der Staats- oder Gemeindebehörde über sämtliche in ihrem Bezirk befindliche Arbeitsnachweise geschaffen werde, die gemeinnützigen sowohl, wie auch diejenigen der Arbeitgeber und -nehmer, vielleicht sogar auch die gewerbsmässigen. Jeder Nachweis müfste bei der Aufsichtsbehörde angemeldet werden und verpflichtet sein, seine Statistik nach gewissen, von ihr vorzuschreibenden Grundsätzen einzurichten und ihr zu gewissen Terminen — monatlich oder wöchentlich — einzureichen. Die Aufsichtsbehörde erhielte so das Material, an dem sie eine Übersicht über die Lage des Arbeitsmarkts sowohl selbst gewinnen, als auch bekannt geben könnte, und damit wäre ein wichtiger Schritt getan“¹.

Hochbedeutsam endlich ist die Stellungnahme der berufensten Vertreter der öffentlichen Arbeitsnachweissache in der vorliegenden Frage. Nachdem gelegentlich der 3. Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise von verschiedenen Seiten darauf hingedeutet worden war, dass bei der Regelung von Angebot und Nachfrage auch dahin zu streben sei, dass den Arbeitsvermittlungsstellen von den Unternehmern mehr Beachtung geschenkt würde, dies aber wohl nur auf Zwangswegen zu erreichen sei², hat der „Vater der Arbeitsnachweisbewegung“, Dr. Freund-Berlin, seiner auf langjährigen Erfahrungen beruhenden Überzeugung in den Worten Ausdruck gegeben: dass es zu einem gut organisierten Arbeitsnachweis in Deutschland komme, dazu „müsste an die Stelle der Freiwilligkeit ein gewisser Zwang treten, indem den Gemeinden gesetzlich die Möglichkeit gegeben wird, unter gewissen Kautelen eine Zwangsorganisation für den Arbeitsnachweis einzuführen“³.

Bedenkt man, dass diese Worte aus dem Munde des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise er-

¹ Schriften d. Verbandes deutscher Arb.-Nachw. III, S. 178.

² Ebenda IV, S. 81.

³ Ebenda IV, S. 148.

gangen sind, bedenkt man weiter, dass sie in offizieller Verbandstagung als das Resumee eines Vortrags über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis“ in die weiteste Öffentlichkeit hinausgesprochen worden sind — so nehmen dieselben damit eine programmatische Bedeutung an. Die Bewegung zugunsten öffentlicher Arbeitsnachweise gibt vor aller Welt ihr Unvermögen zu, aus eigener Kraft, auf dem Boden freien Wettbewerbs das Arbeitsnachweisproblem zu lösen und muss zu ihrer Hilfe die Zwangsgewalt des Staates herbeirufen. — Die theoretische Rechtfertigung für dieses Verfahren hat der Frankfurter Stadtrat Flesch, ein anderer hervorragender Führer in Sachen des öffentlichen Arbeitsnachweises, bereits auf der 2. Verbandsversammlung in der Erwägung gefunden: „allgemein aufgestellte Forderungen sind nur durch allgemein gültige Maßregeln zu befriedigen, und der Weg, der zu solchen führt, ist nun einmal das Gesetz“¹. —

Immerhin fehlt es auch nicht ganz an Einwendungen, die gegen die geforderte Regelung der Arbeitsnachweisfrage durch Gesetz und Regierung vorgebracht werden. Für einen „Schlag ins Wasser“ erklärt eine solche der Vertreter des öffentlichen Nachweises in Kiel, wenn nicht gar eine ungünstige Beeinflussung der ganzen Arbeitsnachweis-Angelegenheit von ihr zu befürchten sei². — Und der Führer der Nachweisbewegung in Baden meint, dass die erfolgreiche Tätigkeit des öffentlichen Nachweises in einem Land nur beeinträchtigt werden könne, wenn der Regierung ein Einwirkungsrecht auf die Entwicklung desselben zustehen würde³.

Dass vor allem aber das organisierte Unternehmertum und dessen publizistisches Organ, die Arbeitgeber-Zeitung, gegen eine reichsgesetzliche Organisation des Arbeitsnachweises protestieren, die, vom Standpunkt der Arbeitgeber aus, lediglich auf deren Kosten erfolgen würde, ist nur natür-

¹ Schriften des Verbandes deutscher Arb.-Nachw. III, S. 204.

² Ebenda III, S. 184.

³ Ebenda, S. 180.

lich. Abgesehen davon, daß die Arbeitgeber-Zeitung die Einführung obligatorischer öffentlicher Arbeitsnachweise von Reichswegen als einen Eingriff in die einzelstaatliche Landesgesetzgebung zurückweisen zu sollen meint, will ihr eine einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung für das ganze Reich ebenso unannehmbar wie unausführbar erscheinen, da erfahrungsgemäß schon in kleineren Bezirken es überaus schwer hält, den jeweilig andersgearteten Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auf dem Weg schematischer Verordnungen nachzukommen¹.

Nach welcher Richtung hinaus dürfte nun das Richtige zu suchen sein? Muß es heißen: Staatliche Einmischung, gesetzlicher Zwang? Soll in ein so feinfühliges Räderwerk, als welches eine ideal organisierte Arbeitsvermittlung sich darstellt, des Staates schwere Hand hineingreifen? — Soll es heißen: Freiheit und Willkür, unter deren Herrschaft erfahrungsgemäß der Arbeitsnachweis zu einem Zankapfel für die Interessierten wird? —

Ob es nicht das beste wäre, einen dritten Weg zu suchen? Zwar ist von einem freien Gewährenlassen aller dabei beteiligten Kreise eine befriedigende Lösung des Arbeitsnachweisproblems kaum je zu erhoffen. Auch die idealste Organisation des Arbeitsnachweises wird es, lediglich in Kraft ihrer vorzüglichen Eigenschaften, nicht zu einer Heranziehung aller Marktgänger und damit zu einer Beherrschung des gesamten Arbeitsmarktes bringen. Um die Einführung einer obligatorischen Benutzung wird man nicht herumkommen. Aber es wird sich fragen, ob man dabei nicht der Beihilfe des Staates und der Reichsgesetzgebung — worauf übrigens, wie die Dinge liegen, wenig Aussicht vorhanden ist — entraten kann. Es wird sich fragen, ob nicht gerade das in der vorstehenden Schluszbetrachtung als das aussichtsvollste empfohlene System einer Organisation des Arbeitsnachweises auf kommunal-be-

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 22. Febr. 1903.

ruflicher Grundlage in sich selbst das Vermögen trägt, die nicht willigen Interessenten, wenn erforderlich, zur Aufgabe ihrer Opposition zu zwingen. Insofern nämlich der dem kommunalen anzugliedernde paritätisch-berufliche Arbeitsnachweis für jedes Gewerbe über ganz Deutschland hin zentralistisch organisiert sein würde, würde damit dem zum paritätischen Berufsnachweis haltenden Grundstock von Arbeitern und Arbeitgebern, eben auch durch den Rückhalt, den er am kommunalen Arbeitsnachweis hätte, eine solche Überlegenheit über die noch abseits Stehenden gesichert sein, daß diese, vor allem die Arbeitgeber unter ihnen, sich auf ihrem isolierten Standpunkt auf die Dauer nicht würden halten können.

Was in dem Buchdruckergewerbe, gerade auf Grund der obligatorischen Benutzung des paritätisch organisierten und betriebenen Arbeitsnachweises, sich hat durchsetzen lassen, nämlich die Anerkennung des Tarifs durch die anfangs tarifuntreuen Arbeiter und tariffeindlichen Prinzipale, das dürfte sich auch da erreichen lassen, wo es um die einheitliche Benutzung des öffentlichen, bezw. paritätisch-beruflichen Arbeitsnachweises selber geht. Durch Boykottierung aller widerstrebenden Elemente würden diese und, je bedeutender die Zahl der Anhänger des communal-beruflichen Arbeitsnachweises in jedem Gewerbe, um so leichter, wohl oder übel zur Aufgabe ihres Widerstandes und zum Gebrauch der bisher gemiedenen Institution genötigt werden können.

Drittes Buch.

Darstellung des von den
grofsstädtischen Verwaltungen auf
dem Gebiet der Organisation des
Arbeitsnachweises Geleisteten.

Vorbemerkung.

Eine erschöpfende Schilderung des von den deutschen Grossstädten auf dem Gebiet der Organisation des Arbeitsnachweises Geleisteten dürfte sich am besten in der Form geben lassen, dass es, auf Grund authentischer Quellen — der Jahresberichte — für jede Grossstadt zur Darstellung der Geschichte ihres öffentlichen Arbeitsnachweises komme. Nur wird dabei von einer Wiederholung alles dessen, was bereits im zweiten Buche eine Erwähnung gefunden, abgesehen werden können.

Als Grossstädte sollen für die folgende Arbeit Städte von 100 000 und mehr Einwohnern in Betracht kommen. Doch dürften auch Zentren von numerisch geringerer Bedeutung nicht auszuschliessen sein, wenn sie, etwa politisch, wie Karlsruhe, als Grossstadt gelten.

Endlich werden nicht bloß solche Städte berücksichtigt sein wollen, die rein kommunale Arbeitsnachweise unterhalten, sondern auch diejenigen, die, ob sie wohl nur öffentliche Vereinsnachweise kennen, doch infolge städtischer Unterstützung und Mithbeteiligung an Verwaltung und Leitung der Vereinsanstalten, in mehr oder weniger engen Beziehungen zu diesen stehen.

Immerhin möchte es sich empfehlen, die letzteren von den ersten insofern zu unterscheiden, als jede Gruppe für sich, also die Städte mit rein kommunalem Arbeitsnachweis zunächst, sodann diejenigen mit städtisch subventionierten öffentlichen Vereinsinstituten,

zur Darstellung zu bringen sein werden. Innerhalb jeder Gruppe wieder soll eine chronologische Reihenfolge nach dem Gründungsjahr jeder Anstalt beobachtet werden.

Was einzelne Grossstadtanstalten in ihrer Eigenschaft als Landes- bzw. Bezirkszentralen leisten, dürfte außerhalb des Rahmens des im dritten Buch zu behandelnden Gegenstandes liegen, da für den interlokalen Landesverkehr nicht mehr die grossstädtischen Verwaltungen, sondern die Staats- bzw. die Bezirksbehörden aufkommen.

I. Die Grossstädte mit rein kommunalen paritätischen öffent- lichen Arbeitsnachweisen.

Elberfeld.

In Elberfeld ist eine „Städtische Arbeitsvermittlungsstelle“ am 1. Dezember 1894 ins Leben getreten. Die Oberaufsicht über dieselbe steht dem Oberbürgermeister zu. Die Geschäfte werden von einem Vorstand geleitet, der, gebildet aus dem für gewerbliche Fragen und Angelegenheiten eingesetzten Ausschuss des Elberfelder Gewerbegerichts, aus einem Vorsitzenden und 12 Mitgliedern besteht. Die Arbeiten der Vermittlungsstelle werden von dem Beamtenpersonal des Gewerbegerichts im Nebenamt besorgt. Die Vermittlung geschieht kostenlos. Sämtliche aus der Errichtung und Unterhaltung der Nachweisanstalt erwachsenden Kosten trägt die Stadt. — Bei der konstituierenden Versammlung des Verbandes zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf vom 21. April 1897 hat Elberfeld seinen Beitritt zum Verband erklärt, wie es auch Mitglied des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise ist.

Der Geschäftsbetrieb vollzieht sich auf Grund einer von der Stadtverordnetenversammlung genehmigten Geschäftsordnung. Darnach ist die Vermittlungsstelle an allen Wochentagen von 9—12 Uhr vormittags für männliche Personen und von 3—6 Uhr nachmittags für Arbeiterinnen und weibliche Dienstboten geöffnet. Die Arbeitsnachweisung erfolgt

in erster Linie für Ortsansässige; erst in zweiter Linie kommen auswärtige Arbeitsuchende in Betracht. Auswärtige Arbeitgeber können nur dann berücksichtigt werden, wenn sich dieselben verpflichten, den vom Nachweis ordnungsmässig zugesandten Arbeitern die Kosten der Hin- und Herreise zu erstatten, falls letztere die ihnen nachgewiesene Stelle nicht mehr erhalten können.

Den Vermittlungsgeschäften werden Arbeitslisten zugrunde gelegt. Vor Eintragung in dieselben werden von den Stellesuchenden außer den gewöhnlichen Personalangaben auch solche begehrte über die letzte Beschäftigung und letzte Arbeitsstelle; ferner über die Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit, auch darüber, ob Frau und Kinder zum Unterhalt der Familie beitragen. — Die Stellen werden der Reihenfolge der Anmeldungen nach zugewiesen. — Über den Stand des Arbeitsmarkts, besonders über drohenden Arbeitsmangel haben die Nachweisbeamten dem Kommissionsvorsitzenden Mitteilung zu machen; die über der Nachwistätigkeit erzielten Resultate sind dem statistischen Amt der Stadt auf Anfordern zu überweisen. —

Nach Anschauung der zuständigen Stelle scheint die Arbeitsvermittlungsanstalt den Anforderungen zu genügen. Indessen lassen die Verkehrszahlen auf besonders hervorragende Tätigkeit nicht schliessen. Im Jahr 1901/2 hat die Elberfelder Anstalt zu vermerken: 1919 Stellenangebote; 3517 Stellengesuche; 1903 Vermittlungen; Zahlen, die im früheren noch nie erreicht worden waren. Weitere Angaben über die Tätigkeit der Stelle sind nicht möglich, da die Jahresberichte sich auf vorstehend mitgeteilte statistische Aufstellungen beschränken.

Krefeld.

In Krefeld besteht eine städtische Arbeitsvermittlungsstelle seit 1894. In dem Ortsstatut, durch das sie errichtet worden, wird ausdrücklich jeder Missbrauch des Arbeitsnachweises zu agitatorischen Zwecken als ausgeschlossen bezeichnet. Neben der Arbeitsvermittlung in der eigenen

Stadt wird es als Aufgabe der Anstalt genannt, mit auswärtigen Nachweisstellen in Verbindung zu treten. So ist dieselbe denn auch Mitglied des Düsseldorfer und des deutschen Arbeitsnachweisverbandes geworden.

Die Krefelder Stelle steht dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts unterordnet. Dieser hat eine von den Stadtverordneten zu wählende, viergliederige Kommission zur Seite. Zwei der Kommissionsmitglieder sind aus dem Arbeiterstand zu nehmen. — Die Geschäftsordnung für den Nachweis erlässt der Oberbürgermeister. Die Kosten trägt die Stadt. Die Vermittlung geschieht unentgeltlich.

Für den Geschäftsverkehr ist das Listensystem im Gebrauch. — Behufs Feststellung der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt werden periodisch Auszüge aus den Akten über Stellenangebote, Stellengesuche und Vermittlungen angefertigt und veröffentlicht.

Der Verkehr bei der Anstalt ist nach den vorliegenden Berichten (1897—1900) ein sehr mangelhafter. War anfangs die Anfrage seitens der Stellesuchenden nichts selenes, so sind sie im späteren immer mehr unterblieben, weil bei der Anstalt keine offenen Stellen angemeldet wurden, sondern die Arbeitgeber fern blieben. Eine Besserung trat auch dann nicht ein, als, auf Anregung des Düsseldorfer Verbandes, im März 1898 eine grössere Anzahl der am Ort wohnenden Unternehmer durch ein Rundschreiben auf die Vorteile der Vermittlung durch Nachweisanstalten aufmerksam gemacht und zur regeren Benützung der örtlichen Stelle aufgefordert worden war.

Der Bericht von 1898 meint diesen Misserfolg damit erklären zu sollen, dass bei der üblichen Arbeitereinstellung unter Ausschluss jeder Kündigungsfrist oft so plötzliche Wechsel im Personal vorkommen, dass die Arbeitgeber nicht mehr in der Lage sind, ihren Bedarf rechtzeitig bei der Vermittlungsanstalt anmelden zu können, sondern sich sofort persönlich nach Ersatz umsehen müssen. — Sehr einleuchtend will diese Erklärung nicht gerade scheinen.

Einen Einblick in die Geringfügigkeit des Krefelder Geschäftsverkehrs werden die folgenden Zahlen geben: Im Jahre 1899 haben nach Arbeit vorgefragt: 4 ungelernte Arbeiter, offene Stellen waren von 24 Arbeitgebern angemeldet worden; vermittelt wurde nicht eine. — 1900 bringt 16 Stellengesuche; 13 Stellenangebote. Wie viele Vermittlungen bewirkt worden sind, läfst sich, nach Aussage des Berichts, nicht feststellen, da diesbezügliche Anzeigen bei der Anstalt nur „in den wenigsten Fällen“ erfolgen.

Stuttgart.

Die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart geht in ihren ersten Anfängen auf einen diesbezüglichen Antrag zurück, den das dortige Gewerbegericht im Herbst 1893 dem Gemeinderat unterbreitete. Jenem Antrag war zugleich der bekannte Lautenschlager'sche Entwurf eines Ortsstatuts nebst Denkschrift beigegeben, in der die Notwendigkeit und zweckdienlichste Organisation der gewünschten Neuerung ausführlich begründet waren.

Es verstrich ein ganzes Jahr, bis sich die städtischen Kollegien, unter Anlehnung an das Lautenschlager'sche Projekt, für die Gründung eines städtischen Arbeitsamtes entschieden. Das unter Datum vom 27. Oktober 1894 beschlossene Ortsstatut bestimmt, dass mit dem 1. April 1895 das aus einer männlichen und weiblichen Abteilung bestehende Arbeitsamt mit der unentgeltlichen Vermittlung auf Kosten der Stadt beginnen solle. Die Oberaufsicht über dasselbe bleibt dem Gemeinderat vorbehalten. Mit der Leitung aber wird eine nach Lautenschlager'schem Muster zusammengesetzte Kommission betraut. Als Garantie dagegen, dass etwa das Arbeitsamt in die Hände einer Partei gerate, wird in § 4 des Ortsstatuts der Lautenschlager'sche Entwurf dahin ergänzt, dass die Gültigkeit einer Wahl davon abhängig gemacht wird, dass mindestens die Hälfte der als Beisitzer des Gewerbegerichts gewählten Arbeitgeber, bezw. Arbeitnehmer anwesend sein müssen. Kommt ein gültiger Akt

nicht zustande, so haben die bürgerlichen Kollegien die Wahl vorzunehmen. Eine weitere Kautel hat man damit zu schaffen gesucht, daß dem Gemeinderat die Festsetzung der für das Amt geltenden Geschäftsordnung zustehen soll¹.

Von besonderer Wichtigkeit ist die „Anmerkung“ zum Ortsstatut, wonach bei Arbeitseinstellungen das Arbeitsamt die Arbeitsvermittlung ohne Rücksicht auf irgend welche Partei weiterzuführen habe.

Das Ortsstatut von 1894 hat im Laufe der Jahre einige bemerkenswerte Abänderungen erfahren. Auf Grund eines Beschlusses der bürgerlichen Kollegien vom 23. November 1899 wird der Vorsitz in der Kommission des Arbeitsamtes nicht länger mehr dem Präsidenten des Gewerbegerichts, bezw. dessen Stellvertreter, sondern einer vom Gemeinderat erwählten — in praxi aus seiner Mitte entnommenen — Persönlichkeit übertragen.

In Ergänzung zu der Anordnung betreffs Verhaltens des Amtes bei Streiks einigte sich die Aufsichtskommission in der Sitzung vom 16. September 1901 dahin, daß von dem Bestehen eines Streiks oder einer Aussperrung künftig Notiz zu nehmen sei, wenn eine der streitenden Parteien entsprechende Mitteilungen mache; und zweitens, daß die Arbeitsuchenden durch Anschrieb an eine in den Geschäftsräumen anzubringende schwarze Tafel auf die betr. Bewegung aufmerksam gemacht würden.

Welche Schwierigkeiten sich der Tätigkeit des Arbeitsamtes entgegen stellten. —

Das grösste Hindernis, mit dem das Stuttgarter Arbeitsamt bei Entfaltung seiner Tätigkeit zu kämpfen hatte, war die grosse Zersplitterung in der Arbeitsvermittlung, die es bei seinem Entstehen vorfand. Diese Schwierigkeit ist bis heute noch nicht überwunden. Vor allem ist die Konkurrenz der Privatstellenvermittler immer noch eine sehr scharfe. Noch 1901 sind von 40 Gesindevermietern 15 836

¹ Soz.-pol. Zentralbl. 1894, S. 220.

Stellesuchende und 13 839 Stellenangebote gebucht worden. — Schwerer begreifen lässt sich der Wettbewerb, in dem die zwei konfessionellen örtlichen Anstalten, das „Marthahaus“ und die „Marienanstalt“, die dazu beide städtische Unterstützung genießen, sich mit dem kommunalen Arbeitsamt gefallen. Sie rechtfertigen ihr Verhalten mit der Behauptung, dass weder Dienstboten noch -Herrschaften sich an den öffentlichen Nachweis wenden wollen; ihre Tätigkeit daher einem Bedürfnis entspreche. Im Jahr 1901 hat das „Marthahaus“ 608 Dienstmädchen in Stellung gebracht; die „Marienanstalt“ ihrer 427.

Mit ähnlichem Widerstreben gegen seine Bemühungen hat das Arbeitsamt auch bei den Interessenten, den Arbeitgebern vor allem, zu kämpfen. Besonders gering ist die Inanspruchnahme der Anstalt durch die Großbetriebe. (Jahresbericht 1897.) Schlimme Erfahrungen, mit Arbeitern gemacht, die vom Arbeitsamt zugewiesen waren, bestärken manche nur in ihrer Abneigung, schrecken andere von weiteren Versuchen ab. So schreibt die größte Firma in Reutlingen an das Amt: „Die drei zugereisten Handwerksburschen habe ich versuchsweise eingestellt; es ist aber keiner zur Arbeit erschienen; bitte mir Arbeiter aus dieser Kategorie lieber nicht mehr zu schicken.“ Gerade diese Kategorie ist aber, wie das Amt selber zugeben muss, besonders stark unter seinen Klienten vertreten¹.

Wieder auch bequemen sich die Arbeitgeber zur Benützung des öffentlichen Nachweises nur insoweit, als sie — wie der Stuttgarter Wirteverein — anderwärts nicht finden, was sie brauchen; „das Arbeitsamt soll lediglich den Lückebüfser machen.“

Wie bei den Arbeitgebern fand das Arbeitsamt auch bei vielen Arbeitnehmern den Beifall nicht, auf den es hätte rechnen wollen. Das Umschauen blieb vor wie nach im Schwung (1899). Daneben führt eine Anzahl Gewerkschaften ihre eigenen Arbeitsnachweise fort. — Die Arbeiter aber,

¹ Arbeitgeber-Zeitung v. 19. April 1903.

die sich beim Amt melden, zeigen sich in wirtschaftlich günstigen Perioden wählerisch in der Annahme der Stellen, wehren sich besonders gegen eine Unterbringung nach auswärts (1899). — So sahen die Schwierigkeiten aus, mit denen das Arbeitsamt sich zurechtfinden sollte.

Wie hat es derselben Herr zu werden gesucht?

Vor allem durch das Streben nach einer Zentralisation der Arbeitsvermittlung bei der öffentlichen Arbeitsnachweisstelle. Zu diesem Zweck hat sich das Amt mit den Interessenten vor allem ins Benehmen gesetzt und hat sich in „Verhandlungen und Rücksprachen bemüht, Arbeitgeber und -nehmer zur Verschmelzung der einseitig von ihnen geführten Arbeitsnachweise mit demjenigen des Amtes zu bestimmen, um auf diese Weise der Umschau und dem Privatvermittlerwesen möglichst energisch entgegentreten zu können.“

Misserfolge sind natürlich dabei nicht ausgeblieben. So klagt der Bericht von 1899, daß „die Bestrebungen des Arbeitsamtes, die demselben bisher ferngebliebenen oder dasselbe nur wenig benutzenden Berufskategorien (Wirte, Metzger, Bauunternehmer) zu gewinnen, oder zur Angliederung ihrer Arbeitsvermittlungsstelle (Bäcker) an die städtische zu bestimmen, von geringem Erfolg geblieben sind“. Die Metzgerinnung gar, schreibt der Bericht von 1901, hat ihren Arbeitsnachweis einem privaten Bureau übertragen, obwohl sich das Arbeitsamt um den Anschluß bemüht hatte.

Auch einzelne Gewerkschaften, trotzdem ihr Nachweis von Arbeitgebern nur selten direkt in Anspruch genommen wurde, konnten sich zu einer Aufgabe desselben nicht entschließen.

Neben solchen entmutigenden Erfahrungen hat es auch nicht an erfreulichen gefehlt. So hat das Arbeitsamt auf den 1. Januar 1898, „im Interesse der Zentralisierung des Arbeitsmarkts“, die Auszahlung von freiwilligen Unterstützungen der Stuttgarter Brauereien an arbeitslose Berufsgenossen und vom 1. Juni 1898 das gleiche auch für das Buchbinder- und Kartonnagengewerbe am Ort übernehmen

dürfen. Mit der Zeit beanspruchten diesbezügliche Dienste vom Arbeitsamt noch: der Ortsverband der Metallarbeiter, der Schneider und Schneiderinnen, der Tapezierer und der Zentralverein der Former.

Auf die erste Annäherung einzelner Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen an das Arbeitsamt folgte bald noch eine bedeutsamere. Im Jahr 1899 nämlich beschloß der Verein der Brauereien von Stuttgart und Umgebung, auf Veranlassung des Arbeitsamtes, das Umschauen in den Brauereien zu verbieten und dies den Arbeitsuchenden durch Plakatanschlag zur Kenntnis zu bringen. Die gesamte Arbeitervermittlung soll nur noch durch das Arbeitsamt erfolgen. Ähnlich geht in demselben Jahr die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes, auch der katholische Gesellenverein vor.

Und auch da, wo eine derartige innige Verbindung nicht zu erreichen gewesen ist, hat das Arbeitsamt doch eine gewisse Fühlung mit anderen Vermittlungsanstalten zu gewinnen gewusst. So ist es dahin gekommen, daß die Bäckerinnung, die Bäckergenossenschaft, die Friseur-Zwangsinnung, die Gewerkschaft der Buchdrucker seit 1900 ihre monatlichen Geschäftsergebnisse dem Arbeitsamt mitteilen, während „Marthahaus“ und „Marienanstalt“ dazu noch versprechen, die offenen Stellen und die stellesuchenden Dienstboten, für welche sie selber keine geeignete Verwendung hätten, dem Arbeitsamt überweisen zu wollen.

Da droht mit einem Mal der gesamten auf Zentralisation des Arbeitsnachweises gerichteten Tätigkeit im Winter 1901 ein schwerer Schlag. Der Bericht von 1901 schreibt es den Verhandlungen der zweiten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise in Köln zu, daß sich unter der organisierten Arbeiterschaft Stuttgarts eine starke Bewegung für Errichtung einseitiger Arbeitsnachweise bemerkbar macht. Nur der energischen Stellungnahme des Amtes diesen Bestrebungen gegenüber, die der Arbeiterschaft nichts Geringeres in Aussicht stellt als das Fallenlassen der Arbeitsnachweisfrage durch die städtische Verwaltung, sodann auch der

verständigen Haltung der Gewerkschaftskommission ist es zu danken gewesen, daß die Gefahr hat beschworen werden können. —

Die Arbeitsvermittlung immer vollständiger in die Hände zu bekommen, setzt sich das Arbeitsamt mit allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung ins Benehmen, von welchen es Förderung seiner Bestrebungen erwarten kann. — So wendet sich die Anstalt unter Datum vom 15. August 1898 zum ersten Mal an das Stuttgarter Generalkommando zwecks Bekanntgabe ihrer Existenz und Bemühungen an die zur Entlassung kommenden Reservisten. Es haben sich denn jenes Jahr auch 184 Mann gemeldet, eine Zahl freilich, die bei einem Vergleich mit der großen Menge der jeweils freiwerdenden Arbeitskräfte kaum in die Wagschale fällt und die trotz aller diesbezüglichen Anstrengungen nicht steigen will (1901 lassen sich 215 Stellengesuche vermerken).

Bedeutungsvoller ist die Hilfeleistung, die dem Arbeitsamt von seiten der städtischen Verwaltung zu Teil wird. Infolge einer Anordnung des Gemeinderats vom 2. Juli 1897 ist einer vom Arbeitsamt schon im August 1895 ausgegangenen Anregung entsprochen und sind die technischen Ämter der Stadt angewiesen worden, das verfügbare Arbeitsquantum, sowie die Zahl der hierfür benötigten Arbeitskräfte dem Arbeitsamt mitzuteilen. Ebenso hat die Steuereinnehmerei, die Steueretatsschreiberei und das statistische Amt die Zahl der zum Zweck des Steuerzettelschreibens und -Austragens, sowie die zur Vorbereitung von Wahlen und statistischen Arbeiten erforderlichen Hilfschreiber und -Boten dem Arbeitsamt anzugeben, welches die Vermittlung diesbezüglicher Personen übernimmt.

Vom Jahr 1898 an wird außerdem der Nachweisanstalt aus städtischen Mitteln eine Summe von 200 Mk. zur Verfügung gestellt, welche das Arbeitsamt im Interesse der Arbeitslosen nach Ermessen verwenden soll.

Der Armenverwaltung hat sich das Arbeitsamt schon 1897 dienlich zu machen verstanden. Zwecks Fernhaltens arbeitsscheuer Elemente hat der Gemeinderat 1897 die An-

ordnung getroffen, dass in den Fällen, in welchen Armenfürsorge wegen augenblicklichen Mangels an Verdienst angerufen werde, alle arbeitsfähigen Erwerbslosen zu sofortiger Inanspruchnahme der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle anzuweisen seien. Im Falle unbegründeter Ablehnung der angebotenen Arbeit seitens der Petenten, ist bei einzelstehenden Personen öffentliche Unterstützung zu verweigern, bei Familienvorständen einerseits den Angehörigen Unterstützung zu reichen, anderseits aber gegen den Familienvorstand mit Verhängung von Arbeitszwang oder mit Antrag auf Bestrafung vorzugehen. — 1898 sind so 134 Personen vom Armenamt dem Arbeitsamt zugewiesen worden, von denen 44 teils in vorübergehende, teils in ständige Beschäftigung gebracht werden konnten. 1899 sind es nur noch 55; 1900: 54; 1901 gar nur 21 Personen, die, als arbeitsfähig, von der Unterstützung aus Armengeldern ausgeschlossen worden sind — ein Zeichen, dass ein Hand-in-Hand-Gehen der Armenverwaltung und des Arbeitsnachweises zur Bekämpfung des berufsmässigen Bettels ein wirksames Mittel ist. —

Es soll nun untersucht werden, in welcher Weise das Stuttgarter Arbeitsamt den Bedürfnissen, denen es dienen will, gerecht wird.

Nachdem infolge des gesteigerten Verkehrs „und sonstiger Unzuträglichkeiten“ die ursprünglichen Lokalitäten sich als „ungenügend und ungeeignet“ erwiesen haben, hat die Stadtverwaltung ein zweckentsprechenderes Lokal gemietet. Vor allem hat sich jetzt die Trennung der Vermittlung für gelernte und ungelernte Arbeiter durchführen lassen. Im Parterre des Amtes befinden sich, außer dem Dienstzimmer des Kanzleivorstandes, zwei grosse Räume, von denen der eine als Warteraum für ungelernte und landwirtschaftliche Arbeiter, der andere, durch Drahtverschlag abgeschiedene Raum als Bureau für die Anmeldung offener Stellen für Männer und Lehrlinge und für die Abfertigung der vorgenannten Arbeitsuchenden benutzt wird. Die Vermittlung

gelernter Arbeiter und Lehrlinge ist in den ersten Stock verlegt, woselbst ein grosser Saal durch eine Schranke in einen Warteraum für die Stellelosen und einen Abfertigungsraum für die Beamten geteilt ist. Die weibliche Abteilung findet sich im zweiten Stock und besteht aus einem Bureau und je einem besonderen Warteraum für Dienstherrschaften und Stellesuchende¹. — Das Amt ist an das Telephonnetz angeschlossen. — Ein Umschalter verbindet dasselbe mit dem Gewerbegericht, sodass der Vorsitzende desselben in Anstandsfällen angerufen werden kann.

Das Personal besteht aus dem Kanzleivorstand, einem Assistenten, der zugleich Stellvertreter des Vorstands ist, drei Gehilfen für die männliche Abteilung, einer Gehilfin und einer Hilfsarbeiterin an drei Wochentagen für die weibliche Abteilung und einem Diener. — Der Vorstand und sein Stellvertreter sind Berufsbeamte, während die Gehilfen dem Arbeiterstand entnommen sind. Die mit ihnen gemachten Erfahrungen werden „als durchaus befriedigende“ bezeichnet.

Der Geschäftsbetrieb regelt sich nach der Geschäftsordnung. Derzufolge ist das Amt an den Werktagen in den Monaten April bis September von 8—12½ und von 2½—6 Uhr, in den Monaten Oktober bis März von 8½—12½ und von 2½—6 Uhr geöffnet. Um die Wirte Stuttgarts für den öffentlichen Nachweis zu gewinnen, sind im Frühjahr 1898 auch Sonntags von 10½—1 Uhr Bureaustunden angesetzt worden; indessen ist diese Neuerung bei dem dauernden Fernbleiben der Wirte noch im selben Jahr wieder ausgesetzt worden.

Im Gebrauch ist bei der Stuttgarter Anstalt noch immer das Listensystem, obwohl man sich den Vorteilen gegenüber, die das Kartensystem mit sich bringt, mit dem Gedanken an die Einführung des letzteren schon längere Zeit vertraut gemacht hat. Im übrigen entwickelt sich der Geschäftsverkehr nach den Normen, wie dieselben im zweiten Buch zur eingehenden Darstellung gekommen sind.

¹ Jahresbericht 1901.

Von der bedeutenden Ausdehnung, die der Verkehr am städtischen Arbeitsamt von vornherein angenommen hat, wird der Bericht für 1896 eine Vorstellung geben können, wenn es darin heifst: „Nach unsrer Wahrnehmung ist die Vermittlung der ungelernten Arbeiter fast ganz auf uns übergegangen. Aber auch eine Reihe von Gewerbezweigen, die gelernte Arbeiter brauchen, wenden sich überwiegend an uns. Die Zahl unsrer regelmässigen Kunden steigt fortwährend. Bei der weiblichen Abteilung ist nicht zu leugnen, dass sie mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, insbesondere von seiten der Arbeitnehmerinnen. Dienstboten werden stets mehr gesucht als vorhanden sind. Die Vermittlung von Personen zu unständigen Dienstleistungen (Wasch-, Putz-, Monatsfranen), die bisher von Lokal-Wohltätigkeitsvereinen betrieben wurde, ist ganz auf uns übergegangen“.

Trotz dieser Erfolge entzieht sich immerhin noch ein weites Feld auf dem örtlichen Arbeitsmarkt der Betätigung des Arbeitsamtes. Nach Angaben des Stuttgarter Einwohnermeldeamts sind 1899 z. B. als eingestellt angemeldet worden: 57 697 männliche, 27 230 weibliche Arbeitskräfte. Vom Arbeitsamt vermittelt wurden nur 11 539, d. h. 20% männliche, 2022, d. h. 7,42% weibliche Stellesuchende. Von einer Beherrschung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsamt kann also noch keine Rede sein, mögen dessen Vermittlungszahlen von 1899 sich bis 1901 auch um ein beträchtliches vergrößert haben.

Ein Begriff von der fortschreitenden Entwicklung des Verkehrs am Arbeitsamt dürfte übrigens am besten aus einem Vergleich der Tätigkeitszahlen aus dem Jahr 1896 mit denen des Jahres 1902 gewonnen werden. Es weist auf an

	Stellenangeboten	Stellengesuchen	Vermittlungen
1896:	19 737	21 374	13 112
1902:	37 147	48 206	22 828

Der auswärtige Verkehr im Jahr 1901 hat sich folgendermaßen gestaltet:

	Stellenangebote	Stellengesuche	Vermittlungen nach auswärts	nach Stuttgart
1901:	5081	15 309	2598	6449

In die Augen springt hier die relativ kleine Zahl der nach auswärts vermittelten Stellen; dagegen die grosse Zahl der von auswärts nach Stuttgart untergebrachten Stelle-suchenden. Noch auffallender wird diese Zahl, wenn die weiblichen Stellesuchenden ausgeschaltet werden, von denen 1901 nur 726 von auswärts nach Stuttgart kommen. Das Verhältnis zwischen eingestellten Stuttgarter und auswärtigen Arbeitsuchenden gibt sich dann folgendermassen: auf zu-sammen 13 148 männliche Stellenbesetzungen kommen 7425 für Stuttgarter und 5723 für auswärtige Petenten. Ange-sichts solcher Zahlen will die Rede von einer Begünstigung der Landflucht durch die öffentlichen Arbeitsnachweise doch nicht lediglich als eine Ausgeburt der Böswilligkeit länd-licher Arbeitgeber erscheinen. —

Für die Würdigung der Tätigkeit des Stuttgarter Arbeits-amtes bedeutsamer noch als die Feststellung ihres Umfanges dürfte eine prozentuale Berechnung der von demselben be-wirkten erfolgreichen Vermittlungen sein. Im Jahr 1901 meldet das Amt eine Befriedigung von 69,27 % der bei ihm eingebrochenen Stellenangebote und von 53,53 % der Stellen-gesuche, und lässt mit diesen Zahlen sämtliche anderen ört-lichen Nachweise weit hinter sich. —

Wertvoll auch sind die von dem Arbeitsamt gepflogenen Erhebungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit der mäun-lichen in Stellung gebrachten Arbeiter. Wenn auch damit ein zutreffendes Bild der tatsächlich vorhandenen Arbeits-losigkeit nicht erlangt wird, so sind die Ergebnisse, zu denen man in Stuttgart gekommen, doch in anderer Hinsicht aller Beachtung würdig. Wenn es sich z. B. herausstellt, dass in der Zeit von 1896 bis 1901 über 13 Wochen stellenlos im Durchschnitt nur 0,9 % aller Arbeitslosen waren, so könnte, wenn sich ähnliche Verhältnisse auch anderswo wiederholten, in diesen Ergebnissen ein nicht zu unterschätzender Anhalts-

punkt für die Lösung der Arbeitslosenversicherungsfrage zu finden sein.

Aus den Erhebungen über das Alter der Arbeitslosen ist ersichtlich, dass der Prozentsatz der verschiedenen Altersklassen in guten wie bösen wirtschaftlichen Jahren ziemlich derselbe bleibt, und dass die überwiegende Mehrzahl aller Stellenlosen im Alter von 16—30 Jahren steht (80 %).

Die fruchtbare Tätigkeit des Stuttgarter Arbeitsamtes hat nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sich zu ziehen. Demnach wurde das Amt vielfach von Interessenten aus anderen Städten besucht und eingehend besichtigt; bis aus dem Ausland (eine Kommission der böhmischen Landesregierung) kamen solche Besucher. Noch häufiger sind schriftliche Erkundigungen über Einrichtung und Geschäftsführung des Nachweises eingegangen, insbesondere auch über den Austausch der Nachrichten zwischen den württembergischen Arbeitsämtern (1896). 1897 sind Budapest, Christiania, Wien in Beziehungen zu Stuttgart getreten.

München.

Wohl hat man bereits anfangs der neunziger Jahre in den Kreisen der Stadtverwaltung, wie auch der Arbeiterschaft Münchens, besonders im Schoß des „Gewerkschaftsvereins“, der Frage öffentlicher Arbeitsvermittlung lebhaftes Interesse entgegengebracht. Immerhin aber verbleibt der bayrischen Regierung das Verdienst, die praktische Lösung dieser Frage nicht nur in München, sondern in ganz Bayern in die Wege geleitet zu haben und bis zur Stunde deren wirksamster Förderer zu sein. Unter Berufung auf das Vorbild Württembergs hat das bayrische Ministerium des Innern unter Datum vom 30. Juli 1894 eine „Entschließung“ an alle in Betracht kommenden Städte erlassen, durch welche „die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen durch die Gemeinden“ als auch für Bayern höchst wünschenswert bezeichnet wird. Diese Entschließung ist durch die königl. Regierung von Oberbayern dem Stadtmagistrat München

unter Datum vom 17. August 1894 und unter Beifügung eines Begleitschreibens zugefertigt worden, in welchem der Hoffnung Ausdruck verliehen ist, es werde die Stadt „bei der großen Bedeutung der Errichtung eines Arbeitsamtes für München Anlaß nehmen, die Sache mit allen Kräften weiter zu fördern und in absehbarer Zeit einer gedeihlichen Lösung entgegenzuführen“.

Der Magistrat hat sich dieser Aufgabe nicht entzogen. Mit dem Oktober 1894 bereits nahmen die diesbezüglichen Beratungen ihren Anfang. Zunächst im Schoße einer eigens dazu bestellten Kommission, sodann in verschiedenen Sitzungen des Stadtmagistrats und des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten wurde über die Aufstellung eines Statuts für ein städtisches Arbeitsamt verhandelt und solches am 22. März 1895 auch endgültig zum Abschluß gebracht.

Nach demselben steht das Arbeitsamt München unter der Oberaufsicht des Magistrats sowie unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission. Der Vorsitzende dieser ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichts. — Im Jahre 1900 ist diese Bestimmung dahin abgeändert worden, daß die Geschäfte der Kommission von dem Magistratsreferenten für das Arbeitsamt, bezw. dessen Stellvertreter geleitet werden sollen. — Mit dem Jahr 1897 trat zu der ursprünglichen Kommission noch eine „Nebenkommission der weiblichen Abteilung“ hinzu. —

Die Wahl der sechs Mitglieder der Kommission findet in der Weise statt, daß drei Arbeitgeber vom Magistrat und Gemeindekollegium aus der Mitte der Gemeindeglieder und drei Arbeitnehmer von den Arbeiterbesitzern des Gewerbegerichts gewählt werden.

Im Falle eine Wahl hier nicht zustande kommt, geht dieselbe an den Magistrat über. Diesem steht auch, nach Anhörung der Kommission, die Ernennung der Beamten und die Aufstellung einer Geschäftsordnung für das Arbeitsamt zu. Die Kosten der Errichtung und der Unterhaltung des Amtes trägt die Stadt. Die Arbeitsvermittlung in je einer Abteilung für männliche und weibliche Personen erfolgt

kostenlos. — Bei ausbrechenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern kann erforderlichenfalls die Anstalt ihre Tätigkeit einstellen. Praktisch hat sich die Sache derart geregelt, dass die am Streik beteiligten Geschäfte den Arbeitsuchenden durch Namenanschlag an den Tafeln der Warteräume und durch Mitteilung des Bureaupersonals bekannt gegeben werden.

Dem Statut ist am 18. Oktober 1895 der Erlass einer Geschäftsordnung gefolgt.

Zeitungsaufsteller, Annoncen, Plakate innerhalb und außerhalb der Stadt haben auf die Eröffnung des Amtes vorbereiten müssen. Am 1. November 1895 hat dasselbe seine Tätigkeit in einem der Stadt gehörigen Gebäude begonnen, das, wenn auch nicht im Zentrum Münchens, so doch an einer grossen, verkehrsreichen Straße, auf der sog. Kohleninsel gelegen, unter Aufwendung von 10000 Mark zweckmäßig hergerichtet worden war.

Ende Mai 1897 bereits siedelte das Arbeitsamt in die ebenfalls auf der Kohleninsel befindliche alte Isarkaserne über, „da infolge der stets zunehmenden Frequenz der Besucher die früheren Räume sich bereits als zu klein erwiesen“. — Aber schon 1901 genügt auch die neue Einrichtung „dem starken Personenverkehr“ nicht mehr; und es muss zu einer entsprechenderen Einteilung der Bureaus und Warteräume in beiden Abteilungen geschritten werden.

Beide Abteilungen haben ihren gesonderten Eingang und voneinander getrennte Lokalitäten. Der männlichen Abteilung stehen vier Warteräume, je einer für gewerbliche Arbeiter, für Lehrlinge, für ungelernte und für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung. Von den Warteräumen getrennt ist ein grosses Bureau mit drei Schaltern für die Arbeitnehmer und zwei für die Arbeitgeber. Von hier aus wird die Vermittlung für gewerbliche Arbeiter besorgt. Ein kleineres Bureau dient dem Verkehr mit den ungelernten und landwirtschaftlichen Arbeitsuchenden. Daneben findet sich noch das Zimmer des Inspektors sowie ein besonderer Raum, der als Archiv und Bibliothek eingerichtet ist. Das

Archiv enthält 1901—1902 bereits die Statuten und Geschäftsordnungen, Formulare und Geschäftsberichte von 149 Arbeitsnachweisen; auch die auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung ergangenen und noch zu erwartenden Regierungsentschlüsse, die einschlägigen Drucksachen des königl. statistischen Bureaus und anderes sollen daselbst ihre Aufbewahrung finden. Die Bibliothek zählt zurzeit an 280 einzelnen Bänden.

In der weiblichen Abteilung sind Warteräume und Bureau in demselben Gelafs; je ein solches ist für gewerbliche und ungelernte Arbeiterinnen, für Privatpersonal, für wirtschaftliches Personal bestimmt. Für Arbeitgeber im Wirtschaftsgewerbe und für die Dienstherrschaften ist je ein besonderes Sprechzimmer reserviert. Dazu kommt endlich das Bureau der Leiterin, und ein Raum, in dem Kanzlei und Registratur untergebracht sind. — Beide Abteilungen sind an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Auch die geschilderte neueste Einrichtung der Räumlichkeiten des Arbeitsamtes wird keine endgültige sein. Bereits seit 1900 werden im Schofs der Kommission Beratungen gepflogen über die Verlegung des Amtes in zentrale Lage sowie auch über die Durchführung einer nötig gewordenen Dezentralisation durch Errichtung von Filialen in den äusseren Stadtbezirken. Nach dem Jahresbericht von 1900 besteht begründete Hoffnung, dass diese Angelegenheiten in Bälde zu einer befriedigenden Lösung gelangen werden. —

Das Personal besteht zurzeit aus einem Inspektor, der dem Ganzen der Anstalt vorsteht. Ihm sind 1901 in der männlichen Abteilung fünf Gehilfen beigegeben; in der weiblichen Abteilung besorgt eine Leiterin mit sechs Gehilfinnen die Geschäfte. Ein Amtsdiener ist neben anderem auch mit der Beaufsichtigung der männlichen Warteräume beauftragt; eine Aufseherin hat für Aufrechterhaltung der Ordnung in der weiblichen Abteilung zu sorgen. — Der Bureaudienst hat im Jahre 1901/02 an den Werktagen für die mäunliche Abteilung von 8—12 und von 3—6 Uhr gedauert; in der

weiblichen Abteilung von 9—12 und von 2—6 Uhr. Als grosse Erleichterung für das Personal und als notwendige Voraussetzung für eine geordnete Abwicklung der sich mehrenden Geschäfte wird es auch in der männlichen Abteilung empfunden, dass seit 1898 die Arbeitsvermittlung für die einzelnen Arbeitszweige nur noch in bestimmt festgesetzten Stunden im Tag vorgenommen wird. — Die Vermittlungstätigkeit in München hat zu ihrer Grundlage die Eintragung der Gesuche in Listen.

Wenn der Zweck der Errichtung eines städtischen Arbeitsamts vor allem auch darin besteht, einen „einigermaßen zuverlässigen Überblick über den lokalen Arbeitsmarkt zu gewinnen und eine ziffernmässige Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage zu ermöglichen“, so ist es erste Vorbedingung für die Erreichung dieses Zweckes, dass das Arbeitsamt mit den außer ihm noch vorhandenen Arbeitsvermittlungsstellen Fühlung suche. Das Arbeitsamt München hat auch diesen Teil seiner Aufgabe nicht vernachlässigt. Im Februar 1898 erlässt es an 33 verschiedene Arbeitsvermittlungsanstalten die Aufforderung ergehen, sich über ihre Stellungnahme zu einem event. Anschluß an das kommunale Arbeitsamt zu äussern.

Freilich findet das Amt zunächst nur wenig Entgegenkommen für seine Bestrebungen. Allein der süddeutsche Photographenverein tritt bei. Aber das Arbeitsamt lässt nicht locker. So bringt schon 1899 erfreulichere Erfolge. Sechs Innungsnachweise gliedern sich dem öffentlichen in der Weise an, dass sich die Geschäftsabwicklung nach Anordnung des letzteren vollzieht, wobei die bei ihm in Verwendung stehenden Formulare benutzt werden. Den genannten sechs folgen im Jahr 1900 fünf weitere Innungsnachweise; zwei von diesen, der Arbeitsnachweis der Kaminkehrerinnung und derjenige der Schirmmacherinnung sind zugunsten des städtischen Arbeitsamtes ganz eingegangen. Zudem ist das Amt mit der Auszahlung der Reiseunterstützung an durchziehende Gehilfen dieser zwei Gewerbe be-

traut. Auch das Berichtsjahr 1901 weiss von weiteren „erfreulichen Fortschritten in der Angliederung bestehender Arbeitsnachweise an das Amt“ zu melden. Vom 1. April 1902 an hat die Schneiderinnung die Arbeitsvermittlung unmittelbar dem Arbeitsamt übertragen. Trotz dieser Erfolge und der damit verbundenen Opfer klagen die Berichte von 1901 und 1902, dass die gehegten Erwartungen nicht erfüllt worden sind, indem noch immer eine grosse Zersplitterung des Arbeitsnachweises auch innerhalb der angeschlossenen Gewerbe fortduert. Bei manchen Innungen bestünden eben neben den offiziellen Innungsnachweisen noch Arbeitsnachweise der Gehilfenschaft; ja in einzelnen Fällen noch gesonderte Arbeitgebernachweise.

Jedenfalls bleibt dem Arbeitsamt gerade nach der hier erwähnten Richtung hin noch eine ausgedehnte Aufgabe. Und dass dieselbe kaum erst in ihren Anfängen gelöst ist, dafür ist der beste Beweis wohl der, dass die zur Zeit der Errichtung des Amtes gezählten 40 Arbeitnehmernachweise, von denen 17 teils vor, teils infolge dieser Errichtung aufgelöst wurden, sich im Jahr 1900 auf 43, 1901 gar auf 49 vermehrt haben. Von einer lokalen Zentralisation des gewerblichen Arbeitsmarkts beim Münchener Arbeitsamt kann unter solchen Umständen noch nicht geredet werden.

Geht das Bestreben des Arbeitsamtes dahin, die bestehenden beruflichen Nachweise sich anzugliedern, so ist es den gewerbsmässigen Stellenvermittlern gegenüber auf deren mögliche Verdrängung bedacht. Gerade in dieser Hinsicht verdienen die in München erzielten Resultate alle Beachtung. Bestanden 1894 an gewerbsmässigen Stellenvermittlungsbureaus in München 118, so sind dieselben 1901 bis auf 74 herabgesunken. Der Jahresbericht 1901 gibt zu diesen Zahlen den entsprechenden Kommentar: „es ist aus diesen Zahlen zu schließen, dass seitens der Dienstherrschaften das Vertrauen zu dem gemeindlichen Arbeitsnachweise in Anerkennung dessen wohltätigen und gemeinnützigen Wirkens immer mehr in erfreulicher Zunahme begriffen ist“.

Für die Leistungsfähigkeit des Arbeitsamtes München spricht die deutlichste Sprache eine ziffernmäfsige Übersicht über die Gesamtvermittlung in den Jahren 1896—1902.

	Stellenangebote männl. weibl. zueam.	Stellengesuche männl. weibl. zusam.	Stellenbesetzungen männl. weibl. zusam.
1896	16 725 + 18 332 = 30 057	32 355 + 14 653 = 47 008	15 653 + 9 933 = 25 586
1897	20 572 + 18 380 = 34 452	25 540 + 15 462 = 41 002	18 186 + 10 669 = 28 855
1898	23 393 + 15 598 = 38 991	36 151 + 18 843 = 54 994	20 439 + 11 897 = 32 336
1899	29 136 + 21 248 = 50 384	31 916 + 19 981 = 51 897	25 979 + 14 316 = 40 295
1900	28 919 + 25 479 = 54 398	30 788 + 23 569 = 54 357	26 356 + 18 142 = 44 498
1901	27 203 + 29 353 = 56 556	42 912 + 30 395 = 73 307	24 358 + 20 815 = 45 173
1902	25 094 + 27 525 = 52 619	39 636 + 28 807 = 68 443	21 171 + 19 342 = 40 513
Sa.	171 042 + 146 415 = 317 457	239 298 + 151 710 = 391 008	152 142 + 105 114 = 257 256

Befriedigt wurden von je 100

	Stellenangeboten			Stellengesuchen		
	männl.	weibl.	zusam.	männl.	weibl.	zusam.
1896	93,5	74,7	85,2	49,1	69,4	55,2
1897	88,6	76,4	83,7	70,5	68,2	70,2
1898	87,3	76,3	82,8	56,5	63,1	58,8
1899	89,1	67,4	79,9	81,4	70,2	77,7
1900	91,1	71,1	81,8	85,6	77,0	81,9
1901	89,5	70,9	79,8	56,8	68,5	61,5
1902	84,4	70,3	76,9	53,4	67,1	59,2

Aus vorstehender Tabelle ergibt sich zunächst, wie rege die Inanspruchnahme des Arbeitsamts von seiten der Arbeitgeber gleich bei seinem Tätigkeitsbeginn gewesen ist. Besonders erfreulich ist das grosse, stetig sich steigernde Angebot von offenen Stellen für weibliches Personal. — Wie die Stellenangebote, nehmen auch die Stellengesuche, männliche und weibliche, fortgesetzt zu.

Was die Vermittlungen betrifft, so wird der weitaus grösste Teil der Stellenangebote durch Zuweisung von Arbeitskräften erledigt. Von den Arbeitsuchenden wird im Durchschnitt in der männlichen Abteilung etwa die Hälfte, in der weiblichen sogar ein bedeutend grösserer Bruchteil befriedigt. Aber es gibt auch Jahre, wie 1900, wo die Zahl der befriedigten männlichen Arbeitsgesuche bis auf 85 % steigt.

Diese Ergebnisse bezeichnet der Jahresbericht von 1897 als sehr erfreulich. Denn wenn es auch nicht verkannt wird, daß das Arbeitsamt den Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zu dienen hat, so war doch der Hauptbeweggrund zu seiner Errichtung die Rücksicht auf den wirtschaftlich Schwächeren, den Arbeitnehmer; die Bekämpfung der diesem drohenden Gefahr der Arbeitslosigkeit; das Bemühen, diesem zu einer irgendwo noch sich bietenden Arbeitsgelegenheit zu verhelfen. Je mehr das Amt in dieser Richtung zu leisten vermag, desto mehr wird es seiner vorzüglichsten humanitären Aufgabe gerecht.

Von einer weiteren Wiedergabe der in den Jahresberichten gebotenen tabellarischen Übersichten wird hier abzusehen sein. Doch soll, soweit sich aus denselben Schlüsse auf die Tätigkeit des Amtes ziehen lassen, der Titel einzelner Tabellen mit den aus den Berichten zu entnehmenden und an dieselben zu knüpfenden Bemerkungen verzeichnet werden.

Die I. der Jahrestabellen gibt eine Übersicht über die Tätigkeit des Arbeitsamtes nach Berufsklassen ausgeschieden, im Gesamt- und auswärtigen Verkehr.

Aus einer Betrachtung der hier angeführten Zahlen läfst sich zunächst die Tatsache eines häufigen Übertritts von Arbeitern aus einer Klasse in die andere ersehen. Ein Arbeiter, der an dem einen Schalter vergeblich um Arbeit nachgesucht hat, wiederholt an einem andern Schalter den Versuch und erhält hier vielleicht eine Stellung zugewiesen, die nicht seinem ursprünglichen Berufe angehört. Wie häufig das tatsächlich geschieht, läfst sich zahlenmäßig nicht feststellen. Allein der Umstand, daß in vielen Klassen mehr angebotene Stellen besetzt, als Stellen suchende in Arbeit gewiesen werden, oder umgekehrt, daß mehr Arbeitssuchende Arbeit erhielten, als in der betr. Klasse Stellen besetzt wurden, weist auf diese Erscheinung hin. Naturgemäß macht sich dieselbe stark bemerkbar bei den ungelernten Arbeitern, in höherm Grad noch in der weiblichen Abteilung. —

Zu überraschendem Resultat führt auch ein Anschauen

der Tabelle I darauf hin, wie sich das Verhältnis der Ungelernten zu den Gelernten stelle. Man hat vielfach gesagt und sagt es noch, dass die öffentlichen Arbeitsnachweise sich für die Vermittlung gelernter Arbeiter nicht eignen. Nun ist bereits 1895/96, ausweislich der Tabelle, das Gesamtstellenangebot für gelernte Arbeiter ein bedeutend grösseres als für ungelernte Arbeiter (9022 gegen 6969), und ähnlich verhalten sich die Zahlen der Arbeitsgesuche und besetzten Stellen der beiden Kategorien zu einander. Dieses Verhältnis hat sich im Lauf der Jahre fortgehend zu gunsten der Gelernten verbessert. Im Jahr 1900 bezieht sich nur noch ungefähr ein Drittel der Frequenz und Vermittlungstätigkeit in der männlichen Abteilung auf die ungelernten Arbeiter. In der weiblichen Abteilung ist der prozentuale Anteil der ungelernten Arbeiterinnen noch geringer. —

Wenn man weiter nun aber bedenkt, dass naturgemäß die Befriedigung der Stellenangebote für qualifizierte Arbeiter eine schwierigere ist, so wird das Resultat, dass gleich 1896 94,5 % der offenen Stellen durch das Amt besetzt wurden, noch bedeutsamer.

Mögen dann wohl bei den gelernten Arbeitern nur 39,6 % in Stelle gebracht werden können, gegen 61,4 % der ungelernten, so liegt darin doch nicht ein Gegenbeweis gegen das vorhin Gesagte, als wäre das Arbeitsamt eben doch zur Vermittlung der gelernten Arbeiter weniger geeignet. Vielmehr wird die Erklärung für jene noch wenig befriedigenden Prozentualzahlen in dem Umstand zu suchen sein, dass es noch an genügend offenen Stellen mangelt, „da die bei den Arbeitgebern noch vielfach bestehenden Vorurteile ganze Gruppen von Gewerbetreibenden an der Inanspruchnahme der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes für gelernte Arbeiter verhindern, resp. eine solche erschweren“.

Seit 1898 bringen die Jahresberichte eine Tabelle (III), die in Zahlen ein Bild über Alter, Familienstand, sowie Aufenthalt der in den Listen eingetragenen Stellesuchenden gibt. In der männlichen, wie in der weiblichen Abteilung

sind die Altersklassen von 17—25 Jahren prozentual am stärksten beteiligt (52 %); — 85, bezw. 77 % der Arbeitsuchenden sind ledig.

In der Lehrlingsvermittlung befriedigende Erfolge zu erzielen, hält deshalb so überaus schwer, weil die Ansprüche auf Seiten der Meister, wie der Eltern gewöhnlich zu hoch hinauf geschraubt sind: die Meister wollen es sich nichts kosten lassen, und die Eltern verlangen gleich Bezahlung. Trotzdem beweist gerade München, wie, mit der richtigen Sorgfalt und dem nötigen Geschick die Sache betrieben, auch auf diesem Gebiet viel erreicht werden kann. 1895 hat das Arbeitsamt angefangen mit

130 Stellenangeboten, 245 Stellengesuchen, 76 Stellenvermittlungen

und hat es bis 1902 auf das Zehnfache gebracht mit

1342 Stellenangeboten, 1355 Stellengesuchen, 738 Stellenbesetzungen.

Zur Gewinnung eines ungefähren Bildes über Zu- oder Abnahme der Zahl der Arbeitslosen hat das Arbeitsamt auf Veranlassung des Staatsministeriums des Innern mit dem 21. Januar 1901 eine Arbeitslosenzählung in beiden Abteilungen eingeführt, indem jeder Arbeitsuchende eine Vormerkkarte an Stelle des bisherigen Vormerkzettels erhielt. Auf dieser Karte war die laufende Nr., sowie die Nr. der Klasse der Vormerkliste verzeichnet, ebenso das Datum der Ausstellung und der Name des Inhabers der Karte. Dieselbe hat das untenstehende Aussehen und kann in dieselbe jeder arbeitslose Tag vermerkt werden.

Woche	Montag	Dienst.	Mittw.	Donn.	Freitag	Samst.
I.						
II.						
III.						
IV.						
V.						

Durch Anschlag in den Warteräumen wurde überdies bekannt gegeben, daß jeder Arbeitsuchende im Besitze einer Vormerkkarte sein müsse und daß ohne diese weder der Aufenthalt im Warteraum gestattet sei, noch eine Arbeitszuweisung erfolge. Die Zählung wurde zunächst bis Ende Mai fortgesetzt und es wurde beabsichtigt, dieselbe in einem Sommermonat (August) und in den Wintermonaten zu wiederholen.

Nach dieser ersten Zählung treffen im Durchschnitt täglich 1027 Arbeitsuchende (davon 74 % m. und 26 % w.) im Arbeitsamt ein. (Das Maximum war 1528.) Von den männlichen (746) sind wieder $416 = 54,6\%$ gewerbliche Arbeiter und $348 = 45,4\%$ ungelernte. Die 263 weiblichen Arbeitsuchenden verteilen sich auf $63 = 24\%$ Privatpersonal und landwirtschaftliche Arbeiterinnen, $94 = 35\%$ Hotel- und Gastwirtspersonal und $106 = 40\%$ gewerbliche und ungelernte Arbeiterinnen.

Ein klares Bild über die Lage des Arbeitsmarkts kann jedoch aus den vorstehenden Zahlen nicht gewonnen werden, da es sich hier nur um die Besucher der Anstalt handelt und selbst diese Zahlen nicht ganz verlässlich sind, weil mancher Arbeitsuchende bei Nichtvorliegen entsprechenden Arbeitsangebots sich nicht zur Zählung an dem einschlägigen Schalter einfand. Mehr als in früheren Jahren suchte ein grosser Teil der Arbeiter Beschäftigung auf dem Weg der Umschau. Von November 1901 bis Ende Januar 1902 ist die Arbeitslosenzählung in der männlichen Abteilung erneut in Angriff genommen worden und ergab als Tagesdurchschnitt 885 Arbeitslose. Davon waren 385 gelernte und 500 ungelernte. — Die viel Mühe und Zeit erfordерnde Zählung ist dann definitiv eingestellt worden, „weil auch nicht annähernd ein zutreffendes Bild über die am Ort herrschende Arbeitslosigkeit zu Tage gefördert werden konnte“. Man musste dies einer Stelle überlassen, welche den Arbeitsmarkt völlig beherrscht.

Interessant dürfte es sein zu erfahren, wie teuer jede

örtlich besetzte Stelle die Anstalt zu stehen kommt. Für das Jahr 1901 ergeben sich folgende Zahlen: An Einnahmen hatte das Arbeitsamt 4112 Mark aus einem Zuschuß aus der Staatskasse zu verrechnen. Die Ausgaben stiegen auf 28 640,73 Mk. Das Amt, bezw. die Stadt haben also für 24 528,73 (1902 für 26 174,92 Mk.) aufkommen müssen. Da das Jahr 1901 45 173 Vermittlungen aufweist, so entfällt auf eine derselben 0,54 Pfg.! —

Wenn auch erst seit 1898 München formell als Hauptvermittlungsstelle erklärt wurde, so schreibt der Vorsitzende der Arbeitsnachweis-Kommission Menzinger, so hat es doch schon von Anfang an nicht auf den engherzigen Standpunkt sich gestellt, nur innerhalb des Weichbildes der Stadtgemeinde München seine Wirksamkeit entfalten zu wollen; die natürlichen Verhältnisse, das vorhandene Bedürfnis haben von vornherein die Verbindung des städtischen Arbeitsnachweises mit der näheren Umgebung Münchens oder, mit andern Worten, den Weg zur Zentralisation des Arbeitsnachweises eröffnet. Von selbst ist München zur Zentrale für die benachbarten Landesteile geworden. Ein nennenswerter Erfolg in der auswärtigen Vermittlung ist jedoch erst vom Jahr 1898 an zu verzeichnen, von dem Jahr an, an welchem die interlokale Organisation des Arbeitsnachweises in Bayern zum Abschluß kam.

Um nicht weniger als um 34 % im Vergleich zum Vorjahr schnellt der auswärtige Verkehr 1898 hinauf, und die Steigerung nimmt fortgesetzt zu, bis es von den 3597 männlichen und 1494 weiblichen auswärtigen Stellenangeboten im Jahr 1896 im Jahr 1901 auf deren 7006, bezw. 3264 kommt. Den Stellenangeboten stehen 1898 zusammen 13 885 Stellen gesuche gegenüber; dieselben sinken 1901 — was kein schlechtes Zeichen — auf 12 640 herunter. Hat 1898 an auswärtigen Stellenbesetzungen 3869 zu verzeichnen, so 1901 ihrer 7777. In den sechs ersten Jahren ihres Bestehens hat die Anstalt an interlokalen Stellenbesetzungen 28 241 zu vermerken; von diesen entfallen ca. 90 % auf Oberbayern. —

In enger Beziehung zum auswärtigen Verkehr steht die landwirtschaftliche Vermittlung. Ihr hat München von Anfang an sein Augenmerk zugewandt, ganz im Sinn und Auftrag der bayrischen Landesregierung. So beglückwünscht sich der Jahresbericht von 1897 selber, daß es jetzt schon von einer Erfüllung der in der Denkschrift des Staatsministeriums: „Maßnahmen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verwaltung in Bayern“ ausgesprochenen Erwartung reden kann. In besonders regen Flufs ist die Frage der landwirtschaftlichen Vermittlung gekommen, seit das städtische Arbeitsamt mit landwirtschaftlichen Vertretungen und Körperschaften Fühlung gewonnen hat. Für das Jahr 1902 geben sich die Tätigkeitszahlen auf dem betr. Gebiet, wie folgt:

Stellenangebote			Stellengesuche		
m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
2309	+	1343 = 3652	2461	+	786 = 3247

davon befriedigt: 2697 Stellenangebote und 2234 Stellengesuche. —

Von einer Darstellung der Leistungen weiterer bayrischer Großstädte (Nürnberg, Augsburg) auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung ist hier um zweier Gründe willen abgesehen. Einmal schon sind trotz wiederholter Anfragen die erforderlichen Jahresberichte nicht zu erhalten gewesen; sodann sind die bayrischen Arbeitsämter so genau nach dem Münchener Muster kopiert, daß, abgesehen von den für jede Stadt naturgemäß verschiedenen Zahlenergebnissen, für die Organisation und alles andere auf München verwiesen werden kann.

Straßburg i. Els.

Die städtische Arbeitsnachweisstelle in Straßburg ist mit dem 4. November 1895 ins Leben getreten. Die Oberaufsicht über dieselbe steht dem Gemeinderat zu, dem zunächst auch die Ernennung der Arbeitsnachweis-Kommission vorbehalten war. Den Vorsitz in dieser führt einer der

Beigeordneten des Bürgermeisters. — Die Kosten der Anstalt trägt die Stadtkasse; doch wurden zur Deckung der Ausgaben anfänglich von Arbeitgebern und -nehmern Gebühren erhoben. In dem Berichtsjahre 1896/97 gingen an solchen 2124,50 Mk. ein. Da die Verpflichtungen sich auf 3777,15 Mk. beliefen, hatte die Stadt nur noch für eine Summe von 1652,65 Mk. aufzukommen.

Die ursprüngliche Organisation stellte sich jedoch bald als unhaltbar heraus, und schon 1897 musste das Gründungsstatut einer Revision nach zwei Seiten hin unterzogen werden. Einmal beschloß der Gemeinderat, im Interesse einer Steigerung des Anstaltsverkehrs, vom 1. April an volle Gebührenfreiheit in der männlichen und weiblichen Abteilung einzuführen. Nur von Dienstherrschaften und auswärtigen Arbeitgebern sollte noch die Hinterlegung von 1,00, bezw. 0,50 Mk. erfordert werden. Auch auf diese Fünfzigpfennig-Gebühr ist nach einem Beschlus des Gemeinderats vom 18. Dezember 1901 verzichtet worden. Die zweite Statutenänderung bezog sich auf den Streikparagraphen. Derselbe erhielt eine Fassung dahingehend, daß bei Streiks und Aussperrungen, falls das Gewerbegericht keine Einigungsversuche unternimmt, die Aufsichtskommission des Nachweises, auf Antrag eines Teils derselben, die nötigen Schritte zur Beilegung des Streits einzuleiten habe.

Das Jahr 1900 (2. Januar) brachte schon wieder eine Abänderung des Statuts. Darnach werden von der auf 9 Mitglieder verstärkten Aufsichtskommission 2 Sitze dem Gewerkschaftskartell eingeräumt und, auf Wunsch des Kartells, die Bekanntgabe von Streiks und Aussperrungen durch Aushang in den Geschäftsräumen beschlossen. Mit solchem entgegenkommenden Verhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber sollte die Einstellung des Betriebs der am Ort bestehenden Facharbeitsnachweise und eine vermehrte Benützung der Nachweisstelle durch gelernte Arbeitnehmer bewirkt werden. Tatsächlich hat sich von da an der öffentliche Arbeitsnachweis der regen Mitarbeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu erfreuen gehabt.

Doch noch immer war die Organisation zu keinem endgültigen Abschluss gekommen. Da die Leistungen der Nachweisstelle, nach fünfjährigem Bestehen derselben, noch weit hinter den gehegten und berechtigten Erwartungen zurückblieben, versuchte man es neuerdings mit einer Reorganisation der leitenden Körperschaften. Um möglichst viele Berufskreise für die Anstalt zu interessieren, wird zunächst die Aufsichtskommission abermals vergrößert. Durch Beschluss vom 12. Dezember 1902 genehmigt der Gemeinderat eine Änderung des Statuts, wonach die Aufsichtskommission für die männliche Abteilung von 9 auf 21 Mitglieder erweitert wird. Gleichzeitig wird bestimmt, dass unter diesen 21 fünf von dem Handwerker- und fünf von dem Gewerkschaftskartell frei gewählt werden sollen.

Neben der bereits bestehenden männlichen Kommission wird jetzt auch eine besondere Kommission für die weibliche Abteilung gegründet. Dieselbe setzt sich aus zwei Arbeitgeberinnen und zwei Arbeiterinnen zusammen. Hervorgerufen ist diese Neueinrichtung durch die Erwägung, dass bei dem grossen Geschäftsumfang der weiblichen Abteilung es notwendig sei, auch hier die Interessenten selbst unmittelbar an der Verwaltung der Anstalt zu beteiligen.

Maucherlei Veränderungen sind auch, soweit es die Räumlichkeiten und die Buchführung der Straßburger Nachweisanstalt angeht, zu verzeichnen. Nachdem die anfangs in der Brandgasse in städtischem Gebäude zur Verfügung gestellten Räume sich „wegen des grossen Zuspruchs als nicht mehr genügend“ erwiesen hatten, siedelte die Nachweisstelle mit dem 1. Oktober 1900 nach einem von der Stadt gemieteten Lokal im alten Postgebäude, Schlossplatz 5, über. Hier steht für die männliche Abteilung ein grösserer Warteraum zur Verfügung, hinter welchem, durch Drahtverschlag abgegrenzt, das Geschäftsbureau sich befindet.

Für die weibliche Abteilung ist außer dem Schalterraum, je ein gesonderter Warteraum für Arbeitgeber und -nehmer vorgesehen.

In der Buchführung ist insofern eine Neuerung ein-

getreten, als seit 1901 die badischen Formulare für die geschäftlichen Vermerkungen in Gebrauch genommen worden sind. Man will auf diese Weise eine fortgesetzte Vergleichung der eigenen mit der badischen Anstaltstätigkeit ermöglichen und damit zugleich zur Erkenntnis und Abstellung der Mängel kommen, an denen die Straßburger Einrichtung etwa leide.

Zugleich sind von 1901 an die statistischen Angaben über die bewirkten Vermittlungen wieder aufgenommen worden, die gerade zur Zeit des größten Tiefstandes des Anstaltsverkehrs, als für die Beurteilung der Anstaltsfolge unwesentlich, unterblieben waren. Der Bericht von 1901 rechtfertigt die Neueinführung jener statistischen Zählungen damit, dass sie ja den einzigen Prüfstein bildeten für die Geschicklichkeit, mit der die Beamten des Arbeitsnachweises die passenden Kontrahenten zusammenzuführen verstehen.

Zur Zeit sind als solche Beamte angestellt: für die männliche Abteilung ein Verwalter, dem noch eine Hilfskraft beigegeben ist; der weiblichen Abteilung steht eine Leiterin vor. —

Um die Leistungsfähigkeit der Nachweisstelle möglichst zu heben, sind von der Stadtverwaltung weitere Maßnahmen noch getroffen worden. Vor allem hat sie die Zahl der Stellenangebote, soweit ihr ein Einfluss darauf zusteht, zu mehren gesucht. Zu dem Zweck hat sie 1901 in die Submissionsbedingungen für ausgeschriebene städtische Arbeiten folgende Klausel aufgenommen: „Der Unternehmer verpflichtet sich bei einer Strafe von 10 Mk. für jeden Fall der Nichtbefolgung, nur solche Arbeiter, Handwerker und Vorarbeiter einzustellen, welche ihm von der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle zugewiesen sind.“

Damit konnte nun allerdings einer ganzen Reihe Arbeitsloser von der Nachweisanstalt Beschäftigung vermittelt werden. Allein, da die Anstalt sich dabei von dem Bestreben leiten ließ, zunächst die Bedürftigen unterzubringen, so war das mit jener Klausel erreichte Resultat, wenigstens

soweit die Arbeitgeber dabei in Betracht kamen, das gerade Gegenteil von dem, was man zu erzielen gehofft hatte, nämlich „die Unternehmer mehr an die Benützung der Nachweisstelle zu gewöhnen“. Es musste denn auch angesichts der Klagen der Unternehmer über das schlechte Material, das ihnen vom Arbeitsnachweis zugeschickt worden, im folgenden Jahr (1902) von genannter Klausel Abstand genommen werden, und begnügte man sich städtischerseits mit der Bestimmung, dass der Unternehmer bei Bedarf an Arbeitern für die Inangriffnahme kommunaler Arbeiten verpflichtet ist, hiervon der Arbeitsnachweisstelle Meldung zu erstatten.

Für die Förderung der Tätigkeit des Arbeitsnachweises ersprießlicher ist der Umstand geworden, dass die Stadtverwaltung selber unter die Klienten desselben ging und den privaten Arbeitgebern damit zum guten Beispiel ward. So erließ der Bürgermeister im Jahr 1902 eine Verfügung dahin, dass sämtliche Betriebsverwaltungen der Stadt ihren Bedarf an Arbeitern bei der Arbeitsnachweisstelle anzumelden und, wenn möglich, von dieser zu beziehen hätten.

Alle diese Bemühungen und Maßnahmen zugunsten einer größeren Verkehrsentwicklung bei der städtischen Nachweisstelle sind denn auch nicht ohne Wirkung geblieben. Nachdem sich Jahre lang die Vermittlungstätigkeit in beschränkten Grenzen gehalten, macht sich seit 1902 und besonders seit 1903 ein geradezu auffallender Fortschritt bemerkbar. Eine vergleichende Übersicht der jährlichen Geschäftsergebnisse wird davon die beste Vorstellung geben. Es weisen auf die Jahre:

	Stellenangebote m. w. zus.	Stellengesuche m. w. zus.	Stellenvermittlungen		
			für Arbeitgeber m. w. zus.	f. Arbeitnehmer m. w. zus.	
1895/96	549 + 572 = 1121	1810 + 696 = 2006	387 + 298 = 685	415 + 322 = 737	
1896/97	1454 + 1920 = 3374	2488 + 1905 = 4393	922 + 1004 = 1926	931 + 1011 = 1942	
1897/98	1620 + 2484 = 4104	2252 + 2508 = 4760			
1898/99	1832 + 2647 = 4479	2721 + 3082 = 5753			
1899	1950 + 3072 = 5022	3250 + 3844 = 6416			
1900	1393 + 2758 = 4181	3411 + 2878 = 6289	m. w. zus.		
1901	1814 + 2259 = 4073	5178 + 2965 = 8143	1494 + 1040 = 2534		
1902	2359 + 2553 = 4912	2488 + 3438 = 5921	1515 + 1261 = 2776		

Für 1903, das für den Aufschwung des Verkehrs besonders charakteristisch ist, liegen vergleichbare Zahlen nur vor für die Monate April, Mai, Juni. Doch genügen dieselben zur Gewinnung eines begründeten Urteils. Die Tätigkeitsergebnisse für die Monate April, Mai, Juni in den Jahren 1901, 1902, 1903 ergeben folgendes Bild:

	Stellenangebote			Stellengesuche			Vermittlungen		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1901	437	+	571 = 1008	1207	+	676 = 1883	323	+	217 = 540
1902	429	+	678 = 1107	1211	+	1014 = 2225	324	+	349 = 673
1903	1693	+	792 = 2485	2037	+	1022 = 3059	855	+	392 = 1247

Diese Zahlen dürften den Schluss rechtfertigen, den schon der Jahresbericht von 1902 ziehen zu können meint, „dass die Zeit des Niederganges der Arbeitsnachweisstelle vorüber ist . . . und die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo der öffentliche Arbeitsnachweis nicht nur den Interessenten nützt, sondern auch den Behörden für so manche Art wichtiger Fürsorgetätigkeit brauchbares und ausreichendes Material liefert“.

Aus den statistischen Tabellen der Straßburger Nachweisstelle ist aber nicht nur ersichtlich, dass sich seit der Reorganisation von 1902 der Gesamtverkehr auffallend steigert, sondern dass der Nachweis auch gerade seitens der gelernten Arbeiterschaft, die ihn bisher vielfach noch mied, mit wachsendem Eifer benutzt wird. In der Tat, während 1898/99 der größte Teil, 1901 noch 50% aller Stellengesuche von ungelernten Arbeitnehmern ausgehen, dagegen ganze Gewerbe auch nicht für ein einziges Stellenangebot oder -gesuch nur zum kommunalen Arbeitsnachweis kommen, ändert sich das Bild mit dem Jahr 1902 von Grund aus. Jetzt entfallen nur noch 38% der offenen Stellen auf ungelernte Arbeiter. Die Zahl der abseits vom Arbeitsnachweis verbleibenden Gewerbe aber geht bedeutend zurück. So ist 1902 zum ersten Male ein und teilweise gleich erhebliches Angebot zu verzeichnen bei den Buchdruckern, Gipsern, Steinhauern, Maurern, Mälzern, Bäckern. —

Zu einer wirklichen Spezialität der Straßburger Anstalt ist die Lehrlingsvermittlung durch den neuen Verwalter ausgebildet worden. Ursprünglich hatte die Nachweisstelle diesem Zweig wenig Aufmerksamkeit zugewandt. Noch 1901 hat sie im ganzen sechs Vermittlungen nur zu vermerken; 1902 sind es deren schon 30. Das Jahr 1903 aber bringt geradezu glänzende Erfolge. Nachdem sich die Anstalt durch Presse und Schule den Familienvätern und einstellungsfähigen Knaben zu verschiedenen Malen bekannt gemacht hatte, konnte sie Ostern 1903 mehr als 600 Stellengesuche einschreiben; ein verständiges und zweckmäßiges Zusammengehen mit Handwerkerkammer und -kartell ermöglichte aber auch eine fast vollständige Unterbringung der angemeldeten Lehrlinge in die verschiedensten gewerblichen Berufe (Neueste Nachrichten, Straßburg, Nr. v. 14. März 03). —

Von Anfang ihres Bestehens an ist die städtische Nachweisstelle von weiblicher Seite aus äußerst rege in Anspruch genommen worden, so sehr, dass zu verschiedenen Malen die weiblichen Gesuche die männlichen an Zahl übertroffen haben, ein Beweis, wie auch in dieser Hinsicht das allgemeine Vertrauen sich der öffentlichen Anstalt zuwendet. —

Die Straßburger Vermittlungsstelle hat früh auch ihr Augenmerk dem Verkehr nach außen zugewendet. Sie hat zu dem Zweck mit den 18 dem Namen nach vorhandenen einheimischen, sowie mit jenseits der Landesgrenzen gelegenen Nachweisen Verbindung gesucht.

Vor allem zu Karlsruhe ist Straßburg früh in Beziehung getreten. Doch muss der Bericht von 1898/99 gestehen, dass die Entwicklung des Fernverkehrs sehr zu wünschen übrig lasse. Eine Besserung ist hier erst erreicht worden, als auf diesbezügliche Verwendung der Stadtverwaltung hin, die Generaldirektion der Reichseisenbahnen eine Fahrpreisermäßigung um 50 % den von der städtischen Nachweisstelle nach auswärts Vermittelten bewilligte und als, ebenfalls auf Betreiben des Straßburger Bürgermeistereiamtes, das elsäss-s-lothringische Ministerium in Sachen der Organisation des Arbeitsnachweises im ganzen Land energisch vorging.

Haben 1901/02 erst 22 Personen von der erwähnten Fahrtvergünstigung Gebrauch gemacht, so schon 1902 ihrer 120. In den Monaten Mai, Juni, Juli 1903 allein aber sind es ihrer 131 geworden.

Die Frage der besseren Organisation der Vermittlung nach auswärts hat ihre besondere Bedeutung für die Landwirtschaft. In Straßburg steht dieser Zweig der Nachweistätigkeit freilich in seinen jüngsten Anfängen erst. Doch ist wenigstens ein Fortschritt bemerkbar, seit im Jahre 1901 zum ersten Male 36 Stellenangebote, 82 -gesuche und 23 -vermittlungen, 1902: 59 Stellenangebote, 81 -gesuche, 36 -vermittlungen haben gebucht werden konnten.

Frankfurt a. M.

Die „Arbeitsvermittlungsstelle in Frankfurt a. M.“ ist eine durchaus städtische Institution. Sie ist im Jahr 1895 ins Leben getreten auf Grund eines unter Datum vom 18. Januar erlassenen Ortsstatuts. Nach diesem werden sämtliche durch Errichtung und Unterhaltung der Anstalt verursachten Kosten von der Stadt getragen. — Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. — Die Anstaltsräume selber liegen in der Altstadt und sind, infolge der Nähe verschiedener Herbergen, des Markts, des Hafens, des Schlachthauses, insbesondere für die Vermittlung der ungelernten Arbeiter wohl geeignet. Der Umstand ferner, dass sich im gleichen Gebäude die von Arbeitern vielbesuchten Bureaus der Auskunftstelle für Arbeiterangelegenheiten, des Ausschusses für Volksvorlesungen, der Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen befinden, trägt dazu bei, fortwährend Arbeiter jeder Art nach dem Sitz der Nachweisstelle hinzuführen.

Die Einrichtung der Anstalt ist von vornherein in der Art gedacht gewesen, dass sie den Arbeitgebern auch Gelegenheit bieten solle, Arbeiter, deren sie bedürfen, direkt zu holen. Es ist darum ein grosser Saal vorhanden, in dem sich die Arbeitslosen aufhalten und wo sie abwarten, ob für sie geeignete Plätze bekannt werden, oder ob die Ar-

beitgeber sie von Hand zu Hand zu engagieren kommen. Zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung im Aufenthaltssaal ist 1898/99 die Vermittlung der gewerblichen von derjenigen der ungewerblichen Arbeiter getrennt worden, so zwar, dass für jede Kategorie ein besonderer Schalter zur Geschäftsführung eingerichtet wurde. Wenn dann die beiden Kategorien auch vor wie nach im einen selben Saale zusammenbleiben, so wird doch darauf gesehen, dass die betr. Klasse allemal in dem Teil des Saales sich aufhalte, in dem sich der für sie bestimmte Schalter findet. „Auf diese Weise ist es, ohne dass es irgendwelcher Zwangsmittel bedürft hätte, möglich, für eine leichtere Erledigung der Geschäfte und grössere Ruhe in dem Saal zu sorgen, ohne, wie es in anderen Nachweisanstalten geschieht, die gewerblichen und nichtgewerblichen Arbeiter in verschiedene Säle zu verteilen, was um deswillen sehr nachteilig ist, weil gewerbliche Arbeiter häufig in der Lage sind, auch Aushilfe- oder Fabrikarbeit anzunehmen“.

Vielfache, nach mehr als sechsjährigen Kämpfen endlich ihrem Ende zugehende Weiterungen hat die Frage ergeben, zu wessen Zuständigkeit die tatsächliche Leitung der Nachweissstelle gehören solle. Der Stadtmagistrat hatte sich diese selber vorbehalten. Zwar hatte er sich eine Kommission zur Seite gestellt, die sich aus je vier von den Beisitzern des Gewerbegerichts zu wählenden Arbeitgebern und -nehmern und einem vom Magistrat zu ernennenden Vorsitzenden zusammensetzen sollte. Dieser Kommission waren von vornherein auch Vorschlagsrechte oder eine beratende Stimme in allen für die Nachweisanstalt vitalen Fragen zugestanden. Dagegen sollte die endgültige Entscheidung, sowohl hinsichtlich der Feststellung einer Geschäftsordnung, wie der Anstellung der Beamten und der für diese zu erlassenden Dienstanweisung in den Händen des Stadtmagistrats verbleiben. Ob eine solche Verteilung der Machtbefugnisse bei einer städtischen Verwaltungseinrichtung nicht der Billigkeit entspricht, ist hier nicht zu untersuchen. Jedenfalls ist dieselbe der Ausgangspunkt eines langjährigen erbitterten

Konflikts zwischen der Arbeitsvermittlungsstelle, bzw. deren Schöpfern und der organisierten Arbeiterschaft Frankfurts geworden, die gleich vom zweiten Jahre der Errichtung der Anstalt an bis zum Tag, über den Nachrichten zur Verfügung stehend, ihre Mitwirkung an der Leitung der Nachweisstelle verweigert hat. In der Tat, als es sich 1896 um die Ernennung eines untergeordneten Beamten für die Anstalt handelte und dem von der organisierten Arbeiterschaft empfohlenen Kandidaten vom Magistrat ein anderer Bewerber vorgezogen wurde, erklärten die Arbeitnehmermitglieder der Nachweiskommission, sich an deren Arbeiten nicht länger beteiligen zu wollen und legten ihr Amt nieder. Als dann statutengemäß zu einer Neuwahl durch die Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts geschritten wurde, erschien zunächst lediglich eine kleine Minorität dieser Beisitzer zur Vornahme der Wahl; sodann aber lehnten die unter solchen Verhältnissen bezeichneten Arbeiterkandidaten die Wahl ab. Damit war die auf dem Statut erbaute Organisation vorerst lahmgelegt. Da die Arbeitnehmer auf ihrem Standpunkt verharrten, war eine Änderung oder wenigstens eine Ergänzung des ursprünglichen Statuts unerlässlich. Dasselbe erhielt denn auch — durch Nachtragsstatut vom 29. Dezember 1896 — einen Zusatz des Inhalts: „Verweigern die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber des Gewerbegerichts die Vornahme der Wahl zur Nachweiskommission, so werden die Mitglieder dieser für die Dauer der Wahlperiode von der Stadtverordnetenversammlung gewählt“. Demgemäß musste denn auch ein erstes Mal, am 30. März 1897, verfahren werden, und es blieb auch an dem bei den zwei Jahre später wiederkehrenden Wahlen. Jedesmal lehnten die Arbeitnehmer des Gewerbegerichts, die sämtlich zur organisierten Arbeiterschaft gehörten, die Wahl ab. Erst der Jahresbericht von 1901 kann der Hoffnung Ausdruck geben, dass bei den nächstdem eintretenden Neuwahlen die Mitglieder des Gewerbegerichts wieder statutengemäß sich beteiligen und die Arbeitnehmerbeisitzer der Nachweiskommission selber bezeichnen werden, nachdem zuvor die bis-

herige Geschäftsordnung der Nachweisstelle in einer den Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Weise umgeändert worden. Nach den neuen Bestimmungen wird die Erlassung der Instruktionen an die Geschäftsführer der Kommission übertragen; ebenso die Entscheidung über alle Fragen grundsätzlicher Natur, welche die Tätigkeit oder die Weiterentwicklung der Anstalt betreffen, doch dies letztere vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats; endlich wird eine längst gepflogene Übung in ausdrücklichen Worten der Nachweisstelle zur Pflicht gemacht: den Arbeitsuchenden ist hinfällig Mitteilung zu machen von allen vorkommenden Arbeitseinstellungen und Arbeiteraussperrungen. —

Die ursprüngliche Organisation war nur auf die Vermittlung für männliche Personen abgestellt gewesen. Bereits 1897 wird dieselbe weiter ausgebaut, und wird zunächst versuchsweise, dann definitiv auch die Arbeitsvermittlung für Dienstboten in den Kreis der Anstaltaufgaben gezogen. Zur Förderung derselben ist die Kommission mit den gemeinnützigen Frauenvereinen Frankfurts in Verhandlungen eingetreten mit dem Zweck der Bildung eines Ausschusses, der die Geschäfte der Dienstbotenvermittlung regelmäßig überwacht. Die in Betracht kommenden Frauenvereine sind denn auch mit Beginn des Jahres 1901 in Tätigkeit getreten, und hat sich gleich der von der Einrichtung erhoffte Erfolg in einer gesteigerten Inanspruchnahme durch die Interessenten gezeigt, besonders auch als die Dienstbotenvermittlung, wenn nicht räumlich, so doch zeitlich, von dem Nachweis des übrigen weiblichen Personals getrennt worden war. Nachdem 1901 die bisherige Geschäftsführerin unter dementsprechender Erhöhung ihres Gehalts zu ausgedehnterer Tätigkeit herangezogen, auch ein Laufmädchen angestellt worden war, das die ortsfremden Dienstboten zu den angebotenen Stellen geleitet, war in der Organisation des Dienstbotennachweises getan, was unter den obwaltenden Umständen zu tun möglich war. —

Die Frankfurter Arbeitsnachweis-Kommission hat sich stets von dem Wunsch beseelt gezeigt, sich durch Hinzu-

ziehung von Fachausschüssen für die einzelnen Gewerbe zu verstärken. Durch Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises in ihrem betr. Beruf sollten diese Ausschüsse mithelfen, den Vorwurf zu entkräften, als ob die besonderen Facherforder-nisse bei Auswahl der einzelnen Arbeiter vom Nachweis nicht beachtet würden. Der dieser Art geplante Ausbau der Organisation des Arbeitsnachweises hat vielfache Beratungen des Vorsitzenden der Kommission und des Geschäftsführers des Arbeitsnachweises mit den Interessenten erheischen. Der erste praktische Erfolg trat damit in die Erscheinung, dass, von März 1897 an, der „Kellner-Verband“ seine Arbeitsvermittlung offiziell der städtischen Nachweissstelle übertrug, wohingegen den Kellnern ein besonderes Sprechzimmer eingeräumt wurde, eine für die Kellervermittlung unerlässliche Einrichtung, da tunlichst an der Vermittlungsstelle Arbeiter zugegen sein müssen, um unmittelbar auf Anrufen eines Prinzipals die Arbeit antreten zu können.

Bei dieser einen Angliederung ist es geblieben. Zwar hat die Nachweisanstalt wiederholt für einzelne, besonders wichtige Gewerbe diesbezügliche Versuche gemacht. Doch sind dieselben bisher an der schroff ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gescheitert. Vor allem sind es die Innungen, die von Anfang an einem paritätischen städtischen Arbeitsnachweis wenig Sympathie entgegengebracht haben; wie denn auch der Innungsvertreter in der Nachweis-Kommission den Sitzungen dieser fast ständig fernbleibt. — Aber auch die organisierten, von der örtlichen sozialdemokratischen Partei völlig beherrschten Arbeiter stehen immer noch dem öffentlichen kommunalen Arbeitsnachweis misstrauisch gegenüber. —

Auf Antrag der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden hat die städtische Nachweissstelle in Frankfurt seit 1898/99 auch die landwirtschaftliche Vermittlung unter die Zahl ihrer Aufgaben aufgenommen, indem sie sich um die Unterbringung landwirtschaftlicher Kräfte für den Bezirk bemüht. Doch nur soweit, als die offenen Stellen aus den am Ort Frankfurt befindlichen Arbeitslosen befriedigt werden können. Die Beschaffung auswärtiger Arbeits-

kräfte für die Saisonarbeiten hat die Stelle prinzipiell abgelehnt. —

Von dem Gedanken ausgehend, dass eine Arbeitsvermittlungsstelle ihren Zweck nicht völlig zu erfüllen vermag, so lange sie nicht mit anderen gleichartigen Anstalten, besonders mit solchen aus dem nächsten Umkreis, in eine gewisse Verbindung getreten sei, hat auch die Frankfurter Arbeitsnachweisstelle Anschluß an benachbarte Nachweisanstalten gesucht. So ist sie dem Verband badischer Arbeitsnachweisanstalten beigetreten. Zu Beginn 1898 hat sich ferner, besonders auf Frankfurts Bemühen hin, ein Verband zwischen den rhein-mainischen, d. h. den hessischen und nassauischen Vermittlungsstellen gebildet, deren bedeutendstes Mitglied die Frankfurter Anstalt geblieben ist. Auch an der Begründung des Verbands deutscher Arbeitsnachweise hat sich Frankfurt aktiv beteiligt und ist eine der tätigsten Teilhaberinnen an demselben. —

Der Geschäftsbetrieb der Frankfurter Arbeitsvermittlungsstelle ist nach dem bei den badischen Anstalten gültigen geregelt, d. h. er erfolgt auf Grund des Listensystems. Nur in einem Punkt geht Frankfurt seine eigenen Wege. Um den Zuzug vom Land zur Stadt auch nicht einmal unabsichtlich zu mehren, werden von ihm niemals die anmeldeten offenen Stellen veröffentlicht, auch nicht durch den Vakanzenlistenaustausch mit etwaigen anderen Anstalten. Man begnügt sich, durch Anbringen von Plakaten an verschiedenen Orten, durch Erlaß von Annoncen, durch Bekanntmachung der monatlichen Geschäftsstatistiken in den Zeitungen die beteiligten Kreise auf das Vorhandensein der Arbeitsvermittlungsstelle aufmerksam zu machen.

Frankfurt ist unter allen süddeutschen Arbeitsnachweisanstalten die erste, die, mit Oktober 1896, besondere Personal-karten eingeführt hat zwecks Nutzbarmachung der Materialien der Stelle zu statistischen Zwecken. Auf Grund dieser Karten werden von dem statistischen Amt der Stadt die

jeweils den Jahresberichten beigefügten statistischen Tabellen angefertigt. —

Zwar mit der Arbeitsvermittlung nicht unmittelbar in Berührung stehend, aber der Arbeiterbevölkerung in hohem Masse dienlich ist, dass die Kommission der Arbeitsvermittlungsstelle zugleich die Aufsicht führt über die vom „Institut für Gemeinwohl“ ins Leben gerufene „Auskunftsstelle für Arbeiterangelegenheiten“, ein Institut, das den Arbeitern die Möglichkeit gibt, über alle sie berührenden Rechtsfragen unentgeltliche Auskunft von einer sachkundigen und unparteiischen Stelle aus zu erhalten. Dieses Institut erwirbt sich um die Frankfurter Arbeiterbevölkerung ein um so grösseres Verdienst, als es eben durch eine Unterstellung unter die paritätische Arbeitsvermittlungs-Kommission den festen Willen kundgibt, sich der Kontrolle von Arbeitern und Arbeitgebern bezüglich der Art seiner Geschäftsführung zu unterwerfen. —

Ein Bild von dem Geschäftsverkehr an der Frankfurter Anstalt dürften zunächst schon folgende nackte Zahlen geben:

Nachdem die Anstalt im Jahr 1895/96 mit 7947 offenen Stellen, 14 740 Stellengesuchen und 6492 besetzten Stellen ihre Tätigkeit begonnen hat, ist sie bis 1901 zu 28 048 offenen Stellen, 47 135 Stellengesuchen, 22 072 Stellenbesetzungen fortgeschritten. Es hat sich also, im grossen und ganzen betrachtet, die Tätigkeit der Anstalt bis 1901 vervierfacht. Diese Leistungen sind aber um so beachtenswerter, als einzelne, „sehr wichtige Gewerbe den Arbeitsnachweis überhaupt so gut wie nicht benützen, sei es weil die betr. Arbeitgeber besondere, ihn ersetzende Organisationen geschaffen haben (Bäcker, Metzger), sei es weil in ihnen eine Einigung zwischen Arbeitgebern und -nehmern wenigstens angebahnt ist (Buchdrucker); oder weil der Arbeitsnachweis bisher ausschliesslich in den Händen privater Vermittler sich befindet, was ein für die Arbeitgeber, welche diesen nichts zahlen, sehr bequemes Verhältnis bietet.“

Der Prozentsatz der befriedigten Arbeitgebergesuche

schwankt zwischen 70,6 % (1896/97) und 81,7 % (1895/96); derjenige der befriedigten Stellengesuche zwischen 44 % (1895/96) und 65,2 % (1898/99).

Der Arbeitsnachweis wird in überwiegendem Maß von gelernten Arbeitern benutzt. Nie hat der Anteil für ungelernte, zu denen auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, Fuhrleute und Kutscher gerechnet werden, 40 % der Vermittlungstätigkeit ausgemacht. Ein Beweis, daß der öffentliche Nachweis nicht nur „ein Bedürfnis für die Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter ist, sondern für die gesamte Arbeiterschaft“. Aber nicht minder für die Arbeitgeber. Mehr und mehr gewöhnen sich dieselben in Frankfurt an die Benützung der dortigen Arbeitsvermittlungsstelle. Auch die Zahl der Fabriken, welche ihre Fabrikarbeiter und der größeren Betriebe, welche ihre Aushilfsarbeiter regelmäſig durch die städtische Vermittlungsstelle beziehen, mehrt sich von Jahr zu Jahr.

Besonders bemerkenswert ist, daß weder die geschäftlich günstigen, noch die ungünstigen Konjunkturen die stetig sich steigernde Tätigkeit der Anstalt hemmend zu beeinflussen vermocht haben.

Breslau.

Mit dem 1. September 1896 ist in Breslau auf Kosten der Stadt (diese haben 1901/02: 3670 Mk. betragen) ein „Städtischer Arbeitsnachweis“ errichtet worden zwecks unentgeltlicher Vermittlung von Arbeit jeglichen Berufes an Jedermann; doch kann ein Gesuch von Personen, die sich noch nicht sechs Monate in Breslau aufhalten, zurückgewiesen werden. Die Anstalt ist auf paritätischer Grundlage auferbaut. Ihre Leitung und Beaufsichtigung untersteht einem Ausschuß von 15 Personen. Derselbe wird gebildet aus 1. einem Mitglied des Magistrats als Vorsitzendem; 2. aus je sieben Arbeitgebern und -nehmern, von denen wieder je vier durch die Beisitzer des Gewerbegerichts und je drei durch die Stadtverordneten-Versammlung auf drei Jahre gewählt werden. Mit diesem gemischten Wahlmodus

will man den im Gewerbegericht nicht vertretenen Innungsmeistern u. s. w. entgegenkommen¹.

Dem Ausschuss steht die Festsetzung der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises zu, unter Vorbehalt der einzuholenden Genehmigung durch den Magistrat und der Bekanntgabe an die Stadtverordneten. Die geschäftsführenden Personen werden vom Magistrat angestellt und besoldet, nach vorangegangener Anhörung des Ausschusses. — Der Ausschuss hat für die Aufstellung geeigneter statistischer Übersichten über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises Sorge zu tragen. —

Die Arbeitsvermittlung geschieht mittelst Arbeitslisten. Der Nachweis auf Nachfragen oder Angebot wird dem Interessenten sofort schriftlich ausgefertigt und verabfolgt. Die Arbeitsnachfragen, die Arbeitsangebote und die Anzeige der Erledigung derselben werden in getrennten Akten aufbewahrt. Behufs Feststellung der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt werden wöchentlich statistische Auszüge aus diesen Akten entnommen. —

Der Bericht von 1898/99 gibt über die Entwicklung des Arbeitsnachweises das Urteil ab: „Derselbe hat die Erwartungen, welche sich an seine Einrichtung geknüpft hatten, erfüllt, indem er sich einer regen, fortgesetzt steigenden Inanspruchnahme sowohl seitens der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer erfreut“. Mag solches in den ersten Jahren seines Bestehens zutreffend gewesen sein, so doch nicht mehr so ganz im Späteren. Eine Darstellung der Gesamtfrequenz in den einzelnen Geschäftsjahren wird keinen Zweifel darüber lassen, dass gerade in jüngster Zeit von einer „steigenden Inanspruchnahme“ nur bei vielem guten Willen geredet werden kann. Folgendes Bild vom jährlichen Anstaltsverkehr geben die Zahlen für Stellenangebote, -gesuche und -vermittlungen:

	Stellenangebote.	Stellengesuche.	Besetzte Stellen.
1896/97	6 032	7 468	5 143
1897/98	8 870	10 924	6 932

¹ Soziale Praxis 1896, S. 289.

	Stellenangebote.	Stellengesuche.	Besetzte Stellen.
1898/99	10493	11475	8319
1899/00	11471	11168	8739
1900/01	8374	11235	6761

In der männlichen Abteilung erstreckt sich, nach Angabe der Jahresberichte, die Vermittlung „fast ausschließlich“ auf ungelernte Arbeiter. Den Grund hierfür sucht der Bericht 1898/99 darin, daß die meisten Breslauer größeren Innungen gut organisierte und gut funktionierende Facharbeitsnachweise unterhalten, welche sie nicht eingehen lassen, bzw. mit dem städtischen Arbeitsnachweis vereinigen wollen. Ja, zu den vorhandenen einseitigen Nachweisen kommen immer noch neue hinzu. So muß derselbe Bericht mitteilen, daß „neuerdings der Verband der im Handels-Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten organisierten Arbeiter einen eigenen kostenlosen Arbeitsnachweis errichtet habe“. Die Folge aber besonders davon, daß die gewerblichen Arbeitgeber mit ihren Stellenangeboten beim Nachweis säumen, ist eine Minderung auch der Stellengesuche; „denn erfahrungsgemäß fangen die Arbeitsuchenden, wenn sie sehen, daß ihre Gänge nach dem Arbeitsnachweis erfolglos sind, an, wegzubleiben“.

Die weibliche Abteilung wird größtenteils zur Vermittlung von Fabrikarbeiterinnen, Laufmädchen, Bedienungsfrauen, Tagarbeiterinnen, Wasch- und Scheuerfrauen in Anspruch genommen und zwar in einer so regen Weise, daß 1900/01 z. B. die Zahl der bewirkten weiblichen Vermittlungen die der männlichen um mehr als 1000 übertrifft. (3960, bzw. 2801). Nur die Dienstbotenvermittlung liegt sehr darnieder, da die „berufsmäßigen Stellenvermittler diesen Zweig des Arbeitsnachweises fast ausschließlich in Händen haben“.

Dortmund.

Am 24. Mai 1894 hatte das Dortmunder Gewerbegericht bei den zuständigen Körperschaften der Stadt einen Antrag

auf Gründung eines kommunalen Arbeitsnachweises gestellt. In der Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums vom 5. Mai 1896 fiel die Entscheidung. Vorbereitet war dieselbe durch zwei schriftliche Referate, die im Auftrage des Magistrats seitens zweier Stadträte erstattet waren und die sich beide gegen die Errichtung aussprachen. Es bestünden, hieß es, bereits 22 Vereinsarbeitsnachweise in der Stadt; man brauche deshalb nicht noch eine neue Stelle. Die Fabriken und Kohlenzechen vermöchten ihren Bedarf vollständig aus den Umschauenden zu decken. Außerdem, behaupteten die Referate, befördere ein städtischer Nachweis den Zug zum „Kommunismus“ und zur Sozialdemokratie. In der Debatte über diese Referate wurde vergeblich auf die Ausbeutung der Dienstboten durch gewerbsmäßige Vermittler und die Demütigungen verwiesen, die sich die Arbeiter auf der Umschau gefallen lassen müssen. Der Oberbürgermeister stellte sich sehr entschieden auf die Seite der Referate. Jedenfalls lehnte er jede Verbindung eines städtischen Arbeitsnachweises mit dem Gewerbegericht ab. Zum Schluss wurden die Anträge auf Schaffung einer Nachweisstelle in Verbindung mit dem Gewerbegericht abgelehnt und eine sechsgliedrige Kommission mit dem Auftrag gewählt, „die Sache reiflich zu prüfen“.

Am 18. Januar 1897 kam die Frage zur endgültigen Entscheidung. Die Stadtverordneten beschlossen, den von einem Wohltätigkeitsverein bis dahin geleiteten öffentlichen Nachweis in städtische Verwaltung zu übernehmen¹. Die Anstalt soll Arbeitgebern und -nehmern jeder Art und beiderlei Geschlechts kostenlos zur Verfügung stehen, ohne dass deshalb eine Verpflichtung zur Nachweisung von Beschäftigung anerkannt werde. (§ 1 des Statuts.)

Die Oberaufsicht über den Arbeitsnachweis behält sich der Magistrat vor; die Leitung aber desselben ist einem Ausschuss übertragen, der aus zwei Magistratsmitgliedern und fünf von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählenden

¹ Soz. Praxis 1897, S. 573.

Bürgern besteht. Von den letzteren müssen zwei zu den Stadtverordneten gehören. Der Ausschuss hat das Recht, bei der Verwaltung der Nachweisstelle Sachverständige aus dem Kreise der Arbeitgeber und -nehmer mit beratender Stimme zuzuziehen. Dem Magistrat steht die Aufstellung der Geschäftsanweisung zu, nach der die Vermittlungstätigkeit sich zu richten hat. — Nach § 2 des Statuts kann sich die städtische Nachweisstelle zur Erfüllung ihres Zwecks mit andern Stellen in Verbindung setzen. Sie hat sich denn auch dem Verband deutscher Arbeitsnachweise angeschlossen.—

Die Arbeitsvermittlung erfolgt auf Grund von Listen, welche nach den vom Magistrat dafür festgestellten Mustern geführt werden. Nach der Geschäftsordnung soll dem Magistrat und dem Ausschusse allmonatlich eine Übersicht über die Tätigkeit der Nachweisstelle unter Benützung vorgeschriebenen Schemas vorgelegt werden. Doch gesteht der Bericht pro 1901, dass bis zur Zeit „eine geordnete Arbeitsnachweisstatistik mit statistischen Formularen über die Tätigkeit der Anstalt noch nicht zur Einführung gekommen ist.“

Die Gesamtübersicht über die Tätigkeit der Anstalt seit deren Eröffnung stellt sich dar, wie folgt:

	Stellenangebote			Stellengesuche			Stellenvermittlung		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1897/98	1 116	1 140	7 256	2 638	329	2 967	1 370	148	1 518
1898/99	3 197	585	3 782	1 276	158	1 434	686	44	730
1899/00	12 307	2 533	14 840	9 693	1 381	11 074	5 246	838	6 102
1900/01	6 365	3 684	10 049	10 128	1 417	11 545	3 290	1 225	4 515
1901/02	3 415	3 127	6 542	9 035	1 746	10 781	1 531	1 819	2 850

Die auffallende Steigerung der Frequenz im Jahr 1899/00 verglichen mit dem Vorjahr erklärt der betr. Bericht einmal aus der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur und dem zunehmenden Vertrauen, das der unparteiisch gehandhabte Arbeitsnachweis bei immer weiteren Kreisen sich gewinne; vor allem aber röhre sie her von der Verlegung der Geschäftsräume von dem Stadthause weg nach einem Gebäude

im Zentrum der Stadt. Freilich hat auch diese räumlich günstige Lage gegen die in den Jahren 1900 und besonders 1901 einbrechende Geschäftskrisis nicht aufkommen können, was das tiefe Sinken der Stellenangebote in dem entsprechenden Zeitraum bekundet.

Mit dem 22. Januar 1902 ist mit dem Arbeitsnachweis eine Schreibstube für Stellenlose verbunden und eröffnet worden. Allein in den zwei Monaten Februar und März 1902, für welche Angaben vorliegen, konnte 20 Schreibern mit 204 Arbeitstagen Beschäftigung verschafft werden. An Lohn wurden denselben 344,73 Mk. ausbezahlt. Der Durchschnittslohn pro Person und Tag betrug im Februar 1,50 Mk., im März 1,39 Mk.

Magdeburg.

Der Errichtung einer „städtischen Arbeitsnachweisstelle“ in Magdeburg sind im Schoß der zuständigen Körperschaften längere Verhandlungen vorausgegangen. Alle die bekannten Einwendungen, die von gegnerischer Seite gegen eine Übernahme der Arbeitsvermittlung durch die städtische Verwaltung vorgebracht zu werden pflegen, sind auch hier ins Feld geführt worden: „der städtische Arbeitsnachweis sei unnütz; es sei kein Bedürfnis für einen solchen vorhanden; es werde niemand davon Gebrauch machen wollen: wer ein Dienstmädchen benötige, werde doch deshalb nicht an den Magistrat gehen; die Stadt habe kein Interesse daran, Agenten und Vermittlern das Brot zu nehmen, um auch die Stellenvermittlung zu „verstadtlichen“; der städtische Arbeitsnachweis werde bei vielen Arbeitern die Meinung hervorrufen, die Stadt habe nun auch die Pflicht, Allen Arbeit zu besorgen“¹.

Trotz allen Widerspruchs und besonders auf das energische Eintreten des Oberbürgermeisters hin kam es in den städtischen Körperschaften zu einer Einigung. Am 17. November 1898 ist vom Magistrat die Errichtung einer „Städti-

¹ Soz. Praxis 1898, S. 1060 und 1899, S. 204.

schen Arbeitsvermittlungsstelle“ beschlossen worden, nachdem man auf die Einführung einer Streikklausel in das Statut, als einen Stein des Anstoßes, verzichtet hatte. — Mit April 1899 hat dann die Stelle ihre Tätigkeit angetreten.

Der Magdeburger städtische Arbeitsnachweis wird unter Aufsicht des Magistrats von einem Ausschuß geleitet. Dieser besteht aus einem Mitglied des Magistrats und je fünf Arbeitgebern und -nehmern, von denen je drei von den Besitzern des Gewerbegerichts und je zwei von der Stadtverordnetenversammlung auf drei Jahre gewählt werden. Soweit die Gewerbegerichtsbesitzer die Wahl ablehnen, wird auch diese von den Stadtverordneten vollzogen. Die Geschäftsordnung, mit deren Ausführung besoldete, vom Magistrat nach Anhörung der Nachweiskommission bestellte Beamte betraut sind, ist von der Kommission entworfen und von den Stadtbehörden genehmigt. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich; zur Bestreitung der verursachten Unkosten ist in den städtischen Ausgabeetat ein Posten mit 8—10 000 Mk. eingesetzt. —

Die Stadt behält sich ausdrücklich das Recht vor, den Arbeitsnachweis jederzeit wieder eingehen zu lassen. —

Die Geschäfte werden auf Grund von Listen geführt. Die zur Anzeige gekommenen Stellen sind in den Warterräumen durch Anschlag, gegebenenfalls durch Ausruf, dann auch in bestimmten Zeitabschnitten nach Anordnung der Kommission außerhalb des Geschäftslokals an geeigneten Stellen bekannt zu machen. Dass die Anstalt von vornherein den Verkehr mit anderen Nachweisstellen und die Pflege der Beziehungen zum statistischen Amt in Hinsicht auf die Bewegungen am Arbeitsmarkt in Aussicht nimmt, wird derselben vom „Arbeitsmarkt“ als erheblicher Vorzug angerechnet. —

Eine Übersicht über die jährlichen Leistungen der Anstalt insgesamt gibt die Tabelle auf nächster Seite.

Der überwiegende Teil der vermittelten Stellen entfällt auf die ungelernten Arbeiter; (1902: von 3388 männl. Vermittlungen sind 2637 von letzterer Art); auch landwirtschaft-

liche Stellen sind besetzt worden, aber in geringer Zahl; (1902: 112); auf den auswärtigen Verkehr kommen 1902: 387 Vermittlungen. — Reservisten sind 1902: 33 untergebracht.

	Stellenangebote			Stellengesuche.			Besetzte Stellen.			Sind vermittelt von 100	
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	Angeb.	Gesuch.
1899	3585	+ 2206	= 5791	4243	+ 1407	= 5650	2441	+ 837	= 3278	55,6	58,0
1900	4904	+ 4185	= 9089	5151	+ 2427	= 7578	3971	+ 1852	= 5823	64,1	76,8
1901	4282	+ 4966	= 9248	12369	+ 3064	= 15433	3727	+ 6343	= 6343	68,6	41,1
1902	3817	+ 4856	= 8673	14317	+ 2993	= 17310	3388	+ 2851	= 6239	71,9	36,0

Stettin.

Seit dem 15. Mai 1900 besitzt Stettin einen städtischen Arbeitsnachweis. Die seiner Eröffnung vorhergehenden Verhandlungen haben sich durch ganze zwei Jahre hingezogen (1898—1899). Eine zum Zweck der Vorberatung der Sache von den städtischen Behörden eingesetzte gemischte Kommission hat dann dem Magistrat einen Organisationsentwurf vorgelegt, der März/April 1899 zuständigerseits auch Annahme fand. Der zu errichtende Arbeitsnachweis erhält darnach die Aufgabe, zwischen Arbeitgebern und gewerblichen, landwirtschaftlichen und den sog. ungelernten Arbeitern, sowie Dienstboten und Lehrlingen beiderlei Geschlechts Arbeit zu vermitteln. Die Vermittlung soll gebührenfrei durch besoldete Beamte, die der Magistrat nach Anhörung des Nachweisausschusses anstellt, erfolgen; jedoch müssen Portokosten und sonstige bare Auslagen ersetzt werden. Die Kosten, die aus der ganzen Einrichtung der Stadt zur Last fallen würden, wurden auf 6—8000 Mk. jährlich angeschlagen¹.

An die Spitze des Arbeitsnachweises wird ein paritätischer Ausschuss berufen, der die Rechte und Pflichten einer städtischen Deputation erhält, also unter Aufsicht des Magistrats zu stehen kommt. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus einem vom Magistrat zu bestellenden Vorsitzen-

¹ Soz. Praxis 1899, S. 572.

den und aus je fünf Arbeitgebern und -nehmern; je drei von diesen werden von den Besitzern des städtischen Gewerbegerichts, je zwei von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Von den letzteren wieder ist mindestens je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer auf Vorschlag der mit Schiedsgericht versehenen Innungen aus diesen zu entnehmen. Wählbar sind nur solche Personen, die mindestens ein Jahr in Stettin wohnen, das 25. Lebensjahr überschritten haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die erste Aufgabe der Nachweis-Kommission bestand in der Ausarbeitung einer Geschäftsordnung und dem Entwurf der zur Geschäftsführung benötigten Formulare. Beides wurde, unter Berücksichtigung bewährter Unterlagen anderer Arbeitsnachweise, bis zum März/April 1900 fertiggestellt und von den städtischen Behörden genehmigt. — Blieb noch die Frage nach den erforderlichen Räumlichkeiten. Da es nicht gelingen wollte, passende Räume in einem Privathaus zu erlangen, beschloß der Magistrat, die Bureaus in dem alten Rathause, sobald dasselbe verfügbar wäre, unterzubringen. Mit dem 15. Mai 1900 war alles unter Dach und Fach, und konnte die Vermittlungstätigkeit der städtischen Anstalt Stettin ihren Anfang nehmen. —

Der Arbeitsvermittlung liegen Listen zugrunde; die Eintragung erfolgt auf mündlichen oder schriftlichen Antrag hin. Da von auswärts oft ungenügende Angaben seitens der Arbeitsuchenden einlaufen, verschickt die Anstalt gegebenenfalls Fragekarten, die, mit Notizen über folgende Punkte versehen, an den Nachweis zurückzufertigen sind: 1. Berufsstellung; 2. Ort und Dauer der letzten Beschäftigung; 3. Alter; 4. Geburtsort; 5. Zeugnisse.

Im einzelnen erfolgt der Nachweis der Reihenfolge nach, jedoch so, daß die besonderen Anforderungen für oder an eine zu besetzende Stelle möglichst berücksichtigt werden. — Da trotz aller Bemühungen auch in Stettin die unterschriebenen Nachweisscheine nur höchst unregelmäßig zur Anstalt zurückkehrten, hat man sich so zu helfen gesucht, daß bei Verabfolgung von Vormerkzetteln und Zuweisungs-

karten die Quittungskarten der Arbeiter so lange von der Anstalt einbehalten werden, bis der Auftrag durch Rückgabe des einen oder anderen der zwei ausgestellten Papiere als erledigt angezeigt wird. Das Verfahren soll sich bewährt haben. —

Über den Geschäftsverkehr liegen nur Angaben pro 1900/01 und 1901/02 vor. Nach denselben hat sich die Benützung der Anstalt durch die Interessenten „bedeutend gehoben“. Die Zahlen geben dafür folgendes Bild:

	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1900/01	712	+	599 = 1 311	2 173	+	840 = 2 513	367	+	157 = 524
1901/02	1 749	+	1 900 = 3 649	3 801	+	958 = 4 759	1 359	+	704 = 2 063

In der männlichen Abteilung bilden die „Ungelernten“ die Mehrzahl unter den Klienten der Anstalt. 1902 kommen von 1749 Stellenangeboten nicht weniger als 1100 auf ungelernte Arbeiter; von 3801 Stellengesuchen sind es 2793, von 2063 Vermittlungen 1002, die auf jene Arbeiterkategorie entfallen. Von gewerblichen Arbeitern sind es nur Schlosser (138) und Schmiede (53), die in nennenswerter Zahl versprechen. Von den übrigen Gewerben werden gewöhnlich nicht mehr als 1, 2, 3 Gesuche im Jahr eingetragen. Es liegt dieses Gemiedenwerden des Arbeitsnachweises durch die gewerblichen Arbeitnehmer daran, dass die städtischen Behörden bei der Organisation des kommunalen Nachweises keine einzige der von der organisierten Arbeiterschaft vorgetragenen Forderungen berücksichtigt haben.

Die weibliche Abteilung hat einen nicht unbedeutenden Verkehr aufzuweisen. In Stettin hat es sich drastisch gezeigt, wie sehr Erfolg oder Nichterfolg in der weiblichen Vermittlung von der Anstellung, bzw. Nichtanstellung einer weiblichen Leiterin abhängt. Solange die weibliche Abteilung mit der männlichen vereint gewesen ist, vom 15. Mai bis 31. Dezember 1900, haben sich im ganzen bloß 29 Stelle-suchende bei 121 Stellenangeboten gemeldet. Zustande aber kam nur eine Vermittlung. Als dagegen mit dem 1. Januar

1901 die Leitung der weiblichen Abteilung einer Frau übertragen worden war, hat sich der Verkehr nur innerhalb des 1. Vierteljahrs schon auf 477 offene Stellen, 311 Stellengesuche und 156 Vermittlungen gehoben. Verlangt wurden hauptsächlich Dienstmädchen, Aufwärterinnen, Köchinnen, Arbeiterinnen, Kindermädchen, Wirtshafterinnen, Waschfrauen. Wie überall, stand auch in Stettin der Nachfrage nach Dienstmädchen ein bedeutendes Unterangebot gegenüber.

Chemnitz.

Seit 1895 schon sind inmitten der Chemnitzer Arbeiterkreise Bestrebungen auf Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises aufgetreten. Doch war das Bestehen verschiedener und „bewährter“ Facharbeitsnachweise — besonders die Hauptindustrien in der Stadt führen solche — der Verwirklichung jener Bestrebungen wenig günstig. So blieb die Sache zunächst liegen. Unter dem Druck jedoch der besonders in Süddeutschland sich mächtig entwickelnden Bewegung zugunsten öffentlicher Nachweise kam diese Frage auch in Chemnitz wieder in Fluss. Nur sind es jetzt die städtischen Behörden, die von sich aus deren Regelung in die Hand nehmen; man erklärt sich grundsätzlich für die Einrichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises. Zunächst wird ein Ausschuss zu weiterer Prüfung der Angelegenheit eingesetzt. Hier ist man „in rechter Würdigung der Bedeutung fachmännisch geleiteter Facharbeitsnachweise für Städte mit ausgeprägt einseitigen Industriezweigen, wie das in Chemnitz hinsichtlich der Eisen- und Textilindustrie zutrifft, sowie in Anerkennung der Leistungen der bestehenden Nachweisstellen dieser beiden Industriezweige, im allgemeinen darüber einig, dass, im Interesse einer tunlichst raschen Unterbringung des Arbeiters in eine seiner Ausbildung und Leistungsfähigkeit entsprechende Stelle, den Facharbeitsnachweisen auch fernerhin ihr Wirkungskreis belassen werden müsse.“ Es schien den örtlichen Verhältnissen am besten ein Arbeitsnachweis angepasst, der sich zwischen die einzelnen Fachnachweise einschöbe und vor-

zugsweise derjenigen Arbeitsvermittlung seine Aufmerksamkeit zuwände, für die besondere Anstalten noch nicht bestünden; anderseits durfte ein städtischer Arbeitsnachweis, sollte er seiner besonderen sozialen und gemeinde-politischen Aufgabe gerecht werden, niemandem, der ihn angehen würde, seine Dienste versagen, müßte vielmehr seinen Wirkungskreis auch auf das Gebiet der Facharbeitsnachweise ausdehnen und dort Hand in Hand mit jenen tätig sein. Diesen Erwägungen entsprechend schlug der Ausschuss vor, den städtischen Arbeitsnachweis auf der breiten Grundlage eines „allgemeinen“ Nachweises aufzubauen.

Schwierigkeiten bereitete die Frage der Verwaltung desselben. Über den paritätischen Charakter, den der kommunale Nachweis haben müsse, war man einig. Nicht aber darüber, was unter paritätischem Charakter zu verstehen sei. Die Antragsteller auf Errichtung einer städtischen Anstalt aus der Mitte der Stadtverordneten — wohl Arbeitnehmermitglieder dieser Körperschaft — verlangten, dass die Leitung des Nachweises einer Kommission übertragen werde, die sich zu zwei Dritteln aus Arbeitnehmern und zu einem Dritteln aus Arbeitgebern zusammensetze. Dagegen waren alle, die den Einfluss der Arbeitgeber auf die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu wahren suchten. Die Lösung wurde so gefunden, dass Arbeitnehmer wie -geber in gleicher Stärke herbeizuziehen seien, zwischen beide Parteien aber noch ein aus dem städtischen Verwaltungskörper zu entnehmendes neutrales Glied eingefügt werden solle. Von solcher Verteilung der Autorität versprach man sich die segensreichste Einwirkung auf die Entwicklung des Arbeitsnachweises und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens, indem man nämlich in dem unparteiischen Verwaltungsglied, gegenüber allen einseitigen, in der Sache selbst nicht begründeten Bestrebungen von rechts oder links, ein genügendes Gegengewicht zu haben hoffte.

Dem von dem Ausschuss schließlich ausgearbeiteten Statut erteilten die städtischen Kollegien in ihren Sitzungen vom 13. Juli und 30. Oktober 1899, nach Vornahme einiger

Abänderungen, ihre Genehmigung. Am 15. Juni 1900 konnte der Arbeitsnachweis in einer, in unmittelbarer Nähe des Stadtinnern gelegenen, errieteten Erdgeschoswohnung eröffnet werden. —

Der Arbeitsnachweis wird unter Aufsicht des Stadtrats von einem aus acht Mitgliedern bestehenden Ausschusse geleitet, zu welchem der Stadtrat, die Stadtverordneten, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- Beisitzer des städtischen Gewerbegeichts aus ihrer Mitte je zwei ständige Mitglieder und je zwei Ersatzmänner wählen. Der Stadtrat bestimmt von den aus seiner Mitte Gewählten den Vorsitzenden des Ausschusses und dessen Stellvertreter.

Bei der Einrichtung des Arbeitsnachweises wurden die Erfahrungen, die bei anderen, schon länger bestehenden Arbeitsnachweisen und insbesondere in Freiburg i. Br. gesammelt worden waren, möglichst berücksichtigt. Es wurde demgemäß der Arbeitsnachweis gleich in zwei Abteilungen errichtet und der männlichen wie der weiblichen ein gesondertes Wartezimmer zuerteilt. Die Beamten der Anstalt werden, nach Anhörung des Ausschusses für den Arbeitsnachweis, vom Stadtrat ernannt. Die Kosten der unentgeltlich zu bewirkenden Vermittlung übernimmt die Stadt. —

Der Geschäftsgang wurde möglichst einfach und für die Interessenten tunlichst bequem unter Vermeidung alles unnötigen Schreibwerks eingerichtet. Zur schnelleren Erledigung der Vermittlungsaufträge wurde der Arbeitsnachweis an den Fernsprecher angeschlossen; auf diese Weise will man den Arbeitgebern den Verkehr mit der Anstalt erleichtern und die Beamten in die Lage bringen, jederzeit mit den Klienten in Verbindung zu treten.

Von Aufstellung einer eigenen Geschäftsordnung ist zunächst abgesehen worden, bis die nötigen Erfahrungen über die verschiedenen, für die örtlichen Verhältnisse in Betracht kommenden Bestimmungen gesammelt seien. Bis auf weiteres hat der Ausschuss für die allgemeine Geschäftsbearbeitung das Listsystem in Gebrauch genommen. Im Interesse zweckmäßigster Arbeitsverträge ist den Nachweis-

beamten besonders aufgegeben, sich bei den Arbeitsuchenden möglichst eingehend über die Art ihrer bisherigen Beschäftigung, ihrer Leistungsfähigkeit, Lohnansprüche u. s. w. zu erkundigen. — Die offenen Arbeitsstellen werden täglich durch Anschlag in den Wartezimmern bekannt gemacht. —

Für den Anstaltsverkehr liegen die wenigen nachfolgenden Zahlen nur vor:

Juni-Dec.	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1900	283	+	99 = 382	926	+	76 = 1002	132	+	6 = 138
1901	714	+	160 = 874	2175	+	250 = 2425	420	+	30 = 450

Die ungelernten Arbeiter (1901: 673) nehmen in Chemnitz die erste Stelle ein; doch kommen auch grössere Zahlen bei den gelernten vor: Gießer und verwandte Berufe 373; Maschinenbranche 413; kaufmännisches Personal 109; landwirtschaftliche Arbeiter 63.

Über den Umfang des Verkehrs an der Chemnitzer Arbeitsnachweisanstalt urteilt der Bericht 1901 selber: „Wenn das Ergebnis des Arbeitsnachweises noch keineswegs vollauf befriedigend genannt werden kann, so hat das — abgesehen von den wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen — seinen Grund darin, dass das Vorhandensein des Nachweises noch nicht genügend bekannt ist und weiter, dass neben dem städtischen Nachweis eine ganze Reihe anderer, bereits seit vielen Jahren eingeführter und bewährter Arbeitsnachweise von Innungen, Verbänden, Vereinen u. s. w. besteht. Übrigens haben auch in anderen Städten die kommunalen Arbeitsnachweise anfänglich eine nur langsame Entwicklung genommen. Es ist dabei eben zu berücksichtigen, dass in manchen Kreisen eine Schüchternheit vor der Benützung derartiger öffentlicher Einrichtungen herrscht, die Befürchtung, dass damit ein behördlicher Eingriff in die Arbeitsverhältnisse und eine Aufsicht darüber verbunden sei; wenn erst der Arbeitsnachweis mit seinen Einrichtungen und Absichten genügend bekannt und gewürdigt sein wird — an die Presse

wird appelliert, daß sie aufklärend, helfend mitarbeite — steht auch in Chemnitz für die Arbeitsnachweisstelle eine segensreiche Tätigkeitsentfaltung zu erwarten“.

Braunschweig.

Von städtischer Seite aus sind Vorverhandlungen über Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises schon 1893 begonnen worden. Vor jeder endgültigen Entscheidung aber hielt der Stadtmagistrat darauf, seitens der Beisitzer des Gewerbegerichts eine gutachtliche Äußerung einzuholen über die Art und Weise, in welcher „eine solche Einrichtung am zweckmäßigsten zu treffen sei“. In einer auf den 20. April 1894 einberufenen Beratung herrschte Einstimmigkeit unter allen Teilnehmern hinsichtlich der Kostenlosigkeit der Vermittlung, der Organisation des Amtes auf paritätischer Grundlage und der Einbeziehung der Vermittlung für Dienstboten in den Kreis seiner Tätigkeit. Die Frage über die Auf- oder Nichtaufnahme der Streikklausel in das Ortsstatut dagegen brachte die ganze Angelegenheit von neuem ins Stocken, da die Arbeitgeber-Beisitzer gegen, die Arbeitnehmer-Beisitzer für die Aufnahme waren und keine Partei von ihrem Standpunkte lassen wollte. Erst 1897 konnten die Verhandlungen neu aufgenommen werden, als auch die Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichts der Streikklausel eine mehr untergeordnete Bedeutung zuzumessen anfingen. Nachdem Statuten und Geschäftsordnung von der Stadtverordneten-Versammlung bis Februar 1900 fertiggestellt worden, auch die Frage nach passenden Räumlichkeiten für das Arbeitsamt geregelt war, konnte dasselbe am 2. April 1900 seine Tätigkeit beginnen. —

In seiner Organisation lehnt sich das Braunschweiger Arbeitsamt durchweg an das Lautenschlager'sche Normalstatut an. Es untersteht dasselbe der Oberaufsicht des Stadtmagistrats; die unmittelbare Aufsicht aber liegt einem Ausschusse von 9 Mitgliedern ob, bestehend aus einem Vorsitzenden, dem städtischen Gewerberichter nämlich, und je

acht Beisitzern, die zu gleichen Teilen aus der Mitte der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Mitglieder des Gewerbegerichts zu wählen sind. Die Wahrnehmung der Vermittlungs geschäfte ist ursprünglich dem Protokollführer des Gewerbe gerichts hauptamtlich übertragen worden. Im Jahr 1902 ist man jedoch dazu übergegangen, das Verwalteramt einem Mann aus dem Handwerkerstand anzuvertrauen.

Bei Errichtung des Arbeitsnachweises war zunächst von einer Dienstboten - Vermittlung Abstand genommen worden. Allein schon im Juni 1901 erkannte man die Un erlässlichkeit einer solchen. — Die Vermittlung erfolgt durchaus unentgeltlich, und kommt die Stadt für sämtliche Kosten auf. Dieselben sind auf 1800 Mk. jährlich veranschlagt, haben aber bereits 1901 2567,99 Mk. betragen.

Da die ursprünglichen Lokalitäten sich bald — besonders infolge eines mangelnden Warteraumes — als ungenügend erwiesen, zog das Amt 1902 in zweckentsprechendere Räume über. Dieselben bestehen zunächst aus einem Wartezimmer für Stellesuchende und, daran angrenzend, aus dem Zimmer des Geschäftsführers. Dieses ist den Arbeitgebern durch einen zweiten Eingang vom Hausflur aus zugänglich. Im Bedürfnisfalle kann noch ein dritter Raum benutzt werden. — Das Amt besitzt einen selbständigen Fernsprech an schluss. —

Das Braunschweiger Arbeitsamt hat für seinen Geschäftsbetrieb das sog. Kartensystem eingeführt, von dem der erste Geschäftsbericht schon rühmend hervorhebt, dass es mit wenig Schreibwerk verbunden und im Geschäftsgang äußerst einfach sei. — Bei den Arbeitgebergesuchen wird besonderes Gewicht auf genaue Angabe über Lohnbedingungen und geforderte Leistungen gelegt. Bei den Arbeitnehmern wird außer den gebräuchlichen Vermerken verzeichnet, ob zugereist oder ortsansässig und unterstützungswohnsitzberechtigt; auch wird der Name des letzten Arbeitgebers eingetragen, damit ein Arbeitssuchender nicht eine schriftliche Aufforderung für eine Stelle erhält, die eben erst von ihm verlassen worden. — Die Zuweisung erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen,

sofern nicht, was allerdings in den meisten Fällen geschieht, sofortige Zuweisung verlangt wird. —

Was den Geschäftsverkehr angeht, so trifft der zweite Jahresbericht wohl das Rechte, wenn er meint: Von einer Einrichtung, „die noch in der Anfangsentwicklung steht, können noch nicht diejenigen Erfolge erwartet werden, welche ältere Arbeitsnachweise meistens zu verzeichnen haben. Der Umfang der Vermittlungstätigkeit zeigt bei jeder Neueinrichtung erfahrungsgemäß nur ein allmähliches Steigen.“ Für Braunschweig hat dieser Umfang bestanden in

	Stellenangeb.	Stellengesuch.	Vermittlungen
1900	2228	2154	1804
1901	2878	3558	2261
1902	2165	3515	1598 + 67 (Dienstb.)
			= 1665

Den Rückgang in der gesamten Tätigkeit, wie ihn die Zahlen für 1902 angeben, will der Geschäftsbericht „aus der allgemeinen Ungunst des Arbeitsmarktes“ erklären. —

In der Hauptsache handelt es sich bei den erzielten Vermittlungen um ungelernte Arbeiter. Auf sie kommen 1901: 1295 von im ganzen 2261; 1902: 1089 von im ganzen 1165 Vermittlungen. Die geringe Zahl beim Arbeitsnachweis verkehrender gelernter Arbeiter schreibt der Geschäftsbericht 1901 dem Bestehen besonderer Fach- oder Innungsnachweise zu. Wie sehr das Eingehen dieser Sondernachweise dem öffentlichen Nachweis zu gut käme, dafür hat Braunschweig eine Erfahrung zu verzeichnen. Dort haben die Tischler ihre Vermittlung der kommunalen Anstalt übertragen. Gleich zeigt sich dies auch in den statistischen Angaben, indem unter den „gelernten“ Vermittlungen der bei weitem größte Prozentsatz eben auf das Tischlergewerbe entfällt.

Der auswärtige Verkehr nimmt im Verhältnis zum Gesamtverkehr einen nicht unbedeutenden Raum ein; davon wieder darf einen nicht geringen Bruchteil der landwirtschaftliche Nachweis für sich beanspruchen. 1901 sind 288 auswärtige Vermittlungen, davon 64 landwirtschaftliche vermerkt. Zu diesen 64 nach auswärts vermittelten Stellen

kommen dann weiter noch 40 landwirtschaftliche am Orte selbst; im ganzen also 104. Das ist ein bedeutender Fortschritt im Vergleich zum Vorjahr, das nur 27 Vermittlungen für die Landwirtschaft aufzuweisen hat. Diese günstigen Ergebnisse schreibt der Bericht von 1901 dem Umstand zu, dass eine grösere Anzahl von Arbeitgebern sich zur Gewährung von Wochenlohn bereit gefunden habe; zum Teil mag auch das für die Geschäftswelt ungünstige Jahr der Landwirtschaft mit zu statten gekommen sein. Verschiedentlich haben sich gewerbliche Arbeiter für landwirtschaftliche Stellen gemeldet, doch nur als Erntearbeiter, nie als Knechte Beschäftigung erhalten. Um den Landwirten wirklich brauchbare Kräfte zu überweisen, hat das Arbeitsamt darauf gesehen, nur solche Leute für landwirtschaftliche Stellen zu berücksichtigen, die bereits längere Zeit als landwirtschaftliche Arbeiter tätig gewesen waren und sich als solche durch ihre Papiere auszuweisen vermochten. Im Jahre 1902 haben die Erfolge auf dem landwirtschaftlichen Gebiet nicht nachgelassen. Von 104 ist die Zahl der Vermittlungen auf 157 gestiegen.

In sehr bescheidenen Grenzen hat sich dagegen die Vermittlungstätigkeit in der weiblichen Abteilung gehalten. Bei der gewerblichen Abteilung kam es 1900 zu 12, 1901 zu 29, 1902 zu 58 Stellenbesetzungen. In der Dienstbotenvermittlung sind 1901: 79, 1902: 67 Resultate zu vermerken gewesen. Zur Erklärung des geringen Verkehrs in der weiblichen Abteilung beruft sich der Bericht von 1901 darauf, dass Stellen bei Gewerbetreibenden sehr schwer zu besetzen sind. Vorzugsweise werden von den Dienstboten die Gesuche von Privatherrschaften berücksichtigt. —

In der Lehrlingsvermittlung bleiben die erzielten Erfolge recht bescheidene: 1900: 1; 1901: 21; 1902: 2. Die angebotenen Stellen röhren größtenteils von Handwerkermeistern her, während Fabrikbetriebe sich des Arbeitsamtes nicht bedienen, weil der Andrang bei den Fabriken so wie so weit die Nachfrage übertrifft. — Auch die Reservistenvermittlung hält sich in niedrigen Zahlen. Im ersten Ge-

schäftsjahr konnten freilich noch 25 Mann in Stellung gebracht werden, aber 1902 meldete sich gar niemand mehr. —

Königsberg.

Die Königsberger Stadtverordneten genehmigten am 9. Januar 1900 die Errichtung einer paritätischen, unentgeltlich arbeitenden, kommunalen Vermittlungsstelle, zu deren Einrichtung und Verwaltung die Einstellung eines Pauschalbetrags von 4200 Mk. in den Etat 1900/01 beschlossen wurde. Entgegen dem Antrage eines Handwerkervertreters, die Tätigkeit des Arbeitsamtes auf die ungelernten Arbeiter zu beschränken und entgegen den Ausführungen eines Stadtverordneten, der einem solchen Arbeitsamt mit seinen hohen Kosten jeden Nutzen absprach, wurde betont: die Bedürfnisfrage sei absolut zuzugeben . . . In unserer Zeit der Ausbreitung großer sozialer Fragen sei es notwendig, daß die Städte, wo die soziale Erregung sich ansammle, jedes gesunde Mittel, das sich ihnen biete, ergreifen, um diese Erregung auszugleichen. Ein solches Mittel liege hier vor. Es sei vor allem etwas Allgemeines und Unparteiliches. Wenn ein allgemeiner Arbeitsnachweis vorhanden sei, werde der Zuzug entweder angezogen oder abgeschreckt, je nach Lage des Arbeitsmarkts. Das sei wirtschaftlich sehr segensreich¹.

Mit dem 1. Januar 1901 hat das Königsberger Arbeitsamt seine Tätigkeit begonnen. Die Anstalt selber steht unter Leitung und Aufsicht eines Ausschusses von 15 Personen. Der Vorsitzende desselben wird von dem Oberbürgermeister ernannt; die übrigen Mitglieder werden aus der Zahl der in der Stadt wohnhaften großjährigen Arbeitgeber und -nehmer in getrennter Wahlhandlung von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzern des Gewerbegerichts gewählt. Wird von einer oder beiden Klassen die Wahl verweigert, so wird dieselbe von der Stadtverordneten-Versammlung vollzogen. Der Ausschuß hat Stellung, Rechte und Pflichten

¹ Soz. Praxis 1900, S. 409.

einer städtischen Deputation. — Feststellung der Geschäftsordnung, Anstellung des besoldeten Nachweispersonals hat sich der Magistrat vorbehalten; dem Ausschuß steht nur ein Vorschlagsrecht zu. —

Für die geschäftliche Tätigkeit des Arbeitsamtes ist die unter Datum vom 20. Juni 1900 erlassene Geschäftsordnung maßgebend. Ihr zufolge ist in Königsberg das Listensystem in Anwendung genommen, und vollzieht sich die Abwicklung der Geschäfte in derselben Weise wie bei den Anstalten allen, die dem genanntem System huldigen.

Da bislang von der Anstalt keine Jahresberichte veröffentlicht worden sind, lassen sich nähere Angaben über die Leistungen des Nachweises nicht geben. Auf Grund des vom „Arbeitsmarkt“ gebrachten, aber unvollständigen Zahlenmaterials lassen sich die jährlichen Tätigkeitsergebnisse feststellen wie folgt:

	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1901	4151	+	3381 = 7532	916	+	2503 = 11 664	2680	+	1040 = 3720
1902	1162	+	1131 = 2293	3488	+	948 = 4436	880	+	554 = 1434
Jan.-Mai.	1166	+	1599 = 2765	3010	+	1054 = 4064	842	+	605 = 1447
Jan.-Mai.									

Posen.

In Posen hat bis 1. April 1901 eine von einem Verein unterhaltene „Zentralanstalt für Arbeitsnachweis“ bestanden. Da „das Interesse der Vereinsmitglieder an dem Arbeitsnachweis im Laufe der Jahre ein immer geringeres wurde, hat der Verein sich aufgelöst.“ Die Geschäfte der „Zentralanstalt“ gingen durch übereinstimmenden Beschuß der städtischen Körperschaften auf die städtische Verwaltung über. Die eigentliche Geschäftsführung wurde einem städtischen Beamten übertragen. Durch rege Agitation in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen, auch seitens des Gewerbeamtes und des Gewerbegerichts ist es gelungen den Geschäftsvorkehr zu heben. Derselbe hat folgenden Umfang angenommen: in der

männlichen Abteilung:

	Stellenangebote.		Stellengesuche.		Vermittlungen.			
	hies. ausw.	zus.	hies. ausw.	zus.	hiesige hier ausw.	auswärtige hier ausw.	zus.	
1901/02	5345	+ 947 =	6292	7716	+ 2203 =	9919	4241	+ 238 + 86 + 154 = 4179

weiblichen Abteilung:

	Stellenangebote.		Stellengesuche.		Vermittlungen.			
	hies. ausw.	zus.	hies. ausw.	zus.	hiesige hier ausw.	auswärtige hier ausw.	zus.	
1901/02	3479	+ 340 =	3819	3228	+ 558 =	3786	1748	+ 42 + 46 + 28 = 1864

Die Gesamtsumme der Vermittlungen: 6583 beträgt im ersten Jahr des Bestehens der städtischen Anstalt ca. das Doppelte des größten von dem früheren Vereinsnachweis erzielten Erfolges (1900: 3490).

II. Die Großstädte mit öffentlichen Vereins-, aber von den kommunalen Verwaltungen weitgehendst unterstützten Arbeitsnachweisen.

Köln.

Die ersten Anfänge in den Bestrebungen nach einem allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweis sind in Köln von dem Verein für Volkswohl ausgegangen. Derselbe errichtete im Sommer 1892¹ einen Arbeitsnachweis, der an Wochentagen von 2—5 Uhr allen Interessenten zugänglich war. In einem Rundschreiben mit vorgedruckten Anmeldungs-karten, das in 1100 Exemplaren an ziemlich alle namhaften Arbeitgeber versandt wurde, sind diese zur Benutzung der

¹ Schon 1874 war ein ähnlicher Arbeitsnachweis gegründet worden, dessen Fortsetzung derjenige von 1892 bildete.

Anstalt aufgefordert worden. Auch unter Zuhilfenahme der Presse, durch Plakatanschlag an öffentlichen Säulen wurde auf den Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht. Das Ergebnis war ein völliger Misserfolg: kaum 150 Stellenangebote, keine 200 Stellengesuche¹.

Auf diesem Wege also, dass ein gemeinnütziger Verein die Sache selbstständig und einseitig betreibe, ging es nicht.

Erneut in Fluss kam die Arbeitsnachweisfrage in Köln anno 1894, nachdem der Stuttgarter Plan einer gleichmässigen Beteiligung von Arbeitern und Unternehmern an einem städtischen Nachweis bekannt geworden war. Jetzt suchen auch die gemeinnützigen und Wohltätigkeits-Vereine sich der Vorteile jener Organisationsweise zu bemächtigen und ihre unvollkommenen Einrichtungen dadurch am Leben zu erhalten. In Köln ist es der Gewerbeverein, der die Angelegenheit tatkräftig in die Hand nimmt. Trotz des allgemeinen Misstrauens, mit dem man dem Plan der Errichtung eines öffentlichen Nachweises begegnete, brachte jener Verein es doch dahin, dass die Sache, behufs Erlangung städtischer Beihilfe, dem Stadtverordneten-Kollegium unterbreitet wurde, in der richtigen Erkenntnis, dass die kommunalen Behörden irgendwie mit dem Arbeitsnachweis in Verbindung gebracht werden müssten, sollte ein Erfolg erzielt werden.

Mochte man auch im Schoß des Stadtverordneten-Kollegiums Befürchtungen hegen in betreff der Benützung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber, so zeigte man sich doch nicht abgeneigt, einem allgemeinen paritätischen Nachweis städtische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Gegen Ende Juli 1894 gingen die Beratungen zu Ende; es wurde allseitiges Einverständnis erzielt².

So traten denn nachfolgende Vereine und Korporationen Kölns zwecks Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises zusammen: der Gewerbeverein, der Verein selbständiger Handwerker, der Innungsausschuss, der katholische

¹ Soz.-pol. Zentralblatt 1894, S. 8.

² Ebenda, S. 572.

Gesellenverein, der evangelische Arbeiterverein, die katholischen Arbeitervereine, das Gewerkschaftskartell. Jedes Verbandsmitglied hat Vertreter in den Verwaltungsausschuss der Nachweisanstalt abzuordnen. — Auf Grund der paritätischen Zusammensetzung dieses Ausschusses bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung, unterm 31. Oktober 1894, einen einmaligen Beitrag von 1300 Mk. zur ersten Einrichtung der für den Arbeitsnachweis erforderlichen Räume und ferner einen jährlichen Beitrag von höchstens 8000 Mk. für Miete, Besoldung des nötigen Personals und Bestreitung der Bureaukosten. Mit dem Tag, wo die Stadt die erforderlichen Lokale selber zur Verfügung gestellt hat, hat sie ihren Jahresbeitrag auf 6600 Mk. erniedrigt, ein Betrag, der, in Anbetracht der mit steigendem Verkehr sich steigernden Unkosten, seit 16. März 1899 wieder auf 8600 Mk. erhöht worden ist.

Nachdem alle Vorbedingungen für die Errichtung der geplanten Nachweisanstalt in befriedigender Weise erfüllt waren, konnte diese, am 17. Dezember 1894, ihre Tätigkeit aufnehmen.

Auf die Organisation der Arbeitsnachweisanstalt behielt sich die kölnische Stadtverordneten-Versammlung einen gewissen Einfluss insofern vor, als sie ihre Unterstützung davon abhängig machte, daß 1. die Arbeitsvermittlung in einer männlichen und einer weiblichen Abteilung getrennt zu erfolgen habe; 2. Satzungen und Geschäftsordnung, sowie etwaige Änderung derselben der Genehmigung durch die Stadtverordneten, die Ernennung des Verwalters aber der Bestätigung durch den Oberbürgermeister unterliegen sollen; 3. eine etwa ins Leben tretende städtische Arbeitslosen-Versicherung dem Arbeitsnachweis anzugliedern sei — was seit 1896 der Fall ist.

Vorbehaltlich der aus Vorstehendem sich ergebenden Einschränkungen steht Leitung, Vertretung und Verwaltung des Arbeitsnachweises dem Verbande zu. Die Wahrnehmung der Verbandsinteressen liegt der Verbandsversammlung ob, welche zunächst aus je neun Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer besteht. Die Wahl dieser, sowie einer gleichen

Anzahl von Stellvertretern erfolgt durch die Verbandsvereine auf die Dauer von je zwei Jahren. Die Vertreter wählen ihrerseits für eine gleichlange Zeitdauer einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, jedoch nicht aus ihrer Mitte, da die Vorsitzenden nicht als Vertreter der Verbandsvereine bestellt sein dürfen; ihre Wahl unterliegt der Genehmigung durch den Oberbürgermeister. Dem Vorsitzenden ist die unmittelbare Leitung der Anstalt, sowie der Anstaltsbeamten übertragen; er überwacht den Vollzug der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Dieser unterliegen, um nur das Wichtigere anzuführen, die Ernennung und Entlassung des Anstaltpersonals (mit der bereits erwähnten Einschränkung), die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Feststellung der Geschäftsordnung, die Entscheidung über die Beschwerden hinsichtlich des Anstaltsbetriebs.

Die Arbeitsvermittlung geschieht völlig unentgeltlich und zwar in erster Linie für solche Personen, die in Köln ortsangehörig und beschäftigungslos geworden sind und daselbst Arbeit suchen. Für Vermittlung nach auswärts können die notwendigen baren Auslagen in Anrechnung gebracht werden.

Bei Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen stellt die Anstalt ihre Tätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den in Betracht kommenden Arbeitszweig ein.

Es liegt in der Natur der Sache, daß da, wo verschiedene Einzelvereine sich zu einem gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis zusammengetan haben, im eigenen Interesse fortgesetzt dahin gestrebt werden wird, andere, noch abseits stehende Vereinsnachweise nach Möglichkeit heranzuziehen und mit dem Ganzen zu verbinden. Solchen zentralisierenden Bemühungen begegnet man auch in Köln. Ein bedeutender Erfolg nach dieser Richtung hin schien der im Jahr 1898/99 erfolgte Beitritt der mächtigen Wirteinnung. Es wurde derselbe um so freudiger begrüßt, als nunmehr auch derjenige Teil der Arbeiterschaft, welcher bisher in besonderer Weise der Ausbeutung durch gewerbsmäßige Stellenver-

mittlung ausgesetzt war, die Vorteile eines unparteiischen und kostenfreien Arbeitsnachweises würde geniessen können. Leider hat sich die auf den Anschluss der Wirteinnung gesetzte Erwartung „nur in sehr bescheidenem Maß erfüllt“. Trotzdem der Innungsvorstand seine Mitglieder „eifrig“ und auch unter Androhung einer Geldstrafe zur Benützung der öffentlichen Nachweis-Anstalt anhielt, machten im Jahr 1899/1900 von derselben doch nur 44 von 500 Innungsangehörigen Gebrauch für besseres Personal. Die übrigen begehrten nur solche Arbeitskräfte, für welche aufzukommen die gewerbsmässigen Agenten nicht in der Lage waren. Die Folge war, daß auch die anfangs recht zahlreich sich meldenden Arbeitnehmer wieder wegblieben.

Ähnliche Erfahrungen musste der öffentliche Arbeitsnachweis auch mit einem Teil der Grossindustriellen machen. Die Dünger-, Bleiweiß- und Bleiwarenfabriken, in welchen die Arbeit bei den Arbeitern für gesundheitsschädlich gilt, wandten sich wohl, da sie genügende Arbeitskräfte sonst nicht fanden, an die Anstalt. „Da soll die Anstalt gut genug sein“. Die übrige Grossindustrie aber bedient sich derselben nur wenig (1900/01). —

Der Betrieb der Anstalt ist so gestaltet, daß männliche und weibliche Arbeitsuchende räumlich voneinander getrennt sind. Doch klagt der Bericht 1902/03, daß die Geschäftsräume in beiden Abteilungen unzulänglich seien und besonders eine Erweiterung der Anstalt in der Art behinderten, daß den Innungs- und Fach-Arbeitsnachweisen, bei einer event. Angliederung, keine gesonderten Bureaus zur Verfügung gestellt werden könnten. — In der weiblichen Abteilung nähmen vielfach die Dienstmädchen daran Anstoß, daß sie mit Taglöhnerinnen, Fabrikarbeiterinnen, Wasch-, Putz- und Scheuerfrauen in ein und demselben engen Lokal ($3\frac{1}{2} \times 5$ m) zusammen auf Abfertigung warten müßten. Die Abstellung dieser Unzuträglichkeiten steht jedoch in absehbarer Zeit bevor, da die Stadt die Errichtung eines Neubaues für die Nachweisanstalt vorgesehen hat.

Das eigentliche Geschäftsverfahren wickelt sich, unter

Zugrundelegung des Listensystems, folgenderweise ab: Verlangt werden sowohl vom Arbeitgeber wie Arbeitnehmer tunlichst genaue Spezialisierung der Anforderungen und Wünsche hinsichtlich des gesuchten Arbeiters, bzw. der gesuchten Stelle. Eine praktische Karten- und Büchereinrichtung gestattet hiervon mit wenig Zeitaufwand kurz, aber eingehend Vormerkung zu nehmen. Die gemeldeten offenen Stellen werden unverzüglich durch Aushang zur Kenntnis der Arbeitsuchenden gebracht; zu diesem Zwecke befinden sich in dem Anmelde- bzw. Warteraum zwei grosse Plakat-tafeln, auf denen die für Köln in Betracht kommenden Berufe, sowie deren Untergruppen in auffallender Schrift und alphabetischer Reihenfolge vorgedruckt sind. Das eine Plakat ist für gelernte, das andere für ungelernte Arbeiter; beide tragen am Kopfe die Bemerkung: „Gesucht wird, was unterstrichen ist“. Durch einfaches Unterstreichen erfahren also die Arbeitsuchenden zunächst, in welchem Berufe Arbeitsgelegenheit vorhanden ist; die näheren Anforderungen werden dann dem einzelnen Bewerber am Schalter unterbreitet. Entspricht er diesen, was er gegebenenfalls nachzuweisen hat, so erhält er die Adresse des Arbeitgebers mittels einer auf seinen Namen ausgestellten Zuweisekarte. Auf diese Art kommt das Arbeitsverhältnis in den meisten Fällen bei der ersten Zuweisung zustande; wo nicht, so bleibt die Anstalt so lange bemüht, bis die gewünschte Arbeitskraft gefunden ist; da aber die zugewiesenen Bewerber über die Forderungen des Arbeitgebers sämtlich seitens der Anstalt unterrichtet sind, so ist zweckloses Redestehen auf ein Mindestmaß beschränkt. —

Über die Tätigkeit der Nachweisanstalt seit deren Eröffnung gibt die Übersicht auf nächster Seite Aufschluss.

Aus den Zahlen ist zunächst zu ersehen, dass der Verkehr an der Anstalt, wie natürlich, von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage bedingt wird. Bei einer Verschlechterung der Konjunktur gehen besonders die Stellenangebote zurück, während die männlichen Arbeitsuchenden zahlreicher versprechen.

	Stellenangebote.			Stellengesuche			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1894/95	3 663	+	1 790 = 5 453	6 509	+	1 541 = 8 050	3 477	+	880 = 4 357
1895/96	7 022	+	4 490 = 11 512	9 729	+	3 879 = 13 608	6 856	+	3 199 = 10 055
1896/97	8 115	+	7 445 = 15 560	11 113	+	4 625 = 15 743	7 823	+	4 301 = 12 124
1897/98	11 088	+	9 394 = 20 432	14 423	+	5 241 = 19 664	10 026	+	5 070 = 15 096
1898/99	13 019	+	10 812 = 23 831	17 821	+	6 065 = 23 886	12 156	+	5 944 = 18 100
1899/00	16 499	+	11 200 = 27 699	23 856	+	6 688 = 30 494	15 536	+	6 405 = 21 941
1900/01	15 146	+	11 345 = 26 491	25 638	+	7 371 = 33 004	14 693	+	7 030 = 21 723
1901/02	12 885	+	10 691 = 23 526	32 481	+	8 005 = 40 436	12 480	+	7 784 = 20 264
1902/03	18 818	+	10 735 = 29 553	37 235	+	8 356 = 45 591	18 102	+	7 805 = 25 907

In der männlichen Abteilung übertreffen durchgehends, sowohl unter den verlangten Arbeitskräften, als auch unter den Arbeitsuchenden die ungelernten Arbeiter die gelernten. Die Befriedigung der Gesuche bleibt hinsichtlich der Arbeitgeber durchweg sehr günstig: 1899/1900 94 %; 1901/02 sogar 97 %; 1902/03 96,2 %. Dagegen wird mit eintretender Krisis das Prozentualverhältnis für die männlichen Stellesuchenden stetig ungünstiger. Wenn in dem wirtschaftlich guten Jahr 1899/1900 66 % der Stellengesuche genügt werden konnte, trifft dies anno 1901/02 nur noch für 38 % zu; 1902/03 wieder für 48,6 %.

Was den Verkehr in der weiblichen Abteilung charakterisiert, ist die Tatsache, dass das Stellenangebot ständig die Zahl der Stellengesuche übersteigt. Umgekehrt wie in der männlichen Abteilung, ist in der weiblichen die Prozentzahl der Befriedigungen für die Arbeitgeber eine weniger günstige (1902/02 72,7 %) als für die Arbeitnehmer (1902/03 93,4 %). Die Unmöglichkeit, alle Gesuche der Arbeitgeber zu befriedigen, röhrt in Köln wie überall von dem so sehr fühlbaren Mangel an Dienstboten her, die zudem fortfahren, den gewerbsmässigen Vermittlerinnen vor dem öffentlichen Nachweis den Vorzug zu geben. Mit folgenden Gründen versucht der Jahresbericht von 1899/1900 das Unterangebot in der Dienstbotenbranche zu erklären: 1. das Bedürfnis, Dienstboten zu halten, hat sich gegen früher bedeutend gesteigert; 2. Handel, Gewerbe, Industrie nehmen viele Tausende von weiblichen Arbeitskräften, die früher häuslichen Diensten

zur Verfügung standen, vorweg. 3. Industrielle Beschäftigung wird, da sie weniger Zeit im Tag beansprucht, auch größere Freiheit und Selbständigkeit gewährt, der Dienstbotenarbeit vorgezogen. 4. Die Dienstboten sind bei Kranken- und Unfallversicherung den gewerblichen Arbeiterinnen gegenüber stark im Nachteil. 5. Die Ansprüche an Wohnung, Behandlung und Beköstigung sind gestiegen und wollen den Mädchen in gewöhnlichen Fällen nicht mehr genügen. —

Wenn nun aber trotz des Überschusses an Stellenangeboten doch ein, wenn auch geringer, Prozentsatz der Stellen suchenden leer ausgeht, so liegt dies, soweit es Arbeiterinnen, Dienstmädchen oder Köchinnen betrifft, entweder an deren Untauglichkeit (so melden sich als Kinderfräulein Personen, die auch nicht annähernd die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, die oft nicht einmal für Hausarbeit verwendbar sind) oder an den hochgeschraubten, besonders pekuniären Ansprüchen, worin sie durch das gegenseitige Sichüberbieten der Herrschaften nur noch bestärkt werden. Manchmal sind unter den Stellensuchenden auch solche weibliche Personen, die für höhere Dienste sich eignen, für welche aber keinerlei Bedürfnis bei der Anstalt angemeldet ist: Verkäuferinnen, Buchhalterinnen, Haushälterinnen, Kinderfräulein. —

Um die Zahl der ungelernten Arbeiter, von denen in Köln ein Übermaß vorhanden ist, nach Möglichkeit zu vermindern, erbietet sich die Anstalt fortgesetzt, den Eltern bei der Berufswahl der Kinder behilflich zu sein und Lehrstellen bei Handwerkern nachzuweisen. Auch hat sich die Anstalt bei Schulentlassungen mit den Schulinspektoren in Verbindung gesetzt, damit die 14jährigen Knaben auf die Stellenvermittlungsanstalt aufmerksam gemacht würden. Der Bericht von 1896/97 schon weiß von einem erfreulichen Erfolg zu reden, „indem viele Schüler durch den Nachweis in passende Beschäftigung, bzw. Lehrstellen untergebracht worden seien“. Im Laufe der Jahre sind die genannten Erfolge aber stetig zurückgegangen bis auf ganze zwei Vermittlungen anno 1902/03.

Den Reservisten hat die Anstalt durch Nachweis baldiger Arbeit und Verdienstes sich nützlich machen wollen. Durch die Lokalblätter (1896/97) wurden die Arbeitgeber auf die diesbezüglichen Bestrebungen aufmerksam gemacht und um frühzeitige Angabe offener Stellen ersucht. Ein gewisser Erfolg wurde denn auch erzielt, indem 1896/97 von 168 sich meldenden Reservisten 121 in Arbeit gewiesen werden konnten. Seither aber scheint dieser Zweig der Anstaltstätigkeit abgestorben zu sein; wenigstens tut der Jahresbericht 1902/03 keiner Reservistenvermittlung mehr Erwähnung.

Noch weniger erfolgreich waren die Bemühungen der Anstalt um die landwirtschaftliche Vermittlung. Zwar hat sie dem Begehrten der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz entsprochen und versucht, die beim öffentlichen Nachweis vorsprechenden landwirtschaftlichen Arbeiter dem Kammernachweis zu übermitteln. Die Kölner Anstalt ließ zu dem Zweck auf ihre Anmeldescheine den Vermerk drucken: „Personen, die früher in der Landwirtschaft tätig gewesen sind und derartige Arbeit wieder wünschen, wollen dies dem Schalterbeamten melden“. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, dass, besonders in wirtschaftlich weniger günstigen Zeiten, mancher bisher in der Industrie beschäftigte Landarbeiter wieder gern auf das Land zurückkehren würde. Man sah sich freilich in Köln, wie anderswo auch, in solcher Erwartung sehr getäuscht: die Neigung zur Rückwanderung von der Stadt in ländliche Verhältnisse war eine mehr als geringe. So hat die Anstalt auch „einen nennenswerten Erfolg“ nicht zu verzeichnen. —

Bedeutsamer ist die Tätigkeit geworden, die der Kölner Arbeitsnachweis in Sachen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entfaltet hat. Da ordnungsgemäß die Nachweisanstalt der städtischen Verwaltung jederzeit über alle Arbeitsmarktverhältnisse Auskunft zu erteilen hat, so hat es nur im Bereich ihrer Zuständigkeit gelegen, wenn sie, bei Voraussicht größerer Arbeitslosigkeit, bei dem Oberbürgermeisteramt um geeignete und rechtzeitige Vorkehrungen zur Beschäftigung städtischer Arbeitsloser einzukommen pflegt.

Zu gleicher Zeit hat sie nie versäumt, das Bürgermeisteramt darauf aufmerksam zu machen, dass in Perioden wirtschaftlicher Krisis die Arbeitsuchenden erfahrungsgemäfs den verlockenden Inseraten gewerbsmässiger Stellenvermittler gemebrte Beachtung schenken und dass deshalb eine Überwachung der Agenten „schräfer als bisher, vielmehr mit allen gesetzlichen Mitteln“ zu veranlassen sein dürfte.

Über den Grad der besonders 1901/02 überaus fühlbaren Arbeitslosigkeit hat sich die Anstalt damit ein sicheres Urteil zu verschaffen bemüht, dass sie, während der Wintermonate, Arbeitslosenzählungen vornahm, die auch 1902/03 fortgeführt worden sind. Es geschah dies in der Weise, dass täglich festgestellt wurde, wie viel männliche Personen an den einzelnen Tagen Arbeit suchten und wie vielen davon Arbeit nicht hatte nachgewiesen werden können. Um die Erhebung möglichst umfassend zu gestalten, hat die Nachweisanstalt durch öffentliche Bekanntmachungen und durch die Presse aufgefordert, bei Arbeitslosigkeit sich ausnahmslos und ungesäumt in die Listen der Anstalt eintragen zu lassen, auch dann, wenn Arbeitsgelegenheit oder Aussicht auf solche nicht vorliegen sollte. Es dürfte nicht uninteressant sein, die Resultate zu erfahren, zu denen die Arbeitsnachweisstelle über ihren Zählungen, z. B. im Winter 1902/03, gelangt ist:

Männliche Arbeitslose haben sich täglich gemeldet im Durchschnitt:

im November	548	hiesige	214	auswärtige	762	zusammen
„ Dezember	833	“	164	“	997	“
„ Januar	928	“	180	“	1108	“
„ Februar	302	“	215	“	517	“

Die Anstalt hat bei ihren auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerichteten Bemühungen stets grosses Verständnis und eifrige Unterstützung seitens der städtischen Behörden gefunden. Wo immer es anging, handelte die Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Arbeitsnachweis; vor allem suchte dieselbe fortgesetzt die bei der Anstalt einlaufenden Stellenangebote, soweit sie etwas dazutun konnte,

zu mehren. Als darum der Arbeitsnachweis 1900/01, auf die Klagen der Kölner Arbeiterschaft hin, bei der städtischen Behörde vorstellig wurde, dass bei Straßenbahnarbeiten auswärtige Arbeiter den ortsansässigen vorgezogen würden, wurde diese Beschwerde sofort einer sachgemäßen Untersuchung unterzogen, und erhielt die Nachweisanstalt vom Oberbürgermeister wenigstens die Versicherung, dass der Straßenbahndirektion erneut aufgegeben werden solle, den Bedarf an Arbeitern in erster Linie beim öffentlichen Arbeitsnachweis einzufordern. — Noch fühlbarer machte sich auf das Anwachsen der offenen Stellen beim Nachweis eine Verfügung der Stadtverwaltung geltend, wodurch die Unternehmer städtischer Arbeiten bei deren Übertragung verpflichtet wurden, die erforderlichen Arbeitskräfte durch Vermittlung der Nachweisanstalt einzustellen. —

Vorbildlich für verschiedene andere Anstalten ist der Kölner Arbeitsnachweis darin gewesen, dass er sich — nach Bewilligung der erforderlichen Mittel durch die Stadt — mit dem 1. April 1898 einen unentgeltlichen Wohnungsnachweis für Arbeiter und kleine Angestellte angegliedert hat in der Weise, dass die Wahrnehmung der Interessen des Wohnungsnachweises dem jeweiligen Vorsitzenden der Kommission des Arbeitsnachweises obliegt. Mit dem Wohnungsnachweis ist, wie der Bericht 1898/99 feststellen kann, „eine Einrichtung geschaffen, die dem Allgemeinwohl wesentliche Dienste erweist; sie bietet sowohl dem Vermieter wie dem Mieter gleich grosse Annehmlichkeit, Zeit- und Geldersparnis“. — Es sind seit 1897/98, dem Eröffnungsjahr des Wohnungsnachweises, folgende Angebote und Nachfragen zu verzeichnen gewesen:

	Angebot.	Nachfrage.		Angebot.	Nachfrage.
1897/98	359	1187		1900/01	2860
1898/99	2429	4746		1901/02	3350
1899/00	2587	5135		1902/03	3676

An Unkosten aber waren für diesen Zweig der Anstalts-tätigkeit von der Stadt zu begleichen: im Jahr 1902/03: 3699,14 Mk.

Berlin.

Unter Datum vom 15. April 1883 errichteten 262 gemeinnützig gesinnte Bürger Berlins einen „Zentral-Verein für Arbeitsnachweis“. Sie gingen dabei von der Ansicht aus, daß es zweckentsprechender sei, einem Arbeitslosen durch Nachweis von Beschäftigung eine Existenz zu verschaffen, als ihn zeitweilig zu unterstützen. Wie bei allen derartigen gemeinnützigen Unternehmungen bildet auch hier von vornherein die Geldfrage die größte Sorge. Die Mitgliederbeiträge genügten nicht zur Deckung der Unkosten. 1884 schloß mit einem Defizit von 1000 Mk. Man mußte darum seine Zuflucht zu allerhand Ausnahmemitteln nehmen: eine Hauskollekte wurde veranstaltet, ein Aufruf an die Wohltätigkeit der Bürgerschaft erlassen; aber alles ohne durchschlagenden Erfolg. Auch die neben der Einschreibegebühr von 20 Pfg. noch erhobene Vermittlungsgebühr von 30 Pfg. brachte die finanziellen Verbältnisse nicht auf die Höhe, erschwerte dagegen die Vermittlungstätigkeit insofern, als manche Arbeitslose lieber die Anstalt mieden, als ein Opfer von event. 50 Pfg. zu bringen. Noch 1886 mußte ein Aufruf um Spenden erlassen werden, und es haftet diese Geldnot wie ein Bleigewicht an dem Verein, daß ihm Jahre lang ein rechter Aufschwung nicht gelingen will.

Durch nicht mindere Schwierigkeiten muß sich der Verein hinsichtlich der Gewinnung einer geeigneten Persönlichkeit für die Geschäftsführung hindurcharbeiten. Verschiedene, rasch hinter einander sich folgende Wechsel im Verwaltungsaamt wirkten hemmend auf den Verkehr.

Trotz allem ließ der Verein das Ziel, das er sich gezeichnet, nicht aus den Augen. Den Arbeitsnachweis möglichst bekannt zu machen, werden 1885, mit Erlaubnis der Eisenbahndirektionen, auf allen Bahnhöfen diesbezügliche Plakate ausgehängt. An die Arbeitgeber werden wiederholt Zirkulare versandt; aber als wohl infolgedessen die Nachfrage nach jugendlichen Arbeitern sehr rege ward, fehlte das Angebot fast völlig, und auch die Herabsetzung der Gebühren für

solche Kräfte von 50 auf 20 Pfg. brachte keine Besserung. Nicht ermutigender sah es in der weiblichen Abteilung aus. 1886 hatte dieselbe einmal aus Mangel an den erforderlichen Räumen ganz aufgegeben werden müssen; dann wieder musste die Absicht, die weibliche Vermittlung in besonderen Räumen zu führen, aus mangelndem Interesse daran fallen gelassen werden. — Die für 1889 geplante Errichtung von Filialen in mehreren Stadtgegenden, wovon man eine gesteigerte Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises erhoffte, musste, wieder aus finanziellen Rücksichten, aufgegeben werden. So führte der Verein ein vielbeschwertes Dasein. Nichtsdestoweniger gelang es ihm bis Ende der achtziger Jahre von im ganzen 62 158 Stellesuchenden ihrer 36 004 in Arbeit zu bringen, und kann schon der erste Jahresbericht (1884) rühmen, „dass die Gründung des Vereins nicht nur für die größten Städte Deutschlands, sondern auch anderer Länder bahnbrechend gewesen sei, indem z. B. aus London, Sidney, Zürich, Amsterdam und den holländischen Kolonien Anfragen in dieser Richtung ergangen seien“. Dr. Jastrow aber, der bekannte Kenner und Vorkämpfer der öffentlichen Arbeitsnachwissache, erblickt die grosse Bedeutung des Berliner Vereins in erster Linie darin, dass dieser verhältnismässig früh die Versuche anstellte, aus denen dann andere ihre Lehre ziehen konnten. Durch nichts sei die Sache des Arbeitsnachweises so sehr gefördert worden, als durch die Kette von Misserfolgen, die die Geschichte seiner ersten Entwicklung bezeichnet¹.

Das Jahr 1890 bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte des Vereins. Es wird, wohl vor allem unter dem Einfluss des neuen Vorsitzenden, des Magistratsassessors und späteren Bahnbrechers für die Sache des öffentlichen Nachweises in Deutschland, Dr. Freund, eine Reorganisation des Vereins beschlossen. Derselbe wird auf breiterer Basis aufgebaut insofern, als der Vorstand durch Herbeiziehung einer grösseren Anzahl von Persönlichkeiten, die für die Be-

¹ Jastrow, Der öffentliche Arb.-Nachweis in der Mark Brandenburg, S. 3.

strebungen des Vereins volles Verständnis haben, erweitert wurde. Vor allem aber sollte für reichere Geldmittel und geräumigere und zweckdienlicher eingerichtete Lokalitäten gesorgt werden. In Ausführung dieses Programms wurden Stadtbahnbögen gemietet, entsprechend ausgebaut und zunächst für die männliche Abteilung in Benützung genommen. In den alten Räumen sollte der Versuch mit einer Neueröffnung des weiblichen Nachweises gemacht werden, nachdem eine Umfrage bei ca. 2000 Arbeitgebern über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines solchen fast durchweg bejahende Antworten eingebracht hatte. Die zur Verwirklichung aller dieser Projekte erforderlichen Gelder wurden durch eine unverzinsliche Anleihe von 8000 Mk. aufgebracht, Schulden, die infolge Schenkung seitens der Darlehnsgeber bald getilgt waren. Mit der männlichen Abteilung zusammen wurde eine Wärmehalle eröffnet, für die dem Verein von der Stadtgemeinde ein willkommener Zuschuß von 3000 Mk. gewährt wurde.

Der 1893 in Frankfurt a. M. tagende, der Arbeitsnachweisfrage gewidmete soziale Kongress, wurde auch für den Berliner Zentral-Arbeitsnachweis von folgenreicher Bedeutung. Angeregt nämlich durch die Frankfurter Verhandlungen, die der Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise das Wort redeten, beantragten die Arbeiter-Beisitzer des Berliner Gewerbegerichts beim Magistrat die Errichtung einer städtischen Nachweisanstalt. Bezüglich der Organisation derselben wurden folgende Punkte als besonders berücksichtigenswert bezeichnet: Das Arbeitsamt kommt unter Aufsicht einer Kommission zu stehen, die aus den Beisitzern des Gewerbegerichts und von diesen selbst zu wählen ist. Den Vorsitz der Kommission führt ein vom Magistrat zu ernennender städtischer Beamter, event. der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die Verwaltung und Leitung des Amtes wird in gewerbliche Abteilungen geschieden und sind für die Geschäftsführung dazu befähigte, mit den Verhältnissen in ihrer Industrie vertraute Personen von den gewerblichen Arbeitern zu wählen und städtischerseits zu besolden. Das

Arbeitsamt übernimmt außer der kostenlosen Arbeitsvermittlung die Aufstellung von Statistiken über Lohnverhältnisse, Lehrlingswesen, auch Auskunftei über gewerbliche Fragen.

Zwar wird das Begehr von der Arbeiter vom Magistrat zurückgewiesen; aber auf eine diesbezügliche Anforderung des Zentralvereins hin gewährt die Stadt von jetzt an der öffentlichen Nachweissache erneute und energischere Unterstützung, indem sie ihren jährlichen Beitrag an den Verein von 3000 auf 5000 Mk. erhöht und ihm eine einmalige Subvention von 15 000 Mk. für weitere Ausdehnung des Arbeitsnachweises gewährt. „Zur Befestigung seiner Organisation“ sucht der Verein die Korporationsrechte nach, die ihm unter Datum vom 16. Dezember 1895 durch Kabinetsordre zu Teil wurden.

Gestützt auf die neuen finanziellen und rechtlichen Errungenschaften geht der Verein von nun an entschiedener in der Erweiterung seiner Tätigkeit vor. Andere Stadtbahnbögen werden zu den alten hinzugemietet und damit Warteräume für 2000 Personen gewonnen; der weibliche Arbeitsnachweis zieht jetzt auch dahin, wo der männliche seine Stätte hat. Die Landwirtschaftskammer Sachsen unterhält einen eigenen Beamten im Nachweis-Gebäude zum Zweck der Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeiter. Da die erzielten Erfolge jedoch zu den aufgewandten Kosten in keinem Verhältnis stehen, wird von letzterer Einrichtung bald wieder Abstand genommen; der Zentralverein wird sich in Zukunft (1897) direkt auch um die landwirtschaftliche Vermittlung bemühen; doch bleiben die Beziehungen zwischen Verein und Landwirtschaftskammer gewahrt. Im selben Jahr 1897 wird auch der Versuch gemacht, die Vermittlung von Dienstboten und häuslichem Hilfspersonal von Vereinswegen zu organisieren. — In der Geschäftsführung wird eine einschneidende Veränderung vorgenommen und das bisher gebrauchte Listen- durch das Kartensystem ersetzt.

Das Jahr 1898 sollte dem Verein die Verwirklichung einer schon von längerer Zeit her geplanten Reform bringen, indem er nämlich, nach entsprechender Korrektur der

Statuten, den Arbeitnehmer eine Beteiligung an der Verwaltung des Arbeitsnachweises einzuräumte. Nun gestaltet sich die Organisation des Vereinsnachweises folgendermaßen. An der Spitze desselben bleibt vor wie nach der bis auf 30 Mitglieder verstärkte Vereinsvorstand, dem die Oberleitung anheimgestellt ist. Ihm beigesellt sind vier Arbeitgeber und vier Arbeitnehmer, die selber von den betr. Besitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt werden. Diese acht Vorstandsmitglieder zusammen mit dem Vorsitzenden des Vereins und dem stellvertretenden Vorsitzenden bilden ein Kuratorium für den Arbeitsnachweis für ungelernte Arbeiter und sind mit der Leitung dieses Teiles der Anstalts-tätigkeit beauftragt.

Neben den ungelernten hat der Berliner Nachweis von Anfang an auch den gelernten Arbeitern dienen wollen. Doch ist es ihm nicht gelungen, diese Kategorie der Arbeiterschaft zu direkter Benützung der Vereinsanstalt zu bestimmen. Es galt darum auf anderm Weg an die gelernten Arbeiter heranzukommen. In der Errichtung von Facharbeitsnachweisen für die grossen Gewerbe und in der engeren oder loseren Angliederung derselben an den Zentralarbeitsnachweis hofft man das Richtige getroffen zu haben. Schon 1894 war es zur Gründung des ersten dieser Facharbeitsnachweise, der für Maler und Anstreicher arbeitete, gekommen. 1895 folgen die Schlosser und Klempner mit einer ähnlichen Organisation. Maurer und Zimmerleute hatten zwar ebenfalls einen Facharbeitsnachweis eingerichtet, aber noch im selben Jahr 1895 wieder eingehen lassen. Ein rechter Zug kommt in die betr. Bestrebungen des Zentralvereins aber erst mit der Zeit, die ihm selber eine paritätische Organisation gebracht hat, mit dem Jahr 1899. Jetzt wird in Anlehnung an das allgemeine Vereinsstatut ein Normalstatut für paritätische Facharbeitsnachweise entworfen. Diesem zufolge kommt auch an die Spitze jeden Fachnachweises ein paritätisches Kuratorium mit einem Unparteiischen, der dem Vereinsvorstand zu entnehmen ist, im Vorsitz. Die betr. Arbeitgeber- und -nehmer-Mitglieder des Fach-Kuratoriums

können in verschiedener Weise gewählt werden, je nachdem die Arbeitgeber und -nehmer in diesem Gewerbe sich einigen. Die Arbeitgeber können gewählt werden entweder von den Innungen oder von anderen Arbeitgeber - Verbänden; die Arbeitnehmer vom Gesellenausschuss der Innungen oder von Fachvereinen. Wo keine geeignete Vertretung vorhanden ist, können beide Parteien für die Wahl auf den Ausschuss des Gewerbegerichts zurückgreifen.

Damit dass die unparteiischen Vorsitzenden der Facharbeitsnachweise zugleich auch Mitglieder des Vorstandes des Zentralvereins sind, ist die Garantie gegeben für eine gewisse Einheitlichkeit im grossen und ganzen der Verwaltung. Im übrigen aber sind die einzelnen Fachnachweise vollständig selbständig; nur Statutenänderungen sind denselben ohne Genehmigung des Zentralvereins nicht erlaubt; auch sind sie verpflichtet, statistische Nachweisungen unter Benützung vorgeschriebener Formulare zu liefern. Das ist aber auch alles, was ihnen an Verbindlichkeiten auferlegt ist. Dafür wird ihnen vom Zentralverein in finanzieller Hinsicht bedeutende Unterstützung zuteil, indem der Verein die Kosten für Lokalitäten, Beleuchtung, Heizung, in vielen Fällen sogar die Besoldung der Beamten des Fachnachweises übernimmt.

Bis zum Jahr 1902 haben, außer den Malern und Schlossern, noch folgende Gewerbe paritätische Facharbeitsnachweise in Anlehnung an den Zentralverein errichtet: das Wäschereinigungs- und Plättgewerbe; das Tapezierergewerbe. Aus finanziellen Gründen sind die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Töpferinnung, ebenso mit dem Tarifamt der Buchdrucker gescheitert. Bei der Schlächterinnung ist es die Abneigung der Arbeitgeber gegen einen paritätischen Arbeitsnachweis, die hindernd im Wege steht. Anderseits musste auch hier wieder von seiten des Vereins von einer durchgreifenden Agitation zugunsten der Errichtung weiterer Facharbeitsnachweise abgesehen werden, solange eine Unterbringung derselben in den dem Verein zur Verfügung stehenden Lokalitäten unmöglich gewesen wäre. Die notwendigen Räum-

lichkeiten mietenweise zu beschaffen, war ausgeschlossen. So blieb nur der Ausweg, ein eigenes Gebäude zu bauen. Die Landesversicherungs - Austalt Berlin, deren Vorsitzender, Dr. Freund, das Präsidium auch im Zentralverein führt, half letzterem aus der Verlegenheit, indem sie sich bereit erklärte, dem Zentralverein ein Arbeitsnachweis-Gebäude zu errichten, sofern derselbe eine Garantie für den auf 2½ % der Bausumme festgesetzten Mietpreis auf die Dauer von zehn Jahren geben könnte. Diese Garantieleistung hat der Magistrat von Berlin in der Weise übernommen, daß er dem Zentralverein einen jährlichen Zuschuß von 20 000 Mk. gutgeheissen hat. — Am 16. November 1902 ist das unter einem Kostenaufwand von 1 600 000 Mk. geschaffene neue Arbeitsnachweis-Gebäude der Benützung übergeben worden. Es liegt dasselbe in der besten Verkehrsgegend Berlins, in der Gormannstraße und bedeckt einen Flächenraum von 3200 qm; weitere noch unbebaute 1450 qm stehen für etwaige spätere Erweiterungen zur Verfügung. Die Frontlänge der Gebäulichkeiten beträgt an der Gormannstraße 32,5 m; an der Rückerstraße, in die der Bau ebenfalls hineingrenzt, 38,5 m. Der Teil an der Gormannstraße ist der Hauptbau. Hier befindet sich der Arbeitsnachweis für ungelernte männliche Arbeiter. Die Räume für Erwachsene und jugendliche Arbeiter sind von einander getrennt. Der große Warteraum für Erwachsene bietet Sitzplätze für 1400 Personen. An jedem Sitz befindet sich eine Vorrichtung zum Anhängen der Kopfbedeckung und ein Klappbrett zum Abstellen von Erfrischungsmitteln. Sechs elektrisch betriebene Ventilatoren führen in jeder Stunde 20 000 cbm frische Luft zu. — In einem zweiten Gebäude an der Rückerstraße befinden sich: der Nachweis für weibliche Personen und die bisher errichteten Facharbeitsnachweise für gelernte Arbeiter. Beide Gebäude zusammen fassen 4000 Personen. — Die Ausstattung der Gebäude ist einfach aber würdig gehalten. — Die Heizung geschieht durch Niederdruckdampf in Verbindung mit einer Lüftungsanlage. Die Beleuchtung ist elektrisch. Für den Fernsprechverkehr besitzt das Gebäude eine Zentrale,

an die jeder Bureauraum angeschlossen ist. — Wasserzapfhähne mit Emaillebechern ermöglichen es, auch ohne den Besuch einer Kantine den Durst zu stillen. Im Keller des Hauptgebäudes befindet sich ein Brausebad. — Im zweiten Gebäude ist die Kantine gelegen, in welcher die Arbeitssuchenden Gelegenheit finden, ohne das Gebäude verlassen zu müssen, Speisen und Getränke zu erhalten¹.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis glaubt seine Aufgabe damit nicht getan, dass er sich um die Unterbringung der Arbeitslosen in Stellung bemüht. Auch während die Interessenten in seinen Räumen auf Beschäftigung warten, sucht er ihnen zu dienen, indem er sie anhält, die freie Zeit in nützlicher Weise zu verwerten. Zu dem Zweck hat der Verein im Jahr 1892 eine Bibliothek eingerichtet. Anfangs „recht fleissig“ benutzt, ist dieselbe mit den späteren Jahren stets mehr vernachlässigt worden. So sind 1893 7211 Bücher entliehen worden; 1901 aber nur noch 232. Ein Grund für diesen Rückgang ist in den Berichten nicht zu finden. — Für die wartenden Mädchen ist in anderer Hinsicht gesorgt. Seit 1892 werden, die es wünschen, im Nähen unterrichtet. Es heisst (1893), dass viele Mädchen mit Freuden von dieser Gelegenheit, etwas Nützliches lernen zu können, Gebrauch gemacht haben. Es wird teils für den eigenen Bedarf, teils für Ferienkolonien genäht. Manche Mädchen haben das Erlernte gleich verwerten können und Arbeit auf der Maschine erhalten. —

Der Verkehr beim Zentralverein zu Berlin hat, wie das überall so gegangen ist, mit bescheidenen Zahlen begonnen; stetig aber hat sich derselbe entwickelt und in jüngster Zeit eine das zwanzigfache des ersten Jahres betragende Vermittlungszahl erreicht. Besonders seit der Angliederung der Facharbeitsnachweise sind die Erfolge in augenfälliger Weise gestiegen. Nachfolgende Tabelle gibt im übrigen eine Übersicht über den Gesamtverkehr in den Jahren 1883—1901.

¹ Arbeitsmarkt VI.

Vermittlungen.

	für Ungelernte		Maler	Schlosser	Klempner	landwirtsch.	diverse	Summa
	m.	w.						
1883	1 539	359	—	—	—	—	—	1 898
1884	3 271	371	—	—	—	—	—	3 642
1885	5 157	148	—	—	—	—	—	5 305
1886	6 179	154	—	—	—	—	—	6 333
1887	6 980	—	—	—	—	—	—	6 980
1888	6 007	—	—	—	—	—	—	6 007
1889	7 093	—	—	—	—	—	—	7 093
1890	6 277	—	—	—	—	—	—	6 277
1891	7 376	596	—	—	—	—	—	7 972
1892	7 552	998	—	—	—	—	—	8 550
1893	7 101	1 436	—	—	—	—	—	8 537
1894	6 975	1 682	1 583	—	—	—	—	10 240
1895	9 382	1 882	3 655	1 071	875	—	230	17 095
1896	11 318	1 662	4 630	1 483	1 300	73	226	20 692
1897	12 693	1 874	5 354	1 569	1 068	104	179	22 841
1898	14 533	1 900	5 476	1 361	871	—	—	24 141
1899	19 976	2 105	6 712	862	708	—	—	30 363
1900	26 593	1 984	7 696	1 455	715	—	—	38 393
1901	15 929	2 072	5 948	1 342	618	—	691	26 600

Für eine richtige Wertung der vorstehenden, scheinbar überaus hohen Zahlen ist zunächst die ungeheure Menge von Arbeitsuchenden und auch von Arbeitsgelegenheiten in einer Millionenstadt wie Berlin ins Auge zu fassen, in der der Arbeitsmarktverkehr in Wirklichkeit einen ganz anderen Umfang noch einnimmt, als er in den Zahlen des Zentralarbeitsnachweises in die Erscheinung tritt. So meldet der Bericht von 1895, dass in jenem Jahr allein 86 000 von auswärts zuziehende Arbeiter, Gesellen, Gehilfen u. s. w. gezählt worden sind. Naturgemäß wird die Zahl der Arbeitslosen in jenem Jahr noch um die ganze grosse Summe aller der ortsansässigen Stellenwechselnden vermehrt worden sein. Wenn nun im wirtschaftlich günstigen Jahr 1900 im ganzen nur 48 432 Arbeitsuchende, im ungünstigen Jahr 1901 gar nur

41319 beim Arbeitsnachweis des Zentralvereins vorsprechen, so kann von einer Beherrschung des Arbeitsmarktes auch im entferntesten nicht die Rede sein. Einen ungefährnen Einblick in die Rolle, die der öffentliche Nachweis auf dem Berliner Arbeitsmarkt zur Zeit spielt, wird man gewinnen können, wenn man die Zahlen für den dortigen Marktverkehr z. B. im Monat Dezember des Jahres 1901 näher in Augenschein nimmt. Von 86 Arbeitsnachweisen Berlins, die ihre Zahlen zur Verfügung stellten, sind für jenen Monat gemeldet worden:

Stellenangebote	Stellengesuche	Stellenvermittlungen
6902	13 876	6482

Der Zentralvereinsnachweis hat aber nur zu verzeichnen:

Stellenangebote	Stellengesuche	Stellenvermittlungen
1167	1886	1056

also entfällt auf ihn etwa $\frac{1}{7}$ der angemeldeten Vermittlungen. Dabei ist das tatsächliche Verhältnis aber sicher für den Vereinsnachweis ein noch ungünstigeres. Denn bei den vorgenannten Vermittlungen fehlen alle die vielen, die durch die Arbeitgebernachweise bewirkt werden, und auch der Umschau, dem Unter-der-Hand-sich-verdingen und dem gewerbsmäßigen Vermittlertum ist keine Rechnung getragen.

Auf den Verkehr bei der Arbeitsnachweisanstalt des Zentralvereins hat selbstverständlich die jeweilige wirtschaftliche Konjunktur bedeutenden Einfluss. Und gerade in Berlin haben sich die Schwankungen in den Verhältnissen des Erwerbslebens besonders deutlich in der gemehrten oder geminderten Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises geltend gemacht. Bezeichnend hierfür sind die zwei Jahre 1900 (günstig) und 1901 (ungünstig), die einen Unterschied in den Vermittlungen von nicht weniger als 12 000 aufweisen.

Befremden könnte, dass in ungünstigen Jahren nicht nur die Stellenangebote, sondern auch die Stellengesuche zurückgehen. Diese Erscheinung findet ihre Erklärung darin, dass Arbeitslose, für deren Unterbringung keine Aussicht besteht, beim Arbeitsnachweis nicht eingetragen und gezählt werden,

was natürlich gerade in arbeitsarmen Zeiten für einen besonders großen Teil der Feiernden der Fall ist; auch werden bei großer Arbeitslosigkeit die von auswärts Zuziehenden grundsätzlich vom Nachweis ausgeschlossen. Da diese Einrichtung unter der arbeitenden Bevölkerung bekannt ist, so bleibt ein gut Teil Arbeitsloser auch von selbst schon in Notzeiten vom Nachweis fern, da er sich sagt, es sei ein Vorsprechen doch vergeblich. Mit alledem wartet in ungünstigen Perioden doch noch ein bedeutender Stock von Unbeschäftigte umsonst in den Warteräumen der Anstalt auf irgend welche Zuweisung. Der Arbeitsnachweis gibt sich dabei alle Mühe, den Prozentsatz der Unbefriedigten möglichst herabzudrücken, und ist ihm dies auch bis zu einem gewissen Maß gelungen. Wenn 1891 z. B. 46 % der Stellensuchenden nicht genügt werden konnte, so sind es ihrer 1900 nur noch 16,6 %; 1901 freilich doch schon wieder 34,5 %.

Trotz des ständigen Überschusses von Angebot hat aber auch die Nachfrage nie restlos befriedigt werden können. In günstigen Zeiten liegt dies an den übertriebenen Ansprüchen der Arbeitsuchenden, sowohl was Lohn, als was die Art der Tätigkeit angeht. Oft auch ist unter dem vielen verfügbaren Material doch nicht das für den betr. Fall geeignete zu finden. So erklärt es sich, dass von 1883—1900 nicht weniger als 16956 als offen gemeldete Stellen haben unbesetzt bleiben müssen. Die jährliche Prozentzahl der Befriedigungen schwankt zwischen 89 (1890) und 97,8 (1896).

Bemerkenswert scheint, dass der größte Teil der erfolgreichen Gesuche durchweg in dem ersten Monat der Einschreibung schon seine Erledigung findet (1900: 71 %); je länger dagegen ein Gesuch seiner Befriedigung harrt, um so mehr auch nimmt die Aussichtslosigkeit desselben zu; im dritten Monat der Einschreibung (in Berlin gilt eine solche für drei Monate) kommen Einstellungen nur ganz vereinzelt vor.

Was das Alter, bei den ungelernten Arbeitsuchenden

wenigstens, angeht, so weist Jahr für Jahr einen sich steigernden Bruchteil von sog. jugendlichen Arbeitsburschen auf. 1901 haben die nicht zwanzigjährigen Arbeitsuchenden 17,6 % des Gesamtangebots ausgemacht. Nicht minder gross ist auch die Nachfrage nach solchen, so dass jedes Jahr die diesbezüglichen Vermittlungen an erster Stelle stehen. Ja, oft ist die Nachfrage so stark, dass der Arbeitsnachweis kaum dafür aufkommen kann. Wenn es nun auch erfreulich sein mag, dass gerade diese Kategorie von Arbeitslosen vielfach in Arbeit gebracht und damit der für sie vor allem gefährlichen Umschau entzogen werden kann, so hat die Sache doch auch eine weniger erfreuliche Kehrseite. Es droht nämlich durch die fortgesetzte Einstellung so jugendlicher Kräfte das Heer der ungelernten Arbeiter ins Ungemessene zu wachsen. Die Geringfügigkeit des hier in Frage kommenden Lohnes (so erhielten von 2471 in dem Halbjahr Juli-Dezember 1901 untergebrachten Arbeitsburschen 1241 einen Wochenlohn von 8—10 Mk.; 969 von 11—12 Mk.; 254 von 12—14 Mk.), der Wunsch des Arbeitgebers, seine Betriebskosten möglichst niedrig zu gestalten, sorgen fortgesetzt für eine besonders rege Nachfrage nach Arbeitskräften genannter Art. Anderseits ist es die Notwendigkeit für viele Arbeiterfamilien, ihre Kinder sobald wie möglich in Verdienst zu bringen, die es immer mehr erschwert, die der Schule entwachsenden Generationen zu gelernten Arbeitern heranzubilden. —

Die bedeutenden Restbestände nicht untergebrachter Arbeitsloser jeden Jahres hätten, wie anderwärts, sollte man meinen, auch in Berlin darauf hindrängen müssen, es mit einem Ausgleich von der Stadt nach dem Land zu versuchen. Tatsächlich hat der Zentralverein dieses Aushilfsmittel nicht unbeachtet gelassen. Bereits in dem Anfangsjahr 1884/85 hat er nicht weniger als 1820 Personen bei Landwirten, in Bergwerken, in Ziegeleien u. s. w. zu Arbeit verholfen. Aber statt sich mit den Jahren zu entwickeln, ist der auswärtige Verkehr für eine lange Zeit ganz eingegangen. 1890 berichtet: obwohl eine ganze Reihe auswärtiger Stellen ge-

meldet worden ist, hat sich doch kein Bewerber finden lassen; und 1893 klagt wieder, daß nicht ein einziger Arbeitsloser nach auswärts hat untergebracht werden können. Die Erklärung hierfür sehen die Jahresberichte in der unüberwindlichen Abneigung der Arbeitsuchenden, den Stadtbezirk Berlin zu verlassen. Nicht einmal in die nächste Umgebung von Berlin will jemand. Nicht selten auch lag die Schwierigkeit weniger an der Abneigung gegen das Fortziehen, als an der völligen Mittellosigkeit der Arbeitslosen. Ein Versuch, die auswärtigen Arbeitgeber zur Vorstreckung des Reisegeldes zu veranlassen, blieb erfolglos, auch als der Verein sich bereit erklärte, jeder missbräuchlichen Verwendung besagten Geldes damit vorzubeugen, daß er die Beförderung der Arbeitslosen zur Bahn und die Lösung der Fahrkarte selber übernähme. — Eine Besserung in dieser Hinsicht läfst sich erst seit 1901 bemerken, seit der Verein für die Aufbringung des Reisegeldes selber aufkommt und sich die Wiedereinziehung desselben von seiten der betr. Arbeitgeber vorbehält. So ist es ihm 1901 gelungen, 215 Arbeitsuchende mit noch 55 weiteren Angehörigen nach auswärts in Stellung zu bringen. Für die dazu erforderlichen 1999,55 Mk. ist die Stadt Berlin gut geworden. — In diesem Zusammenhang dürfte auch der Verkehr zu erwähnen sein, den der Verein bis nach den deutschen Kolonien unterhält. Seit 1899 deckt nämlich die Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes ihren Bedarf beim Arbeitsnachweis des Zentralvereins. Und wenn 1900 auch nur vier Bewerber über See versandt werden konnten, 1901 sind es deren bereits 51 gewesen. —

Bis 1898 hat sich die weibliche Vermittlung beim Berliner Vereinsnachweis auf eigentliche Arbeiterinnen unter Ausschluß von Dienstboten beschränkt. Doch klagt ein Bericht wie der andere über wenig gedeihliche Fortentwicklung des Verkehrs auch auf dem derart begrenzten Gebiet. Die Arbeitgeber seien in überwiegender Mehrzahl der Arbeitsnachweissache gegenüber durchaus gleichgültig. — Mit dem 1. Januar 1898 ist die Vermittlung dann auch für

Dienstboten aufgenommen worden. Aber mit noch geringerem Erfolg als bei dem Durchschnitt der nichtberlinischen öffentlichen Nachweisstellen. So muss der Bericht von 1901 gestehen: „Das grosse Gebiet der Dienstbotenvermittlung und derjenigen für die in Privatdiensten stehenden Hausreinigungsfrauen, ebenso für Näherinnen, Ausbesserinnen ist uns im ganzen verschlossen geblieben“. Der Indolenz des Publikums wird daran die Schuld gegeben. —

Berlin hat einen Kreis von Personen in den Bereich seiner Tätigkeit bezogen, für den kein anderer öffentlicher Arbeitsnachweis bis jetzt noch Interesse gezeigt hat. Es sind das solche Personen, die, nach überstandener Krankheit, einen Wechsel in ihrer Berufsarbeit eintreten lassen müssen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Unterbringung gerade solcher Arbeitsuchenden mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Arbeitgeber stellen meist nur ungern nicht vollwertige Kräfte ein. Die Arbeitnehmer aber erheben teils Anforderungen an die zu vermittelnden Arbeitsgelegenheiten, die nicht befriedigt werden können; teils auch wollen sie sich gerade den Berufen nicht zuwenden, die für sie vor anderen geeignet wären. Trotzdem ist 1901 gegen das Vorjahr schon ein Fortschritt in der Zahl der bewirkten Vermittlungen zu konstatieren, indem dieselben von 12 auf 42 gestiegen sind. —

Von der fortschreitenden Entwicklung, die der Vereinsnachweis im Laufe der Jahre genommen hat, soll zum Schluss eine Gegenüberstellung des jährlichen Etats einen Begriff geben. 1885 haben sich die Einnahmen und Ausgaben mit 5507,98 Mk. balanciert. Der Voranschlag für 1902 weist an Einnahmen auf: 23 900, an Ausgaben 23 500 Mk. Unter den Einnahmen sind allein die Mitgliederbeiträge auf 5000 Mk., der Zuschuss der Stadt mit 8000 Mk. berechnet. Mit 1903 wird sich die Subvention der Stadt Berlin, wie schon erwähnt, auf 20 000 Mk. jährlich beziffern. Daneben besitzt der Zentralverein ein Kapitalvermögen von 33 100 Mk., abgesehen von dem Besitz, den die innere Einrichtung des Arbeitsnachweises repräsentiert.

Karlsruhe.

Was in den Städten, in welchen die Anregung zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise von der kommunalen Verwaltung ausging, nur langsam und manchmal nur unvollkommen zu erreichen gewesen ist, die Verschmelzung nämlich der verschiedenen vorhandenen Arbeitsnachweise in ein Ganzes, ist in Karlsruhe, infolge der besonderen Organisation der dortigen allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalt, von vornherein verwirklicht gewesen. In Karlsruhe haben 14 Vereine, „die an der Arbeitsvermittlung ein entweder unmittelbar oder doch mittelbar aus ihren Vereinsbestrebungen sich ergebendes lebhaftes Interesse nahmen“, sich um die Organisation des Arbeitsnachweises bemüht. Sie taten sich im Dezember 1890 zu einem Verband zusammen zwecks Gründung einer „Anstalt für Arbeitsnachweis jeglicher Art“. Im grossen und ganzen blieben auch den Karlsruhern die anderwärts gemachten Erfahrungen nicht erspart, dass nämlich die Arbeitgebervereinigungen sich dem öffentlichen Arbeitsnachweis mehr ablehnend gegenüber verhalten, während die Arbeitnehmerkreise mit demselben sympathisieren. So zogen sich schon im Jahr 1892 die „Vereinigten Innungen“, die den Verbands-Arbeitsnachweis hatten ins Leben rufen helfen, von demselben zurück. Das Gleiche tat 1898 die Bäckergenossenschaft. Freilich sind dann doch auch wieder vereinzelt Innungen, wie die der Schneider, beigetreten (1900), während andere und gerade die bedeutenderen, wie die Friseur-, die Metzger - Innung, trotz aller Bemühungen seitens der Arbeitsnachweisanstalt derselben dauernd fern geblieben sind.

Nachdem sich die neue Anstalt der pekuniären Unterstützung durch die Stadt (600 Mk. für das erste Jahr), sowie der Förderung ihrer Bestrebungen durch das grossherzogliche Ministerium des Innern versichert hatte, hat sie mit dem 12. Februar 1891 ihre Tätigkeit begonnen. —

Die Oberleitung des Arbeitsnachweises liegt bei der Verbandsversammlung, die aus je zwei Vertretern der einzelnen Verbandsvereine besteht. Obgleich unter diesen

Umständen von einer mathematischen Parität in der führenden Körperschaft nicht die Rede sein kann, hat sich daraus für den praktischen Betrieb der Arbeitsvermittlung doch kein Nachteil ergeben. Der Verbandsversammlung steht die Feststellung der Geschäftsordnung, die Ernennung des Personals, sowie die endgültige Entscheidung über Wünsche und Beschwerden hinsichtlich des Betriebs der Anstalt zu. — Die unmittelbare Leitung des Arbeitsnachweises, sowie die Überwachung seiner Beamten ist dem von der Verbandsversammlung gewählten Vorsitzenden anheimgefallen. — Die für den Betrieb erforderlichen Mittel sollen aufgebracht werden: 1. aus den Jahresbeiträgen der Verbandsvereine, die nicht unter 20 Mk. betragen dürfen; 2. aus freiwilligen Zuwendungen seitens öffentlicher Behörden oder gemeinnütziger Vereine; 3. aus den Einschreibegebühren.

Die von dem Verbande gegründete Anstalt für Arbeitsvermittlung war zunächst zwar nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Verbandsvereine und ihrer Mitglieder bestimmt. Die Natur der Sache brachte es aber von Anfang an mit sich, dass der Arbeitsnachweis als „offenes Geschäft“ Allen zugänglich war, die sich seiner bedienen wollten.

Bereits ein Jahr nach Gründung der Anstalt trat es klar zutage, dass gerade die Erhebung von Gebühren einem möglichst umfangreichen Geschäftsbetrieb hemmend im Wege stehe. So lag der Gedanke nahe, zu völliger Unentgeltlichkeit überzugehen, die infolge hiervon aber in Wegfall kommenden Einnahmen auf anderem Wege aufzubringen. Verhandlungen, in welche die Anstaltsleitung mit dem Kreisausschuss um einen Zuschuss von Kreiseswegen eintrat, blieben nicht erfolglos. Nachdem der Kreis für das Jahr 1894 einen Beitrag von 500 Mk. bewilligt, auch die Stadtgemeinde Karlsruhe ihre jährliche Subvention von 600 auf 1000 Mk. erhöht hatte, konnte mit dem 1. August 1894 die Kostenlosigkeit der Arbeitsvermittlung wenigstens für alle innerhalb des Karlsruher Kreises wohnenden Arbeitgeber und -nehmer, ausschließlich des häuslichen Dienstpersonals, bzw. der Dienstherrschaften, eingeführt werden.

Von Anbeginn an hatte die Anstalt ihr Augenmerk auch auf die Förderung des interlokalen Verkehrs gerichtet. Sie hoffte durch ihre diesbezügliche Tätigkeit dem Mifsstand abhelfen zu können, dass die an kleineren Orten oder auf dem Land wohnenden Arbeitgeber so schwer nur zu den erforderlichen geeigneten Arbeitskräften zu kommen vermochten. So wurden denu noch vor Schluss des ersten Geschäftsjahres in einer Reihe von Nachbarbezirken Filialen gegründet, deren Leitern als Entschädigung für ihre Mühwaltung ein entsprechender Anteil an den Einschreibegebühren überlassen wurde. Gleich aber zeigte es sich, dass für eine fruchtbare Entwicklung des interlokalen Verkehrs die Unentgeltlichkeit der Vermittlung so unentbehrlich war, wie beim örtlichen Betrieb. Wenn trotzdem mit dieser Reform noch gezögert wurde, so lag dies lediglich an der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Geldmittel. Aber aus den Augen sollte die Sache nicht mehr verloren werden, und so beschloss denn auch die Vereinsversammlung vom 14. Januar 1895, die Kreisausschüsse und besonders das großherzogliche Ministerium des Innern um jährliche Beiträge anzugehen, damit die Arbeitsvermittlung kostenlos an jedermann erfolgen könne.

Nachdem der Kreisausschuss des Kreises Baden die Zahlung eines jährlichen Aversums von 150 Mk. zugesichert hatte, wurde im April 1895 die Unentgeltlichkeit des Arbeitsnachweises auf die Angehörigen jenes Bezirks ausgedehnt. — Für die innere und äußere Entwicklung der Anstalt vor allem folgenreich wurde der Umstand, dass auch die Landesregierung den Bestrebungen derselben sympathisch gegenübertrat und zur Ermöglichung allgemeiner Einführung der Kostenlosigkeit in der Arbeitsvermittlung einen Betrag von 10 000 Mk. in das jährliche Landesbudget einsetzte. Von dieser Summe wurden der Karlsruher Anstalt zunächst 1600 Mk. überwiesen und diese im Jahr 1901 auf 2000 Mk. erhöht. Mit den Subventionen der Stadt Karlsruhe (1900 Mk.), des Kreises Karlsruhe (1000 Mk.), des Kreises Baden (150 Mk.) stieg so die der Anstalt aus öffentlichen Mitteln gewährte

Unterstützung im Jahr 1901 auf 5050 Mk. Wenn man sieht, dass die Ausgaben des Jahres 1901 sich auf 6373,67 Mk. beliefen, so ergibt sich, dass der Nachweisverband sicher nur noch für einen geringen Bruchteil des Gesamtaufwands aufzukommen hatte (1423,67 Mk.).

Nachdem die finanziellen Verhältnisse eine befriedigende Regelung erfahren hatten, konnte man endlich auch der interlokalen Arbeitsvermittlung eine Organisation geben, die eine gedeihliche Entwicklung des Geschäftsverkehrs verbürgte. Die Filialanstalten, soweit sie noch am Leben waren, wurden aufgehoben und die Beziehungen von und nach auswärts in direkten Zusammenhang mit der Karlsruher Mutteranstalt gebracht. —

Die Folge der Einführung kostenloser Vermittlung war ein derart gesteigerter Verkehr, dass die ursprünglichen Anstaltsräume nicht mehr genügen wollten. Nach längerein Suchen und Verhandeln konnte der Arbeitsnachweis mit März 1901 in neue Mietsräume übersiedeln. In denselben war eine zweckmässigere innere Einrichtung insofern möglich, als von jetzt an der männlichen wie der weiblichen Abteilung ein gesondertes Lokal zur Verfügung gestellt werden konnte. Der männlichen Arbeitsvermittlung steht ein Verwalter vor, der weiblichen eine Leiterin. Die staatlicherseits der Anstalt gewährte pekuniäre Beihilfe hat es gestattet, dem Personal eine seinen Leistungen entsprechende Besoldung zuzubilligen. —

Der eigentliche Geschäftsbetrieb vollzieht sich auf Grund von Eintragungslisten, bezw. -büchern. — Unter den Arbeitssuchenden wird insofern ein Unterschied gemacht, als diejenigen zugewanderten Arbeiter, denen gar keine oder doch nicht sofortige Beschäftigung zugewiesen werden kann, möglichst dahin beeinflusst werden, auf einen Bucheintrag zu verzichten und weiterzuziehen. Den „Eingetragenen“ wird ein Vormerkzettel verabfolgt, auf dessen Rückseite kurz verzeichnet steht, wie sich der Arbeitssuchende bei einem etwaigen Vermittlungsgeschäft zu benehmen hat. — Da auch in Karlsruhe eine genaue Kontrolle über die tatsächlich zustande-

gekommenen Vermittlungen sehr erschwert wird dadurch, dass die Zuweisungskarten, nach erfolgter Einstellung des zugewiesenen Arbeiters, nicht regelmäßig und mit entsprechendem Vermerk versehen zur Anstalt zurückgelangen; hat sich Karlsruhe in folgender Weise zu helfen gesucht: einem ersten zu einer offenen Stelle entsandten Arbeitsuchenden wird nach Verlauf einiger Stunden ein zweiter nachgeschickt, und wird dies Verfahren so lange fortgesetzt, bis einer mit der Nachricht zurückkommt, sein Vorgänger sei bereits eingestellt, der Platz somit besetzt. — Als sehr förderlich für die Anstaltszwecke hat sich, besonders in geschäftlich flauen Perioden, der seit 1893 geübte Brauch erwiesen, durch Rundgänge von Bediensteten der Anstalt in den Geschäftslokalen der Arbeitgeber sich über etwaige Bedürfnisse an Arbeitskräften zu informieren. Auch durch wöchentliche Veröffentlichung der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt in den Zeitungen sucht die Anstalt den Verkehr in ihren Räumen zu beleben. 1897 sind allein für letzteren Zweck 353 Mk. verausgabt worden. —

Zur Beschleunigung der Arbeitsvermittlung leistet das Telephon die besten Dienste; namentlich für den Verkehr in Karlsruhe und mit der nächsten Umgebung wird dasselbe reichlich benutzt. Ein Gesuch freilich an die kais. Reichspost um Gewährung derselben Ermässigung hinsichtlich des jährlichen Abonnements, wie sie den Gemeindeanstalten zuteil wurde, wird von Berlin aus als unzulässig abschlägig beschieden. Doch konnten die seit 1896 zur Verfügung stehenden reichlicheren Geldmittel teilweise auch mit dazu verwandt werden, von dem telephonischen Verkehr auch nach auswärts einen ausgedehnteren Gebrauch zu machen als bisher. Nützlicher aber noch als das Telephon erwies sich die Postkarte, soweit es wenigstens die interlokale Vermittlung angeht. Bald, so meldet der Bericht von 1895, wurde der Postkartenverkehr als das einzige richtige anerkannt, und fanden z. B. innerhalb des Kreises Baden zwei Drittel aller Nachfragen auf diese Art eine fast kostenlose Erledigung. —

In richtiger Erkenntnis der Vorteile, die für die verschiedensten Zweige der öffentlichen Verwaltung sowohl wie für den öffentlichen Arbeitsnachweis aus einem gegenseitigen Hand-in-Hand-gehen erfolgen würden, ist die Karlsruher Nachweisanstalt frühzeitig zu einer ganzen Reihe öffentlicher Verwaltungsorgane in Beziehung getreten. So hat sie der Umschau und deren bösen Auswüchsen, insbesondere dem Bettel, damit zu steuern gesucht, daß sie diesbezügliche Verhandlungen mit der Polizei einleitete und fortgesetzt mit derselben in Fühlung blieb. Greifbare Resultate sind auf diesem Wege freilich nicht erreicht worden, vor allem auch deshalb nicht, weil es an der nötigen Unterstützung durch die Arbeitgeber fehlte, von denen ein gut Teil aus persönlichem Interesse fortführ, die Umschau in seinen Geschäftslokalen zuzulassen. — Wirkungsreicher zeigte sich ein mit dem Verein gegen Haus- und Straßenbettel getroffenes Übereinkommen, demzufolge nur noch solchen wandernden Arbeitslosen eine Unterstützung solle verabfolgt werden, denen zuvor seitens der Nachweisanstalt eine Bescheinigung über erfolglose Anfrage nach Arbeit würde ausgefertigt worden sein.

Mit dem Landesverband badischer Schutzvereine für entlassene Gefangene hat sich die Karlsruher Arbeitsnachweisanstalt dahin verabredet, daß gegen eine jährliche Entschädigungssumme von 300 Mk. die Anstalt sämtliche Gesuche um Unterbringung entlassener Sträflinge zur unentgeltlichen Erledigung übernimmt. Bereits im ersten Jahr dieser Vereinbarung konnten von 42 derartigen Gesuchen 14 befriedigt werden.

Ausgehend von der Erwägung, „daß namentlich in Zeiten der Arbeitsnot für die nach beendeter Militärdienstzeit zur Entlassung kommenden Reservisten die Auffindung von sofortiger Arbeitsgelegenheit mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft sein könnte, wurden seitens der Karlsruher Nachweisanstalt im Jahr 1892 mit dem Präsidium des Landesverbandes badischer Militärvereine Verhandlungen eingeleitet zwecks Einrichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises

für die Reservisten des badischen (XIV.) Armeekorps". Diese Verhandlungen gelangten auch zu einem befriedigenden Abschluß, und wurde durch desfallsige Veröffentlichungen die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf diese neue Seite der Anstaltstätigkeit zu lenken gesucht. Nach den Karlsruher Erfahrungen kann ein „praktischer Erfolg dieser Art der Stellenvermittlung am ehesten dadurch sichergestellt werden, daß die Reservisten wenige Tage nur vor ihrer Entlassung auf die am Garnisonsort befindliche Anstalt für Arbeitsnachweis und auf die aus deren Benützung ihnen event. zugehenden Vorteile im Dienstwege hingewiesen werden“. Auch hat es sich gezeigt, daß persönliche Vorstellung arbeitsuchender Reservisten fast durchweg, schriftliche Meldung für eine offene Stelle fast nie von Erfolg begleitet ist. — Im Jahr 1901 sind 152 Reservistengesuche bei der Karlsruher Anstalt eingereicht worden, von denen 114 durch Einstellung der Arbeitsuchenden ihre Erledigung fanden.

Zu der städtischen Verwaltung trat die Arbeitsvermittlungsstelle insofern in Fühlung, als sie die von ihr auf dem Arbeitsmarkt gemachten Beobachtungen dem Interesse jener dienstbar zu machen wußte. Nachdem sich im August 1902 „mit aller Bestimmtheit voraussehen ließ, daß die bis dahin in mäßigem Umfang aufgetretene Arbeitslosigkeit während der Wintermonate eine außerordentliche Ausdehnung annehmen würde, hat man nicht ermangelt, den Stadtrat hiervon in Kenntnis zu setzen und ihm die rechtzeitige Vorbereitung von Notstandsarbeiten zur Erwägung anheimzugeben.“ Die Stadtverwaltung Karlsruhe hatte sich ihrerseits schon 1900 mit der Arbeitsnachweisanstalt dahin geeinigt, daß fortan alle für die städtischen Betriebe erforderlichen Arbeitskräfte durch Vermittlung des öffentlichen Nachweises sollten eingestellt werden. —

Den Ausgleich zwischen dem von Arbeitsuchenden überfüllten städtischen und dem an Angebot Mangel leidenden ländlichen Arbeitsmarkt zu fördern, hat die Karlsruher Anstalt, im Laufe des Jahres 1896, den landwirtschaftlichen

Bezirksverein Karlsruhe um dessen Unterstützung angegangen. Diese wurde auch bereitwilligst zugesagt in der Weise, dass in den vom Verein zu veranstaltenden Besprechungen die Frage erörtert werden soll, welche Vorteile aus der Benützung des Karlsruher öffentlichen Arbeitsnachweises für landwirtschaftliche Arbeitgeber zu erwarten seien. Indessen kann von einem nennenswerten Verkehr mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch 1898 nicht geredet werden. Nur 157 Arbeitgeber haben in diesem Jahr die Anstalt um 177 Arbeitskräfte angegangen; und von 219 Arbeitsuchenden können 161 in Arbeit gebracht werden. Bis 1900 ist eine gewisse Besserung wenigstens eingetreten: es werden 244 Arbeiter verlangt und 226 eingestellt. — Der Versuch aber, den städtischen Arbeitsmarkt zu entlasten durch Vermittlung der überschüssigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf das Land oder nach kleineren Städten hin, ist durchaus gescheitert. Der Bericht von 1901 klagt, dass von den vielen Arbeitslosen, „die mit heruntergekommener Kleidung und entsprechendem Schuhwerk bei der Anstalt vorsprachen, das Angebot lohnender und dauernder Beschäftigung auf dem Land mit frechem Hohn zurückgewiesen worden sei“. —

Die Bemühungen der Karlsruher Nachweisanstalt beschränken sich nicht auf die Vermittlung von Arbeit. Auf Veranlassung und unter pekuniärer Unterstützung des Karlsruher Stadtrats wurde im Jahr 1901 in den dazu sich eignenden neugemieteten Anstaltsräumen ein „Mietwohnungsnachweis“ organisiert, eine von der arbeitenden Bevölkerung „sehr willkommen geheissene“ Einrichtung. Wie sehr dieselbe einem vorhandenen Bedürfnis entspricht, zeigen am besten folgende Zahlen: Im Jahr der Eröffnung schon wurden angemeldet: 273 Mietwohnungen und 190 möblierte Zimmer; gesucht wurden 252 Familienwohnungen und 144 möblierte Zimmer. —

Der Geschäftsverkehr hat sich, solange für die Arbeitsvermittlung Gebühren zu entrichten waren, in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. So hat die Anstalt 1891 mit 453 männlichen und 250 weiblichen Vermittlungen angefangen und ist

bis 1893 zu 2113 männlichen, bzw. 156 weiblichen Vermittlungen weitergegangen. Mit dem Jahr der Einführung teilweiser Unentgeltlichkeit (1894) schnellt die Zahl der bewirkten Vermittlungen auf das Doppelte hinauf: 4235 männliche, 383 weibliche, um sich zwei Jahre später (1896) bei Einführung absoluter Unentgeltlichkeit, wieder zu verdoppeln: 8821 männliche, 690 weibliche Vermittlungen. Auch in den auf 1896 folgenden Jahren steigert sich der Verkehr noch um ein bedeutendes, bis er in der männlichen Abteilung 1899 mit 12 669, in der weiblichen Abteilung 1900 mit 1923 Vermittlungen seinen Höhepunkt erreicht. In Abhängigkeit von den wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1901 sinkt jetzt die Zahl der männlichen Vermittlungen auf 10 183, die der weiblichen auf 1651 herab. 1902 gar hat nur noch 9802 männliche, 1602 weibliche Stellenbesetzungen zu verzeichnen.

Höchst beachtenswert sind die Ergebnisse, zu denen der Arbeitsnachweis über der seit 1894 gebräuchlichen Vermerkung der sog. Passanten gekommen ist. Von 10 867 im Jahr 1896 sind die letzteren auf 28 579 im Jahr 1901 angewachsen. Dabei haben von diesen 28 579 nur 24% eine Unterstützung seitens des Karlsruher Vereins gegen Haus- und Straßennetz in Anspruch genommen, ein Beweis, dass es den restierenden 16 723 im Ernst um eine Erlangung von Beschäftigung in Karlsruhe zu tun gewesen ist. Der Bericht von 1898 sucht die Erklärung für das massenhafte Auftreten der „Passanten“ in der grossen Publizität, die der Arbeitsnachweis den bei ihm gemeldeten offenen Stellen zu Teil werden lässt.

Was die Berufsarten der begehrten und in Stelle gebrachten Arbeitnehmer anlangt, so entfallen 1901 auf die gelernten Arbeiter $\frac{3}{4}$ aller in Arbeit Gebrachten (7527 gelernte, 2656 ungelernte); ein Verhältnis, das seit Beginn der Tätigkeit der Anstalt ungefähr konstant geblieben ist. 1896 kamen 1881 gelernte auf 602 ungelernte Arbeiter. —

Die Lehrlingsvermittlung ist in Karlsruhe von minimaler Bedeutung. 1899 konnten von 174 Nachfragen nur

26 %, 1901 von 99 Nachfragen nur 38 % berücksichtigt werden. —

Im Geschäftsverkehr der weiblichen Anstalt machte sich, besonders soweit die häuslichen Dienstboten in Betracht kommen, ein dauerndes Unterangebot bemerkbar. Und auch dann ist hierin kein Wandel eingetreten, als infolge der schlechten Geschäftslage in den Jahren 1900 und 1901 zahlreiche weibliche Arbeitskräfte aus den Fabriken entlassen und arbeitslos wurden. Es zeigte sich, daß die Fabrikarbeiterinnen für geordnete Haushaltungsarbeit fast durchweg ungeeignet werden. Dagegen stehen gerade bei dieser Kategorie der Arbeitnehmerinnen die Ansprüche auch in den geforderten Löhnen zu den möglichen Leistungen in einem unstatthaften Verhältnis.

Von Anfang ihres Bestehens an ist auch der interlokale Verkehr an der Karlsruher Anstalt keineswegs ein belangloser gewesen. Schon im ersten Geschäftsjahr haben sich 206 Arbeitgeber aus 80 auswärtigen Orten um 308 Arbeitskräfte nach Karlsruhe gewandt. Es hat somit der auswärtige 16 % des Gesamtverkehrs in jenem Jahr ausgemacht. Neben den Arbeitgebern aus dem Kreis Baden sind es zahlreiche Kunden aus der bayrischen Pfalz und dem Unterelsaß, die mit ihrer Nachfrage den Arbeitsmarkt beleben. So werden im Jahr 1900 allein aus dem Kreis Baden 1125 männliche Arbeitskräfte verlangt, während 1899 aus der Rheinpfalz 137 Arbeitgeber um 292 Arbeiter, aus dem Unterelsaß 44 Arbeitgeber um 83 Arbeitnehmer einkommen.

Hamburg.

Wenn der öffentliche Arbeitsnachweis in Hamburg auch nicht direkt von der städtischen, bzw. staatlichen Verwaltung ins Leben gerufen worden ist, noch auch verwaltet wird, so bringt diese der Frage einer verbesserten Arbeitsvermittlung doch ein reges, tatkräftiges Interesse entgegen. — Die ersten Bestrebungen auf Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises hin gehen auf die Cholerazeit von 1892 zurück, zu

welcher von einem Notstands-Komitee ein Arbeitsnachweis für Gelegenheitsarbeiter geschaffen worden ist. Aus mancherlei Gründen hat dieser es zu einer fruchtbaren Tätigkeit nicht bringen können. Auf Veranlassung des Hamburger Senats ist er sodann anno 1894 von der „Patriotischen Gesellschaft“, einem Privatinstitut zur Förderung gemeinnütziger Bestrebungen, zunächst provisorisch übernommen worden. Dabei verschloß sich die Patriotische Gesellschaft so wenig wie der Senat der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reorganisation des öffentlichen Arbeitsnachweises. Auch in Hamburg, vielleicht hier mehr als anderwärts, war die Regulierung des Arbeitsmarkts durch ein allmähliches Abstoßen der fluktuierenden Massen von Gelegenheitsarbeitern auf Grund einer deutlichen Übersicht des Angebots und der Nachfrage ein Bedürfnis.

So hatte denn auch der Senat einen Antrag der Patriotischen Gesellschaft gutgeheißen, demzufolge der Arbeitsnachweis auf breiterer Grundlage zu einem wirklich gemeinnützigen Unternehmen sollte ausgebaut werden und durch Beschuß der gesetzgebenden Organe wurden der Gesellschaft die erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Im März 1896 konnte die mit der Reorganisation betraute, aus Mitgliedern der Patriotischen Gesellschaft bestehende Kommission dem Senat einen bestimmten Plan für den zu erweiternden Arbeitsnachweis vorlegen. Danach sollte der Arbeitsnachweis in drei Abteilungen zerfallen: eine für Gelegenheitsarbeiter jeder Art, eine für gelernte Hafenarbeiter und eine zur Vermittlung auswärtiger Arbeiter. An der Leitung der zweiten Abteilung sollten Vertreter von Arbeitgebern und -nehmern beteiligt werden. Für die Hafenarbeit sollten mehrere Bureaus an verschiedenen Stellen des Hafengebiets eingerichtet werden, um eine schnelle Verteilung der Arbeitskräfte zu ermöglichen. — Senat und Bürgerschaft billigten diese Anträge und bewilligten die angeforderten hohen jährlichen Geldzuschüsse.

Da machte der Ende 1896 ausbrechende grosse Streik der Hafenarbeiter und Seeleute alle die getroffenen Verein-

barungen zunächst wieder illusorisch. Während des Streiks nämlich hatten sich die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und -nehmern so verschärft, dass es auch den eifrigsten Bemühungen des Senats nicht gelang, die beiden feindlichen Parteien für die Pläne der Patriotischen Gesellschaft zu gewinnen. Die Arbeiter stimmten, wenigstens teilweise, zu; die Arbeitgeber aber ließen nicht mehr von ihrem Standpunkt, dass die Vergebung der Arbeit lediglich Sache der Unternehmer sei; sie wollten selber die Sache in die Hand nehmen und für die Arbeitsnachweise sorgen. In der Tat sind denn auch diese Ziele vom Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona weiter verfolgt und nicht weniger als 60 000 Mk. für die Errichtung verschiedener Arbeitsnachweise aufgebracht worden.

Diese Vorgänge waren für die Gestaltung der Arbeitsnachweisverhältnisse von folgenschwerer Bedeutung. Durch das Scheitern des von Senat und Bürgerschaft geförderten Projekts einer vom Staat unterstützten und kontrollierten unparteiischen Arbeitsvermittlung ist diese auf lange hinaus den einseitigen Arbeitsnachweisen des Arbeitgeber-Verbands ausgeliefert. Es lässt sich begreifen, dass unter sotanen Umständen die Patriotische Gesellschaft sich ernstlich mit der Frage beschäftigte, ob es sich für sie noch lohne, an ihrem eigenen Nachweis festzuhalten. Auf Wunsch „der maßgebenden Stellen“ beschloss man die Fortführung der Einrichtung in dem bisher bestehenden Umfang, in Hoffnung, dass man früher oder später doch noch auf die erstmaligen Projekte werde zurückgreifen können. Ein diesbezüglicher, vom Hamburger Gewerkschaftskartell 1897/98 angeregter Versuch war freilich von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt, solange die Arbeitgeber auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. Darum auch, als das Gewerkschaftskartell beim Senat auf Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises einkam, konnte der Senat, nach Lage der Dinge, nur den Bescheid erteilen, dass ein paritätischer Arbeitsnachweis nicht als das geeignete Mittel erscheine zur Besserung der Verhältnisse auf dem örtlichen Arbeitsmarkt,

dass ferner auch der staatlich unterstützte Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft wenigstens für ungelernte Arbeiter einen kommunalen Arbeitsnachweis ersetze¹.

Gerade diesem letztern fehlte es denn auch nicht an aller erforderlichen Begünstigung durch den Staat. Neben den anstandslos von zuständiger Seite bewilligten Zuwendungen von jährlich 11 000 Mk., die sich seit 1900 auf 15 000 Mk. erhöht haben, richtete der Staat auf den 1. Januar 1898 ein besonderes, für die Vermittlung der Hafenarbeiter bestimmtes Gebäude ein. Der Nachweis für landwirtschaftliche Arbeiter, sowie der später noch gegründete Schreibernachweis wurden in einem zweiten, ebenfalls städtischen Gebäude untergebracht. — Die Tätigkeit des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft erstreckt sich nur auf männliche Arbeiter. —

Die oberste Leitung des Arbeitsnachweises liegt in den Händen einer von der Patriotischen Gesellschaft gewählten siebengliedrigen Kommission. Vertrauensmänner der Arbeiter finden sich in derselben keine; doch steht der Kommission nach § 6 der Statuten das Recht zu, zu ihren Sitzungen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter hinzuzuziehen. Als achtes Mitglied ist der Kommission ein vom Senat zu bestellender Staatskommissar beigeordnet mit Vetorecht gegen alle Beschlüsse, „die aus Gründen des öffentlichen Interesses zu beanstanden sind“. Der Senat ist in solchen Fällen die letzte entscheidende Instanz. — Die eigentlichen Geschäfte sind für den allgemeinen und den landwirtschaftlichen Nachweis je einem Leiter nebst Aushilfspersonal unterstellt. Der Arbeitsnachweis geschieht bei der allgemeinen Abteilung für alle Interessenten kostenlos. Bei der landwirtschaftlichen Vermittlungsstelle werden von den Arbeitgebern Gebühren in Höhe von 1—4 Mk., je nach Qualität der verlangten Kräfte, erhoben. —

Die besondere Art der Beschäftigung, für die der Arbeitsnachweis vermittelt, erheischt ein besonderes Geschäftsver-

¹ Soz. Praxis 1902, S. 466.

fahren. Den Hafenarbeitern, dem weitaus überwiegenden Bruchteil aller Arbeitsuchenden, kann in der Regel nur für einen Tag, oft nur für einige Stunden im Tag Arbeit vermittelt werden. Dies bringt mit sich, dass der heute in Tätigkeit Verwiesene morgen schon wieder als Arbeitsloser auftritt. Dementsprechend kann von einer Vormerkungsfrist von langer Dauer hier nicht die Rede sein. Jeder Arbeitslose kommt täglich auf den Arbeitsnachweis und hält sich da solange auf, bis er engagiert wird. Denn gewöhnlich werden die Arbeitskräfte zum unmittelbaren Antritt der Arbeit vom Arbeitsnachweis gleich abgeholt.

Für jeden Arbeitsuchenden wird bei der erstmaligen Meldung eine Karte angelegt, die für das ganze Jahr gilt; auf der Vorderseite derselben werden die Personalien des Inhabers vermerkt; auf der Rückseite wird Beginn und Beendigung der vermittelten Arbeit nach Tag und Monat verzeichnet. Wie für die Arbeitnehmer werden auch für die Arbeitgeber Jahreskarten geführt, in welche die für sie bewirkten Vermittlungen eingetragen werden.

Eine zweite Einzeichnung jeder für einen städtischen Arbeiter erfolgten Vermittlung geschieht in einer auf dem Bureau aufliegenden Monatsliste, in welcher jede tägliche Vermittlung mit einem Strich neben dem betr. Namen vermerkt wird.

Eine Tagesliste der Meldungen, in welche diese der Reihenfolge nach eingetragen werden, dient dazu, dass bei der Vergabeung der Arbeiten eine gewisse Ordnung eingehalten werden kann; doch sollten im allgemeinen Ortsangehörige vor Fremden, Verheiratete vor Unverheirateten bevorzugt werden. Die Übersicht über die verschiedenen Kategorien zu ermöglichen, ist die Tagesliste in vier Rubriken eingeteilt, in deren eine, je nachdem, die Arbeitsuchenden vermerkt werden. Daneben sollen bei Zuweisung von Arbeiten auch die Art der Arbeit, die Fähigkeit der Arbeiter, die Wünsche der Arbeitgeber tunlichst berücksichtigt werden. Macht das Angebot es möglich, so wird den Arbeitgebern jeweils eine den Bedarf übersteigende Zahl von

Arbeitswilligen zugesandt, unter denen ihnen die Auswahl zusteht.

Auf Grund des verschiedenen, vorstehend erwähnten Aktenmaterials ist der Arbeitsnachweis jederzeit, vor allem aber am Jahresschluß, in der Lage, sowohl eine Individualstatistik der Arbeitsuchenden, als auch eine Geschäftsstatistik aufzustellen. Für die erstere bilden die Jahreskarten die Unterlage; die letztere wird aus den täglichen Meldelisten entnommen. —

Die folgende Tabelle gibt einen Einblick in den jährlichen Geschäftsverkehr seit Gründung der Anstalt bis zum Jahr 1901:

	Stellenangebote		Stellengesuche		Vermittlungen
	von Arbeitgebern	Zahl d. Bestellungen	Zahl der nachfragenden Personen	Zahl der Meldungen	
1895	—	—	3 749	86 820	31 325
1896	—	—	6 854	94 319	25 557
1897	—	—	6 516	113 377	38 370
1898	—	—	3 814	109 128	49 917
1899	214	46 902	3 633	98 826	36 422
1900	209	51 903	3 624	97 399	44 009
1901	209	42 065	3 474	99 391	37 546

Die nach vielen Tausenden zählenden Vermittlungen bei einer relativ beschränkten Zahl von Arbeitnehmern erklären sich, wie bereits erwähnt, daraus, daß jede Vermittlung gewöhnlich nur Arbeit für einen Tag bedeutet, im Laufe des Jahres also auf einen Arbeitsuchenden so viele Vermittlungen kommen können als das Jahr Arbeitstage hat.

Der größte Teil der Vermittlungen betrifft ungelernte Hafenarbeiter für die staatliche Quai-Verwaltung, die durch ein Abkommen verpflichtet ist, ihre nichtständigen Arbeiter durch den Arbeitsnachweis zu beziehen. — Außerdem vermittelt der Arbeitsnachweis noch Arbeit bei der Eisenbahn, bei Lagerhausgesellschaften, in Speichern, bei Kornumstechern, in Fabriken. Im Gegensatz zu der Quai-Arbeit

ist hier die Beschäftigung in der Regel von längerer Dauer, so daß jede gelungene Vermittlung für die Arbeitnehmer von größerer Bedeutung ist. —

Seit 1900 ist, als neuer Zweig der Anstaltstätigkeit, ein Arbeitsnachweis für Schreiber eingerichtet. Die erzielten Erfolge sind zunächst „nur geringe“, da sich wohl Arbeitslose in Menge melden, aber nur wenige davon beschäftigt werden können. Im ganzen gingen im Jahr 1900 ein: 281 Aufträge; davon wurden 242 erledigt; 46 in der Schreibstube selbst in 233 Arbeitstagen. Arbeitslose hatten sich 330 vormerken lassen; davon konnten 36 durch Vermittlung des Nachweises in feste Stellung gebracht werden. — 1901 hat schon einen geringen Rückgang zu verzeichnen in dem Sinne, daß nur 273 Aufträge einliefen, von denen 226 erledigt wurden; 55 in der Schreibstube mit 221 Arbeitstagen. 338 Stellesuchende haben vorgesprochen; 24 wurde dauernde Arbeit verschafft. —

Die Vermittlung nach auswärts erstreckt sich auf Arbeitssuchende beiderlei Geschlechts, und kommen dafür landwirtschaftliche Stellen, daneben auch solche in Fabriken in Betracht, die in näherer und weiterer Beziehung zur Landwirtschaft stehen.

Mit der Errichtung des landwirtschaftlichen Nachweises sollte der Arbeitslosigkeit in der Stadt entgegengewirkt und solchen Personen, die früher auf dem Land gelebt hatten und städtische Arbeit nicht finden konnten oder sich für solche nicht eigneten, die Rückkehr in die früheren Verhältnisse ermöglicht und sie vor der Not bewahrt werden. Das Ergebnis der Bestrebungen des Arbeitsnachweises kann in der genannten Richtung im ganzen als ein erfreuliches bezeichnet werden. Es ist insbesondere in einer Anzahl von Fällen gelungen, Familien, welche in Hamburg in sehr missliche Lage geraten waren, durch Zurückführung auf das Land in geordnete Verhältnisse zu bringen. Die Jahreszahlen ergeben für die landwirtschaftliche Vermittlungstätigkeit folgendes Bild:

	Stellen-angebote	Stellen-gesuche	Ver-mittlungen
1897	—	—	243
1898	—	—	104
1899	1476	1361	900
1900	1699	1436	1046
1901	1676	1401	969

Auffallend dürfte sein, dass trotz der schlechten geschäftlichen Konjunktur im Jahr 1901 die Zahl der nach auswärts Vermittelten abnimmt; daneben bemerken die Jahresberichte, dass unter diesen immer noch eine grosse Anzahl sich für die Landwirtschaft „in keiner Weise eignet“.

Mannheim.

Im Jahr 1893 ist in Mannheim eine „Zentralanstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis jeglicher Art“ ins Leben getreten, gegründet und geleitet von Staat, Kreis, Stadtverwaltung und ortsansässigen gemeinnützigen Vereinen. Die Anstalt trägt den Charakter eines gemeinnützigen Unternehmens, an dem, den Satzungen gemäfs, Behörden, Körperschaften, Vereine und Einzelpersonen die Mitgliedschaft erwerben können. Die Mittel, die das Unternehmen halten, werden auf dem Wege freiwilliger Zuwendungen seitens der Vereinsmitglieder aufgebracht. —

Die Organisation des Arbeitsnachweises beruht auf den im Juli 1893 beschlossenen und 1901 vervollständigten Satzungen. Denselben zufolge liegt die Leitung, Beaufsichtigung und Vertretung der Anstalt in den Händen eines auf zwei Jahre gewählten 15 gliederigen Ausschusses, der sich aus Vertretern der beteiligten Körperschaften, der öffentlichen Behörden und der Einzelmitglieder zusammensetzt. Zwei Mitglieder des Ausschusses sollen weibliche, den männlichen völlig gleichberechtigte Personen sein. — Dem Ausschuss liegt es ob, die Beamten anzustellen, die Geschäftsordnung zu erlassen, Zweigstellen ins Leben zu rufen, mit

auswärtigen Nachweisen in Geschäftsverbindung zu treten, sowie alle diejenigen Einrichtungen zu treffen, die im Interesse der Anstalt für nötig erachtet werden.

Über dem Ausschuss steht die Generalversammlung. In dieselbe sendet jede zum Verein gehörende Korporation zwei Vertreter. Die Einzelmitglieder wählen, sobald ihre Zahl mehr als 50 beträgt, ebenfalls zwei Delegierte in die Generalversammlung; event., wenn eine solche Wahl nicht zustande kommt, bezeichnet der Ausschuss zwei dem Verein als Einzelmitglieder angehörende Personen.

Die Generalversammlung findet ordnungsmässig jährlich statt. Ihr steht zu: 1. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Ausschusses sowie des Kassierers und Dechargeerteilung; 2. Änderung der Statuten; 3. Wahl der Revisoren; 4. Wahl der Ausschusmitglieder, deren Amtszeit abgelaufen ist.

Von einer streng paritätischen, durch Wahl der Interessenten erfolgten Zusammensetzung des Arbeitsnachweis-Ausschusses kann in Mannheim nicht geredet werden. Zwar sitzen in dem Ausschuss Arbeitgeber und -nehmer, aber nicht in mathematisch genau gleicher Zahl, da die Arbeitgeber überwiegen. Doch betont der Bericht von 1901, dass jede Richtung vertreten sei und zum Worte komme. Und der Bericht für 1900 kann sich für das Vertrauen, das die Anstalt dank der bei ihr waltenden „strengsten Unparteilichkeit“ bei der Arbeiterpartei so gut wie bei dem Fabrikantenverein genießse, auf ausdrücklich ausgesprochene Anerkennung aus beiden Lagern berufen. Ende 1900 ist denn auch das Gewerkschaftskartell und bald darauf, Anfang 1900, sind die christlichen Gewerkschaften dem Verein beigetreten, nachdem ihr Ersuchen vom Ausschus einstimmig genehmigt worden war: Delegierte in den Ausschus der Anstalt entsenden zu dürfen. Der Fabrikantenverein und der Werkmeisterverein gehörten schon von früher her zu den Mitgliedern des Arbeitsnachweisvereins. —

Auch an die Mannheimer Anstalt, wie an so manche gemeinnützige Nachweisstelle, trat, und zwar aus dem Schoß

der eigenen Mitglieder heraus, die Frage heran, ob sie nicht aus einem privaten in ein städtisches Organ sich umwandeln sollte, m. a. W., ob der bisher gemeinnützige Arbeitsnachweis nicht zu kommunalisieren wäre. Trotzdem man sich der Vorteile wohl bewußt war, die eine solche Reorganisation besonders auch hinsichtlich der finanziellen Sicherstellung der Anstalt mit sich bringen würde, verblieb man doch dabei, daß „so lange die Selbsthilfe ausreiche, es auch bei der Selbsthilfe sein Bewenden haben solle“.

Das Prinzip der „Selbsthilfe“ hat freilich in Mannheim nicht in absoluter Weise durchgeführt werden können. Ohne die Zuschüsse von Staat und Kreis und Stadt hätte sich die Anstalt nicht halten können, da es eine ständige Klage der Berichte ist, wie die jährlichen Mitgliederbeiträge fortgesetzt zurückgingen: teils ist der Beitrag von den Interessentenvereinen gekürzt, teils ganz eingestellt; in anderen Fällen ist die Fortgewährung nur mühsam zu erreichen und muß jedes Jahr neu nachgesucht werden. Daneben hat der „um das Vielfache gestiegene Geschäftsumfang notwendig eine Vermehrung der Unkosten“ mit sich gebracht. — Aber auch trotz der 1500 Mk. Staatssubvention und der von 1200 auf 3000 Mk. erhöhten Bewilligung durch die Stadt Mannheim ist und bleibt die Geldfrage der wunde Punkt an der Organisation des Mannheimer Arbeitsnachweises. Jede Verbesserung, jede Vervollkommenung im Geschäftsbetrieb, jede Einführung mancher, anderwärts längst erprobter Einrichtungen, ja die dringendsten nötigen Anschaffungen, alles scheitert an den prekären pekuniären Verhältnissen der Anstalt. Sie muß mit Lokalitäten fürlieb nehmen, die schon „die ungeschminkten Urteile auswärtiger Gäste“ hervorgerufen haben, wie sie ein direktes Hemmnis für den Verkehr sind. „In den ersten Tagen der Woche faßt das Zimmer der männlichen Abteilung häufig nicht die Zahl der Arbeitssuchenden, so daß eine Erledigung aller Wünsche unmöglich wird. Die Verhandlungen am Schalter werden durch das fortwährende Geräusch der Gespräche gestört, und viele Arbeitsverträge werden im Zimmer selbst abgeschlossen,

ohne zur Kenntnis der Beamten zu gelangen. Dabei ist der Eingang für die männliche und weibliche Abteilung gemeinsam und schon aus diesem Grund, in Verbindung mit der geschilderten Überfüllung des Lokals, erklärt sich die Scheu mancher weiblichen Person, den Arbeitsnachweis zu benutzen. Weiter fehlt es an jeglichem Raum zu einer Aussprache zwischen den zum Vertragsabschluss bereiten Parteien, an Sitzgelegenheit für die auf Abfertigung Wartenden“.

Wie das Lokal, so leidet auch das Personal unter der chronischen Geldnot der Anstalt. Mangel an Geld lässt es nicht zur Anstellung der nötigen Beamten kommen. Die wenigen unentbehrlichen Bediensteten aber müssen im Verhältnis zu ihren Arbeitsleistungen „mit sehr bescheidener“ Entlohnung sich genügen lassen. Die 1901 etwas reichlicher von der Stadtverwaltung bewilligten Mittel haben dann hier wenigstens eine gewisse Verbesserung ermöglicht; dagegen musste die gelegentlich einer unabweislichen gründlichen Renovierung der Anstaltsräume „beabsichtigte Einrichtung einer kleinen Bibliothek, für welche im Voranschlag die minimale Summe von 200 Mk. ausgeworfen worden war, auf bessere Zeiten vertagt werden“.

Nicht minder musste ein anderer, von städtischer Seite bereits 1898 angeregter Plan, der auf die Errichtung eines Wohnungsreichweises abzielte, aus Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Anstalt wieder fallen gelassen werden. --

Wenn man bedenkt, dass die Arbeitsnachweisbewegung vor allem auch aus dem Bestreben hervorgegangen ist, der Arbeitslosigkeit und deren Schäden zu begegnen, so wird es nicht verwundern, dass sich unter den von Nachweisanstalten getroffenen Maßnahmen solche finden, die gerade jenem Zweck haben dienen sollen. So meldet Mannheim, dass gelegentlich der bedeutenden Arbeitslosigkeit im Jahr 1900 auch dort, auf Veranlassung des badischen Verbands, durch Aushang großbedruckter Plakate regelmässig die Gewerbe gekennzeichnet worden sind, in denen die Geschäfte besonders

darnieder lagen. Man hoffte auf diese Weise die Arbeitnehmer vor unbedachtem Stellenwechsel zu bewahren.

Im übrigen muß freilich auch Mannheim bei seiner Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sich darauf beschränken, möglichst sämtliche freien Stellen den Unbeschäftigten zur Kenntnis zu bringen. Als wirksamstes Mittel hierfür empfiehlt es die Presse und zweckmäßige Reklame. —

Der Verkehr bei der Arbeitsnachweisstelle Mannheim hat sich im Lauf der Jahre gestaltet, wie folgt:

Stellen-angebote	Männliche Abteilung.			Weibliche Abteilung.					
	Stellengesuche			Vermitt-lungen	Stellen-angebote	Stellengesuche			Vermitt-lungen
	ein-getrag.	nicht eingetr.	zusam.			ein-getrag.	nicht einget.	zusam.	
1896	13 741	21 315	—	21 315	11 142	4 454	4 806	—	4 806
1897	13 782	20 082	—	20 082	12 520	3 674	3 695	—	3 695
1898	17 066	16 059	—	16 059	12 295	4 635	3 880	—	3 880
1899	19 348	17 647	20 289	37 936	14 232	5 098	3 481	2 507	5 988
1900	16 788	15 524	32 347	47 232	12 600	5 319	3 254	3 997	7 251
1901	14 349	13 315	49 068	62 383	11 141	4 912	3 181	6 713	9 844
1902	11 027	—	—	54 486	8 924	3 710	—	—	7 435
									2 015

Der Verkehr bei der Mannheimer Anstalt ist nach vorstehenden Zahlen jedenfalls ein durchaus bedeutender. Auf Grund eines Vergleiches der im Jahr 1899 bei der Mannheimer Krankenkasse angemeldeten männlichen Personen (86 308) mit der Summe der von dem Arbeitsnachweis in Stelle gebrachten (14 232) kommt der Bericht von 1900 zu dem Schluss, dass „so ziemlich bei jeder sechsten Einstellung die Mitwirkung des öffentlichen Nachweises in Anspruch genommen worden sei“. In Wirklichkeit ist das Verhältnis für die Anstalt noch ein günstigeres, da etwa 20 % der Vermittlungen nicht gemeldet und darum auch vom Arbeitsnachweis nicht gebucht werden.

Zu leiden hat der Verkehr bei der Anstalt an dem Umstand, dass gerade die Großunternehmer vielfach bei ihrer ablehnenden Haltung dem öffentlichen Arbeitsnachweis gegenüber verharren und das aus einem Grund, wogegen ein un-

parteiischer Nachweis nie wird aufkommen können. Sie möchten nämlich und verlangen tatsächlich „genauere Kennzeichnung der zugewiesenen Arbeiter, die eine unparteiische Anstalt nicht geben kann und nicht darf“, will sie nicht das Vertrauen der Arbeitsuchenden verlieren.

Das Verhältnis der vermittelten Gelernten und Ungelernten ist sich seit Anfang der Anstaltstätigkeit ungefähr gleich geblieben und entfallen auf jede der beiden Kategorien ca. 50 % der Vermittlungen. —

Die Vermittlung von Dienstboten hat man zu mehren gesucht durch Kooptation von zwei Frauen in den Anstaltsausschuss. Wohl infolge davon, aber auch der schlechten wirtschaftlichen Lage hat sich denn auch der Dienstbotenverkehr, der entschieden zurückgegangen war, in den Jahren 1900 und 1901 insofern gebessert, als das Angebot ein viel stärkeres wurde. Trotzdem konnten im Jahr 1901 von 2257 offenen Stellen bei 1099 eingetragenen Arbeitsuchenden nur 755 Stellen besetzt werden. Befriedigender liegen die Verhältnisse, soweit es Fabrikarbeiterinnen und Wirtschaftspersonal angeht, wo im selben Jahr 1901 auf 662, bzw. 781 offene Stellen 412, bzw. 301 Vermittlungen kommen bei 525, bzw. 412 Stellengesuchen. Noch günstiger liegen die Vermittlungsverhältnisse bei Wasch- und Putzfrauen: von 1028 eingetragenen Arbeitsuchenden konnte 972 Arbeit zugewiesen werden. Kläglich dagegen sieht es in der weiblichen kaufmännischen Vermittlung aus. 602 Personen frugen um Beschäftigung vor; keine einzige konnte untergebracht werden. —

Die geographische Lage Mannheims, dessen Gemarkungsgrenze zum größeren Teil mit der Landesgrenze der bayerischen Pfalz und Hessens zusammenfällt, bringt es mit sich, dass die benachbarten Städte und Ortschaften der genannten Länder sich die Mannheimer Nachweiseinrichtung in ziemlich ausgedehntem Maß zunutze machen. Im Jahr 1901 sind es 209 Ortschaften, mit denen Mannheim in Verkehr getreten ist. Von den gemeldeten 3140 offenen Stellen kommen 1550 aus der Pfalz, 1233 aus Baden, 389 aus Hessen,

von weiterher 18. Die nach auswärts vermittelten Arbeitssuchenden sind mit geringer Ausnahme gelernte Arbeiter. 1901 kommen auf 2000 gelernte nur 200 ungelernte. Die landwirtschaftliche Vermittlung meldet 125 nach auswärts Untergebrachte. Tatsächlich sollen es der landwirtschaftlichen Stellenbesetzungen mehr sein; nur gelangen dieselben nicht zur Kenntnis der Anstalt, da gerade von seiten der Landwirte die Rücksendung der unterschriebenen Zuweisungszettel nur unregelmäßig erfolgt.

Halle a. S.

Von der Arbeitsnachweisstelle Halle liegen genauere Angaben nicht vor. Mehrmaliges Ersuchen um Zusendung von Jahresberichten ist stets unbeantwortet geblieben. Es können darum hier nur die spärlichen Nachrichten gebracht werden, die auf anderem Wege zu erlangen waren, vor allem die Ergebnisse des Jahresverkehrs, die nach den Monatszahlen, wie sie im „Arbeitsmarkt“ erscheinen, berechnet werden konnten.

Im Oktober 1895 wurde der Arbeitsnachweis des Vereins für Volkswohl in Halle a. S. dadurch in einen halb-kommunalen umgewandelt, dass die Stadtgemeinde mit dem Verein einen Vertrag einging, nach welchem jene diesem einen Zuschuss von jährlich 3000 Mk. zu zahlen hat zur Bestreitung der nötigen Unkosten. Inventar wurde von der Stadtgemeinde angekauft. Die Beamten bedürfen der Bestätigung des Magistrats. Als Verwalter wurde ein Beamter im Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen erwählt und durch diesen, im Einverständnis mit dem Dezernenten des Magistrats, der Arbeitsnachweis nach dem Muster des Kammernachweises eingerichtet, dann aber unter Aufsicht des Vereins für Volkswohl gestellt¹.

Der Arbeitsnachweis soll unentgeltlich Arbeit vermitteln für Suchende jeder Art. Aus nachfolgender Tabelle ergibt sich, dass er vorzugsweise von der weiblichen Bevölkerung

¹ Arbeitsmarkt IV, 166.

benutzt wird; woran solches liegt, kann nicht gesagt werden. Dafs die gelernten männlichen Arbeiter und Arbeitgeber fernbleiben, mag sich daraus erklären, dass es dem Arbeitsnachweis nicht gelingen will, die Innungen für sich zu gewinnen, diese vielmehr ihre eigenen Nachweise fortführen. — Der Gesamtverkehr hat beim öffentlichen Arbeitsnachweis in den Jahren 1896—1901 den durch nachfolgende Zahlen gekennzeichneten Umfang angenommen:

Sept.-Dez.	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1896	360	+	611 = 971	377	+	610 = 987	226	+	311 = 537
1897	971	+	2006 = 2977	1393	+	1548 = 2941	586	+	1088 = 1674
1898	982	+	1881 = 2863	1489	+	1511 = 3000	554	+	1057 = 1611
1899	808	+	1521 = 2329	1446	+	1251 = 2697	574	+	838 = 1412
1900	602	+	1322 = 1924	1310	+	1056 = 2366	481	+	845 = 1326
1901	488	+	1166 = 1654	2172	+	1208 = 2380	424	+	871 = 1295

Aachen.

Die allgemeine Arbeitsnachweisanstalt in Köln ist das Muster für zahlreiche ähnliche Schöpfungen in Westdeutschland geworden. Unter diesen mag der öffentliche Arbeitsnachweis in Aachen zu den bedeutendsten gehören. Derselbe ist im April 1896 eröffnet worden, nachdem sich eine ganze Reihe von Vereinen und Korporationen zu einem Verband zwecks Arbeitsvermittlung zwischen Arbeitgebern und -nehmern zusammengetan hatte. Der Aachener Arbeitsnachweis ist völlig organisiert wie der Kölner. Satzungen und Geschäftsordnung sind den in Köln geltenden wörtlich gleich. Nur in dem einen Punkt findet sich eine Abweichung, dass statutengemäfs die Mitgliedervereine des Aachener Arbeitsnachweis-Verbandes sich verpflichten, für etwaige, den jährlichen Beitrag der Stadt übersteigende Unkosten aus eigenen Mitteln aufzukommen. Dieser städtische Beitrag bezifferte sich ursprünglich auf 4000 Mk. und ist im Jahr 1900 auf 5200 Mk. erhöht worden. Außerdem stellt die Stadt auch die Geschäftsräume kostenlos zur Verfügung. —

Der Geschäftsbetrieb wickelt sich in einer männlichen und in einer von dieser gesonderten weiblichen Abteilung ab. Es wird von der Anstalt darauf gesehen, arbeitsscheue und schlecht beleumundete Elemente durch Versagung der Vermittlung fernzuhalten; so ist erreicht worden, daß die Klagen der Arbeitgeber über Zuweisung ungeeigneter Arbeitskräfte, wie solche in den ersten Jahren des Anstaltsbetriebs je und je laut geworden waren, äußerst selten geworden sind.

Da in der weiblichen Abteilung, wie überall, besonders der Mangel an Dienstboten die Vermittlung erschwerte, suchte die Anstalt diesem Missstand so abzuhelfen, daß sie den Interessenten in jeder Art entgegenkam. Nach Kölner Muster führte sie 1898/99 für Herrschaften und Dienstboten sog. Treffstunden ein. Daneben wird fortgesetzt von Presse und Reklame ein ausgiebiger Gebrauch gemacht. Trotzdem ist der erwünschte Erfolg noch nicht erzielt; wenigstens klagt der Bericht von 1900/01, daß selbst die in der zweiten Hälfte des Jahres eingetretene Flaue in der Industrie auf den Dienstbotenmangel keinen Einfluß ausgeübt hat. Und wenn auch der Bericht 1901/02 zu sagen weiß, daß jetzt, infolge der ungünstigen Situation in der Industrie, das Angebot von Dienstboten bedeutend gestiegen sei, so muß er doch hinzufügen, daß die Fabrikädchen sich sehr schlecht für den Dienstbotenberuf eignen. Der Mangel bleibt also vor wie nach gleich fühlbar. —

Die Arbeitsnachweisanstalt wird von „allen Berufsarten“, sowohl von Arbeitgebern wie -nehmern, in Anspruch genommen. Freilich beschwert sich der Bericht 1898/99, daß eine Anzahl Fabrikbetriebe den Nachweis nur benützen, wenn überhaupt das Angebot nachlässe. — Unter den Arbeitnehmern ist die Zahl der ungelernten fortwährend im Steigen, während die Nachfrage nach tüchtigen Handwerkern nur teilweise befriedigt werden kann: ein Missverhältnis, das voraussichtlich mit den Jahren nur noch zunehmen wird. Die Zahl der schulentlassenen Knaben nämlich, die sich zur Erlernung eines Handwerks entschließen, wird trotz der

diesbezüglichen Bemühungen der Nachweisanstalt mit jedem Jahr kleiner. Dagegen drängen sich gerade die halbwachsene Burschen zu den Arbeiten, die, weil Vorkenntnisse dazu nicht erforderlich sind, auch von ihnen getan werden können und ihnen gleich Bezahlung einbringen.

Die Tätigkeitsergebnisse der Anstalt werden von ihr zu verschiedenen Malen als „durchaus befriedigende“ bezeichnet. Das Gründungsjahr weist das Minimum im Verkehr auf mit:

	Stellenangebote			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1896/97	2360	+ 1893	= 4253	5125	+ 2352	= 7497	1846	+ 875	= 2721

Das Maximum im Verkehr fällt auf das Jahr 1899/1900 mit im ganzen 5728 Vermittlungen. Zu diesen gebuchten Vermittlungen kommen nach dem Bericht 1901/02 noch mindestens 20 % weitere, die zwar durch die Anstalt bewirkt, aber nicht gezählt werden, weil sie nicht ordnungsgemäß angemeldet werden. — Das Geschäftsergebnis des letztzugänglichen Jahres 1901/02 gibt folgende Zahlen:

	Stellenangebote.			Stellesuch. Personen.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1901/02	3880	+ 2243	= 6123	9962	+ 4030	= 13992	3429	+ 1224	= 4653

Bemerkenswert ist, dass die 1901/02 eingetragenen Arbeitnehmer sich an 360 Tagen 52310 mal um Arbeit bemühten, während im ganzen nur 6997 Anweisungen ausgestellt werden konnten, die zu 4653 Einstellungen führten. Es geht aus diesen Zahlen hervor, dass der größte Teil der vom Nachweis übermittelten Arbeit nur vorübergehender Art sein kann. —

Die Arbeitsnachweisanstalt beschränkt ihre Tätigkeit nicht auf Arbeitsvermittlung. Sie erteilt auch Rat und Auskunft an Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in Gesindesachen, Kranken-, Unfall-, Invaliden-Versicherung und in Sachen der Gewerbeordnung: sie berichtet, dass durch ihre Ver-

mittlung vielfach Streitigkeiten geschlichtet und Klagen vermieden worden sind.

Im Januar 1901 hat die Verbandsversammlung beschlossen, dem Arbeitsnachweis, ähnlich wie in Köln, einen Wohnungsnachweis anzugliedern. Die Organe desselben, Vorstand, Geschäftsführer u. s. w., sind die Organe des Arbeitsnachweises. Die Kosten werden von der Stadtverwaltung getragen. Das Geschäftsverfahren entspricht ganz dem in Köln üblichen.

Zuletzt ist zu erwähnen, dass die Arbeitsnachweisanstalt sich auch um Arbeitsbeschaffung bemüht, indem sie geeignete Arbeitslose in ihren Räumen mit Schreibarbeiten versorgt. Sie kam um so eher dazu, den Personen aus dem Schreibfach ihr Interesse zuzuwenden, als gerade die Lage dieser zu Zeiten der Arbeitslosigkeit besonders drückend ist. Körperliche Arbeiten können sie meist nicht leisten; längere Arbeitslosigkeit bringt sie mehr herunter als die physisch Arbeitenden und mindert für sie mehr als für diese die Aussicht, überhaupt wieder in ordentliche Stellung zu kommen. — Nachdem die Stadt zwei zu Schreibstuben geeignete Räume und einen entsprechenden Zuschuss zu den Einrichtungskosten derselben zur Verfügung gestellt hatte, ist mit dem 1. April 1900 eine Schreibstube, die zunächst Platz für zwölf Arbeiter bot, eröffnet worden. — Grundsätzlich werden nur solche Personen beschäftigt, die in Aachen ortsangehörig sind, damit nicht von auswärts noch mehr Arbeitsuchende dieser Branche angezogen würden. — Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens erfreut sich die Schreibstube einer immer mehr zunehmenden Beliebtheit, da sie der Geschäftswelt wie den Privatbestellern grosse Annehmlichkeit und nennenswerten Nutzen bietet. Im Jahr 1901/02 sind nicht weniger als 279 zum Teil umfangreiche Aufträge eingegangen und konnten 85 Arbeitslose an 706 Tagen beschäftigt werden. Die eingenommenen Gelder betrugen 2419,53 Mk., wovon 2146,25 Mk. als Lohn verausgabt wurden. — In vier Fällen wurde durch die Schreibstube eine feste Anstellung erzielt, und richtet die Verwaltung

auf die Unterbringung ihrer Klienten in dauernde Arbeit ihr ganz besonderes Augenmerk.

Leipzig.

Die städtischen Behörden in Leipzig haben von der Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises um deswillen Abstand genommen, „weil sie eine Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eben so gut mit dem Wirken eines Vereins vereinbar erachten, und weil sie anderseits auch der nur zu leicht im Volke sich bildenden Ansicht, daß für die Stadt eine Verpflichtung zur Arbeitsbeschaffung besteht, durch Schaffung eines städtischen Arbeitsamtes nicht Vorschub leisten wollten“¹. Dementsprechend hat sich die Stadt Leipzig darauf beschränkt, den im Jahr 1899 dort gegründeten Verein für Arbeitsnachweis durch unentgeltliche Gewährung von Räumlichkeiten und Bewilligung eines Geldbetrags von 6000 Mk. jährlich, auch durch Zuschuß einer Summe von 1000 Mk. zu den ersten Einrichtungskosten zu unterstützen. Durch Abordnung eines Ratsmitgliedes in den Vorstand des Arbeitsnachweisvereins hat die städtische Verwaltung weiter ihr Interesse an dem Tätigkeitsobjekt des Vereins bekundet. —

Dieser hat sich nach endgültiger Annahme der vom Rat der Stadt genehmigten Satzungen am 7. Dezember 1899 konstituiert. Die eigentliche Arbeitsvermittlung begann am 16. Juli 1900. Für die Organisation ist die Berliner Arbeitsnachweisanstalt vorbildlich gewesen. Leipzig eigentlich ist die in § 6 des Statuts aufgenommene Bestimmung, daß die Anstalt Arbeit jeder Art zu vermitteln habe, „soweit nicht körperschaftlich geordnete Arbeitsnachweise vorhanden sind“. Da nun — nach einer Mitteilung des Stadtrats — „für gelernte Arbeiter von den hier fast für jedes Handwerk bestehenden Innungen Arbeitsnachweise eingerichtet sind“, so ist durch den vorstehenden § 6 der Satzungen die Tätigkeit des Vereins in Wirklichkeit auf Vermittlung ungelernter

¹ Aus einem Handschreiben des Rats.

Arbeiter, gewerblicher Arbeiterinnen und weiblicher Dienstboten beschränkt.

Der Verein selber ist gebildet von Einzelpersonen oder Vereinen, die sich zu einem Jahresbeitrag von mindestens 3, bzw. 5 Mk. verpflichten. Wer eine einmalige Zahlung von 100 Mk. leistet, erwirbt sich damit die dauernde Mitgliedschaft. Die Vereinigung sämtlicher Mitglieder bildet die Mitgliederversammlung. In deren Kompetenzbereich entfällt: 1. die Wahl des Vorstandes, 2. Feststellung des Haushaltplanes, 3. Abnahme der Jahresrechnung, 4. Entgegennahme des Jahresberichts, 5. Änderung der Satzungen, 6. Auflösung des Vereins, 7. Ausschließung eines Mitgliedes. — Vertreten wird der Verein durch seinen Vorstand. Dieser besteht 1. aus acht von der Mitgliederversammlung aus der Zahl der volljährigen Mitglieder auf vier Jahre zu wählenden Personen, wobei tunlichst auch einige weibliche Mitglieder zu berücksichtigen sind, 2. aus einem vom Rat der Stadt Leipzig zu ernennenden Mitglied, 3. aus acht, je zur Hälfte von Gewerbegericht und Ortskrankenkasse zu bezeichnenden Mitgliedern, von denen je zweimal zwei Arbeitgeber und -nehmer sein müssen. Die zuletzt genannten acht Vorstandsangehörigen bilden satzungsgemäß den Ausschuss, dem die regelmäßige Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebs und die Erledigung etwaiger Beschwerden über die Geschäftsführung in der männlichen Abteilung obliegt. Den Vorsitz in der Ausschusssitzung führt der Vereinspräsident, der jedoch kein Stimmrecht hat, ausgenommen in dem einen Fall, wo es sich um Anwendung oder Nichtanwendung der Streikklausel handelt.

Diese Streikklausel ist im Leipziger Statut derart gefasst, dass bei Arbeitseinstellungen oder Arbeiteraussperrungen die Interessenten zunächst durch Anschlag auf die anormalen Zustände in dem betr. Gewerbe oder Betrieb aufmerksam zu machen sind. Den am Streik Beteiligten ist eine kurz bemessene Frist zu setzen, binnen derer sie das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen haben. Wenn dies nicht geschieht oder eine Einigung nicht zustande kommt, oder

wenn sich die Parteien dem Schiedsspruch nicht unterwerfen, hat ein ausschliesslich für diesen Zweck vom Vorstand bestellter, aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzter Ausschuss unter Vorsitz des Vereinspräsidenten „mit tunlichster Schleunigkeit“ darüber zu beschließen, ob der Nachweis für das betr. Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig seine Tätigkeit einstellen solle.

Die für die Arbeitsvermittlung erforderlichen Beamten werden vom Vorstand berufen und unterstehen dem Vorsitzenden desselben. Die Vermittlung geschieht seit Juli 1900 völlig unentgeltlich; bis dahin war in der männlichen Abteilung eine Einschreibegebühr von 0,20 Mk. erhoben worden. — Die Mittel zur Fortführung der Anstalt werden aufgebracht 1. durch die Mitgliederbeiträge, 2. durch freiwillige Zuwendungen öffentlicher Körperschaften, „ohne die der Arbeitsnachweis nicht bestehen könnte“.

In der Tat zeigt sich auch in Leipzig, wie die von Privatvereinswegen gegründeten öffentlichen Arbeitsnachweise selbst bei weitgehender Unterstützung durch Kommune oder Staat, doch auf schwankenden Füßen stehen, oder mindestens in der Ausgestaltung ihrer Tätigkeit behindert werden. So hat in Leipzig die Errichtung einer weiblichen Abteilung im Arbeitsnachweis von 1900 auf 1901 verschoben werden müssen nur, weil der Rat den dazu unentbehrlichen Geldzuschuss nicht sofort bewilligte. Auch die Einführung der völligen Kostenlosigkeit in der Vermittlung ist durch finanzielle Bedenken einige Zeit verzögert worden. Und als man sich endlich doch zu dieser Neuerung entschliesst, so ergehen dringende Ermahnungen an das Publikum um regere Beteiligung an dem Verein, damit die ausfallenden, doch im Grunde kaum nennenswerten Einschreibegebühren — 1900 betragen sie 110,25 Mk. — auf anderem Weg wieder eingebraucht würden. — Die Gewinnung neuer Vereinsmitglieder bildet überhaupt einen steten Gegenstand der Sorgen und Bemühungen der Vereinsleitung. Noch gut, wenn, wie in Leipzig, solche Anstrengungen nicht vergeblich bleiben und es gelingt, die Zahl der aktiven Mitglieder innerhalb dreier

Jahre von 79 auf 249 zu bringen. Die aus dieser Quelle zu schöpfenden Einnahmen sind von 504 auf 1347 Mk. gestiegen. —

Um die Unternehmer, die auch in Leipzig zunächst dem öffentlichen Arbeitsnachweis ablehnend gegenüberstanden, zu regelmässiger Benutzung des Instituts zu veranlassen, wurden dieselben durch Rundschreiben auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die sie von einer Inanspruchnahme der angebotenen Dienste haben könnten. Auch Presse, öffentliche Aufrufe, Plakate und Reklame werden vom Nachweis zur Unterstützung seiner Bestrebungen zu Hilfe gerufen. —

Das eigentliche Geschäftsverfahren vollzieht sich genau nach dem Berliner Muster. —

Der Anstaltsverkehr weist für die Jahre 1900—1902 folgende Zahlen auf:

Juli-Dec.	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1900	2 055	+	— = 2 055	3 909	+	— = 3 909	1 844	+	— = 1 844
1901	4 375	+	2 707 = 7 082	5 196	+	2 785 = 7 981	4 121	+	1 733 = 5 854
1902	5 825	+	10 697 = 16 522	6 430	+	8 155 = 14 585	5 209	+	6 838 = 12 047

Zum Verständnis besonders der „männlichen“ Zahlen ist zu bemerken, dass die relativ geringe Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises durch männliche Arbeiter darin ihre Erklärung findet, dass, wieder wie in Berlin, den von auswärts zugereisten männlichen Arbeitslosen wegen der ungünstigen Lage auf dem örtlichen Arbeitsmarkt die Eintragung versagt und auch den einheimischen von einer solchen abgeraten wurde, wo keine Aussicht auf Unterbringung vorhanden war. Die Zahl solcher Abgewiesenen belief sich 1901 auf 3228.

In der geringen Zahl der offenen Stellen kommt auch in Leipzig der Rückgang in der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur zum Ausdruck; aber auch daher röhrt die bescheidene Nachfrage, dass — wie die Berichte klagen — die Arbeitgeber, namentlich bei der Grossindustrie sich noch

nicht vollständig daran gewöhnen wollen, ihren Arbeiterbedarf durch Vermittlung des öffentlichen Nachweises zu decken. Immerhin konstatiert der Bericht von 1902 in dieser Hinsicht eine Besserung.

Die vermittelten männlichen Arbeiter sind zum allergrößten Teil ungelernte gewesen; 1900 entfallen von 1844 Stellenbesetzungen nur 62 auf gelernte Arbeiter; 1901 von 4121 Vermittlungen 104; 1902 von 5029 Vermittlungen 316 auf gewerbliche Arbeitslose.

Von Anfang an hat es mit zu den vom Arbeitsnachweis verfolgten Zielen gehört, überflüssige Arbeitskräfte von der Stadt auf das Land hinauszuleiten. Doch sind auf diesem Gebiete wenig Fortschritte zu vermerken. 1902 hat gar im Vergleich zu 1901 einen Rückgang zu verzeichnen. Von 97 sind die landwirtschaftlichen Vermittlungen auf 72 gesunken. Zum Teil macht der Bericht 1902 hiefür die landwirtschaftlichen Arbeitgeber verantwortlich, die den Arbeitsnachweis verhältnismässig nur wenig in Anspruch nehmen. Er meint, „die Landwirte sollten sich durch die bisherigen geringen Erfolge nicht abschrecken lassen, sondern immer wieder bei eintretenden offenen Stellen deren Besetzung durch den Arbeitsnachweis versuchen“. Je häufiger offene Stellen auf dem Lande angeboten würden und je seltener solche in der Stadt seien, um so eher würde es möglich sein, ehemalige landwirtschaftliche Arbeiter zu bewegen, zu der früheren Beschäftigung zurückzukehren.

Auch der Reservistenvermittlung hat der Verein sein Augenmerk zugewandt. 1901 konnten von 150 deren 48, 1902 von 212 deren 108 in Stellung gebracht werden.

Eine Lehrlingsvermittlung konnte bisher nicht in Fluss gebracht werden.

Der Versuch einer interlokalen Organisation für Leipzig und dessen weitere Umgebung ist von dem Magistrat zu Dessau befürwortet worden, indem er an den Leipziger Nachweis das Ersuchen richtete, die dortigen unbesetzten Stellen jeweils nach Dessau zu melden, damit die Dessauer überschüssigen Arbeitskräfte nach dorthin abgegeben werden

möchten. Leipzig hat auf solchen Vorschlag nur antworten können, daß es nicht einmal in der Lage sei, die eigenen Arbeitsuchenden alle in Arbeit zu bringen, geschweige denn auswärtige Arbeitslose.

Nachdrückliche Förderung widerfuhr dem Arbeitsnachweis durch den Rat der Stadt, der eine Verfügung traf, derzufolge bei Vornahme städtischer Arbeiten der Bedarf an Arbeitskräften zunächst durch Vermittlung der Nachweisanstalt zu decken sei. Außerdem hat die Stadtverwaltung durch Veranstaltung sog. Notstandsarbeiten in Winterszeiten die Arbeitsgelegenheit verschiedentlich vermehrt. Der Arbeitsnachweis selber kam den Arbeitslosen in der Weise zu Hilfe, daß er auf seine Kosten Arbeitsgerät, Hacken, Schaufeln, Spaten anschaffte und völlig mittellose Personen damit zur Arbeit ausrüstete.

Auch die Oberpostdirektion wies der Arbeitsnachweisanstalt Arbeitsgelegenheit zu; während der Weihnachts- und Neujahrstage hat sie noch regelmässig eine Anzahl der Klienten der Nachweisstelle vorübergehend in Dienst genommen.

Wie die weiter vorn gegebene Übersicht über den Anstaltsverkehr erkennen lässt, hat die weibliche Vermittlung eine die männliche überflügelnde Bedeutung gewonnen. Stehen doch z. B. im Jahr 1902 6838 weibliche 5209 männlichen Vermittlungen gegenüber. Und in Wirklichkeit ist die Zahl der weiblichen Stellenbesetzungen noch grösser, da die Dienstherrschaften sich nicht daran gewöhnen wollen, dem Nachweis die Einstellung der zugewiesenen Arbeitskräfte zurückzumelden.

Der Verkehr in der weiblichen Abteilung beschränkt sich nicht auf Dienstboten, obgleich diese einen bedeutenden Bruchteil aller Eintragungen ausmachen. Auch Fabrik- und gewerbliche Arbeiterinnen in grosser Zahl werden vom Arbeitsnachweis in Stellung gebracht. Daneben noch kaufmännisches und Wirtschaftspersonal, auch landwirtschaftliche Arbeiterinnen.

In der Dienstbotenvermittlung übersteigt, wie überall,

die Nachfrage das Angebot um ein merkliches, besonders da auch in Leipzig die Mädchen vorzugsweise die berufsmässigen Stellenvermittler aufzusuchen. Die öffentliche Arbeitsnachweisanstalt hat sich darum die Bekämpfung des Agentenwesens allzeit sehr angelegen sein lassen, wenigstens soweit es die zweifelhaften Elemente in demselben anging. Verschiedentlich hat sie bei den zuständigen Behörden auf Einschreiten gegen die zu Tage tretenden Missbräuche im Vermittlertum angetragen, und sind denn auch tatsächlich vom Rat der Stadt strenge diesbezügliche Verfügungen ergangen. Eine wirkliche Besserung auf dem in Frage stehenden Gebiet erwartet freilich der öffentliche Arbeitsnachweis in Leipzig erst von einem Verbot jeglicher berufsmässig betriebenen Stellenvermittlung. Wenn der öffentliche Arbeitsnachweis nächstens mehr erstarkt sei, so meinen die Berichte, so könnte ein solches Verbot ohne Schaden für Arbeitgeber oder -nehmer erfolgen.

Barmen.

In Barmen haben sich im Mai 1901 folgende Körperschaften und Vereinigungen zu einem Verband für Arbeitsnachweis zusammengetan: die Stadtgemeinde, die Handelskammer, der Barmener Verein für Gemeinwohl, der Innungsausschuss, die Gewerkschaftskommission, die evangelische Volksvereinigung, der evangelische Arbeiterverein, der katholische Gesellenverein, das christliche Gewerkschaftskartell, der Gesellenausschuss der Innungen. Im Laufe des ersten Geschäftsjahres sind dem Verband noch beigetreten: der Verein Barmener Wirte, der Antoniusverein und der Volksverein für das katholische Deutschland.

Schon im ersten Jahr erwiesen sich die Räumlichkeiten, in denen die Nachweisanstalt zunächst untergebracht worden war, als dem sich steigernden Verkehr nicht mehr entsprechend. Als darum die Stadtgemeinde andere, zweckmässigere Lokalitäten kostenlos zur Verfügung stellte, konnte der Arbeitsnachweis bereits 1902/03 dorthin übersiedeln.

Derselbe verfügt jetzt über folgende Räume: einen grossen Wartesaal für männliche Arbeitsuchende; ein geräumiges Zimmer für den Verwalter, welches zugleich als Beratungszimmer für den Vorstand dient; ein weiterer, von der männlichen Abteilung getrennter Raum mit besonderem Zugang für die weiblichen Klienten; hier hat zugleich auch der Wohnungsnachweis seine Geschäftsstelle. Endlich ist ein kleines Zimmer für solche Arbeitgeber und -nehmer reserviert, welche ein persönliches Verhandeln unter vier Augen belieben.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich, in erster Linie aber an ortsangehörige Interessenten. Der für Einrichtung und Betrieb der Anstalt benötigte Aufwand wird durch Jahressubventionen der Handelskammer (600 Mk.), des Vereins für Volkswohl (300 Mk.) und der Stadt aufgebracht. Diese hat 1901/02: 4918,55 Mk., 1902/03: 5147,47 Mk. beizusteuern gehabt.

Der Arbeitsnachweis zu Barmen ist auf paritätischer Grundlage in der Weise organisiert, dass aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterschaft eine Verbandsversammlung berufen worden ist mit einem vom Oberbürgermeister zu ernennenden Vorsitzenden an der Spitze. Der Verbandsversammlung steht zu: die Annahme und Entlassung des Anstaltspersonals, die Aufstellung einer Geschäftsordnung, die Beschlussfassung über die Verwendung der von der Stadt bewilligten Geldmittel, die Prüfung der Jahresrechnung, die endgültige Entscheidung über Wünsche und Beschwerden hinsichtlich des Anstaltsbetriebs, die Beschlussfassung über Aufnahme oder Ausschließung von Mitgliedern. — Die unmittelbare Leitung des Arbeitsnachweises liegt dem Vorstand des Verbandes ob. Dieser setzt sich zusammen aus dem vom Oberbürgermeister ernannten Vorsitzenden, der das gleiche Amt auch in der Verbandsversammlung inne hat, und einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem Rechnungs- und einem Schriftführer, welche drei von der Verbandsversammlung für eine Zeit von je zwei Jahren gewählt werden. —

Nachdem die Anstalt bereits 1901/02 dem Verband

deutscher Arbeitsnachweise beigetreten, schloß sie sich auch, sobald erst die Stadtverordneten die dazu nötigen Mittel (100 Mk.) bewilligt hatten, dem Zentralverband für Arbeitsnachweis im Regierungsbezirk Düsseldorf an. Freilich ist auch hier, wie bei andern Mitgliedern dieses Verbands, dasselbe über den praktischen Wert solchen Anschlusses zu bemerken: „auf Grund der wöchentlichen Zusendung der Vakanzenliste haben wir nur in verhältnismäßig wenigen Fällen eine Vermittlung erzielen können, teils weil die durch die Vakanzenliste als offen gemeldeten Stellen bis zur Zeit, wo die Liste an die Verbandsanstalten kommt, gewöhnlich besetzt sind, teils auch weil die Arbeiter im allgemeinen nur schwer sich entschließen, von Barmen zu verziehen.“. —

Der öffentliche Arbeitsnachweis in Barmen ist einer der wenigen, der satzungspflichtig in Streikfällen seine Tätigkeit für die betr. Branche, bezw. den betr. Betrieb auszuschalten pflegt. 1902/03 kam die Anstalt bei zwei größeren Arbeitseinstellungen in die Lage, den sog. Streikparagraphen ihres Statuts in Kraft treten zu lassen. —

Der Verkehr wickelt sich auf Grund des sog. Listensystems ab.

Nimmt auch Barmen hinsichtlich des Geschäftsverkehrs unter allen zum Verband des Regierungsbezirks Düsseldorf gehörenden Arbeitsnachweisen die erste Stelle ein, und bezeichnen die Geschäftsberichte auch die erzielten Erfolge als „recht bemerkenswerte“, so halten diese sich doch, wenn man sie in Vergleich setzt zu den von süddeutschen Nachweisstellen erzielten Resultaten, in bescheidenen Grenzen. Dabei ist freilich zuzugeben, daß die Barmener Anstalt, „in einer Zeit ungünstiger Geschäftslage eröffnet, erst auf eine zweijährige Tätigkeit zurücksieht“ und daß, „wenn auch im zweiten Jahr die Frequenz gegen das Vorjahr erheblich gestiegen ist“, eben „doch noch eine geraume Zeit vergehen wird, bis die Bemühungen der Nachweisstelle allerwärts die nötige Beachtung finden werden“.

In Zahlen ausgedrückt hat sich der Verkehr in den zwei Betriebsjahren gestaltet, wie folgt:

	Stellenangebote.			Stellengesuche.			Vermittlungen.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1901/02	3 119	+ 1 138	= 4 257	6 283	+ 1 129	= 7 412	2 528	+ 807	= 3 335
1902/03	5 822	+ 1 547	= 6 868	7 068	+ 1 817	= 8 885	4 409	+ 1 119	= 5 527

Auf die Zahl der bewirkten Vermittlungen hat der Umstand einen grossen Einfluss, dass bei vielen offenen Stellen auf nur gut eingearbeitete Kräfte reflektiert wird, dass anderseits in der männlichen und weiblichen Abteilung so oft die ungelernten Arbeitsuchenden überwiegen, denen die für die Besetzung der offenen Stellen nötige Qualifikation abgeht; oder wieder, dass die weiblichen Arbeitslosen häufig ohne jede Ausweispapiere erscheinen, während solche in den weitaus meisten Fällen, „wenigstens von den anzustellenden Dienstboten unbedingt gefordert werden“.

Lähmend auf den Verkehr bei der öffentlichen Vermittlungsanstalt wirkt die Existenz vieler beruflicher Arbeitsnachweise. So gehen von Schneidern, Bäckern, Friseuren, Metzgern, Buchdruckern, Kellnern fast keine Gesuche ein, weil in diesen Gewerben teils leistungsfähige Arbeitgeber-, teils Arbeitnehmer-, teils paritätische Arbeitsnachweise bestehen.

Die übergroße Zahl von ungelernten Arbeitern womöglich zu vermindern, bildet das fortgesetzte Bemühen auch der Barmener Anstalt. Sie auch, wie so manche andere, sucht den Hebel zur Besserung bei den eben aus der Schule entlassenen jungen Burschen einzusetzen, indem sie sich bestrebt, diese für die Erlernung eines Handwerks zu gewinnen. In Verfolgung genannter Zwecks hat der Barmener öffentliche Nachweis schon im ersten Geschäftsjahr an die Rektoren und Lehrer der Volksschule ein Zirkular mit der Bitte versandt, die zur Entlassung kommenden Schüler, bezw. deren Eltern auf die Vorteile eines ordnungsmässig gelernten Handwerks hinzuweisen. Von zuständiger Seite ist den Wünschen des Arbeitsnachweises bereitwilligst entsprochen worden, ohne dass freilich bei der Kürze der seither ver-

strichenen Frist von einem praktischen Erfolg viel zu konstatieren ist.

Die landwirtschaftliche Vermittlung, in der sich der Barmener Nachweis auf Antrag der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn hin versucht hat, hat bis zur Stunde wenig günstige Resultate gezeitigt. Wie überall, lehnen es die Arbeitsuchenden ab, sich auf das Land verschicken zu lassen. Dazu kommt, dass der landwirtschaftliche Nachweis auch dadurch noch in Miskredit geraten ist, dass so und so viele Male die nach auswärts in Stelle Gewiesenen zur Anstalt mit der Meldung zurückgekehrt sind, sie hätten die Stelle bereits besetzt gefunden und lediglich unnütze Reiseunkosten gehabt. So schreibt denn auch der Bericht von 1902/03, dass jedenfalls „eine flottere Überweisung der offenen Stellen seitens des Kammerarbeitsnachweises erforderlich sei“, wenn es zu einem erfolgreichen Hand-in-Hand-Arbeiten kommen solle. —

Das erste Geschäftsjahr hat dem Barmener öffentlichen Arbeitsnachweis gleich noch eine neue Aufgabe zu der schon vorhandenen hinzugebracht, indem nach Beschluss des Vorstandes dem Arbeitsnachweis ein unentgeltlicher Wohnungsnachweis angegliedert wurde. Nachdem die Stadtverordneten die nötigen Mittel bewilligt hatten, hat der Wohnungsnachweis noch im Jahre 1901/02 eröffnet werden können. Mit dem Geschäftsbetrieb ist der Verwalter der Arbeitsvermittlungsstelle betraut.

Register.

- Aachen 445 ff.
Adler, Prof. 315.
Agenten 94/95, 102, 109/10, 112/13,
321, 455.
Amt, kais. stat. 301/02, 321.
Anmeldezettel 206, 224.
Arbeiter, ausländische 15.
—, industrielle 15, 255/56, 389.
—, minderwertige 61, 198.
—, organisierte 26, 28, 33, 43, 252,
254, 256, 363, 371.
—, ungelernte 50, 198, 256, 265/66,
311, 321/22, 385, 389, 392, 402,
436.
Arbeiterhütte 167.
Arbeitgeberzeitung 54/55, 329.
Arbeitsausgabebureau 87.
Arbeitsbeschaffung 5, 14, 18/19, 20,
65, 107, 134, 167, 170, 212/13, 241,
282, 294, 381, 404, 448, 449, 454.
Arbeitskarte 123.
Arbeitsmarkt 5, 294/95, 296, 300,
302, 310, 316/17, 325, 328, 338,
432.
„Arbeitsmarkt, Der“ 189, 190, 229,
238, 301/02, 304.
Arbeitsmarktberichterstattung 14,
19, 189, 192, 229, 232, 238, 294/96,
301.
Arbeitsmarktstatistik 220, 302.
Arbeitslosenunterstützung 30, 169.
— Versicherung 29, 350.
— Zählung 359, 360, 405.
Arbeitslosigkeit 16/17, 212, 241/42,
298, 338, 349.
Arbeitsnachweis, allgemeiner 13,
198, 264 ff.
—, Arbeitgeber 54, 60, 90, 304, 433.
—, Arbeitnehmer 26, 32.
—, Ausschufs 168, 438, 450.
—, Branche 89.
—, beruflicher 128, 270, 308, 310,
323/24.
- Arbeitsnachweis, Fach- 30, 199, 271,
323—26, 386, 411.
—, fürsorglicher 29, 175 ff., 220.
—, gemeinnütziger, 29, 166 ff., 174,
308.
—, Gesinde- 99, 198.
—, gewerbsmässiger, 10, 24, 150 ff.,
269, 270, 355.
—, gewerkschaftlicher 32, 40, 135.
—, gewerkvereinlicher 50.
—, Innungs- 56, 68, 90, 354.
—, Kampf- 58, 243.
—, kaufmännischer 134 ff.
— Kommission 33, 136, 195/96, 198,
246, 249 ff., 254, 256, 258, 351,
363, 411, 434.
— Konferenz 57, 188, 190/91, 220,
228, 296.
— landwirtschaftlicher 92, 97, 245,
267, 392, 404, 429, 437, 453, 459.
— Landwirtschaftskammer- 99.
— Lehrlings- 198, 202, 359, 368,
393, 403, 430, 453.
— Lokal 33/34, 62, 279 ff., 346,
352, 364, 400, 413, 425, 440, 456.
— paritätischer 24, 28—30, 119,
120, 128/29, 304, 321, 387.
— paritätisch-kommunaler 24, 28,
29, 30, 245, 321, 331.
— paritätisch-öffentlicher 180 ff.,
331.
— Personal 203, 275, 353, 385, 407.
— Reservisten- 97, 101, 109, 170,
176, 202, 219, 393, 404, 427, 453.
— Statistik 50, 229 ff., 292 ff., 294.
— Tarif 123.
— uuparitätischer 59, 61, 115.
— Verband 218, 289.
— Vereins- 245/46, 272, 309, 379.
— weiblicher 168, 172, 198, 211,
268, 368, 372, 431, 443, 454.
— Zentrale 138.
— Zwangs- 326 ff.

- Arbeitsvertrag 5, 293, 311.
Armenverwaltung 175, 345.
Ausbeutung 9, 155, 161, 269.
Ausgleich 34, 51, 136, 244, 271,
283, 289, 292, 307/08, 315, 322,
324.
Auskunft 38, 141.
Auskunftstelle 214, 313, 369, 375,
447.
Ausstandsbewegung 197, 294.
Auswärtig 338, 339, 348, 361, 392,
419 ff., 437, 443/44, 453.
Ausweiskarte 123.
— -Papiere 62, 458.
— -Zettel 64, 79.
- B**aden, A.-N. in 187.
—, A.-N.-Verband in 170.
Bäcker 343/44.
Barmen 455 ff.
Baugewerbe 56, 60, 77.
Bayern, A.-N. in 186/87.
Berlin 34, 102, 407 ff.
—, Zentralverein für A.-N. in 182,
262, 272/73, 308, 407 ff., 449.
Berufsbeamte 276 ff.
Berufsgenossenschaften 310.
Beschwerdebuch 205.
Beschwerdeinstanz 65.
Bestellkarte 122.
Bewerbungsformular 139, 145.
Bewerbungsschreiben 139, 145.
Bibliothek, A.-N.- 352/53, 414, 441.
Bildhauer 33, 35, 43, 48.
Börse 210, 435.
Brandenburg 102, 106—110.
Brauer 343/44.
Braunschweig 390 ff.
Breslau 101, 376 ff.
Buchbinder 343.
Buchdrucker 36, 119, 126/27, 130,
331, 344.
Buchführung 282, 364.
Bund der Industriellen 55.
Bureaueinrichtung 204.
- C**hemnitz 386 ff.
Corvey 17, 36, 247, 309, 314/15.
- D**ezeutralisation 138, 271, 353.
Dezentralisieren 39, 52, 100, 146.
Dienstbotenheim 198.
Doppelzählungen 299.
Dortmund 378 ff.
Düsseldorf 37/38.
- Düsseldorf, öffentl. A.-N. im Re-
gierungsbez. 188.
—, Verein für A.-N. in, 166, 171.
—, Verband zur Förderg. des A.-N.
im Regbez., 170, 339.
—, Zentral A.-N. in 170, 225, 457.
- E**inschreibegebühr 36, 137, 155/56,
269, 272/73, 407, 451.
Elberfeld 337/38.
Elsaß-Lothriegen, öff. A.-N. in,
187/88.
Entlassungsschein 62, 79.
Erlaß des preuß. Handelsministers
184, 185.
Essen, Verein für A.-N. in 167,
170—173.
Evers, Georg 12, 16, 307/08.
- F**achorgan 35, 38.
Fahrtpreismäßigung 228, 291,
317, 325, 368.
Filiale 100, 112, 188, 146, 217, 222,
288, 353, 408, 424.
Former 344.
Formular 37, 38, 288, 297.
Frankfurt a./M. 245/46, 256, 261, 279,
288, 369 ff.
Frauenkomitee 268, 351, 364, 443.
Freiburg 268/69, 275.
Freund, Dr. 19, 190, 261/62, 270, 328,
408, 413.
Friseur 344.
- G**ebühren 8, 137, 144, 152, 155,
271, 278, 308, 315, 363, 423.
Gebührenfreiheit 9, 53, 423, 430.
Gebührentaxe 156, 161.
Gefangene, entlassene 101, 198, 427.
Gehilfen 37.
Generalsekretär 37.
Generalversammlung 439.
Gewerbenovelle von 1900, 151.
Geschäftsbetrieb 169, 204, 221, 347,
374.
Geschäftsbücher 157/58.
Geschäftsordnung 130, 205, 347.
Geschäftsverfahren 33, 145, 205,
225, 280, 288, 400/01, 434/35.
Gesinde 93, 106.
Gewerbegericht 30, 250, 340, 351,
371.
—, Beisitzer des 195/96, 254, 256/57,
337, 391.

- Gewerbegeichts, Präsident des 195, 255/56, 339, 341, 351, 390.
Gewerkschaften 26, 27, 28, 34, 342.
Gewerkschaftskongress 27, 28, 44, 252/53.
Gewerkschaftshaus 34.
Gewerkverein 30, 35, 50.
Gladbach, M.- 243.
Gleichberechtigung 73 ff.
Graveure 34.
Großstadt 108, 335.
Gruppensystem 311/12.
Gruppenvertrag 311.
- H**alle a./S. 99, 444/45.
Hamburg-Altona 60, 265, 304, 431 ff.
Handschuhmacher 35, 43.
Handzettel 66.
Hannover, Zentralstelle für A.-N. zu 167, 170, 171.
Hauptamt 277 ff.
Herberge 113, 307.
—, Innungs- 70, 91.
— zur Heimat 70, 91, 175.
Herr im Haus 73, 74, 75.
Heuerwesen 88.
Hirsch, Dr. 30, 50.
Hirschberg 314.
Hoerde 216, 221.
Holzarbeiter 33.
Holzarbeiterverband 45, 48.
Hutmacher 33, 48.
- I**ndividualisieren 246.
Industriezentrum 101, 107, 147, 148.
Information 141, 157.
Innung 55, 56, 68 ff., 270, 310, 373, 378, 449.
Innungsgesetz 69.
Innungsstatut 69.
Interlokal 35, 36, 215 ff., 223—225, 283 ff., 289, 291, 308, 315/26, 324/25, 361, 368, 424, 431, 453.
- J**ahresstatistik 231.
Jastrow, Dr. 189, 193, 238, 299—302, 315, 408.
- K**ampforganisation 78.
Karlsruhe 256, 335, 422 ff.
Kartell 138, 146, 149.
Kartensystem 208 ff., 229, 282, 391, 410.
Köln 258, 269, 396 ff.
- Kongress, Sozialer 8, 17, 44, 80, 182, 327, 409.
Konkurrenz 111/12.
Königsberg 102, 394 ff.
Kontraktbruch 94, 104, 114, 157.
Kontrollgebühr 273.
Kontrollieren 57, 63, 80, 81/82, 84, 119, 157, 163/64, 312.
Kontrollkarte 122.
Kontrollstelle 62, 79.
Konzessionszwang 153, 159.
Korrigenden 101.
Kosten des A.-N. 144, 148, 169, 247, 361, 421, 424/25.
Kostenlosigkeit 9, 199.
Krefeld 338—340.
Krisis 44, 53, 181, 294/95, 300/01, 305/06, 324.
Kulemann 74, 133.
Kupferschmiede 43.
- L**andeszentrale 289.
Landwirtschaft 15, 220, 222, 225, 267, 284, 286, 289, 291, 307, 362, 369, 373.
Landwirtschaftskammer 96, 97, 115, 267, 404, 410, 459.
Landwirtschaftsrat, Deutscher 96.
Lautenschlager 181/82, 195/96, 254, 256/57, 258, 340.
Leipzig 34, 449 ff.
Liegnitz, öff. A.-N. in 188.
Liste 33, 222/23, 214, 316, 338.
—, schwarze 65—67, 78, 79, 132/33, 147.
Listenaustausch 199, 222/23.
Listensystem 205, 282, 339, 347, 374.
Lohnkampfmittel 27, 43.
Luxemburger System 316.
- M**Mädchenheim 269.
Magdeburg 381 ff.
Mägdeherberge 269.
Mannheim 300, 438 ff.
Metallarbeiter 32/33, 344.
Methode der Berichterstattung 295, 296, 297, 301.
Möller, Dr. 45, 305, 313 ff.
Monatsstatistik 229/30, 296.
Monatsübersicht 299.
Mülhausen 167, 171.
München 223, 269, 270/71, 289, 305/06, 350.
- N**Nachweisschein 64, 66.

- Naturalverpflegungsstation 175, 177, 217, 307, 309, 322.
Naumann-Hamburg 296/97, 326, 328.
Nebenamt 278 ff.
Nebenstelle 112, 287.
Normalarbeitsnachweis 3, 5, 18, 19.
Notenstecher 34, 43.
Notstandsarbeiten 213, 222/23, 241, 294/95, 428, 454.
Nummernfolge 47, 121, 280/81.
- O**bligatorisch 33, 46, 49, 53, 66, 71, 89, 131, 310, 326, 330/31.
Oldenberg 117, 124, 311/12, 315.
Ortsbehörde 288.
Ortsansässig 338.
Ortssekretär 37.
Ortsverband 36.
Ortsverein 36.
Ortsvereinskasse 36.
- P**achnicke 191/92, 326.
Passante 207, 298, 430.
Personalkarte 65, 374.
Plakat 169, 201.
Pommern 96, 98, 107.
Posen 96, 395 ff.
Post 316—318.
Postkarte 205, 221, 227, 289, 426.
Prämie 36.
Presse 201, 227.
Propaganda 26, 45, 200.
- Q**ualifikation 33, 44, 47.
Qualität 46 ff.
- R**adikal 27/28.
Recht auf Arbeit 241/42.
Recht der Arbeitgeber 28, 59, 72.
— der Staatsgewalt 74 ff.
Reichsarbeitsblatt 192, 229, 239, 301/02.
Reichsarbeitsmarkt - Berichterstattung 239.
Reihenfolge 47, 130, 338, 384, 391.
v. Reitzenstein 17, 24, 31, 178, 197, 254/55, 256, 261, 284, 308/09, 316, 317, 318.
Reisegeld 37, 68, 291.
Reisekasse 37.
Reiseunterstützung 35, 37, 49, 50, 53, 291, 354, 420.
Reklame 98, 157, 169, 201.
Reservisten 97, 101, 109, 170, 202, 219, 427.
- Rösicke 80, 191/92, 244, 326.
Rückwanderung 292, 404, 487, 453.
- S**achsen, A.-N. in 185.
—, Provinz 96, 97, 99, 110.
Saisonarbeiter 94, 102, 112.
Schankgewerbe 154, 161.
Schiedsspruch 264.
Schlesien 113.
Schmölder, System 316, 318.
Schneider, System 318 ff., 344.
Schreibstube 170, 213, 437, 448.
Schuhfabrikant 78.
Schuhmacher 35.
Sonntagsbureauaustunden 347.
Sperre 81, 86, 197, 259 ff., 341.
Sprechmeister 70.
Spezialist 38, 52.
Statistik, Geschäfts- 230.
—, Jahres- 231.
—, Monats- 229/230.
—, Personal- 231.
Statistisches Formular für Baden 236/37.
— für Bayern 233, 298.
— — für Düsseldorf 237/38.
— — für den Rhein-Main-Verband 233, 298.
— — für das Reichs-Arbeitsblatt 239
— — für Württemberg 237/38.
Stellenvermittlungsbund, Kaufmännischer 138, 147.
Stettin 383 ff.
Streik 33, 82, 84, 86, 197, 258 ff., 341, 352, 432.
Streikklausel 260, 262, 363, 382, 390, 450, 457.
Streikstatistik 67.
Straßburg i./E. 275, 362 ff.
Stuttgart 183, 258, 270, 281, 340—350.
Submissionsklausel 365.
- T**agesnachweise 297, 435.
Tapezierer 344.
Tarif 120, 123.
— -Amt 121, 122.
— -Gemeinschaft 120, 132.
— -Kommentar 121, 125, 130.
Telephon 204, 221, 226, 289, 290, 325, 426.
Theorie v. A.-N. 1 ff.
Töpfer 119, 124/25, 127, 130.
Transport 68, 103.
Treffstunden 210, 446.

- | | |
|---|--|
| <p>Umschau 8, 33, 87, 88, 144, 321, 342, 343/44, 379, 427.</p> <p>Umzugsgelder 35, 37, 49, 283/84, 317.</p> <p>Unentgeltlich 200, 271 ff.</p> <p>Unparteiisch 7, 140, 172, 195, 197, 249 ff., 256.</p> <p>Unternehmertum 26, 44, 250 ff., 304, 329.</p> <p>Unterstützungsberechtigung 33, 35.</p> <p>Vakanzenliste 39, 226, 290, 318, 457.</p> <p>Verband, badischer 218 ff.</p> <p>—, bayrischer 218 ff.</p> <p>—, deutscher A.-N. 189, 190, 220, 228, 292, 299, 302.</p> <p>—, Düsseldorfer 339.</p> <p>—, Eisenindustrieller Hamburgs 55, 64, 87.</p> <p>—, märkischer 189.</p> <p>—, Rhein-Main- 189, 219.</p> <p>—, Textilindustrieller 61.</p> <p>Verbandsorgan 38.</p> <p>Verbandsversammlung 16, 190, 191, 220, 272, 276, 293, 301, 328.</p> <p>Verbandsvorort 218, 289.</p> <p>Verbandszentrale 34.</p> <p>Verein der Kupferschmiedereien 60.</p> <p>Vergolder 33.</p> <p>Verkehr, auswärtiger 216, 222/23, 224.</p> <p>Vermittlungsgebühr 155.</p> <p>Versagung des A.-N. 210.</p> <p>Vertrauensmann 37—39, 52, 310.</p> <p>Verwalter 101, 203, 275 f.</p> <p>Vormerkungsfrist 206, 435.</p> <p>Vormerkzettel 206.</p> | <p>Vorort 37, 324.</p> <p>Vorsteherin 279.</p> <p>Ware 4, 5, 10, 27.</p> <p>Werkmeisterverband 31, 37, 51.</p> <p>—-Zeitung 38.</p> <p>Wiese, v. 17, 34, 196.</p> <p>Wohnungsnachweis 214, 406, 429, 441, 448, 459.</p> <p>Württemberg, A.-N. in 183, 186.</p> <p>Zacher 310, 311.</p> <p>Zahlstelle 50.</p> <p>Zahn, Dr. 19, 196.</p> <p>Zentralanzeiger 290.</p> <p>Zentralarbeitsnachweis 269.</p> <p>Zentrale 34, 35, 38, 216, 218, 221 ff., 316, 323/24.</p> <p>—, Landes- 218.</p> <p>Zentralherberge 34.</p> <p>Zentralisation, berufliche 46, 53, 89.</p> <p>—, interlokale 14, 68, 139, 170, 174, 374.</p> <p>—, örtliche 10, 11, 34, 36, 53, 68, 170, 174, 198, 199, 271, 307/08, 348 ff., 354, 361, 373, 399.</p> <p>—, sachliche 10, 11, 13, 47.</p> <p>Zentralisation in Bayern 186 ff.</p> <p>— in Elsass-Lothringen 188 ff.</p> <p>— in Württemberg 186.</p> <p>Zentralstelle 35, 271.</p> <p>Zentralvorstand 38.</p> <p>Zeitungsannonce 34.</p> <p>Zeugnis 38, 211.</p> <p>Ziegler 48.</p> <p>Ziseleure 34.</p> <p>Zug vom Land nach der Stadt 285/86, 294, 374.</p> <p>Zuweisungskarte 224, 273, 426.</p> |
|---|--|

Der Arbeitsnachweis.

Eine sozialpolitische Studie.

Erweiterter Sonderabdruck aus der „Sozialen Praxis“.

Von

Richard Freund.

1899. Preis 40 Pf.

Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reichs.

Von

Ph. Lotmar.

Erster Band. 1902. Preis 18 M.; gebunden 21 M.

Schriften des Vereins für Socialpolitik,

Band 109: Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte.

Mit Beiträgen von J. Jastrow, A. Heinecke, R. Calwer u. a.

1903. Preis 8 M. 80 Pf.

Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit:

1. Heft: Die Behandlung der Armenstiftungen. — Über Arbeitsnachweis.

1886. Preis 1 M. 80 Pf.

4. Heft: Die Beschäftigung der Arbeitslosen. — Organisation der offenen Krankenpflege. — Der Wert allgemeiner Waisenanstalten.

1887. Preis 3 M. 20 Pf.

Die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten.

Von

T. Bödiker.

1895. Preis 7 M.

Das Reichsgesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903.

Systematisch dargestellt

von

H. Findeisen.

1904. Kartoniert Preis 2 M. 40 Pf.

